

CHILENISCHER HAFEN GEGEN BOLIVIANISCHES ERDGAS?

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN, SOZIALE
KONSTRUKTIONEN UND INNERSTAATLICHE
MOBILISIERUNG

INAUGURALDISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DES AKADEMISCHEN DOKTORGRADES (DR. PHIL.)

EINGEREICHT BEIM OTTO-SUHR-INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
IM FACHBEREICH POLITIK- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

OKTOBER 2010

VON

ANDRÉS CLAUDIO PENNYCOOK CASTRO

GUTACHTER

ERSTGUTACHTERIN: PROF. DR. TANJA A. BÖRZEL,
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

ZWEITGUTACHTER: PROF. ANDRES JOUANNET VALDERRAMA, DR. PHIL.,
UNIVERSIDAD CATÓLICA DE TEMUCO

DATUM DER EINREICHUNG: 14. OKTOBER 2010

DATUM DER DISPUTATION: 07. FEBRUAR 2011

ERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich gemäß § 7 (4) der gemeinsamen Promotionsordnung zum Dr. phil. in Politikwissenschaft des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin vom 02. Dezember 2008, dass ich alle verwendeten Hilfsmittel und Hilfen angegeben und auf dieser Grundlage die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe.

Berlin, den 14. Oktober 2010

Andres Claudio Pennycook Castro

*gewidmet meiner Frau Vavila Diamandi
und meinem Sohn Guillermo Petre*

Zusammenfassung

Im Jahre 2000 unterbreitete Bolivien der chilenischen Regierung - trotz jahrelanger angespannter Beziehungen - die Eröffnung bilateraler Verhandlungen für ein investitionsintensives aus den neu entdeckten Rohstoffreserven Erdgas-Export-Projekt. Bolivien, ein Land in Wirtschaftsnot und ohne einen eigenen territorialen Zugang zum Ozean, benötigte für den Bau einer Erdgas-Pipeline auf fremdem Hoheitsgebiet die Einwilligung eines Nachbarlandes, entweder Peru oder Chile. In Bolivien beschloss die Mehrheit der Parteien, die eine ähnliche wirtschaftspolitische Einstellung vertraten, die Verhandlungen mit Chile zu befürworten. Bereits bei den ersten Verhandlungsrunden einigten sich beide Regierungen auf die Kernbedingungen.

Doch die langjährigen Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile scheiterten, trotz der erwarteten hohen Gewinne und trotz der anfänglichen harmonischen Staatenpräferenzen. Die Empirie deutet einen Zusammenhang zwischen der Varianz der außenpolitischen Präferenzen Boliviens und der Mobilisierung nationalistischer Einwände der Gegner der Verhandlungen an. Der Ausgang der Erdgasverhandlungen stellte die Erklärkraft der gängigen Ansätze der Internationalen Beziehungen, sowohl macht- als auch interessenbasierte Theorien, vor eine Herausforderung.

Beim theoretischen Rahmen werden die Prämissen eines Zwei-Ebenen-Ansatzes und insbesondere des Liberalen Intergouvernementalismus angewendet. Unter der Logik dieses Ansatzes wäre dennoch im Untersuchungsfall zu erwarten gewesen, dass sich die damaligen Regierungen für das Zustandekommen der Kooperation entschieden hätten. Die vorliegende Untersuchung zielt ab, Faktoren zur Erläuterung der Fallstudie induktiv zu identifizieren, die zugleich die Erklärkraft des Liberalen Intergouvernementalismus ergänzen können.

Mit der erwähnten Absicht bezog die vorliegende Dissertation auf ein rationalistisches Zwei-Ebenen-Analyseraster traditionell als konstruktivistisch bezeichnete Elemente ein. Damit folgte diese Dissertation eine aktuelle Tendenz in den Studien der Internationalen Beziehungen, ergänzende theoretische Brücken zwischen Rationalismus und Konstruktivismus zu bauen und zu überprüfen. Die Akteure und ihre Aktionen werden dennoch weiter als zielgerichtet, strategisch und rational betrachtet und ihre Identitäten als exogen behandelt. Darüber hinaus, um die Handlungen der innenpolitischen Akteure zu

bewerten und kausal erklären zu können, sowie einer Reihe von außenparlamentarischen sozialer Mobilisierungsprozesse in der Analyse zu berücksichtigen, integriert die vorliegende Dissertation das Instrumentarium des Framing-Ansatzes im theoretischen Rahmen. Die Variation der Diskurse der innenpolitischen Akteure während des gesamten Verlaufs der Erdgasverhandlungen wurde durch eine kausale Narrative untersucht.

Im Licht der Empirie argumentiert die vorliegende Dissertation, dass innenpolitische Aktivisten eine laufende bilaterale Verhandlung durch die Mobilisierung von tiefverankerten Identitätskonstrukten negativ umrahmen können und dadurch die Reputationskosten für die Regierung und ihre Parteikoalition erheblich erhöhen. Damit verengt sich das einheimische Winset, die außenpolitischen Präferenzen bewegen sich außerhalb des anfänglichen Konsens und die zwischenstaatliche Kooperation kommt nicht zustande.

Summary

In the Year 2000 Bolivia requested the Chilean Government – despite the longstanding tense bilateral relations – for negotiations on an agreement to implement a major investment Project to export the new discovered Bolivian Natural Gas Reserves. Bolivia, a country in financial distress and without a territorial access to the Pacific Ocean of his own, needed the acquiescence of one neighbour country, either Chile or Peru. In Bolivia, the majority of the political Parties that participate from a similar political and economical approach, approved to negotiate with Chile. Already at the first negotiations rounds the two governments in agreed upon the Key Issues.

Still, despite the anticipated initial substantial harmonic state preferences, the Bolivian – Chilean gas negotiations ended in a failure. The empirical Research suggests a connection between the variation of the Bolivian foreign policy and the mobilization of nationalistic Bolivian critics, adversaries of the natural gas negotiations with Chile. The outcome of the Bolivian – Chilean natural gas negotiations challenges the explanatory force of the most used interest and power based approaches.

The theoretical frame of this research uses the premises of the Two Level Approach and especially of the Liberal Intergovernmentalism. Nevertheless under the logic of this approach, it was to be expected in the empirical case, that the governments should have chosen the bilateral cooperation. The present research inductively searches to identify factors for an

viii

explanation of the empirical outcome, which at the same time should complement the explanatory force of the Liberal Intergovernmentalism.

With the above mentioned intention, this doctoral dissertation integrates elements that traditionally have been linked to Constructivism, in a rational Two Level Frame. Therefore this research follows an actual trend in the Study of the International Relations which is to build and test theoretical Bridges between Rationalism and Constructivism. The Actors continue to be considered as target-oriented, strategic and rational. Furthermore in order to evaluate and explain the behaviour of the domestic political actors this research integrates Instruments of the Framing Approach in its theoretical frame. The Variation of the Discourse of the domestic political actors was examined through a causal narrative.

Under the light of the empirical evidence, this doctoral thesis argues that domestic activists can frame negatively a running bilateral negotiation through the use of deep cultural anchored Identity Constructions and through this they can rise the reputation costs for the government and the ruling party coalition. As a result of these events, the domestic win-set gets narrower, the foreign policy state preferences move away from the original consensus and the bilateral cooperation will not be agreed.

Gliederung

Zusammenfassung	vii
Summary	viii
Gliederung	xi
Vorwort	xv
Verzeichnis der Abkürzungen	xvii
I Einleitung	1
Erklärung des Scheiterns der Erdgasverhandlungen als ergänzender theoretischer Rahmen	2
Die Struktur der vorliegenden Dissertation	6
II Eine bilaterale Verhandlung über Erdgas und der dazugehörige theoretische Engpass ..	11
1) Fallbeschreibung	11
2) Fallbegrenzung und Fragestellung	13
3) Die Relevanz und Irrelevanz einzelner externer Akteure	14
3.1) Die chilenische Verhandlungsposition als Konstante	14
3.2) Die zwei Abnehmer: USA und Mexiko	19
3.3) Das doppelte Konkurrenz Nachbarland: Peru	21
3.4) Der Einfluss einer regionalen Macht: Venezuela	23
3.5) Der Einfluss des internationalen Finanzsystems: Der Washington-Konsens	25
4) Warum ist der Blick auf die subsystemische Ebene nötig?	26
4.1) Allgemeines über den Liberalen Intergouvernementalismus	27
4.2) Erklärungsdefizite des Liberalen Intergouvernementalismus im Falle der Erdgasverhandlung	29
5) Bedarf einer Theorieergänzung durch die Einführung konstruktivistischer Elemente....	31
III Theoretischer Rahmen: Das vorgeschlagene ergänzende Modell	43
1) Allgemeines zum Bau eines ergänzenden theoretischen Rahmens	43
2) Theoretischer Rahmen: <i>Strategisches Framing</i> , Mobilisierung von Identitäten, Entstehung von Reputationskosten und kognitiver Dissonanz	46
2.1) Nationale und kollektive Identitäten	46
2.2) Mobilisierung von Identitätskonstruktionen	48
2.3) Entstehung von Reputationskosten und kognitiver Dissonanz	51
2.4) Anwendung der theoretischen Rahmen auf den empirischen Fall	53
3) Auf der Suche nach Kausalerklärungen	55
3.1) Zur Festlegung der abhängigen Variable	55
3.2) Das <i>strategische Framing</i> der Erdgasverhandlungen in der Öffentlichkeit als	

entscheidender Erklarfaktor	56
4) Methodische Vorgehensweise	60
4.1) Die Kenntnis eines strategischen Framing und der Reputationskosten	60
4.2) Konstellation der Akteure	62
4.3) Schematischer Verlauf der Erdgasverhandlungen	65
4.4) Ausgewählte Quellen	66
a) Literatur und amtliche Publikationen	67
b) Printmedien	68
c) Die Interviews	70
IV Empirischer Teil	77
1) Kurze historische Einführung	77
1.1) Unabhängigkeit und Salpeterkrieg im lateinamerikanischen Kontext.....	77
1.2) Der historische Hintergrund der belasteten Beziehungen zwischen Bolivien und Chile	78
Der Diskurs des Meereszugangsanspruches	78
Der bolivianische Meereszugangsanspruch in den bilateralen Beziehungen.....	79
2) Eine Charakterisierung der politischen und sozialen Lage Boliviens in der Ära der	
„Paktierten Demokratie“	81
2.1) Politische und wirtschaftliche Lage: Die Bilanz der „Paktierten Demokratie“	81
2.2) Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Drogenbekämpfung in der bolivianischen	
Parteilandschaft	83
Die Parteien der „Neuen Wirtschaftspolitik“ und neoliberalen Populistischen Parteien.	83
Die „Cocalero-Bewegung“ und der linke Diskurs	84
Fazit	85
3) Die Verhandlungen um eine Erdgasleitung und um einen Hafen.....	87
3.1) Die Enttabuisierung des Dialoges (Februar 2000 - Dezember 2001)	87
Analyse des Zeitabschnitts (Februar 2000 - Dezember 2001)	95
Die Drittstaaten	97
Das Verhalten der Regierung Quiroga	98
3.2) Das Ende der Regierung Quiroga und die Präsidentschaftswahl 2002 (Dezember 2001	
– August 2002)	100
Diskurse der Kandidaten in der Wahlkampagne	105
Analyse des Zeitabschnitts (Ende der Regierung Quiroga Dezember 2001 – August 2002)	
.....	112
Die Variation des Regierungsdiskurses.....	116
Die Verzögerung und die unechte Alternative	116
Die Irrelevanz der Drittländer	118
Fazit	118

3.3) Erstes Jahr der Regierung von Sánchez de Lozada (August 2002 – August 2003)	120
Analyse des Zeitabschnitts (Erstes Amtsjahr von Sánchez de Lozada August 2002 – August 2003).....	133
Die Verzögerung der Regierung Sánchez de Lozada.....	136
Das Verhalten der Drittländer	137
3.4) Unruhe, Aufstand und Repression: Der „Erdgaskrieg“ (August 2003 – Oktober 2003)	139
Analyse des Zeitabschnitts („Erdgaskrieg“).....	148
Die Variation des Regierungsdiskurses.....	152
Exkurs: Der Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada	153
3.5) Wahlloser Regierungswechsel: Die Regierung Mesa (Oktober 2003 - Juni 2005)	155
Analyse des Zeitabschnitts (Regierung Mesa Oktober 2003 – Juni 2005)	172
Scheitern der Tausch-Politik „ <i>Erdgas gegen einen Meereszugang</i> “	175
3.8) Kurzer Epilog: Nachfolger der Regierung Mesa: Rodriguez (Interim) und Morales	179
4) Entwicklung des innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Winset	183
4.1) Warum strebte Bolivien eine Zusammenarbeit mit Chile im Erdgasbereich an? ...	183
4.2) Politische und institutionelle Konstellationen	183
4.3) Die Unstimmigkeit der Kausalerwartungen.....	187
4.4) Grundlegende Voraussetzungen des beginnenden Winset	187
4.5) Umstrittene Elemente außer dem Winset	189
4.6) Manipulation des Winset: <i>Strategisches Framing</i> der Erdgasverhandlungen	189
4.7) Das <i>Frame des Patrioten</i> als Regierungsdiskurses.....	193
4.8) Befunde	194
Schlussfolgerung	254
Die Antwort zum empirischen Puzzle: konkurrierende Identitätskonstruktionen als eventueller mitwirkender Faktor bilateraler Wirtschaftsverhandlungen.....	254
Grenzen des Erklärungsmodells und mögliche Gegenargumentation	262
Die Ziele dieser Forschung	263
Vorschläge für künftige Forschungen	265
Literatur- und Interviewverzeichnis	269
Literaturverzeichnis.....	269
Interviewverzeichnis	288

Vorwort

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war die Beobachtung, dass der Ausgang der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile für den Bau einer Erdgasleitung nicht zu den theoretischen Erwartungen passte. Jenseits der Besonderheiten der bolivianisch-chilenischen Beziehungen interessierte mich, eine Antwort auf dieses empirische Rätsel zu finden, das zugleich für weitere Fälle anwendbar wäre.

Bei der Durchführung dieser Forschung und der Bearbeitung dieser Dissertation habe ich vielfältige Unterstützung erfahren, für die ich mich rechtherzlich bedanken möchte.

Mein herzlicher Dank gilt als zuallererst Frau Prof. Dr. Tanja A. Börzel, die mich in all den Jahren in allen Stadien der Untersuchung betreute und die mir ständig wichtige Anregungen für meine Dissertation gab. Mein Dank gilt den anderen Mitgliedern meiner Promotionskommission, Herrn Prof. Dr. Thomas Risse, Frau Prof. Dr. Marianne Braig, Frau Prof. Dr. Carina Sprungk und Frau Dr. Sabine von Oppeln, die mir während meiner Disputation Vorschläge zur Verbesserung meiner Recherche gaben. Ich bedanke mich auch bei Prof. Andres Jouannet Valderrama, Dr. phil., für seine interessanten Anregungen und Vorschläge bei der Begutachtung meiner Dissertation.

Auch möchte ich mich bei der chilenischen Regierung und insbesondere bei den für das „*Presidente de la República*“ und „*Becas Chile*“ zuständigen Beamten für die Bewilligung des Stipendiums bedanken, das es mir ermöglichte, an der Freien Universität Berlin mit ausreichend finanzieller Sicherheit studieren zu können.

Auch hätte ich die vorliegende Dissertation ohne die Ratschläge, Kommentare und Anregungen von den Mitgliedern des Promotionskolloquiums von Frau Professor Tanja A. Börzel nicht verwirklichen können. Insbesondere bedanke ich mich an dieser Stelle bei der langjährigen Organisatorin des Kolloquiums, Frau Vera van Hüllen. Ebenso bedanke ich mich für die Kommentare und Ratschläge der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Arbeitsstelle Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, speziell Frau Prof. Dr. Cathleen Kantner. Auch möchte ich mich speziell bei Frau Dr. Diana Panke und Frau Dr. des. Meike Dudziak für ihre geduldige Hilfe und für ihre Ratschläge bedanken. Mein Dank gilt auch Frau Ines Stavrinakis vom Sekretariat der Arbeitsstelle Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft.

Auch möchte ich mich bei Herrn Dr. des. Osvaldo Saldías, Herrn Dr. Richard Ortiz und Herrn Francisco Ramirez Dipl. -Soz. für ihre Kommentare und Anregungen bedanken. Mein Studium in Deutschland wäre zudem nie ohne das Erlernen der deutschen Sprache möglich gewesen, dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei Herrn Dr. Walter Eckel für sein Vertrauen und Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Frau Annett Müller, die mich sprachlich korrigierte.

Auch bedanke ich mich bei den Mitarbeitern des Presse-Archivs „*IberoDigital*“ des GIGA (*German Institute of Global and Area Studies*) in Hamburg und bei den Mitarbeitern der Bibliothek des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin, die mir den Zugang zu zahlreichen Quellen für meine Recherche ermöglichten. Auch wäre mein langer Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland ohne die menschliche Unterstützung und uneigennützigte Hilfe zahlreicher Freunde und Bekannter sicher viel schwerer gewesen. Daher bedanke ich mich ganz herzlich bei Dr. Helga Welzel, Dr. Elmar Gleser, Claudia Breunig, Andreas Breunig, Mustafa Suboh, Ayako Katayama, Monica Moreno, Daniela González, Karen Zacur, Monica Suciu, Şerban Suciu, Mili Poblete, Bernhard Profanter, Kimberly Mason, Andrew Mason, Pfarrerin Andrea Neß, José Cepeda, Marcela Venegas, Alfonso Palacios, Steffania Hörsch, Patricio Ibarra, Alberto Ibarra, Mo Liu, Tao Wu, Takuya Mikami, Yuka Mikami, Pablo Orellana, Stefania Scocco, Manuel Ramirez, Katharzyna Kepska, Mariela Orellana, Maryam Tertel, Geraldine Tertel, Jenny Kühne, Johanna Martinez, Flavius Namoliu, Claudio Rambaldi, Felipe Sandoval, Thealinde Reich, Rohtraut Wittstock, Ilie Maşala, Sava Diamandi, Anne Diamandi, Emil Bojin, Marinela Bojin, Margit Lindinger, Mathias Pytlik, Julio Collao, Eugenio Ravinet, Rodrigo Aldoney, Tadzysz Swiderski und Peter Bischof. Auch bedanke ich mich herzlich für die geistliche Unterstützung von Pfarrer Isidro Hernán und Kaplan Hubert Bodenmüller, die ich während meiner Studienzeit in Deutschland schätzen gelernt habe.

Am Ende dieses Vorworts möchte ich mich sowohl bei meiner Frau und meinem Sohn, als auch bei meinen Eltern, Carmen Castro und Guillermo Pennycook, meiner Tante Cora Castro sowie meinen Schwiegereltern Saviana und Ion Diamandi bedanken, die mich in jeder Hinsicht liebevoll unterstützten. Diese Dissertation ist meiner Frau Vavila Diamandi und meinem Sohn Guillermo Petre gewidmet.

Andrés Pennycook Castro

Verzeichnis der Abkürzungen

ACE	Acuerdo de complementación económica
ADN	Acción Democrática Nacionalista
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libre Comercio
ALADI	Asociación Latinoamericana de Integración
AmCham	American Chamber of Commerce
AP	Acuerdo Patriótico
ASP	Asamblea Soberana del Pueblo
BG	British Gas Group
BP	British Petroleum
CAN	Comunidad Andina de Naciones
CAO	Cámara Agropecuaria del Oriente
CEPB	Confederación de Empresarios de Bolivia
CNC	Cámara Nacional de Comercio
CNE	Corte Nacional Electoral de Bolivia
CNEC	Comisión Nacional de Energía de Chile
CNI	Cámara Nacional de Industrias
CNN	Cable News Network
COB	Central Obrera Boliviana
CODELCO	Corporación Nacional del Cobre de Chile
CONDEPA	Conciencia de la Patria
COSDNA	Consejo Supremo de Defensa Nacional
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean
EU	Europäische Union
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
FEJUVE	Federación de Juntas Vecinales
FELCN	Fuerza Especial de Lucha contra el Narcotráfico
FSB	Falange Socialista Boliviana
FSTMB	Federación Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia
FTAA/ ALCA	Free Trade Agreement of the America
FUNDEMOS	Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación
GES	Grupo Especial de Seguridad de Policía Nacional
GTL	Gas to Liquids

ILO	International Labour Organization
IIRSA	Iniciativa para la Infraestructura Regional de Sur América
INE	Instituto Nacional de Estadísticas de Bolivia
IU	Izquierda Unida
IWF	Internationaler Währungsfonds
LNG	liquefied natural gas
LyJ	Libertad y Justicia
MAS	Movimiento al Socialismo
MBL	Movimiento Bolivia Libre
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
MIP	Movimiento Indígena Pachakuti
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionario
MNR	Movimiento Nacional Revolucionario
MRTKL	Movimiento Revolucionario Tupaj Katari L
NFR	Nueva Fuerza Republicana
OAS/OEA	Organización de Estados Americanos
OLADE	Organización Latinoamericana de Energía
PdVSA	Petróleos de Venezuela S.A.
PS	Partido Socialista
Repsol YPF	Refinería de Petróleos de Escombreras Oil – Yacimientos Petrolíferos Fiscales Sociedad Anónima
SONAMI	Sociedad Nacional de Minería de Chile
UCS	Unión Cívica Solidaridad
UDAPE	Unidad de Análisis de Políticas Sociales
UDAPEX	Unidad de Análisis de Política Exterior
UDP	Unión Democrática Popular
UMOPAR	Unidad Móvil de Patrullaje Rural
UNDP	United Nations Development Programme
YPFB	Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos

I Einleitung

Im Jahr 2000 vereinbarten Bolivien und Chile, die historisch angespannten bilateralen Beziehungen zu lockern und die Diskussion über eine Reihe von Themen zu enttabuisieren. Mit dieser diplomatischen Annäherung zielte Bolivien auf die Realisierung eines investitionsreichen Projektes zur Verarbeitung und den Export von bolivianischem Erdgas ab, mit dessen Hilfe die jeweiligen bolivianischen Regierungen die desaströse Wirtschaftslage überwinden wollten. Bolivien gehört neben Nicaragua und Haiti inzwischen zu den drei ärmsten Ländern des gesamten amerikanischen Kontinents (Ledebur 2005, 146). Das Abkommen hätte dem Land hohe Steuereinnahmen gebracht, die Bolivien auch dringend zur Erfüllung seiner internationalen Finanzverträge gebraucht hätte. Bolivien, ein Land ohne einen eigenen territorialen Zugang zum Pazifischen Ozean, benötigte für den Bau einer kilometerlangen Erdgasleitung auf fremdem Hoheitsgebiet die Einwilligung eines Nachbarlandes, entweder von Chile oder Peru. Die peruanische Alternative für die Erdgasleitung wurde von den Investoren wegen der erheblichen Mehrkosten frühzeitig ausgeschlossen. Es entstand ein breiter Konsens der wichtigsten Wirtschaftsakteure für Verhandlungen mit Chile (sogenannte Erdgasverhandlungen), den die Mehrheit der bolivianischen Parteien befürwortete.

Bereits beim Start der Erdgasverhandlungen akzeptierte die chilenische Regierung im Wesentlichen die Forderungen der bolivianischen Regierung für den Bau der Erdgasleitung. Chile stellte jedoch Bolivien eine einzige Bedingung: An die Erdgasverhandlungen sollte keine Grenzänderungen gekoppelt werden. Chile verlangte von der bolivianischen Regierung jedoch nicht, dass Bolivien auf seine langjährigen Grenzänderungsansprüche verzichten sollte. Bolivien akzeptierte diese Auflage, es begannen mehrere Verhandlungsrunden. Die Regierungsvertreter beider Länder einigten sich relativ schnell auf einen Abkommen-Entwurf. Schließlich war der Einfluss von mehreren Drittländern auf die Verhandlungen eher begrenzt. Die einzige involvierte hegemoniale Macht – die USA – begrüßte sogar ein Erdgasabkommen zwischen den beiden südamerikanischen Ländern.

Doch die langjährigen Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile scheiterten, trotz der zu erwartenden hohen Gewinne und trotz des erwähnten vielversprechenden Anfangs, der wegen der harmonischen Staatenpräferenzen zu erwarten war. Die Erdgasverhandlungen mutierten in Bolivien zum sozialen und politischen Sprengstoff. Obwohl bei den

Erdgasverhandlungen anfänglich die wirtschaftlichen Ziele eine Hauptrolle spielten, gab es in der innerstaatlichen bolivianischen Politik immer mehr nationalistische Einwände gegen sie. Die jeweiligen bolivianischen Regierungen schwankten, trotz der bestehenden innerstaatlichen Einigung unter den wichtigsten Wirtschaftsakteuren, ein Abkommen mit Chile zu unterschreiben. Sie unterlagen der nationalistischen Rhetorik, die wichtiger Bestandteil der öffentlichen Debatte geworden war, und entfernten sich allmählich von einer auf Wirtschaftlichkeit basierten Verhandlung.

Die beschriebene Entwicklung der Erdgasverhandlungen – der Wechsel vom Konsens zu Dissens trotz harmonischer bilateraler Präferenzen – stellte die Erklärungskraft der gängigen interessen- und machtbasierter Ansätze der Internationalen Beziehungen vor eine Herausforderung. Obwohl die theoretischen Voraussetzungen für die bilaterale Kooperation erfüllt waren, kam sie nicht zustande. Die vorliegende Dissertation beschäftigt sich mit dem folgenden empirischen Puzzle: Warum verzichtete die Regierung eines Landes auf ein von den innerstaatlich wichtigsten Wirtschaftsakteuren begrüßtem Abkommen, das für das Land aus wirtschaftlicher Sicht äußerst vorteilhaft gewesen wäre? Die Darstellung des Falls und die Beleuchtung seines Kausalzusammenhangs zeigen, dass die oppositionellen Parteien und Bewegungen eine politische Auseinandersetzung um die Treue zu nationalen Werten provozierten: Die nationalistischen Einwände, die sich der alten und ausgeprägten Feindschaft mit Chile bedienten, und die Regierungsrechtfertigungen, die auf wirtschaftliche Überlegungen konstruiert waren, traten dementsprechend in den Vordergrund. So wurde der ursprünglich wirtschaftliche Schwerpunkt der Erdgasverhandlungen in einen nationalistischen verwandelt.

Erklärung des Scheiterns der Erdgasverhandlungen als ergänzender theoretischer Rahmen

Ein erster Überblick der Erdgasverhandlungen zeigt, dass sich beide Länder jenseits der allgemeinen Bedingungen der Erdgasverhandlungen geeinigt hatten, und dass die Einigung in beiden Ländern parlamentarisch ratifizierbar gewesen wäre. Da sich weder die chilenische Position bezüglich der Erdgasverhandlungen noch der Einfluss von Drittländern radikal veränderte, ist der Wandel der außenpolitischen Position der jeweiligen bolivianischen Regierungen im untersuchten Zeitraum nicht auf der systemischen Ebene der Verhandlungen zu finden. Dementsprechend konzentriert sich die vorliegende Dissertation auf die Variation der deklarierten außenpolitischen Präferenzen Boliviens.

Es scheint dementsprechend notwendig, ein Zwei-Ebenen-Analyseraster zu wählen, so dass die innenpolitische Varianz in Bolivien in die Analyse einbezogen werden kann. Der Moravcsiksche Liberale Intergouvernementalismus wird vorwiegend für die Erklärung wirtschaftszentrierter zwischenstaatlicher Zusammenarbeit angewandt. Er versteht die Kooperation, die sowohl die systemische als auch die subsystemische Ebene einbezieht, als ein Zwei-Ebenen-Spiel. Dementsprechend adoptiere ich seine theoretischen Grundprämissen, für den Bau eines theoretischen Rahmens. Die vorliegende Dissertation beschäftigt sich dennoch nicht mit der Überprüfung der erwähnten Theorie, sondern mit der Aufklärung des empirischen Erdgasverhandlungs-Rätsels mit Hilfe liberaler Ansätze in den Internationalen Beziehungen.

In Anbetracht dessen, dass Bolivien trotz seiner Wirtschaftsnot und der Existenz eines breiten Konsensus unter den wichtigsten innerstaatlichen Wirtschaftsakteuren, auf ein Erdgas-Abkommen mit Chile und auf die erwarteten hohen Gewinne der anfänglich harmonischen zwischenstaatlichen Präferenzen verzichtete, kann das Scheitern der bilateralen Verhandlungen durch die reine Anwendung einer rationalistischen Logik nur unzureichend erklärt werden.

Der gewählte theoretische Rahmen schließt dementsprechend an eine verbreitete Tendenz der Internationalen Beziehungen an, theoretische Brücken zwischen Rationalismus und Konstruktivismus zu bauen (Risse 2003b; Checkel/Zürn 2005). Diese Dissertation schlägt für den Bau des theoretischen Rahmens auf der subsystemischen Ebene die Einbeziehung von vorhandenen kollektiven Identitätskonstrukten vor. Bereits vorhandene kulturell tief verankerte Identitätskonstrukte können von innenpolitischen Akteuren für ihre eigene Zwecke manipuliert werden, um ein bestimmtes Handeln instrumentell neu zu *framen* (sogenanntes *strategisches Framing*), so dass dies wachsende *Reputationskosten* für die verhandelnde Parteienkoalition bzw. die Entstehung von kognitiver Dissonanz und eine entsprechende Verengung des einheimischen Winset verursachen können. Die verhandelnde Regierung muss ihr Verhalten wegen der Varianz des Kosten-Nutzen-Kalküls gezwungenermaßen an die normativen Ansprüche anpassen, so dass ein Abbruch der Verhandlungen immer wahrscheinlicher wird, selbst wenn sich die wichtigsten Wirtschaftsakteure und die Regierung lieber für das Abkommen entscheiden würden.

Eigentlich standen den damaligen bolivianischen investorenfreundlichen Regierungen ausreichend koalitionseigene Parlamentarier zur Verfügung, um das aus wirtschaftlichen Gründen von ausländischen Investoren und einheimischen Unternehmerverbänden befürwortete Erdgasabkommen mit Chile ratifizieren zu lassen. Das ursprüngliche zwischenstaatliche Winset zwischen Bolivien und Chile basierte auf der bolivianischen Nutzung eines begrenzten Teils des chilenischen Territoriums, und schloss zugleich, auf Verlangen von Chile, jegliche Souveränitätsübertragung aus.

Allerdings entfremdeten sich die Parlamentarier der regierenden Parteien immer mehr vom Erdgasvorhaben der Regierung allmählich als es den oppositionellen Parteien gelang, in der bolivianischen Öffentlichkeit, durch die Mobilisierung des kulturell tiefverankerten Diskurses des Meereszugangsanspruchs („*Mediterraneidad boliviana*“), eine nicht an eine Grenzänderung gekoppelte Erdgasverhandlung mit Chile als „Landesverrat“ zu lokalisieren (*strategisches Framing*). Das Kosten-Nutzen-Kalkül der Regierung ihrer Parlamentarier wurde ausschlaggebend vom strategischen Framing der Opposition beeinflusst, da diese Akteure ihre Wahlchancen wegen der Ratifizierung eines inzwischen unpopulär gewordenen Erdgasabkommens nicht riskieren wollten.

Bolivien verschob den Abschluss der Erdgasverhandlungen immer wieder, bis die bolivianische Regierung plebiszitäre Verfahren für die Frage der Fortsetzung der Erdgasverhandlungen zwangsweise einbeziehen und daher das Erdgasabkommen nur noch an den Meereszugangsanspruch koppeln sollte. Mit der Änderung der deklarierten bolivianischen Präferenzen verschwand der zwischenstaatliche Konsens und die bilateralen Verhandlungen verwandelten sich in eine *Deadlock*-Situation.

Obwohl Lateinamerika eine relativ reiche Tradition in regionalen und bilateralen Kooperations- und Integrationsprojekten vorlegen kann, besteht trotz allem ein Forschungsbedarf in der empirischen Studie der Internationalen Beziehungen (Augener 2008, 20). Die vorliegende Forschung versteht sich zugleich als ein konkreter Beitrag zu den Studien der Internationalen Beziehungen auch jenseits des lateinamerikanischen Kontextes, indem die wirkenden Kausalmechanismen eines Einzelfalles dargelegt und abstrakt verallgemeinert werden, um diese *kausalen Inferenzen* im Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus zu integrieren, so dass der Umfang der wissenschaftlichen

Erklärungskraft dieses Ansatzes für neue Fälle erweitert wird, die er ursprünglich nicht abdecken konnte.

Wenngleich sich die wissenschaftliche Literatur mit den Umständen und Ursachen des spektakulären Machtsturzes von Präsident Sánchez de Lozada und dem daraus resultierenden Stopp der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile befasste, gab es bislang keine theoriebezogene wissenschaftliche Forschung über das Scheitern der Erdgasverhandlungen, die sich empirisch mit dem gesamten Prozess von Anfang bis Ende beschäftigte. In der Regel widmete sich die bestehende Literatur hauptsächlich dem Auslaufen des Modells einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und der Rolle der ethnisch inspirierten Protestbewegung beim Sturz bolivianischer Regierungen.

Allerdings sogar wenn sich nicht alle Beiträge ausschließlich auf den sogenannten Erdgaskrieg konzentrieren, sehen sie die Erdgasverhandlungen zumeist als ein persönliches Regierungsvorhaben von Präsident Sánchez de Lozada an (z.B. Mihaly 2006, 97; Salman 2006, 172; Farthing/Kohl 2006, 11) und unterlassen gänzlich, dass die Protestparolen gegen die Wahl eines chilenischen Hafens bereits während der Amtszeit Quiroga eine Rolle spielten. So wird der Fakt ignoriert, dass die bolivianische und die chilenische Regierung bereits Jahre zuvor – während der Amtszeit von Präsident Banzer – miteinander verhandelt und dass die Vorgängerregierung ein Erdgasabkommen aus innenpolitischen Gründen verzögert hatten. Oft wird übergangen, dass auch Präsident Sánchez de Lozada die Unterzeichnung eines Erdgasabkommens verschob (Bspw. Barr 2005, 73; Dominguez 2005, 1; Husar/Maihold 2005, 134; Quiroga 2006, 100; Goedeking/Suazo 2006, 9).

Die Ursachen des Sturzes der Regierung von Sánchez de Lozada werden auf diese Weise des Öfteren versehentlich mit den Gründen des Misserfolges des Erdgasgeschäfts gleich gesetzt, so dass unmittelbar aus Interessen oder Motiven der Akteure Ursachen abgeleitet werden, ohne dass ein präziserer Kausalzusammenhang festgelegt wird, der das Phänomen als dynamischen Prozess erleuchtet (das Erdgasgeschäft scheiterte beispielweise allein wegen des Unmuts des Volkes auf die neoliberale Wirtschaftspolitik sowie auf die USA, ebenso aufgrund der Hartnäckigkeit der Chilenen, einen Meereszugang abzulehnen).

Indem die vorliegende Dissertation die gesamten Erdgasverhandlungen mittels einer *kausalen Narrative* analysiert, nimmt sie eine andere Perspektive ein. Bei dieser Forschung ist die

Amtszeit von Sánchez de Lozada nur einer von mehreren Zeitabschnitten, so dass langfristige wirkende Faktoren beobachtet werden können und dementsprechend ein Kausalzusammenhang zwischen dem rhetorischen Einsatz des Diskurses des Meereszugangsanspruchs bezüglich der Erdgasverhandlungen und dem Scheitern der bilateralen Verhandlungen erkennbar und ausfindig zu machen ist.

Die vorliegende Dissertation erzeugt durch eine ausführliche ausreichend empirische Beweise für den Bau eines theoretischen Rahmens, der auch für eine Reihe anderer empirischer Fälle Gültigkeit besitzen könnte. Seine Erklärungskraft soll dennoch bei anderen Fällen mit ähnlichen Kontexten in künftigen Untersuchungen falsifiziert werden.

Empirisch scheiterten bislang mehrere diplomatische Dialoge zwischen Bolivien und Chile oder sie blieben weit unter den Erwartungen. In Anbetracht der erwähnten Situation zielt diese Dissertation darauf ab, einen praktischen Beitrag für ein besseres Verständnis künftiger diplomatischer Annäherungen zwischen den erwähnten Ländern zu leisten.

Die Struktur der vorliegenden Dissertation

Das zweite Kapitel der vorliegenden Dissertation beschäftigt sich mit der Darstellung der Fragestellung und des theoretischen Puzzles. Dafür präsentiere ich zunächst eine kurze Beschreibung des zu untersuchenden empirischen Falles und eine Erläuterung der Fragestellung. Damit schildere ich zuerst die wesentlichen Fakten, mit denen sich diese Dissertation später ausführlicher befasst und zeige eine Begrenzung dieser Untersuchung auf.

Folglich stellt das zweite Kapitel die Relevanz bzw. Irrelevanz einzelner externer Akteure dar, die an den Erdgasverhandlungen beteiligt waren. Diese Erörterung ist ein notwendiger Schritt, um die Unzulänglichkeit der gängigen Theorien für eine ausreichende Erklärung des Scheiterns der Erdgasverhandlungen festzulegen und mögliche alternative Erklärungen in einem frühen Stadium der Untersuchung auszuschließen. Dementsprechend analysiere ich die Variation der chilenischen Verhandlungsposition und den Einfluss der zwei geplanten Abnehmer der Erdgaslieferung (USA und Mexiko), sowie des Konkurrenz Nachbarlandes Peru und der Regionalmacht Venezuela. Anschließend diskutiere ich kurz den tatsächlichen Einfluss des internationalen Finanzsystems und dessen sogenannten Washington-Konsenses auf die Erdgasverhandlungen.

Das zweite Kapitel beende ich mit einer Bestätigung des Bedarfs einer Theorieergänzung, für die ich die Einführung von traditionell als konstruktivistisch bezeichneten Elementen erstmals präsentiere und rechtfertige. Vor allem erkläre ich den Bedarf eines Fokus auf die subsystemische Ebene und die entsprechende Wahl der Theorie des Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus, dessen wesentliche Merkmale und theoretischen Leistungen ich kurz schildere. Anschließend erkläre ich, welche Defizite bei der Anwendung des Liberalen Intergouvernementalismus zur Erklärung der Erdgasverhandlungen auftauchen, wenn man die Unstimmigkeit der theoretischen Erwartungen dem empirischen Ausgang des Falles gegenüberstellt. Letztlich empfehle ich, die offensichtlichen Erklärungsdefizite durch die Einführung konstruktivistischer Elemente in meinem theoretischen Rahmen zu lösen.

Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Bau meines theoretischen Rahmens zur Erklärung des Untersuchungsfalls, der als ein abstraktes ergänzendes Modell des Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus vorgeschlagen wird. Ich beginne mit einer kurzen Darstellung und Rechtfertigung der Wahl der *kausalen Narrative* als Vorgehensweise der empirischen Recherche, sowie der Begründung der Wahl des rationalistischen Zwei-Ebenen-Analyserasters. Anschließend präzisiere ich wesentliche Begriffe für den Bau meines theoretischen Rahmens: Mobilisierung von kollektiven Identitätskonstrukten – im Allgemeinen und im lateinamerikanischen Kontext –, *strategisches Framing* sowie Entstehung von *Reputationskosten* und von kognitiven Dissonanz.

Im dritten Kapitel folgen eine Vorstellung der geplanten Messindikatoren sowie eine Erläuterung der abhängigen und unabhängigen Variablen und ihre zu erwartende Varianz. Hier handelt sich um die weiterführende Frage, wie der Forscher aus der Analyse der empirischen Fakten erkennen kann, ob im Untersuchungsfall ein innerstaatlicher Akteur tatsächlich ein *strategisches Framing* von kollektiven Identitätskonstrukten führte? Damit stelle ich die notwendigen Regeln zur Messung der Varianz der unabhängigen Variable dar, so dass die Entfaltung und Varianz eines *strategischen Framing* empirisch festgelegt werden kann. Zudem erstelle ich auf der Basis der Diskurse der von der bolivianischen Regierung geführten bilateralen Verhandlungen mit Chile eine grobe Skizze über die Konstellationen der beteiligten innerstaatlichen Akteure Boliviens. Hier gibt es zwei sich ausgrenzende Gruppen: Wirtschaftsakteure und Gesellschaftsakteure. Dieses Layout der Akteurskonstellation dient zum Bau einer standardisierten schematischen Darstellung des Verlaufs der

Erdgasverhandlungen, die ich anschließend erörtere und mit deren Hilfe die Auswirkungen des *strategischen Framing* auf die Erdgasverhandlungen im nächsten Kapitel interpretiert werden sollen. Zum Schluss des zweiten Kapitels schildere ich in wenigen Worten die Umstände, Problematik und Überlegungen der Auswahl der vorhandenen Quellen (wesentlich Literatur, die Presseartikel und Interviews), die in der vorliegenden Dissertation zur Rekonstruktion des Wandels des Diskurses der beteiligten innerstaatlichen Akteure während des Untersuchungszeitraums genutzt und angewandt wurden.

Das vierte Kapitel widmet sich im Wesentlichen einer ausführlichen *kausalen Narrative* der gesamten Verhandlungen, dadurch werden kausale Faktoren durch theoriebezogene Erklärungen entdeckt und mögliche alternative Kausalmechanismen weiter überprüft. Das Kapitel beginnt mit einer Einführung, die ihren Akzent auf geschichtliche Ereignisse legt, die den historischen Hintergrund der Beziehungen zwischen Bolivien und Chile bislang stark prägen. Anschließend zeige ich die wichtigsten Merkmale des bolivianischen Diskurses des Meereszugangsanspruches sowie die markantesten geschichtlichen Episoden der Vergangenheit auf, bei denen der Diskurs des Meereszugangsanspruches auf die bilateralen Beziehungen gravierende Auswirkungen hatte.

In einem weiteren Schritt befasst sich das vierte Kapitel mit der Charakterisierung der sozialen und wirtschaftlichen Lage und der bedeutsamsten politischen und sozialen Kräfte Boliviens in der sogenannten Ära der „Paktierten Demokratie“. Die Skizzierung dieses Bildes ermöglicht ein besseres Verständnis der Interessen und Strategien der politischen Akteure im Untersuchungszeitraum sowie des politischen Kontextes, in dem sie agierten. Ich behaupte in der vorliegenden Dissertation, dass die Zugehörigkeit der regierenden politischen Parteien zum Ethos der „Paktierten Demokratie“ konstant blieb, so dass der reine Regierungswechsel als Erklärungsfaktor für die Varianz vom Konsens zu Dissens zweitrangig wird. Trotz des Regierungswechsels regierte in Bolivien eine sehr ähnliche Konstellation von unternehmerfreundlichen Parteien, die sich mit ähnlichen Absichten und Strategien für ein Erdgasabkommen mit Chile einsetzten.

Nach der Einführung in die bolivianische Politik stelle ich eine ausführliche *kausale Narrative* der bolivianisch-chilenischen Erdgasverhandlungen zwischen 2000 und 2005 dar. Da die chilenische Verhandlungsposition bereits im ersten Kapitel ausführlich behandelt wurde, konzentriert sich die *kausale Narrative* präeminent auf das bolivianische Geschehen.

Aus organisatorischen Gründen werden die Erdgasverhandlungen in sechs sukzessiven Zeiträumen getrennt dargestellt, an deren Ende eine Kausalanalyse steht. Durch die Analysen lege ich mit Hilfe der erwähnten schematischen Darstellungen die Variation der Diskurse der innenpolitischen Akteure bei jedem Zeitabschnitt fest und diskutiere weiterhin anhand meines theoretischen Rahmens und alternativer Erklärungen die ermittelten Kausalverbindungen.

Weiterhin schließt die *kausale Narrative* als eine Art Schlussfolgerung des Empirie-Kapitels mit einer kausalen Erklärung des gesamten Verlaufs der Erdgasverhandlungen mit Schwerpunkt auf die Entwicklung des innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Winset sowie auf die Unstimmigkeit der Kausalerwartungen ab. Damit werden auch die vorhandenen politischen und institutionellen Konstellationen Boliviens sowie ihre Veränderungen während des Untersuchungszeitraums im Hinblick auf die Varianz der abhängigen Variable kurz überprüft.

Zuletzt dient die Schlussfolgerung vor allem der Verallgemeinerung der theoretischen Befunde. Weiterhin diskutiere ich die Grenzen des hier angewandten Erklärungsmodells und bewerte den Beitrag der vorliegenden Dissertation zur Studie der Internationalen Beziehungen.

II Eine bilaterale Verhandlung über Erdgas und der dazugehörige theoretische Engpass

1) Fallbeschreibung

Nach einem Jahrhundert angespannter bilateraler Beziehungen begannen die bolivianische und die chilenische Regierung im Jahr 2000 eine diplomatische Annäherung. Im Mittelpunkt standen die Investitionen in Millionenhöhe für die Verarbeitung und den Export von Erdgas, das aus den neu entdeckten Rohstoffreserven im Südwesten Boliviens durch internationale Erdgaskonzerne gewonnen werden sollte. Dieser Plan kollidierte mit den traditionell belasteten Beziehungen zwischen Bolivien und Chile, die Folge des Salpeterkrieges (1879 – 1883) waren und die Bolivien zu einem Binnenland hatten werden lassen (ICG 2004, 3).

Bolivien, ein Land ohne einen eigenen territorialen Zugang zum Pazifischen Ozean, benötigte für den Erdgasexport in die USA und nach Mexiko die Einwilligung eines Nachbarlandes für den Bau einer kilometerlangen Erdgasleitung auf fremdem Hoheitsgebiet, sowie für den Bau eines Hafens und entsprechender Verflüssigungsanlagen an der Küste des Pazifischen Ozeans. Aufgrund wirtschaftlicher Belange empfahlen die beteiligten Ölkonzerne der bolivianischen Regierung, ein entsprechendes bilaterales Regime mit Chile zu verhandeln.

Das Erdgasgeschäft hätte Bolivien als Direktinvestition mehr als vier Milliarden US\$ (ECLAC 2003, 71; Torres 2004, 147) und innerhalb von 20 Jahren mehr als sieben Milliarden US\$ an Steuereinnahmen einbringen können (Torres 2002, 134).¹ Sowohl die Erdgasleitung als auch die industrielle Verflüssigungsanlage mussten auf anderem Hoheitsgebiet gebaut werden – die beste Möglichkeit angesichts der Baukosten war, auf chilenischem Territorium eine bolivianische Sonderverwaltungs²- und Freihandelszone einzurichten.³ Dies war der bolivianischen Regierung von Anfang an bewusst.⁴ Im Hinblick auf die Opportunitätskosten wäre die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für die Kooperation, die auf beidseitige Gewinne abzielen sollte, für beide Staaten und für die Investoren wünschenswerter als der bisherige Status quo gewesen.

Bolivien und Chile führten zwischen 2000 und 2005 eine Reihe von Verhandlungsrunden. Von Anfang an stießen die Erdgasverhandlungen auf zahlreiche vorhersehbare Hindernisse. Die chilenische Regierung, die einen wachsenden Energiebedarf decken musste und zugleich

in eine Abhängigkeit argentinischer Erdgaslieferung geraten war, begrüßte die diplomatische Initiative Boliviens, betonte jedoch, dass jeglicher territorialer Anspruch unerwünscht und außerhalb seines innerstaatlichen Winset sei, d.h. außerhalb der realistischen Übereinkommensmöglichkeiten, für die die jeweilige Regierung eine Ratifizierungsmehrheit im einheimischen Kongress erhalten würde (Shepsle/Weingast 1987, 96; Putnam 1988, 437; Moravcsik 1993a, 23). Die chilenische Regierung bemühte sich zugleich, die Opposition und einen großen Teil der eigenen Parlamentarier davon zu überzeugen, dass sie sich nicht auf eine Grenzdiskussion mit Bolivien einlassen wollte.

In Bolivien beschloss die Mehrheit der Parteien, die eine ähnliche neoliberale wirtschaftspolitische Einstellung vertraten, die Verhandlungen mit Chile zu befürworten. Nur eine oppositionelle parlamentarische Minderheit mahnte die Regierung an, kein Abkommen mit Chile abzuschließen. Eine Einigung mit Chile sei angesichts der Geschichte Boliviens ein Verrat, der sich nicht durch rein wirtschaftliche Gewinne ausgleichen ließe. Zugleich erklärten die Gegner, die Erdgasverhandlungen mit Chile zu akzeptieren, nur wenn Bolivien im Gegenzug einen souveränen Meerzugang erhalten würde.

Die Regierungsvertreter beider Länder einigten sich bis zum Jahre 2002 relativ schnell auf die wichtigsten Bedingungen eines neuen bilateralen Regimes (Mesa 2007, 597). Dennoch zeigten sich die Regierungen unfähig, ein Abkommen darüber abzuschließen. In den Folgejahren waren die Erdgasverhandlungen ein alltäglicher politischer Zündstoff für die bolivianische Innenpolitik, der mehreren Regierungen zum Verhängnis wurde. Die Unterstützung als auch die Ablehnung, eine Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet zu bauen, gehörten zu den wichtigsten Konfliktlinien in der bolivianischen Innenpolitik. Den nationalistischen Gegnern der Erdgasverhandlungen gelang es, die jeweiligen Regierungen so unter Druck zu setzen, dass sie sich gegen Landesverrat-Vorwürfe verteidigen und die Fortführung der Erdgasverhandlungen rechtfertigen mussten. Die jeweiligen bolivianischen Regierungen verschoben angesichts des wachsenden Unmutes über die Verhandlungen immer wieder ein Abkommen mit Chile.

Im Jahr 2003 wurden die nationalistischen Einwände gegen ein Abkommen mit Chile zum wichtigsten überparteilichen Thema in Bolivien, das die einst zerstrittene Opposition unter einem gemeinsamen Erdgas-Gegner-Nenner vereinte. Im Oktober 2003 sorgte die Kritik für Massendemonstrationen und Straßenvandalismus (sogenannter „bolivianischer Erdgaskrieg“),

es kam zu einer Eskalation der Gewalt, die sich erst durch den Rücktritt des Präsidenten Sánchez de Lozada abschwächen ließ. Die bolivianische Übergangsregierung Mesa hielt Mitte 2004 ein Referendum zum Thema Erdgas ab, dessen verbindliches Ergebnis der Regierung zur Fortsetzung einer Erdgasverhandlung mit Chile dienen sollte, die gestellten Bedingungen eines souveränen Zugangs zum Meer waren für Chile jedoch inakzeptabel.⁵

Nach vier aufeinanderfolgenden Präsidentenwechsel innerhalb von nur vier Jahren kamen die Erdgasverhandlungen praktisch zum Stillstand. Das mögliche Winset für beide Länder verkleinerte sich und löste sich letztendlich auf. Als Epilog der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile entschied sich Bolivien für einen begrenzten und wirtschaftlich fragwürdigen Erdgasexport nach Argentinien, der wegen der reduzierten Menge und des sogenannten „solidarischen“ Export-Preises („*Precio Solidario*“) nur einen geringen Gewinn für Bolivien einbrachte (Gov.Bol. 2004b, 68; Orgáz 2005, 29; McGuigan 2007, 33). Im vereinbarten Vertrag verpflichtete sich Argentinien, „kein Molekül“ bolivianischen Erdgases an Chile weiterzuverkaufen („*Ni una molécula de gas boliviano a Chile!*“ Siehe Faundes 2004, 20; Pérez Yoma 2004, 59; St. John 2004, 2).

2) Fallbegrenzung und Fragestellung

Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf die Verhandlungen zwischen Bolivien und Chile für den Bau einer Erdgasleitung und einer Verflüssigungsanlage sowie auf die Vereinbarung zur Einrichtung einer Sonderverwaltungszone und Freihandelszone für den Erdgas-Export in Drittländer.⁶

Diese Dissertation sucht nach Antworten, warum und wie eine zwischenstaatliche Kooperation trotz wirtschaftlicher Anreize scheitern kann und warum eine Regierung auf ein Abkommen verzichtet, das für das Land wirtschaftlich von Vorteil ist.

3) Die Relevanz und Irrelevanz einzelner externer Akteure

Die Unzulänglichkeit der gängigen Theorien zur ausreichenden Erklärung des Scheiterns der Erdgasverhandlungen

Mindestens fünf Länder mischten sich bei den Erdgasverhandlungen zum Schutz ihrer eigenen Interessen mit. Dazu zählten Chile als Gesprächspartner, die USA und Mexiko als Abnehmer des verflüssigten Erdgases, Peru als alternative Region für eine Erdgastrasse und eines Umschlaghafens – das Land war jedoch wegen eines eigenen geplanten Erdgasprojektes auch ein Konkurrent für das bolivianische Erdgas, und letztlich Venezuela als aufstrebende regionale Macht. In den folgenden Seiten soll ein Handlungsmuster für die Vorgehensweise dieser Länder skizziert und ihre Handlungsmöglichkeiten bewertet werden.⁷

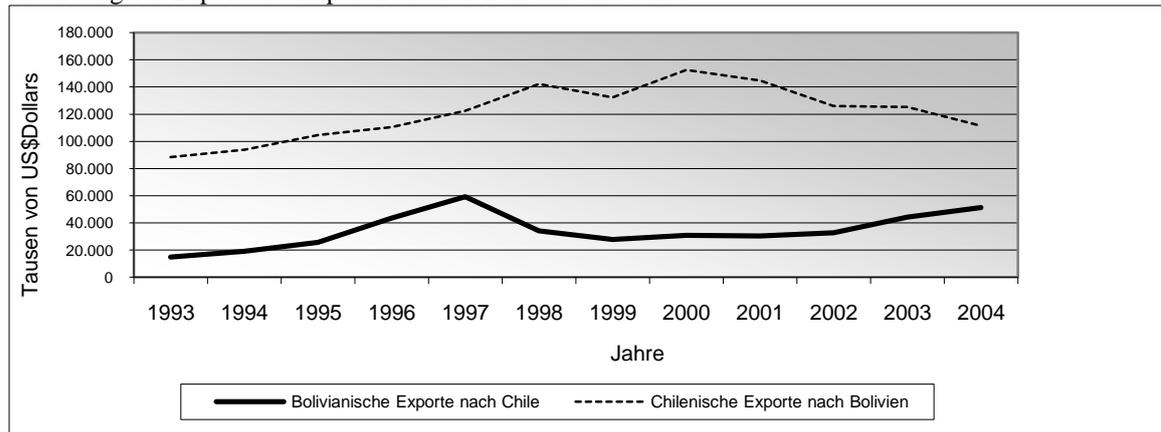
3.1) Die chilenische Verhandlungsposition als Konstante

In Chile hielt der regierende Parteienbund „*Concertación de Partidos por la Democracia*“⁸ eine Annäherung an Bolivien aus mehreren Gesichtspunkten für sinnvoll. Neben eventuellen indirekten wirtschaftlichen Gewinnen am bolivianischen Erdgasprojekt zielte die chilenische Regierung zunächst auf eine Normalisierung der traditionell historisch belasteten Beziehungen mit Bolivien ab. Die *Concertación* orientierte sich in der ersten Amtsperiode (1990 - 1994) in ihrer Außenpolitik darauf, das Negativimage des Landes im Ausland, das in der Pinochet-Ära wegen Menschenrechtsverletzungen entstanden war, abzuschwächen („*Política de Reinserción internacional*“, siehe Wilhelmy/Duran 2003, 280)⁹. Erst während der Regierung Frei (1994 - 2000) nahm Chile eine pragmatischere außenpolitische Position ein und erzielte durch diverse Freihandelsabkommen mit Nachbarstaaten und anderen Ländern außerhalb der südamerikanischen Region ein höheres Wirtschaftswachstum (Becker 2000, 39, Wittelsbürger 2003, 13), was als Doktrin des „offenen Regionalismus“ („*regionalismo abierto*“) bezeichnet wurde (Wilhelmy/Duran 2003, 281; Aranibar 2004, 6).

Auf der Nachbarschaftsebene zielte die *Concertación* bereits zu Beginn der 90er Jahre auf eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit Argentinien und Peru ab (Aranibar 2004, 7).¹⁰ Die schwierigen Beziehungen Chiles mit seinen Nachbarländern resultierten im Allgemeinen aus Grenzstreitigkeiten aus dem 19. Jahrhundert, jedoch hatten die bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile auch während der Pinochet-Diktatur aufgrund

geopolitischer Belange der chilenischen Außenpolitik stark gelitten.¹¹ Mit Argentinien konnte sich Chile unterdessen auf eine Grenzlegung einigen. Dies sollte zum einen künftige territoriale Streitigkeiten vermeiden und zum anderen Exportmärkte für einheimische Produzenten erschließen helfen. Die Annäherung zwischen Chile und Peru war hingegen nicht von vergleichbarem Erfolg geprägt.¹²

Abbildung 1.1 Export und Import zwischen Bolivien und Chile



Quelle: CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe, Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, UNO*).

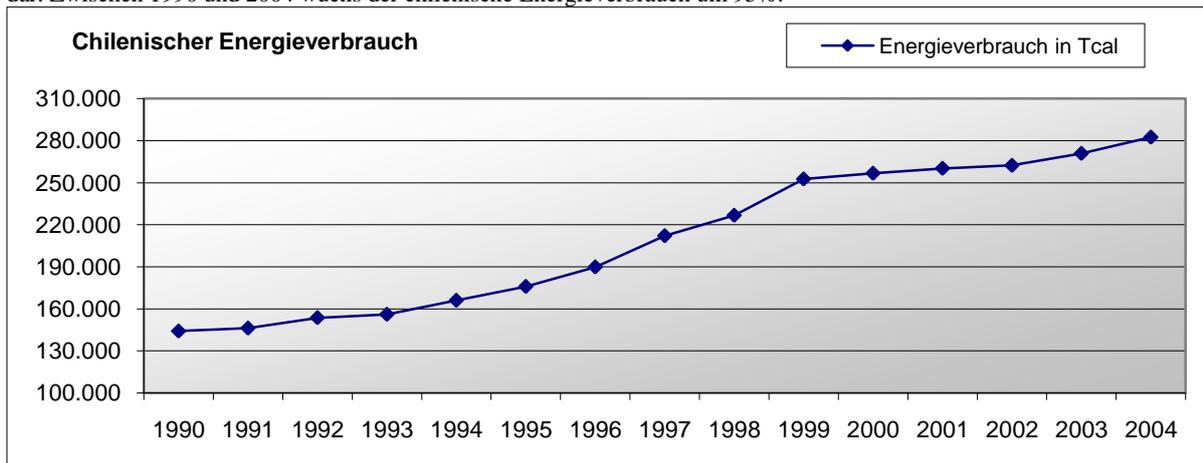
Während in Bolivien der Meereszugang und das offensichtliche Ungleichgewicht der Handelsbilanz (siehe Abbildung 1.2) zugunsten Chiles für Misstrauen gesorgt hatte (Grebe 2007, 184),¹³ herrschte bei den Chilenen jahrelang Skepsis an den bilateralen Absichten Boliviens. Dort hieß es, bolivianische Politiker griffen das historische Streitthema auf, um von ihren eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken (España/Rothery 2004, 82; Hirst 2004, 183; Maira 2007a, 6).¹⁴ Der Wendepunkt dieses Trends fiel in die Regierungszeit Banzer in Bolivien und auf das Ende der Amtszeit von Präsident Frei in Chile. Es kam zu einer Art „good will“-Erklärung, die als Eröffnung eines „Dialoges ohne Ausnahmen“ bezeichnet wurde und als Rahmen für eine Reihe von Verhandlungen für mehrere Politikbereiche zwischen beiden Regierungen diente. So war in den Gesprächen mit Bolivien das Thema eines Zugangs zum Meer kein Tabu mehr, jedoch behielt Chile seine ablehnende Haltung bei. Es wollte einzig und allein eine Verbesserung der vorhandenen geregelten Zugangsbedingungen zu den chilenischen Häfen diskutieren.¹⁵

Ende der 90er Jahre erlebte Chile einen dramatischen Energie-Engpass. Er ergab sich aus einem inkrementierten Energieverbrauch des Landes und einer langen Trockenperiode (siehe Abbildung 1.2), die die Energiegewinnung aus Wasserkraft, Hauptquelle der Stromerzeugung des Landes, verhinderte (Rozas 1999, 7). Auf die veränderte Energiesituation und die

Vorwürfe der Opposition¹⁶ reagierte die chilenische Regierung mit einer Diversifizierung des Energiemixes (CNEC 2004). Ein Netz mehrerer Erdgasleitungen wurde durch die Andenbergkette gebaut, um den Import von argentinischem Erdgas zu ermöglichen (DII 2004, 8).

Für die Stromerzeugung wurden von der Regierung Investitionen von mehr als vier Milliarden US\$ im Energiebereich getätigt. Dies ermöglichte den Bau von mehreren Dampfturbinen sowie von Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerken (sogenannte „*Combined Cycle*“ Technologie) (ECLAC 2005, 160), die jedoch eine kontinuierliche Erdgasversorgung aus Argentinien voraussetzten (Pérez/ Chacón 2006). Hinzu kam, dass Argentinien ab 2002 seine Erdgaslieferungen ins Land reduzierte¹⁷ und die Energieknappheit verschärfte (OLADE 2004; Pérez/ Chacón 2006, 75).¹⁸

Abbildung 1.2 chilenischer Energieverbrauch. Die folgende Abbildung stellt den steigenden chilenischen Energieverbrauch dar. Zwischen 1990 und 2004 wuchs der chilenische Energieverbrauch um 95%.



Quelle: CNEC

Die chilenische Energieknappheit und die argentinischen Erdgasreduktionen beeinflussten in gewisser Weise die Verhandlungen zwischen Chile und Bolivien. Einige bolivianische politische Akteure glaubten, dass Chile wegen der eingeschränkten Erdgasversorgung aus Argentinien unter Druck geraten war und zu Grenzverhandlungen bereit sei, wenn es im Gegenzug von Bolivien eine sichere Erdgasversorgung zugesichert bekäme.¹⁹ Die chilenische Regierung lehnte dies dennoch immer wieder ab. Stattdessen reagierte Chile auf die Energieknappheit mit dem Bau einer Anlage zur Aufbereitung von importiertem verflüssigten Erdgas (LNG) und nahm Verhandlungen mit ausländischen Erdgasexporteuren aus Übersee auf (Pérez/ Chacón 2006, 73-80; López 2008a, 124).²⁰

Obwohl die chilenische Opposition anfänglich dem sogenannten „*Dialog ohne Ausnahmen*“ angesichts der Vertraulichkeit der Gespräche misstraut hatte,²¹ gelang es der chilenischen Regierung, einen innenstaatlichen Konsens über die Verhandlung mit Bolivien zu bilden, sie sollten nicht in Grenzverhandlungen münden. Die Opposition forderte von der Regierung eine stärkere Einbindung ihrer Vertreter bei den Verhandlungsrunden. Das Außenministerium Chiles nahm diese Bedingungen an und versicherte, Chile verhandle keine Grenzänderung.²²

Von 2000 bis 2003 verhandelten beide Länder über einen 82 km langen Gebietsstreifen, im Breitenkreis 23° Süd, der für einen bestimmten, immer wieder verlängerbaren Zeitraum an Bolivien vermietet werden sollte, dem Land jedoch keine Hoheitsrechte zugestand.²³ Unter der bolivianischen Regierung Mesa gerieten die bilateralen Beziehungen wieder unter Druck.²⁴ Bolivien sagte die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen unilateral ab und koppelte jede künftige Verhandlung an eine Lösung des bolivianischen Meereszugangsanspruches. Zugleich gab es in Bolivien wiederholte Boykottaktionen von chilenischen Importen.²⁵

Die Haltung der chilenischen Regierung bezüglich der Erdgasverhandlungen blieb während der Verhandlungsrunden relativ unverändert. Mit anderen Worten: Das chilenische Angebot bestand im Wesentlichen aus dem erwähnten Gebietsstreifen, den Chile seinem Nachbarland Bolivien für den Bau einer Erdgasleitung vermieten oder leihweise überlassen wollte (Pérez Yoma 2004, 52). Zugleich schlossen Bolivien und Chile einen „*Package-Deal*“²⁶ ab, um andere Themen zur gleichen Zeit zu verhandeln. Eine Modifizierung der Grenze war jedoch von Chile unerwünscht. Dementsprechend scheint plausibel, eine Variation der Verhandlungsposition Chiles als Ursache der Varianz der bolivianischen Regierung auszuschließen.

Tabelle 1.1 Verteidigungsausgaben

Länder	Verteidigungs- Ausgaben in Millionen US\$	Prozent des Gesamthaushaltes in Prozent	Gesamtzahl von Soldaten
Bolivien	119	0,01	31.500
Chile	2.557	0,30	77.300
Gesamt Südamerika	19.463		

Quelle: Fraga 2004, 6. Angaben zum Haushalt des Jahres 2002

Die Anwendung eines machtbasierten Theoriemodells im Hinblick auf das bolivianisch-chilenisch Machtverhältnis erleuchtet den empirischen Fall auch nicht weiter. Im Vergleich zu Bolivien ist die chilenische Militärmacht deutlich größer. Chile besaß, verglichen zur

Soldatenzahl, eine stärkere Armee als Bolivien (siehe Tabelle Nr. 1.1),²⁷ bei der Ausrüstung wird diese Überlegenheit noch deutlicher (Malamud/ Garcia 2006). Dennoch scheint höchst unwahrscheinlich, dass Chile während des gesamten Zeitraums in der Lage gewesen wäre, seine Präferenzen angesichts seiner wahrgenommenen geographischen „Verwundbarkeit“²⁸ durch Gewaltbedrohung bzw. -anwendung durchzusetzen (Flemes 2003, 10).

Zugleich befinden sich Bolivien und Chile im Kontext des internationalen Staatensystems auf einem ähnlichen wirtschaftlichen Niveau. Chile schneidet zwar im regionalen Vergleich bei den sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren besser ab als Bolivien,²⁹ dennoch sind sowohl die bolivianische als auch die chilenische Wirtschaft stark von Rohstoffexporten abhängig und weit von der Wirtschaftlichkeit der Industriestaaten entfernt. Chile bot Bolivien Verhandlungen zu mehreren Themen an, dennoch wurden die Beschränkungen für Offerten von finanziellen, technischen oder wirtschaftlichen Hilfsangeboten für Bolivien als *side payments*³⁰ deutlich. Eine Diskussion zwischen Bolivien und Chile Anfang des Jahres 2001 über protektionistische Maßnahmen zeigte bereits die Grenzen des unilateralen Handelns für beide Länder auf.

Chile besaß weder eine überzeugende Militärüberlegenheit noch weitere ausreichende Machtressourcen, um die bolivianische Außenpolitik so zu strukturieren, dass Bolivien die chilenischen außenpolitischen Präferenzen als eigene übernahm.³¹ Da bei der bolivianischen Regierung der Mangel an Machtressourcen noch deutlicher ist, kann dasselbe für Bolivien behauptet werden. In Anbetracht der Machtposition beider Länder und des entsprechenden regionalen Machtgleichgewichtes scheint ein machtbasiertes Theoriemodell wenig für eine ausreichende Erklärung der vorhandenen Empirie geeignet.

Letztlich begrüßte die chilenische Regierung das bolivianische Angebot, ein Erdgasabkommen im Großen und Ganzen zu unterschreiben. Es gab keine wesentlichen Variationen der chilenischen außenpolitischen Präferenzen in Bezug auf die Erdgasverhandlungen. Die Berücksichtigung der Machtressourcen und -position bringt auch keine neuen Erkenntnisse zur Erklärung des empirischen Falles.

3.2) Die zwei Abnehmer: USA und Mexiko

Die USA und Mexiko zeigten sich seit der Entdeckung mehrerer bolivianischer Erdgasreserven interessiert, verflüssigtes Erdgas zu importieren. Beide Länder wollten dadurch erhebliche Kosten sparen (Orias 2002, 166; Torres 2004, 147). Anlass für die USA, sich verstärkt in Südamerika nach Erdgaslieferanten umzusehen, war auch der Ausbruch des Afghanistan-Krieges.³² Die USA, die die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile begrüßten, besaßen als hegemonialer Akteur theoretisch genügend Machtressourcen zur Änderung des Kosten-Nutzen-Kalküls beider Parteien. Die realen Einflussmöglichkeiten der USA in Bolivien wurden jedoch durch eine unsoziale Wirtschaftspolitik und durch die repressive Kokastrauch-Ausrottungs-Programme reduziert, die das Ansehen der US-Regierung und der von den USA geförderte Politiken in der bolivianischen Bevölkerung verschlechterten (Stefanoni 2003; Laserna 2004, 76; Ledebur 2005, 177; Youngers 2005, 354; Conzelman 2006, 63; Schorr 2009, 190).³³

Sowohl für Mexiko als auch für die USA war es im Prinzip wenig relevant, ob die bolivianische Erdgasleitung durch Chile oder durch Peru verlief, soweit Preise und Sicherheit stimmten. Der bolivianische Erdgas-Export in die USA war lediglich für Kalifornien geplant, dementsprechend involvierten sich direkt vor allem die Erdgasimporteure-Unternehmen in die Verhandlungen und weniger die US-Regierung. Das Engagement der mexikanischen Regierung war stärker, sie versuchte ergebnislos in den bilateralen Beziehungen Bolivien-Chile zu vermitteln.³⁴

Doch war Bolivien jenseits des Erdgases aus anderen Gründen für die USA relevanter als für Mexiko. So galt das Land als strategischer Knotenpunkt im Kampf gegen Drogenproduzenten in Lateinamerika,³⁵ auch besitzt es eine interessante geographische Lage auf dem südamerikanischen Subkontinent. Bolivien hatte daher zu jener Zeit die größte US-Botschaft auf dem südamerikanischen Subkontinent: ca. 900 Funktionäre, eine Mischung aus Militär- und Zivilbeamten (Pérez Yoma 2004, 32). Einfluss auf die bolivianische Regierung hätten die USA über die gewährte finanzielle Hilfe nehmen können (Condori 2002, 589; Salazar 2004, 47; Horst 2005, 35). Die Förderprogramme waren an den Kampf gegen Drogenproduzenten,³⁶ insbesondere durch den umstrittenen „Plan der Würde“ („*Plan Dignidad*“)³⁷, und an die Liberalisierung der Wirtschaft gekoppelt. Als sich die USA jedoch in die Innenpolitik

Bolivians einmischten, verloren sie ihr Ansehen bei der Bevölkerung und verstärkten damit die Widerstandsbewegungen gegen sich (Laserna 2004, 76; Wolff 2010, 213).³⁸

Dazu verschlechterte sich das Ansehen der USA aufgrund der harten sozialen Auswirkungen der von den USA unterstützten Reformen und Drogenpolitik, die eine hohe Arbeitslosigkeit verursachten und die mit einer willkürlichen polizeilichen Repression und Menschenrechtsverletzungen einhergingen (Condori 2002, 580; Stefanoni 2003; Conzelman 2006, 63; Schmid 2007, 55). Das Interesse von US-amerikanischen Unternehmern, als potenzieller Erdgas-Abnehmer zu fungieren, verschwand nach dem Sturz von Sánchez de Lozada.

Mexiko blieb länger als die USA potenzieller Erdgaskunde. Selbst nach dem Sturz von Sánchez de Lozada verhandelte Mexiko mit der Regierung Mesa weiter. Erst während der Regierung Morales zeigte die Regierung Mexikos kritische Distanz³⁹ und importierte letztlich peruanisches Erdgas.⁴⁰

Es gilt als sicher, dass sowohl die US-Regierung als auch die mexikanische Regierung Interesse am Import von bolivianischem verflüssigtem Erdgas hatten und das Erdgasabkommen zwischen Bolivien und Chile befürworteten. Zwar verfügten die USA über genügend Machtressourcen und Einflussmechanismen auf die bolivianische Regierung, jedoch war das Ansehen der US-Regierung in der bolivianischen Bevölkerung nach jahrelanger politischer Einmischung und eine Konzentration der bilateralen Beziehungen auf den Kampf gegen Drogenproduzenten stark beeinträchtigt, so dass sich die US-amerikanischen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Innenpolitik Boliviens allmählich verschlechterten. In Anbetracht der erwähnten Überlegungen scheint nachvollziehbar, dass die USA nur ein begrenztes Interesse und Handlungsraum für die Erdgasverhandlung zwischen Bolivien und Chile hatten, die lediglich den Bundesstaat Kalifornien interessierte.

3.3) Das doppelte Konkurrenznachbarland: Peru

Einerseits war Peru eine Alternativregion für den Verlauf einer Erdgastrasse sowie für einen Umschlaghafen und stand dementsprechend in Konkurrenz mit Chile. Andererseits zeigte Peru deutliches Interesse, sein eigenes Erdgasprojekt in der südöstlichen Region *Camisea* zu etablieren.

Die zahlenmäßige Überlegenheit der peruanischen Armee im Vergleich zur bolivianischen hatte sie das Dreifache an Personal, sagt wenig aus über Stärke der Armee aus (siehe Tabelle 1.2). So leidet die peruanische Militärmacht wegen veralteter Ausstattung an Effizienz (Radseck 2003, 209; Malamud/ Garcia 2006).⁴¹ Die geographische Lage Perus, die immer wieder zu territorialen Disputen mit den Nachbarländern Chile und Ecuador führt, bringt das Land in ein kompliziertes regionales Kräftegleichgewicht, das Peru seit den 50er Jahren mit einer besonderen politischen Beziehung mit Bolivien zu erhalten versucht.⁴²

Die engen Beziehungen zwischen Bolivien und Peru lassen sich hingegen teilweise als Folge des Salpeterkrieges erklären und aufgrund der geografischen, ethnischen und sozialen Affinitäten beider Länder. Diese Elemente erleuchten, warum Peru über viele Jahre stärkere diplomatische Beziehung zu Bolivien unterhielt (Deustua 2004, 219). Dies implizierte auch eine peruanische Einmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten Boliviens, die in keinem Verhältnis zur tatsächlichen wirtschaftlichen Interdependenz beider Länder stand (Pérez Yoma 2004, 89). Sowohl der Handelsaustausch zwischen Peru und Bolivien als auch die Investitionen in das jeweils andere Land lassen auf eine geringe wirtschaftliche Interdependenz schließen. Stattdessen weisen dieselben Indikatoren eine höhere wirtschaftliche Verflechtung beider Länder mit Chile auf (Deustua 2004, 224).

Tabelle 1.2 Verteidigungsausgaben

Länder	Verteidigungs- Ausgaben in Millionen US\$	Prozent des Gesamthaushaltes in Prozent	Gesamtzahl von Soldaten
Bolivien	119	0,01	31.500
Peru	865	0,10	100.000
Gesamt Südamerika	19.463		

Quelle: Fraga 2004, 6. Angaben zum Haushalt des Jahres 2002

Bezüglich der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile, forderte Peru, dass die bolivianische Erdgasleitung stattdessen durch peruanisches Gebiet führen sollte, so dass sich die Erdgasprojekte beider Länder ergänzen konnten. Peru versuchte, die bolivianische

Regierung mit diffusen und teilweise widersprüchlichen Angeboten für eine gemeinsame Erdgasförderung und einen gemeinsamen Erdgashandel zu gewinnen (Oporto 2009, 57; Mesa 2008, 260).⁴³

Der peruanische Präsident Alejandro Toledo stand im Dezember 2001, als sein von lateinamerikanischer Integrationsrhetorik geprägtes Angebot für eine Zusammenarbeit im Erdgasbereich mit Bolivien erfolgte, unter innenpolitischen Schwierigkeiten, seine Regierung hatte bereits mehr als 40% an Sympathiewerten verloren (Steinhauf 2002; Terrazas 2002, 123).⁴⁴ In diesem Kontext setzte Toledo stark auf seine regionale Außenpolitik, indem er Bolivien eine Vereinbarung über eine Erdgasleitung anbot und die maritime Grenze mit Chile hinterfragte (Pérez Yoma 2004, 91).⁴⁵ Die politischen Äußerungen Perus führten zu weiteren Spannungen in den Beziehungen zwischen Chile und Bolivien, zugleich war das peruanische Angebot für eine bolivianische Erdgasleitung in Peru nicht willkommen.⁴⁶ Die Regierung von Toledo relativierte nach geraumer Zeit den Umfang des Angebots, da innerhalb der peruanischen Regierung Unmut über beide Maßnahmen entstanden war.⁴⁷ Peru sei lediglich zu einem Sonderregime zur Nutzung des peruanischen Hafens *Ilo* und zur Bereitstellung eines steuerfreien Raumes bereit, hieß es dann.⁴⁸ Die Pläne von Präsident Toledo wurden zudem von den Unternehmerverbänden hinterfragt.⁴⁹

Die peruanische Regierung Toledo wollte die höheren Kosten und politischen Risiken eines peruanischen Hafens durch ergänzende Offerten und eine nationalistische Rhetorik ausgleichen.⁵⁰ Dennoch stellten die damaligen von unabhängigen Beraterfirmen entworfenen Durchführbarkeitsstudien fest, dass das Erdgasprojekt durch Peru trotz kompensierter Angebote unrentabel sei. Es hieß in den Studien, das Erdgasgeschäft sei lediglich über einen chilenischen Hafen durchführbar (Ortiz/Núñez 2002; Draeger et al. 2002a, 30; Terrazas 2002, 200; ECLAC 2003, 71). Es handelte sich nach Angaben von Pedro Vaticón, Manager vom Konzern Pacific LNG, um Mehrausgaben von ca. 760 Millionen US\$ für Baukosten und jährlich über 100 Millionen US\$ für Transportkosten (Draeger et al. 2002d, 16; Ramos 2005, 81). Aus diesem Grund und wegen der innenpolitischen peruanischen Instabilität lehnten die ausländischen Investoren in Bolivien eine Zusammenarbeit mit Peru ab (Farthing/Kohl 2006, 174).⁵¹ Der peruanische Unternehmensektor fürchtete ein Abkommen zwischen Bolivien und Chile und betrachtete zugleich die beiden konkurrierenden Projekte Boliviens und Perus als unvereinbar.⁵² Zugleich mangelte es dem peruanischen Angebot an einer weiteren

Voraussetzung: Der Hafen *Ilo* befand sich in einer stark bevölkerten Stadt, er hätte damit nicht den Sicherheitsbelangen entsprochen (Lizón 2006, 232).

Die peruanisch-bolivianischen Verhandlungen führten lediglich zu rhetorischen Statements, jedoch zu keinem konkreten Projekt.⁵³ Zeitgleich baute Peru eine entsprechende Infrastruktur in *Camisea* auf, d.h. eine Erdgasleitung, eine LNG-Verflüssigungsanlage usw., und vereinbarte im Jahr 2003 mit Mexiko, Erdgas künftig zu liefern.

Zusammenfassend gesagt konkurrierte Peru aufgrund eines eigenen Erdgasprojektes mit dem von Bolivien geplanten Erdgasexportprojekt. Peru hatte Interesse daran, um ein Erdgasabkommen zwischen Bolivien und Chile zu verhindern, doch besaß es keine Macht, um die bolivianische Regierung zu zwingen, die peruanischen außenpolitischen Präferenzen als die eigenen zu übernehmen. Wie die *kausale Narrative* der Empirie im nächsten Kapitel zeigt, fand jedoch die bolivianische Opposition im peruanischen, nicht konkurrenzfähigen Angebot eine Gelegenheit, eine nationalistische Rhetorik gegen die eigene Regierung zu führen.

3.4) Der Einfluss einer regionalen Macht: Venezuela

Der ehemalige Heeresoffizier Hugo Chávez, der im Jahr 1992 einen misslungenen Coup d'État gegen die venezolanische Regierung Pérez geführt hatte und seit 1998 als demokratisch gewählter Präsident fungierte (Mainwaring 2006, 14), bestritt niemals seine enge ideologische Bindung zum Vorsitzenden der bolivianischen MAS-Partei, Evo Morales. Sie zeigten sich beide gern als große Alliierte im Kampf gegen *Neoliberalismus* und *Imperialismus* und kooperierten in der nur schwer definierbaren *bolivarianischen Revolution* (O'Toole 2007, 89).⁵⁴

Die *bolivarianische Revolution* wird durch eine sogenannte „*parallele Demokratie der Völker*“⁵⁵ von der venezolanischen Regierung mit großzügigen Spenden finanziert, die direkt an ausländische Bewegungen fließt (Urbaneja 2005, 5; Werz 2007,11; Maihold 2008, 8). Dafür baute Chávez die Entscheidungsmacht des Präsidialamtes in der Firmenleitung des staatlichen Ölkonzerns PdVSA („*Petróleos de Venezuela S.A.*“) aus – die Regierung unterlag keiner politischen Kontrolle.⁵⁶ Weiterhin benutzte die Regierung Chávez den Treibstoffexport, um Druck auf andere Länder in der Region auszuüben. Billige Ölexporte in

lateinamerikanische Länder wurden mittels einer solidarischen Rhetorik im Rahmen der sogenannten „*bolivarianischen Revolution*“ gerechtfertigt (Boeckh 2002, 219; Maihold 2008, 16).⁵⁷

Die Beziehung zwischen Chávez und Morales und die finanzielle Unterstützung der Regierung Chávez für ähnliche Bewegungen und Parteien in der Region nährten immer wieder Spekulationen um eine ausländische Finanzierung der MAS-Partei. Tatsächlich sind diese Anschuldigungen nicht bewiesen und von Morales mehrmals abgestritten worden (Urbaneja 2005, 2; Ribando/ Veillette 2005, 18; Moscoso 2008, 45).⁵⁸

Ob die MAS-Partei während des Untersuchungszeitraums eine finanzielle Unterstützung von Venezuela erhielt oder nicht, ist bislang umstritten. Hingegen zeigten sich die Chávezschen Präferenzen deutlicher. Chávez mischte sich in die Diskussionen zwischen Bolivien und Chile ein, indem er für einen souveränen Meereszugang für Bolivien plädierte und focht die Vorgehensweise der chilenischen Regierung in dieser Frage an. Besonders im Jahr 2000⁵⁹ und im Jahr 2003⁶⁰ waren die bilateralen Beziehungen mit Chile nach den Aussagen von Chávez angespannt (Faundes 2004, 24; Arrarás 2005, 162). Zweimal zog die chilenische Regierung daraufhin den chilenischen Botschafter aus der venezolanischen Hauptstadt Caracas ab, kritisierte die Einmischung von Chávez und bestand auf ihren Kurs bei den Erdgasverhandlungen mit Bolivien.⁶¹

Die Streitigkeiten zwischen Chile und Venezuela während der Erdgasverhandlungen erwiderten die jeweiligen bolivianischen Regierungen unterschiedlich. Präsident Hugo Banzer zeigte sich im Jahr 2000 wenig begeistert von den Einmischungen Venezuelas, er sprach sich stattdessen für behutsame Gespräche mit Chile aus.⁶² Anders reagierte Präsident Carlos Mesa im Jahr 2003 – er bedankte sich bei Chávez für seine Aussagen.⁶³ Die Äußerungen von Chávez mögen in der innenpolitischen bolivianischen Debatte die Position der MAS-Partei gestärkt haben, dennoch ist die Variation des bolivianischen Regierungsdiskurses nicht direkt auf einen eventuellen Druck Venezuelas zurückzuführen. Venezuela konnte ein treibstoffreiches Land wie Bolivien nicht mit billigen Ölexporten locken, um damit das Verhalten der bolivianischen Regierung entscheidend zu manipulieren. Die verschiedenen Vorgehensweisen beider Regierungen in den Verhandlungen mit Chile beziehen sich eher auf die persönlichen Einstellungen von Banzer, der die Erdgasverhandlungen eröffnete, und von

Mesa, der die Erdgasverhandlungen praktisch abschloss – sie spiegelten innenpolitische Ereignisse und Entwicklungen wider.

Wenn Venezuela überhaupt Einfluss auf Bolivien besaß, dann nur durch die Unterstützung der Strategien der MAS-Partei und nicht mittels Drucks auf die bolivianische Regierung. Der Nachweis von Spenden an die MAS-Partei wären wohl eine große Hilfe für die Gegner der Erdgasverhandlungen gewesen, dennoch kann selbst die Annahme der Mittel den Ausgang der Variation der bolivianischen Regierung nicht entscheidend beeinflussen, sie konnten aber als mithelfende Faktoren eingestuft werden.

3.5) Der Einfluss des internationalen Finanzsystems: Der Washington-Konsens

Mit der Wiederkehr der Demokratie ergriffen die südamerikanischen Länder gleichzeitig tiefe institutionelle und wirtschaftliche Reformen, sie waren vom damaligen Paradigma des wirtschaftlichen Neoliberalismus inspiriert. Diese sogenannten Strukturreformen waren tatsächlich eine strenge Umsetzung des vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe entworfenen Washington-Konsenses.⁶⁴

Mit der Öffnung des nationalen Marktes für ausländische Investitionen und die Privatisierung staatlicher Unternehmen wurde auf die Modernisierung der traditionell protektionistischen und überschuldeten Volkswirtschaften Südamerikas abgezielt.⁶⁵ Das internationale Finanzsystem hatte somit seit dem Jahre 1985 einen starken Einfluss auf die bolivianischen Regierungen (Laserna 2004, 77), die Reformen des Washington-Konsenses wurden durch die sogenannte „Neue Wirtschaftspolitik“ eingeführt (Toranzo 2002, 15; Mercado et al. 2005, 4; Lehoucq 2008, 112).

In der Frage des bolivianischen Erdgasgeschäftes übte das internationale Finanzsystem – während der Protestbewegung des „Erdgaskrieges“ im Oktober 2003 – zeitlichen Druck auf das hochverschuldete Bolivien aus, damit es die Privatisierung des Gassektors erweiterte und möglichst schnell das Erdgasexportgeschäft verwirklichte (Ramos 2005, 72; Husar/Maihold 2005, 135). Ob sich Bolivien für den Verlauf der Erdgastrasse auf chilenischem oder peruanischem Gebiet entschieden hätte, war für den IWF zweitrangig (IWF 2003).⁶⁶

4) Warum ist der Blick auf die subsystemische Ebene nötig?

Anwendung der Theorie des Liberalen Intergouvernementalismus auf die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile

Die vorliegende Dissertation argumentiert, dass die Erklärung für das Scheitern der Verhandlungen nicht auf der zwischenstaatlichen Ebene zu suchen ist, sondern vielmehr in der schwankenden Haltung der damaligen bolivianischen Regierungen. Ein erster Blick auf die Entwicklung des Falls zeigt, dass bei den Verhandlungsrunden die außenpolitische Position der bolivianischen Regierung einen Wandel vollzog. Diese Entwicklung lässt sich kaum mit den Veränderungen auf der zwischenstaatlichen Ebene erklären. Weder eine entscheidende Variation der Verhandlungsposition Chiles, noch der Einfluss der USA, Mexikos, Perus und Venezuelas sind als entscheidend zu betrachten. Da weder Veränderungen in der chilenischen Position zur Erdgasleitung, als auch der Machtposition der Länder im regionalen oder internationalen Zusammenhang noch die Veränderungen im bilateralen Handel das Scheitern der Verhandlungen über eine Erdgasleitung zwischen Bolivien und Chile erhellen können, werden sie in der hier vorliegenden Dissertation nicht länger verfolgt. Nur wenn man die innenpolitische Situation der Länder betrachtet, wird es möglich, andere Erklärerfaktoren in die Analyse einzubeziehen, wie z.B. die Varianz in der Intensität der Präferenzen der bolivianischen Regierung (siehe Moravcsik 1993, 482). Zu diesem Zweck wurde ein theoretischer Rahmen gewählt, der die Handlungen der Akteure und ihre Präferenzen durch den Einsatz der Prämissen des Zwei-Ebenen-Spiels (Putnam 1988)⁶⁷ erklärt.

Diese Dissertation konzentriert sich somit auf die bolivianische innenpolitische Ebene und nimmt als Ausgangspunkt die Varianz der Haltung, die die bolivianische Regierung in der Öffentlichkeit bezüglich der Verhandlungen mit Chile einnahm und die zwischen Fortsetzung und Abbruch schwankte. In der Tat zeigten sich die ersten beiden Regierungen im Untersuchungszeitraum kooperationsfreundlich, dennoch änderten sie mehrmals ihre Strategie, mit der sie auf die wachsende Unbeliebtheit zum Kooperationsvorhaben und die daraus resultierenden veränderten innenpolitischen Kräfteverhältnisse reagieren wollten. Erst die letzte Regierung im Untersuchungszeitraum entschied sich, die Erdgasverhandlungen angesichts der chilenischen Bedingungen abubrechen.

Daher wird ein theoretischer Rahmen der Theorien der Internationalen Beziehungen gewählt, der die staatliche *Black Box* öffnen kann, so dass der Einfluss der innenpolitischen Ereignisse auf die Ausrichtungen der Außenpolitik berücksichtigt werden kann (Moravcsik 1993, 481).⁶⁸

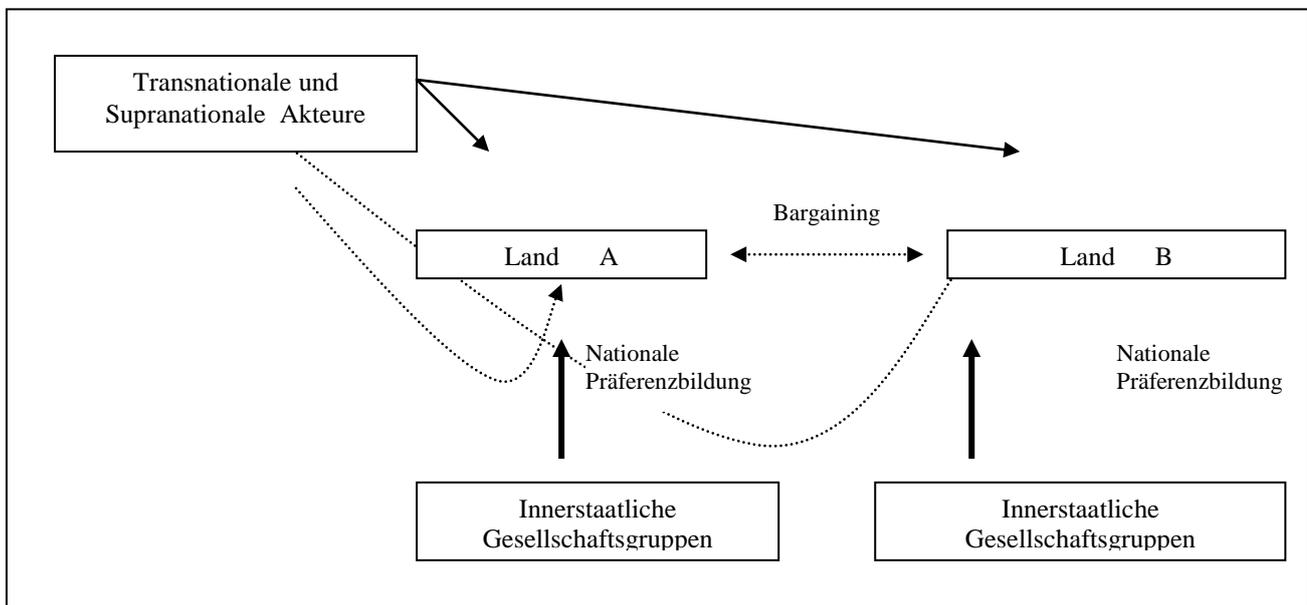
4.1) Allgemeines über den Liberalen Intergouvernementalismus

Der Liberale Intergouvernementalismus (Moravcsik 1993) ist eine Theorie der Internationalen Beziehungen, dem der Ansatz des Zwei-Ebene-Spiels innewohnt (Oppermann 2008, 43). Der Einsatz des Liberalen Intergouvernementalismus als theoretischer Rahmen erlaubt, die Prozesse der inneren Präferenzbildung in die Analyse einzubeziehen. Laut Moravcsik entwickelt sich die internationale Kooperation in zwei aufeinanderfolgenden Schritten – durch die innerstaatliche Bildung von Staatsinteressen und durch zwischenstaatliche Verhandlungen (*Bargaining*), letztgenanntes erfolgt zwischen den Staatsvertretern (Moravcsik 1993, 481). Der Bedarf eines innerstaatlichen Ratifizierungsprozesses jeglicher Verhandlungsergebnisse wirkt laut des Zwei-Ebenen-Ansatzes als eine Handlungsbeschränkung der verhandelnden Regierungen und verbindet theoretisch beiden Ebenen (Oppermann 2008, 23). Die Kooperation wird nach diesem Ansatz als eine rein zwischenstaatliche von den Staatsregierungen vereinbarte Zusammenarbeit betrachtet. Moravcsik findet zudem die Existenz einer dritten Ebene von supranationalen Institutionen – wie beispielweise die EU – für plausibel, die aufgrund von Souveränitätsübertragung entstanden sind. Dennoch bezeichnet Moravcsik den Einfluss solcher supranationalen Akteure insofern als begrenzt, da diese Akteure von innerstaatlichen Akteuren unterstützt werden müssen, um ihren Einfluss auszudehnen (Moravcsik 1995, 612).

Für Moravcsik hat die Anordnung der Staatenpräferenzen die größte Bedeutung in den Internationalen Beziehungen (Moravcsik 1997, 513). Sie dient der Zielsetzung der Außenpolitik eines Landes (Moravcsik 1997, 520). In der Moravcsikschen Variante des Liberalismus ist, wenn die wirtschaftlichen Präferenzen klar ausgerichtet sind, der nationale Präferenzbildungsprozess hauptsächlich von mikroökonomischen Interessen (Nutzen der relevanten innerstaatlichen Akteure) geprägt (Moravcsik 1995, 612; Moravcsik 1998, 24). Nur wenn die wirtschaftlichen Präferenzen unklar, ungewiss oder schwach sind, können mikroökonomische Interessen von geopolitischen und ideologischen Motivierungen ersetzt werden (Moravcsik 1995, 612).

Laut Moravcsik soll man zwischen Staatenpräferenzen und -strategien unterscheiden. Staatenpräferenzen bilden sich unabhängig von den Handlungen anderer Staaten und ergeben sich aus der Interaktion innerstaatlicher privater organisierter Gesellschaftsgruppen, die Druck auf die repräsentativen staatlichen Institutionen ausüben, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen (Moravcsik 1997, 519). Der Präferenzbildungsprozess legt das Potenzial einer Policy-Koordination, die von den Regierungen wahrgenommen und von innerstaatlichen Akteuren verlangt werden, offen (Moravcsik 1993, 481). Die Staaten zielen auf die Durchsetzung dieser Präferenzen durch sogenannte Strategien, d.h. unterschiedliche Handlungsoptionen, die hauptsächlich von der Policy-Interdependenz der Präferenzen anderer Staaten und von deren Handlungen beeinflusst werden (Moravcsik 1997, 524).⁶⁹

Abbildung 2.1 Liberalen Intergouvernementalismus



Für Moravcsik werden die Ziele und die Identität einer Regierung bei der Bestimmung der eigenen politischen Agenda eines Landes maßgeblich von der Interaktion innerer konkurrierender Gesellschaftsgruppen gehemmt. Die Identität, Interessen und Einwirkungsmöglichkeiten dieser Akteure bestimmen nach der Theorie des Liberalen Intergouvernementalismus die Außenpolitik wesentlich mit (Moravcsik 1993, 522). Moravcsik benutzt den Begriff gesellschaftliche Identität („*social Identity*“) statt die hier bevorzugte „kollektive Identität“ und definiert ihn als den Komplex der von Individuen über den Umfang und die Natur der staatlichen Bereitstellung von öffentlichen Gütern geteilten Präferenzen, der zugleich die Natur der legitimen nationalen Ordnung durch die Festlegung von den zur Politik gehörenden Akteuren und ihrer Rechte bestimmt.⁷⁰ Die Kernelemente der gesellschaftlichen Identität sind laut Moravcsik für die liberalen Theorien die territorialen

Grenzen, die politischen Entscheidungsfindungsverfahren und die sozioökonomischen Regulierungen (Moravcsik 2003, 168). Dennoch: Sind die mikroökonomischen Interessen (Nutzen der relevanten innerstaatlichen Akteure) klar und gewiss, dann werden die staatlichen Präferenzen im Einklang mit ihnen gebracht (Moravcsik 1995, 612).

Verhandeln die Regierungen miteinander (*Bargaining*), folgt eine Abwägung von Kosten und Nutzen in Hinblick auf die Maximierung ihrer Zielsetzungen. Die Ergebnisse der Verhandlungen hängen prinzipiell von der relativen Intensität der Präferenzen der Akteure aber auch von der Existenz möglicher alternativer Koalitionen (glaubwürdige Drohungen von Exklusion), verfügbarer Themen zum gemeinsamen Verhandeln (*Linkage*) und einseitiger Policy-Alternativen (Nicht-Verhandlungsdrohungen) ab (Moravcsik 1993, 482).

4.2) Erklärungsdefizite des Liberalen Intergouvernementalismus im Falle der Erdgasverhandlung

Der Einsatz des Liberalen Intergouvernementalismus benötigt innerhalb der Länder die Existenz von mindestens einem mäßigen inneren Pluralismus und vorhandenen repräsentativen Institutionen, die auf den Druck innerer gesellschaftlicher Akteure reagieren müssen und können. Der Regierung und den staatlichen Institutionen wird nach diesem Ansatz hauptsächlich eine Vertretungsfunktion der Interessen einflussreicher innerer Akteure zuerkannt. Ich behaupte in dieser Dissertation, dass Bolivien während der Durchführung der Erdgasverhandlungen diese Mindestanforderungen erfüllte, indem es keine bedeutsame Einschränkung Bolivien im Sinne der Dahlschen Polyarchie⁷¹ hatte (Ortiz 2007; 149, 175).⁷² Dazu wurde Bolivien von einer Reihe interessenvertretungsfähiger Koalitionen regiert, die eine parlamentarische Mehrheit besaßen.⁷³

Der Bedarf für ein neues bilaterales Regime entstand im Rahmen des Liberalen Intergouvernementalismus auf der Basis der Interessen relevanter Gesellschaftsgruppen, die einen starken Einfluss auf die Regierung und deren staatliche außenpolitische Präferenzbildung ausübten, so dass die Außenpolitik die Identität und Interessen solcher Gruppen widerspiegelte (Moravcsik 2003, 163). In der Tat eröffnete die bolivianische Regierung die Erdgasverhandlungen mit Chile mit der Unterstützung nationaler Unternehmerverbände und transnationaler Konzerne. Die bolivianischen Regierungen des Untersuchungszeitraums standen für eine Öffnung des nationalen Marktes und für eine

Sicherung von Investitionen und Interessen nationaler Unternehmerverbände und transnationaler Konzerne ein. Die sogenannte „Neue Wirtschaftspolitik“ dieser Regierungen spiegelte die Richtlinien des internationalen Finanzsystems und ihrer neoliberalen wirtschaftspolitischen Strategien (Washington-Konsens) wider (Domingo 2005, 1735; Salman 2006, 164). In Chile standen auch die Regierungspräferenzen im Einklang mit den Präferenzen des chilenischen Unternehmenssektors.⁷⁴

Unter der rationalen Logik dieses Ansatzes wäre zu erwarten gewesen, dass sich die jeweiligen Regierungskoalitionen für einen Weg entschieden hätten, den sie nach Abwägung von Kosten und Nutzen als sicherer, konsequenter und nutzenbringender für die genannten Gesellschaftsgruppen bewertet hätten. Begünstigt von der neoliberalen Wirtschaftsführung der jeweiligen Regierungen, teilten die Unternehmerverbände beider Länder ähnliche klare Präferenzen zu einem Abkommen zwischen Bolivien und Chile, das zahlreiche Investitionsmöglichkeiten eröffnete, auch plädierten sie für eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen.

Auf der zweiten und interstaatlichen Ebene sollte der Ausgang der Verhandlungen (*Bargaining*) mit Chile eher von der Kompatibilität der Präferenzen („*Policy Interdependence*“) abhängen. In der Tat zeigten sich bereits während der Verhandlungen die Präferenzen der Regierungen von Bolivien und Chile, bzw. die Interessen der relevanten Gesellschaftsgruppen beider Länder in den wesentlichen Punkten kompatibel und harmonisch.⁷⁵ Nach der Logik des Liberalen Intergouvernementalismus hätte sich angesichts der deutlichen Konkordanz zwischen den Interessen der relevanten Gesellschaftsgruppen, angesichts der Deutlichkeit und Gewissheit des wirtschaftlichen Nutzens der Kooperation für diese Akteure, die entsprechende Harmonie der staatlichen Präferenzen sowie eine Übereinstimmung zwischen den Regierungen beider Länder ergeben können, so dass ein Erdgas-Abkommen möglich gewesen wäre. Sowohl den chilenischen, als auch den bolivianischen Regierungen standen genügend zustimmende Parlamentarier oder Koalitionsmöglichkeiten zur Verfügung, so dass die parlamentarische Ratifizierung eines Abkommens mit Chile hätte verwirklicht werden können.⁷⁶

Allerdings folgte den Verhandlungen eine ganz andere Entwicklung. Die bolivianischen linken Oppositionsparteien, die bereits gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik kämpften, sahen in der Ankündigung der Regierung Banzer, eine Erdgastrasse durch chilenisches

Territorium führen zu lassen, als Gelegenheit, ihre Wahlchancen zu verbessern. Der Opposition gelang es, die ursprünglich auf den wirtschaftlichen Fokus ausgerichteten Erdgas-Verhandlungen in eine nationalistische Diskussion zu verwandeln, indem sie eine Auseinandersetzung um die Treue zu den nationalen Werten mit der Regierung und den anderen Parteien provozierten. Die oppositionellen nationalistischen Einwände und die Regierungsrechtfertigungen traten in den Vordergrund. Sie setzten vor allem auf eine gemeinsame Rhetorik, die sich der alten Feindschaft mit Chile bediente, die ein Bestandteil eines patriotischen Bildes ist, das zu den geteilten Werten der eigenen nationalen Identität passt (Hirst 2005, 177).

Die antipatriotischen Anschuldigungen der Opposition erwiesen sich als wirkungsvoller als die anti-neoliberal Kritik an der zu erwartenden Ungleichverteilung der Wirtschaftsvorteile der Erdgaspläne. Die bolivianischen Regierungen wurden als zu nachgiebig mit dem umstrittenen Nachbarn dargestellt. Sie waren gezwungen, sich permanent zu rechtfertigen, um *Reputationskosten* zu verringern – das hemmte die Weiterführung der Verhandlungen. Auch sanken die Sympathiewerte für Regierung und Koalitionspartner. Angesichts der Resonanz der Oppositionskritik in der bolivianischen Gesellschaft wuchsen in der Regierungskoalition immer mehr Zweifel, inwieweit eine Erdgasleitung durch Chile politisch umsetzbar sei. Die Argumente der internationalen Konzerne, internationalen Finanzorganisationen und innerstaatlichen Unternehmerverbände konnten die nationalistischen Einwände kaum abschwächen.⁷⁷

5) Bedarf einer Theorieergänzung durch die Einführung konstruktivistischer Elemente

Die Theorie des Liberalen Intergouvernementalismus scheint nur bedingt geeignet, den Ausgang der Erdgas-Verhandlungen ausreichend zu erklären. Die Verhandlungen zwischen Bolivien und Chile scheiterten wegen des Positionswandels der bolivianischen Regierungen, obgleich sie ihre Präferenzen im deutlichen Einklang mit den Interessen der transnationalen und innerstaatlichen relevanten Akteure bringen wollten. Es gab keine wesentliche Veränderung in der internationalen wirtschaftlichen Lage, die bspw. den prognostizierten Nutzen des Erdgasgeschäftes und die mikroökonomische Interessen beeinflusst hätte. Dazu bestand auf der zwischenstaatlichen Ebene im Wesentlichen eine Übereinstimmung. Das Scheitern der Verhandlungen lässt sich auch nicht nur durch die Regierungswechsel oder

durch die Intervention von Drittländern ausreichend erklären. Nur in Anlehnung an die Berücksichtigung der Wirkung der Mobilisierung nationaler Identitätselemente gegen die deklarierten staatlichen außenpolitischen Präferenzen von innerstaatlichen Akteuren, deren Interessen bei den Verhandlungen zunächst nicht ausreichend berücksichtigt worden waren, ist die Erklärung der Situation möglich, so dass ein alternatives Erklärungsmodell gesucht werden muss, das zugleich als Ergänzungsvorschlag des theoretischen Modells dienen kann.

Obwohl der Liberale Intergouvernementalismus die innenstaatliche Ebene in seinem Erklärungsmuster einbezieht, kann er den Ausgang der erwähnten Erdgasverhandlungen wegen der Begrenzungen der angenommenen rationalistischen Logik und des angewandten Kausal-Mechanismus nur unzureichend erklären. Tatsächlich lief der Prozess der Erdgasverhandlungen nicht ausschließlich auf der Ebene repräsentativer Institutionen sondern schloss plebiszitäre Elemente und den Aktivismus sozialer Bewegungen ein, was der Liberale Intergouvernementalismus aufgrund seiner Vorstellungen einer repräsentativen Demokratie nur schwer einordnen kann (Börzel 2005, 350). Diese Promotion zielt darauf ab, Faktoren zur Erläuterung der Fallstudie induktiv zu identifizieren, die zugleich die Erklärungskraft des Zwei-Ebenen-Modells und des Liberalen Intergouvernementalismus ergänzend verstärken sollen.

Endnoten

- ¹ Darüber hinaus sollte Bolivien von einer neuen umfassenden Infrastruktur profitieren (Quiroga 2004, 2).
- ² Damit hätte nur die bolivianische Staatskasse von der Erdgasleitung und der Nutzung des Hafens profitiert, bolivianisches Recht wäre von bolivianischen Gerichten in mehreren Rechtsfeldern angewandt und ein bolivianischer Hochbeamter hätte Zuständigkeit über die Sonderverwaltungszone. Chile hätte dennoch sein Hoheitsrecht auf das Gebiet behalten. Diese Formell wurde mit dem Namen „funktionelle Souveränität“ benannt.
- ³ Die Wahl einer anderen Variante, durch Peru oder durch Rio de la Plata (sowie durch Paraguay und Argentinien), wurde von den Investoren frühzeitig ausgeschlossen (Ortiz/Núñez 2002; ECLAC 2003, 71). Siehe auch „*Turf Dispute Mars Plan for Bolivia-California Gas Pipeline*“ in der Zeitung Los Angeles Times, Los Angeles, USA - 07.07.2002, „*El Gobierno esperará a la nueva alianza para avanzar con el gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002, „*Pacific LNG estudia el tendido del ducto por cordillera de Los Andes*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba 19.06.2002 und „*Global ratifica a Patillos, pero el Gobierno pide más datos de Ilo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.03.2003.
- ⁴ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des Außenministeriums Boliviens (Hochbeamter) im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009
- ⁵ Die Forderungen der kritischen Massen gegen Erdgasverhandlungen mit Chile war von der Regierung Mesa als „Oktober Agenda“ („*Agenda de Octubre*“) bezeichnet. Durch das Referendum wollte die Regierung Mesa mittels einer Adoption der nationalistischen Forderungen der „Oktober Agenda“ und der Tausch-Politik „*Erdgas gegen einen Meereszugang*“ („*Política de Gas por Mar*“) ihre Sympathiewerte steigern (Rodríguez 2004, 104; St. John 2004, 2; Hoffmann 2004; Faundes Sánchez 2004, 37; Wittelsbürger/Möller 2005, 16).
- ⁶ Während des Untersuchungszeitraums (2000 – 2004) führten Bolivien und Chile auch eine Reihe von anderen Verhandlungen in anderen Politikfeldern. Das dritte Kapitel dieser Dissertation beschäftigt sich teilweise mit einem kurzen Überblick über diese Verhandlungen.
- ⁷ Internationale und regionale Organisationen, wie OAS/OEA, CAN und MERCOSUR spielten für die Verhandlungen zwischen Chile und Bolivien nur eine unbedeutende Rolle. Die OAS/OEA agierte auf regionaler Ebene als traditionelles Forum in der Frage des Meerzuganges, dennoch verzichtete Bolivien während des Untersuchungszeitraums zwischenzeitlich darauf, die Meerzugangsfrage auf multilateralen Foren zu diskutieren.
- ⁸ Seit der Rückkehr der Demokratie in Chile im Jahr 1989 bis 2010 regierte im Land eine Mitte-Links-Koalition, „*La Concertación de Partidos por la Democracia*“, auch „*Concertación*“ genannt. Die *Concertación* entstand aus dem im Jahr 1988 gegründeten Bündnis aus Oppositionsparteien der Pinochet-Diktatur, das als „*Concertación de Partidos por el NO*“ bezeichnet wurde und damals mehr als 17 Parteien umfasste, die vom Mitte-Rechts bis zum Mitte-Links-Spektrum reichten. Vom Bündnis war lediglich die Kommunistische Partei ausgenommen (Jouannet 2004, 308). Bis dato hat die *Concertación* in Chile vier Präsidenten gestellt: Patricio Aylwin Azocar (1990-1994), Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1994-2000), Ricardo Lagos Escobar (2000-2006) und Michelle Bachelet Jeria (2006-2010). Während des Untersuchungsraums blieben nur vier der ursprünglichen Parteien in der Koalition: *Democracia Cristiana*, *Partido Socialista*, *Partido por la Democracia* und *Partido Radical Social Demócrata*.
- ⁹ Hingegen versuchte die Regierung, das Land vor der internationalen Gemeinschaft als politisch und wirtschaftlich stabil, demokratisch sowie rechtsstaatlich zu präsentieren (Becker 2000, 32; Wittelsbürger 2003, 12).
- ¹⁰ Beidseitige Ansprüche auf eine Reihe von umstrittenen Gebieten hatten Ende der 70er Jahre zwischen Argentinien und Chile zunächst zu einer bedrohlichen Lage und schließlich fast zu einem Krieg geführt.

Zur Grenzregelung waren mehrere Schiedsgerichtsurteile, eine Vermittlung durch Papst Johannes Paul II sowie Handels- und Grenzabkommen zwischen beiden Ländern nötig (Fuentes 1996).

- ¹¹ Die Regierung Pinochet hielt eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den Nachbarländern für durchaus möglich und ließ am Ende der 70er Jahre mehr als 500.000 Antipersonenminen an der chilenisch-bolivianischen Grenze verlegen, ein Schritt, der später zu weiteren Spannungen im bereits schwierigen Verhältnis mit Bolivien führte. Erst im Jahr 2002 und nach zwischenstaatlichen Gesprächen begann die Vernichtung der Antipersonenminen an der chilenisch-bolivianischen Grenze (Landmine Monitor 2004, 81). Über die Bedeutung der Geopolitik bei den lateinamerikanischen Armeen und insbesondere beim chilenischen Militär siehe Child 1979, 89, 102.
- ¹² Obwohl Chile und Peru seit der Rückkehr der Demokratie in Chile einen ähnlichen politischen Dialog und eine diplomatische Annäherung führten, waren beide Länder trotz der Unterzeichnung mehrerer bilateraler Abkommen nicht in der Lage, Spannungen zu vermeiden. Die Verschlechterung der Beziehungen begann im Jahr 2001 mit der Schließung einer Industrieanlage in der peruanischen Hauptstadt Lima, die der chilenischen Holdinggesellschaft Luksic gehörte. Der Holdinggesellschaft Luksic wurden Umweltsünden und Korruptionsverdächtigungen vorgeworfen. Dies führte zu einer Klage gegen Peru vor dem Schiedsgericht des ICSID, Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (Wittelsbürger/ Möller 2005, 21/ IDL 2003, 8). Der peruanische Präsident Toledo rief Chile später zum Verhandlungstisch, um eine Einigung über den Verlauf der Maritimgrenzen zu erzielen, eine Grenze, die Chile jedoch seit einem Abkommen von 1952 (sogenannte „*Declaración de Santiago*“) für unumstößlich hielt (siehe Wittelsbürger/ Ernst/ Melis 2004 und Wittelsbürger/ Möller 2005, 19). Anfang 2008 und nach jahrelanger diplomatischer Diskussion, einigten sich Peru und Chile darauf, die Grenzdiskussion vom Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen (Den Haag) regeln zu lassen (siehe „*El Perú y Chile fijaron ante La Haya los pasos a seguir en la demanda marítima*“ in der Zeitung El Comercio, Lima – 14.03.2008 und „*Fijan cronograma por demanda marítima*“ in der Zeitung La Nación, Santiago de Chile – 15.03.2008).
- ¹³ Bspw. siehe „*Bolivia estudia imponer medidas de salvaguarda a Chile*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 28.02.2000 und „*Salvador Urrutia dice que el planteamiento ha sido muy agresivo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.08.2000.
- ¹⁴ Siehe „*La jugada que molestó a la Cancillería*“ in der Zeitschrift Qué Pasa, Santiago de Chile - 16.09.2001.
- ¹⁵ Siehe „*Cita Valdés-Murillo mañana en Portugal: Mejorar Lazos con Bolivia Es un Objetivo Prioritario*“ in der Zeitung El Mercurio de Santiago - 21.02.2000.
- ¹⁶ Als Opposition bezeichne ich hier lediglich die Rechts- und Mitterechtsoppositionsparteien UDI (*Union Unabhängigen Demokraten, Uni3n Dem3crata Independiente*) und RN (*Nationale Erneuerung, Renovaci3n Nacional*), die von prominenten ehemaligen Unterstutzern der Pinochet-Diktatur kurz vor dem Ende der autoritären Zeit gegründet worden waren. Ausgeschlossen bleiben kleine Parteien ohne parlamentarische Vertretung wie die *Kommunistische Partei Chiles* und die *Humanistische Partei*.
- ¹⁷ Die ersten Ausfälle in der Erdgasversorgung gab es im Jahr 2002 durch eine Streikserie in der argentinischen Erdgasbranche (OLADE 2004, 31). Ab 2003 kam es immer häufiger zu Ausfällen, die ab 2004 zu Schwierigkeiten bei der Energieversorgung in der Industrie sorgte. Die Lage Argentiniens verschlechterte sich allmählich so stark, dass die Regierung in Buenos Aires 2004 entschied, Erdgas aus Bolivien zu importieren (OLADE 2004). Innerhalb der Zeitspanne 2000 - 2003 kündigte die argentinische Regierung mehrmals weitere Erdgasreduktionen an und es kam zu mehreren Ad-hoc-Verhandlungen zwischen Argentinien und Chile (siehe CNEC 2004). Nach Angaben der chilenischen Energiekommission sank zwischen den Jahren 2001 und 2004 der Erdgasanteil am chilenischen Primärenergieverbrauch von 26% auf bis zu 19% (siehe www.cne.cl, besucht am 11. Oktober 2008).
- ¹⁸ Der Energiemangel in Chile wurde im alltäglichen Presse- und politischen Diskurs als „Erdgas- oder energetische Krise“ („*crisis energ3tica*“ oder „*crisis del gas*“) bezeichnet (P3rez 2006, 73).

-
- ¹⁹ Nach dem Sturz von Präsident Sánchez de Lozada führte die neue bolivianische Regierung von Präsident Mesa Gisbert (2003-2005) die Politik „Erdgas für einen Meereszugang“ ein, die von einer ähnlichen Wahrnehmung inspiriert war (Faundes Sánchez 2004, 35; Maldonado 2005, 37; Fuentes 2007, 34).
- ²⁰ Im Jahr 2004 beauftragte die chilenische Regierung das staatliche Unternehmen ENAP (nationales Ölunternehmen „*Empresa Nacional del Petróleo*“) mit einem Projekt, importiertes verflüssigtes Erdgas aus den Überseeländern zu vergasen (sogenannte „*Proyecto de Gas Natural Licuado (GNL)*“ in der kleinen Stadt *Quintero*). Der transnationale Konzern BG (*British Gas*) Group beteiligte sich am Projekt (siehe CNEC 2004, 9; Sohr 2008, 250 und López 2008a, 124. Siehe dazu: „*Competidor de British Gas mantiene oferta que permite tener GNL a partir de 2007*“ in der Zeitung *La Tercera*, Santiago de Chile - 15.02.2006).
- ²¹ Siehe u.a. „*Oposición a Frei la Derecha se opone a Diálogo Bolivia-Chile*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 05.01.2000, „*La Canciller Alvear preferiría el diálogo para superar la controversia sobre el Silala. Chile admite la posibilidad del arbitraje*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago - 11.07.2000, „*La Misma Chola con Distinta Pollera. Lagos tras los Pasos de Pinochet, Aylwin y Frei en Bolivia*“ *El Mercurio*, Santiago de Chile - 10. 09. 2000 und „*Cancillería refuto Criticas*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago - 11.07.2000.
- ²² Chile nutzte damals für gewöhnlich den Ausdruck „Verbesserung des Zugangs zum Meer“ („*perfeccionamiento del acceso al mar*“). Damit war lediglich eine Verbesserung der Bedingungen gemeint, unter denen Bolivien Zugang zum chilenischen Hafen hatte. Siehe „*Canciller Soledad Alvear: Chile puede „perfeccionar“ el acceso de Bolivia al mar*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 22.11.2001, „*El presidente de Chile, Ricardo Lagos, prefirió no hablar del mar. Banzer: La agenda comercial se sobrepuso al tema marítimo*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 20.11.2000, „*Reunion Banzer-Lagos: Bolivia Pidió el Uso de Tocopilla para Sacar Minerales*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 18.11.2000 und „*Mediterraneidad: Lagos no acepta que Bolivia vincule el tema del gas con la salida al mar*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 14.11.2001.
- ²³ Es handelte sich um einen Landstrich, der vom bolivianischen Hochtal zur chilenischen Meeresküste führen sollte (Pérez Yoma 2004, 52). Das chilenische Angebot enthielt keine Souveränitätsübertragung, Bolivien sollte stattdessen weitreichende Verwaltungsrechte (Anwendung des bolivianischen Steuer- und Arbeitsrechts, Befreiung von chilenischen Steuern usw.) in den offerierten Regionen genießen. Als allgemeine Bedingungen galten für die bolivianische Seite: Das Erdgas-Geschäft sollte nur für Bolivien direkte Gewinne einbringen. Für die chilenische Seite galt, dass jegliche Grenzveränderung ausgeschlossen sein sollte. Siehe „*En el marco de la Cumbre de Río, el Mandatario recibe hoy al flamante gobernante de Bolivia. Chile y Bolivia analizan futuro de relaciones*“ in der Zeitung *La Tercera*, Santiago de Chile, 16.08.2001 und „*Los presidentes de Bolivia, Jorge Quiroga, y de Chile, Ricardo Lagos, discutirán el tema en noviembre en Lima, anunció la Cancillería. En Chile, militares rechazan idea del arrendamiento*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz, 11.09.2001.
- ²⁴ Diese Verschlechterung zeigte sich deutlich durch die verbale Auseinandersetzung zwischen den Präsidenten beider Länder auf einem panamerikanischen Gipfeltreffen in Januar 2004 („*Summits of the Americas*“ in Monterrey, Mexiko). Mesa nutzte eine Diskussionsrunde, um von Chile vor allen Regierungen des Kontinents einen Zugang zum Ozean zu verlangen (Torres 2004, 193; Faundes Sánchez 2004, 27). Die Regierung Mesa lehnte es am Ende 2004 ab, den ehemaligen chilenischen Staatsminister Jose Miguel Insulza bei seiner Kandidatur für das Amt des Generalsekretärs der OAS aufgrund historischer Bedenken zu unterstützen. Siehe „*Por razones históricas Bolivia no apoya candidatura de Insulza para la OEA*“ in der Zeitung *La Tercera*, Santiago de Chile - 21.12.2004.
- ²⁵ Siehe „*El presidente boliviano puso el tema en una sesión de trabajo ante los otros 33 jefes de gobierno y provocó una respuesta de media hora del Mandatario chileno*“ in der Zeitung *La Tercera*, Santiago de Chile - 14.1.2004; „*Repercusiones del debate en Monterrey: Lagos demanda cambio de actitud de Bolivia*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 15.1.2004; „*En Palacio resaltaron la*

capacidad diplomática para bloquear apoyos regionales al tema del mar“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 15.1.2004; „*Evo Morales llama a no consumir productos chilenos y a cerrar la frontera*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 16.1.2004; „*Comercio con Chile: Bolivianos llaman a boicot*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 17.1.2004; „*La ministra de RR.EE., Soledad Alvear, desestimó ayer la oferta que hizo el Presidente de México para ayudar a solucionar el conflicto entre Chile y Bolivia*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 19.1.2004; „*Demanda por salida al mar: Lagos condiciona discusión con Bolivia a reanudar las relaciones Primer Mandatario respondió a su par Carlos Mesa, quien insiste en que los vínculos formales son el final del camino*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.1.2004.

- ²⁶ Als „*Package Deals*“ sind hier mehrere parallel verhandelte bilaterale Abkommen zwischen Bolivien und Chile gemeint, die eine Reihe verschiedener Politikfelder umfassten (Freihandels-, Bergbau- und Infrastrukturabkommen). So kam Chile der Förderung Boliviens nach einem bilateralen Handel nach, und hoffte damit die innenpolitische Kritik in Bolivien am vorhandenen Handelsregime abzumildern.
- ²⁷ Die bolivianischen Streitkräfte leiden unter einem Missverhältnis zwischen Truppenstärke und Ausstattung. Viele bolivianische Diktatoren stockten das Personal der Streitkräfte deutlich auf (Quintana 2003, 143).
- ²⁸ Die Außenpolitik Chiles ist in Hinblick auf ihr Nationalgefühl zu potenzieller Verwundbarkeit der territorialen Integrität zu charakterisieren. Diese wurde sowohl durch revisionistische Territorialansprüche Boliviens und Perus, als auch durch die traditionale Rivalität mit Argentinien erzeugt. Das Land betrachtete sein Territorium stets als gefährdet (siehe Flandes 2003, 10). Der Alto-Cenepa-Krieg, der im Jahr 1995 zwischen Peru und Ecuador ausgetragen worden ist, verstärkte die Wahrnehmung, dass ein Krieg mit den Nachbarländern möglich sei, und dass die vorhandenen Sicherheitsmechanismen von der regionalen Organisation OAS/OEA ungenügend wären (siehe Rojas 1996, 18).
- ²⁹ Siehe Indikatoren von CEPAL in Bezug auf eine Wohnungsdefizitquote, Ab- und Wasserversorgung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Bildung, in denen Chile in der Regel besser als Bolivien abschneidet.
- ³⁰ Durch sogenannte „*Side-Payments*“ zielen Verhandlungsparteien darauf ab, die Kosten eines Abkommens zu kompensieren, indem der zu erwartende Nutzen der Kooperation für eine unentschlossene Verhandlungspartei steigt. Morrow zufolge können die Spieler Gewinne übertragen, was den „*Pay-off*“ des Spiels und demzufolge die zu erwartenden Strategien der Spieler ändern kann (siehe Morrow 1994, 111).
- ³¹ In Anlehnung an Joseph Nye übernimmt die vorliegende Dissertation in diesem Zusammenhang einen breiten Begriff von Macht, der sich stark an die *kooptive Macht* oder *soft power* orientiert (Nye 1990, 168).
- ³² Siehe „*Deciding on an outlet for Bolivian gas*“ in der elektronischen Zeitschrift Andean Group Report, London - 06.11.2001.
- ³³ Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Goni, Goni...gone*“, in „*Business Latin America*“, 20.10.2003.
- ³⁴ Siehe Wittelsbürger/ Ernst / Melis 2004 und „*Hot air still affecting gas*“ in der Online Zeitschrift Andean Group Report, London - 09.09.2003.
- ³⁵ Für Klein stand damals der „*Drug War*“ im Mittelpunkt der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Bolivien (Klein 2003, 248).
- ³⁶ Die Idee zur Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen der Drogenbekämpfung stammt von der Regierung Paz Estenssoro (1985-1989). Die bolivianische Regierung führte in den nächsten Jahren eine Drogen-Politik durch, die durch eine Einschränkung der Bewirtschaftung von Kokatrüchern, von Polizei- und Armee Einsätzen und Eingreifen durch Streitkräfte sowie Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet war (Quintana 2003, 154; Albro 2005, 437; Ledebur 2005, 149). MAS-Anhänger behaupteten, die Antidrogen Behörde der USA *Drug Enforcement Administration* (DEA) führe im Rahmen des „*Dignidad*“-Plans verfassungswidrige Aktionen militärischer Art auf bolivianischem Hoheitsgebiet durch (Condori 2002, 590).

-
- ³⁷ Während der Amtszeit Banzer/Quiroga vereinbarten die US-amerikanische und die bolivianische Regierung eine Kokastrauchausrottungspolitik (sogenannte „Política de Coca Cero“) unter dem berüchtigtem Namen „Plan Dignidad“ („Würdeplan“) durchzuführen (Bergfeld 2009, 92). Durch „Plan Dignidad“ zielten beide Regierungen auf die Vernichtung von 30.000 Hektar Kokaplantagen ab, von denen die meisten in der Provinz *Chapare* lagen und die seit Jahren mehrheitlich für die illegale Kokainproduktion genutzt worden waren (Ledebur 2005, 154; Naegeli/Weber 2005, 9). Der „Plan Dignidad“ enthielt zudem Förderprogramme zum Ausstieg aus der Kokabewirtschaftung. Nebeneffekt dieser Politik war, dass sich das Einkommen eines breiten Teils der Bevölkerung (größtenteils Eingeborene) deutlich reduzierte, mancherorts fiel es gänzlich aus. Alternative Pflanzungsmethoden und monetäre Entschädigungen wurden von Beobachtern und von den betroffenen „Cocaleros“ als unzulänglich bezeichnet (Condori 2002, 589; Barrientos/Schug 2004; Schmid 2007, 160). Die „Cocaleros“ beschuldigten die Regierung, sie verwalte den Entschädigungsfonds korrupt und gebe einen großen Teil der Ressourcen in willkürlicher Weise für Personalausgaben und für die Anhängerschaft der Regierung aus (Condori 2002, 589).
- ³⁸ Ein klassischer Fall von Einmischung war die Aussage des US-Botschafters Manuel Rocha wie Tage vor der bolivianischen Präsidentschaftswahl 2002, die Kandidatur von Evo Morales abzulehnen. Dies betrachteten Presseanalysten und Politiker später oft als einen Faktor für die Popularität Morales (siehe z.B. Draeger et al. 2002c, 5; Tanaka 2003, 95; Morrison/Singer 2004, 176; Laserna 2004, 76; Lee van Cott 2005, 87; Molina 2006, 20; Muñoz-Pogossian 2008, 148). Siehe auch „*Entre populistas. tradicionales y cocaleros anda el juego: Bolivia en la gran final*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 30.06.2002.
- ³⁹ Der mexikanische Präsident Fox kommentierte das Scheitern der Erdgasverhandlungen mit den Worten, dass die Bolivianer ihr Erdgas selbst verbrauchen bzw. essen sollten. Siehe „*Las relaciones entre Fox y Morales se complican*“, in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 11.01.2006.
- ⁴⁰ Siehe den Artikel „*Gas de Camisea llegará a México en el 2007*“ in der Monatszeitschrift des nationalen Vereins für Bergbau, Öl und Energie („*Sociedad Nacional de Minería, Petróleo y Energía*“), „*Desde Adentro*“, 2003, N°2,7, Lima - 07.2005.
- ⁴¹ Siehe „*Casi 80% del armamento peruano está obsoleto*“ *La Nación*, Santiago de Chile, 19.06.2008
- ⁴² Die peruanisch-ecuadorianische Grenze ist seit Jahrzehnten eine Streitfrage. Beide Länder erheben Ansprüche auf einen Teil der Amazonenregion (Radcliffe/Westwood 1999, 107), die im Jahr 1995 zu einem Krieg führten (*Alto-Cenepa-Krieg*). Darüber hinaus existiert eine traditionell angespannte Beziehung zwischen Chile und Peru, die sich während der Regierung Toledos verschlechterte, und die sich im Streit um die Maritimgrenze zeigte (Rojas 1996, 18; Rodriguez 2006).
- ⁴³ Wenige Tage nach dem Angebot von Regierungschef Toledo kritisierten zwei seiner Minister die Zusammenarbeit mit Bolivien: Beide Projekte seien unverträglich, hieß es (Pérez Yoma 2004, 87). Siehe auch „*Desde Bolivia: Perú pugna con Chile paso de gas*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 24.11.2001, „*Quiroga espera definir con Lagos los temas gas y mar en Lima el 23*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 20.11.2001, „*Bolivia inicia contactos por gasoducto*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 03.05.2002 und „*La jugada clave de Lagos en Bolivia*“ in der Zeitschrift *Qué Pasa*, Santiago de Chile - 10.05.2002.
- ⁴⁴ Alejandro Toledo begann seine Regierungszeit mit Sympathiewerten von mehr als 70 % in den Umfragen (Steinhauf 2002, 238), wenige Monate vor dem Machtwechsel waren sie auf 10% gesunken. Toledo, der als ein gemäßigter Oppositioneller der vorherigen Regierung Fujimori galt (Steinhauf 2001), erwies sich als unfähig, die peruanische Wirtschaft wiederzubeleben und die Arbeitslosigkeit zu senken.
- ⁴⁵ Siehe „*Gas por mar: Toledo no descarta negociar con Bolivia salida soberana*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 27.01.2002.

-
- ⁴⁶ Die Regierung Toledos versuchte Chile, durch die Wiederbelebung eines stillgelegten Gesetzentwurfes im Parlament zu Verhandlungen zu zwingen. Chile besteht bis heute darauf, dass die Maritimgrenze, die im Jahr 1952 von beiden Ländern ausgehandelt worden war, bestehen bleibt und erklärte, dies auch vor einem internationalen Gericht verteidigen zu lassen.
- ⁴⁷ Siehe „*Desde Bolivia: Perú pugna con Chile paso de gas*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 24.11.2001. Zur Kritik innerhalb der peruanischen Regierung siehe die Aussage des peruanischen Finanz- und Wirtschaftsministers Pedro Pablo Kuczynski: „*el propio ministro peruano de Economía y Finanzas, Pedro Pablo Kuczynski, declarara que el mercado norteamericano no podía atender simultáneamente las propuestas de Perú y de Bolivia, por lo que ambos proyectos eran excluyentes*“ in Pérez Yoma 2004, 87. Siehe dazu „*Toledo retrocede: Perú no dará salida soberana al mar*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 22.01.2002 und „*A propósito de und traspie*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 29.01.2002.
- ⁴⁸ Der peruanische Minister für Energie und Bergbau Perus, Jaime Quijandría, hatte zunächst ein gemeinsames Erdgasprojekt mit Bolivien abgelehnt. Für Quijandría bedeutete das bolivianische Projekt Pacific LNG ein unmittelbarer Konkurrent für *Camisea*. Später änderte er seine Meinung und verteidigte die peruanischen Erdgasleitungstrassen. Im Mai 2002 versicherte Quijandría, dass Peru bereit sei, die bolivianischen Bedingungen vollständig zu akzeptieren, d.h. die Schaffung eines Sonderverwaltungsraumes im peruanischen Gebiet ("*zona económica especial*"), die ein besonderes Arbeits-, Steuer-, Verwaltungs- und Umweltregime bedeutet hätten. Siehe „*Quiroga espera definir con Lagos los temas gas y mar en Lima el 23*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.11.2001 und „*Energía: Bolivia inicia contactos por gasoducto*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 03.05.2002. Siehe auch in „*La jugada clave de Lagos en Bolivia*“ in der Zeitschrift Qué Pasa, Santiago de Chile - 10.05.2002.
- ⁴⁹ Der Vizepräsident des peruanischen nationalen Vereins für Bergbau, Öl und Energie (*Sociedad Nacional de Minería, Petróleo y Energía*), Felipe Thorndike, hinterfragte die Pläne der peruanischen Regierung, die Weiterleitung bolivianischen Erdgases durch peruanisches Gebiet zuzulassen. Thorndike zufolge sollte allein Peru und kein weiteres Land den Handel von Erdgas in die USA kontrollieren. Dennoch hielt Thorndike eine Erdgasleitung durch Chile als eine noch schlechtere Variante für die Interessen Perus. „*Felipe Thorndike, vice-president of Peru's national society of mining and petroleum, questioned whether it was advisable to transport Bolivian natural gas through Peruvian territory when it would end up competing with Peru's own gas production.*“ Siehe elektronische Zeitschrift Andean Group Report, London - 06.11.2001. Felipe Thorndike wörtlich: „*El hecho de que el gas natural de Bolivia salga por Chile y que la planta de licuefacción se haga en dicho país es el panorama menos favorable desde el punto de vista del Perú. Nuestro país tiene que procurar que el movimiento de gas natural esté controlado por los intereses nacionales y no por intereses ajenos como podrían ser los de los chilenos o bolivianos*“ in der elektronischen Zeitschrift Area Minera, 19.12.2001. Einen ähnlichen Standpunkt zum bolivianischen Erdgasvorhaben vertrat der Manager der peruanischen Filialen der Transnationalen Firma *Pluspetrol*, Alberto Moons. Er bezeichnete beide Projekte als nicht komplementär. Moons fügte hinzu, dass eines der beiden Projekte, das jeweilig andere zwangsläufig ausboten würde. Siehe „*En Perú, la Pluspetrol ve al gas boliviano como competencia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.04.2002.
- ⁵⁰ Siehe „*La Paz-Lima-Santiago. Carrera de negociaciones. Gas boliviano: Chile desplaza a Perú*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 21.04.2002.
- ⁵¹ Siehe Ergebnisse der Durchführbarkeitsstudie der Beraterfirma *Global Consultant Energy* in „*Global ratifica a Patillos, pero el Gobierno pide más datos de Ilo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.03.2003. Siehe dazu peruanische amtliche Publikation *InfOsineg* (Jahr 5, Nr. 5, 2003), Lima, S.13.
- ⁵² Siehe Vorbehalte des Vizepräsidenten des peruanischen nationalen Vereins für Bergbau, Öl und Energie (*Sociedad Nacional de Minería, Petróleo y Energía*), in „*Deciding on an outlet for Bolivian gas*“ in der

Zeitschrift Andean Group Report, London - 06.11.2001 und „*El Negocio de Exportar Gas a USA es para un solo país*“ in der elektronischen Zeitschrift Area Minera 19.12.2001. Siehe auch Aussage des Managers der peruanischen Filialen der Transnationalen Firma Pluspetrol in „*En Perú, la Pluspetrol ve al gas boliviano como competencia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.04.2002.

- ⁵³ Siehe „*Oferta a Bolivia: Perú se juega a fondo para ganar el gas*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 28.08.2002, „*Perú se complace con la noticia y guarda cautela*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 15.4.2004, in „*Global ratifica a Patillos, pero el Gobierno pide más datos de Ilo*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 20.03.2003 und „*Integración Minera: oportunidad de desarrollo para Perú y Bolivia*“ in der Monatszeitschrift des peruanischen nationalen Vereins für Bergbau, Öl und Energie („*Sociedad Nacional de Minería, Petróleo y Energía*“), „*Desde Adentro*“, 2003, Nr. 2, 20, Lima - 04.2005.
- ⁵⁴ Hinter der sogenannten *bolivarianischen Revolution*, auch „*Sozialismus des 21. Jahrhunderts*“ von Chávez genannt, steht keine klare Ideologie, sondern eher eine Reihe von diffusen außen- und innenpolitischen Einstellungen und rhetorischen Parolen. Dazu zählen innenpolitisch: ein starker Einfluss des Staates auf die nationale Wirtschaft sowie der Armee auf die Zivilgesellschaft und außenpolitisch: auf die lateinamerikanische politische Integration, die nicht unter der Schirmherrschaft der USA steht, auf Alternativen zum Weltfinanzsystem und die Förderung von Regierungen mit ähnlicher Weltanschauung in der Region (siehe Sánchez López 2001, 262; Röder/Rösch 2001, 6; Maihold 2008, 8).
- ⁵⁵ Unter dem Begriff „*parallele Demokratie der Völker*“ rechtfertigt Chávez die finanzielle Unterstützung und die direkten Beziehungen mit sozialen Bewegungen des Subkontinents sowie die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder (siehe Urbaneja 2005, 5; Werz 2007, 8; Maihold 2008, 18). Zur „*parallelen Demokratie der Völker*“ können die Kontakte zwischen der venezolanischen Regierung und der kolumbianischen FARC und argentinischen *Piqueteros* gezählt werden (siehe Röder/Rösch 2001, 8; Boeckh 2002, 223; Maihold 2008, 10).
- ⁵⁶ Dies gelang ihm nach der Entlassung und dem Ersatz von Tausenden PdVSA-Mitarbeitern. Er benutze diesen Freiraum, um soziale Programme (sog. „*Bolivarianische Missionen*“) und andere Initiativen im Ausland zu finanzieren, die den außenpolitischen Zielen der *bolivarianischen Revolution* entsprachen (siehe Urbaneja 2005, 3; Werz 2007, 8; Maihold 2008, 8).
- ⁵⁷ Im Jahr 2007 wurde ein Fall von venezolanischer Finanzierung einer Wahlkampagne in Argentinien bekannt, die angeblich aus Fonds von PdVSA bestand. Siehe „*Caso maletín: empresario venezolano declarado culpable*“ in der Zeitung *La Nación*, Santiago de Chile – 04.11.2008.
- ⁵⁸ Ein paar Tage vor der Wahl von 2002 trafen sich in Venezuela fünf hochrangige Parteianhänger der MAS-Partei mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Nach ihrer Ankunft in Bolivien dementierten sie die Anschuldigung, sie hätten aus Venezuela Finanzmittel erhalten. Jahre später galten diese Anschuldigungen weiter als unbewiesen. Siehe „*El Papa pide ‘diálogo civilizado’ y defender la legalidad en Bolivia*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 16.10.2003 und „*Morales visita a Chávez para que le ayude a Mesa*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 30.3.2004.
- ⁵⁹ Ende August 2000 bereitete der venezolanische Präsident Hugo Chávez Frías Chile permanentes Kopfzerbrechen. Chávez drückte seine Solidarität für einen bolivianischen Meereszugangsanspruch in einer unkonventionellen Weise aus: Er sagte, er habe den Wunsch, an einem bolivianischen Strand zu baden. Chávez wiederholte auf mehreren Regionalforen ähnlich lautende Aussagen. Tagelang berichtete die chilenische Presse von den Spannungen zwischen den Ländern. Siehe „*El informe de los ministerios*“ in der Zeitung *La Razón*, 07.08.2000. Chile quittierte die Einmischung Venezuelas umgehend und zog für Monate seinen Botschafter aus dem Land ab. „*No aceptamos la interferencia de terceros u organismos multilaterales.*“ Siehe Aussage der chilenischen Außenministerin Soledad Alvear in „*Encuentro bilateral en Brasilia...*“, in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago - 31.08.2000. Siehe dazu „*Encuentro bilateral en Brasilia*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago - 31.08.2000; „*Hoy es la reunión de Brasilia entre ambos gobernantes*“ in der Zeitung *La Tercera*, Santiago - 01.09.2000;

„Encuentro de presidentes Lagos y Banzer en Brasil“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago - 02.09.2000; „Ante idea de concesión territorial“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago - 04.09.2000; „La Misma Chola con Distinta Pollera. Lagos tras los Pasos de Pinochet, Aylwin y Frei en Bolivia“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 10.09.2000, usw.

⁶⁰ Im Jahr 2003 äußerte Chávez erneut die Idee eines bolivianischen Meereszugangsanspruchs mit ähnlichen diplomatischen Folgen. Siehe „Cumbre de Monterrey y demanda boliviana“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 11.01.2004, „Chile envía señales positivas a Caracas tras el lío del mar“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 05.02.2004, „El embajador venezolano, Víctor Delgado, dijo que el gobierno de Hugo Chávez dio por superado el impasse con Chile“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 18.02.2004, usw.

⁶¹ Obwohl mehrere Regierungen in der Region ihre Dienste für eine Vermittlung zwischen Chile und Venezuela anboten (Wittelsbürger/ Ernst / Melis 2004), wies Chile jegliche Einmischung von Drittländern in die Diskussion mit Bolivien zurück. Die Gespräche mit Bolivien seien eine bilaterale Angelegenheit, hieß es. Siehe die Aussage der chilenischen Außenministerin Soledad Alvear in „Encuentro bilateral en Brasilia: Silala y Pasos Fronterizos Tratarán Lagos y Banzer“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago - 31.08.2000.

⁶² Siehe „Encuentro de Presidentes Lagos y Banzer en Brasil: Chile y Bolivia Establecen Vía de Diálogo Permanente“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago - 02.09.2000.

⁶³ Siehe „Relaciones con Venezuela: Embajador Vío se queda en Chile indefinidamente“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 20.11.2003 und „Reivindicación marítima es históricamente justa“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.11.2003.

⁶⁴ Der Washington-Konsens wurde zum unbestrittenen hegemonialen Diskurs des IWF zu den Ländern Lateinamerikas (Farthing/Kohl 2009, 64). Zum Washington-Konsens gehörte zunächst ein erstes Reformpaket, das als Erst-Generations-Reformen bezeichnet wurde. Es beinhaltete u.a. die Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Disziplin, Steuerreformen, die Öffnung des Marktes für den internationalen Handel und für ausländische Investitionen, die Liberalisierung des Kapitalmarktes und die Privatisierung staatlicher Unternehmen (Williamson 2002, 1; Schweickert/Thiele 2004, 4). Anfang der 90er Jahre erwiesen, zeigten sich bereits die ursprünglichen Maßnahmen des Washington-Konsenses bereits als ungeeignet, ein konstantes Wirtschaftswachstum zu sichern und die Lage der Gesamtheit der Bevölkerung zu verbessern. Dieser Befund motiviert die Entstehung der sogenannten Zweit-Generations-Reformen oder Reformen des vergrößerten Washington-Konsensus, die u.a. die Einführung von politischen Reformen, Regulierungsinstitutionen, Antikorruptionsgesetzen, eine Arbeitsmarkt-Liberalisierung, Welthandelsvereinbarungen und Armutsbekämpfungspolitiken beinhaltete (Williamson 2002, 1; Williamson 2003, 9-14; Navia / Velasco 2003, 268, Schweickert /Thiele 2004, 4).

⁶⁵ Jenseits der Volkswirtschaften Südamerikas, die die Prämissen des Neoliberalismus streng adoptierten, haben sich alle lateinamerikanischen Länder inklusiv Kuba für die Förderung der ausländischen Investition als Hebel der Modernisierung ihrer Volkswirtschaft entschlossen (Montero, 2008, 55).

⁶⁶ „Directors urged the authorities to move quickly on large natural gas projects, including by building a public consensus for proceeding with the LNG export project on economic grounds, which would be important for realizing Bolivia's growth potential“ (IWF 2003).

⁶⁷ „At the national level, domestic groups pursue their interest by pressuring the government to adopt favorable policies, and politicians seek power by constructing coalitions among those groups. At the international level, national governments seek to maximize their own ability to satisfy domestic pressures, while minimizing the adverse consequences of foreign developments. Neither of the two games can be ignored by central decisions-makers, so long as their countries remain interdependent, yet sovereign.“ (Putnam 1988, 434).

-
- ⁶⁸ Im Gegensatz zum Liberalismus, dessen Schwerpunkt die Beziehung zwischen Staat/Regierung und Gesellschaft ist und der die innenpolitischen Prozesse zur Gestaltung der Außenpolitik eines Landes berücksichtigt, behandeln neorealistische Ansätze die Staaten als „*Black Box*“, deren Präferenzen für Wohlstand, Sicherheit oder Macht externalisiert im Vorfeld angenommen werden (Moravcsik 1993, 481).
- ⁶⁹ „*Policy interdependence can be described as the set of costs and benefits for dominant social groups in foreign societies (the pattern of transnational externalities) that arise when dominant social groups in a given society seek to realize their own preferences internationally*“ (Moravcsik 2003, 165).
- ⁷⁰ „*it defines „social identity“ as the set of preferences shared by individuals concerning the proper scope and nature of public goods provision; this in turn specifies the nature of legitimate domestic order by stipulating which social actors belong to the polity and what is owed to them*“ (Moravcsik 2003, 168).
- ⁷¹ Nach Dahl sind folgende Mindestanforderungen für die Feststellung einer Polyarchie in „*Large-Scale Democracies*“ zu beachten: (1) gewählte Amtsinhaber (*Elected officials*), (2) freie, faire und häufige Wahlen (*Free, fair and frequent elections*), (3) einschließlich Bürgerrechte (*Inclusive citizenship*), (4) Freiheit der Meinungsäußerung (*Freedom of expression*), (5) alternative Informationsquellen (*Access to alternative sources of information*) und (6) Vereinsrecht (*Associational autonomy*) (siehe Dahl 2005).
- ⁷² Merkel et al. bezeichnen die bolivianische Demokratie als defizitär im Rahmen der Partizipation und Zivilgesellschaft, der Rechtstaatlichkeit und der Effizienz, was das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen beeinträchtigt habe (Merkel et al. 2003, 133).
- ⁷³ Siehe Zusammensetzung des Parlaments in den Seiten 179 und 180.
- ⁷⁴ Über die Präferenzen des chilenischen Unternehmenssektors zu einem Erdgasabkommen mit Bolivien siehe die Aussage des Präsidenten von SONAMI, Hernán Hochschild, in der korporativen Zeitschrift *Boletín Minero* N°1125, September 1999, Santiago de Chile. Siehe auch über das Engagement des chilenischen Vereins zur Förderung der Industrie SOFOFA, (*Sociedad de Fomento Fabril*): in den Freihandelsverhandlungen mit Bolivien: „*Sofofa ha participado en todos los encuentros de negociación que se han realizado con Bolivia para ampliar el Acuerdo de Complementación Económica N°22.*“ In SOFOFA 2003, 25.
- ⁷⁵ Einerseits benötigte Bolivien die Einwilligung eines dritten Landes zum Bau der Erdgasleitung und der Verflüssigungsanlage an der Küste und zum Vermarkten des bolivianischen Erdgases. Andererseits bot Chile bereits wenige Jahre nach der Eröffnung der Erdgasverhandlungen leihweise als Sonderverwaltungs- und Freihandelsregime einen funktionellen Landstrich vom bolivianischen Hochtal zur chilenischen Meeresküste an, damit die Erdgas-Pipeline gebaut und an der Küste eine Enklave für die Verflüssigungs- und Verwaltungsanlage entstehen würde (Perez Yoma 2004, 94, Mesa 2007, 597).
- ⁷⁶ Die Zusammensetzung des bolivianischen Parlaments zeigt, dass die Regierungskoalition von Banzer/Quiroga und Sánchez de Lozada über einen ausreichenden Spielraum im Parlament verfügten hätten, falls ein Ratifizierungsprozess im bolivianischen Parlament eingesetzt hätte. Diese Situation änderte sich erst mit der Regierung Mesa, der eine parteilose Regierung bildete (Assies 2004, 34). Für eine detaillierte Beschreibung der parlamentarischen Zusammensetzung siehe *anwendbare formelle Institutionen* am Ende des empirischen Teils.
- ⁷⁷ Die Interessen und Präferenzen der dominanten innerstaatlichen Akteure, die die Regierungskoalitionen unterstützten, haben sich während des Untersuchungszeitraums kaum verändert, sie waren und bestanden auf ein Erdgasabkommen mit Chile. Die Regierung Banzer, Quiroga und Sánchez de Lozada, die mit ihren Verhandlungsstrategien mit den Interessen der dominanten innerstaatlichen Akteure konform gingen, bestanden auf ein Abkommen mit Chile. Trotzdem verzichteten sie darauf, ein Abkommen zu unterzeichnen, das diesen Präferenzen entsprach – Grund war der innenpolitische Druck. Erst nach dem Sturz von Sánchez de Lozada und die entsprechende „*Oktober-Agenda*“ beendet Präsident Mesa, der vierte in der Reihe amtierender Präsidenten im Untersuchungsraum während der

Erdgasverhandlungen, die Erdgasverhandlungen mit der Durchführung eines Referendums und durch seine Politik „Erdgas für einen Meereszugang“.

III Theoretischer Rahmen: Das vorgeschlagene ergänzende Modell

1) Allgemeines zum Bau eines ergänzenden theoretischen Rahmens

Diese Dissertation sucht nach Antworten, warum und wie die zwischenstaatliche Kooperation zwischen Bolivien und Chile beim Erdgas-Export (notwendige Erdgas-Pipeline, Verflüssigungsanlage und Hafen) trotz wirtschaftlicher Anreize für beide Länder scheitern konnte, und warum die bolivianische Regierung auf ein Abkommen verzichtete, das für das Land wirtschaftlich von Vorteil gewesen wäre.

Da diese Untersuchung sich nicht in erster Linie mit der Überprüfung von Theorien beschäftigt, sondern mit der Aufklärung des empirischen Erdgasverhandlungs-Rätsels, wird im nächsten Kapitel dieser Dissertation eine *kausale Narrative* (Suganami 1999; Roberts 2006, Suganami 2008)⁷⁸ erarbeitet, die die Darstellung einer Reihe von dynamischen Prozessen während des gesamten Verhandlungsverlaufes umfasst, die dazu führen soll, in einem weiteren Schritt, eine kausale Erklärung und Hypothese entwickeln zu können. Das zweite Kapitel widmet sich zunächst dem Bau eines theoretischen Rahmens, der als theoretische Perspektive für die *kausale Narrative* zur Erläuterung der Kausalmechanismen dienen soll. Diese Perspektive soll ermöglichen, dass die Ereignisse des Untersuchungszeitraumes angemessen dargestellt, interpretiert und ausgearbeitet werden können.

Diese Untersuchung bedient sich für ihren theoretischen Hintergrund einer rationalistischen Logik und der zentralen Annahmen des Liberalen Intergouvernementalismus zur Festlegung der staatlichen Präferenzen. Laut Moravcsik gibt es drei Kernannahmen des Liberalen Intergouvernementalismus: Erstens sind die Hauptakteure der internationalen Politik private Individuen oder Gruppen (*Bottom up View*), die rational agieren, und die die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen verfolgen (Moravcsik 2003, 161). Zweitens spielt der Staat eine Vertreterrolle für die Interessen innerstaatlicher Akteure, er ist in diesem Sinne kein eigener Akteur der Internationalen Beziehungen. Als repräsentative Institution kann der Staat permanent von Koalitionen gesellschaftlicher Akteure in Anlehnung ihrer Machtverhältnisse gefangen und wieder gefangen („*state capture*“), sowie gebaut und wieder gebaut werden (Moravcsik 1997, 518; Moravcsik 2003, 163). Drittens gestalten die staatlichen Präferenzen

das Verhalten des Staates im internationalen System, so dass jeder Staat seine eigenen Präferenzen auch bei anderen Staaten durchzusetzen versucht (Moravcsik 2003, 165).

Das ausgewählte Forschungsdesign steht in der Tradition des Liberalismus und nutzt den Zwei-Ebenen-Ansatz, der gleichermaßen den Blick auf die zwischenstaatlich/systemische (*Bargaining*) und innerstaatlich/subsystemische (*Präferenzbildung*) Ebene ermöglicht. Bei einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, orientieren sich die jeweils beteiligten Regierungen an der Verwirklichung ihrer eigenen nationalen Präferenzen, die zuvor auf der Basis der Interessen innerstaatlich relevanter Akteure gebildet worden sind (Moravcsik 1993, 483). Diese Dissertation nutzt für ihren theoretischen Rahmen die Annahmen und Handlungslogik des Liberalen Intergouvernementalismus, dennoch geht es über das Ziel und Format dieser Dissertation hinaus, beweisen zu wollen, ob die hier zu erwartenden Befunde als analytische Ergänzung dieser Theorie auch in anderen Fällen angewandt werden könnten. Bei der vorliegenden Dissertation wird angenommen, dass sich die zwei Ebenen des Verhandlungs-Spiels alle zügig entfalten, so dass sich eine Regierung gleichzeitig zwischen- und innerstaatlich engagieren muss, um die staatlichen außenpolitischen Präferenzen sowohl bilateral als auch einheimisch umzusetzen. Ein ursprünglicher zwischenstaatlicher Konsens kann im Laufe der Zeit wegen innerstaatlicher Veränderungen, die das einheimische Winset verengen oder vergrößern, beeinträchtigt werden.

Wie bereits dargelegt, fanden die Regierungen beider Länder in einem relativ frühen Stadium einen innenpolitisch ratifizierbaren zwischenstaatlichen Konsens (einheimisches Winset) über die allgemeinen Bedingungen der Erdgasverhandlungen. Grenzänderungen sollten bei den Verhandlungen eines Erdgasabkommens außen vor bleiben und lediglich Bolivien sollte durch das Millioneninvestitionsprojekt Direktgewinne erzielen, hieß es. Die Position der Regierungen wurde von der Mehrheit der gewählten Volksvertreter und Verbände unterstützt und von Wirtschaftsanalysten befürwortet. Aus dem Überblick im vorherigen Kapitel ergibt sich, dass sich die Verhandlungsposition der chilenischen Regierung während des Untersuchungszeitraums nicht wesentlich veränderte, und dass sich der Einfluss von Drittländern eher begrenzt hielt. Dementsprechend konzentriert sich die Untersuchung insbesondere auf die Ebene der bolivianischen Innenpolitik und ihre Auswirkungen auf die Position der bolivianischen Regierung bei den Erdgasverhandlungen mit Chile. Innerhalb weniger Jahre gerieten die Regierungen beider Länder bei den Verhandlungen jedoch in unvereinbare Positionen, so dass keine künftige bolivianische Regierung in der Lage gewesen

wäre, mit Chile weitere Erdgasgespräche zu führen, ohne nicht auch auf die Frage eines Meereszugangs zu verhandeln.

In Bolivien waren in der Zeit der Erdgasverhandlungen vier Präsidenten im Amt, von denen sich die ersten drei bei den Erdgasverhandlungen lediglich auf die Kernfragen (notwendige Erdgas-Pipeline, Verflüssigungsanlage, Hafen und Steuerregime) konzentrierten. Erst der vierte Präsident in Folge knüpfte ausdrücklich die Verhandlung über ein Erdgasabkommen an Grenzveränderungen und formulierte sie als unabdingbare Voraussetzung für das Erdgasgeschäft. Diese Variation des Regierungsdiskurses lässt sich kausal nicht allein durch die Regierungswechsel erklären, da alle Regierungen in gewisser Weise ähnliche wirtschaftspolitische und politische Positionen vertraten und von ähnlichen parteipolitischen Konstellationen geprägt waren.

Um den Wechsel vom Konsens zu Dissens zu erklären, muss die Innenpolitik in der Analyse einbezogen werden. Der Einblick in bolivianisch innenpolitische Prozesse zeigt, dass die innenpolitischen Akteure gegen die Erdgasverhandlungen mit Hilfe patriotischer Parolen mobilisierten, und dass die bolivianische Öffentlichkeit immer unzufriedener mit den Erdgasverhandlungen mit Chile wurde. Deswegen werden bestimmte Konzepte der Sozialisationsliteratur und des Konstruktivismus auf ein rationalistisches Zwei-Ebenen-Analyseraster angewandt – dies soll die Interpretation des theoretischen Ansatzes des Liberalen Intergouvernementalismus erweitern. Theoretische Brücken zwischen Rationalismus und Konstruktivismus zu bauen, ist in der Analyse von Internationalen Beziehungen weit verbreitet (Checkel/Zürn 2005).⁷⁹ Insbesondere werden in der hier vorliegenden Dissertation Identitätskonstruktionen und Sozialisation⁸⁰ in die Analyse einbezogen. Die Akteure und ihre Aktionen werden dennoch weiter als zielgerichtet, strategisch und rational betrachtet (Checkel 2005, 809; Rittberger/Schimmelfennig 2005, 6).

Sowohl die Regierungen als auch innerstaatliche Akteure agieren rational, d.h. strategisch, zielgerichtet und interessengeleitet. Sie versuchen, mit ihren Handlungen bestimmte angestrebte Ziele zu erreichen (Zürn 1992, 79). Rationales Handeln setzt voraus, dass die Akteure bei der Interaktion mit einer anderen Partei, von deren Verhalten sie abhängig sind, ihr Handeln dennoch nach dem eigenen Gewinn auszurichten versuchen (sogenannter „rationaler Egoismus“ Esser 2002, 27).

2) Theoretischer Rahmen: *Strategisches Framing*, Mobilisierung von Identitäten, Entstehung von Reputationskosten und kognitiver Dissonanz

Wenn die Fortführung zwischenstaatlicher Verhandlungen als „Vaterlandsverrat“ von einem innerstaatlichen Akteur in der Öffentlichkeit loziert wird, d.h. wie die Verhandlungen gedeutet werden („*Framing* der Verhandlungen in der Öffentlichkeit“), geschieht dies durch Steigerung der Reputationskosten der verhandelnden Regierung, die im Amt bleiben und wiedergewählt werden will. Die verhandelnde Regierung muss ihr Verhalten einem neuen Kosten-Nutzen-Kalkül anpassen, so dass der Abbruch der Verhandlungen wahrscheinlicher wird.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich ein neuer Trend, Elemente des Rationalismus und des Konstruktivismus ergänzend zu kombinieren (Checkel/Zürn 2005). Im Rahmen dieser Dissertation wird angenommen, dass die politischen Akteure bestimmte Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Rollenbilder bereits erfüllen und besitzen.⁸¹ Diese Identitäten ergeben sich graduell durch Sozialisierungsprozesse und besitzen deswegen eine gewisse Stabilität in begrenzten Zeiträumen.⁸² In dieser Dissertation geht es nicht darum, zu erklären, wie Sozialkonstruktionen entstehen oder wie beim Wandel der Präferenzen solche Konstruktionen letztlich das Bewusstsein und die Identität der Akteure beeinflussen, sondern darum, wie ein innenpolitischer Akteur, der ursprünglich einen geringen Einfluss auf die Entscheidungsträger besaß, die bereits vorhandenen Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Rollenbilder für seine eigene Zwecke manipulieren kann, indem er in der Öffentlichkeit ein bestimmtes Handeln oder eine außenpolitische Richtung mit Hilfe von Elementen der nationalen Identität instrumentell neu umrahmt.

2.1) Nationale und kollektive Identitäten

Ein Land wird im Laufe von Generationen aus immer neuen Menschen formiert. Trotzdem fühlen sich die Mitglieder einer Nation zu ihren Vorfahren durch eine bestimmte historische Narrative verbunden, die durch Sprache und Symbole konstruiert und die von einer Reihe von Ereignissen der gleichen Kollektivperson zugeschrieben wird (Anderson 2003).⁸³ Was als nationale Identität bezeichnet wird, geht über die reine Narrative der Vergangenheit hinaus und ergibt sich aus einem kontinuierlichen historischen Produkt, das sich in einem permanenten – wenngleich langsamen – Wandel befindet (Larraín 1996).⁸⁴ Die nationalen

Identitätskonstruktionen umfassen einen Komplex von Werten und verschiedenen Wahrnehmungen, der vom größten Teil der Einwohner eines Landes als für die Gemeinschaft gültig eingeschätzt wird.

Die Zugehörigkeit zu einer Gesamtheit drückt sich in einem „Wir-Gefühl“⁸⁵ und einer „Wertegemeinschaft“ aus, die sich aus geteilten kollektiven Werteübereinstimmungen und Überzeugungen bezüglich besserer Zukunftswege für die Gemeinschaft ergibt. Dazu verbindet die Wertegemeinschaft die Angehörigen der Kollektivität miteinander (Tietz 2002). Nur durch die Betrachtung der Werturteile und des ethischen Selbstverständnisses der Individuen als Mitglieder einer Gemeinschaft, lassen sich kollektive Identitäten qualitativ identifizieren (Kantner 2004, 87).⁸⁶ Legitimationsmuster, die das politische Verhalten der Akteure beeinflussen, werden durch kollektiv geteilte Wertüberzeugungen definiert, indem sie zudem als eine informelle soziale Kontrolle fungieren (Rittberger/Schimmelfennig 2005, 6). Argumente, die auf einem eigennützigem Verhalten oder auf einer reinen Machtposition basieren, können sich in der Regel nicht gegen die einer kollektiven Identität zugewiesenen Wertüberzeugungen durchsetzen, da sie eine konstitutive Natur besitzen (Rittberger/Schimmelfennig 2005, 8).

Darüber hinaus besitzen Individuen und Gruppen von Individuen in einer Gesellschaft gleichzeitig unterschiedliche und überlappende Kollektividentitäten. Sie definieren sich in unterschiedlicher Weise als Akteure anhand ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen partikularen Kollektivprojekten und anhand einer Anerkennung verschiedener intersubjektiver kollektiver normativer Vereinbarungen (Risse 2002).⁸⁷ Neben einer Anerkennung der Ähnlichkeit zwischen den Mitgliedern dienen kollektive Identitäten auch als Abgrenzung und Differenzierung zum jeweils anderen (Eisenstadt 1998, 246).

Geschichtliche Ereignisse, wie eine ausländische Besatzung, der sich daraus ergebende Synkretismus, und die mehr oder weniger ethnische, kulturelle und sprachliche Heterogenität der Mitglieder eines Landes beeinflussen, begünstigen oder benachteiligen den kontinuierlichen Nationsbildungsprozess (Roniger/Sznajder 1998). Wenn der große Teil der Mitglieder einer Gesellschaft nur einen engen Kern von Überzeugungen teilt, während mehrere Identitätskonstruktionen andere Projekte oder gewünschte Zielsetzungen vertreten, kann es eventuell zu wechselseitig sich ausschließenden Bildern der nationalen Identitäten

kommen. Die Nationsbildung bei Ländern mit hochheterogenen Gesellschaften ist komplizierter als die in Gesellschaften, die entweder sozial oder ethnisch homogener sind.⁸⁸

Da die südamerikanischen Länder nach ihren Unabhängigkeitserklärungen von Spanien zwar Sprache, Geschichte, Religion und Kultur miteinander teilten und doch selbst ethnisch und sozial sehr heterogen waren, war die Konstruktion ihres Nationsbildes besonders schwierig (Hausberger 2004, 119; Roniger/Sznajder 1998, 3). Die südamerikanischen Eliten richteten ihre Staatsnation nach dem Vorbild der USA aus, indem sie Mythen und historische Helden aufbauten, an eine bessere Zukunft glaubten und sich von regionalen Feinden abgrenzten (Annino/Guerra 2003, 11; Eisenstadt 1998, 246). Die Post-Unabhängigkeitskonflikte zwischen den südamerikanischen Ländern erklären, wie bereits während der Kolonialzeit Rivalitäten zwischen den südamerikanischen Ländern entstanden und wie Fremd- und Feindbilder die Abgrenzung zu Nachbarländern prägten, mit denen territoriale überlappende Ansprüche bestanden. Fremd- und Feindbilder dienten nicht selten als grundlegende repräsentative Symbole vieler südamerikanischer Nationen und daher für die eigenen Identitätsdiskurse.⁸⁹

2.2) Mobilisierung von Identitätskonstruktionen

Unter Mobilisierung werden hier die wechselseitigen Interaktionsprozesse zwischen mindestens drei Typen von Akteuren (unorganisierte Individuen, organisierte Akteure und Regierung) verstanden, durch die ein Akteur oder Aktivist (Mobilisierungsagent) seine Präferenzen anderen Akteuren (Adressaten der Mobilisierung) übertragen will, um dieses Interesse in der politischen Debatte umsetzen zu können (Nedelman 1987).⁹⁰ Die politische Mobilisierung bezieht sich ihrerseits auf die Mobilisierungsanstrengung eines Mobilisierungsagenten zur Beeinflussung der vorhandenen Machtverteilung einer Gesellschaft, hier kann es sich um Legitimations-, Umverteilungs- oder Umgestaltungsversuche der existierenden Machtverteilung handeln (Nedelman 1987; 190, 199).

Es ist möglich, drei abhängig von einander wirkende Mobilisierungsfaktoren zur Erklärung des Auftauchens und der Entwicklung aktiver Sozialer Bewegungen zu erkennen: politische Chancen, mobilisierende Strukturen und strategisch geführte kollektive *framing processes* (McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 2, 8).

Politische Chancen sind gesellschaftliche Veränderungen, die von der entsprechenden politischen Umwelt konditioniert werden, in der sich die Aktivisten entfalten. Das bestehende politische System kann somit aufgrund der Handlung von Aktivisten, die in formell oder informell mobilisierenden Strukturen organisiert sind (z.B. soziale Bewegungen), angreifbar oder für Reformen empfänglicher werden (McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 3, 8).⁹¹ Politische Chancen für die Aktivisten entstehen häufig aufgrund kultureller Brüche (*cultural breaks*), kultureller Widersprüche (*cultural contradictions*) und Bedrohungswahrnehmungen, die von den Sozialen Bewegungen angewandt werden, um ein bestimmtes Verhalten oder ein Policy als ungerecht und beeinträchtigend neu zu *framen* (Zald 1996, 268, 272). Die politischen Chancen sind für das Entstehen Sozialer Bewegungen nötig, jedoch nicht ausreichend. Damit eine Mobilisierung zustande kommt, werden *mobilisierende Aktivisten* und instrumentelle *Framing-Prozesse* benötigt, die neue ideologische und symbolische Definitionen umfassen (McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 8; Zald 1996, 269).⁹²

Zielgerichtete Aktivisten bedienen sich für die *framing processes* der Nutzung von *Frames*, d.h. symbolischer Repräsentationen und kognitiver Andeutungen, die kontextbedingt bestimmte Ereignisse und Verhalten erbringen, gestalten und bewerten und die gleichzeitig alternative Aktionswege darstellen (Zald 1996, 265;⁹³ McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 5). Die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Mobilisierung ist zum großen Teil von der kulturellen Anpassung (*cultural match*) abhängig, d.h. der mobilisierte *Frame* entspricht den Präferenzen, die im jeweiligen kulturellen Kontext tief verankert sind, und die dementsprechend der mobilisierten *Frames* einen intersubjektiven Sinn geben (McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 5; Zald 1996, 266; Checkel 1999, 86; William Busby 2007, 251).

Die Aktivisten sind diejenigen, die mit diesen instrumentellen *Framings-Prozessen* eine Situation heraufbeschwören (*strategic framing*), so dass diese von einem Teil der Öffentlichkeit als benachteiligend empfunden wird. Zugleich stellen die Aktivisten der Öffentlichkeit taugliche Aktionswege zur Lösung des Problems dar (Zald 1996, 266; McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 5). Durch das *strategische Framing* richten die Aktivisten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine vorhandene Situation, die aber anders normativ definiert wird, so dass sich das Ansehen der politischen Entscheidungsträger in der Öffentlichkeit verbessert oder verschlechtert, um eine Verhaltensvariation zu erzeugen (William Busby 2007, 251).

Es gibt soziale Identitätskonstruktionen, die mehr oder weniger ein Bestandteil der gemeinsamen Kulturgüter jedes Landes sind und die in bestimmten Situationen ein genaueres und angemessenes Bild eines patriotischen Verhaltens erklären. Solche bestehenden Identitätskonstruktionen und die entsprechenden Wertevorstellungen können dank ihrer tiefen kulturellen Verankerung in der Gesellschaft von innenpolitischen Aktivisten gegen eine Regierung instrumentell eingesetzt werden. Eine bilaterale Verhandlung mit einem Nachbarland, das traditionell als rivalisierend wahrgenommen wird,⁹⁴ entspricht einer politischen Chance für die innenpolitische Opposition, die die Verhandlung mittels bestehender Identitätskonstruktionen strategisch *framen* kann. Diese bestimmte Art von Framing, die an ein patriotisches Bild appelliert, wird hier als *Frame des Patrioten* bezeichnet.⁹⁵

Durch das Lozieren des identitätsbezogenen Diskurses in der öffentlichen Debatte kann der vorliegende Verhandlungsprozess von Aktivisten problematisiert, und negativ definiert werden, was eine verhandlungsfreundliche Regierung angreifbar machen kann. Darüber hinaus kann dies sowohl zur Einengung des politischen Handlungsspielraums dieser Regierung als auch zu Veränderungen des innenpolitischen Kräfteverhältnisses angesichts des Reputationsverlusts der Regierung und zu Veränderungen in den vorhandenen innenstaatlichen Machtkonstellationen führen. Wenngleich eine Regierung nach wie vor die ursprünglichen Interessen innerstaatlich relevanter verhandlungsfreundlicher Akteure vertritt, kann dies die Machthaber zu dem Entschluss führen, dass die Durchsetzung der Interessen dieser innerstaatlichen Akteure nicht mehr möglich oder zu aufwendig ist. Die vorhandenen relevanten gesellschaftlichen Gruppen verlieren an Einfluss auf die Regierung, da diese unter einem stärkeren Druck steht.

Wenn die Aktivisten so agieren, benutzen sie in diesem Fall eine spezifische diskursive Form, die sogenannte symbolische Mobilisierung,⁹⁶ um politische Ereignisse mit Hilfe kollektiv geteilter Identitätsmerkmale zu gestalten (Risse 2002, 11). Die Träger solcher Diskurse befreien sich von weiteren Rechtfertigungen und schwächen die Legitimität ihrer Gegner ab (Risse 2002, 11; Rittberger/Schimmelfennig 2005, 7). Die angegriffene Regierung muss ihre Verhandlungsstrategien ändern, um nicht wegen eines „unpatriotischen Verhaltens“ als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet zu werden, da das von der Regierung gewünschte politische

Ereignis, die bilaterale Verhandlung, als Verstoß gegen das nationale Identitätsbild umrahmt (*framed*) wurde.

2.3) Entstehung von Reputationskosten und kognitiver Dissonanz

Die Mobilisierung solcher Identitätskonstruktionen durch einen strategischen *Frame* wirkt auf die Interessen der Regierung und restlicher Akteure, sie steigern die Reputationskosten eines bestimmten Verhaltens oder verursachen eine kognitive Dissonanz. Dies kann zur Strategieänderung der politischen Akteure führen und die innenstaatliche Unterstützung für die Fortsetzung einer zwischenstaatlichen Verhandlung gefährden.

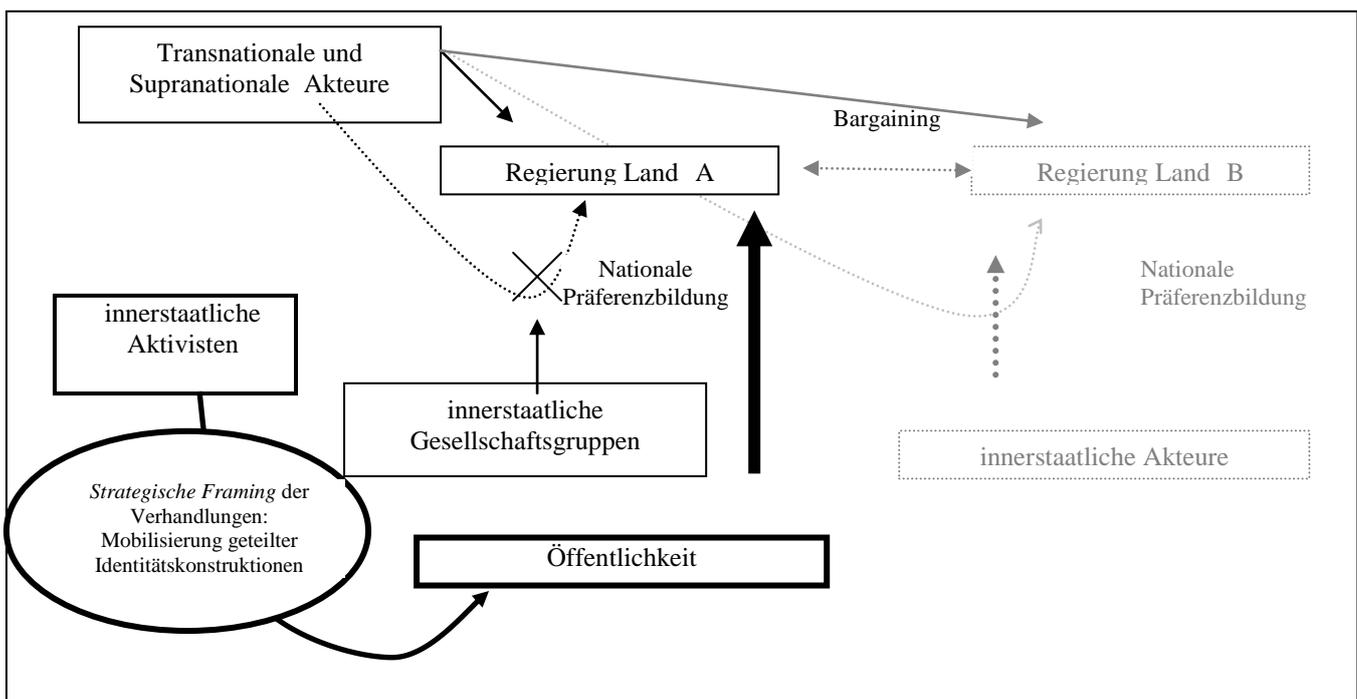
Reputationsverluste sind zu erwarten, wenn eine Regierung sich in ihrer Außenpolitik für die Fortsetzung einer zwischenstaatlichen Verhandlung entscheidet, die von innerstaatlichen Aktivisten strategisch als Verstoß gegen Identitätskonstruktionen als unpatriotisch erfolgreich umrahmt wurde (*strategisches Framing*). Diese Regierung tritt infolgedessen als „Vaterlandsverräter“ und praktisch als Kollaborateur eines rivalisierenden Landes auf. Die Einwände der Aktivisten betreffen nicht unbedingt den sozialen Nutzen oder die Vorteile des zu verhandelnden bilateralen Regimes, sondern konzentrieren sich auf den eventuellen Verzicht von historisch tief in der eigenen kollektiven Selbstdefinition verankerten nationalen Forderungen. Da die Akteure darüber hinaus normative Identitätskonstruktionen teilen, versuchen sie in der Regel sich die Spannung zwischen dem, was „ist“ und dem was „sein sollte“ zu entziehen, indem sie entweder ihr kritisches Verhalten ändern oder dies in der konkreten Situation als nicht übereinstimmend neu definieren können (sogenannte „Rationalisierung“) (Rittberger/Schimmelfennig 2005, 10).⁹⁷

Die vorliegende Dissertation konzentriert sich im Rahmen einer bilateralen zwischenstaatlichen Verhandlung hauptsächlich auf die Variation der deklarierten außenpolitischen Präferenzen eines der verhandelnden Länder, da beim anderen eine solche Variation nicht stattgefunden hat. Die Dissertation untersucht zugleich, ob die Mobilisierung vorhandener nationaler Identitäten, die nicht ökonomischer Natur sind, – durch die Entstehung kognitiver Dissonanz und/oder durch die Steigerung der Kosten eines Machterhalts – als mögliche Ursache für die Varianz der Außenpolitik einer Regierung betrachtet werden kann.

Es ist zu erwarten, dass die Regierung gezwungenermaßen ihr Verhalten den normativen Ansprüchen anpasst, die einer gemeinsamen Identität entsprechen. Die Anpassung der Regierung ist zumindest in einem ersten Schritt jedoch nicht unbedingt auf einen Lernprozess zurückzuführen, sondern eher auf ein strategisches Kalkül, ihre Interessen zu maximieren und zugleich das Verhalten den Normen anzupassen (Checkel 2005, 809), um gesellschaftliche Sanktionen (sogenannte *social sanctioning*) zu vermeiden (Checkel 2001, 557). In kurzen Zeiträumen ist es daher möglich, das Verhalten einer Regierung eher mit einer strategischen Anpassung (Johnston et al. 2001, 8) und nicht mit dem Wandel der Präferenzen (Checkel 2001, 558; Schimmelfennig 2005, 831) zu erklären.⁹⁸

Wenn die Kosten letztendlich den Nutzen überschreiten, die eine der verhandelnden Regierungen bei ihrem jeweiligen innenstaatlichen *Agenda-Setting* anvisiert hatte, weil sich ein ursprüngliches innerstaatliches Winset verkleinert und eventuell völlig aufgelöst hat, wird es immer wahrscheinlicher, dass die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens, sogar trotz einer anfänglichen eventuellen Übereinstimmung auf zwischenstaatlicher Ebene nicht zustande kommt. Die unter Druck geratene Regierung bewegt sich von einer ursprünglichen Position bezüglich der zu akzeptierenden Verhandlungsbedingungen zu einer neuen, die besser zu einer innerstaatlichen veränderten Machtkonstellation passt, die jedoch nicht mehr mit dem bisherigen erreichbaren zwischenstaatlichen Konsens verträglich ist.

Abbildung 2.2 Schema des theoretischen Rahmens



Die Abbildung 2.2 zeigt den hier formulierten theoretischen Rahmen in Anlehnung an die Logik des Zwei-Ebenen-Ansatzes und des Liberalen Intergouvernementalismus. Die vorliegende Abbildung hebt absichtlich die dynamischen politischen Prozesse jenes Landes hervor, bei dem mit der Zeit ein Referenz-Wandel der deklarierten außenpolitischen Präferenzen und ein *strategisches Framing* der Verhandlungen stattgefunden hat. Die Prozesse des Landes, bei dem die außenpolitischen Präferenzen konstant blieben, werden hingegen im Hintergrund dargestellt. Der Einfluss eines Aktivisten auf die entsprechende nationale Regierung wird nur bei einem Land graphisch dargestellt, obwohl ähnliche Prozesse auch im anderen Land vorstellbar wären.

2.4) Anwendung der theoretischen Rahmen auf den empirischen Fall

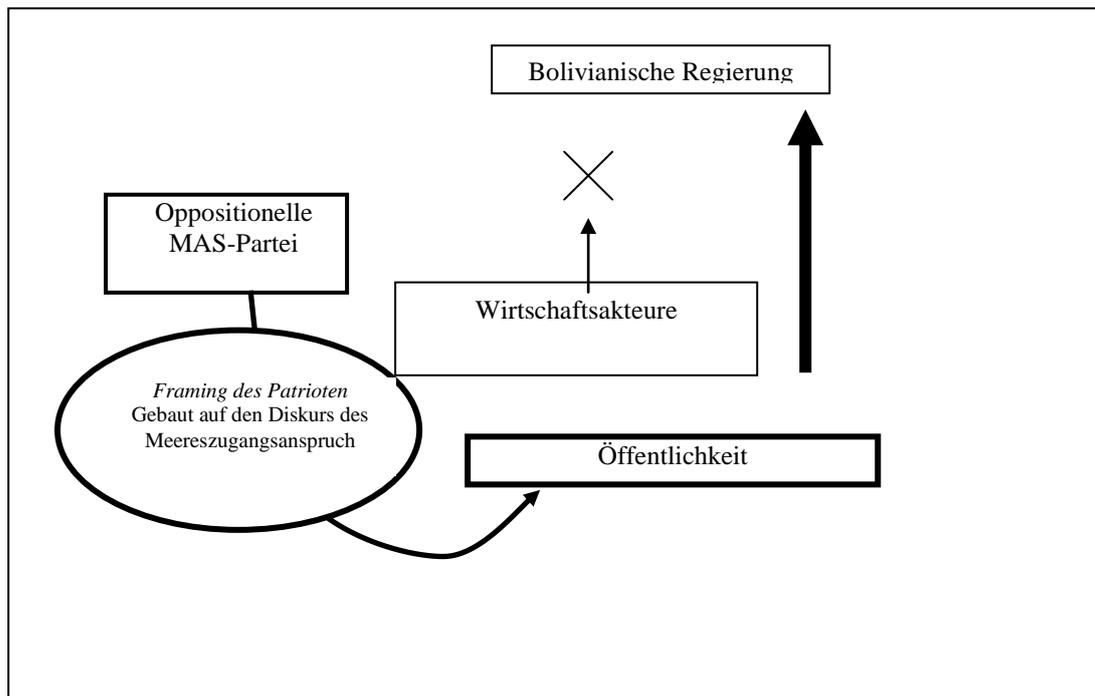
Die vorliegende Dissertation argumentiert: Je mehr es der innenpolitischen Opposition gelingt, eine laufende bilaterale Verhandlung durch nationale Identitätskonstrukte negativ zu *framen* (umrahmen) und dadurch die Reputationskosten zu erhöhen, desto wahrscheinlicher ist, dass sich das einheimische Winset verengt und die zwischenstaatliche Kooperation nicht zustande kommt.

Die Befunde dieser Recherche werden auf den folgenden Seiten vorgestellt. Bei den Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile war sehr gut zu beobachten, dass eine Oppositionspartei (MAS-Partei) die von der bolivianischen Regierung geführten bilateralen Gespräche als „Landesverrat“ erfolgreich umrahmte konnte (*Frame des Patrioten*), indem sie die Verhandlungen zielgerichtet an ein kulturell tiefverankertes Sozialkonstrukt (*Meereszugangsanspruch*) koppelte, das die nationale Identität Boliviens ansprach. Im Gegensatz zur Regierung verlangte die Opposition, dass parallel zu den Erdgasverhandlungen auch Grenzverhandlungen geführt werden sollten. Der Mobilisierungsagent (die Oppositionspartei) stellte dazu ein Abkommen mit einem dritten Land (Peru) oder den Verzicht auf das Erdgasgeschäft als einzig akzeptablen alternativen Aktionsweg dar.

Durch das Lozieren der „Landesverrat-Vorwürfe“ wurden die Verhandlungen immer unbeliebter, auch entstanden nennenswerten *Reputationskosten* für die bolivianische Regierungskoalition, die die parallelen Grenzverhandlungen auf Druck von Chile hin zunächst abgelehnt hatte. Damit verlor das geplante Abkommen in den eigenen Reihen der Koalitionsparteien und -parlamentarier immer mehr an Unterstützung und die bilateralen

Verhandlungen tendierten zur Stagnation. Später adoptierten die Koalitionäre opportunistisch die nationalistischen Parolen der Opposition, somit verengte sich das vorhandene einheimische Winset zur Ratifizierung eines Abkommens mit Chile. Obwohl die Wirtschaftsakteure den Druck durch die Medien auf der bolivianischen Regierung intensivierten, verzögerte Bolivien wiederholt den Abschluss der Gespräche. Die Einführung von plebiszitären Verfahren wurde von der Regierung Boliviens angenommen, um über die Fortsetzungen der Erdgasverhandlungen zu entscheiden. Zuletzt übernahm die Regierung das *strategische Framing* der Opposition als eigenen Regierungsdiskurs. Ein zwischenstaatlicher Konsens wurde damit unmöglich, wenngleich zu Verhandlungsbeginn Einigkeit bei den wichtigsten Fragen zum Erdgasgeschäft zwischen beiden Regierungen bestanden hatte.

Abbildung 2.3 Schema des angewandten theoretischen Rahmens



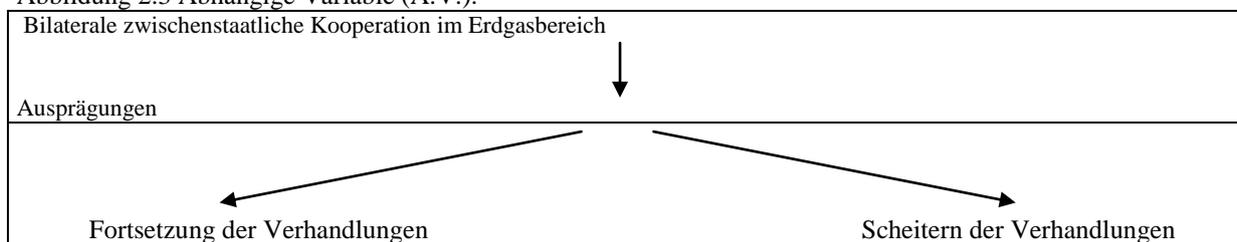
3) Auf der Suche nach Kausalerklärungen

3.1) Zur Festlegung der abhängigen Variable

Das zu erklärende Phänomen, d.h. das Scheitern der Erdgas-Verhandlungen zwischen Bolivien und Chile, ist ein mögliches Ergebnis der bilateralen Verhandlungen im Erdgasbereich. Dementsprechend wird in dieser Dissertation die bilaterale zwischenstaatliche Kooperation im Erdgasbereich als abhängige Variable angenommen. Sie wird binär gebaut und drückt sich in zwei Formen aus: einerseits in der Fortsetzung der Verhandlungen und andererseits im Scheitern der Verhandlungen.

Das Zustandekommen der bilateralen Kooperation wird als kontinuierlicher Verhandlungsprozess betrachtet, bei dem die verhandelnden und zielgerichteten Regierungen ihre eigenen Verhandlungspositionen und -strategien verfolgen. Sie zielen jedoch beide auf ein bilaterales Regime ab (zwischenstaatlicher Konsens), das sich nach Abschluss der zwischenstaatlichen Verhandlungen (*Bargaining*) mit der jeweiligen inländischen Machtkonstellation in jedem der beiden Länder ratifizieren lässt (einheimisches Winset).

Abbildung 2.3 Abhängige Variable (A.V.).



Die Varianz der zweiseitigen Ausprägung der abhängigen Variable lässt sich durch unterschiedliche Indikatoren messen, mit denen festgestellt werden soll, ob die zwei verhandelnden Regierungen zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich miteinander verhandeln wollten oder ob sie beide, oder mindestens eine von ihnen, sich den Verhandlungen verweigerte. Sogar die Verzögerung der Verhandlungen aufgrund der Forderung, bereits diskutierte Themen erneut verhandeln zu wollen, können den Willen einer Regierung indizieren, die Verhandlungsgespräche fortzusetzen, soweit sich die verhandelnden Regierungen innerhalb des tatsächlichen Winset bewegen.

Für die Operationalisierung der Ausprägung „Fortsetzung der Verhandlungen“, sind Indikatoren gefragt, die die Bereitschaft einer Regierung zum Verhandeln zeigen. Diese

Indikatoren beziehen sich auf die tatsächlichen Fortschritte bei den Verhandlungen und die Signale einer Regierung zum Gesprächspartner. Zu den ersten Kategorien der Indikatoren gehören zunächst die Frequenz der bilateralen Gipfeltreffen zwischen den Regierungschefs und die Ankündigung einer gemeinsamen Erklärung über erreichte Vereinbarungen oder alleinige Pressemeldungen von hochrangigen Beamter eines der Staaten, die die Fortsetzung der Verhandlungen bestätigen. Diese Indikatoren sind Ausdruck des Willens der Regierungen, den Verhandlungsprozess fortzusetzen, sie zeigen auch die chronologische Entwicklung der Gespräche auf.

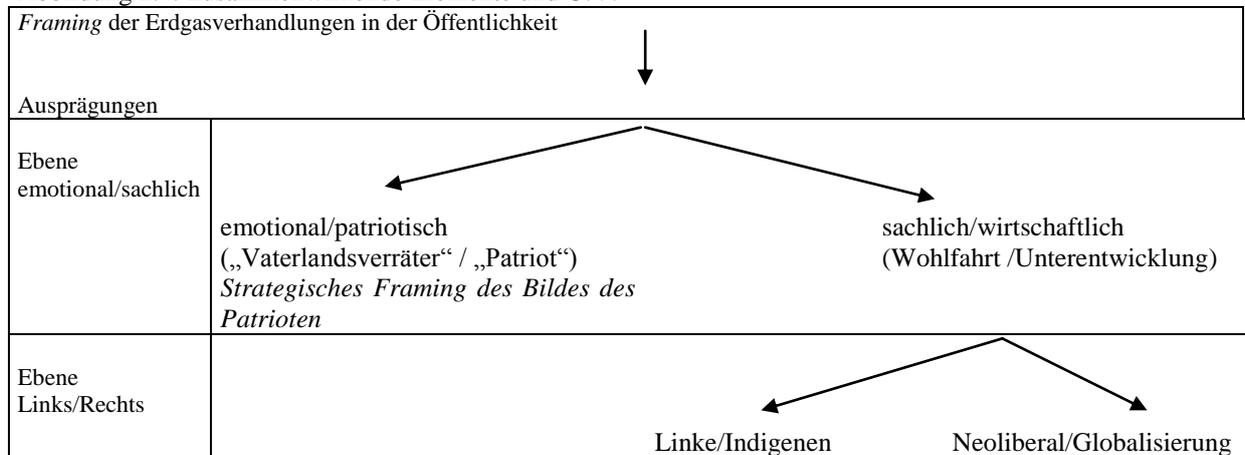
Die Festlegung des Scheiterns der Verhandlungen bereitet etwas mehr Schwierigkeiten, da es schwierig ist, hier einen bestimmten Zeitpunkt festzulegen. Nicht immer gestehen die Regierungen offiziell ein Scheitern der Verhandlungen ein und selbst wenn sie dies unternehmen, kann diese Erklärung längst vergangenes Geschehen bedeuten. Dementsprechend wird zur Bildung der entsprechenden Indikatoren nicht unbedingt eine offizielle Regierungsmitteilung als einziges Indiz festgelegt. Stattdessen wird ein breites Spektrum von Fakten für die Operationalisierung dieser Ausprägung definiert: Es sind diejenigen Fakten, die dem Gesprächspartner signalisierten, dass bestimmte Bedingungen oder Voraussetzungen als „*conditio sine qua non*“ für den Verhandlungspartner gelten, die vom anderen Partner bereits zu einem früheren Zeitpunkt als inakzeptabel gewertet worden waren und dementsprechend offensichtlich außerhalb des zwischenstaatlichen Konsenses lagen, der sich innerstaatlich hätte ratifizieren lassen.

3.2) Das *strategische Framing* der Erdgasverhandlungen in der Öffentlichkeit als entscheidender Erklärfaktor

Diese Dissertation argumentiert, dass das *strategische Framing eines Bildes des Patrioten* (nunmehr auch als „*Frame des Patrioten*“ bezeichnet) durch die Mobilisierung geteilter Identitätsmerkmale als der ausschlaggebende Erklärungsfaktor des Scheiterns der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile zu bezeichnen ist. Durch die *kausale Narrative* und den Einsatz des hier dargestellten theoretischen Rahmens wird geklärt, wie und inwieweit die Regierung und die Regierungsparteien auf die Mobilisierung dieses Identitätskonstruktes reagierten, so dass ihr Einfluss auf die Präferenzbildung der bolivianischen Außenpolitik bewertet werden kann.⁹⁹ Das *Frame des Patrioten* koppelte

emotionale Elemente (Meereszugangsanspruch, „Landesverrat“, usw.) an die Verhandlung eines Energie- bzw. Handelsabkommen mit einem bestimmten Nachbarland.

Abbildung 2.4. Zusammenwirkende Elemente und U.V.



Es gibt natürlich eine Reihe weiterer Faktoren relativer Relevanz (siehe Abbildung 2.4.), die von den Aktivisten mit dem patriotischen Diskurs verknüpft wurden, die sich mit dem Scheitern der Erdgasverhandlungen kausal vernetzen lassen und deren Varianz die Folge der strategischen *Frame des Patrioten* verstärkte oder abschwächte. Sie sind zwar bedeutsam für die Erklärung mehrerer politischer Ereignisse, jedoch nicht entscheidend für die Erläuterung der Variation der bolivianischen außenpolitischen Präferenzen. Ausschlaggebend sind dagegen die Kausalfaktoren, die zur Verkleinerung des einheimischen Winset führten.

Die öffentliche Diskussion um die Erdgasverhandlungen in Bolivien lässt sich in zwei Ebenen der politischen Debatte teilen. Auf der ersten Ebene konkurrierten zwei Diskurse zum *Framing* der Erdgasverhandlungen: ein emotionaler gegen einen sachlichen *Frame*. Es handelte sich hier um eine normative Frage, bei der die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens außen vor bleibt: Inwieweit sind für Bolivien wegen ungelöster bilateralen Streitigkeiten mit Chile überhaupt Verhandlungen mit diesem Nachbarland akzeptabel. Nur zu Beginn des Untersuchungszeitraumes waren auf beiden Ebenen die politischen Akteure, die als Gegner der Erdgasverhandlungen galten, dieselben, dies änderte im Laufe der Zeit.

Auf der emotional/sachlichen Ebene vertraten die Gegner der Erdgasverhandlungen einen patriotischen *Frame*, der das Bild des Patrioten mobilisierte und der jegliche wirtschaftlichen Gewinne als unzureichend betrachtete. Die Unterstützer der Erdgasverhandlungen (vor allem die Regierungsparteien, die Regierung selbst und die Unternehmerverbände) verteidigten stattdessen einen sachlichen oder wirtschaftlichen *Frame*, mit dem sie die

Erdgasverhandlungen für die nationalen Interessen für notwendig erklärten und die unpatriotischen Vorwürfe zurückwiesen. Die Erdgasverhandlungen seien mit künftigen Grenzänderungsverhandlungen mit Chile verträglich, hieß es bei den Unterstützern eines Erdgasabkommens.

Weiterhin lässt sich eine weitere Ebene der innenpolitischen Debatte finden, die das Wirtschaftsmodell und insbesondere die Privatisierung staatlicher Unternehmen durch ausländische Investoren infrage stellte. Da die Erdgasverhandlungen zu Recht der sogenannten neoliberalen Wirtschaftspolitik zugewiesen werden konnten, wirkten restliche kritische strategische *Frames* am herrschenden Wirtschaftsmodell direkt auf solche Regierungsvorhaben: Die Erdgasverhandlungen wurden von ihren Gegnern als schlechtes Geschäft im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Verteilung gemeinsamer Güter dargestellt. Immer wieder diskutierten sie, ob ein Erdgas-Export durch ausländische private Konzerne wirklich wirtschaftlich besser für die Bolivianer sei.

Die Gegner des Wirtschaftsmodells, die an die Verlierer der Globalisierung appellierten, bestanden aus einer Vielfalt von Parteien und Bewegungen unterschiedlicher Ideologien. Zu ihnen gehörten linke Parteien und Indigenenbewegungen. Sie kritisierten, in der Tradition des Zentrums-Peripherie-Modells, die Privatisierung jeglicher nationaler Rohstoffe durch ausländische Konzerne. Ihre Einwände konzentrierten sich auf die Verteilung der aus dem Erdgasgeschäft zu erwartenden Gewinne, auch plädierten sie für eine stärkere Intervention des bolivianischen Staates. Die ausländischen Konzerne und nicht das eigene Land hätten vom Einkommen aus dem bolivianischen Erdgas profitiert, hieß es. Für die Seite der Privatisierung plädierten jene Verhandlungsunterstützer, die die neoliberale Wirtschaftspolitik als die angemessene Strategie für das Land angesichts der Herausforderungen der Globalisierung erachteten. Sie befürworteten die Öffnung des Marktes für einen internationalen Handel, ebenso die Begünstigung ausländischer Investitionen und die Liberalisierung des Kapitalmarktes. Sie betrachteten die Förderung des Erdgases durch ausländische Konzerne wegen mangelnder einheimischer Kapazitäten und fehlendem Kapital autochthoner Unternehmen als unabdingbar.

Ein Überblick über die zusammenwirkenden Faktoren kann so skizziert werden: Während die Mehrheit der politischen Akteure, besonders die politischen Parteien, ihre Position bezüglich der Erdgasverhandlung allmählich an den von den Gegnern der Erdgasverhandlung

mobilisierten patriotischen *Frame* anpassten, was zu einem Ende der politischen Unterstützung für die Gespräche mit Chile führte, zeigten sich die politischen Akteure hingegen für die Kritik am Wirtschaftssystem wenig empfänglich. Nur die Linke und die Indigenenbewegungen blieben strikt bei ihren Einwänden an einer Privatisierung der Rohstoffe durch ausländische Konzerne. Die restlichen Parteien vertraten eine pragmatischere Perspektive: Sie befürworteten zwar Reformen zur Erhöhung der Staatseinnahmen aus der Förderung der fossilen Brennstoffe, sie lehnten aber die Verstaatlichung ausländischer Unternehmen in Bolivien oder andere für ausländische Investoren gegenteilige Maßnahmen ab. Wenngleich die bolivianische Regierung sich bemühte, die Versteuerung der Erdgasförderung zu verteuern, hob sie zu keinem Zeitpunkt die Konzessionen dieser Konzerne zur Förderung fossiler Brennstoffe auf. Das ursprüngliche Erdgasgeschäft blieb weiterhin ein Betätigungsfeld von Privatunternehmen.

Die Auswirkung der zusammenwirkenden Faktoren auf die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile ist einer der Hauptpunkte des nächsten Kapitels. Dazu stellt diese Dissertation zunächst eine Narrative der Erdgasverhandlungen dar, die ermöglichen wird, einzelne Schritte der bilateralen Verhandlungen, die zur abhängigen Variable führten, nachzuvollziehen um sie chronologisch und kausal zu vernetzen. Später soll die Übereinstimmung der hier dargestellten Kausalerwartungen mit den tatsächlichen Ereignissen bewertet und überprüft werden (Checkel 2008, 116).

4) Methodische Vorgehensweise

4.1) Die Kenntnis eines strategischen Framing und der Reputationskosten

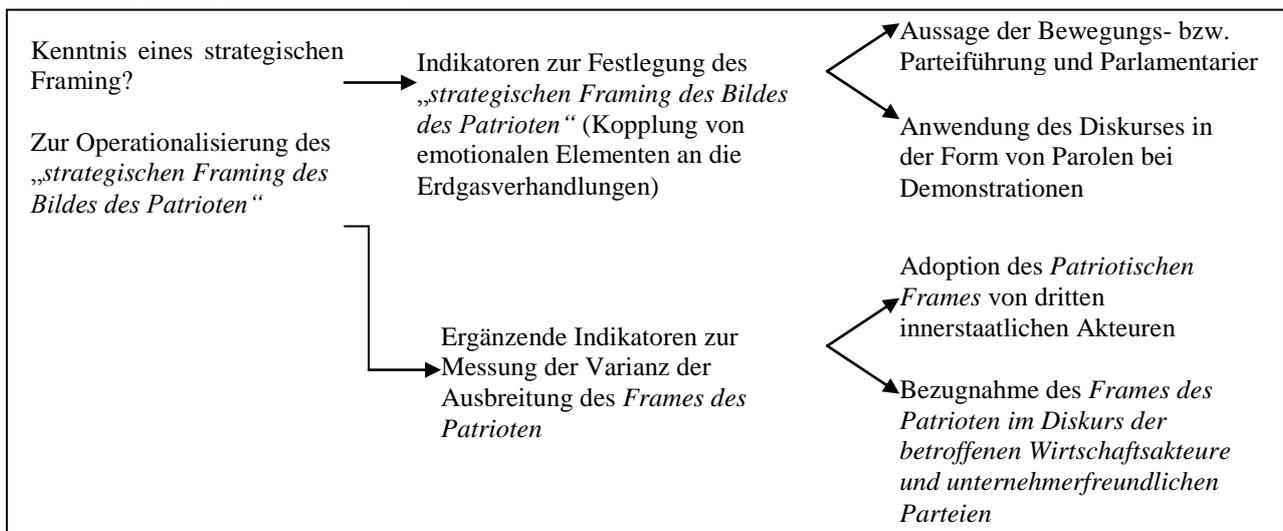
Wie bereits erwähnt sind *Frames* symbolische Repräsentationen und kognitive Andeutungen, die die Wirklichkeit bewerten und somit zugleich alternative Aktionswege für die vorhandenen darstellen (Zald 1996, 265). Im Untersuchungsfall bewertete ein Mobilisierungsagent (der innerstaatliche Akteur MAS-Partei) durch die instrumentelle Anwendung eines *strategischen Framings* ein bestimmtes außenpolitisches Ereignis (Erdgasverhandlung mit Chile ohne die Lösung des traditionellen Meereszugangsanspruchs) als unpatriotisch („*Frame des Patrioten*“) und stellte ein Abkommen mit einem anderen Land (Peru) oder den Verzicht auf das Erdgasgeschäft als einzigen akzeptablen alternativen Aktionsweg dar. Dafür koppelte der Mobilisierungsagent emotionale in der nationalen Identität vorhandene Elemente (Meereszugangsanspruch) an die Erdgasverhandlungen. Der Mobilisierungsagent zielte darauf ab, die Interessen der Bevölkerung direkt anzusprechen, um die vorhandene Machtverteilung zu verändern und seine Machtposition zu stärken.

Zur Operationalisierung der unabhängigen Variable und zur Festlegung ihrer Varianz sind Indikatoren gefragt, die den gesamten diskursiven Prozess des *strategischen Framings* umfassen. Anhand dieser Indikatoren soll das strategische *Framing des Bildes des Patrioten* vom Mobilisierungsagenten ermittelt und die innenpolitische Ausweitung der Akzeptanz dieses *Framings* sowie die innenpolitischen Reaktionen weiterer Akteure auf das *Framing des Patrioten* bewertet werden. Diese Untersuchung bedient sich der Analyse von Aussagen der Parteiführungen, Parlamentarier und anderer repräsentativer Vertreter, um die erwähnten Diskurse zu rekonstruieren. Die Variation des Diskurses jedes Akteurs wird anhand einer chronologischen graphischen Darstellung seines Verlaufs im nächsten Kapitel bewertet.

Die Festlegung der Entfaltung eines *strategischen Framing des Bildes des Patrioten* wird zunächst anhand der Feststellung von Inhalt und diskursiver Kohärenz des Diskurses der linken Bewegungen und politischen Parteien geführt, die die bolivianische Presse in jener Zeit als „*soziale Sektoren*“ bezeichnete und die hier als „Mobilisierungsagent“ verstanden werden. Die Aussagen sollen die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile durch eine ausdrückliche Kopplung an emotionale Elemente, die ein Bestandteil der bolivianischen nationalen Identität sind, umrahmen oder *framen* (bspw. Bezeichnung der

Erdgasverhandlungen mit Chile als „Landesverrat“ oder als „Verzicht des traditionellen Meereszugangsanspruchs des Landes“). Die effektive Anwendung solcher Frames in der Form von Parolen bei Protesten und Demonstrationen wird als ein weiterer Indikator verstanden. Die Beobachtung des Inhaltes und der diskursiven Kohärenz des Diskurses dieser Akteure sowie die Nutzung dieses Frames bei Demonstrationen eignet sich jedoch nur begrenzt zur Festlegung der tatsächlichen Ausbreitung dieses Frames in der Öffentlichkeit. Daher sind ergänzende Indikatoren nötig.

Abbildung 2.5. Operationalisierung der U.V.



Dafür eignen sich Indikatoren zur Messung der Akzeptanz dieses Diskurses durch andere Akteure oder deren aktive Ablehnung als Reaktion darauf. Als Indikator wird in erster Linie die Adoption des „Frame des Patrioten“ im Diskurs von anderen dritten innerstaatlichen Akteuren (politische Parteien und institutionelle Akteure) genutzt, die nicht seelenverwandt mit dem Mobilisierungsagenten waren.

Anschließend wird in dieser Dissertation auch die Bezugnahme zum „Frame des Patrioten“ im Diskurs der betroffenen Wirtschaftsakteure und der unternehmerfreundlichen politischen Parteien aufgezeigt, die sich den politischen Wirkungen dieses Framing anpassen bzw. darauf reagieren sollten und die allmählich auf einen sachlich wirtschaftlichen Diskurs verzichteten. Dies sind ergänzende Indikatoren zur Messung der Varianz der Ausbreitung des „strategischen Framing des Bildes des Patrioten“.

Wie erwähnt sind Reputationsverluste zu erwarten, wenn der Entscheidungsträger sich gegen das *Frame des Patrioten* einsetzt und für die Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen

entscheidet. Eine Erhöhung der Reputationskosten für den Entscheidungsträger lässt sich dennoch nicht direkt beobachten und bewerten, sie wird auch nicht unbedingt von den Akteuren selbst öffentlich anerkannt. Die vorliegende Dissertation übernimmt die subjektive Perspektive der verhandelnden Regierung zur Feststellung des Ansehensverlustes. Es wird hier verstanden, dass solche Reputationskostenerhöhung aufgetreten sind, wenn die Regierung trotz ihrer Überzeugung des wirtschaftlichen Bedarfs und Nutzens des angefochtenen Abkommens wahrnimmt, dass eine eventuelle Durchsetzung der entsprechenden parlamentarischen Ratifizierung nur mit einem großen Sympathiewerteverlust und einer Gefährdung der Wahlchancen bzw. der Machterhalt möglich ist und dass die eigene Parlamentarier und Koalitionäre diese Wahrnehmung teilen und dementsprechend ihre Unterstützung für eine Ratifizierung höchstwahrscheinlich weigern werden.

Zur Festlegung der Entstehung von Reputationskosten wegen eines *strategischen Framing* wird in der vorliegenden Dissertation folgende Faktoren als Indikatoren betrachtet: erstens die Perzeption der interviewten hochrangigen Beamten der bolivianischen Außenministerien über die Verbesserung oder Verschlechterung der von der Außenministerien anvisierten Folgen einer eventuellen Eröffnung des Ratifizierungsprozesses eines Erdgasabkommens mit Chile. Insbesondere bezieht sich dies auf die erwarteten Wirkungen auf die Wahlchancen bzw. Machterhalt der regierenden Koalition und auf das erwartete Verhalten der Parlamentarier der eigenen Parteikoalition falls einer Ratifizierung abgestimmt gewesen wäre. Zweitens die Variation des Diskurses und diskursive Anpassungen der Regierung und der Regierungsparteien über die Schwierigkeit einer Ratifizierung des Abkommens Angesichts der „Landesverrats-Vorwürfe“ Drittens die Widerlegungen der Regierung und der Regierungsparteien der mit Chile tatsächlich erreichten Vereinbarungen während der Verhandlungsrunden. Viertens und nur ergänzend die Beobachtungen der wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Literatur über die Wahrnehmung der bolivianischen Regierung vom Ansehensverlust.

4.2) Konstellation der Akteure

Die vorliegende Dissertation untersuchte eine Reihe von beteiligten innerstaatlichen Akteuren Boliviens während des Untersuchungszeitraums, sie wurden aus methodologischen Gründen in mehrere sich ausgrenzende Konstellationen eingeordnet. Zwei gegensätzliche diskursive Positionen bezüglich der Erdgasverhandlungen zeichneten sich in der öffentlichen Debatte ab:

auf der einen Seite das *wirtschaftliche Frame* der Wirtschaftsakteure (ausländische Investoren und Unternehmerverbände), auf der anderen Seite das *Frame des Patrioten* der linkspolitischen Gesellschaftsakteure (linke Parteien und Soziale Bewegungen). Der Diskurs der restlichen Akteure – die bolivianische Regierung und restliche Parteien – bewegte sich innerhalb dieses Rahmens.¹⁰⁰ Beide Gruppen besaßen unterschiedliche politische Ressourcen. Während die Wirtschaftsakteure ihren Einfluss sowohl indirekt durch die Presse als auch direkt auf die Regierung und auf die Parlamentarier der Parteien der „Paktierten Demokratie“ entfalteten, nutzten die Gesellschaftsakteure eine Doppelstrategie, sie opponierten gegen das Regierungsvorhaben sowohl im Parlament als auch mit Massenprotesten auf den Straßen Boliviens (Cabezas 2007, 201; Jost 2008, 99; Lehoucq 2008, 116).

Die ausländischen Investoren (vor allem der beteiligte Konzern Pacific LNG) und die einheimischen Großunternehmen (organisiert durch Unternehmerverbände), die aufgrund der wirtschaftlich neoliberalen Prägung der sogenannten „Neuen Wirtschaftspolitik“ – insbesondere durch die Privatisierung zahlreicher staatlicher Unternehmen und durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes – die Gewinner waren, sind als die einflussreichsten innerstaatlichen privaten Akteure während der „Paktierten Demokratie“ zu bezeichnen (Hofmeister 1996, 120). Der Unternehmensektor teilte mit den Regierungen der „Paktierten Demokratie“ die Meinung, Bolivien könne durch die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Washington-Konsensus wachsen und sich entwickeln.¹⁰¹ Die Wirtschaftsakteure vertraten eine wirtschaftsliberale Auffassung, die sie diskursiv verteidigten: Die Regierung solle bei den Erdgasverhandlungen sachlich entscheiden und alleinig auf die Wirtschaftlichkeit achten.

Seit der Regierungszeit Banzers hatten ausländische Investoren den bolivianischen außenpolitischen Präferenzbildungsprozess bezüglich der Beziehungen zu Chile entscheidend mitgeprägt. Dies führte letztlich zu den Erdgasverhandlungen, da Bolivien von ausländischen Investitionen zur Verwirklichung des Erdgasexportes abhängig war (Quiroga 2004, 2; Kempf 2002, 18). Die beteiligten Konzerne plädierten für ein entsprechendes bilaterales Regime mit Chile. Sie hatten sich wegen der günstigeren Mehrkosten und der politischen Stabilität für einen chilenischen Hafen frühzeitig entschieden (Torres 2002, 140; Orgáz 2002, 192; Quiroga 2004, 2). Der bolivianischen Regierung war bewusst, dass die Investoren die Wahl eines peruanischen Hafens nur akzeptieren würden, wenn die dabei entstehenden Mehrkosten durch staatliche Subventionen ausgeglichen werden würden. Dies war jedoch aufgrund des einheimischen finanziellen Engpasses nicht möglich (Ramos 2005, 81).¹⁰²

Die einheimischen Unternehmerverbände¹⁰³ besaßen zwar kein unmittelbares Interesse am Erdgasgeschäft, wie das nächste Kapitel zeigt, dennoch unterstützten sie mehrheitlich und deutlich die Erdgasverhandlungen mit Chile.¹⁰⁴ Es ist plausibel, dass sie indirekt vom vorhergesagten Wirtschaftswachstum profitieren wollten, zugleich setzten sich die einheimischen Unternehmerverbände aus eigenem Interesse für die konsequente Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Prämissen der „Neuen Wirtschaftspolitik“ ein, die die Gegner der Erdgasverhandlungen in Frage stellten.

Die großen Parteien der „Paktierten Demokratie“ (ADN-, MNR-, MIR- und NFR-Partei) und die neoliberalen populistischen Kleinparteien (UCS- und CONDEPA-Partei) vertraten eine grundlegende politische und wirtschaftliche Konsensstrategie (Nohlen 2001; Ortiz 2007), die für die Privatinvestoren eine zentrale Rolle in der angestrebten Wirtschaftsentwicklung des Landes spielte. Diese Parteien waren für die Lobbyarbeit der großen Unternehmer besonders empfänglich und fungierten im wahrsten Sinne des Wortes als ihr politischer Interessenvertreter.¹⁰⁵

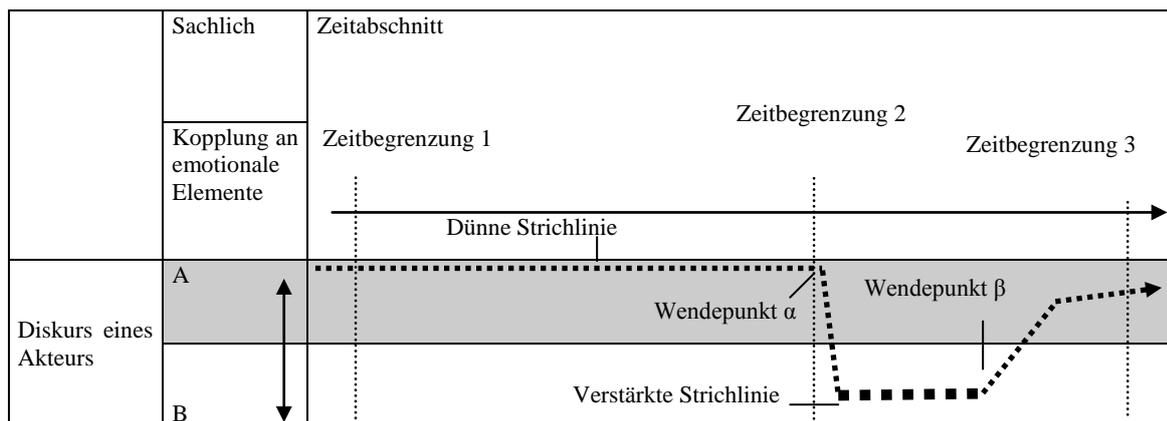
Die linken Parteien (MAS- und MIP-Partei) konkurrierten miteinander, um die Vertreter der Verlierer der „Neuen Wirtschaftspolitik“ zu werden und profilierten sich als wichtigster Gegner der Erdgasverhandlungen mit Chile (Kemlein 2009, 225; Wolff 2010, 211). Zu den Verlierern der „Neuen Wirtschaftspolitik“ zählten insbesondere die sozial schwächsten städtischen Schichten und die Kleinbauern in ländlichen Gebieten. Sie organisierten sich in sozialen Bewegungen¹⁰⁶ und Gewerkschaftsverbänden, die jene vertraten, die mit dem sozialen und strukturellen Wandel der neoliberalen Wirtschaft nicht Schritt halten konnten. An der Spitze dieser Bewegungen positionierte sich die MAS-Partei. Zu den sozialen Bewegungen und Gewerkschaftsverbänden zählten unter vielen anderen: die „Bewegung der Landlosen“,¹⁰⁷ der Gewerkschaftsdachverband COB,¹⁰⁸ die Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB¹⁰⁹ und andere.¹¹⁰ Während die oben genannten Organisationen eine relativ traditionsreiche Geschichte aufweisen können, bildeten die Aktivisten der Bewegungen für ein bestimmtes Ziel ad hoc politische Plattformen. Dazu gehörten u.a. der sogenannte „Generalstab des bolivianischen Volkes“¹¹¹ und der „Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases“¹¹² (Seligson 2003, 12; Whitehead 2001, 13).

Nach einer jahrelangen Wirtschaftsflaute hätte sicherlich ein Investitionsschub, bedingt durch das Erdgasgeschäft, diesen sozialen Schichten höchstwahrscheinlich sogar nützen können. Die Interessen der MAS-Partei, die seit ihrer Gründung die gesamte neoliberale Wirtschaftspolitik in Frage gestellt hatte, waren in den Erdgasverhandlungen mit Chile jedoch anderer Natur. Sie sah darin das Potential, die eigene Machtposition jenseits der *Cocalero-Bewegung* zu stärken und entfaltete dafür ein *strategisches Framing* der Erdgasverhandlungen mittels eines emotionalen *Bildes des Patrioten*, das ein Abkommen mit Chile ohne Meereszugang als „Landesverrat“ bezeichnete.

4.3) Schematischer Verlauf der Erdgasverhandlungen

Bei den schematischen Abbildungen des Verlaufs der Erdgasverhandlungen im nächsten Kapitel handelt es sich nicht um eine quantitative Darstellung, sondern um eine qualitative, die auf einer Bewertung der Variation eines Akteursdiskurses beruht. Diese Bewertung stützt sich auf den Vergleich des Diskurses eines Akteurs mit zwei ideellen Diskursen (sachlich und emotionalen) sowie auf die chronologische Varianz des eigenen Diskurses. Die schematischen Darstellungen (siehe Abbildung 2.6) zeigen in separaten Feldern den Verlauf der Erdgasverhandlungen im Hinblick auf den Diskurs jeder innerhalb des Zeitabschnittes relevanten innerstaatlichen Akteure oder Gruppe von Akteuren auf.

Abbildung 2.6 Muster für eine schematische Darstellung der Variation des Diskurses bezüglich der Erdgasverhandlungen



Das Schema stellt die chronologische Variation des Diskurses der jeweiligen Akteure mit einer Strichlinie zwischen dem sachlichen und dem emotionalen Diskurs graphisch dar. Im kurvenartigen Verlauf der Strichlinien entsprechen die Wendepunkte (α , β , γ , δ , usw.) den Änderungen der Diskurs der Akteure. Für jeden Akteur wird der Verlauf seines Diskurses in zwei imaginäre Felder (Feld „A“ und „B“) geteilt.

Darüber hinaus wird die Kohärenz und das deutliche Abweichen des Diskurses der relevanten innerstaatlichen Akteure oder Gruppe von Akteuren in Bezug auf die Erdgasverhandlungen mit Chile im Vergleich mit dem gesamten innenpolitischen Diskurs dieses Akteurs bewertet und mit einer fülligen oder dünneren Strichlinie graphisch dargestellt.

Der sachliche Diskurs, der in Feld „A“ graphisch dargestellt wird, kann mit dem folgenden Satz zusammengefasst werden: *„Die Entscheidung, ob die Regierung ein Erdgasabkommen mit Chile unterzeichnet, hängt wesentlich von der Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes ab.“* Je sachlicher sich der Diskurs des Akteurs bezüglich der Erdgasverhandlungen mit Chile erweist (Betonung der Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes als einziger angemessener Entscheidungsfaktor), desto höher wird die entsprechende Strichlinie im Feld „A“ am oberen Rand dargestellt.

Wird hingegen der Diskurs des Akteurs bezüglich der Erdgasverhandlungen mit Chile an eine Grenzänderung als *conditio sine qua non* gekoppelt, stellt das Schema graphisch den emotional gekoppelten Diskurs im Feld „B“ dar. Der emotionelle Diskurs kann mit folgendem Satz zusammengefasst werden: *„Die Entscheidung, ob die Regierung ein Erdgasabkommen mit Chile unterzeichnet, setzt zuvor voraus, dass Chile eine Lösung des Meereszugangsanspruchs offeriert.“* Je emotioneller und unsachlicher der Diskurs des Akteurs (Geringschätzung der Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes als Entscheidungsfaktor) wird, desto mehr tendiert die entsprechende Strichlinie zum unteren Rand des Felds „B“.

4.4) Ausgewählte Quellen

Die Auswahl der Quellen ermöglicht eine verlässliche Rekonstruktion des Wandels des Diskurses der oben genannten gesellschaftlichen und politischen Akteure – hauptsächlich aus Bolivien – während des Untersuchungszeitraums, die zur Festlegung eines eventuellen *strategischen Framing des Bildes des Patrioten* dienen soll und die eine akkurate Auslegung des mitwirkenden Kausalzusammenhangs des Wandels von Konsens zu Dissens ermöglichen kann.

Bei der vorliegenden Dissertation handelt sich weder um die Festlegung hegemonischer Diskurse in der bolivianischen Öffentlichkeit bezüglich der Erdgasverhandlungen mit Chile, noch um die Ermittlung der Variation der Darstellung der bolivianischen Medien über die Erdgasverhandlung. Diese Forschung zielt auf die Feststellung der dynamischen Prozesse, durch die sich die deklarierten Präferenzen der Entscheidungsträger wandelten und auf die Ursachen für diesen Wandel ab. Mit anderen Worten: Es handelt sich um das „Wie“ die gesellschaftlichen und politischen Akteure das Bild der Erdgasverhandlungen mit Chile in der Öffentlichkeit darstellten und „Wie“ dies mit der Zeit variierte, und welcher Kausalzusammenhang sich daraus ableiten lässt.

Die vorliegende Dissertation stützt sich bezüglich der Quellen im Wesentlichen auf drei Bereiche: die wissenschaftliche und politische Literatur, Artikel in Tageszeitungs- und Zeitschriften und eine Reihe von Interviews. Anschließend wird die Methode zur Auswahl der erwähnten Quellen bei den jeweiligen Gruppen dargestellt.

a) Literatur und amtliche Publikationen

Als Quelle – insbesondere für die Festlegung der relevanten Akteure während des gesamten Untersuchungszeitraums – nutzt diese Forschungsarbeit zahlreiche in wissenschaftlichen Zeitschriften oder Sammlungen veröffentlichte Beiträge, sowie eine Reihe politikwissenschaftlicher Monographien, die sich entweder mit der Außenpolitik dritter Länder zu Bolivien, mit Bolivien im Allgemeinen oder mit dem bolivianischen Erdgasvorhaben befassten. Auch wurden Länderberichte über Bolivien genutzt, die deutsche politische Stiftungen erstellt hatten.

Zudem finden sich in der hier vorliegenden Arbeit zitierte Essays, Monographien und Memoiren, von bolivianischen sowie von ausländischen Autoren, die nicht unbedingt einen wissenschaftlichen Anspruch haben. Diese Beiträge stellen vorwiegend die Präferenzen der linken bzw. globalisierungskritischen Parteien und sozialen Bewegungen heraus.

Weitere zitierte Quellen sind offizielle Statistiken, Publikationen und Erklärungen beider Regierungen sowie von internationalen Organisationen. Ebenso werden auch Erklärungen und Manifeste der sozialen Bewegungen, Unternehmerverbände und der Bischofskonferenz

Bolivians zitiert. Sie alle dienten hauptsächlich zur zeitlichen und inhaltlichen Festlegung der deklarierten Präferenzen politischer bzw. gesellschaftlicher Akteure.

b) Printmedien

Die Auswahl der bolivianischen Presse stellt ist zunächst als Quelle einer wissenschaftlichen Forschung ein Problem dar. Die bolivianischen regional- und überregionalen Tageszeitungen haben wegen der hohen Analphabetismusquote eine relativ niedrige Auflage (KAS 2006, 76; KAS 2008, 146). Trotzdem gilt die Presse als die einflussreichste aller Kommunikationsmedien auf die bolivianische Gesellschaft und insbesondere auf ihre Eliten. Sie gelten als Agenda-Setzer sowohl des vielfältigen und eher lokalen Rundfunks (Contreras 2005, 31) als auch des zumeist privaten und auf Unterhaltung ausgerichteten Fernsehens (Contreras 2005, 39; KAS 2008, 147; Hetzer 2009). Ich nehme an, dass die Tageszeitungen ausführlicher als andere Medien wörtlich über Aussagen der oben genannten innenpolitischen Akteure dokumentierten. Die Zitate von in Tageszeitung wiedergegebenen Aussagen sind oft die einzige zugängliche Quelle für eine geeignete, präzise, treue und landesweite sowie zeit- und kontextbezogene Nachzeichnung des deklarierten politischen Diskurses der Entscheidungsträger.

Die zahlreichen bolivianischen Tageszeitungen gehören Privatunternehmen, die stark von der Werbeeinnahmen abhängig sind, zugleich sind sie – während des Untersuchungszeitraums – auf zwei große Medienimperium aufgeteilt (Wilke 1996, 43; Contreras 2005, 73; Hetzer 2009),¹¹³ die im Allgemeinen zum Sensationsjournalismus tendieren (Contreras 2005, 88) und die die Problematik über das Erdgasgeschäft eher unter dem Blickwinkel einer Auflagensteigerung betrachten (Rodríguez 2004, 102). Die politischen Parteien besaßen während des Untersuchungszeitraums keine der ausgewählten Medien, dennoch lässt sich ein enges Beziehungsgeflecht zwischen den Medien und den Parteien der „Paktierten Demokratie“ erkennen. Zugleich förderte die Presse die ihnen wohlgesinnten Prämissen der „Neuen Wirtschaftspolitik“: z.B. sympathisierten die Tageszeitungen des spanischen Medienkonzerns *Prisa (Promotora de Informaciones S.A.)* deutlich mit der Regierung von Sánchez de Lozada (Hetzer 2009). Die bedeutendste Mediengruppe Boliviens ist die als Familienunternehmen – Familien Riveros und Canelas – organisierte Gruppe *Lider* (Contreras 2005, 74). Ihr gehören *La Prensa (La Paz)*, *Los Tiempos (Cochabamba)*, *Correo del Sur (Sucre)*, *El Nuevo Día (Santa Cruz)* und *El Deber (Santa Cruz)*. Der zweitgrößte

Medienkonzern im Land ist die spanische Mediengruppe *Prisa*, die die Tageszeitungen *La Razón* (La Paz) und *El Nuevo Día* (Santa Cruz) besitzt (Contreras 2005, 73; Grebe 2008, 145).¹¹⁴

Es stand mir in Deutschland kein zugängliches und zugleich vollständiges Presse-Archiv von bolivianischen Tageszeitungen zur Verfügung, so dass für die Nachzeichnung des Wandels des Diskurses der oben erwähnten Akteure Presseartikel und Presseerklärungen ausgewählte genutzt wurden, die zumeist online zur Verfügung standen. Ich benutzte vorwiegend bolivianische Zeitungsartikel, die mehrheitlich im gut ausgestatteten elektronischen Archiv „*IberoDigital*“ des GIGA (*German Institute of Global and Area Studies*) in Hamburg zu finden waren. Zusätzlich konsultierte ich den selektiven Presse-Rundblick der bolivianischen Zeitschrift „*30 días de noticias*“ des CEDIB (*Centro de documentación e información Bolivia*) aus den Jahren 2002 und 2003, sowie direkt die eher begrenzten Presse-Archive der anderen ausgeführten Medien. Letztlich bediente ich mich auch Zeitungsartikeln zahlreicher privater Online-Archive, deren Authentizität ich zunächst überprüfte. So gelang es mir, einen getreuen und ausführlichen Presse-Überblick des Untersuchungszeitraums zu rekonstruieren.

Für die oben erwähnten Artikelsammlungen habe ich Artikel aus den bolivianischen Nationalzeitungen *La Razón* (La Paz), *La Prensa* (La Paz), *Los Tiempos* (Cochabamba), *El Diario* (La Paz) und *El Deber* (Santa Cruz) genutzt, die sich mit den damaligen laufenden bilateralen Verhandlungen zwischen Bolivien und Chile sowie mit bedeutenden innenpolitischen Ereignissen in Bolivien (Massenproteste, Wahlen, Referendum, Koalitionsänderungen usw.) befassten. Wenngleich die ausgewählten Medien, die Interessen der linken Parteien und Bewegungen vermutlich nicht vollständig wiedergeben, enthalten sie ausreichende Aussagen sowohl von den politischen Anführern als auch von Politikern der Parteien der „Paktierten Demokratie“, so dass trotz des unvermeidbaren Mankos bei der Auswahl der Medien die Festlegung des Diskurswandels durch eine Analyse mittels Printmedien möglich ist.

Bei der Auswertung der erwähnten Zeitschriften- und Zeitungsartikeln zeigte sich, dass nicht alle recherchierten Artikel unmittelbar Aussagen der innerstaatlichen Akteure oder der entsprechenden Regierungen wiedergeben. Manche Artikel beruhten sogar auf einer rein persönlichen Meinung des jeweiligen Textautors. Da die Recherche der Presseartikel in erster Linie auf eine *kausale Narrative* des Präferenzwandels der bolivianischen Regierung durch

die Rekonstruktion des Diskurs-Wandels der oben erwähnten Akteure abzielt, habe ich von den Artikeln nur diejenigen ausgewählt, die unmittelbar wörtliche Zitate der Aussagen dieser Akteure wiedergeben. Die restlichen Artikel wurden nur zum Beleg – zusammen mit anderen Quellen – für eine historische Einbettung genutzt.

Dazu wurden die Zeitungsartikel aus einer Reihe von bolivianischen Regionalzeitungen ausgewählt: *Correo del Sur (Sucre)*, *El Nuevo Día (Santa Cruz)* und *El Mundo (Santa Cruz)*, um Informationslücken bei den zuvor erwähnten Artikeln zu füllen. Aus ähnlichen Gründen benutzte ich zur Darstellung des Diskurses Zeitungsartikel der chilenischen Zeitungen *La Nación*, *El Mercurio*, *La Tercera* (alle gedruckt in *Santiago de Chile*) und *El Mostrador* (Online-Zeitung).¹¹⁵ Sie gaben vor allem den Diskurs der chilenischen Regierung wieder und nur selten – durch die Wiedergabe von Aussagen aus dem Ausland – den bolivianischen Diskurs gesellschaftlicher und politischer Akteure. Gelegentlich wurden die peruanischen Zeitungen *El Comercio* und *La República* (beide aus der Hauptstadt *Lima*) sowie andere spanischsprachige Medien wie *Clarín (Buenos Aires)* und *El País (Madrid)* konsultiert. Für Aussagen und Präferenzen von bolivianischen und chilenischen Wirtschaftsakteuren wurden sogenannte Online-Angebote wie *Economist Intelligence Unit* sowie eine Reihe anderer Fachzeitschriften und Unternehmensveröffentlichungen genutzt.

c) Die Interviews

Auch würde eine Reihe von telefonischen Interviews mit bolivianischen Staatsbürgern (Akademiker und ehemaligen Beamten) wurde durchgeführt. Sie dienten insbesondere zur Beschreibung des Inhaltes und der Grenzen des Begriffes des Diskurses des Meereszugangsanspruches und zur Festlegung der Rolle des Schulsystems bei seiner Sozialisierung. Die Interviewpartner wurden in der Regel anonym zitiert. Auch wurden sie über den Verlauf der Erdgasverhandlungen befragt, sie konnten sich jedoch nur an wenige Details erinnern und vermischten ihre Beobachtungen deutlich mit ihren eigenen politischen Einstellungen, so dass die Antworten bezüglich der Erdgasverhandlungen nicht berücksichtigt wurden.

Zugleich wurden drei ehemalige hochrangige Beamte des bolivianischen Außenministeriums interviewt. Die ersten zwei konnten die politischen Einstellungen der Regierung Banzer und Quiroga während der ersten und vertraulichsten Etappe der Erdgasverhandlungen erhellen.

Der letzte hochrangige Beamte konnte seinerseits eine detaillierte Beschreibung des Verlaufs der Erdgasverhandlungen während der Amtszeiten von Präsident Sánchez de Lozada und Mesa.

Endnoten

-
- ⁷⁸ Unter *kausale Narrative* (*causal narrative*) versteht man eine Erzählung von Ereignissen, die jedoch über einen reinen *idiographischen* oder beschreibenden Charakter hinausgeht, und die traditionell der Geschichtswissenschaft zugeordnet wird. Die *kausale Narrative* setzt ihren Schwerpunkt auf die Erläuterung von Kausalmechanismen, auf denen die sozialwissenschaftliche Erklärung beruht (Suganami 1999; Roberts 2006).
- ⁷⁹ Der zitierte Artikel von Checkel und Zürn, der in einer Spezialausgabe des Journals „International Organisation“ über die Möglichkeiten von theoretischen Verbindungen zwischen Konstruktivismus und Rationalismus erschienen ist, bezieht sich direkt auf einen bestimmten europäischen Kontext. In der Dissertation wird versucht, die metatheoretische Dimension dieses Ansatzes im lateinamerikanischen Kontext fair anzuwenden. Dennoch besteht die Gefahr von Präzisionsverlust aufgrund der Konzept-Dehnung (*concept stretching*) (Sartori 2000, 274). Im Prinzip gilt Ähnliches für andere in dieser Dissertation zitierte Autoren, deren Ansätze ursprünglich aber nicht ausschließlich für den europäischen Kontext konzipiert worden sind.
- ⁸⁰ „*Socialization refers to the process of inducting new actors into norms, rules, and ways of behavior of a given community*“ (Checkel 2008, 116).
- ⁸¹ Da beim Konstruktivismus die Endogenisierung und Feststellung der Identitäten, Präferenzen und Interessen eine Hauptrolle für die Erklärung der Handlungsmuster der Akteure spielen (Risse 1999, 37), werden Studien, die sich mit den kollektiven Identitäten beschäftigen, in der Regel dem Konstruktivismus zugeordnet (Checkel/Zürn 2005).
- ⁸² Risse zufolge sind Wertüberzeugungen als Sozialkonstruktionen nicht „leicht wandelbar“, die kollektive Identität der Akteure lässt sich in der Regel nur allmählich und inkrementalistisch verändern (Risse 1999, 43).
- ⁸³ Laut Anderson ist die Nation eine vorgestellte Gemeinschaft (sogenannte *imaginary community*), in der sich ihre Mitglieder selbst im Falle kleinster Nationen nicht kennen können. Trotzdem bekennen sie sich als Mitglieder ein- und derselben Gemeinschaft und nehmen wahr, dass sie miteinander durch gemeinsame Merkmale verbunden sind (Anderson 2003, 6). Balibar zufolge handelt es sich hier um eine fiktive ethnische Zugehörigkeit, die mit Rasse und Sprache sozial konstruiert wird, oder um ideale Nationen, die für die Verwirklichung einer historischen Mission bestimmt sind. Beide Nationsbilder sind soziale Konstruktionen, die von den Mitgliedern eines Landes durch eine soziale Übertragung als wahrhaftig angenommen werden (Balibar 1990, 118).
- ⁸⁴ Essentialistische und konstruktivistische Theorien erklären die nationale Identität unterschiedlich. Die ersten betonen die Existenz eines zeitlich unverändert geteilten Kerns, der die kollektive Identität wesentlich definiert. Die anderen sehen die konstitutive und regulative Funktion des Diskurses bezüglich der Bildung einer nationalen Identität im Vordergrund, die als nicht gegeben, sondern als ein historisches Produkt betrachtet wird (Larraín 1996).
- ⁸⁵ Tietz bevorzugt eine sprachliche Erste-Person Pluralanalyse zur Erklärung der kollektiven Identitäten (was definiert, „*wer sind wir?*“). Das heißt, er verlässt die Perspektive des externen Beobachters und nimmt die Ansicht eines Mitglieds der Gemeinschaft an (Tietz 2002, 75).

-
- ⁸⁶ Die qualitative Identifikation unterscheidet sich von der rein numerischen Identifikation (Kategorisierung). Bei ersterer handelt es sich um eine geteilte ethische Selbstidentifikation. Im Falle der Kategorisierung teilen sich Individuen bestimmte Merkmale, wie linguistische Ähnlichkeiten miteinander (Kantner 2004, 87).
- ⁸⁷ Diese gemeinsamen normativen Vereinbarungen sind Bestandteile einer kollektiven Identität und werden mit der Zeit mittels Sozialisierungsprozesse vom Kontext abhängig übertragen. Die Mitglieder einer Gesellschaft nehmen sie dann als normal und wahr an (Risse 1999, 41).
- ⁸⁸ Der Unterschied zwischen homogener und heterogener Bevölkerung erklärt den unterschiedlichen Ausgang der jeweiligen Nations- und Institutionsbildungsprozesse in den ersten Unabhängigkeitsjahren der südamerikanischen Länder (Roniger/ Sznajder 1998, 3). Darüber hinaus wurden die Nationsbildungsprozesse der jeweiligen südamerikanischen Länder dennoch mehr als von der tatsächlichen ethnischen Heterogenität als durch die Unterdrückungsdiskurse der dominanten Eliten gehemmt, durch die Unterdrückung der Mestize, Indianer und anderer ethnischer Gruppen (Radcliffe/Westwood 1999). In der Tat bewies sich die Nationsbildung im lateinamerikanischen Kontext als eine schwierige Aufgabe wegen der ethnische Vielfalt, der hierarchischen Gesellschaft und der ungleichen Güterverteilung. Die Identifikation des Individuums mit dem Kollektiv kam in Lateinamerika nur dank einer gezielten gesteuerten Politik zustande, die u.a. die Erfindung von Traditionen und die Konstruktion von Feinbildern benutzte (Hausberger 2004, 119). Die Mehrheit der südamerikanischen Gesellschaften scheiterte trotz der vielen autoritären Versuche der Oberschicht daran, eine eigene nationale kulturelle Identität aufzubauen. Die von den lateinamerikanischen Eliten konstruierten Identitätsdiskurse sind in der Regel sowohl ethnisch, als auch ethisch ausschließend und wenig repräsentativ, weil sie versuchen, die Vielfalt eines Landes künstlich zu uniformieren (Larraín 1996).
- ⁸⁹ Historisch gesehen ist die rhetorische Nutzung von Abgrenzungen zu Nachbarländern zur Bestimmung eines eigenen Rollenbildes keine südamerikanische Besonderheit, sie wurde auch von manchen europäischen Ländern angewandt, die ein schwaches Selbstbild besaßen (Fink 1991, 455).
- ⁹⁰ Der Begriff der Mobilisierung ist als dreidimensional zu betrachten, der eine kognitive Dimension (*Interessenbildung*), eine affektive Dimension (*Vergemeinschaftung*) und eine instrumentale Dimension (*Vergesellschaftung*) beinhaltet (Nedermann 1987, 185). Die *Interessenbildung* der Mobilisierung bezieht sich auf den Interessenbildungs- bzw. Interessenartikulationsprozess, mit denen sich die Adressaten der Mobilisierung identifizieren müssen (Nedermann 1987, 186). Die *Vergemeinschaftung* nimmt Bezug auf die Bildung einer Gemeinschaft zwischen dem Mobilisierungsagenten und den Adressaten der Mobilisierung, die auf der Basis von emotionalen Bindungen oder Zugehörigkeitsgefühlen und Abgrenzungen gegenüber anderen Gruppen aufgebaut wird. Letztlich betrifft die *Vergesellschaftung* die Bildung von instrumentellen Organisationen (anders genannt: mobilisierende Strukturen) zur Durchsetzung ihrer Interessen. Diese Dimensionen der Mobilisierungsprozesse verstärken sich gegenseitig, so dass ein Mobilisierungsagent seine Mängel bei einer der Dimensionen durch die anderen kompensieren könnte (Nedermann 1987, 191). Dazu kann die Mobilisierung in zwei vertikale und einem horizontalen Mobilisierungsmodell eingeteilt werden. Die vertikalen Mobilisierungsmodelle beziehen sich auf die hierarchische Interaktion zwischen einem aktiven Subjekt der Mobilisierung (Mobilisierungsagent) und einem passiven Objekt der Mobilisierung (Adressat der Mobilisierung) und können bezüglich ihrer Ausrichtung („*from the bottom to the top*“, „*from the top to the bottom*“ und wechselseitige Interaktion) differenziert werden. Das horizontale Mobilisierungsmodell betrachtet die Akteure der Mobilisierung als komplexe, nicht einheitliche Akteure, unter denen Mobilisierungsprozesse stattfinden, die teilweise die vertikalen Mobilisierungsprozesse hindern (Nedermann 1987).

-
- ⁹¹ Bei den politischen Chancen sind vier Dimensionen zu beachten: Öffnung des politischen Systems, stabile Unterstützung einer bestimmten Policy, die Anwesenheit verbündeter Eliten und Staatskapazität bzw. die Wahrscheinlichkeit von Repressionen (McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 10).
- ⁹² Eine von der politischen Umwelt bedingte Pfadabhängigkeit kann die späteren politischen Entwicklungen und den Spielraum einer sozialen Bewegung beschränken oder ausbauen (McAdam/ McCarthy/Zald 1996, 12).
- ⁹³ „Frames are the specific metaphors, symbolic representations and cognitives cues used to render or cast behaviour and events in an evaluative mode and to suggest alternative modes of action“ (Zald 1996, 265).
- ⁹⁴ Als traditionell rivalisierendes Land ist hier ein Land gemeint, mit dem es einerseits vergangene historische bewaffnete Konflikte und andererseits nicht gelöste bestehende territoriale Ansprüche gibt. Die durch Sozialisierungsprozesse übertragene Rivalität prägt und grenzt die eigene nationale Identität in einer Weise aus, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung als gegeben betrachtet wird.
- ⁹⁵ Der Begriff „nationalistisch“ wird hier bewusst vermieden. Wie erwähnt, setzen sich die südamerikanischen Länder ethnisch und kulturell heterogen zusammen und ihre Nationsbildungsprozesse sind im Allgemeinen unvollendet geblieben. Deswegen wirken Begriffe wie Nation und Nationalismus bezüglich der Länder des Subkontinents häufig verwirrend, indem sie oft zugleich sowohl dem Land als auch den unterschiedlichen indigenen Ethnien zugewiesen werden. Um diese Verwechslung zu vermeiden, wird hier der Begriff „patriotisch“ gewählt. Unter „patriotisch“ werden in Anlehnung an Anderson Elemente der geteilten Identität eines Landes verstanden (Anderson 2003), die die gesamte „vorgestellte Gemeinschaft“ ansprechen, da sie als Identifikationsmerkmale zur Verbundenheit aller Mitglieder eines Landes unabhängig der ethnischen und sozialen Herkunft historisch konstruiert sind.
- ⁹⁶ Risse wendet den Begriff *symbolic mobilization* im Kontext der Debatte über eine europäische öffentliche Sphäre, eine Privatsphäre und das demokratische Defizit der Europäischen Union an. Es ist zu beachten, dass die Anwendung des Begriffes hier mit einem anderen Hintergrund eine gewisse Ausweitung des Konzeptes verursachen kann. Risse zufolge, agiert der Sprecher im Falle der *symbolic mobilization*, als ob er im Besitz der moralischen Wahrheit wäre und versucht, dass der andere sich dieser Position nähert (Risse 2002, 11).
- ⁹⁷ Die Unvereinbarkeit zwischen den Wahrnehmungen des konkreten Verhaltens der Akteure und des ideellen Verhaltens, das von den kollektiven Werteüberzeugungen einer Gemeinschaft geleitet werden sollte, wird in der Literatur als kognitive Dissonanz bezeichnet.
- ⁹⁸ Eine Regierung verfügt über unterschiedliche alternative Antworten zur Erhebung der Kosten. Aus all diesen Alternativen ergeben sich konkrete Kosten für die Machthaber: u.a. der Verlust des geplanten erwarteten Kooperationsgewinnes, die sinkenden Popularitätswerte, die Entstehung sozialer Unruhen, die Entfremdung der innerstaatlich relevanten Akteure, die Ablösung der regierenden Koalition oder ganz und gar der Machtverlust. Eine Regierung orientiert sich an diesen Kosten, besonders an einem vorhersehbaren Machtverlust und verändert ihre Nutzen-Kosten-Analyse, um im Amt bleiben zu können (*Office Seeking*). Im Allgemeinen entscheiden innenpolitische Akteure eines Landes über ihre Handlungen in einer kurzen Zeitperspektive, als Zeithorizonte dient oft eine Amtsperiode (Hartmann 2001, 62). Die Wahlprozesse sind jedoch eine Art Wiederholungsspiel (*repeated game*) und daher sind den Wählern am Tag der Wahl sowohl die vergangenen als auch die aktuellen Handlungen der innenpolitischen Akteure bewusst (Morrow 1994, 293). Die innenpolitischen Akteure beziehen die gegenwärtigen und vergangenen Informationen in ihr Kosten-Nutzen-Kalkül ein. Demokratische Umbrüche, politische Forderungen des Militärs, Volksaufstände, Revolutionen aller Art, die das Land in der Vergangenheit erlebte, gehören zu den Informationen, die die Akteure in ihrer Kosten-Nutzen-Analyse mit aufnehmen und die ihnen zur Trendprognose des politischen Geschehens dienen.

-
- ⁹⁹ Soziale Phänomene lassen sich nicht durch einen einzigen Faktor monokausal erklären (Alemann/Forndran 1995, 154). Dies gilt selbstverständlich auch für die Gründe des Scheiterns der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile.
- ¹⁰⁰ Ein weiterer Akteur, die katholische Kirche, agierte durch ihre Bischofskonferenz mehrmals als Vermittler in sozialen Konflikten und war ein Garant für den politischen Dialog zwischen der bolivianischen Regierung und den Protestbewegungen (Whitehead 2001, 8).
- ¹⁰¹ Ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 wörtlich: *„Había una vinculación de la forma en que se percibe el desarrollo del país, por una parte estaba la libre iniciativa, y luego la separación que no puede darse en términos de libertades económicas, políticas, libre mercado, consenso de Washington, privatizaciones, etc. Que fue obviamente apoyadas por el sector empresarial, correspondía a una filosofía compartida en ese sentido.“*
- ¹⁰² Der Vizeminister für Kohlenwasserstoff, Mario Requena, über die erwartete Reaktion der Manager von Pacific LNG, zu einer eventuellen Wahl eines peruanischen Hafens wörtlich: *„Los empresarios de Pacific LNG responderán: No es mi problema que ustedes hayan tenido una guerra hace 120 años.“* Requena fügte hinzu, die Investoren würden einem peruanischen Hafen nur zustimmen, wenn die Mehrkosten durch staatliche Subventionen ausgeglichen würden. Das war jedoch nicht möglich, da der bolivianische Staat aus finanziellen Gründen das Erdgasgeschäft nie aus eigener Kraft hätte verwirklichen können (Ramos 2005, 81).
- ¹⁰³ Zu den Verbänden zählen u.a. die nationale Industriekammer Boliviens (*„Cámara Nacional de Industrias“*), die Kohlenwasserstoffkammer Boliviens (*„Cámara de Hidrocarburos de Bolivia“*), und die Amcham Bolivien (Amerikanische Handelskammer Boliviens, *American Chamber of Commerce of Bolivia, Cámara Americana de Comercio*).
- ¹⁰⁴ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009.
- ¹⁰⁵ Weiterhin gab es regional interessierte Akteure (Bürgerkomitees der rohstoffreichen Provinzen des Tieflands, *Tarija* und *Santa Cruz*), die auf höhere regionale Einnahmen spekulierten, die die Wahl eines chilenischen Hafens vergleichen zu einem peruanischen hätten einspielen müssen. Sie standen an der Seite der politischen Parteien der „Paktierten Demokratie“.
- ¹⁰⁶ Diese Bewegungen, die sich teilweise mit den indigenen Bewegungen überlappten, kämpften gegen die Armut und die soziale Ungerechtigkeit des damaligen Boliviens, die insbesondere die verarmten indianischen Ethnien beeinträchtigte. Das Land war trotz jahrelangen wirtschaftlichen Wachstums von einer deutlich ungerechten wirtschaftlichen Verteilung geprägt, die die vorhandenen sozialen Ausgrenzungen der vordemokratischen Zeit lebendig hielten (Ejdesgaard 2006, 78-79).
- ¹⁰⁷ *„Movimiento de los sin tierra“*, Vertretung verarmter Kleinbauern von Cochabamba, Tarija und Santa Cruz.
- ¹⁰⁸ *„Central Obrera Boliviana“*.
- ¹⁰⁹ *„Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia“*.
- ¹¹⁰ Dazu waren während des Untersuchungszeitraums tätig: die FSTMB (Föderation der bolivianischen Bergarbeiter, *„Federación Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia“*), der Handwerkerverband COR (*„regionaler Handwerkerverband der Stadt El Alto“*, *„Central Obrera Regional del Alto“*), die FEJUVE von el Alto (*„Nachbarschaftsbund der Stadt El Alto“*, *„Federación de Juntas de Vecinos de la ciudad del Alto“*) und das Bündnis der Hausfrauenvereine.
- ¹¹¹ *„Estado Mayor del Pueblo Boliviano“* (EMPB 2003).
- ¹¹² *„Coordinadora Nacional de Recuperación y Defensa del Gas“* (CNRDG 2003).
- ¹¹³ Anfang 2009 verkaufte der Medienkonzern Prisa seine Aktienbeteiligung dem relativ unbekanntem in Barcelona ansässigen Investor Akaiishi Investments, S.L. (Prisa 2008, 59). Bolivianische Medien

bezeichneten Akaishi Investments als Strohhalm venezolanischen Kapitals und vermuteten eine Beteiligung der Regierung Chávez. Siehe dazu „*Creen que el MAS controlará red de 3 periódicos y 2 canales*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 21.01.2009 und „*Morales presenta Cambio y ataca a los medios privados*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 23.01.2009.

¹¹⁴ Dazu gibt es andere landesweite Zeitungen, wie die konservative und der ADN-Partei nahe stehende *El Diario (La Paz)* der Familie Carrasco und die rechtspopulistische Zeitung *El Mundo (Santa Cruz)*. Einer der Aktionäre war Ivo Kuljis von der UCS-Partei.

¹¹⁵ Zusätzlich zitiere ich die Politik-Zeitschrift *Qué Pasa* (Santiago de Chile) mit Aussagen von chilenischen Politikern.

IV Empirischer Teil

1) Kurze historische Einführung

1.1) Unabhängigkeit und Salpeterkrieg im lateinamerikanischen Kontext

Sowohl Bolivien als auch Chile verfügen über eine kurze Geschichte als souveräne Nationen, die ihren Ausgangspunkt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und nach dem Unabhängigkeitskrieg gegen die Krone Kastilien hat. Mehr oder weniger entwickelte jeder Kolonialverwaltungsbezirk des hispanischen Südamerikas während der Kolonialzeit eine eigene Kollektividentität (Brading 1995, 95), die nach der Unabhängigkeit den späteren Prozessen der Nationenbildung prägte (Eisenstadt 1998, 255).

Da die rebellischen Kolonien Sprache, Geschichte und Kultur mit der Kolonialmacht teilten, spielten diese Aspekte bislang bei den südamerikanischen Eliten keine Rolle, um sich extern gegen Spanien oder gegen andere neue Länder abzugrenzen (Anderson 1991, 58). Entscheidender waren hingegen die militärischen Konflikte zwischen den Nationen des Subkontinents, wenige Jahre nach der Unabhängigkeit. Diese Auseinandersetzungen waren meist territorialer Natur.¹¹⁶ Die Wahrnehmung, dass ein Teil des Territoriums durch einen Nachbarstaat ausgeraubt wurde (sogenannte *nacionalismo Territorial*), wird oft als Hauptthema der nationalen Geschichte in den Schulbüchern der Region zitiert und durch den Schulunterricht von Generation zu Generation weiter vermittelt (Romero 2004, 21; Escudé 1988, 139).

Der Hauptgrund für die traditionell belasteten Beziehungen zwischen Bolivien und Chile ist die Unzufriedenheit Boliviens über den Grenzverlauf zu Chile, der durch das Friedens- und Freundschaftsabkommen von 1904 und als Folge des Salpeterkrieges¹¹⁷ entstanden war und der Bolivien zu einem Binnenland werden ließ. Die beidseitige Wahrnehmung des Nachbarlandes als eventueller Feind prägte die bilateralen Beziehungen und verlieh ihnen die Merkmale einer „*strategic rivalry*“¹¹⁸ (Thompson 2001, 570). Mehr als hundert Jahre nach dem Salpeterkrieg sind die bilateralen Beziehungen wegen dieses Ereignisses immer noch angespannt (Salman 2006, 173).

1.2) Der historische Hintergrund der belasteten Beziehungen zwischen Bolivien und Chile

Der Diskurs des Meereszugangsanspruches

Obwohl Bolivien nach der Unabhängigkeit mehrere Gebietsverluste an Argentinien, Brasilien, Chile usw. hinnehmen musste, ist der Gebietsverlust an Chile, der in einem Abkommen im Jahr 1904 ausgehandelt worden war, für den aktuellen binnenländischen Charakter des Landes der ausschlaggebende. In der bolivianischen Geschichtsschreibung und ebenso in den politischen Debatten wird oft behauptet, dass der wirtschaftliche Rückstand Boliviens aufgrund dieses Gebietsverlustes verursacht worden wäre, und dass die Forderung eines souveränen Zugangs zum Pazifischen Ozean ein Grundsatz aller bolivianischen Regierungen sei.¹¹⁹ Es ist eine weit verbreitete Überzeugung in Bolivien, dass die Erfüllung des Meereszugangsanspruches eine unverzichtbare Verpflichtung für jede bolivianische Regierung ist (Torres 2004b, 6).¹²⁰

Der erwähnte Grundsatz wird hier als der Diskurs des Meereszugangsanspruches (*mediterraneidad* oder *demanda marítima boliviana*) bezeichnet und als eine Selbstverständlichkeit in der bolivianischen öffentlichen Diskussion betrachtet.¹²¹ Dieser Diskurs wird auf zwei grundlegenden Wahrnehmungen konstruiert: Erstens ist das Fehlen eines Zugangs zum Meer die Ursache der Unterentwicklung und zweitens wird Chile für diesen Zustand beschuldigt (Fernández 2007b, 162; Gov.Bol. 2004a; Torres 2004a, 173). Der Meereszugangsanspruch und die nationalistischen Gefühle zu Chile, die Teil der nationalen Eigendefinition sind, konkurrieren als solche kaum mit anderen sozialen Identitätsmustern der sozial und ethnisch hochheterogenen Gesellschaft Boliviens und gehören zur historischen Narrative der Nation, die als überparteilicher bindender Faktor wirkt (Fuentes/Milet 1997, 12; Quiroga 2004, 3; Milet 2004, 42; Torres 2004a; Alenda 2004, 18; Cabezas 2007, 205; Mihaly 2006, 111; Gumucio 2004; Salman 2006, 173; Fernández 2005, Wittelsbürger/ Möller 2005, 15 und Horst 2005, 88).¹²² Er definiert für die Bolivianer ein Bild eines erwarteten Verhaltensmusters, das als „patriotisch“ verstanden wird, in Angelegenheiten, die Chile betreffen. Zu den extremen Formen des Diskurses des Meereszugangsanspruches gehört die Einschätzung, dass das Grenzabkommen von 1904 rechtswidrig sei, und dass Bolivien die Nichtigkeit des Abkommens und die Rückgabe der verlorenen Territorien von Chile verlangen sollte. Zu einer gemäßigten Interpretation des Diskurses gehört, dass der Verlust

des Ozeanzugangs die bolivianische Wirtschaft in einer untragbaren Art und Weise schädige und was nur durch den Erwerb der sogenannten „Maritimqualität“ („*cualidad marítima*“)¹²³ ausgeglichen werden könne (Amunátegui 1863; Gov.Bol. 2004a; Hormazábal 2005).¹²⁴ Der bolivianische Meereszugangsanspruch mischt sich somit mit einem chilenisch feindlichen Bild.¹²⁵ Traditionell wird Hass geschürt und an den bolivianischen Schulen das Feindbild gegen den „*Kain Amerikas*“ (Chile) kreiert, ob im Unterricht oder bei der Flaggenhissung, die mit national geprägten Symbolen und Ritualen verbunden ist (Schwarzbauer 2004, 15; St. John 2004, 1).¹²⁶

Der bolivianische Meereszugangsanspruch in den bilateralen Beziehungen

Die systematischen Bemühungen mehrerer bolivianischer Regierungen, das Abkommen vor mehreren internationalen und regionalen Organisationen anzufechten und somit Druck auf Chile auszuüben, blieben zumeist relativ ergebnislos.¹²⁷ Dennoch wird sowohl in den bolivianischen Medien und in der politischen Literatur, als auch in den innenpolitischen Debatten die 1979 verabschiedete Resolution 426 der Generalversammlung der Organisation amerikanischer Staaten (OAS/OEA) als der größte Erfolg der bolivianischen Diplomatie über Chile gefeiert (Gumucio 2004, 122; Torres 2004a, 144).¹²⁸

Die diplomatischen Auseinandersetzungen, das Ressentiment der Bevölkerung und das beidseitige Misstrauen der Regierungen prägten die zwischenstaatlichen Beziehungen während des gesamten 20. Jahrhunderts, es gab nur wenige Momente der Annäherung zwischen den Ländern (Fernández 2007b, 165). Wiederkehrende unterschiedliche Vorstellungen, wie die Nutzung der knappen Wasserressourcen der trockenen Regionen im Norden Chile und im Südwesten Boliviens, vertieften darüber hinaus die ablehnende Haltung zwischen den Regierungen. Auch beförderten sie in der politischen Debatte immer wieder eine feindliche Rhetorik zum dem Nachbarland einzunehmen. Im Jahr 1962 brach Bolivien die diplomatischen Beziehungen mit Chile ab, da sich die Länder über die Nutzung des Flusses *Lauca* nicht einigen konnten (Tomasek 1967; Correa et al. 2004, 30; St. John 1994, 20).¹²⁹ Gegenwärtig unterhalten Chile und Bolivien keine diplomatischen Beziehungen, obgleich die Konsulate die Funktionen einer Botschaft ausüben.

Erst in der ersten Hälfte der 90er Jahre, als alle südamerikanischen Länder sich in den ersten Jahren der demokratischen Transition befanden, mündete die Diskussion zwischen den zwei

Ländern in einem Dialog. Ein großer Teil der Bevölkerung Südamerikas setzte große Hoffnungen in die demokratischen Regierungen, dass sie die materielle Lage verbessern würden. Dafür führten diese Länder gleichzeitig tiefe institutionelle und wirtschaftliche Strukturreformen durch (Nohlen 2001, 26; Bertelsmann 2003, 3), die im Einklang mit den Prinzipien des sogenannten Washington-Konsensus standen (Williamson 1990, 2; Farthing/Kohl 2009, 62). Die Öffnung des nationalen Marktes für ausländische Investitionen wurde von der Weltbankgruppe als ausschlaggebender Faktor für ein Wirtschaftswachstum betrachtet (IWF 1998, 32). Die Liberalisierung der Wirtschaft wirkte sich positiv auf das Kooperations- bzw. Handelsregime der Region aus. In dieser Zeit wurde der Mercosur gegründet und der Andenpakt in die Andengemeinschaft umgewandelt. Neben den zwei genannten Integrationsversuchen bildete sich ein dichtes Netz von bilateralen Handelsabkommen im Rahmen der Lateinamerikanischen Integrationsassoziiierung (ALADI) heraus (Wuthenau 1993, 98; Hurrell 1998).¹³⁰

Anfang der 90er Jahre regierte in Bolivien Präsident Jaime Paz Zamora, der die bis zu seiner Amtsübernahme praktizierte Doktrin bezüglich der Beziehungen zu Chile milderte. Die Regierung führte durch die Nutzung des Begriffes „Maritimqualität“ („*cualidad marítima*“) gewisse semantische Änderungen in der einheimischen politischen Debatte ein, die als eine Mäßigung der Erwartungen einer bilateralen Annäherung zwischen den beiden Ländern gewertet werden können. Als „Maritimqualität“ wurde die Vergabe von Enklaven an der Küste oder ein aus dem Hochtal zur Küste führender eines schmalen Korridor verstanden. Beide Varianten entsprachen nicht unbedingt den die den verlorenen Gebieten, sie beinhalteten jedoch keinen Verzicht auf künftige territoriale Ansprüche (Torres 2004a, 153). Obwohl sich keine wirkliche Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile aus der neuen diplomatischen Haltung der bolivianischen Regierung ergab, ermöglichte dieser Schritt, dass beide Länder später in einer entspannter Lage ein Abkommen zur wirtschaftlichen Ergänzung (sogenannte „*Acuerdo de complementación económica*“ Nr. 22) verhandelten und im Jahr 1993 unterzeichneten.

2) Eine Charakterisierung der politischen und sozialen Lage Boliviens in der Ära der „Paktierten Demokratie“

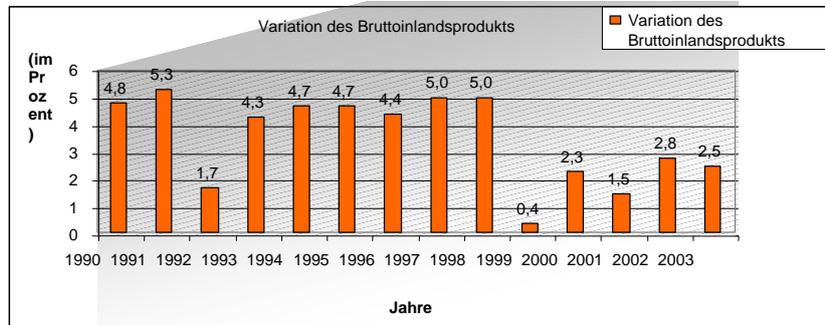
Eine Charakterisierung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und der wichtigsten Akteure des Untersuchungsraums wird hier kurz dargestellt, um die folgende *kausale Narrative* verständlicher zu machen. Darüber hinaus erwies sich die Beschreibung der sogenannten „Paktierten Demokratie“ erhellend für die Erklärung des bereits erwähnten sachlichen wirtschaftlichen *Frames* der globalisierungsfreundlichen Unterstützer der Erdgasverhandlungen mit Chile. Genauso eignet sich die Auslegung der politischen Wirkungen der langjährigen Drogenpolitik auf die Entstehung der Indigenen Bewegungen und der linken politischen Parteien als Erklärung späterer Ereignisse, die in der *kausalen Narrative* dieser Dissertation umfasst werden.

2.1) Politische und wirtschaftliche Lage: Die Bilanz der „Paktierten Demokratie“

Der Begriff „Paktierte Demokratie“ („*democracia pactada*“) umfasst den geschichtlichen Zeitraum zwischen den Jahren 1985 und 2003 (Nohlen/Mayorga 1995; Assies 2004, 37; Alenda 2004, 4; Moscoso 2008, 31). Bolivien durchlebte in dieser Zeit wirtschaftliche und institutionelle Transformationsprozesse und zeichnete sich im lateinamerikanischen Vergleich durch eine größere Reformbereitschaft und -kapazität aus (UNDP 1999; Nohlen 2001, 30; McNeish 2006, 220; Jost 2008, 88; Jost 2010, 189), was mit einer politischen Stabilität einherging (Birle 1997; Schwarzbauer 2005a, 81).¹³¹ Die Mehrheit der politischen Parteien einigte sich auf einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Konsens. Als Konsensbasis diente die im Jahr 1985 entstandene wirtschaftlich neoliberal ausgerichtete „Neue Wirtschaftspolitik“.¹³² Die Fragmentierung des bolivianischen Parteiensystems und der Koalitionsbedarf in der parlamentarischen Stichwahl begünstigten diese Entwicklungen. Die entstandene geringe ideologische Differenzierung zwischen den Parteien war für die Stabilität des Landes ausschlaggebend (Nohlen 2001; Ortiz 2007).¹³³

Die Ära der „Paktierten Demokratie“ brachte Bolivien eine rund zwei Jahrzehnte andauernde politische Stabilität (Ortiz 2007, 159; Lehoucq 2008, 113), die Ausweitung der politischen Partizipation und des politischen Wettbewerbs,¹³⁴ die Entpolitisierung der Streitkräfte (Whitehead 2001, 8; Bertelsmann 2003, 6), die Verbesserung der Rechtstaatlichkeit (Bertelsmann 2003, 15), ein langjähriges Wirtschaftswachstum und die Kontrolle der

Inflation¹³⁵ – alle Ergebnisse waren bislang beispiellos in der Geschichte des Landes. Erhebliche Fortschritte gab es außerdem im Bildungssektor, Bolivien reduzierte in jenem Zeitraum die Analphabetenquote des Landes um die Hälfte (Klein 2003, 252).



Quelle: Banco Central de Bolivia

Die „Paktierte Demokratie“ verbesserte jedoch die Lebensbedingungen der unteren sozialen Schichten und der indianischen Bevölkerung trotz einer Versechsfachung der sozialen staatlichen Aufgaben¹³⁶ nur geringfügig (Schwarzbauer 2005a, 82; Farthing/Kohl 2006, 72). Am Ende der Ära der „Paktierten Demokratie“ stiegen die Arbeitslosigkeit (siehe Tabelle 3.1),¹³⁷ die Armutsquote (siehe Tabelle 3.2)¹³⁸ und die Korruptionswahrnehmung an.¹³⁹

Tabelle 3.1 Arbeitslosenquote in der Stadt

Städtische Arbeitslosenquote					
1997	1999	2000	2001	2002	2003
4,4%	7,21%	7,46%	8,50%	8,69%	9,2%

Quelle: ILO (International Labour Organization, Sub regional Bureau for Andean countries, ILO 2007).

Die unerfüllten Erwartungen der Bevölkerung mündeten in sozialer Unzufriedenheit, die die Demokratie-Unterstützung erodierte (Jouannet 2004, 249; Salman 2006, 167), es kam zu sozialen Unruhen, die die politischen Eliten in Misskredit brachten (Bertelsmann 2003, 15; Nohlen 2001, 35; Williamson 2004, 2; Domingo 2005, 1728).

Tabelle 3.2 Armutsquote

Armut in Bolivien					
Jahre	1999	2000	2001	2002	2003
Total	62,26%	65,47%	64,50%	64,50%	64,77%

Quelle: UDAPE (UDAPE 2005)

2.2) Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Drogenbekämpfung in der bolivianischen Parteilandschaft

Die politischen Parteien Boliviens entwickelten historisch gesehen ein *klientelistisches* Verhältnis¹⁴⁰ zu ihren Anhängern und erwiesen sich als wenig institutionalisiert und stark dem Parteiengründer oder dem Parteichef verbunden (Van Cott 2000, 162; Mansilla 2004, 20; Domingo 2005, 1731; Assies 2004, 27).¹⁴¹ Während der „Paktierten Demokratie“ entstand ein moderat pluralistisch politisches System, das hauptsächlich aus den die drei sich ideologisch ähnelnden Großparteien bestand, die im Wesentlichen ein Konsens über die „Neue Wirtschaftspolitik“ teilten, und einer Reihe kleinerer Parteien, die sich trotz eines kritischeren Diskurses als koalitionsbereit erwiesen (Mayorga 2004, 29). Am Ende der 90er Jahre tauchte eine neue Gruppe von Parteien auf, die für eine radikale Veränderung der Wirtschaftspolitik standen und die eine populistische Rhetorik führten.¹⁴²

Die Parteien der „Neuen Wirtschaftspolitik“ und neoliberalen Populistischen Parteien

Im Mittelpunkt des innenpolitischen Geschehens bildeten während der „Paktierten Demokratie“ die ADN-, die MNR- und die MIR-Partei.¹⁴³ Diese Parteien unterschieden sich in ihrer Ideologie nur wenig voneinander, sie verkörperten die Regelungen des Washington-Konsensus. Während der „Paktierten Demokratie“ regierten ausschließlich Koalitionsregierungen aus zwei der drei größten politischen Parteien und einer oder mehrerer Kleinparteien. Diesen Koalitionen gelang es durch die parlamentarischen Pakte, Mehrheitsregierungen zu bilden (Nohlen 2001, 29; Mayorga 2004, 28; Ortiz 2007, 159).¹⁴⁴ Während der „Paktierten Demokratie“ entstanden mehrere kurzlebige neoliberale populistische Kleinparteien, nur eine war im Untersuchungszeitraum von nationaler Relevanz.¹⁴⁵ Es handelt sich um die rechtsgerichtete neopopulistische NFR-Partei,¹⁴⁶ die im Jahr 1995 entstand. Als Kleinpartei übte die NFR-Partei heftige Kritik an den traditionellen politischen Eliten Boliviens und plädierte für eine stärkere Rolle des Staates bei der Ausrichtung der Nationalökonomie. Im Allgemeinen erwiesen sich die Kleinparteien als koalitionsfähig und wurden somit im politischen und wirtschaftlichen Konsens der „Paktierten Demokratie“ integriert (Domingo 2005, 1737; Ortiz 2007, 159).

Die „Cocalero-Bewegung“ und der linke Diskurs

Die Entstehung der zweitgrößten Links-Parteien ist unmittelbar an die lange Tradition der bolivianischen indigenen Bewegungen,¹⁴⁷ an die Globalisierungskritik (Goedeking 2002, 149; Horst 2005, 71; Goedeking/Suazo 2006, 16; Schroeder 2007, 99; Schwarzbauer 2005a, 88; Jost 2008, 99; Kemlein 2009, 225)¹⁴⁸ und an die sogenannte *Cocalero-Bewegung* („*Movimiento Cocalero*“) gekoppelt (Albro 2005, 437).¹⁴⁹

Im Jahr 1999 gründeten Anhänger der *Cocalero-Bewegung* die MAS-Partei, deren Anführer, Evo Morales Ayma, im Laufe weniger Jahre zu nationaler Anerkennung gelangte.¹⁵⁰ Zur selben Zeit gab es eine zweite linksorientierte ethnischzentrierte Partei, die von Felipe Quispe Huanca geleitete MIP, die nur wenig Wahlresonanz erhielt.¹⁵¹ Beide Parteien, die sich als einen politischen Plattform von Bauernvertretungen verstanden (Salazar 2004, 50; Quiroga 2006, 92), konkurrierten um für die Führung einer stark heterogenen Oppositionsbewegung (Goedeking 2001a, 126; Goedeking 2002, 150; Hylton/Thomson 2007, 106).¹⁵² Sie appellierten an die ethnische Zugehörigkeit eines Teils der Bevölkerung und lehnten das geltende wirtschaftliche und institutionelle Modell ab (Mayorga 2004, 35).¹⁵³

Beide Parteien kritisierten die Privatisierung staatlicher Unternehmen und den Verkauf nationaler Ressourcen an ausländische Investoren. Dies sei als Ausbeutung zu werten, die der einheimischen Bevölkerung kaum nütze.¹⁵⁴ Während die MIP-Partei ihren politischen Diskurs hauptsächlich auf der Basis der Ethnizität konstruierte („*Ethnonationalismus*“), folgte die MAS-Partei einem breiteren Muster („*Ethnopolitismus*“), das mehr die soziale Unzufriedenheit als lediglich die ethnische Diskriminierung thematisierte, und das die Identifikation einer breiteren sozialen Schicht ermöglichte (Romero 2003; Goedeking/Suazo 2006, 10; Quiroga 2006, 92; Madrid 2008, 477, 486).

Die MIP-Partei trat mit einem radikaleren ethnischen Diskurs auf, dessen Kern die Abschaffung der neoliberalen Reformen und die Gründung einer neuen Republik auf der Basis einer ausschließenden indianischen Weltanschauung beinhaltete (Assies 2004, 36; Madrid 2005, 165; Naegeli/Weber 2005, 7; Schwarzbauer 2005a, 89; Horst 2005, 69; Canessa 2006, 250; Jost 2008, 99; Jost 2010, 205). Während die MIP-Partei für radikalere Protestmaßnahmen plädierte, zog die MAS-Partei Demonstrationen, Aufmärsche und Landstraßenblockaden vor (Gutierrez 2003, 3; Arocena 2006, 371).¹⁵⁵ Die MAS-Partei

bevorzugte für die Verwirklichung ihrer politischen Ziele eine Doppelstrategie, sie wollte sowohl im Kongress tätig zu sein als auch mittels Straßenproteste die politische Führung der außenparlamentarischen Opposition übernehmen (Naegeli/Weber 2005, 4; Lebedur 2005, 175; Jost 2008, 99; Lehoucq 2008, 116; Jost 2010, 207).

Der MAS-Partei und Morales war es gelungen, das traditionelle indianische Gepräge der indigenen Bewegungen zu integrieren und ihren Anhängerkreis auszuweiten, indem sie die sozialen Probleme von breiteren Schichten thematisierten, während die MIP-Partei weiter eine reine monoethnische Partei blieb (Romero 2003a, 161; Van Cott 2005, 223; Albro 2005; Madrid 2008, 487; Lehoucq 2008, 177; Wolff 2010, 213).

Im Untersuchungszeitraum tauchte zudem eine Reihe von Interessengruppen auf, die die Erdgasverhandlungen in direkter oder indirekter Weise beeinflussten und die durch verschiedene korporative Interessen geprägt waren. Zu diesen Interessengruppen zählten: zahlreiche soziale Bewegungen und Gewerkschaften, Unternehmerverbände¹⁵⁶, die katholische Kirche als Vermittler sozialer Konflikte (Whitehead 2001, 8) und die sogenannten Bürgerkomitees („*Comités Cívicos*“)¹⁵⁷. Die Streitkräfte und Polizei sind als gelegentliche politische Interessengruppe zu bezeichnen, da sie sich während des Untersuchungszeitraums des Öfteren für die Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen aussprachen und dafür in die politische Debatte einmischten (Tellería 2003, 99; Quintana 2003, 173).¹⁵⁸

Fazit

Die bolivianischen Regierungen im untersuchten Zeitraum gehörten zur sogenannten Ära der „Paktierten Demokratie“. Es handelte sich um Koalitionsregierungen aus zwei der drei größten politischen Parteien des Landes und einer oder mehrerer Kleinparteien, die sich kaum in ihrer Ideologie voneinander unterschieden und ähnliche innen- und außenpolitische Ziele verfolgten. Jahrzehntlang bestand der wesentliche Konsens der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien darin, die sogenannte „Neue Wirtschaftspolitik“ fortzusetzen. Erst Ende der 90er Jahre entstanden neue Parteien in der Tradition der bolivianischen indigenen Bewegungen, die von der „neoliberalen“ Logik der „Paktierten Demokratie“ abwichen und die Globalisierungskritik übernahmen. Besonders erfolgreich war die aus der sogenannten *Cocalero-Bewegung* entstandene MAS-Partei, die gleichzeitig im Kongress und bei Straßenprotesten politisch aktiv war. Die MAS-Partei konstruierte ihren politischen Diskurs

auf der Basis der Ethnizität und der sozialen Unzufriedenheit, dies ermöglichte die Identifikation einer breiteren sozialen Schicht.

Bolivien und Chile unterhalten als Folge der chilenischen Ablehnung der bolivianischen Forderung eines souveränen Zugangs zum Pazifischen Ozean seit mehreren Jahrzehnten keine diplomatischen Beziehungen mehr. Der sogenannte bolivianische Diskurs des Meereszugangsanspruchs wirkt innenpolitisch als Teil der nationalen Eigendefinition und als bindender Faktor der heterogenen bolivianischen Gesellschaft. Erst Anfang der 90er Jahre und nach der Einführung des Begriffes „Maritimqualität“ fand eine bilaterale Annäherung zwischen den Regierungen beider Länder statt, die die Unterzeichnung eines wirtschaftlichen Abkommens ermöglichte.

Der nächste Abschnitt, der aus praktischen Gründen zur besseren Darstellung und Bewertung der Diskurse der relevanten politischen Akteure in sechs Zeitspannen eingeteilt wird, deckt einen sechsjährigen Zeitraum (zwischen den Jahren 2000-2005) ab und beschäftigt sich aus der bolivianischen Perspektive heraus mit den Weiterentwicklungen der bilateralen Beziehungen beider Länder und der sogenannten Erdgasverhandlungen. Die oben genannten politischen Konstellationen spiegelten sich besonders während des Untersuchungszeitraums bei der Bildung der Regierungskoalitionen der ersten zwei Amtszeiten (Banzer/Quiroga und Sánchez de Lozada) wider.

3) Die Verhandlungen um eine Erdgasleitung und um einen Hafen

3.1) Die Enttabuisierung des Dialoges (Februar 2000 - Dezember 2001)

Im Jahr 2000 wies Bolivien ein deutliches Handelsbilanz-Defizit mit Chile auf. Um es zu reduzieren, plädierten bolivianische Politiker verschiedener Parteien während der 90er Jahre für neue Verhandlungen mit Chile, wenngleich die bolivianischen Importe und Exporte ins Nachbarland nicht einmal fünf Prozent betragen.¹⁵⁹ Darüber hinaus erschwerten damals andere Streitpunkte die bilateralen Beziehungen und die von den Regierungen gewollte tiefere Annäherung.¹⁶⁰

Die damalige bolivianische Regierung von Hugo Banzer (Koalition ADN- und MIR-Partei)¹⁶¹ hatte trotz eines Wirtschaftswachstums von über fünf Prozent in den ersten beiden Amtsjahren mit einer weit verbreiteten Unzufriedenheit, die sich durch alle Schichten der Gesellschaft zog, zu kämpfen.¹⁶² Gründe waren die sehr unnachgiebige Wirtschaftsführung neoliberaler Prägung, die erwähnte Anti-Drogen-Politik (sogenannte „*Plan Dignidad*“), Korruptionsvorwürfe und die Auswirkung regionaler Wirtschaftskrisen (Muñoz-Pogossian 2008, 121, Wolff 2010, 213).¹⁶³ Die ländliche Arbeitslosigkeit unter den Kleinbauern, von denen Tausende ausschließlich von der Bewirtschaftung der Kokastrauch-Pflanzen lebten (Ledebur 2005, 147), stieg trotz der von der Regierung Banzer eingeführten dreifachen Erhöhung der staatlichen Sozialausgaben; auch veränderten sich die Lebensbedingungen der städtischen Armutsbevölkerung. Die Amtszeit der Regierung Banzer war von politischer Gewalt und Unruhen geprägt (Laserna 2004, 43; McNeish 2006, 223). Der Nachfolger von Banzer, Jorge Quiroga schränkte die polizeilichen Repression ein, es gelang ihm jedoch nicht, die Zahl der Streiks und Straßenproteste zu verringern (Morrison/Singer 2002, 173).

Der Fund mehrerer Erdgasreserven im Südwesten Boliviens¹⁶⁴ war für Präsident Banzer Anfang des Jahres 2000¹⁶⁵ der Auslöser einer Annäherung zwischen der bolivianischen und der chilenischen Regierung einzuleiten (Soliz 2003, 87; Faundes 2004, 17; Milet 2004, 43). Sie war für das bolivianische Außenministerium sowohl unter der Regierung Banzer als auch unter der Regierung Quiroga allererste Priorität.¹⁶⁶ Durch den Erdgas-Export in die USA kamen private Investitionen in Frage, die der bolivianische Staat niemals aus eigener Kraft heraus hätte verwirklichen können. Hinzu kam, dass Bolivien sich aus der Abhängigkeit seines seit 1999 bestehenden brasilianischen Haupt-Erdgas-Abnehmers lösen wollte (Quiroga

2004, 2; Kempf 2002, 18).¹⁶⁷ Infolgedessen führte die bolivianische Regierung bereits im den ersten Quartal des Jahres 2000 Gespräche mit dem Konzern British Gas über die Verwirklichung eines Erdgasexportprojektes.¹⁶⁸

Bolivien definierte seine außenpolitischen Ziele neu, das führte zu einer Wende in den bilateralen Beziehungen mit Chile.¹⁶⁹ Gleich zu Beginn der bilateralen Gespräche über Erdgasleitung versuchte Banzer, die Erwartungen der Verhandlungen zu dämpfen und das Thema Erdgas so weit wie möglich von der traditionellen territorialen Diskussion abzugrenzen.¹⁷⁰ Kurz vor Ende der Regierungszeit des chilenischen Präsidenten Eduardo Frei Ruiz-Tagle versuchten beide Länder, Lösungen für die zuvor genannten Streitpunkte zu finden. Vor diesem Hintergrund trafen sich die Außenminister beider Länder im Februar 2000,¹⁷¹ um eine Art Dialog zu führen.¹⁷² Die Regierungen verabredeten, über solche Vereinbarungen künftig vertrauliche Gespräche zu führen.¹⁷³

Obwohl Chile die Unantastbarkeit des bilateralen Grenzabkommens immer wieder betonte,¹⁷⁴ wurden die Gespräche von beiden Regierungen als ein positiver Start bewertet, um die historisch angespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu lockern und die Diskussion über eine Reihe von Themen zu enttabuisieren. Die Gespräche wurden als „*Agenda ohne Ausnahmen*“ („*Agenda sin exclusiones*“) bezeichnet (Faundes 2004, 15; Lizón 2006, 232; Bustos 2007, 224).¹⁷⁵ Banzer wollte hierbei die Sachverhandlungen in den Mittelpunkt stellen und die territorialen Ansprüche zunächst auf Eis legen (Pérez Yoma 2004, 26). Sowohl die chilenische, als auch die bolivianische Regierung bezeichneten diesen Verhandlungstand als historische Gelegenheit, um Themen aus einem breiten Politikspektrum zu behandeln.¹⁷⁶ Am 1. September 2000 trafen sich erstmals Präsident Hugo Banzer Suárez und sein Amtskollege Ricardo Lagos Escobar offiziell bei einem Gipfeltreffen der Mercosur-Länder.¹⁷⁷ Anschließend verkündeten die Regierungen bescheidene Vereinbarungen,¹⁷⁸ dennoch bewerten die Medien, dass beide Länder sich erstmals über einen möglichen Energieverbund unterhalten hatten.¹⁷⁹

Als Signal der Bereitschaft verzichtete Bolivien im Juni 2000 auf seine traditionellen Auseinandersetzungen mit Chile bei der Generalversammlung der OAS/OEA. Die Außenminister beider Länder zeigten sich überzeugt, den Dialog im Rahmen der „*Agenda ohne Ausnahmen*“ vertiefen zu können.¹⁸⁰ In den nächsten Monaten wurden die bilateralen Beziehungen jedoch sowohl durch mehrere Zwischenfälle,¹⁸¹ als auch durch die Einmischung

des Präsidenten von venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez Frías überschattet.¹⁸² Dennoch gelang es den Außenministerien beider Länder, eine Reihe von Konferenzen zwischen Ministern¹⁸³ und einen weiteren Regierungsgipfel zu vereinbaren.¹⁸⁴

Im Januar 2001 entschied sich die Regierung Banzer, eine Zollsteuer auf die chilenischen Waren zu erheben, sie reagierte damit auf chilenische protektionistische Maßnahmen.¹⁸⁵ Die Entscheidung sorgte beim ALADI-Treffen beider Regierungen für Diskussionen. Anschließend entspannten beide Regierungen die Lage, indem sie ein Abkommen in knapp einem Monat unterzeichneten¹⁸⁶ und neue Verhandlungen eröffneten.¹⁸⁷

Als ein Zeichen der Annäherung trafen sich die Präsidenten Banzer und Lagos wieder beim Amerika-Gipfel (*Summit of the Americas*) im April 2001 in Quebec. Die Begegnung sollte nach Regierungsmeldungen zur Vertiefung des Dialogs führen. Die bolivianische Regierung erklärte zugleich öffentlich, dass der Meereszugangsanspruch zwar nicht Teil der Gespräche sein sollte, doch sei er eine unverzichtbare Verpflichtung für jede bolivianische Regierung.¹⁸⁸ Obwohl der Inhalt der Gespräche zunächst vertraulich angelegt war, berichtete die Presse Tage später von bilateralen Vereinbarungen zum Aufbau einer Erdgasleitung, um Erdgas aus der bolivianischen Provinz *Tarija*¹⁸⁹ in die USA zu liefern.¹⁹⁰

Bislang waren für die bolivianische Regierung der Erdgasexport und die Erdgasverhandlungen mit Chile ein wichtiger Teil der eigenen Entwicklungsstrategie für das Land. Durch die erwarteten Einnahmen des Erdgasgeschäftes sollten zahlreiche von der Regierung geplante Sozialprogramme verwirklicht werden (ADN 2002, 119; Kempf 2002, 15; Gov.Bol. 2002, 112; Terrazas 2002, 170).

Der von Privatinvestoren geplante verflüssigte Erdgas-Export stand nicht im Widerspruch mit der Strategie der bolivianischen Regierung, damit gleichzeitig das einheimische Erdgas-Angebot zu erhöhen. Da mehr als 78% der nationalen Erdgasreserven (mehr als 40 Trillionen Kubikfüße) trotz des Mehrverbrauchs noch immer für den Export in neue Märkte zur Verfügung standen, genehmigte die Regierung Banzer den Erdgasexport durch die Privatinvestoren (Torres 2002, 121).¹⁹¹

Die Regierung Banzer und die Regierung Quiroga betrachteten die Erdgasreserven ausreichend, um die damaligen Erdgasexporte in die Nachbarländer und einen erhöhten

einheimischen Verbrauch für mehrere Jahrzehnte abzudecken, dies passte zudem mit der Entwicklungsstrategie der „Neuen Wirtschaftspolitik“ an (McGuigan 2007, 31; Mähler 2007, 129; Seoane 2006, 85). Die bolivianische Regierung vermied bei den Erdgasverhandlungen mit Chile jegliche Andeutungen auf den Meereszugangsanspruch. Er sollte jedoch in naher Zukunft verhandelt werden, hieß es (Torres 2002, 138).

Für das Erdgasprojekt war neben einer Sonderverwaltungszone (Torres 2002, 132) auch eine Pipeline (Erdgasleitung) nötig, die das Erdgas aus dem westsüdlichen Gebiet *Tarija* zu den Verflüssigungsanlagen an der chilenischen Küste des Pazifischen Ozeans transportierte. Die Investoren sprachen sich für diesen Transportweg aus, da im Vergleich dazu eine Erdgasleitung durch Peru erhebliche Mehrkosten verursacht hätte (Torres 2002, 140; Orgáz 2002, 192; Draeger et al. 2002a, 30).¹⁹² Aus diesem Grund signalisierten die Investoren der unternehmerfreundlichen Regierungskoalition aus ADN- und MIR-Partei ihre Interesse, damit diese sich für eine Erdgasleitung durch Chile einsetze (siehe Abbildung 3.01). Bereits zu Beginn der Erdgasverhandlungen stellte die Regierung das von ausländischen Konzernen entworfene Erdgas-Projekt als Kernvorhaben dar, das Land aus seiner Wirtschaftskrise führen könne. In der Tat hätte es Bolivien Direktinvestitionen in Höhe von mehr als vier Milliarden US\$ einbringen können (ECLAC 2003, 71; Torres 2004a, 147; López 2008a, 115) und ebenso für eine Dauer von 20 Jahren jährliche Steuereinnahmen von mehr als sieben Milliarden US\$ Steuerannahmen innerhalb zwanzig Jahren (Torres 2002, 134).

Die Ernennung des hochangesehenen Politikers Edmundo Pérez Yoma zum chilenischen Generalkonsul in *La Paz*¹⁹³ – er hatte zuvor als Staatsminister und Botschafter fungiert – wurde von der bolivianischen Regierung aufs Wärmste begrüßt (Bustos 2007, 224). Bolivien wertete die Personalentscheidung als Zeichen Chile, an einem baldigen Abschluss der Erdgasverhandlungen und an einer allgemeinen Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert zu sein.¹⁹⁴

Abbildung 3.01 Mögliche Erdgastrassen durch *Patillos* (Chile) oder *Ilo* (Peru).



Quelle: Erdgasexportprojekt nach Kalifornien und Mexiko der bolivianischen Regierung, (Terrazas 2002, 196).

Im Juni 2001 erklärte die bolivianische Regierung ihre Prioritäten für ihre verbleibende Amtszeit. Dazu gehörte zuallererst der Erdgasexport mit den entsprechenden bilateralen Verhandlungen. Knapp ein Monat später wurde dennoch klar, dass dies nicht unter der Regierung Banzer zu realisieren war. Banzer trat im Juli 2001 aus gesundheitlichen Gründen zurück. Für die restliche Amtszeit übernahm Vizepräsident Jorge Quiroga die Regierungsgeschäfte.¹⁹⁵ Obwohl Banzer und Quiroga ein- und derselben Partei (ADN) angehörten, ergaben sich bei der Machtübergabe Kabinettsveränderungen: Gustavo Fernández wurde zum Außenminister ernannt, der ehemalige Vizeaußenminister Fernando Messmer wurde bolivianischer Generalkonsul in Santiago de Chile. Mit dem Wechsel des Außenministers änderte auch – mindestens rhetorisch – die außenpolitische Strategie Boliviens: der neue Amtsinhaber sprach nicht mehr deutlich von Trennung zwischen territorialen Ansprüche und Erdgasgeschäfte und benutzte des Öfteren den mehrdeutigen Ausdruck „Wiedererlangung der Maritimqualität“.¹⁹⁶ Obwohl die Regierung Quiroga nach wie vor die Wahl eines chilenischen Hafens befürwortete, zielte sie von nun an darauf ab,

durch ein Abkommen mit Chile einer sogenannten „*funktionellen Souveränität*“ („*soberanía funcional*“) zu schaffen.¹⁹⁷ Für das bolivianische Außenministerium bedeutete diese „*funktionelle Souveränität*“ eine wenn nicht souveräne in wahren Sinne des Wortes dann doch stabile Präsenz Boliviens als Land – und nicht vertreten durch Privatinvestoren – an der Küste des Pazifischen Ozeans (Oporto 2009, 55). Dies sollte hauptsächlich durch die Geltung bolivianischen Gesetzes und ein zuständiger bolivianischer Hochbeamter erfolgen. Ein Abkommen mit Chile sollte nach der Vorstellung von Präsident Quiroga künftige Verhandlungen für einen souveränen Meereszugang nicht ausschließen und zugleich die Beziehung zwischen den Nachbarländern verbessern.¹⁹⁸

Beim Treffen am 17. August 2001¹⁹⁹ setzten die Regierungen ihre Verhandlungen fort, dennoch geschah es trotz der vereinbarten vertraulichen Gespräche, dass im September 2001 der wesentliche Inhalt der Erdgasverhandlungen von Insidern an die Presse weitergegeben wurde (Pérez Yoma 2004, 73).²⁰⁰ Laut Medienbericht befanden sich die Verhandlungen in einem fortgeschrittenen Stadium, beide Regierungen verhandelten über eine befristete (99 Jahre) und erneuerbare Vergabe eines 82 Kilometer langen Gebietstreifens für Bolivien, ohne dass Bolivien Hoheitsrecht auf den Gebietsstreifen oder zum Meer erhalten sollte. Es handelte sich um einen Landstrich, der vom bolivianischen Hochtal zur chilenischen Meeresküste führen sollte. Zugleich forderte Bolivien an der Küste ein Gebiet für eine Enklave.²⁰¹ In Medienbericht hieß es weiterhin, dass es bereit einen Konsens zwischen beiden Regierungen über die relevantesten Fragen bereits gegeben habe. Die Veröffentlichung der Verhandlungsgespräche führte zu den unterschiedlichsten Reaktionen unter den Entscheidungsträgern und den nationalen Akteuren beider Länder.

Die chilenische Regierung erklärte in den Medien damals, dass sie noch keine Entscheidung getroffen habe, ob das Land eine Leihgabe sei oder vermietet werde, doch dementierte sie nicht, dass Chile solch ein Angebot bereits der bolivianischen Regierung vorgelegt habe. Sie wies zudem darauf hin, lediglich an einer breiten wirtschaftlichen Kooperation zwischen den Ländern und nicht an Grenzdiskussionen interessiert zu sein.²⁰²

Die bolivianische Regierung bestätigte zwar den allgemeinen Inhalt der Gespräche, relativierte dennoch die Pressemeldungen: Chile habe kein konkretes Angebot vorgelegt und Bolivien sei nicht an einem Mietvertrag interessiert, hieß es.²⁰³ Der Vizeaußenminister Boliviens ergänzte, dass die Regierung Befragungen unter den anderen politischen Kräften

und Institutionen plane, um weitgefaste nationale Interessen im Entscheidungsprozess über ein Erdgasabkommen einzubeziehen.²⁰⁴ Auch äußerte der bolivianische Außenminister bei einem Treffen der Amerikanischen Handelskammer Boliviens, dass das Land auf die Wiedererlangung der mehrdeutigen „Maritimqualität“ abzielte (Pérez Yoma 2004, 75). Ende Oktober 2001 unterzeichnete Präsident Quiroga ein Dekret zur Vereinfachung der Prospektionspflicht eines zur privaten Bewirtschaftung freigegebenen Erdgasfeldes („*Decreto Supremo 26366*“). Wenige Tage zuvor hatte er sich in Spanien mit Managern des Erdgaskonzerns Pacific LNG²⁰⁵ getroffen (Terrazas 2002, 114).

All dies geschah vor dem Hintergrund des Sympathieverlustes der Regierung Quiroga und monatelanger Demonstrationen und Blockaden des Personen- und Güterverkehrs zwischen den bolivianischen Großstädten (Ames et al. 2004, 5; Pérez Yoma 2004, 77). Monatlich fanden durchschnittlich bis zu 28 Protestaktionen statt (Lehoucq 2008, 116), die nur mittels Repression niedergeschlagen wurden. Bei den heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Staatsgewalt und bewaffneten Demonstranten waren auch Tote zu beklagen. Die Proteste waren von verschiedenen zumeist außerparlamentarischen Bewegungen organisiert worden,²⁰⁶ die teilweise unterschiedliche Interessen und Ziele verfolgten, u.a. die „Bewegung der Landlosen“,²⁰⁷ die *Cocalero-Bewegung*, die Vertretung der Bergleute, der Gewerkschaftsdachverband COB,²⁰⁸ die stark von der Aymara-Ethnie geprägte Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB und die MIP- sowie die MAS-Partei (Seligson 2003, 12; Whitehead 2001, 13). Der Regierungskoalition aus der ADN- und MIR-Partei mangelte es deutlich an ausreichendem Spielraum, um klare Aussagen in der Öffentlichkeit über die Erdgasverhandlungen mit Chile zu treffen, dennoch setzten die Vertreter der Regierung Quiroga die Verhandlungsrunden mit ihren chilenischen Amtskollegen fort (Pérez Yoma 2004, 81).

Im November 2001 erklärte der Regierungssprecher Boliviens, Mauro Bertero Gutiérrez (ADN-Partei), dass seine Regierung gleichzeitig mit Chile und Peru über den Bau einer Erdgastrasse verhandle. Bolivien werde sich zwischen den von beiden Ländern unterbreiteten Angeboten zu einem späteren Zeitpunkt für die bessere Option entscheiden, hieß es.²⁰⁹ Der Außenminister Boliviens, Gustavo Fernández, erklärte Tage später,²¹⁰ dass die Auswahl des Hafens und des Landes zum Bau der Erdgasleitung eine politische Aufgabe der bolivianischen Regierung sei und nicht lediglich eine Entscheidung von Wirtschaftsinvestoren.²¹¹ Dem Vorstoß, dass die Regierung die Entscheidung in dieser Frage

für sich beanspruchte, widersetzte sich ausgerechnet der Minister für Entwicklung und Planung, Ronald MacLean (ADN-Partei). MacLean sprach sich dafür aus, die Regierung solle die Verhandlungen der beiden Themen, Erdgastrasse und Meereszugangsanspruch, nicht vermengen und lediglich auf die Wirtschaftlichkeit des Erdgasexport-Projektes achten. MacLean befürwortete ein Abkommen mit Chile, das Bolivien die Maritimqualität ermögliche, wenngleich dadurch kein souveräner Meereszugang für Bolivien entstehen würde (Pérez Yoma 2004, 76).²¹²

Der Präsident Boliviens, Jorge Quiroga, forderte auf der 56. UNO-Generalversammlung, dass die Erdgastrasse mit Chile gemeinsam mit der „Wiedererlangung der Maritimqualität“ zu verhandeln sei.²¹³ Zeitgleich versuchte die Regierung Quiroga den scheinbar kulturellen Widerspruch, der ein Erdgasabkommen mit Chile bedeutete, zu relativieren, ohne die laufenden Verhandlungen mit der Diskussion eines Meereszugangs zu belasten. Die Zweideutigkeit des von hohen Beamten der bolivianischen Regierung verwendeten Begriffes „Maritimqualität“ generierte jedoch gewisse Irritationen bei den chilenischen Autoritäten, die nicht ausschließen konnten, dass die Regierung Quiroga damit nicht einen souveränen Meereszugang verlangte (Pérez Yoma 2004, 75). Die chilenische Regierung Lagos widersprach zwei Tage später in der Presse ausdrücklich jeglicher Koppelung der Erdgasverhandlungen an den Meereszugangsanspruch.²¹⁴

Die Eröffnung der Verhandlungen mit Peru bewertete für die chilenische Regierung weniger als realistische Option, sondern vielmehr als Versuch den innenpolitischen Spielraum und das „*bargaining power*“ der Regierung Quiroga auszudehnen (Pérez Yoma 2004, 112; Mesa 2007, 597; Mesa 2008, 247).²¹⁵ Jenseits der populistischen Rhetorik oder eines strategischen Handels gab es keinen Handlungsraum für eine eventuelle Zusammenarbeit zwischen Bolivien und Peru.²¹⁶ Eine Erdgasleitung auf peruanischem Territorium konnte die ausländischen Investoren angesichts der höheren Kosten wegen der Länderrisikoprämie, der geographischen Hindernisse und der längeren Trasse kaum begeistern (Ortiz/Núñez 2002; ECLAC 2003, 71; Pérez Yoma 2004, 56). Selbst das von den bolivianischen Ministerien entworfene Erdgasexportprojekt nach Kalifornien und Mexiko schloss eine peruanische Option aus. Es bestand hier Konkurrenz mit dem bereits vorhandenen peruanischen Erdgasprojekt *Camisea* (Terrazas 2002, 200). Die bolivianische Regierung betonte, ein Abkommen mit Chile sei zwingend erforderlich für die Entwicklungsstrategie der Regierung.

Es sei eine Frage der Wirtschaftlichkeit, sich für den chilenischen Trassenverlauf und des entsprechenden Hafens zu entscheiden (Kempf 2002, 15; Terrazas 2002, 170).

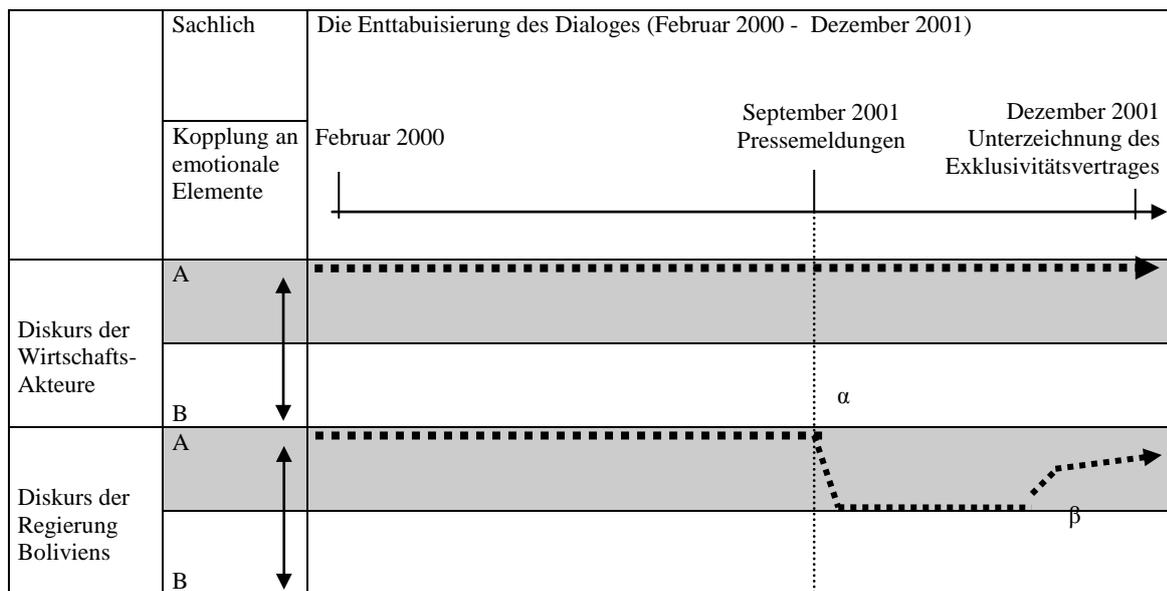
Ende November 2001 traf sich der bolivianische Präsident erneut mit seinem chilenischen Amtskollegen, dennoch endete der Regierungsgipfel ohne offiziell erklärte Fortschritte.²¹⁷ Beim Gespräch bezeichnete Präsident Quiroga wiederholt den Meereszugangsanspruch als unverzichtbares Ziel aller Bolivianer, akzeptierte aber zugleich die Möglichkeit, die Verhandlungen darüber erst nach den Vereinbarungen zur Erdgastrasse zu führen.²¹⁸

Anfang Dezember 2001 unterzeichneten die US- Firma Sempra Energy und der transnationale Konzern, Pacific LNG, in Anwesenheit des bolivianischen Präsidenten Jorge Quiroga, einen Exklusivitätsvertrag (sogenanntes „Memorando“). Darin verpflichtete sich Sempra Energy, bis Juni 2002 auf eine Zusage von Pacific LNG zu warten, damit der Konzern die materiellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen mit der bolivianischen Regierung aushandeln konnte (Oporto 2009, 54). Der Erdgasexport selbst sollte spätestens Ende 2005 oder Anfang 2006 beginnen (EIA 2003, 71).²¹⁹ Bei der Auswahl des Export-Hafens wies Quiroga darauf hin, dass diese Entscheidung nicht nur Sache der Regierung sondern auch von Investoren sei.²²⁰

Analyse des Zeitabschnitts (Februar 2000 - Dezember 2001)

Der erste Zeitabschnitt der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile beginnt mit dem Gipfeltreffen von Algarve im Februar 2000²²¹ und endet im Dezember 2001 mit dem Beginn der Wahlkampagne für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002. In diesem Zeitraum regierte in Bolivien eine unternehmerfreundliche Koalition aus ADN- und MIR-Partei. Banzer und sein Nachfolger Quiroga, beide gehörten zur ADN-Partei, plädierten für das Erdgasgeschäft und setzten ihren Akzent auf sachliche oder wirtschaftliche Belange, die sich im Rahmen eine zwischen den Ländern vereinbarten „*Agenda ohne Ausnahmen*“ bewegen sollte. Dies sei für den Wohlstand des Landes notwendig, auch müssten die Erdgasverhandlungen von territorialen Ansprüchen getrennt werden, hieß es damals. Die bolivianische Regierung umrahmte die Erdgasverhandlungen mit Chile in der Öffentlichkeit als einen Weg zur Schaffung einer „*funktionellen Souveränität*“, der Bolivien ermöglichen sollte, über eine stabile – wenngleich nicht souveräne in wahren Sinne des Wortes – staatliche Präsenz Boliviens an der Küste des Pazifischen Ozeans zu verfügen.

Abbildung 3.02 Schematische Darstellung der Variation des Diskurses bezüglich der Erdgasverhandlungen²²²



Die Diskurse der bolivianischen Regierung (Quiroga und Banzer) und der Wirtschaftsakteure stimmen bis September 2001 überein und können am oberen Rand des Feldes „A“ dargestellt werden. Die Wirtschaftsakteure hatten zu Beginn des Zeitabschnitts ihre Präferenzen eindeutig artikuliert, sie waren auch der Regierung bekannt: Sie verlangten von der Politik ein entsprechendes bilaterales Regime für den Erdgasexport, das den Bau einer Erdgasleitung, einer Verflüssigungsanlage und eines Hafens ermöglichte. Die Wirtschaftsakteure zogen wegen wirtschaftlicher Belange in allen Fällen ein Abkommen mit Chile dem eines mit Peru vor. Den einflussreichen Wirtschaftsakteuren gelang es, dass die bolivianischen Ministerien ein Erdgasexportprojekt nach Kalifornien und Mexiko genehmigten, dass die Wahl eines chilenischen Hafens befürwortet und das von alternativen Trassenverläufen wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit abgesehen wurde. Dennoch verhielt sich die Regierung Quiroga weiterhin unentschieden (Quiroga 2004, 2).

Während des Zeitabschnittes kamen die Vertreter beider Länder in regelmäßigen Abständen zu Verhandlungen zusammen. Die Öffentlichkeit erfuhr dennoch zwischen Februar 2000 und September 2001 wenig von den Gesprächen, bekannt war in Bolivien nur, was die Regierung in dieser Sache äußerte.²²³ Erst später berichtete die Presse über den Inhalt der laufenden bilateralen Verhandlungen. Die Informationen stammten angeblich von Insidern der Erdgasverhandlungen. Bei der Analyse der Aussagen von Präsident Quiroga vor der UNO-Generalversammlung und von bolivianischen Regierungssprechern, die in den Medien nach den zuvor erwähnten Pressemeldungen veröffentlicht wurden, sowie der Aussage von einem

Interviewten zeigt sich, dass die Maritimqualität stärker als je zuvor beim Regierungsdiskurse einbezogen wurde. Voraussetzung dafür war aber nicht unbedingt eine Grenzänderung, sondern die sogenannte „funktionelle Souveränität“. Die Regierung Quiroga sprach sich weiter für die Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit des Erdgasprojektes aus, sie distanzierte sich jedoch vom Diskurs der Investoren, die eine rein sachliche Verhandlung bevorzugten (Wendepunkt α).

Erst mit der Unterzeichnung des mit viel Lärm und Pomp unterzeichneten Exklusivitätsvertrages mit Sempra stimmte der Diskurs der Regierung Quiroga wieder mit dem Diskurs der Wirtschaftsakteure überein: Es handelte sich um eine gemeinsame Entscheidung von Regierung und Investoren. Die bolivianische Regierung verpflichtete sich, schnellstens geeigneter Rahmenbedingungen für das Inkrafttreten des Erdgeschäftes zu schaffen (Wendepunkt β).

Daher diesen Gründen wird die Variation des Regierungsdiskurses (Einbeziehung von nicht wirtschaftlichen Entscheidungsfaktoren für die Wahl eines Hafens) zwischen September 2001 und Dezember 2001 durch eine abgesenkte Strichlinie markiert, die aber im oberen Feld „A“ bleibt und, die sich kurz vor Ende des Untersuchungsraums wieder dem Verlauf des Diskurses der Investoren anpasst. Die dünnere Strichlinie ab September 2001 stellt graphisch die Widersprüchlichkeit des Diskurses der Regierung dar.

Die Drittstaaten

Während die Berücksichtigung der Interessen der relevantesten Wirtschaftsakteure das Verhalten der bolivianischen Regierung nur ungenügend erklärt, sagt auch der Blick auf die Handlungen von Drittstaaten nicht wesentlich mehr über die Vorgehensweise Boliviens aus. Zunächst mag das peruanische Angebot einen relevanten Einfluss auf den späteren Verlauf der Erdgasverhandlungen mit Chile gehabt haben, jedoch besaß Peru – wie im ersten Kapitel erwähnt – zu jener Zeit wenige Ressourcen, um eindeutig Druck auf Bolivien auszuüben. Peru befand sich in einer schwachen Verhandlungsposition: Weitere Fortschritte bei den Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile und das entsprechende Zustandekommen eines Erdgasabkommens zwischen diesen Ländern konnten den damaligen peruanischen Interessen und eigenen Erdgas-Bestrebungen nur schaden.

Eine weitere Erklärung ist erforderlich, um die Einbindung eines unrealistischen peruanischen Angebots im bolivianischen politischen Entscheidungsprozess zu erläutern. Es machte ohnehin keinen Sinn, einen Wettbewerb zwischen Chile und Peru zu veranstalten, da die Angebote beider Konkurrenten bekannt waren und die peruanische Offerte wegen ihrer Mehrkosten von den Investoren und den Fachministerien bereits ausgeschlossen worden war. Mit anderen Worten: Ein neues aber kostenaufwendigeres Angebot konnte das Kosten-Nutzen-Kalkül der bolivianischen oder der chilenischen Regierungen kaum beeinflussen. Jenseits der reinen Rhetorik hätte die bolivianische Regierung das peruanische Angebot frühzeitig wegen seiner Unwirtschaftlichkeit und der Konkurrenz peruanischer Projekte im Erdgasbereich ausschließen müssen. Wie die nächsten Seiten beweisen, führte die Regierung Quiroga die Verhandlungen mit Peru lediglich aus strategischen Gründen, um eine bessere Verhandlungsposition zur chilenischen Regierung zu erhalten.

Die US-Regierung verhielt sich während des Untersuchungszeitraumes in der Frage der bolivianischen Wahl zwischen Chile und Peru eher zurückhaltend, wenngleich der US-Botschafter mehrmals die Protestbewegungen der „Cocaleros“ und der linken Parteien kritisierte. Auch erwies sich die Einmischung der Regierung Venezuelas als wirkungslos, um die Regierung Banzer von einer Strategie der bilateralen Annäherung zu Chile abzubringen.

Das Verhalten der Regierung Quiroga

Die Regierung Quiroga, reagierte wegen der labilen innenpolitischen Situation unentschlossen und defensiv auf die Pressemeldungen, die den Inhalt der Erdgasverhandlungen entpuppten. Die politischen Parteien befassten sich zu jenem Zeitpunkt kaum mit dem konkreten Thema des Erdgasgeschäftes. Präsident Quiroga schien unentschlossen, er reagierte eher auf „Gespenster der Geschichte“ und auf die Kritik der Medien. Die bolivianische Regierung befürchtete vor dem Hintergrund des Sympathieverlustes, dass sich die politische Lage weiter zuspitze (Pérez Yoma 2004, 77).

So ist verständlich, dass die Regierung Quiroga konkrete Fortschritte in den Verhandlungen (Existenz eines chilenischen Angebots und eines grundlegenden Konsenses zwischen den Verhandlungsdelegationen)²²⁴ stets dementierte oder sich offen zeigte, ihre Entscheidungen bezüglich der Erdgasverhandlungen mit der parlamentarischen Opposition auszuhandeln. Trotzdem wurden die Verhandlungsrunden und Gipfeltreffen mit Chile zu keinem Zeitpunkt

unterbrochen. Es scheint plausibel, dass die bolivianische Regierung damit Zeit gewinnen wollte, um unter besseren innenpolitischen Rahmenbedingungen eine Entscheidung zu treffen. Teilweise gelang es der bolivianischen Regierung mit dieser Strategie die innenpolitischen Akteure vorübergehend von der Diskussion der Erdgasleitung fern zu halten. Soweit kein konkretes chilenisches Angebot existierte, war auch kein Abkommen in Sicht und damit waren die Kritikmöglichkeiten der Opposition begrenzt.

Während dieses Zeitraumes war der Standpunkt der Regierung Quiroga bezüglich des traditionellen Meereszugangsanspruchs wenig fassbar als beim Vorgänger Banzer, der beide Themen konsequent getrennt voneinander verhandeln wollte. Die Regierung Quiroga benutzte die Ausdrücke „*Rückgewinnung der Maritimqualität*“ und „*funktionelle Souveränität*“ bezüglich der Verhandlungen mit Chile und drückte sich damit zweideutig aus. Wie erwähnt, behaupteten hohe Regierungsbeamte und selbst Präsident Quiroga selbst mehrmals, dass der Erdgasexport Bolivien die Rückgewinnung der Maritimqualität („*cualidad marítima*“) ermöglichen und eine wichtige Rolle am Pazifischen Ozean („*gravitación en el océano*“) bringen würde. Jedoch vermieden sie es, die Äußerungen zu konkretisieren (Pérez Yoma 2004, 76).

Darüber hinaus warf die Regierung Quiroga mit ihrem Verhalten immer wieder die Frage auf, wer die Entscheidung über das Erdgastransitland treffen sollte und welche Kriterien dafür relevant waren: Handelte es sich um eine reine Regierungsentscheidung oder sollten auch die Investoren bei der Auswahl des Transitlandes mitreden dürfen? Sollten wirtschaftliche oder politische bzw. historische Belange bei dieser Entscheidung eine Rolle spielen?

3.2) Das Ende der Regierung Quiroga und die Präsidentschaftswahl 2002 (Dezember 2001 – August 2002)

Die Agenda der bolivianischen Politik war bereits in den ersten Monaten des Jahres 2002 von der Wahlkampagne für die Präsidentschaft geprägt, die keinen einen absoluten Favoriten aufweisen konnte und die am 30. Juni 2002 stattfinden sollte. Weitere Einflüsse auf die bolivianische Innenpolitik waren: die wirtschaftliche und institutionelle Krise Argentiniens,²²⁵ die Unstimmigkeiten über die Nutzung des Silala-Flusses zwischen Bolivien und Chile,²²⁶ und die Eskalation von Protesten unterschiedlicher sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und politischen Parteien, die entweder gegen die gesamte bolivianische Wirtschaftslage oder gegen bestimmte politische Ereignisse demonstrierten.

Im Januar und Februar 2002 folgten diesen Demonstrationen bewaffnete Krawalle zwischen mehr als 5.000 Protestlern und der Polizei, bei denen Tote und Verwundete zu beklagen waren. Auch kam es zu zahlreichen Sachschäden an öffentlichem und privatem Eigentum. Im Rahmen einer Ermittlung der parlamentarischen Kommission für Ethik („*Comisión de Ética Parlamentaria*“) wurde der Vorsitzende der oppositionellen MAS-Partei, Evo Morales, seines Abgeordnetenamtes enthoben, die parlamentarische Kommission hatte ihm vorgeworfen, für Straftaten beim Aufstand im Januar 2002 verantwortlich zu sein (Schwarzbauer 2002b, 24; Goedeking 2002, 149; Morrison/ Singer 2004, 175; Pérez Yoma 2004, 80).²²⁷ Das ständige unruhige politische Klima der Ära Banzer/Quiroga beschädigte das Ansehen der traditionellen politischen Parteien der „Paktieren Demokratie“ als Gestalter einer nationalen Wohlfahrt, sie litten unten einem erheblichen Sympathieverlust.²²⁸

Ende 2001 und im Januar 2002 geriet der peruanische Präsident Alejandro Toledo wegen widersprüchlicher Aussagen seiner Regierung in Erklärungsnot. Als Präsident Toledo in den bolivianischen Medien ein umfassendes Angebot für eine Zusammenarbeit im Erdgasbereich und einen möglichen souveränen Meereszugang für Bolivien verkündete (Pérez Yoma 2004, 91),²²⁹ folgte starke Kritik innerhalb weniger Tage von seinen eigenen Staatsministern und vom den peruanischen Unternehmerverbänden. Präsident Toledo zog sein Angebot teilweise zurück, es blieb aber bei einer Verhandlung ohne Souveränitätsübertragung.²³⁰

Ende März 2002 begegneten sich die Präsidenten von Bolivien und Chile beim Gipfeltreffen in mexikanischen Monterrey und kündigten gemeinsam an, dass die Verhandlungen über die

Erdgasleitung so lange nicht abgeschlossen werden könnten, bis der Konzern Pacific LNG eine von unabhängigen Beratern entworfene Machbarkeitsstudie vorgelegt habe.²³¹ Knapp einen Monat später trafen sich beide Präsidenten Mitte April 2002 wieder²³² und erklärten, dass beide Länder beschlossen hätten, die notwendigen Maßnahmen zum bolivianischen Erdgas-Export durch einen chilenischen Hafen zu überprüfen. Dies wurde in Chile als Signal gewertet, dass sich die Regierung Quiroga endgültig für ein Abkommen mit Chile entschieden habe (Pérez Yoma 2004, 96).²³³ Die bolivianische Regierung dementierte dies und erklärte hingegen, sie habe sich noch nicht zwischen dem chilenischen oder dem peruanischen Angebot entschieden und werde bei der Wahl des Hafens sowohl die wirtschaftlichen Vorteile, als auch die politischen Belange berücksichtigen. Die Überprüfung der chilenischen Erdgastrasse und des chilenischen Hafens sollte gleichzeitig mit der Überprüfung des peruanischen durchgeführt werden. Die Regierung Quiroga zielte dabei auf die Verbesserung beider Angebote ab.²³⁴ Als Präsident Lagos von der Presse zum Umfang der Verhandlungen mit Bolivien befragt wurde, antwortete er, Bolivien habe an die Erdgasverhandlungen keine territorialen Ansprüche gekoppelt.²³⁵ Präsident Quiroga wiederholte wenige Tage später zweideutige Aussagen zum Verhältnis zwischen dem Erdgasprojekt und dem bolivianischen Meereszugangsanspruch, die Maritimqualität sei mit dem Erdgasexport untrennbar gekoppelt, hieß es.²³⁶

Damals übte der für den Erdgasexport verantwortliche transnationale Konzern Pacific LNG einen starken Druck auf die Regierung Quiroga aus, damit sie die Entscheidung über die Wahl des Hafens und des Gebiets zum Bau der Erdgasleitung nicht weiter verzögerte.²³⁷ Der Manager von British Gas für Bolivien, Edward Miller, stellte die politische Führungsfähigkeit der bolivianischen Regierung wegen ihrer Unentschlossenheit in Frage, ein chilenischer Hafen sei wegen der geographischen Nähe zum Ozean, wegen die kleineren Risiken Chiles im Vergleich zu Peru und wegen des chilenisch-US-amerikanischen Freihandelsregimes eine deutlich bessere Option.²³⁸ Ende April 2002 meldete die peruanische Regierung zudem, dass die bolivianische Regierung Interesse an einem peruanischen Angebot zeige, eine Art Sonderverwaltungs- und Freihandelszone für den Erdgasexport auf peruanischem Hoheitsgebiet einzurichten, einen souveränen Zugang zum Meer durch Peru sei aber nicht verhandelbar.²³⁹ Die bolivianische Regierung reagierte mit der Erklärung, dass man noch gründlich die Vorteile der chilenischen und der peruanischen Variante der Erdgastrasse studiere, eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen.²⁴⁰

Die Präsidentschaftswahlkampagne blieb aufgrund der labilen Sympathiewerte der insgesamt elf Präsidentschaftskandidaten ohne einen absoluten Favoriten (Gálvez 2002, 13; Toranzo 2002, 17; Schwarzbauer 2002a). Obwohl keine Partei laut Umfragen auf die absolute Mehrheit hoffen konnte, erhielt die MNR-Partei während der gesamten Wahlkampagne den relativ höchsten stabilen Sympathiewert von über den 20 Prozent (Toranzo 2002, 17). Die Kampagne teilte sich in drei Phasen, in jeder konzentrierte sich die MNR-Partei auf eine Kritik an ihrem stärksten Wahlkonkurrenten (Romero 2003; Mesa 2008, 44). Am Anfang rivalisierten die MNR und die MIR-Partei. Als die NFR-Partei steigende Sympathiewerte verzeichnen konnte, änderte die MNR ihre Strategie und thematisierte die Herkunft des Vermögens des Kandidaten der NFR-Partei, Reyes Villa (Schwarzbauer 2002b, 26; Muñoz-Pogossian 2008, 147). In der dritten Phase übernahm die MAS-Partei den zweiten Platz. In den Umfragen, während der NFR-Partei Korruption vorgeworfen wurde und sie durch das Negativ-Image nur auf den dritten Platz kam (Schwarzbauer 2002b, 27; Romero 2003a, 151; Fundemos 2002, 64).

Im bolivianischen Wahlkampf stellte sich der Wirtschaftssektor,²⁴¹ besonders der Bund der Privatunternehmer Boliviens (CEPB, *Confederación de Empresarios Privados de Bolivia*), die Nationale Industriekammer (CNI, *Cámara Nacional de Industrias*)²⁴² und der Kohlenwasserstoff-Verband Boliviens (*Cámara de Hidrocarburos de Bolivia*), die alle der regierenden ADN-Partei nahe standen, hinter die Regierung Quiroga, um eine Entscheidung über die Auswahl des Hafens herbeizuführen und forderten die Regierung auf, dies nicht länger aufzuschieben.²⁴³

Im Mai 2002 starb nach einem monatelangen Todeskampf der frühere bolivianische Präsident Hugo Banzer an Krebs. Die chilenische Presse bedauerte, dass Banzer so kurz vor einer bevorstehenden entscheidenden Einigung zwischen den Ländern starb.²⁴⁴ Die Beerdigung Banzers war für den chilenischen Präsidenten Anlass, nach jahrelanger Abstinenz wieder einen Staatsbesuch in Bolivien abzustatten. Der chilenische Präsident Lagos war der einzige anwesende ausländische Präsident bei der Bestattungszeremonie.²⁴⁵

Die Kandidaten wiesen geringe Kohärenz beim Thema Erdgas auf. Sie äußerten sich nicht konkret zum Erdgasexport, sondern gaben nur allgemeine Statements ab (Fundemos 2002).²⁴⁶ Erst als die Frage einer Erdgasleitung auf chilenischem Gebiet im Mai 2002 aktuell wurde,

hinterfragte jeder einzelne Kandidat die Legitimität der Regierung Quiroga, ob diese ein Abkommen mit Chile in ihrer noch verbleibenden Amtsperiode abschließen könne oder nicht (García G. 2002, 2).²⁴⁷ Im Juni 2002 trat unter den politischen Parteien verstärkt die Meinung auf, dass die Regierung Quiroga von einer Entscheidung bezüglich des Erdgasexportes absehen sollte.²⁴⁸ Die Mehrheit der Kandidaten vermied dennoch, die Möglichkeit eines Erdgasexportes durch einen chilenischen Hafen kategorisch abzulehnen. Ebenso wenig plädierte die Mehrheit der Kandidaten für eine souveräne Lösung des Meereszugangsanspruchs als Voraussetzung für die Erdgasverhandlungen mit Chile.²⁴⁹

Die Regierung Quiroga wehrte sich gegen die Vorwürfe, ihr würde es an Legitimität mangeln, sie habe noch keine Entscheidung über das Transitland getroffen, da hier nicht nur ökonomische Aspekte zählten.²⁵⁰ Quiroga erhob dennoch den Anspruch, dass seine Regierung das Abkommen mit Chile weiter verhandeln und es nach Rücksprache mit der Opposition abschließen werde.²⁵¹ Die bolivianischen Parteien und Kandidaten reagierten während der Wahlkampagne auf die zunehmenden politischen Diskussionen über etwaige Verhandlungen mit Chile, indem sie ihren Diskurs diesbezüglich anpassten.

Anfang Juni 2002, wenige Tage vor der Wahl, berichtete die chilenische Presse, dass die Regierungen Boliviens und Chiles sich auf einen 600 Hektar großen Gebietsstreifen für Bolivien bereits geeignet hätten, der als Korridor zwischen dem bolivianischen Hochtal und der chilenischen Küste verlaufen und der keine Hoheitsrechte für Bolivien beinhalten sollte.²⁵² Die bolivianische Regierung dementierte hingegen, dass sie eine solche Vereinbarung beschlossen habe.²⁵³ Eine Pressemeldung offenbarte erneut, dass die Regierung Quiroga tatsächlich weiterhin versuchte, die Präferenzen der ausländischen Investoren und der innerstaatlichen Unternehmerverbände in den Erdgasverhandlungen mit Chile umzusetzen und dass der in den Verhandlungen erreichte Konsens viel umfassender und tiefer war, als in der Öffentlichkeit von der Regierung Quiroga jemals angenommen wurde. In der Tat vereinbarten damals die Delegationen beider Regierungen einen vertraulichen Entwurf über ein entsprechendes Abkommen. Am 14. Juni 2002 – knapp zwei Wochen vor der direkten Präsidentschaftswahl – legten sich die Delegationen beider Länder endgültig auf den Entwurf fest (Draeger et al. 2002d, 17; Perez Yoma 2004, 94; Mesa 2007, 597).²⁵⁴ Er sah vor, dass die chilenische Regierung eine Sonderverwaltungszone mit einem Steuerbefreiten-, Zoll- und Freiverkehrsregime für die gesamten bolivianischen Erdgasexporte sowie für die Erdgas-Derivate bereitstellte. Dies sollte nicht nur für den bolivianischen Staat gelten, sondern auch

für jede Privatfirma, die Bolivien beauftragte. Chile sollte zudem Bolivien für einen Zeitraum von 50 Jahren einen steuerbefreiten Sonderverwaltungsraum zugestehen (Pérez Yoma 2004,94-95).

Wenige Tage nach den erwähnten Pressemeldungen und genau in der Endphase der Wahlkampagne fanden massive Demonstrationen auf den Straßen von *La Paz* statt, die von einer Reihe von unterschiedlichen sozialen Akteuren einberufen wurden. Knapp 10.000 Personen protestierten gegen die Politik der Regierung Quiroga und riefen Parolen gegen die eventuelle Auswahl eines chilenischen Hafens.²⁵⁵ Mitte Juni 2002 profilierte sich der Parteivorsitzende der MAS-Partei und Kandidat zur Präsidentschaftswahl, Evo Morales, als Hauptgegner der Erdgasverhandlungen mit Chile und als Anführer der Proteste. Morales instrumentalisierte in seinen Wahlkampagne den vorhandenen Diskurs des Meereszugangsanspruchs, um die kategorische Ablehnung eines Erdgasabkommens mit Chile als „patriotisch“ zu „framen“. Die Regierung Quiroga habe „Landesverrat“ begangen, hieß es (Draeger et al. 2002a, 32; Kemlein 2009, 225).²⁵⁶

Im Juni 2002 organisierte der Gewerkschaftsdachverband COB eine ähnliche Demonstration, die nach dem ersten Wahlgang, aber vor der parlamentarischen Stichwahl am 4. August 2002 stattfand. Noch vor Ende Juni äußerte auch die bolivianische Körperschaft von pensionierten Admiralen und Generalen ihren Unmut über die Verhandlungen mit Chile zum Erdgas-Export.²⁵⁷ Ein Gewerkschaftsverein sammelte ca. 80.000 Unterschriften gegen den Erdgas-Export, sollte der Rohstoff durch Chile transportiert werden.²⁵⁸ Auch protestierten ungefähr 70 Vereine mit ca. 2.500 Hausfrauen von *La Paz* gegen ein Abkommen mit Chile und mahnten Präsident Quiroga an, nicht erneut das Vaterland zu verraten.²⁵⁹ Ende Juni 2002 gab die Regierung Quiroga den Druck der Opposition nach, der Außenminister Gustavo Fernández verkündete, die Regierung Quiroga werde nicht über einen Hafen für den Erdgasexport entscheiden, sie überließe diese Wahl der nächsten Regierung.²⁶⁰ Anfang Juli 2002 nahm der hauptsächlich von hochrangigen Militäroffizieren gebildete Nationale Verteidigungsrat (*Consejo Supremo de Defensa Nacional, COSDNA*) zur die Wahl des Hafens zum Erdgasexport Stellung. Er sprach sich gegen die chilenische Variante aus, sie sei wegen geopolitischer Belange nicht empfehlenswert.²⁶¹ Mitte Juli 2002 gründeten die MAS-Partei und eine Reihe von sozialen Bewegungen den „Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases“ („*Coordinadora Nacional de Recuperación y Defensa del Gas*“) (Assies 2004, 29).²⁶² Mit dem Verein wurden die unterschiedlichsten Interessen auf den

kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht. Er war sowohl für die absoluten Gegner der Privatisierung des Erdgasgeschäftes als auch für die Gegner eines Erdgasexportes durch Chile eine politische Plattform.²⁶³

Für Bolivien lief allerdings gleichzeitig mit der Wahlkampagne die Frist des Exklusivitätsvertrages zwischen Pacific LNG und Sempra Energy ab. Diese Tatsache und der ungewisse Ausgang der bevorstehenden Wahl sorgten für Besorgnis unter den Investoren, die Druck auf die Regierung übten, damit sich Quiroga für den Verlauf der Erdgasleitung durch Chile entscheide. Die Baukosten des Trassenbaus sollte wegen der Nähe zu einem chilenischen Hafen rund 760 Millionen Dollar billiger sein und jährlich rund 100 Millionen US\$ weniger Transportkosten verursachen als die peruanische Variante (Draeger et al. 2002d, 16).²⁶⁴ Aus wirtschaftlicher Sicht sei Chile die beste Option für die Erdgastrasse, hieß es.²⁶⁵ Ein Manager von Pacific LNG, Pedro Vaticón, beschwerte sich Ende Juli 2002 darüber, sein Konzern habe mehr als 300 Millionen US\$ investiert und die Regierung sei nach so langer Zeit immer noch unentschieden. Vaticón kritisierte, die Regierung Quiroga hätte eine Entscheidung bezüglich der Auswahl eines Hafens vor der Präsidentschaftswahl treffen müssen, mit der neuen politischen Konstellation sei es noch schwerer, einen politischen Konsens zu finden. Vaticón ergänzte, eine Erdgasleitung auf peruanischem Gebiet sei einfach unrealistisch.²⁶⁶

Die bolivianische Regierung bemühte sich bis zum Ende ihrer Amtsperiode immer wieder das drohende Ende einer Vertragsfrist zwischen Sempra Energy und Pacific LNG in der Öffentlichkeit zu dementieren. Sempra Energy habe sich verpflichtet, bis die neue Regierung gewählt sei, hieß es (Pérez Yoma 2004, 122).²⁶⁷ Jedoch schwand der Handlungsspielraum der Regierung immer mehr und Präsident Quiroga musste schließlich selbst eingestehen, dass die Verhandlungen mit Chile erst unter der nächsten Regierung zustande kommen würden (Mesa 2007, 257).²⁶⁸

Diskurse der Kandidaten in der Wahlkampagne

Die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung Banzer und Quiroga war eine der wichtigsten Schwerpunkte der Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl 2002. Die Positionen der verschiedenen Präsidentschaftskandidaten zur Debatte um die Wirtschaftspolitik blieben während der Wahlkampagne konfrontativ und waren klar in zwei Gruppen aufgeteilt.

Die erste Gruppe von Kandidaten sprach sich gegen die Wirtschaftsführung der amtierenden Regierung aus. Dennoch plädierten sie für keine große Veränderung des Wirtschaftsmodells, sie nahmen den Kern der „Neuen Wirtschaftspolitik“ als ihren eigenen, wenngleich sie Verbesserungen für nötig hielten. Zu ihnen zählten die MNR-, MIR-, ADN und die NFR-Partei sowie die meisten der Kleinparteien. Sie übten zwar eine populistische Kritik an der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre und forderten eine Rückkehr zu früheren klientelistischen Arrangements, sie verlangten jedoch keine grundlegende wirtschaftspolitische Umstellung der „Paktierten Demokratie“ (Cyr 2005, 15). Zur zweiten Gruppe gehörten diejenigen Parteien, die das gesamte Wirtschafts- und Politikprogramm der „Neuen Wirtschaftspolitik“ für falsch und für die Ursache aller sozialen Probleme Boliviens hielten. Sie plädierten für eine viel entscheidendere Rolle des Staates in der Ausrichtung der Volkswirtschaft und für einen Ausschluss ausländischer Investoren an der Gewinnung nationaler Bodenschätze. Zu dieser Gruppe gehörten die MAS- und die MIP- Partei (Cyr 2005, 16).

Eine kurze chronologische Darstellung der Evolution der Diskurse der Präsidentschaftskandidaten während der Wahlkampagne zeigt die Auswirkung dieser Diskussion auf die Wahlstrategien der relevantesten Parteien während des Zeitraumes.²⁶⁹ Trotz der Volatilität des Kandidatendiskurses in der Frage des Erdgasexportes durch chilenisches Gebiet kann eine Spaltung skizziert werden: Sie trennt die Parteien in Befürworter, gemäßigte Kritiker und deutliche Gegner. Zur ersten Gruppe gehörten die MNR- und ADN-Partei, zu den gemäßigten Kritikern die MIR- und NFR-Partei. Zur der Gruppe der Gegner zählten die MAS- und die MIP- Partei (Draeger et al. 2002b, 6).

Der Kandidat der MNR-Partei, der ehemalige Präsident Sánchez de Lozada,²⁷⁰ sprach sich für eine Erweiterung des Erdgasmarktes aus, bei der Chile sogar als Abnehmer mit aufgenommen werden sollte (Fundemos 2002, 209). Laut Wahlversprechen sollte auch ein Freihandelsabkommen mit dem Nachbarland Chile vereinbart werden (Fundemos 2002, 213). Nicht so kohärent wie das Wahlprogramm erwies sich die Wahlkampagne von Sánchez de Lozada in den folgenden Monaten. Zunächst plädierte die MNR-Partei darauf, dass eine Entscheidung in Bezug auf ein Erdgasabkommen erst nach der Präsidentschaftswahl fallen solle (García G. 2002, 2). Wenige Wochen vor Direktwahl stellte Sánchez de Lozada einen Alternativplan zum Erdgas-Projekt der Regierung Quiroga vor, der aber irrealen Dimensionen

beinhalte: Die vorgeschlagene Erdgasleitung sollte durch Peru, Kolumbien und Venezuela führen.²⁷¹ Sánchez de Lozada kritisierte die Regierung Quiroga zehn Tage vor der Wahl, dass Bolivien bereits eine Entscheidung für ein Abkommen mit Chile getroffen habe.²⁷² Die MNR-Partei gab ihre ursprüngliche Position auf und kritisierte die Verhandlungen mit Chile. Sie meinte, dass Bolivien das Erdgasgeschäft wegen der geplanten zeitlichen oder räumlichen Beschränkung nicht autonom werden könne.²⁷³ Auch bezog die MNR-Partei keine klare Stellung zum Projekt, ihr fehlten die nötigen Informationen, behauptete sie. Im Juni 2002 – nach dem ersten Wahlgang zur Direktwahl des Präsidenten, aber vor der Stichwahl im Kongress – ließ Sánchez de Lozada der Regierung Quiroga ausrichten, dass erst die neue Regierung eine Entscheidung zu diesem Thema fallen werde.²⁷⁴

Das Wahlprogramm des Kandidaten der MIR-Partei, Jaime Paz Zamora, war hinsichtlich der Erdgasverhandlungen mit Chile eher nebulös. Die MIR-Partei, die zum damaligen Zeitpunkt noch der Regierungspartner der ADN-Partei war, distanzierte sich allmählich von der Erdgaspolitik der Regierung Banzer und Quiroga. In der ersten Phase der Wahlkampagne stand Jaime Paz Zamora für den vagen Begriff einer Wiedererlangung von Einkünften durch den Erdgasexport, um einen entwicklungs- und arbeitsfördernden Plan zu finanzieren (Fundemos 2002, 135, 139); ebenso sprach er sich für die Fortsetzung der Einbeziehung ausländischer Investoren für den Erdgasexport aus und befürwortete den Export in die USA und nach Mexiko (Fundemos 2002, 141). Während der Wahlkampagne konkretisierte die MIR-Partei allmählich ihre rhetorische Ablehnung zum Erdgasexport über einen chilenischen Hafen, ein Erdgasabkommen mit Chile sei aus historischen und geopolitischen Gründen unratsam. Die MIR-Partei sprach sich vielmehr für den peruanischen Hafen *Ilo* aus,²⁷⁵ was dennoch wenig glaubwürdig erschien, da genau ein hochrangiger Anhänger der MIR-Partei, der bolivianische Außenminister Gustavo Fernández Saavedra gleichzeitig die Erdgasverhandlungen mit Chile führte.²⁷⁶ Erwähnenswert für den Zeitraum zwischen der Direktwahl und der Stichwahl im Kongress ist der Streit um die Aussage vom Präsidentschaftskandidaten, Jaime Paz Zamora, der in einem Interview mit einem chilenischen Fernsehteam behauptete, für das bolivianische Erdgasprojekt sei die Wiedererlangung der Maritimqualität wichtig. Paz Zamora wurde besonders kritisiert, da er behauptete, der Anspruch auf einen souveränen Zugang zum Meer sei ihm in diesem Zusammenhang vollkommen gleichgültig, soweit die Maritimqualität gewährleistet wäre.²⁷⁷

Der Kandidat Ronald MacLean (ADN-Partei), der mehrere Jahre als Bürgermeister der Stadt *La Paz* und später als Minister der Regierung Banzer fungierte, wollte u.a. mit den Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft Sozial- und Infrastrukturprojekte finanzieren (Fundemos 2002, 56). Von allen Kandidaten war MacLean der einzige, der sich nach dem Vorbild des Präsidenten Banzer ausdrücklich für eine absolute Trennung der Erdgasverhandlungen mit Chile vom traditionellen Meereszugangsanspruch ausgesprochen hatte.²⁷⁸ Das Wahlprogramm der ADN-Partei sprach sich darüber hinaus dafür aus, Erdgas an die USA, Mexiko, Peru und Chile zu liefern (Fundemos 2002, 30). MacLean, der als Kandidat durch die ersten demokratisch organisierten Vorwahlen in der Geschichte Boliviens ernannt worden war, hatte während der gesamten Wahlkampagne geringe Umfragewerte (Toranzo 2002, 17). Seine Nähe zum ehemaligen Präsidenten Banzer und somit zum umstrittenen Erbe dieser Regierung waren eine schwere Last, um sich in der Wahlkampagne zu profilieren (Goedeking 2001, 128; Draeger et al. 2002E, 8; Morrison/Singer 2004, 175;).²⁷⁹

Der NFR-Kandidat Manfred Reyes Villa, der als Bürgermeister der Stadt *Cochabamba* fungierte, trat als Wahlfavorit der Regierung an (Pérez Yoma 2004, 102).²⁸⁰ Er erreichte bei den Umfragen Sympathiewerte von über 30% (Toranzo 2002, 17). Er verlor sie jedoch größtenteils wieder, weil er eine Reihe von strategischen Fehlern in der Wahlkampagne begangen hatte: So schaffte er es nicht, sich u.a. als nicht-traditioneller Politiker zu profilieren und die gegen ihn gerichtete intensive Kritik der MNR-Partei, die die Herkunft seines persönlichen Vermögens hinterfragte und ihm vorwarf, ein engen Kontakt zur umstrittenen Moon-Sekte zu pflegen, zu entkräften (Goedeking 2002, 150; Schwarzbauer 2002b, 26; Morrison/Singer 2004, 176; Molina 2006, 28-33).²⁸¹

Reyes Villa verlangte von der Regierung Quiroga, eine Entscheidung über die Erdgas-Pipeline erst nach der Präsidentschaftswahl zu fällen. Er vermied dennoch eine klare Aussage zur Möglichkeit, dass die Erdgasleitung durch Chile führen könne (Romero 2003b, 71).²⁸² Reyes Villa versicherte am Anfang der Wahlkampagne, er würde der Versuchung widerstehen, die Frage des Erdgases in seinen Wahldiskurs aufzunehmen. Später behauptete er, die verbleibende Amtszeit der Regierung Quiroga sei zu kurz, um ein Abkommen mit Chile vereinbaren zu können (García G. 2002, 2). Im Juni sprach er sich jedoch für das Projekt. Die Möglichkeit eines peruanischen Hafens schloss er zu Beginn hingegen völlig aus, da er eine Kooperation mit Peru aufgrund des konkurrierenden peruanischen Projektes *Camisea* als völlig total unwahrscheinlich betrachtete.²⁸³ Nach dem ersten Wahlgang aber vor

der Stichwahl im Kongress behauptete Reyes Villa, dass die Auswahl eines chilenischen Hafens nur noch unter der Bedingung der Vergabe eines souveränen Hafens stattfinden sollte.²⁸⁴ Die NFR-Partei forderte zugleich von der künftigen Regierung ein Referendum in der Frage der Erdgasleitung (Pérez Yoma 2004, 104).²⁸⁵

Wie bereits erwähnt, war die Kritik am gesamten Konzept einer neoliberalen Privatisierungsphilosophie, die als Instrument einer Ausbeutung nationaler Ressourcen und als Nachteil für das Vaterland gesehen wurde, ein Hauptthema der MAS-Partei. Sie hatte sich in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich für die Nationalisierung (Verstaatlichung) der gesamten Kohlenwasserstoff-Ressourcen ausgesprochen (Fundemos 2002, 64-65). Evo Morales war gegen einen Erdgasexport, wenngleich sein Wahlprogramm großen Wert auf einen bolivianischen wirtschaftlichen Aufschwung legte und einen unklaren Zusammenhang zwischen dem Erdgasgeschäft und der Vereinnahmung durch die Nachbarländer thematisierte (Fundemos 2002, 77). Das Wahlprogramm der MAS-Partei war stark von einer nationalistischen Rhetorik geprägt und verlangte – anders als die anderen Parteien – wörtlich eine Revision der Grenzabkommen, was indirekt eine Revision der bilateralen Beziehungen mit Chile bedeutete (Fundemos 2002, 85).²⁸⁶ Wie erwähnt, hinterfragte die MAS-Partei den Einfluss der USA im Land, insbesondere bei der Drogenbekämpfungs-Politik und der Ausrottung des Kokastrauchanbaus. Diese Einstellungen veranlassten den US-Botschafter Manuel Rocha während der Wahlkampagne zu heftiger Kritik, er sprach sich gegen die Kandidatur Morales aus (Morrison/Singer 2004, 176; Hylton/Thomson 2007, 108).²⁸⁷

Zwar wurden die Erdgasverhandlungen mit Chile mehr oder weniger von allen Präsidentschaftskandidaten kritisiert, jedoch war der Kandidat der MAS-Partei, Evo Morales, derjenige, der am vehementesten das Projekt einer Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet ablehnte. Morales, der mit ca. zehn Prozent in den Umfragewerten seinen Präsidentschaftswahlkampf antrat, organisierte zahlreiche Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der früheren Regierungen, gegen die Programme zur Kokastrauchausrottung und gegen die Erdgasverhandlungen mit Chile. Er drohte der Regierung Quiroga, die Erdgasleitung durch Chile sabotieren zu lassen, würde ein solches Abkommen unterschrieben.²⁸⁸ Nach der Direktwahl und knapp einen Monat vor der parlamentarischen Stichwahl bewertete Morales das chilenische Angebot als unzulänglich und betrachtete den Bau der Erdgastrasse auf chilenischem Gebiet und den Export durch einen chilenischen Hafen als nicht legitim.²⁸⁹ Zugleich wertete Morales die gesamte Erdgaspolitik

der Regierung Banzer und Quiroga als „Landesverrat“ und wies darauf hin, diese Regierungen hätten bereits eine geheime Übereinkunft mit Chile hinter dem Rücken des Volkes getroffen, die MAS-Partei habe dennoch Widerstand dagegen geleistet (Draeger et al. 2002a, 32).

Am Ende der Amtszeit Quirogas und nach der Veröffentlichung einer neuen Pressemeldung über den Inhalt und die Fortschritte der Erdgasverhandlungen²⁹⁰ gestand der bolivianische Außenminister die Übereinstimmung der bolivianischen Außenpolitik und der Präferenzen der Investoren ein: Bolivien habe mit Chile den Verleih eines 600 Hektar großen Gebietstreifens und Enklave an der Küste für den Bau von Erdgas-Verflüssigungsanlagen verhandelt.²⁹¹ Für beide Gebiete seien für Bolivien keine Hoheitsrechte vorgesehen. Der Außenminister wies dennoch die Anschuldigung der MAS-Partei zurück, Bolivien habe ein heimliches Ankommen mit Chile über die Erdgasleitung vereinbart (Draeger et al. 2002d, 17). Für den bolivianischen Außenminister seien die laufenden Verhandlungen mit Chile und mit Peru lediglich eine diplomatische Aufklärung („*exploración diplomática*“) gewesen (Costa et al. 2003, 15).²⁹²

Parallel riefen der Gewerkschaftsverband COB und die MAS-Partei zu massiven Protesten gegen die Wahl eines chilenischen Hafens für den Export bolivianischen Erdgases auf. Die bolivianischen Medien meldeten, dass beim Protest die Demonstranten Parolen, wie: „*Gas durch Peru und nie durch Chile*“ riefen und mit einer Stilllegung des ganzen Landes drohten, falls Quiroga oder Sánchez de Lozada sich für einen chilenischen Hafen entscheiden würden.²⁹³ Die MAS- und die MIP-Partei erklärten, sie würden ein Erdgasabkommen mit Chile im Kongress blockieren, wenn es keinen souveränen Meereszugang beinhalten würde. Quispe ergänzte, dass er nur über seine Leiche den Erdgasexport über chilenisches Gebiet akzeptieren würde, seine Position sei klar: Das Erdgas soll über einen peruanischen Hafen ausgeliefert werden.²⁹⁴ Der gescheiterte Präsidentschaftskandidat der NFR-Partei legte vor der Stichwahl im Kongress offen, dass die Regierung Quiroga während der Wahlkampagne die Kandidaten der MNR-, MIR- und NFR-Partei ausführlich über das Erdgasgeschäft und ihre bevorzugte Wahl des chilenischen Hafens *Patillos* informierte hatte.²⁹⁵

Die Ergebnisse der ersten Wahlgang der Direktwahl des Präsidenten (siehe Tabelle 3.3) waren für Politiker und Beobachter überraschend (Schwarzbauer 2002a). Nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der MNR-, NFR- und MAS-Partei bei der Präsidentschaftswahl, mussten

sich Sánchez de Lozada (MNR-Partei) und Evo Morales (MAS-Partei), die nur zwei Prozent voneinander trennte, einer Stichwahl im Kongress stellen. Morales verkündete, er werde keine Regierungskoalition mit den anderen Parteien eingehen, so dass Sánchez de Lozada der einzige Kooperationsbereite Präsidentschaftskandidat für die Stichwahl im Kongress wurde (Schwarzbauer 2002a; Salazar 2004, 50).²⁹⁶ Der anfängliche Favorit Manfred Reyes Villa (NFR-Partei) erlangte 0,03% weniger Stimmen als Morales und landete somit auf den dritten Platz. Er war damit von der Stichwahl ausgeschlossen.²⁹⁷

Tabelle 3.3 Ergebnisse der Präsidentschaftswahl am 30. Juni 2002 (Direktwahl).

	Kandidat	Partei	Stimmenzahl	Stimmen in Prozent	Prozentuelle Variation der Partei Wahl 1997
1	Gonzalo Sánchez de Lozada	MNR	624.126	22,5 %	+ 4,3 %
2	Evo Morales Ayma	MAS	581.884	20,94%	erste Wahl ²⁹⁸
3	Manfred Reyes Villa	NFR	581.163	20,91%	n. a. ²⁹⁹
4	Jaime Paz Zamora	MIR	453.375	16,3 %	- 0,4 %
5	Felipe Quispe Huanca	MIP	169.239	6,1 %	erste Wahl
6	Johnny Fernández Saucedo	UCS	153.210	5,5 %	- 10,6 %
7	Ronald MacLean Abaroa	ADN	94.386	3,4 %	n. a.
8	Alberto Costa Obregón	LyJ	75.522	2,7 %	erste Wahl
9	Rolando Morales Anaya	PS	18.162	0,7 %	- 0,6 %
10	René Blattmann Bauer	MCC	17.405	0,6 %	erste Wahl
11	Nicolás Valdivia Almanza	CONDEPA	10.336	0,4 %	- 16,7 %

Stimmenhaltung	1.171.017	28,1%
Gültige Stimme	2.778.808	
Leerstimme	130.685	4,4%
Ungültige Stimme	84.572	2,8%

Quelle: Corte Nacional Electoral.³⁰⁰

Der Aufstieg der MAS-Partei zur zweitgrößten Partei Boliviens ist in ihrer radikalen Rhetorik gegen die institutionellen und wirtschaftlichen Richtlinien der bolivianischen Politik begründet. Die neue Machtposition der MAS-Partei erschütterte den Konsens über die bestehenden Institutionen zwischen den bisherigen Großparteien, zu denen die ADN-Partei nun nicht mehr gehörte. Die NFR-Partei nahm den Platz der ADN-Partei als drittgrößte Partei im bolivianischen politischen System neben der MIR- und der MNR-Partei ein.

Gonzalo Sánchez de Lozada gelang der knappe Wahlsieg im Parlament durch die Unterstützung der MIR-Partei und anderer kleiner Parteien.³⁰¹ Er wurde damit der sechste Präsident der „Paktierten Demokratie“, der bei der Stichwahl nur aufgrund einer mit den anderen Parteien vom Kongress gewählt wurde.

Zu einer seiner ersten Erklärungen als gewählter Präsident gehörte, dass er einen Minister für Kohlenwasserstoff ernennen werde, der sich insbesondere mit der Verwirklichung des Erdgasexportes beschäftigen sollte (Torres 2002, 146).³⁰²

Chile reagierte irritiert auf die Unentschlossenheit der Regierung Quiroga in der Frage des Erdgases. Der chilenische Präsident Lagos sagte die Einladung zu Feierlichkeiten anlässlich des bolivianischen Regierungswechsels ab und entsandte stattdessen einen Staatsminister. Als die Medien davon erfuhren, dementierte Lagos, dass es einen Zusammenhang mit dem Erdgasgeschäft gebe.³⁰³ Wenige Tage nach der Machübergabe erklärte der chilenische Generalkonsul in *La Paz*, Edmundo Perez Yoma, Chile habe nicht über Grenzveränderungen verhandelt und werde dies auch nicht tun.³⁰⁴

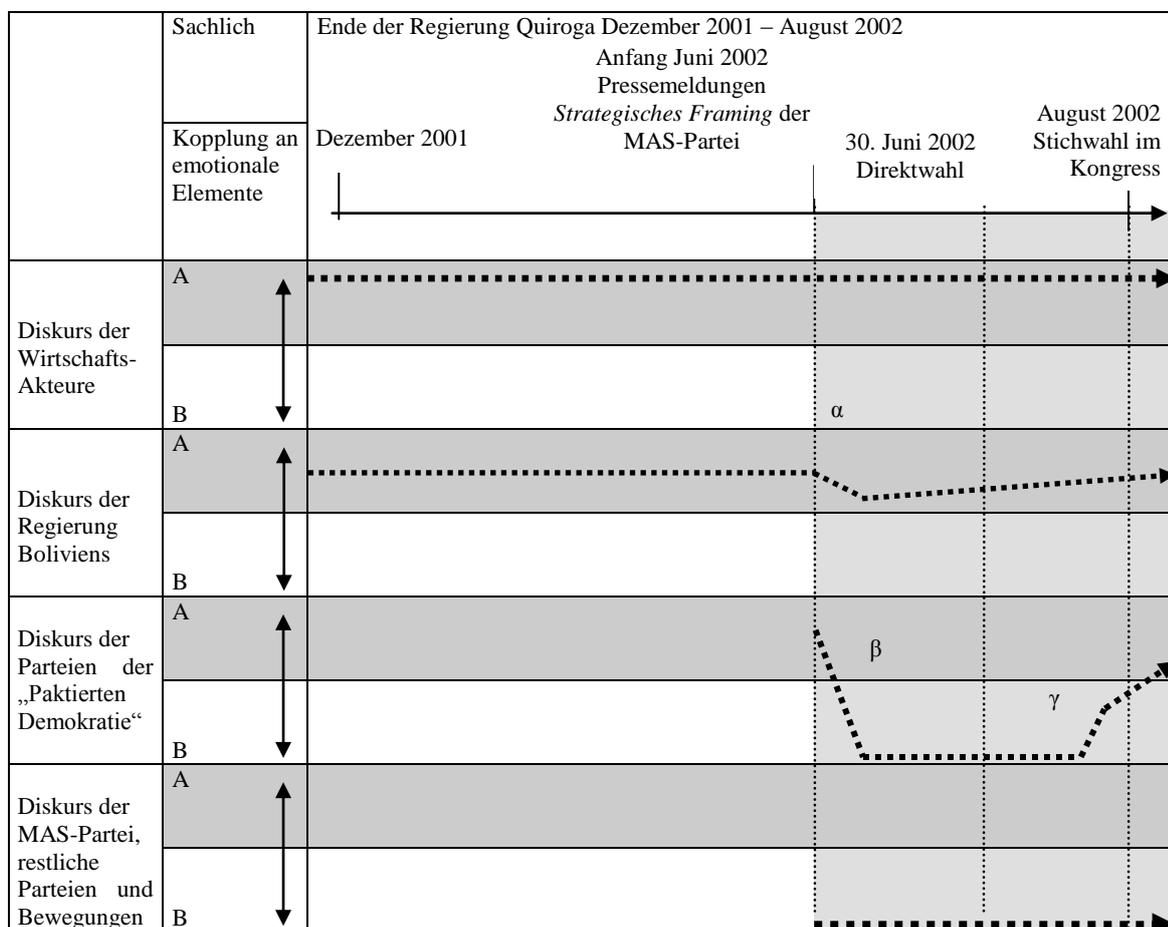
Analyse des Zeitabschnitts (Ende der Regierung Quiroga Dezember 2001 – August 2002)

Während dieses Zeitraums war das innenpolitische Tagesgeschäft mehrheitlich von der Wahlkampagne für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 geprägt, die keinen eindeutigen Favoriten hatte. Auch fanden in diesem Zeitraum zahlreiche gewalttätige Straßenproteste statt.³⁰⁵ Die Regierungen beider Länder setzten die Verhandlungsrunden fort, es trafen sich mehrmals die Regierungschefs,³⁰⁶ die beschlossen, notwendige Maßnahmen zum Erdgas-Export durch einen chilenischen Hafen zu überprüfen. Auch während dieses Zeitabschnittes initiierte die MAS-Partei das „*strategische Framing des Bildes des Patrioten*“ bezüglich der Erdgasverhandlung und nutzte es zum ersten Mal als Parole bei Demonstrationen. Die restlichen Parteien der „Paktierten Demokratie“ sowie die Regierung reagierten auf diese Kritik. Der Abschluss eines Abkommens wurde verzögert.

Die politische Debatte über die Erdgasverhandlungen mit Chile wurde in der bolivianischen Öffentlichkeit jetzt heftiger ausgetragen, als noch im Juni 2002, als die Presse über den Umfang und einen bevorstehenden Abschluss der Erdgasverhandlungen berichtete. Es gab klare Hinweise, dass die bolivianische und die chilenische Regierung kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen standen, was sie bislang jedoch nicht öffentlich deklariert hatten.

Nach der Unterzeichnung des Exklusivitätsvertrages im Dezember 2001 können die Diskurse der bolivianischen Regierung (Quiroga), der Wirtschaftsakteure und der regierenden Parteien bis Juni 2002 im oberen Teil vom Feld „A“ (Abbildung 3.04) dargestellt werden. Die Wirtschaftsakteure übten einen stärkeren medialen Druck auf die Regierung aus als im vorherigen Zeitabschnitt, sie befürchteten den Ablauf der Frist des Exklusivitätsvertrages mit Sempra Energy. Die Verstärkung der diskursiven Intensität des sachlichen Diskurses der Wirtschaftsakteure, die Druck auf die Regierung durch die Medien übten, stellt die Abbildung 3.04 mit einer verstärkten Strichlinie am oberen Rand des Feldes „A“ dar.

Abbildung 3.04 Schematische Darstellung der Variation des Diskurses bezüglich der Erdgasverhandlungen³⁰⁷



Obwohl die meisten Präsidentschaftskandidaten darin übereinstimmten, dass die Erdgasreserven für die Entwicklung des Landes entscheidend seien, spielten die Erdgasverhandlungen mit Chile anfänglich nur eine geringe Relevanz in der Wahlkampfdebatte, verglichen zur Diskussion über die Wirtschaftslage und -führung. Die Parteiführungen der regierenden politischen Parteien (ADN- und MIR-Partei) und der restlichen Parteien der „Paktierten Demokratie“ (MNR-, CONDEPA-, UCS- und NFR-Partei) entwickelten bis Juni 2002 kaum einen Diskurs in Bezug auf die Erdgasverhandlung. Die

MAS-Partei, die als einzige bereits zu Beginn der Wahlkampagne das gesamte Konzept des Erdgasgeschäftes ablehnte, kritisierte die Einbindung ausländischer Privatinvestoren in die Gewinnung bolivianischer Bodenschätze und plädierte ausdrücklich für eine Verstaatlichung der Bodenschätze. Die MAS-Partei thematisierte jedoch die Frage eines chilenischen Hafens bis Juni 2002 nicht in ihrem Wahldiskurs. Dementsprechend zeigt die Abbildung 3.04 keine Entwicklung beim Diskurs aller politischen Parteien bis Anfang Juni 2002.

Nach den Pressemeldungen vom Juni 2002 setzten die Politiker der MAS-Partei das Abkommen einem „Landesverrat“ gleich. Evo Morales bezeichnete unter Anspielung des traditionellen Meereszugangsanspruchs die Unterzeichnung eines Erdgasabkommens mit Chile ohne Kopplung an einem Meereszugang als „albern“. Dieses Gebiet gehöre eigentlich Bolivien, dass das Land im Salpeterkriege verloren habe.³⁰⁸ Laut *strategischen Framing* der MAS-Partei („*Frames des Patrioten*“) hatte die Regierung Quiroga bei den Erdgasverhandlungen das Land an Chile bereits heimlich verraten. Die MAS-Partei weckte damit eine in der bolivianischen Gesellschaft vorhandene Sensibilität gegenüber Chile, die hier bereits als „Diskurs des Meereszugangsanspruchs“ bezeichnet wurde.

Mit Hilfe der Aussagen von Evo Morales ist es möglich die strategische Haltung der linksoppositionellen Gesellschaftsakteure zum Erdgasgeschäft zu verstehen. Morales vertrat die Position, Bolivien solle das Erdgas weder durch Chile noch durch Peru exportieren. Allerdings konzentrierte er seinen Diskurs auf die Kritik der erwarteten Wahl eines chilenischen Hafens und auf den Patriotismusmangel der bolivianischen Regierung. Morales bezeichnete sich als Präsidentschaftskandidat im Jahr 2002 die Wahl eines peruanischen Hafens als beste Option.³⁰⁹ Eine Erdgasleitung auf peruanischem Hoheitsgebiet sei für die MAS-Partei zwar nicht gewünscht, jedoch geduldet.³¹⁰ Die Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes spielte für die Parteiführung der MAS-Partei keine Rolle, den chilenischen Hafen schloss sie aus „patriotischen Gründen“ aus. Dass von der MAS-Partei entfaltete *Framing* der Erdgasverhandlungen mit Chile benutzten die Demonstranten als Parole bei den landesweiten Protesten, die die MAS-Partei zusammen mit anderen sozialen Bewegungen als Teil ihrer Wahlstrategie veranstaltete. Daher stellt die Abbildung 3.04 den Diskurs der MAS-Partei von Juni 2002 und bis zum Ende des hier analysierten Zeitraums mit einer verstärkten Strichlinie am unteren Rand des Feldes „B“ dar.

Aufgrund des *strategischen Framing* der MAS-Partei wurde das Erdgasgeschäft rasch zum heiklen Wahlthema, so dass am Ende der Wahlkampagne alle Kandidaten wegen der sozialen Brisanz der Diskussion und des offensichtlichen Ansehenverlustes einer Unterstützung der Erdgasverhandlungen mit Chile während des Wahlkampfes gezwungen waren, eine klarere Position einzunehmen und ihr Wahldiskurs strategisch der neuen Situation anzupassen. Auf den bolivianischen Straßen fanden massive Demonstrationen gegen die Wahl eines chilenischen Hafens statt und selbst die Präsidentschaftskandidaten, die sich anfänglich für das Projekt Pacific LNG ausgesprochen hatten (insbesondere die ADN-, MIR- und die MNR-Partei), distanzieren sich aus strategischen Gründen zum Erdgasgeschäft.

Die dargestellte Empirie bezüglich des Endes der Regierung Quiroga sowie ihre Bewertung erlauben die Aussage, dass die Parteien der „Paktierten Demokratie“ (Regierungs- und Oppositionsparteien) zugleich viel heftiger auf die Wirkungen des *strategischen Framing* eines *Bildes des Patrioten* als die Regierung reagierten, denn sie fürchten, ihre Wahlchancen werden unmittelbar gefährdet. Die Regierung Quiroga betonte stattdessen lediglich die Erlangung der Maritimität als Antwort auf die Kritik der Opposition betonte. Wenngleich die anderen Parteien das *Frame des Patrioten* der MAS-Partei nicht übernahmen, passten sie ihre Diskurse an die nationalistischen Einwände der MAS-Partei an.³¹¹ Während der Wahlkampagne wagte sich keiner der Kandidaten den wirtschaftlichen Vorteil einer bolivianischen Erdgasleitung auf chilenischem Hoheitsgebiet und die Nutzung eines chilenischen Hafens zu verteidigen.³¹²

Deshalb zeigt die Abbildung 3.04 die Diskurse der politischen Parteien (der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien) fast bis zum Ende dieses Zeitraums (August 2002) am Rande des unteren Feldes „B“. Erst kurz vor der Stichwahl im Kongress, als die Parteien die Regierungskoalition verhandelten, mäßigten die politischen Parteien der „Paktierten Demokratie“ (Regierungs- und Oppositionsparteien) ihre wahltaktischen nationalistischen Einwände gegen die laufenden Verhandlungen mit Chile (Wendepunkt γ).³¹³ Insbesondere plädierten die MNR- und die MIR-Partei dafür, dass die neue Regierung die Entscheidung über das Erdgasabkommen treffen sollte. Sie schlossen nunmehr jedoch ein Abkommen mit Chile nicht mehr ausdrücklich aus.³¹⁴ Von den wahlrelevanten Parteien behielt lediglich die MAS-Partei ihren Diskurs gegen die Erdgasverhandlungen mit Chile unverändert bei.

Die Variation des Regierungsdiskurses

Sowohl für die Regierung als auch die Wirtschaftsakteure war die Wirtschaftlichkeit des Projektes ein entscheidender Faktor für die Fortsetzung der Erdgasverhandlungen mit Chile, doch gab es zur Rolle der Maritimqualität eine Diskrepanz zwischen beiden Seiten. Obwohl die Regierung Quiroga weiterhin die Verhandlungen mit Chile ohne Erwähnung einer Grenzänderung führte und daher die Präferenzen der Wirtschaftsakteure in die Tat durch einen Entwurf für ein Erdgasabkommen umsetzte (Pérez Yoma 2004, 94; Mesa 2007, 597), veränderte sie ihren öffentlichen Diskurs, insbesondere nach den Pressemeldungen vom Juni 2002 (Punkte α und β), mittels Einbeziehung emotionaler Elemente: Die Maritimqualität und die Verstärkung der Relevanz des Landes am Pazifischen Ozean seien Ziele der Regierung, die durch ein Erdgasabkommen mit Chile (auch ohne einen souveränen Meereszugang für Bolivien) zu erlangen wären.³¹⁵

Die verwirrenden Stellungnahmen der Regierung Quiroga und ihre widersprüchliche Widerlegungen der tatsächlich erreichten Fortschritte der Verhandlungen verminderten die Kohärenz des Regierungsdiskurses und spiegelten die Erhöhung des Ansehensverlustes wieder, die aus der Perspektive der Regierung zu erwarten gewesen wäre, wenn sie ein Abkommen doch unterzeichnet hätte. Die Regierung Quiroga verlangte einerseits von den Investoren eine wirtschaftliche Machbarkeitsstudie, andererseits erklärte sie, dass nicht nur ökonomische Aspekte für die Wahl des Transitlandes eine Rolle spielen würden. Daher stellt die Abbildung 3.04 den Diskurs der Regierung mit einer schwächeren Strichlinie in der Mitte des Feldes „A“ dar, die nach Juni 2002 leicht senkt. Die Kritik an der Wirtschaftspolitik scheint wenig Relevanz bei der Erklärung der Änderung der Position der Regierung Quiroga, die Parteien der „Paktierten Demokratie“ entfernten sich kaum von ihren harten Linie bei der Umsetzung des Washington-Konsensus.

Die Verzögerung und die unechte Alternative

Obwohl die Regierung Quiroga die Verzögerung beim Erdgas-Export-Projekt in der Öffentlichkeit damit begründete, dass Bolivien sich in einem Entscheidungsprozess zwischen einem chilenischen und einem peruanischen Hafen befinde, der nicht vor der Fertigstellung einer von unabhängigen Beratern entworfenen Machbarkeitsstudie abzuschließen sei, gibt es heute ausreichende Indizien dafür, dass sich Präsident Quiroga für die Wahl des chilenischen Hafens *Patillos* bereits entschieden hatte, und dass er die Verhandlungen mit Peru nur aus

strategischen Gründen führte, um die Position seiner Regierung beim *Bargaining* mit Chile zu verstärken.

Erstens ergibt sich dieser Eindruck aus dem geheim gehaltenen Entwurf für ein Erdgasabkommen, auf den sich die Delegationen von Bolivien und Chile wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl geeignet hatten (Pérez Yoma 2004, 94; Mesa 2007, 597). Wenn die Behauptung der Regierung Quiroga, sich noch nicht für einen Hafen entschieden zu haben, wahr gewesen wäre, wäre es unerklärlich gewesen, warum sie mit Chile eine solche Vereinbarung fertig stellte. Zweitens schloss die von der Regierung Quiroga veröffentlichte amtliche Studie „Erdgasexportprojekte nach Kalifornien und Mexiko“ einen peruanischen Hafen wegen der Mehrkosten im Grunde genommen völlig aus (Terrazas 2002, 196). Drittens habe Präsident Quiroga, die Kandidaten der ADN-, MIR-, MNR- und NFR-Partei vor der Präsidentschaftswahl ausführlich über die Wahl eines chilenischen Hafens unterrichtet, dies erklärte zumindest der gescheiterte Kandidat Reyes Villa (NFR-Partei) der Presse nach der Direktwahl.³¹⁶ Diese Version wurde jedoch von der Regierung Quiroga wiederholt dementiert. Allerdings ähnelte sie der Erzählung des späteren Präsidenten Mesa, Quiroga habe ihm und Sánchez de Lozada kurz vor Amtsantritt anvertraut, dass Bolivien lediglich aus strategischen Gründen mit Peru verhandelt habe, nur um bessere Bedingungen in den Verhandlungen mit Chile zu erzielen (Mesa 2008, 247). Bolivien solle den chilenischen Hafen Patillos aus wirtschaftlichen Gründen wählen, hieß es.³¹⁷

Es ist plausibel, dass Präsident Quiroga ein Erdgasabkommen mit Chile hinauszögerte, aus Angst, sein Ansehen könne wegen des von der MAS-Partei durchgeführten *strategischen Framing* eines emotionalen „*Bildes des Patrioten*“ und wegen einer entsprechenden Verkleinerung bzw. Auflösung des einheimischen Winset, das die Aussichten einer parlamentarischen Ratifizierung des Erdgasabkommens mit Chile deutlich verschlechterte, sinken. Der Regierung Quiroga mangelte es auch an der Unterstützung durch die restlichen politischen Parteien, die sich genauso vor Landesverrats-Vorwürfen und vor entsprechendem Stimmverlusten bei einer favoritenlosen Wahl fürchteten. Daher verzichtete die Regierung Quiroga darauf, die wirtschaftlichen Vorteile eines chilenischen Hafens zu rechtfertigen. Dennoch koppelte sie ein Erdgasabkommen mit Chile nie an eine Grenzänderung als *conditio sine qua non*, sondern plädierte für Maritimqualität.

Die Einwände aller Präsidentschaftskandidaten an der Wahl eines chilenischen Hafens und der Fakt, dass die MAS-Partei als zweitgrößte politische Kraft ins Parlament einzog und an der Spitze der sozialen Bewegungen und der Straßenproteste stand, veranlassten Präsident Quiroga, vor der Machtübergabe nicht mehr länger als einziger Fürsprecher eines Erdgasabkommens mit Chile aufzutreten. Er übergab die Entscheidung an seine Nachfolgeregierung: Sie sollte die Wahl des Transitlandes für die Erdgasleitung auf eigene politische Kosten treffen.

Die Irrelevanz der Drittländer

Obwohl Chile in dieser Zeit ununterbrochen mit der Regierung Quiroga verhandelte und mit der bolivianischen Verhandlungsdelegation bereits einen Entwurf für ein Abkommen ausgearbeitet hatte (Perez Yoma 2004, 94; Mesa 2007, 597), scheute sich die Regierung Quiroga, das Abkommen mit Chile zu unterzeichnen und leugnete in der Öffentlichkeit, das eine solche Einigung mit dem Nachbarland stattgefunden habe und stattdessen bezeichnete die bilateralen Gespräche lediglich als „*diplomatische Aufklärung*“.³¹⁸

Die US-Regierung setzte sich besonders über ihren Botschafter Rocha für eine Kontinuität der Wirtschaftspolitik der „Paktierten Demokratie“ und für den Erdgasexport in die USA ein. Die bereits erwähnten unglücklichen Aussagen des US-Botschafters während der bolivianischen Wahlkampagne gegen den Kandidaten Morales halfen wenig, die Interessen der USA in Bolivien durchzusetzen, im Gegenteil sie provozierten eine nationalistische Reaktion bei praktisch allen einheimischen politischen Akteuren und verstärkten den antiamerikanischen Diskurs von Morales.

Fazit

Die laufenden Erdgasverhandlungen waren während der Wahlkampagne für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 für die politischen Parteien ein relevantes Thema im politischen Tagesgeschäft. Nach den Anschuldigungen der MAS-Partei, die Befürworter der Erdgasverhandlungen mit Chile – einschließlich die Regierung Quiroga und die regierenden Parteien – seien unpatriotisch, tendierten alle Kandidaten dazu, sich von den Erdgasverhandlungen mit Chile zu distanzieren. Die Regierung Quiroga geriet unter Druck

und entschied, das Abkommen – trotz der für das Erdgasgeschäft geeigneten Einigung der Verhandlungsdelegationen – zu verzögern und letztlich der nächsten Regierung zu überlassen.

Der nächste Zeitabschnitt beschäftigt sich mit der Amtszeit von Präsident Sánchez der Lozada, der die Erdgasverhandlungen mit Chile weiter führte, obwohl er sich in der Wahlkampagne kritisch zu einem Erdgasabkommen mit Chile geäußert hatte.

3.3) Erstes Jahr der Regierung von Sánchez de Lozada (August 2002 – August 2003)

Es wird spekuliert, dass es vor dem Hintergrund des Regierungswechsels bei einem Treffen zwischen Präsident Sánchez de Lozada und dem Manager von Sempra Energy, Darcel Hulze, darum ging, dass das Unternehmen die Fristen für Pacific LNG, die in einem Exklusivitätsvertrag (Memorando) geregelt waren, tatsächlich verlängerte. Dies wurde vom Konzern Pacific LNG selbst bestritten. Sempra habe keine offizielle Mitteilung abgegeben, hieß es (Torres 2002, 146; Draeger et al. 2002a, 29; Pérez Yoma 2004, 122).³¹⁹ Sánchez de Lozada vertrat als Präsidentschaftskandidat in seiner Wahlkampagne widersprüchliche Positionen bezüglich der Erdgasverhandlungen mit Chile: Nach wenigen Tagen im Amt behauptete die Regierung, sie sei für mögliche Alternativen zum Hafen offen.³²⁰ Sie überließ es aber den Investoren, sich für den besten Trassenverlauf zu entscheiden.³²¹

Die Regierung Sánchez de Lozada distanzierte sich jedoch von den Vereinbarungen ihrer Vorgängerregierung, insbesondere von einer Studie der transnationalen Firma *Bechtel*, die von Pacific LNG beauftragt worden war, einen möglichen Trassenverlauf zu überprüfen (Torres 2002, 146; Husar/Maihold 2005, 132). Die Studie von *Bechtel* hielt den chilenischen Hafen *Patillos* aus wirtschaftlichen Gründen für die beste Option.³²² Der Minister für nachhaltige Entwicklung und Planung, José Guillermo Justiniano (MNR-Partei), erklärte Mitte August 2002, das Erdgasgeschäft sei eine Priorität in der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung und lehnte die Vorschläge der Opposition für ein Erdgas-Referendum ab. Die Regierung Sánchez de Lozada werde die Öffentlichkeit und die politischen Parteien ausführlich über ihre Entscheidung über das Erdgasgeschäft informieren, hieß es.³²³ Minister Justiniano wies darauf hin, dass man sich darauf verlasse, dass der vorgeschlagene Verlauf der Erdgastrasse bei der Abstimmung auch eine Mehrheit im Kongress finde.³²⁴ Die Manager von Pacific LNG verlangten bei einem Treffen mit Außenminister Carlos Saavedra Bruno (MIR-Partei) von der bolivianischen Regierung, dass die Entscheidung über den Hafen nicht länger verschoben werde, da weitere Erdgasanbieter und -projekte anderer Länder um den US-Markt konkurrierten.³²⁵

In einer Reihe von Deklarationen sprach sich die chilenische Regierung für die Fortsetzung der Erdgasverhandlungen aus, bestand jedoch darauf, dass man keinesfalls an Grenzdiskussionen interessiert sei. Chile befinde sich mit einer Erdgasleitung von Pacific

LNG auch nicht in Konkurrenz mit Peru, da dies ein reines bolivianisches Geschäft sei.³²⁶ Die peruanische Regierung verbesserte unilateral ihr Angebot Ende August 2002. Das vom peruanischen Botschafter Hernán Couturier an das bolivianische Außenministerium adressierte Angebot beinhaltete eine im Vergleich zur ursprünglichen Offerte größere Landesfläche, deren Nutzung Peru bot Bolivien einen Nutzungszeitraum von 99 Jahren. Diese Friste galt auch für eine Sonderverwaltungszone im peruanischen Hafen *Ilo*.³²⁷

Der Außenminister Carlos Saavedra Bruno (MIR-Partei) und der Minister für Kohlenwasserstoff, Fernando Illanes de la Riva (MIR-Partei), erklärten im August 2002, dass die Studien des Erdgas-Projektes während der vorherigen Regierung nicht ausreichten.³²⁸ Der Minister Fernando Illanes (MIR-Partei) gestand wenige Tage später ein, dass Bolivien zu einem chilenischen Hafen tendiere, da sowohl das peruanische als auch das chilenische Angebot keinen souveränen Zugang zum Meer gewährleisteten.³²⁹ Die Regierung Sánchez de Lozada behauptete, sie werde keine weiteren Verhandlungsrunden mit der chilenischen oder peruanischen Regierung führen, solange die interessierten Konzerne, der bolivianischen Regierung nicht eine Machbarkeitsstudie vorlegelegt hätten. Diese war erst im Januar 2003 zu erwarten (Torres 2002, 147; Draeger et al. 2002d, 17).³³⁰ Damit gelang es der Regierung Sánchez de Lozada, das Erdgasgeschäft über Monate nahezu völlig von der politischen Tagesordnung fern zu halten. Lediglich die NFR-Partei kritisierte die Regierung Sánchez de Lozada, dass sie eine Präferenz für eine Erdgastrasse über chilenisches Gebiet habe und dementsprechend nicht die umständliche peruanische Variante der Erdgasleitung überprüfe.³³¹ *Global Energy Consultants*, die Beraterfirma, verlangte mehr Informationen, zugleich erklärte sie, sie sei nur für die Überprüfung der technischen bzw. wirtschaftlichen Variablen und nicht für den politischen Zusammenhang zuständig.³³²

Der Minister für nachhaltige Entwicklung und Planung, José Guillermo Justiniano (MNR-Partei), fügte im Oktober 2002 in Anspielung an die Unzulänglichkeit des peruanischen Angebotes hinzu, Peru könne nur mit einem souveränen Zugang zum Meer seine Chancen verbessern.³³³ Anfang November 2002 erklärte der peruanische Minister für Energie und Bergbau Jaime Quijandría, die Regierung Sánchez de Lozada solle bei der Entscheidung des Hafens das Gefühl des bolivianischen Volkes gegen einen chilenischen Hafen in Anspruch nehmen, die weit verbreitete Ablehnung eines chilenischen Hafens beim bolivianischen Volk sei nicht zu übersehen.³³⁴ Die bolivianische Regierung beschwerte sich auf Diplomatenbene über diese Äußerung.³³⁵

Auf dem 12. Iberoamerikanischen Gipfel in der Dominikanischen Republik, Mitte November 2002, traf sich der bolivianische Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada erstmals mit seinem chilenischen Amtskollegen Ricardo Lagos. Beide unterhielten sich über die Entwicklung der Erdgasverhandlungen (Pérez Yoma 2004, 125). Die Begegnung endete dennoch ohne eine gemeinsame amtliche Erklärung. Beide gaben vor der Presse lediglich zu, sich über das Thema Erdgas unterhalten zu haben, dennoch behaupteten sie, dass sich die neue bolivianische Regierung in dieser Frage noch in einer Klärungsphase befinde, sie warte noch auf die entsprechende Durchführbarkeitsstudie.³³⁶ Die Regierung Sánchez de Lozada verkündete, sie werde eine Entscheidung bezüglich des Hafens Anfangs April 2003 treffen.³³⁷

Drei Tage nach dem Iberoamerikanischen Gipfel traf sich Sánchez de Lozada diesmal mit den Managern des Konzerns Pacific LNG. Die Manager hatten in den Medien erklärt, dass eine Aufklärungskampagne nötig sei, um der Bevölkerung die die unmittelbaren Vorteile des Erdgasgeschäftes zu erläutern und die Auswahl eines chilenischen Hafens zu entdramatisieren. Das Erdgasgeschäft sei nur an der chilenischen Küste zu verwirklichen, hieß es.³³⁸ Aus diesem Anlass wiederholte der Minister für Kohlenwasserstoff, die bolivianische Regierung habe noch keine Entscheidung über das Erdgasgeschäft getroffen und sei weiterhin für andere Möglichkeiten offen.³³⁹ Ende November 2002 legte die Beraterfirma *Global Energy Consultants* dem Minister für Kohlenwasserstoffe, Fernando Illanes, einen vertraulichen Vorbericht vor, dessen Inhalt der Öffentlichkeit vorenthalten blieb (Torres 2002, 147).³⁴⁰ Der Vizepräsident des Bürgerkomitees der Provinz *Tarija*, Elton Lenz, äußerte sich knapp eine Woche später über den Vorbericht von *Global Energy* und beschwerte sich um den Verzug der Regierung. Lenz zufolge hatte die Beraterfirma den chilenischen Hafen Patillos zur besten Option gewählt, die Regierung Sánchez zögere jedoch aus Angst vor der MIP- und der MAS-Partei, diese Information zu verkünden.³⁴¹

Nach dem Jahreswechsel nahm die politische Gewalt auf den bolivianischen Straßen zu. Eine neue Welle von Krawallen, Protesten und Blockaden der Landstraßen standen auf der Tagesordnung. Sie waren von unterschiedlichen Veranstaltern koordiniert worden. Die Proteste dienten der Verwirklichung verschiedener politischer Ziele, dazu gehörte auch die Ablehnung des Erdgasexportes durch einen chilenischen Hafen anhand des „*Frame des Patrioten*.“³⁴² Evo Morales erklärte damals, dass die Hauptforderung der Bewegung sei, dass die Regierung verspreche, das Erdgas nicht durch einen chilenischen Hafen zu exportieren

(OSAL 2003a, 137).³⁴³ Die Proteste innerhalb des Landes waren im Januar 2003 besonders intensiv. Die Blockaden auf Landstraßen ließen nicht lange auf sich warten und innerhalb weniger Tage war der Personen- und Warenverkehr zuerst in der bolivianischen Provinz *Chapare* und anschließend schrittweise zwischen mehreren Städten lahm gelegt worden (Perez Yoma 2004, 129). Die Regierung Sánchez de Lozada setzte einen Teil der Streitkräfte ein, um wichtige Verkehrsknotenpunkte im Land zu sichern. Es kam erneut zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Staatsgewalt und wiederholt waren Todesopfer und Verwundete zu beklagen.³⁴⁴

Der Chef der MAS-Partei und die Regierung beschuldigten sich gegenseitig, Auslöser der inneren sozialen Unruhen zu sein. Sánchez de Lozada verlangte von den politischen und sozialen Akteuren, sich zu entscheiden, auf welcher Seite sie stünden und bemühte sich neue politische Allianzen mit den restlichen Akteuren einzugehen (Perez Yoma 2004, 128).³⁴⁵ Morales forderte in den Massenmedien den Rücktritt des Präsidenten – dies wurde von den Regierungsparteien als gesetzeswidrig und antidemokratisch kommentiert.³⁴⁶ Gleichzeitig kritisierte Pacific LNG das unentschlossene Verhalten der Regierung in der Erdgas-Frage, was heftige Reaktionen des Vizeministers für Kohlenwasserstoff auslöste.³⁴⁷ Ein Manager von Pacific LNG äußerte damals, die unabhängige Durchführbarkeitsstudie der Firma *Global Energy Consultants* bestätige, dass die von Pacific LNG entworfene Erdgastrasse auf chilenischem Gebiet Priorität habe, da alle anderen Varianten unwirtschaftlich seien.³⁴⁸ Präsident Sánchez de Lozada erwiderte, der Konzern Pacific LNG trage eigentlich die Schuld an der Verzögerung des Erdgasgeschäftes, da er bislang keinen konkreten Vertrag mit Sempra Energy unterzeichnet habe, so dass die Regierung noch keine Entscheidung über den Hafen treffen könne.³⁴⁹ Zugleich verkündete die Regierung Sánchez de Lozada die Benennung des Vizepräsidenten der Kleinpartei MBL, Victor Rico Frontaura, zum bolivianischen Generalkonsul in Santiago de Chile.³⁵⁰ Daraufhin kritisierte der historische Vorsitzende der mitregierenden MIR-Partei, Jaime Paz Zamora (MIR-Partei), das LNG-Projekt wegen einer eventuellen Wahl eines chilenischen Hafens. Die Förderung einer einheimischen Erdgas-Industrie vorteilhafterer sei für Bolivien vorteilhafterer als die Einnahmen aus dem Erdgasexport, hieß es.³⁵¹

Am 19. Januar 2003 bildeten der Gewerkschaftsdachverband COB, die *Cocalero-Bewegung*, die „*Bewegung der Landlosen*“ und andere Organisationen die politische Protest-Plattform „*Generalstab des bolivianischen Volkes*“ („*Estado Mayor del Pueblo*“), deren Anführer Evo

Morales wurde. Tage später schloss sich auch die CSUTB an (OSAL 2003a, 142; Pérez Yoma 2004, 128; Mesa 2007, 601).³⁵² Der *Generalstab* kritisierte unter anderem den Erdgasexport in die USA durch einen chilenischen Hafen, dies sei laut Manifest des *Generalstabs* ein untolerierbarer Landesverrat (EMPB 2003, 62).³⁵³ Parallel meldeten die Medien die Gründung einer bewaffneten Miliz („*Ejército de Dignidad Nacional*“) von Kleinbauern der Provinz Chapare. Sie diene ihrer Verteidigung vor Angriffen der Staatsgewalt, hieß es.³⁵⁴

Ende Januar 2003 entschied sich Evo Morales, den Druck auf die Regierung Sanchez de Lozada zu erhöhen, indem er die Regierung beschuldigte, den Erdgasexport durch einen chilenischen Hafen heimlich mit dem Nachbarland beschlossen zu haben (Mihaly 2006, 105). Morales erklärte, Beweise für seine Behauptung zu haben, er lieferte sie aber nicht. Er meinte, die Regierung werde während der bolivianischen Karnevalstage die Unterzeichnung eines Abkommens mit Chile verkünden, um eventuelle Protestbewegungen zu verhindern.³⁵⁵ Als Gegenaktion kündigte Morales umgehend weitere Demonstrationen in den Städten und Blockaden auf den Landstraßen an. Morales drohte außerdem, dass die Regierungsentscheidung für einen chilenischen Hafen nicht einen Tag lang halte, da das Volk energisch dagegen protestieren werde.³⁵⁶ Der chilenische Generalkonsul in *La Paz* erklärte damals, dass Chile bereit sei, für die Nutzung des Wassers des Flusses Silala zu bezahlen.³⁵⁷

Die Regierung Sánchez de Lozada gab dem Druck der Protestbewegungen nach und führte Gespräche mit den Protestführern. Die bolivianische Regierung versuchte, unter der Schirmherrschaft der katholischen Kirche, einen Dialog mit der Opposition über die wichtigsten Themen der bolivianischen politischen Debatte zu starten, um die Protestzustände im Land aufzulösen (Muñoz-Pogossian 2008, 159). Es entstand ein Abkommen, das ein Dialog zwischen der Protestbewegung und der Regierung („*Acta de Entendimiento*“) ermöglichen sollte.³⁵⁸ Jener Dialog sollte nach Meinung der Regierung lediglich einen rein konsultativen Charakter besitzen, der spätere Überlegungen und gleichzeitig laufende politische Dialoge nicht ausschließen sollte.³⁵⁹ Sowohl die Eingrenzung der zu verhandelnden Themen als auch die Veröffentlichung einer Regierungspressemitteilung, die die erreichten Übereinstimmungen offen legte,³⁶⁰ sorgten für Unstimmigkeiten zwischen der katholischen Kirche und der MAS-Partei und behinderte die Fortsetzung der Annäherung zwischen Opposition und Regierung.

Am 10. Februar 2003 verkündete die Regierung Sánchez de Lozada, dass die Verhandlungen über eine Freihandelszone mit Chile vor Jahresende abgeschlossen sein würden,³⁶¹ eine Entscheidung über den Hafen für den Erdgasexport sei jedoch noch nicht gefallen (Condori L. 2004, 38). Nach relativ ruhige Tagen kam es am 12. und 13. Februar 2003 erneut zu einer Reihe von Konflikten, nachdem die Regierung eine Steuerreform zur Sanierung der staatlichen Finanzen veröffentlicht hatte, die u.a. die Kürzung der Mehrwertsteuer um 0,5% auf 12,5%, die allgemeine Erhöhung der Einkommenssteuer und die Kürzung einiger staatlichen Ausgaben und eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur vorsah.³⁶² Dies geschah unter dem Druck des IWF, der von der bolivianischen Regierung verlangte, das Steuerdefizit von 8,6% des Bruttoinlandprodukts auf 5,5% zu senken, wenn ein Darlehen von 60 Millionen US\$ gewährt werden solle (Klein W. 2003a, 30; Draeger 2003a, 16, Goedeking 2003,41; Quiroga 2003, Farthing/Kohl 2009, 60).³⁶³

Die gesetzliche Novellierung („*Proyecto de Ley Financial*“) wurde in den Medien „*impuestazo*“ genannt (Faundes 2004, Laserna 2003,11, Mihaly 2006, 104, Klein W. 2003a, 30).³⁶⁴ Sie fand in den Reihen der Opposition kaum politische Unterstützung und mutierte zum sozialen Sprengstoff. In *La Paz* und anderen bolivianischen Großstädten demonstrierten am 12. Februar 2003 sowohl zahlreiche unzufriedene Bürger als auch Angehörige der Polizei gegen die als Erhöhung der Einkommenssteuer wahrgenommene Reform (Costa et al. 2003, 72).³⁶⁵ Tausende Demonstranten marschierten in *La Paz* vom Sitz der Sondereinheit „GES“ („*Grupo Especial de Seguridad de Policía Nacional*“) der Sicherheitspolizei³⁶⁶ bis zum Präsidentenpalast ab (OSAL 2003a, 143). Ähnliche Demonstrationen fanden parallel in anderen bolivianischen Städten statt (OAS 2003; Schwarzbauer 2003; Amnesty 2004, 6). Es kam einen Tag lang zu gewalttätigen Ausschreitungen und Vandalismus von teilweise bewaffneten Demonstranten (Schwarzbauer 2003).³⁶⁷ Die zentralen Parteisitze der MNR-, MIR-, und NFR-Parteien, das Büro des Vizepräsidenten und mehrere Ministerien wurden von Unbekannten im Brand gesetzt (Assies 2004, 29; Condori L. 2004, 24). Unbekannte feuerten auch Schüsse auf den Präsidentenpalast (Costa et al. 2003, 77).³⁶⁸ Die Regierung rief einen Teil der Streitkräfte zu Hilfe, die zunächst Tränengas und Gummipatronen einsetzten, später aber auch Schusswaffen (Amnesty 2004, 6; OAS/OEA 2003).³⁶⁹ Bei parallel laufenden Verhandlungen zwischen den Regierungs- und Polizeivertretern wurde die Steuerreform wieder zurückgenommen und eine Lohnerhöhung von 30% für die Polizei vereinbart (Klein W. 2003a, 31; Schwarzbauer 2003; OSAL 2003a, 144). Präsident Sánchez de Lozada verkündete in einer Fernsehbotschaft, seine Regierung verzichte auf den Gesetzentwurf,

der nicht einmal in den Kongress gekommen war, und bat die Parteien, sich für einen offenen Dialog einzusetzen (Muñoz-Pogossian 2008, 160). Diese Tatsache führte jedoch lediglich zu einem zwischenzeitlichen Ende der Demonstrationen (Condori L. 2004, 62).

Bereits einen Tag später kam es zu weiteren Straßenprotesten. Anhänger der MAS-Partei, der MIP-Partei und des Gewerkschaftsverbandes COB forderten den Rücktritt des Präsidenten und Neuwahlen (Klein W. 2003a, 31; Schwarzbauer 2003). Sie warfen der Regierung vor, sie sei unfähig die wachsenden sozialen Forderungen zu erfüllen.³⁷⁰ Einige Vertreter der MAS-Partei beschuldigten die Regierung Sánchez de Lozada zugleich, dass die Steuerreform eine taktische Maßnahme sei, um in Ruhe die Verhandlungen mit Chile über die Erdgasleitung abschließen zu können (Draeger et al. 2002a, 32; Assies 2004, 29).³⁷¹ Die unterschiedlichen oppositionellen Bewegungen und Parteien konnten von der angespannten politischen Lage nicht weiter profitieren. Ihre Streitigkeiten miteinander und die Uneinigkeit ihrer Strategien verhinderten einen Sturz der Regierung.

In den zwei Tage andauernden gewalttätigen Krawallen zwischen Staatsbeamten, Polizei, Streitkräften und Demonstranten kam es zu mehr als zwei Dutzend Toten und Hunderten Verwundeten, sowie zu erheblichen Schäden an Gemein- und Privatgütern (Pérez Yoma 2004, 129; Goedeking/Suazo 2006, 9).³⁷² Die Regierung zog aus den Zusammenstößen nur eine einzige politische Konsequenz. Sie entließ den Präsidentschaftsminister Carlos Sánchez Berzaín (MNR-Partei). Er musste als Sündenbock herhalten (Muñoz-Pogossian 2008, 161).³⁷³ Der Einsatz der Streitkräfte gegen die Demonstranten legte den Autoritätsverlust offen und zeigte zugleich, dass die Regierung nur noch wenige politische Ressourcen zur Stabilisierung der öffentlichen Ordnung besaß (Klein W. 2003a, 30-31; Costa et al. 2003, 82; Mihaly 2006, 104). Am Ende des sogenannten schwarzen Februars gab es vermehrt gegenseitige Anschuldigungen zwischen Presse, Regierung und Unternehmen, dass hinsichtlich des Erdgasgeschäftes bislang nur wenige Fortschritte erzielt worden seien.³⁷⁴

Nach den gewalttätigen Protesten vom Februar 2003 beauftragte die bolivianische Regierung erneut die katholische Kirche. Die Bischofskonferenz kritisierte drei Monate später in einem offenen Brief die Vorgehensweise der Regierung und der Opposition (CEB 2003a). Die Initiative, die von der Regierung als „Wiedertreffen zwischen Bolivianern“ (*Reencuentro entre bolivianos*) bezeichnet wurde, endete Monate später erfolglos, als die MAS-Partei aus dem Dialog ausstieg (CEB 2003b; Mesa 2007, 599; Muñoz-Pogossian 2008, 164).³⁷⁵ Ende

Februar wies die MAS-Partei darauf hin, die Regierung Sánchez de Lozada habe geplant, unmittelbar nach dem Ende der Demonstrationen gegen das „*Impuestazo*“ ein Abkommen mit Chile zum Pipeline-Bau zu verkünden.³⁷⁶ Evo Morales warnte Präsident Sánchez de Lozada, ein Abkommen mit Chile käme seinem Sturz gleich.³⁷⁷

Die Regierung Sánchez de Lozada erklärte im März 2003, sie werde das Volk bei der Wahl eines Hafens für den Erdgasexport einbeziehen und plane sie mangels eines institutionellen Rahmens, der ein Referendum ermögliche, eine Art unverbindlicher Volksabstimmung oder einen politischen Dialog.³⁷⁸

In diesem Zusammenhang veröffentlichte Anfang März 2003 die Firma Pacific LNG die Ergebnisse der Durchführbarkeitsstudie. Sie war von einer dritten Beraterfirma (*Global Consultant Energy*) ausgeführt worden.³⁷⁹ Sie schloss die Lieferung von Erdgas durch den peruanischen Hafen von *Ilo* vollständig aus, dadurch entstünden erhebliche Mehrkosten, hieß es.³⁸⁰ Hingegen wurde der Export durch chilenische Gebiete und durch den chilenischen Hafen *Patillos* als ökonomisch sinnvoll bewertet.³⁸¹

Der Minister für Kohlenwasserstoff wich einer direkten Antwort auf die endgültige Wahl eines Hafens aus und zog die Legitimität der von der Pacific LNG beauftragten Durchführbarkeitsstudie in Zweifel, da sie die möglichen Einnahmen einer Zusammenarbeit mit dem peruanischen Erdgasvorkommen von *Camisea* außen vor gelassen habe.³⁸² Auf die Aussage des Ministers reagierte der Präsident Sánchez de Lozada heftig. Nur einen Tag nach der Ministeräußerung trat die angespannte politische Lage angesichts der Erdgasfrage erneut offen zu Tage – der Minister für Kohlenwasserstoff Fernando Illanes (MIR-Partei) und der Vizeminister Johnny Nogales (MNR-Partei) mussten zurücktreten.³⁸³

Der am 23. März 2003 veranstaltete Gedenktag zum Verlust der Pazifischen Küste sorgte, wie gewöhnlich, in Bolivien zu einem Aufflammen nationalistischer chilenischfeindlicher Aussagen unter Politikern und in der Presse.³⁸⁴ Wenige Tage vor der Gedenkfeier äußerten auch die Streitkräfte in der Presse eine gewisse Unzufriedenheit über die Wahl eines chilenischen Hafens (Draeger et al. 2002P, 3). Der Außenminister, Carlos Saavedra Bruno (MIR-Partei), antwortete, die bolivianische Regierung werde nicht heimlich ein Abkommen mit Chile vereinbaren³⁸⁵ und Verteidigungsminister Freddy Teodovic (MNR-Partei)

relativierte den Unmut innerhalb der Streitkräfte, die Erklärung werde nur von einer Gruppe pensionierter Militärs vertreten (Draeger et al. 2002P, 4).

Der bolivianische Präsident Sánchez de Lozada wurde noch im März 2003, angesichts einer bevorstehenden neuen Regierungskrise und durch die stetigen Gerüchte, die Führungsspitze der Streitkräfte sei unzufrieden, zu einer Reaktion gezwungen.³⁸⁶ Wie schwach die Machtsituation der Regierung war und wie eng Sánchez de Lozada seinen eigenen Spielraum sah, offenbarte sich in der Entscheidung dem Oberkommandanten der Streitkräfte, General Roberto Claros Flores, ein offenes Schreiben zu schicken. Darin betonte der Präsident, dass die Regierung noch keine Entscheidung in Bezug auf das Erdgasgeschäft getroffen habe.³⁸⁷

Bei der Gedenkfeier zum Meeresverlust und für den bolivianischen Nationalhelden des Salpeterkrieges, Eduardo Abaroa Hidalgo, verschärfte Sánchez de Lozada seinen nationalistischen Ton, indem er die binnenländische Situation des Landes als historische Ungerechtigkeit bezeichnete, deren Lösung eine unverzichtbare Aufgabe sei. Zugleich sprach er sich für die Schaffung einer gemeinsamen Entwicklungsregion zwischen Bolivien, Chile und Peru aus, mit der die bolivianische Forderung nach einem Zugang zum Meer in Erfüllung gehen solle. Sánchez de Lozada vertiefte jedoch seine Ausführung und damit die Reichweite des Projektes nicht konkret.³⁸⁸

Ende März äußerte Sánchez de Lozada in einem Fernsehinterview erneut, dass seine Regierung noch keinen Hafen ausgewählt habe. Die Regierung akzeptierte die Verengung des innerstaatlichen Winset, denn der bolivianische Präsident gestand ein, dass der Regierung, die Entscheidung für einen peruanischen Hafen innenpolitisch leichter gefallen wäre, doch die wirtschaftlichen Gründe bislang für einen chilenischen Hafen sprächen.³⁸⁹

Die Regierung Sánchez de Lozada verkündete Anfang April 2003, dass die Regierung die Entscheidung über die Wahl des Exporthafens nicht allein treffen würde. Sánchez de Lozada erklärte, eine Volksbefragung sei geeigneter.³⁹⁰ Damit brach die Regierung ihr Versprechen, dass sie dem Konzern Pacific LNG gegeben hatte, bis spätestens Anfang April 2003 eine Entscheidung über einen Hafen getroffen zu haben.³⁹¹ Zwei Wochen später traf sich in Spanien der bolivianische Präsident mit Managern, der am Erdgasexport interessierten Erdölgesellschaften und -konzerne (Repsol YPF, British Gas -Pacific LNG- und Panamerican Energy) (Ramos 2005, 57). Im Anschluss wurde von der bolivianischen Regierung und den

Unternehmen darauf hingewiesen, dass der teilprivatisierte ehemalige staatliche Erdölkonzern YPFB („*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*“) auch eine Rolle bei der Erdgasgewinnung und beim Vertrieb spielen solle.³⁹² Die Zusammenkunft von Regierung und Firmen lief jedoch nicht reibungslos ab, da die Manager der Erdölgesellschaften der Regierung erklärten, sie seien mit der Steuer- und Rechtsicherheitslage für die ausländischen Investoren unzufrieden.³⁹³ Nach dem Treffen äußerte der Präsident von YPFB, Raúl Lema, seine Zweifel an einer Erdgaslieferung in die USA. Dies werde durch die politische Instabilität, die soziale Unruhe und durch die gesellschaftliche Ablehnung eines chilenischen Hafens verhindert, argumentierte er.³⁹⁴

Tage später verstärkten die Wirtschaftsakteure den Druck auf die Regierung Sánchez de Lozada und wiederholten ihre Präferenzen. Der Manager von Repsol YPF (Partner vom British Petroleum im Konzern Pacific LNG), Miguel Servián, kündigte an, dass die Prospektion und Bohrungen von weiteren 17 Erdgasbohrungen in der Region von *Margarita* aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt würde, solange die Regierung keinen Hafen wähle, der den Export von Erdgas in die USA ermögliche. Der Präsident des Konzerns Sempra Energy, Darcel Hulse, verkündete gleichzeitig in den USA, dass Sempra die Angebote anderer Firmen in Betracht ziehen wolle, wenn das Projekt Pacific LNG sich weiter verspäte.³⁹⁵

Im April 2003 debattierte die MIR-Partei über den Bedarf einer neuen Kohlenwasserstoff-Politik, da Bolivien bislang nicht ausreichend von seinen Bodenschätzen profitiere.³⁹⁶ Tage später schloss sich die NFR-Partei der Forderung an, das Kohlenwasserstoffgesetz zu reformieren.³⁹⁷ Als Reaktion auf die Aussagen der MIR-Partei zog der Konzern Pacific LNG, die Stabilität und Sicherheit der Rechtsgrundlage für die Investitionen in Bolivien in Zweifel und verlangte ein Statement von Präsident Sánchez de Lozada.³⁹⁸ Gleichzeitig meldeten die bolivianischen Medien, der Manager von Pacific LNG Pedro Vaticón wechsle den Konzern und nehme eine Stelle beim Konzern Atlantic LNG in Trinidad y Tobago ein. Dies wurde vom Vorsitzenden des Konzerns YPFB Raúl Lema als ein Signal des Scheiterns des Projektes gewertet.³⁹⁹

Der neue Minister für Kohlenwasserstoff, Jorge Berindoague (MNR-Partei), erklärte unmittelbar nach seiner Ernennung, dass eine Entscheidung über einen Exporthafen innerhalb von 90 Tagen nach seiner Amtsübernahme fallen werde.⁴⁰⁰ Zur selben Zeit berichtete die

Presse, dass die Verhandlungen mit Chile über ein Freihandelsabkommen stagnierten. Der chilenischen Regierung sei die von Bolivien verlangte steuerfreie Fleisch- und Zuckerelexportquote noch zu hoch, hieß es.⁴⁰¹ Der peruanische Minister für Energie und Bergbau, Jaime Quijandría, wiederholte nach der Amtsübernahme des neuen bolivianischen Ministers für Kohlenwasserstoff, dass das peruanische Angebot für eine Zusammenarbeit im Erdgasbereich weiter gültig sei.⁴⁰²

Pacific LNG meldete im Mai 2003, dass ein Vertrag mit Sempra Energy innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen werden könne, sobald die Regierung ein Abkommen mit Chile für den Bau der Erdgasleitung unterzeichne. Die Manager von Pacific LNG warnten die Regierung Sánchez de Lozada erneut vor der wachsenden Konkurrenz im Erdgasbereich in die USA und wiederholten, das geplante Erdgasgeschäft könne nur durch eine Erdgasleitung durch Chile realisiert werden.⁴⁰³ Die Auswahl eines peruanischen Hafens zum Erdgasexport sei eine reine Strategie der Regierung Quiroga gewesen, um die bolivianische Position in den Erdgasgesprächen mit Chile zu stärken.⁴⁰⁴ Weiterhin kritisierte der Konzern den Stillstand des Erdgasgeschäftes, zeigte sich dennoch zuversichtlich und kündigte zugleich an, in den nächsten Monaten eine weitere Investition in Höhe von 100 Millionen US\$ im Erdgasbereich zu tätigen. Der Manager von Repsol YPF, José María Moreno, behauptete daraufhin, eine weitere Kooperation mit Peru sei für den Konzern angesichts des eigenen peruanischen Erdgasgeschäftes undenkbar.⁴⁰⁵

Im Juni 2003 begann die Regierung eine Aufklärungskampagne über die Chancen eines Erdgasexportes für das Land – sie wollte damit gleichzeitig in der Bevölkerung für das Projekt werben (Assies 2004, 29). Der Außenminister, Carlos Saavedra Bruno (MIR-Partei), konkretisierte zugleich, dass die Entscheidung über den Hafen von der Regierung nach der Durchführung eines Referendums und nicht von den Erdgaskonzernen getroffen werde.⁴⁰⁶ Er reagierte damit auf eine Aussage von Managern der Pacific LNG, die sich für den chilenischen Hafen *Patillos* ausgesprochen hatten.⁴⁰⁷ Die Regierung setzte der Einberufung des Referendums eine Frist bis September 2003.⁴⁰⁸ Der Minister für Kohlenwasserstoff, Jorge Berindoague (MNR-Partei), verkündete den Wunsch der Regierung, das Erdgasgeschäft vor Ende des Jahres in Gang zu bringen.⁴⁰⁹

Anfang Juni 2003 wurden auch kleine Streitigkeiten zwischen den Parteien der Regierungskoalition durch Pressemeldungen bekannt gegeben. Die MIR-Partei verlangte von

Sánchez de Lozada eine stärkere Vertretung in den politischen Ämtern.⁴¹⁰ Vor diesem Hintergrund wiederholte der Manager von BG Group, Paul Jordan, der beste Standort für die Verflüssigungsanlage des Projekts Pacific LNG sei nach Überprüfung von zwölf möglichen Alternativen der chilenische Hafen *Patillos* oder als zweite Option der chilenische Hafen *Mejillones*. Jordan schloss den peruanischen Hafen *Ilo* erneut völlig aus (Ramos 2005, 82).⁴¹¹ Ein Tag später ergänzte der Manager von Repsol YPF, Sergio Gómez, ein peruanischer Hafen komme nur in Frage, wenn Peru deutlich bessere Steuer- und arbeitsrechtliche Bedingungen als Chile anbieten würde.⁴¹² Beinahe im selben Augenblick verkündete der bolivianische Außenminister Carlos Saavedra (MIR-Partei), die Verhandlungen mit Chile für ein Freihandelsabkommen seien vollständig. Aus diesem Anlass kündigte er zugleich an, dass er bei der 33. Generalversammlung von OAS/OEA in Santiago de Chile den bolivianischen Anspruch auf eine Maritimqualität ansprechen werde.⁴¹³

Nur eine Woche später, noch im Juni 2003, und wenige Tage vor einem geplanten Gipfel zwischen den Präsidenten beider Länder zu einem Freihandelsabkommen kam es bei der Generalversammlung von OAS/OEA zu rhetorischen Auseinandersetzungen zwischen den Delegationen beider Länder. Grund dafür war, dass ein bolivianischer Antrag zur konkreten Lösung der binnenländischen Situation abgelehnt worden war. Der chilenische Vizeaußenminister Cristian Barros erklärte, dass zwischen den Ländern keine offene Frage beim Grenz-Thema bestünde. Bolivien antwortete, dass der Verlust der Küste im Salpeterkrieg eine unvergessliche Ungerechtigkeit sei.⁴¹⁴

Trotz der erwähnten Diskussionen verkündete der Außenminister, Carlos Saavedra Bruno (MIR-Partei), dass beide Präsidenten sich ein paar Tage später beim 24. Gipfel des Mercosurs in Asunción (Paraguay) darauf geeinigt hätten, einer Erweiterung steuerbefreiter Waren in einem Freihandelsabkommen zuzustimmen.⁴¹⁵ Der chilenische Präsident Lagos erklärte den Medien, dass die Delegationen während des Gipfels lediglich über das Freihandelsabkommen verhandelt hätten und betonte ausdrücklich, dass diese Ergebnisse seines Erachtens keinen Einfluss auf die Wahl des Gebietes zum Bau einer Erdgasleitung hätten.⁴¹⁶ Die bolivianische Regierung bemühte sich, eine positive Stimmung über das Freihandelsabkommen zu schaffen und teilte aus diesem Grund der Öffentlichkeit mit, dass die Exporte nach Chile im Vergleich zum Vorjahr um rund 58% gestiegen seien. Die Regierung betonte, dass sich mit der erweiterten steuerbefreiten Warenliste der bolivianische Markt allmählich und befristet chilenischen Waren öffne.⁴¹⁷

Allerdings war die Stimmung bei der bolivianischen Regierung Anfang Juli 2003 auf einen Tiefpunkt gelangt, wie eine Umfrage der Firma *Equipos Mori* zeigte.⁴¹⁸ Der bolivianische Präsidentschaftsminister, José Guillermo Justiniano (MNR-Partei), und der Minister für Kohlenwasserstoff, Jorge Berindoague (MNR-Partei), verkündeten, die Regierung sei angesichts der tiefen Wirtschaftskrise verpflichtet, eine schnelle Entscheidung in der Frage des Erdgasgeschäftes zu treffen, es gäbe für Bolivien kein anderes Projekt in solch einer Investitionshöhe, hieß es. Deshalb sei die Suche nach einem zwischen den wichtigsten politischen bzw. gesellschaftlichen Akteuren⁴¹⁹ vereinbarten Konsens mittels präziser und knapper politischer Konsultationen effizienter als die Durchführung einer landesweiten Volksabstimmung.⁴²⁰

Mitte Juli 2003 verkündeten BG Group und Repsol YPF, sie hätten eine Reihe von Maßnahmen getroffen, mit denen sie das Projekt Pacific LNG wieder ankurbeln wollten. Der speziell für das Projekt in Bolivien beauftragte Manager, Guillermo Muñoz, erklärte aus diesem Anlass zugleich, der Konzern Pacific LNG habe der Regierung Sánchez de Lozada bereits vor einem Jahr alle nötige Informationen gegeben und wiederholte erneut, die technischen Studien befürworteten nur die Wahl eines chilenischen Hafens. Muñoz verwies darauf, wenn die bolivianische Regierung sich nicht beeile, würden Konkurrenten das Erdgasgeschäft in die USA übernehmen.⁴²¹

Ende Juli 2003 verständigten sich die transnationalen Konzerne Repsol YPF, Syntroleum und Ivanhoe Energy auf eine Verflüssigung des bolivianischen Erdgases, dies vervollständige das Projekt der Konzerne Pacific LNG, hieß es.⁴²² Anfang August 2003 erklärte die Regierung, dass der Konzern Pacific LNG und das Unternehmen Sempra Energy einen Vertrag zum Export von verflüssigtem Erdgas im Oktober unterzeichnen würden, und dass die Regierung bis Ende Dezember auf die Ergänzung der wirtschaftlichen Durchführbarkeitsstudie warte, damit sie einen zwischen den Firmen ausgehandelten Vertrag ratifizieren könne.⁴²³

Anfang August 2003, als die Popularitätswerte von Sánchez de Lozada bereits unter den zehn Prozent lagen (Assies 2004, 30), überraschte die Regierung mit einem Kabinettswechsel, der die oppositionelle NFR-Partei mit zwei Ministerien ins Kabinett einbezog (OSAL 2003b, 150; Klein W. 2003b, 216; Assies 2004, 40; Mihaly 2006, 106; Muñoz-Pogossian 2008, 162). Die NFR-Partei hatte mit der Regierung Sánchez de Lozada bereits im Juni 2003 begonnen ihre

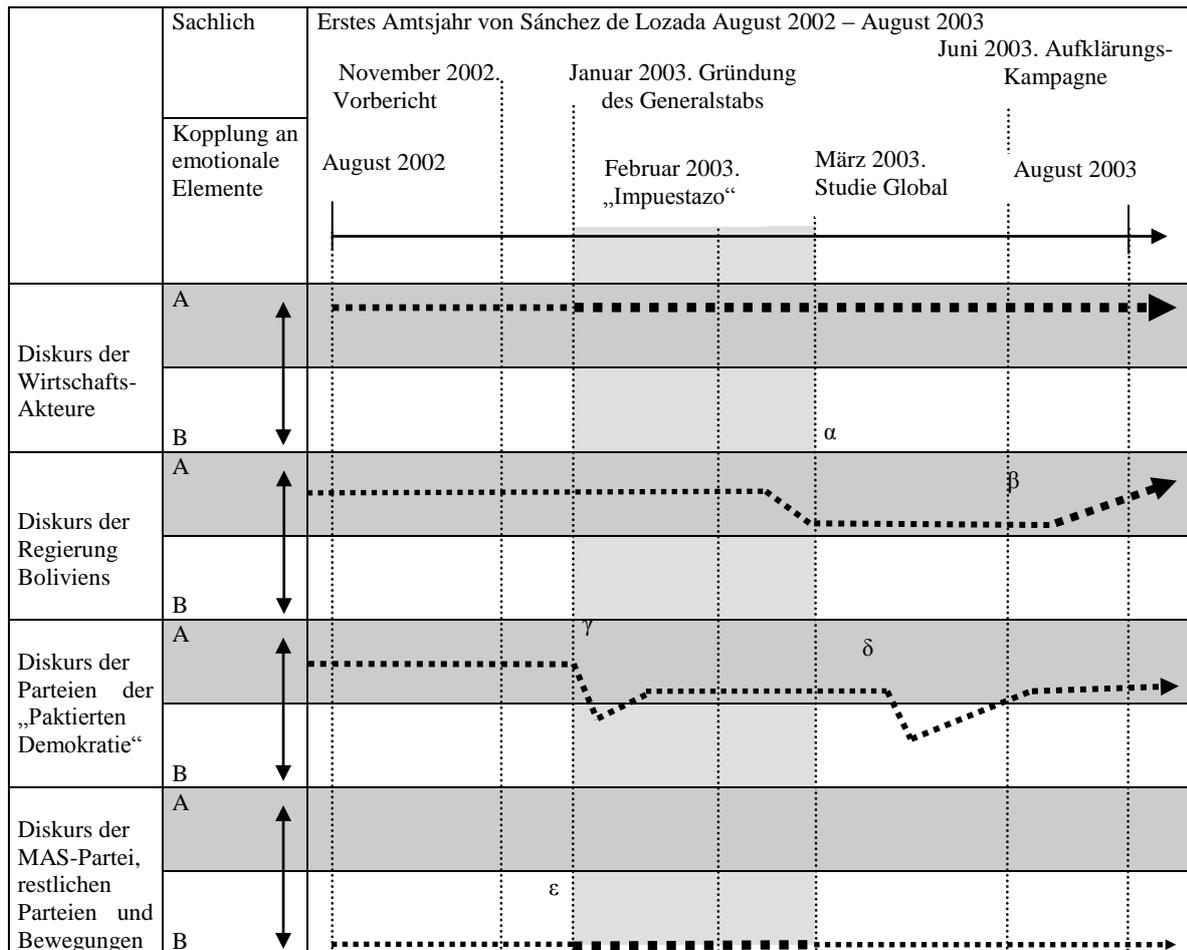
Teilnahme an der Regierungskoalition zu verhandeln; sie blockierte seither nicht mehr die Regierungsentwürfe im Parlament (Hanns-Seidel-Stiftung 2003; Costa et al. 2003, 43). Durch die Beteiligung der NFR-Partei an der Regierungskoalition bekam die Regierung Sánchez de Lozada eine bequeme und unbestreitbare Mehrheit in beiden Kongresskammern.⁴²⁴

Analyse des Zeitabschnitts (Erstes Amtsjahr von Sánchez de Lozada August 2002 – August 2003)

Während dieses Zeitabschnitts wurde ein Abschluss der Erdgasverhandlungen immer wieder unter dem Vorwand von fehlenden Durchführbarkeitsstudien verzögert, die MAS-Partei setzte das „*strategische Framing des Bildes des Patrioten*“ bezüglich der Erdgasverhandlung fort, die Vorwürfe von „Landesverrat“ wurden alltäglich. Auch hinterfragten Parteien der „Paktierten Demokratie“ die Verhandlungen mit Chile und setzten die Regierung weiterhin unter Druck. Als Reaktion auf diese Kritik antwortete die bolivianische Regierung, eine Entscheidung bezüglich der Wahl des Hafens sei nicht getroffen.

Die Wirtschaftsakteure hatten der neuen Regierung ihre Präferenzen bereits vor der Machtübergabe bekannt gegeben: Sie hielten den chilenischen Hafen *Patillos* für die beste und einzige Option und begründeten ihre Präferenzen mit einer von der US-Firma *Bechtel* entworfenen Machbarkeitsstudie. Obwohl der Diskurs der Wirtschaftsakteure bezüglich der Wahl des Transitlandes für den Erdgasexport wenig variierte, zeichnete sich ab Januar 2003 eine veränderte Strategie der Konzerne ab. Ab diesem Zeitpunkt verstärkten sie ihre mediale Präsenz als Reaktion zum *Framing des Patrioten*.⁴²⁵ Sie entfalteten eine mediale Offensive, die ihre Präferenzen der Regierung und der Öffentlichkeit deutlicher als in den Monaten zuvor vermittelte: Sie plädierten nicht nur für die Wahl eines chilenischen Hafens, sie wiesen die Regierung auch darauf hin, dass das Land den Verlust des US-amerikanischen Marktes riskiere. Darüber hinaus verlangten die Investoren, besonders nach der Veröffentlichung der Durchführbarkeitsstudie von *Global Energy* eine rasche Entscheidung von der Regierung Sánchez und schlossen eine Zusammenarbeit mit dem peruanischen Projekt *Camisea* aus fachlichen Gründen mehrfach völlig aus.⁴²⁶ Das Schema der Abbildung 3.05 zeigt den Diskurs der Wirtschaftsakteure mit einer Strichlinie am oberen Rand des Feldes „A“, die sich ab Januar 2003 verstärkt. Während des Zeitabschnittes trafen bilateral zweimal die Präsidenten beider Länder⁴²⁷ und mehrere Male die Verhandlungsvertreter aufeinander.

Abbildung 3.05 Schematische Darstellung der Variation des Diskurses bezüglich der Erdgasverhandlungen⁴²⁸



Die verbliebenen Parteien der „Paktierten Demokratie“ (MNR-, die MIR- und die NFR-Partei)⁴²⁹ verfolgten zwischen August 2002 und Januar 2003 zurückhaltend eine ähnliche Vorgehensweise wie die Regierung Sánchez de Lozada.⁴³⁰ Wie gezeigt, warteten damals die politischen Parteien der „Paktierten Demokratie“ auf die unabhängige Durchführbarkeitsstudie von der Firma *Global Energy Consultants*, die sich ausschließlich auf die wirtschaftliche Effizienz orientieren sollte. Sie vermieden jedoch, über die Kopplung von emotionalen Elementen (Meereszugangsanspruch) offen zu sprechen. Als Reaktion auf die Krawalle Anfang des Jahres 2003 und auf die entsprechende Vertiefung des *strategischen Framing* des *Bildes des Patrioten* der MAS-Partei entschloss sich die regierende MIR-Partei aus strategischen Gründen, das Erdgasprojekt ihrer eigenen Regierung kurzfristig zu kritisieren. Die MIR-Partei stellte das gesamte Erdgasprojekt in Frage und mäßigte sich anschließend in den nächsten Monaten wieder in ihrer Kritik (Wendepunkt γ).⁴³¹ Wie erwähnt, hinterfragten im April 2003 erneut die MIR- und diesmal auch die NFR-Partei das Erdgasgeschäft, sie plädierten nun für eine Reform der gesamten Kohlenwasserstoffpolitik

(Wendepunkt δ). Anschließend mäßigten sie in den Folgemonaten ihre Kritik am Erdgasgeschäft und näherten sich wieder dem Regierungskurs an. Der Außenminister der MIR-Partei setzte die Freihandels- und Erdgasverhandlungen fort und die NFR-Partei wurde Teil der Regierungskoalition.

Wenngleich die MAS-Partei die Erdgasverhandlungen mit Chile weiterhin kritisierte, thematisierte sie zwischen August 2002 und Januar 2003 hauptsächlich andere sozialen Forderungen als das Erdgasabkommen. Ab Januar 2003 belebte die MAS-Partei erneut konsequent das *strategische Framing* des *Bildes des Patrioten* gegen die Erdgasverhandlungen mit Chile. Sie kombinierte ihre nationalistischen Vorwürfe von „Landesverrat“ gegen die als „unpatriotisch“ bezeichnete Regierung Sánchez de Lozada mit dem sozialen Druck der Straßenproteste, die durch die Gründung der Protest-Plattform „*Generalstab des bolivianischen Volkes*“ verstärkt wurden (Wendepunkt ε) (Draeger et al. 2002a, 32). Wenngleich die MAS-Partei sich zu diesem Zeitpunkt an der Spitze mehrerer sozialer Bewegungen bereits positioniert hatte und daher sehr unterschiedliche soziale Forderungen vertrat, erklärte Morales, dass die Ablehnung eines Erdgasabkommens mit Chile ganz im Vordergrund stünde. Die Parteiführung der MAS-Partei beschuldigte die Regierung mehrfach, ein Abkommen mit Chile bereits heimlich getroffen zu haben und lediglich auf die passende Gelegenheit für ihre Ankündigung zu warten. Ab dem Jahr 2003 gelang es der MAS-Partei, insbesondere in den Monaten Januar und Februar, diese Strategie mit anderen linken Parteien und mit sozialen Bewegungen konsequenter zu artikulieren. Die MAS-Partei drohte wiederholt der Regierung, die Erdgasleitung zu sabotieren und die Regierung zu stürzen, falls ein Erdgasabkommen mit Chile unterzeichnet würde. Nach der Veröffentlichung der Durchführbarkeitsstudie der Firma *Global Energy* und der verwirrenden Reaktion der Regierung Sánchez de Lozada zur erwähnten Studie verlor das *strategische Framing* des *Bildes des Patrioten* seine Prominenz im gesamten Diskurs der MAS-Partei, die ihren öffentlichen Diskurs anderen sozialen Forderungen widmete. Der Diskurs der MAS-Partei ist angesichts dieser Umstände mit einer ab Januar 2003 verstärkten Strichlinie am unteren Rand des Feldes „B“ im Schema der Abbildung 3.05 graphisch dargestellt, die nach der Veröffentlichung der Durchführbarkeitsstudie graphisch leicht abgeschwächt wird.

Die Verzögerung der Regierung Sánchez de Lozada

Die abgelaufene Frist des Exklusivitätsvertrags zwischen Erdgaslieferanten und -abnehmer war für Präsident Sánchez de Lozada bereits zu Beginn der Amtszeit eine Herausforderung. Obwohl die Regierung Sánchez kurz nach ihrem Amtsantritt im August 2002 eingestehen musste, dass das Projekt Pacific LNG das einzige Mittel war, um die desaströse bolivianische Wirtschaftslage anzukurbeln, war es trotzdem nicht politisch durchsetzbar. Die politischen Parteien der regierenden Koalition hätten es wegen der vom *strategischen Framing* des *Bildes des Patrioten* entsprechenden Reputationskosten sehr schwer gehabt, ihre Parlamentarier im Kongress für eine Ratifizierung eines Erdgasabkommens zu mobilisieren (Draeger et al. 2002a, 31).

Die ständige Kritik der sozialen Bewegungen an dem Wirtschaftsmodell der Regierung Sánchez de Lozada und die von ihnen geführten sozialen Konflikte produzierte jedenfalls Änderungen bei bestimmten Politiken der Regierung, insbesondere bei der Steuerreform. Sie beeinflussten dennoch nur indirekt die Fortsetzung der Erdgasverhandlungen mit Chile, indem sie die politische Stabilität gefährdeten und dementsprechend den gesamten Spielraum der Regierung begrenzten, so dass sich Präsident Sánchez de Lozada hätte leisten können, in diesem Kontext das „unbeliebte“ Erdgasabkommen zu unterzeichnen.

Wie bereits erwähnt, war der Diskurs der Regierung Sánchez de Lozada über die Wahl des Hafens bis Juni 2003 alles andere als kohärent. Wie in der Narrative gezeigt wurde, wehrte sich die bolivianische Regierung gegen die nationalistische Kritik, indem Präsident Sánchez de Lozada die Entscheidung verschob (Mihaly 2006, 105). „Eine Wahl sei noch nicht gefallen“, hieß es mehrmals von Präsidenten und von Ministern, um auf eine günstigere politische Ausgangslage zu warten.⁴³² Hohe Reputationskosten wären entstanden, wenn sich die Regierung als einziger Befürworter der Wahl eines chilenischen Hafens präsentiert hätte.⁴³³ So schwankte das bolivianische Kabinett zwischen einer rein wirtschaftlichen Entscheidung und einer unverbindlichen Volksbefragung für die Auswahl des Transitlandes, wengleich Präsident Sánchez de Lozada mehrfach behauptete, für seine Entscheidung seien lediglich die Informationen einer auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Durchführbarkeitsstudie erforderlich (Draeger et al. 2002d, 17).

Obwohl die Regierung Sánchez de Lozada kurz nach ihrem Amtseintritt eine unabhängige Durchführbarkeitsstudie verlangte und daher den Investoren und der Öffentlichkeit signalisierte, dass es bei der Wahl des Transitlandes für den Erdgasexport in erster Linie um wirtschaftliche Aspekte gehe, sprach sie sich Anfang des Jahres 2003 mehrfach für eine Art unverbindliche Volksbefragung aus (Wendepunkt α).⁴³⁴ Grund dafür war die erhebliche Verschlechterung des Ansehens der Regierung, auch gab es nach den Krawallen vom Januar und Februar 2003 wenig politischen Spielraum.⁴³⁵ Die Regierung dementierte die wiederholten Vorwürfe eines heimlichen Abkommens mit Chile, dennoch scheiterte sie der Öffentlichkeit den sozialen Nutzen der Gewinne des Erdgasgeschäftes zu erklären (Mihaly 2006, 105).⁴³⁶

Kurz vor Ende dieses Zeitabschnittes distanzierte sich die Regierung Sánchez de Lozada von der Idee einer Volksabstimmung und verkündete die Durchführung unpräziser Konsultationen zwischen den wichtigsten politischen bzw. gesellschaftlichen Akteuren. Anlass für die Diskursänderung sei die tiefgreifende Wirtschaftskrise, die drastische Maßnahmen erfordere, hieß es (Wendepunkt β). Die anschließende Beteiligung der NFR-Partei an der Regierungskoalition im August 2003, die zugleich ein politischer Rettungsversuch der Regierung und ein opportunistischer Schachzug der NFR-Partei war, erweiterte die parlamentarische Mehrheit der Regierung, sie spiegelte sich dennoch nicht in einer raschen Entscheidung eines Transitlandes für den Erdgasexport wider.⁴³⁷

Die Variation des Regierungsdiskurses bezüglich der Erdgasverhandlung mit Chile und ihre Kohärenz mit dem gesamten Regierungsdiskurs wird in der Abbildung 3.05 mit einer schwachen Strichlinie dargestellt, zu Beginn des Zeitabschnittes (August 2002 – August 2003) wird sie am oberen Rand des Feldes „A“ platziert, ab März 2003 verläuft sie am unteren Rand des Feldes „A“ (Wendepunkt α : Durchführbarkeitsstudie und Ankündigung einer Volksbefragung). Kurz vor Ende des Zeitabschnittes steigt sie erneut ab den oberen Rand des Feldes „A“ (Wendepunkt β : Absage eines Referendums aus wirtschaftlichen Gründen).

Das Verhalten der Drittländer⁴³⁸

Der US-Regierung war zwischen April 2002 und Januar 2003 nicht mit einem Botschafter in Bolivien vertreten, dennoch setzte sie sich in dieser Zeit weiter intensiv für die Kokastrauch-

Ausrüttungsprogramme und für die Förderprogramme zu alternativen Anbausorten als einzige Antidrogen-Strategien ein, wenngleich sich diese bereits als unzureichend und höchst unpopulär erwiesen hatten. Die USA verstärkten damit indirekt das Fundament der *Cocalero-Bewegung* und der MAS-Partei in den ländlichen Gebieten, da mehrere Kleinbauern diese Organisationen als einzige Vertreter ihrer Interessen sahen und die Pläne der eigenen Regierung als eine existentielle Bedrohung wahrnahmen. Darüber hinaus mischte sich die US-Regierung aktiv mittels ihrer Behörde *Trade Development Agency* in die Wahl eines chilenischen Hafens für den Erdgasexport ein. So finanzierte die US-Behörde die Kosten einer Durchführbarkeitsstudie der Firma *Global Energy Consultants* mit einer Spende in Höhe von US\$ 380.000. Da sich diese Studie genau wie jene der US-Firma *Bechtel* auf die wirtschaftliche Effizienz konzentrierte, war zu erwarten, dass die neue Studie auch das selbe Ergebnis haben würde: Die Wahl des chilenischen Hafens *Patillos*.⁴³⁹ Trotzdem gelang es der US-Regierung nicht, die Entscheidung der Regierung Sánchez de Lozada zu steuern, vielmehr wurde die Regierungslage sowohl durch die Einmischungen der US-Regierung, als auch durch fehlenden Finanzen geschwächt (Mihaly 2006, 117). Zudem stiegen die innenpolitischen Reputationskosten für solch eine Entscheidung zu stark, so dass Präsident Sánchez, den Abschluss der Erdgasverhandlungen weiter verzögerte.

Die peruanische Regierung Toledo hielt während des Zeitabschnittes ihr Angebot auf eine verlängerbare Frist von 99 Jahren, in der der Hafen *Ilo* genutzt werden könne, aufrecht. Die Regierung Sánchez de Lozada, die rhetorisch eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem peruanischen Erdgas-Projekt *Camisea* in Erwägung gezogen hatte, bewertete im Oktober 2003 das peruanische Angebot wegen der Mehrkosten als unzureichend. Laut Minister Justiniano (MNR-Partei) konnte Peru nur seine Chancen verbessern, wenn es Bolivien einen souveränen Zugang zum Meer zur Verfügung stelle. Die peruanische Regierung Toledo wollte ihr Angebot jedoch nicht abändern und mischte sich – wie erwähnt – durch die Aussage des Ministers Quijandria in die innenpolitische Diskussion über den Hafen ein.

3.4) Unruhe, Aufstand und Repression: Der „Erdgaskrieg“ (August 2003 – Oktober 2003)

Die bolivianische Regierung scheiterte trotz ihrer Aufklärungsversuche mit all ihren Bemühungen, eine Zustimmung innerhalb der Bevölkerung für die Erdgasverhandlungen mit Chile zu erreichen, um eine eventuelle parlamentarische Ratifizierung zu erleichtern. Im September 2003 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der linksorientierten sozialen Bewegungen und der Regierung.⁴⁴⁰ Diese soziale und politische Krise gipfelte im sogenannten „Erdgaskrieg“ („*Guerra del Gas*“)⁴⁴¹, der im Oktober 2003 mit dem Rücktritt und einem Asylantrag des Präsidenten Sánchez de Lozada in den USA endete.

Die Reihe von landesweiten Protesten und Krawallen, die Evo Morales unter dem Namen „Erdgaskrieg“ anführte, brachte die Regierungskoalition ins Wanken. Die MAS-Partei spitzte die innenpolitische Lage beträchtlich zu und erhöhte die *Reputationskosten* der erdgasabkommenfreundlichen Position der Regierung Sánchez de Lozada. Der MAS-Partei war es durch ihr „*strategisches Framing*“ des „*Bildes des Patrioten*“ ausnahmslos gelungen, jede oppositionelle Partei und Bewegung, unabhängig von ihren eigenen ursprünglichen sozialen Forderungen, für ihre nationalistischen Parolen gegen ein Abkommen mit Chile zu gewinnen. Die Situation beeinflusste die innere Policy-Making Boliviens: Der Sturz von Sánchez de Lozada bedeutete zugleich größtenteils das Ende des neoliberalen Regierungsmodells in Bolivien und kann auch als das Ende des langjährigen Erdgasverhandlung-Prozesses zwischen Bolivien und Chile betrachtet werden.⁴⁴² Aus diesem Grund werden die letzten Monate der Regierung Sánchez de Lozada getrennt behandelt.

Mitte August 2003 intensivierten die Investoren von Pacific LNG die mediale Kritik an der unerschlossenen Regierung und sie wiederholten mehrfach, es gäbe keine Pipeline durch Peru. Bolivien verliere wertvolle Zeit gegen seine Konkurrenten um den kalifornischen Markt, hieß es.⁴⁴³

Im September 2003 sollte eine Erklärung des Dialoges zwischen den politischen Akteuren und der katholischen Kirche („Wiedertreffen zwischen Bolivianern“) unterzeichnet werden,⁴⁴⁴ letztendlich signierten das Abkommen nur die Parteivorsitzenden der MNR-, MIR-, NFR- und UCS-Partei ohne die Teilnahme der katholischen Kirche,⁴⁴⁵ sowie der MAS-⁴⁴⁶ und MIP-Partei⁴⁴⁷. Die MAS-Partei, die damals den „Erdgaskrieg“ vorbereitete, weigerte sich, an der

Unterzeichnung teilzunehmen. MAS-Parteichef Evo Morales setzte die Unterschrift mit einer Befürwortung für einen Erdgas-Export durch Chile gleich. Morales zufolge unterstützte die Kirche die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung.⁴⁴⁸ Die MAS-Partei kritisierte die Themen des Dialoges, darunter hätte die MAS-Partei gern auch eine Diskussion über die Auswahl des Hafens bzw. den dazu gehörigen Pipelineverlauf, die Wahl einer Verfassungsversammlung und eine Veränderung des Wirtschaftsystems gesehen.⁴⁴⁹ Morales erklärte zugleich, die sozialen Bewegungen hätten es satt, von der Regierung ständig ignoriert zu werden.⁴⁵⁰

Am 2. September 2003 erklärten die MAS, MIP, FEJUVE von *El Alto* sowie der sogenannte „Generalstab des bolivianischen Volkes“ der Regierung den sogenannten „Erdgaskrieg“ (Assies 2004, 30; Ramos 2005, 69).⁴⁵¹ Als eine der ersten Aktionen organisierten die linksgerichteten oppositionellen Parteien und Bewegungen einen Teilnehmerstarken Marsch nach *La Paz*, um gegen den Bau einer Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet zu demonstrieren.⁴⁵² Dass vom Veranstalter angekündigte Hauptmotiv für die Proteste war die polarisierende Frage, ob das Erdgas den Bolivianern oder den Chilenen gehörte.⁴⁵³ Am 11. September 2003 verkündete Felipe Quispe vor seinen Anhängern, sie seien in einem Bürgerkrieg involviert (Ramos 2005, 73) Die Protestpläne verzögerten sich zunächst, da Evo Morales und Felipe Quispe Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Proteststrategien hatten – damit produzierten sie gewisse Spannungen zwischen der MAS- und der MIP-Partei.⁴⁵⁴

Der bolivianische Verteidigungsminister Carlos Sánchez Berzaín erklärte, dass die Regierung keinerlei Entscheidung in der Frage der Wahl des Hafens für den Erdgasexport getroffen habe, und erklärte bei einem Besuch einer Militärkaserne, den zahlreich erschienenen Journalisten, dass die Regierung Sánchez de Lozada keine Blockade der Landstraßen dulde. Der Minister drohte mit dem Einsatz der Streitkräfte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung (Ramos 2005, 73-74).⁴⁵⁵ Die Äußerungen wurden wenige Tage später wahr, als Konvois der Streitkräfte und der Polizei die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte auf den Landstraßen sicherten (Auzá 2004, 19; Horst 2005, 84).⁴⁵⁶

Ein weiterer politischer Streitpunkt war die von der Regierung entworfene Reform des Steuergesetzbuches, mit der die Regierung Sánchez de Lozada hoffte, die Staatskasse zu sanieren. Die Reform beinhaltete, wie das „*Impuestazo*“ von Februar 2003 keine Steuererhöhung, stattdessen sah sie ein vereinfachtes Verfahren gegen Steuersünder vor. Die

Regierung hoffte durch die Abdeckung von Steuerhinterziehung auf große Gewinne.⁴⁵⁷ Die MAS-Partei hielt die Steuerreform für einen Fehler der Regierung und klagte gegen die Reform vor dem Verfassungsgericht. Die Aufhebung der Reform gehörte zur langen Liste der politischen Forderungen der Partei.⁴⁵⁸

Da die Proteste der Opposition eskalierten, entschloss sich die bolivianische Regierung, ihre Aufklärungskampagne über den Nutzen höherer Einnahme durch das Erdgasgeschäft für die Bevölkerung zu beschleunigen und zu vertiefen. Die Regierung plante landesweit von mehr als 400 Aufklärungs-Seminaren zum Erdgasexport-Projekt, mit denen sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Streitkräfte in den Kasernen informiert werden sollten.⁴⁵⁹ Darüber hinaus verteidigte die Regierung zum ersten Mal die Wahl des chilenischen Hafens *Patillos* als beste logistische Option anhand der fachlichen Machbarkeitsstudien (Ramos 2005, 78). Dennoch betonte der Vizeminister für Kohlenwasserstoff, Mario Requena, dass die Regierung weitere politische Konsultationen über einen etwaigen Exporthafen und über den Verlauf der Erdgasleitung wünschte.⁴⁶⁰ Präsident Sánchez de Lozada reagierte auf die Kritik der Opposition, indem er behauptete, dass die eventuelle Wahl eines chilenischen Hafens kein Widerspruch zum traditionellen bolivianischen Meeresanspruch bedeuten würde,⁴⁶¹ Bolivien habe keinesfalls vor, Erdgas nach Chile zu exportieren, wehrte er sich. Das Erdgas solle lediglich durch einen chilenischen Hafen weiterhin in die USA geliefert werden, hieß es.⁴⁶²

Mitte September 2003 versicherte der Vizeminister für Kohlenwasserstoff, Mario Requena (MIR-Partei), während eines Aufklärungs-Seminars über das Erdgasgeschäft in der Provinz *Tarija*, dass die Einnahmen aus dem Erdgasexport nur für soziale Leistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich ausgeben werden sollten und die eventuelle Wahl eines chilenischen Hafens wegen wirtschaftlicher Belange gerechtfertigt sei (Ramos 2005, 78).⁴⁶³ Die Regierung verkündete, die Aufklärungskampagne nicht in Spannungsgebieten einzusetzen, um politische Unruhen zu vermeiden.⁴⁶⁴ Der „Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases“ rief zu Protesten auf, um sich gegen den Erdgasexport durch einen chilenischen Hafen und die geplante Freihandelszone Amerikas (FTAA/ALCA) zu wehren (OSAL 2003c, 148).

Der Oppositionsführer Evo Morales verkündete, falls sich die Regierung Sánchez de Lozada für eine Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet entscheide, werde im Land ein bürgerkriegsähnlicher Konflikt entstehen, der den Fall der Regierung zur Folge hätte.⁴⁶⁵ Morales erklärte, dass durch die vom „*Generalstab des bolivianischen Volkes*“ organisierten

Proteste die ablehnende Haltung des bolivianischen Volkes zum Erdgasexport durch einen chilenischen Hafen offenbar werde.⁴⁶⁶ Morales beschuldigte die bolivianische Regierung, einen Selbstputsch („*Autogolpe*“) durchführen zu wollen. Sánchez de Lozada sei willig, die Demokratie zu opfern, um Erdgas an Chile verkaufen zu können.⁴⁶⁷ Am 19. September 2003 organisierten Anhänger und Sympathisanten verschiedener sozialer Bewegungen sowie der MAS- und MIP-Partei Straßenmärsche in zahlreichen Städten Boliviens (Muñoz-Pogossian 2008,164).⁴⁶⁸ Zu diesem Zeitpunkt erklärte die chilenische Regierung Lagos erneut, dass das chilenische Angebot für die langfristige Nutzung eines Hafens, die Bewilligungen für den Bau einer Erdgasleitung und die Errichtung einer steuerbefreiten Sonderverwaltungszone ohne Zuweisung von Hoheitsrechten weiterhin bestehe (Ramos 2005, 85).⁴⁶⁹

Innerhalb der Regierungskoalition schieden sich die Geister am Thema. Die NFR- und die MIR-Partei distanzieren sich von der MNR-Partei und versuchten ihre Diskurse, der neuen politischen Situation anzupassen. Während sich die MNR-Partei für vage politische Konsultationen aussprach, setzten sich die MIR-Partei und die NFR-Partei mit verschiedener Intensität und populistischer Rhetorik für die Einbeziehung der Souveränitätsfrage in die Verhandlungen mit Chile ein. Das Vorhaben von Sánchez de Lozada scheiterte zunächst am Meinungsumschwung des Begründers der MIR-Partei, Jaime Paz Zamora, und des Vorsitzenden der NFR-Partei, Manfred Reyes Villa. Mitte September 2003 entfernten sie sich von der Regierungsposition und behaupteten, Bolivien solle kein Erdgasabkommen mit Chile vereinbaren, solange Chile keinen souveränen Meereszugang zur Verfügung stelle.⁴⁷⁰ Damit verschwand die Möglichkeit, ein Erdgasabkommen, das die Regierung im bolivianischen Kongress auch gegen die Stimmen der oppositionellen MAS-Partei ratifizieren lassen konnte, endgültig.

Am 20. September 2003 wurde eine misslungene Rettungsaktion der Streitkräfte, bei der es mehrere Todesopfer gab, zwischen Evo Morales und Sánchez de Lozada zum Zünglein an der Waage. Die Regierung Sánchez de Lozada hatte sich für den Einsatz der Streitkräfte zur Rettung von ca. 800 Touristen – von denen 68 Ausländer waren, darunter Deutsche, Briten, Neuseeländer, und US-Amerikaner⁴⁷¹ – entschieden, die seit Mitte September in der Stadt *Sorata* durch die von Anhängern der MIP-Partei organisierten Landstraßenblockaden fest saßen (Condori L. 2004, 113; Pérez Yoma 2004, 139; Ramos 2005, 90; Schroeder 2007, 108; Romero 2005, 18; Muñoz-Pogossian 2008, 165).⁴⁷² Bei der Rettungsaktion starben im kleinen Dorf *Warisata* ein Soldat und fünf Zivilisten, einschließlich ein Kind (Auzá 2004, 16; Torres

2004a, 151; Cajías 2006, 43; Mihaly 2006, 107⁴⁷³). Wenige Tage später verlangte der Gewerkschaftsverband COB zuerst den Rücktritt von Verteidigungsminister Carlos Sánchez Berzaín⁴⁷⁴ und anschließend den Rücktritt von Präsident Sánchez de Lozada, sowie die sofortige Stilllegung des Erdgasgeschäftes.⁴⁷⁵ Die regierenden Koalitionsparteien lehnten die Forderungen des Gewerkschaftsverbands ab und bezeichneten sich als antidemokratisch.⁴⁷⁶ Währenddessen verteidigte der Vizepräsident Carlos Mesa Gisbert vor der UNO-Generalversammlung in Washington die Bemühungen der Regierung Sánchez de Lozada zur Stabilisierung der politischen Lage. Mit der Beteiligung der NFR-Partei an der Regierung habe man auf eine große Parteienkoalition abgezielt, die die Demokratie repräsentiere.⁴⁷⁷ Für mehrere Beobachter waren die Ereignisse von *Warisata* der wichtigste Wendepunkt des Gaskrieges, sie seien die Ursache der Eskalation der Proteste und des Verlustes der politischen Unterstützung der Regierung innerhalb des Mittelstandes sowie Auslöser des Regierungskoalitionsbruchs gewesen (Dominguez 2005, 10; Mihaly 2006, 108).⁴⁷⁸

Der bereits angekündigte Zeitpunkt für die Unterzeichnung des Erdgasliefervertrages zwischen Sempra Energy und Pacific LNG verzögerte sich bis Ende Septembers 2003. Während sich die Regierung bemühte, das Ereignis als Gelegenheit für weitere wichtige Verhandlungen zu bezeichnen, legte die Presse die Verspätung als reine Folge der internen Unruhen aus.⁴⁷⁹ Der gleichzeitig vom Gewerkschaftsdachverband COB angekündigte unbefristete Generalstreik⁴⁸⁰ und die Bekanntgabe eines Vertrages (*Camisea* Erdgasprojekt) zwischen den peruanischen Erdgasfirmen und der belgischen Erdgasfirma Tractabel zum Verkauf verflüssigten Erdgases (LNG) nach Mexiko bestärkten diese Einschätzung (Tractabel 2003, 1).⁴⁸¹

Anfang Oktober 2003 fanden in Bolivien zwei Wochen lang soziale Unruhen statt.⁴⁸² Mehrere neue Gewerkschaften und soziale Bewegungen verkündeten, sich den Protesten anzuschließen (Ramos 2005, 105-114).⁴⁸³ In den großen Städten Boliviens entstanden bereits während der ersten Oktoberwochen Versorgungsengpässe, Lebensmittel und Benzin wurden durch die Stilllegung zahlreicher Zufahrtsstraßen knapp. Die wenigen blockadebrechenden Lastkraftwagen waren wegen der heftigen Angriffe von Demonstranten bereits schwer beschädigt.⁴⁸⁴

Der bolivianische Präsidentschaftsminister José Guillermo Justiniano (MNR-Partei) rechtfertigte am 1. Oktober 2003 die Vorgehensweise der Exekutive und erklärte, die Regierung Sánchez

de Lozada erfülle die Beschlüsse des Dialoges „*Wiedertreffen zwischen Bolivianern*“ (Ramos 2005, 171). Justiniano beschuldigte somit Evo Morales und die Opposition, sie seien nicht gesprächsbereit. Am selben Tag wandte sich Präsident Sánchez de Lozada in einer Fernsehsendung an die Öffentlichkeit und behauptete, seine Regierung lade die Opposition zu einem politischen Dialog ein.⁴⁸⁵ Wenige Tage später wiederholte Sánchez de Lozada, seine Regierung stehe für politische Gespräche mit der Opposition zur Verfügung und behauptete außerdem, die Mehrheit der Bolivianer leide an den Versorgungsengpässen und nur eine Minderheit beteilige sich an den Protesten, so dass die Erklärung der Opposition, Bolivien sei am Rande eines Bürgerkrieges, nicht der Wahrheit entspreche (Draeger 2004a, 4).⁴⁸⁶ Am selben Tag überfluteten Proteste, die vom Gewerkschaftsverband COB ausgerufen worden waren, die Straßen von *La Paz*. Es sollte damit gegen den Erdgasexport in die USA durch einen chilenischen Hafen und gegen die Freihandelszone Amerikas (FTAA/ALCA) sowie für den Rücktritt des Präsidenten Sánchez de Lozada protestieren werden (OSAL 2003c, 149).

Während der ersten beiden Oktoberwochen breiteten sich die Blockaden ebenso die Angriffen und Plünderungen von Handels- und Lebensmittelfrachten sowie die Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Demonstranten und Staatsgewalt auf das gesamte Land aus. Eine Blockade des Flughafens führte zur zwischenzeitlichen Isolation des Landes. Die Regierung Sánchez de Lozada drohte, sie sehe keinen anderen Weg als die Ausrufung eines Ausnahmezustandes.⁴⁸⁷

Der Gewerkschaftsverband COB und der Nachbarschaftsbund der Stadt El Alto (FEJUVE) wiesen die Drohung der Regierung zurück und forderten unter dem Slogan „*Nein zum Erdgasverkauf durch Chile*“ („*No a la venta de Gas por Chile*“), ihre Anhänger auf, sie sollten beim Generalstreik, den Märschen und Straßenblockaden durchhalten (Condori L. 2004, 127). Evo Morales interpretierte die Warnungen als Signal der Vorbereitung eines Selbstputsches⁴⁸⁸ und forderte Präsident Sánchez de Lozada auf, endlich seinen Hut zu nehmen.⁴⁸⁹ Die bolivianische Regierung sei schuldig, da sie das bolivianische Erdgas an Chile abgeben wolle.⁴⁹⁰ Der Senator der MAS-Partei, Filemón Escóbar, beschuldigte die Regierung Sánchez de Lozada, sie habe bereits den Erdgasexport nach Chile vereinbart. Escóbar begründete seine persönliche Auslegung mit einem Brief des Finanzministers Javier Comboni Salinas (MNR-nah) an den IWF. Evo Morales hielt der Regierung vor, sie belaste das Land mit erheblichen Schulden.⁴⁹¹ Die Anschuldigung, die Regierung Sánchez de Lozada habe eine heimliche Vereinbarung zugunsten der ausländischen Konzerne und für Chile getroffen,

wurde wiederholt von verschiedenen Politikern und Aktivisten der Opposition im Oktober 2003 behauptet (CNRDG 2003, 69; Ramos 2005, 71; Mihaly 2006, 105).⁴⁹²

Präsident Sánchez de Lozada begründete seine Ablehnung einer Verfassungsversammlung, die einen Tag zuvor der katholische Bischof der Stadt *Potosí* vorgeschlagen hatte,⁴⁹³ mit der Tatsache, dass eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses bereits solche Befugnisse besessen habe. Der Opposition aber nützte das Parlament wenig, da sie zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit im nationalen Kongress besaß (Condori L. 2004, 131).⁴⁹⁴

Mit Beginn der zweiten Oktoberwoche 2003 spitzte sich der „Erdgaskrieg“ zu. Der Regierung war es bislang nicht gelungen, die sozialen Unruhen abzuschwächen.⁴⁹⁵ Am 11. Oktober 2003 rief Präsident Sánchez de Lozada per Dekret (sogenannte *Decreto Supremo 27209*) den Ausnahmezustand im ganzen Land aus und befahl den Streitkräften nach Bedarf die Anwendung von Gewalt, um die Ölversorgung in der Stadt *La Paz* wieder herzustellen (Faundes 2004, 7; Ramos 2005, 134). Zu diesem Zeitpunkt stand die Regierung bereits wegen ihrer verordneten polizeilichen Repressionen stark in der Kritik. Nach tagelangen Benzin-Engpässen in der Stadt *La Paz*, die durch Landstraßenblockaden⁴⁹⁶ und durch die Blockade der Öllagerhalle von *Senkata*⁴⁹⁷ in der Nachbarstadt *El Alto* (Draeger 2004a, 9; Goedeking/Suazo 2006, 9)⁴⁹⁸ entstanden waren, war *La Paz* vollständig isoliert, so dass am 11. Oktober 2003 Regierung Sánchez de Lozada der Ausnahmezustand ausrief. Die Streitkräfte sollten gegen die Landstraßenblockade nahe *La Paz* vorgehen (Faundes 2004, 7) und die 16 Öltransporte von *El Alto* nach *La Paz* durch Konvois der Streitkräfte schützen (Auzá 2004, 17; Mamani 2006, 45). Die Strategie war für den Schutz der Öltransporte erfolgreich, dennoch töteten die Streitkräfte bei der Aktion mehr als drei Personen, zudem gab es mehrere Tote und Verwundete am selben Tag im ganzen Land durch weitere Auseinandersetzungen (OSAL 2003c, 151; Ramos 2005, 133).⁴⁹⁹

Als Reaktion auf die Militäraktion stellte die Opposition durch den „Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases“ folgende Forderungen: Der unmittelbare Rücktritt des Präsidenten Sánchez de Lozada, die Novellierung des Kohlenwasserstoffgesetzes, die Berufung einer Verfassungsversammlung und den sofortigen Abbruch der Erdgas- und Freihandelsverhandlungen mit Chile (Gutierrez 2003, 2). Die MAS-Partei wies darauf hin, die Regierung Sánchez de Lozada führe ein Massaker von Genozid-Ausmaß durch, dessen Ziel die Verteidigung des Konzerns Pacific LNG sei.⁵⁰⁰

Die Regierung Sánchez de Lozada erließ am 12. Oktober 2003 ein Dekret (*Decreto Supremo 27210*), das die Regierung verpflichtete, den Erdgasexport zu stoppen, so lange nicht ein umfassender Konsultationsprozess im Land beendet sei (Draeger 2004a, 7; Condori L. 2004, 137;).⁵⁰¹ Die bolivianische Regierung zielte darauf ab, mit der Opposition eine Waffenruhe zu vereinbaren. Die MAS-Partei lehnte jedoch die Pläne der Regierung vollständig ab. Morales erklärte die unverbindlichen Konsultationen der Regierung seien nicht ausreichend. Stattdessen forderte die MAS-Partei ein Referendum⁵⁰² und den Rücktritt des Präsidenten (Romero 2005, 19). Für den Fall eines Rücktritts kündigte Morales seine Unterstützung einer eventuellen Regierung des Vizepräsidenten Carlos Mesa an und stellte als Bedingung, dass Mesa eine Verfassungsversammlung einberufen und das Erdgasgeschäft stilllegen solle (Ramos 2005, 143).⁵⁰³ Aus den Reihen der Opposition stellte sich nur die ADN-Partei auf die Seite des Präsidenten und kritisierte die Protestbewegung (Ramos 2005, 174).

In einer Domino-Effekt-ähnlichen Folge von Ereignissen zerbrach die Regierungskoalition von Sánchez de Lozada. Am 13. Oktober 2003 stieg zunächst Vizepräsident Carlos Mesa Gisbert aus der Koalition aus, er war wenige Tage zuvor noch von Präsident Sánchez de Lozada gelobt worden (Auzá 2004, 21; Condori L. 2004, 136; Mesa 2008, 72).⁵⁰⁴ Mesa sprach sich gegen die Anwendung polizeilicher Repression gegen die Zivilbevölkerung und gegen ein Erdgasabkommen mit Chile aus, wenn es nicht an den Meereszuganganspruch gekoppelt sei. Er hielt es für sicher, dass im Falle einer Unterzeichnung eines Abkommen noch gewaltsamere Protesten stattfinden würden (Draeger 2004a, 8; Mesa 2008, 66).⁵⁰⁵ Mesa erklärte später, er nehme Abstand von der Regierungskoalition, trete von seinem Amt jedoch nicht zurück. Damit galt er als unmittelbarer Nachfolger von Sánchez de Lozada im Falle eines Rücktritts des Präsidenten (OSAL 2003c, 151; Pérez Yoma 2004, 140; Arrarás/ Deheza 2005, 161; Ramos 2005, 175; Mesa 2008, 73).⁵⁰⁶ Ähnlich begründete der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Außenhandel und Investitionen, Jorge Torres Obleas (MIR-Partei), seinen Rücktritt (Assies 2004, 31; Pérez Yoma 2004, 140; Ramos 2005, 146).⁵⁰⁷ Am selben Tag stellte sich der Bürgermeister der Stadt *El Alto*, José Luis Paredes Muñoz (MIR-Partei), auf die Seite der Demonstranten und forderte den Rücktritt des Präsidenten (Condori L. 2004, 28).

Obwohl die MIR-Partei die Vorgehensweise der Regierung gegen die Zivilbevölkerung verurteilte, entschied sie sich als erste, Präsident Sánchez de Lozada zu unterstützen. Jaime

Paz Zamora erklärte, der Ausstieg von Minister Torres Obleas stehe nicht für die politische Meinung der MIR-Partei, dennoch rebellierten mehrere Abgeordneten der MIR-Partei und verlangten vom Vorsitzenden, die Regierung zu verlassen (Condori L. 2004, 140; Ramos 2005, 155). Der Vorsitzende der NFR-Partei, Manfred Villas Reyes, zögerte anfänglich, einen Beschluss zu fassen, dann entschied er sich gegen eine Minderheit in der Partei, die Regierungskoalition weiter zu unterstützen.⁵⁰⁸ Sánchez de Lozada bedauerte den Rückzug des Vizepräsidenten und den Rücktritt des Ministers Torres, wiederholte jedoch, er regiere bis zum Ende seiner Amtszeit (Draeger 2004a, 8; Ramos 2005, 173).⁵⁰⁹ Die Oberkommandos der Polizei und der Streitkräfte erklärten, den Präsidenten weiter zu unterstützen und forderten die Bevölkerung auf, sich der Staatsgewalt nicht länger zu widersetzen. Auch plädierten mehrere Unternehmerverbände für die Fortsetzung der Regierung Sánchez de Lozada und die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung.⁵¹⁰

Am 16. Oktober 2003 gab Präsident Sánchez de Lozada dem Druck der Opposition nach und verkündete, die Regierung sei für die Einberufung einer Verfassungsversammlung, für die Revision des Gesetzes für Kohlenwasserstoffe und die Durchführung eines Referendums zum Erdgasgeschäft, das aber konsultativer Natur sein sollte (Draeger 2004a, 14; Pérez Yoma 2004, 141). Regierungssprecher Mauricio Antezana (MNR-Partei) betonte wiederholt, die Regierung sei gesprächsbereit, er bezeichnete jedoch die Opposition als Putschisten (Draeger 2004a, 7).⁵¹¹ Die Anführer der Protestbewegung lehnten das Regierungsangebot umgehend ab, es käme zu spät und sei unzureichend (OSAL 2003c, 152). Am selben Tag führte die Opposition eine Demonstration auf den Straßen der Stadt *El Alto* durch. Es kam erneut zu Konfrontationen mit der Staatsgewalt mit zahlreichen Verwundeten.⁵¹² Am selben Tag näherten sich der Stadt *La Paz* zahlreiche Gruppen von Demonstranten, u.a. mit Dynamit bewaffnete Bergbauarbeiter aus den Städten *Oruro* und *Huanuni* (Auzá 2004, 17; Condori L. 2004, 28; Cajías 2006, 43).⁵¹³

Am 17. Oktober 2003 verließen NFR- und MIR- Partei nacheinander folgend die Regierungskoalition und ließen die MNR-Partei allein in der Regierung zurück (Pérez Yoma 2004, 142; Ortiz 2007, 282).⁵¹⁴ Die ehemaligen Koalitionspartner beschuldigten vor allem die MNR-Partei, Präsident Sánchez de Lozada und einige seiner Minister für die politischen und strafrechtlichen Folgen der Repressionen (Draeger 2004a, 17; Condori L. 2004; Ramos 2005, 175; Mesa 2008, 79).⁵¹⁵ Nach dem Austritt der Koalitionspartner aus der Regierung trat Sánchez de Lozada vom Präsidialamt zurück und beantragte Asyl im Ausland (OSAL 2003c,

153; Pérez Yoma 2004, 142).⁵¹⁶ Sánchez de Lozada beschuldigte Evo Morales, den grundlegenden Konsens eines demokratischen Landes zu verkennen. So sei die MAS-Partei aus eigenen Machtinteressen nicht zum Dialog bereit gewesen. Den oppositionellen Parteien sei es gelungen, nicht nur ihn sondern auch die demokratisch gewählte Regierung mittels gewalttätiger und verfassungswidriger Mittel zu stürzen, sagte Sánchez de Lozada.⁵¹⁷ Die Opposition hätte den Bau der Erdgasleitung durch Chile lediglich als Ausrede für die Krawalle genutzt. Mehrmals bezeichnete Sánchez de Lozada sich selbst als Opfer eines von ausländischen Akteuren und transnationalen Drogenkartellen organisierten und finanzierten *Coup d'État* (Draeger 2004a, 14; Klein W. 2003b, 216; ICG 2004, 1; Assies 2004, 25; Gutiérrez S. 2005; Ramos 2005, 173).⁵¹⁸

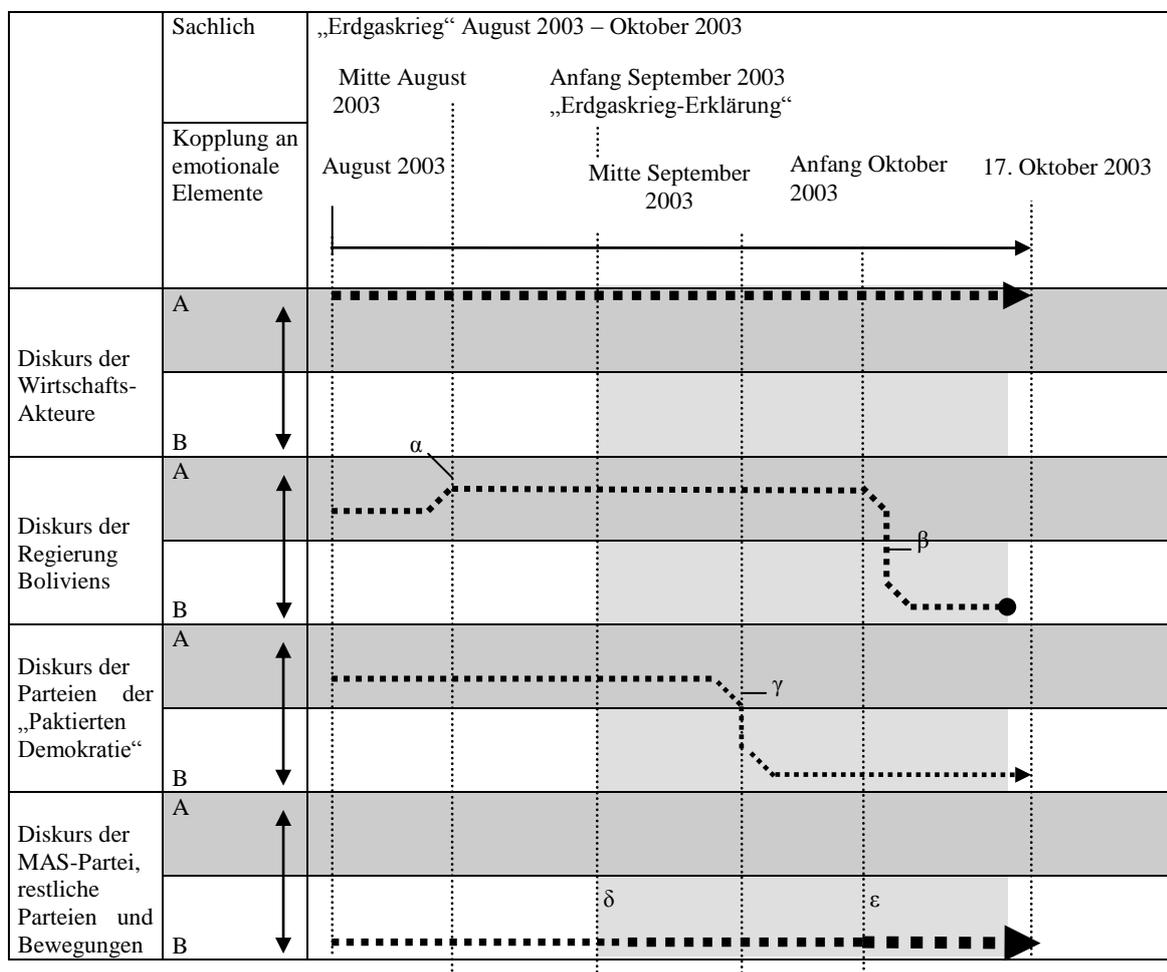
Am Ende des Gaskrieges lag die Bilanz der Todesopfer bei den Auseinandersetzungen bei rund 70 Personen. Die von der Regierung gegen die oppositionellen Anhänger angeordnete polizeiliche Repression führte außerdem zu zahlreichen Verwundeten. In nur wenigen Tagen war es auch wegen der Protesten zu erheblichen materiellen Schäden sowohl an privaten Gebäuden und Fahrzeugen, als auch an Staats- und Gemeingüter gekommen.

Analyse des Zeitabschnitts („Erdgaskrieg“)

Die Abbildung 3.06 stellt die Variation des Diskurses der relevantesten innerstaatlichen Akteure Boliviens in den letzten drei Monaten der Regierung Sánchez de Lozada graphisch dar. Es handelt sich im Vergleich zum vorherigen um einen sehr kurzen Zeitabschnitt. Dennoch zeigt sich wegen der Komplexität der damaligen politischen Lage, dass die Ereignisse, die zum Rücktritt des Präsidenten führten, besser im Einzelnen analysiert werden sollten, um die Rolle des *strategischen Framing* der MAS-Partei zu bewerten und begrenzen. Die Wahrnehmung, dass die Regierung Sánchez de Lozada die Wahl eines chilenischen Hafens für den Erdgasexport nicht weiter aufschieben konnte, wurde für die Opposition zum Auslöser von Protesten gegen die Regierung (Fritz/Nolte 2003, 317; Larraín L. 2003, 106; García et al. 2006, 266). Insbesondere für die MAS-Partei, die durch eine chilenischfeindlich nationalistische Rhetorik, die sich im Satz „*nichts für oder durch Chile*“ („*Nada por Chile ni para Chile*“) zusammenfassen ließ (Murillo de la Rocha 2004,159), war dies eine Gelegenheit, die Opposition zu führen und zusammenzuhalten, sowie die soziale Unzufriedenheit zu kanalisieren.⁵¹⁹

Wie bereits aufgezeigt, spielte wiederum das konstante Verhalten von Chile in der bolivianischen innenpolitischen Diskussion um das Erdgasgeschäft kaum eine Rolle, beide Länder führten weiterhin die Freihandelsverhandlungen und verschoben den Abschluss eines Erdgasabkommens auf einen anderen Zeitpunkt. Während dieser Zeitspanne entwickelten sich die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Peru nicht weiter. Die Einmischungen ausländischer Regierungen während des „Erdgaskrieges“ scheinen zweitrangig für die Änderungen der innenpolitischen Situation, zu sein die eher von massiven Protesten geprägt war.

Abbildung 3.06 Schematische Darstellung der Variation des Diskurses bezüglich der Erdgasverhandlungen



Zunächst erwies die Analyse des Diskurses der Wirtschaftsakteure, dass sich dieser während des Zeitabschnittes weiterhin auf ein *Frame* der Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes gründete. Die Wirtschaftsakteure betonten erneut mehrfach ihre Präferenzen bezüglich der Erdgasverhandlungen mit den Nachbarländern: Nur ein Erdgasabkommen mit Chile sei anhand der fachlichen Machbarkeitsstudie zweckmäßig. Sie warfen der Regierung Sánchez de

Lozada vor, ihre Unentschlossenheit verschlechterte die bolivianischen Chancen, sich gegen ausländische Konkurrenz durchzusetzen. Aus diesen Gründen zeigt das Schema der Abbildung 3.06 den Diskurs der Wirtschaftsakteure mit einer Strichlinie mit derselben Stärke wie die des vorherigen Zeitabschnitts am oberen Rand des Feldes „A.“

Die verbliebenen und zur Zeit regierenden Parteien der „Paktierten Demokratie“ (MNR-, MIR- und NFR-Partei) unterstützten weiterhin zurückhaltend die Strategie ihrer Regierung bezüglich der Erdgasverhandlungen mit Chile, d.h. die Verschiebung einer Entscheidung und eine Aufklärungskampagne zum Thema, wenngleich sich Teile der MIR- und der NFR-Partei dagegen aussprachen. Mittels der unaufhaltsamen Ausbreitung des *Frames des Patrioten*, der mittlerweile die ganze Opposition vereinte, wurde das Abkommen mit Chile immer unbeliebter, obwohl beide Länder zu diesem Zeitpunkt so gut wie alle zu verhandelnden Fragen für ein Abkommen geklärt hatten.⁵²⁰ Zwischen August 2003 und Mitte September 2003, als noch ein Ausweg aus der innenpolitischen Lage mittels eines von der katholischen Kirche vermittelten politischen Dialogs möglich war, konnten die Parteiführungen die Reputationskosten der Beteiligung an den unpopulären Erdgasverhandlungen durchhalten.

Wenngleich sich die MIR- und die NFR-Partei treu an die Prämissen der „Neuen Wirtschaftspolitik“ hielten, veränderte sich das Kosten-Nutzen-Kalkül der MIR- und der NFR-Partei Mitte September 2003 aufgrund des Oppositionsdrucks. Beide Parteien deklarierten, sie würden kein Erdgasabkommen mit Chile vereinbaren, solange das Land keinen souveränen Meereszugang bereitstellte. Ob beide Parteien dieser Strategie länger gefolgt wären, wenn die Regierung Sánchez de Lozada nicht einen Monat später – Mitte Oktober – gestürzt worden wäre, bleibt ungeklärt. Klar ist hingegen, dass mit der Kopplung eines Erdgasabkommen an einen Meereszugang Präsident Sánchez de Lozada seine parlamentarische Mehrheit – nur seine Partei, die MNR-Partei, stand noch hinter ihm – tatsächlich verlor (Wendepunkt γ). Damit verschwand das einheimische Winset für die Erdgasverhandlungen endgültig, es bestand keine hypothetische Möglichkeit mehr, ein zwischenstaatlich erreichbares Erdgasabkommen im Kongress ratifizieren zu lassen. Obwohl die MIR- und die NFR-Partei auf das wichtigste Regierungsprojekt verzichteten, das das einzige Mittel für die Verbesserung der Wirtschaftslage und für die Erfüllung der Verpflichtungen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank war, waren beide Parteien noch monatelang an der Macht.

Erst Mitte Oktober, als die Handlungen der Opposition die politische Lage in eine Sackgasse führten, verließen beide Parteien die Koalition. Daher stellt die Abbildung 3.06 den öffentlichen Diskurs der Parteien der „Paktierten Demokratie“ mit einer gemäßigten Strichlinie dar, die bis Mitte September 2003 parallel zum Diskurs der bolivianischen Regierung am unteren Rand des Feldes „A“ entlang läuft. Ab diesem Zeitpunkt sinkt sie und verläuft unverändert bis Ende des Zeitabschnittes am unteren Rand des Feldes „B“.

Die MAS-Partei und die oppositionellen Parteien und Bewegungen, die sich in der sogenannten politischen Plattform „*Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases*“ organisierten, setzten in diesem Zeitabschnitt das *strategische Framing* des *Bildes des Patrioten* durch den sogenannten „Erdgaskrieg“ noch stärker fort.⁵²¹ Die sozialen Bewegungen verlangten von der bolivianischen Regierung, die Erdgasleitung nur durch Chile führen zu lassen, wenn Bolivien im Gegenzug einen souveränen Meereszugang erhalten (Assies 2004, 30; Ramos 2005, 69; Mihaly 2006, 105). Für die bolivianische Opposition unter der Leitung der MAS-Partei handelte es sich bei der Auswahl des Trassenverlaufs der Erdgasleitung und des entsprechenden Hafens um eine ethische Frage, die angesichts des intersubjektiv normativen bolivianischen Konsenses nur ablehnend zu beantworten war, sie bezeichnete die Erdgasverhandlungen mit Chile schlechthin als Landesverrat (EMPB 2003, 62). Die finanziellen Belange spielten auf der von der Opposition gewählten Ebene keine Rolle. Unter Verweis auf die angebliche Überlegenheit der vorgebrachten Werte des *Frames des Patrioten* rief die Parteiführung der MAS-Partei zum zivilen Ungehorsam gegen die Erdgaspläne der Regierung auf und drohte der Regierung Sánchez de Lozada mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen (Draeger 2004a, 4; Ramos 2005, 73)⁵²².

Mit dem „Erdgaskrieg“ führten die MAS-Partei und mehrere soziale Bewegungen ab September 2003 eine Reihe von Protesten, Krawallen und Landstraßenblockaden durch, in deren Mittelpunkt die Ablehnung eines Erdgasexportes durch Chile stand (Wendepunkt δ). Durch den „Erdgaskrieg“ wurde das Land zwischen September und Oktober 2003 wirtschaftlich paralysiert und nahezu unregierbar. Die bereits breite politische Unterstützung, die der „Erdgaskrieg“ durch die instrumentelle Plattform „*Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases*“ besaß, vergrößerte sich Anfang Oktober 2003, als mehrere neue Gewerkschaften und soziale Bewegungen sich den Protesten anschlossen, so dass das *patriotische Frame* den gesamten oppositionellen Diskurs beherrschte (Wendepunkt ε). Als die von den Streitkräften durchgeführte Konvoi-Strategie zum Schutz der Öltransporte in *El*

Alto mehrere Todesopfer kostete, mobilisierte die MAS-Partei erneut das *patriotische Frame* gegen die Regierung Sánchez de Lozada. Sie führe ein Massaker zur Verteidigung des Konzerns Pacific LNG durch, hieß es.⁵²³ Die Variationen beim Diskurs der MAS-Partei und die oppositionellen Parteien und Bewegungen stellt das Schema der Abbildung 3.06 mit einer Strichlinie am unteren Rand des Feldes „B“ dar, die sich zuerst Anfang September 2003 und dann erneut Anfang Oktober 2003 verstärkte.

Die Variation des Regierungsdiskurses

Mit der Einbeziehung der NFR-Partei in die Regierungskoalition verschaffte sich Sánchez de Lozada Regierungssicherheit, erlangte eine angeblich bequeme parlamentarische Mehrheit, so dass sich seine Regierung Mitte August 2003 zum ersten Mal erlaubte, die Wirtschaftlichkeit als entscheidenden Faktor zur Wahl des chilenischen Hafens *Patillos* in der Öffentlichkeit zu verteidigen und eine Aufklärungskampagne zu initiieren, die der Öffentlichkeit den sozialen Nutzen – höhere Einnahmen durch das Erdgasgeschäft, die in den Gesundheits- und Bildungsbereich investiert werden sollten – mit einfachen Worten erklären sollte (Wendepunkt α). Nach der erwähnten anfänglichen Begeisterung schwankte jedoch die neue Regierungskoalition bei der Wahl des Transitlandes zwischen Selbstverteidigung und Aufschubmanöver, so dass keine weiteren bedeutsamen Fortschritte über das Erdgasgeschäft verkündet wurden. Hingegen ordnete Präsident Sánchez de Lozada Anfang Oktober – als rigorose Reaktion auf die landesweiten Krawalle – einen landesweiten politischen Dialog und den vorläufigen Stillstand des Erdgasgeschäftes sowie entsprechende Verhandlungen mit Chile an, um die sozialen Unruhen abzuschwächen. Die bolivianische Regierung verzichtete dennoch nicht auf die Fortsetzung der Aufklärungs-Seminare.

Erst Mitte Oktober 2003 – und nach dem Zusammenschluss mehrerer sozialer Bewegungen und Gewerkschaften, der Ausrufung des Ausnahmezustandes, dem Ausstieg des Vizepräsidenten aus der Koalition und dem immer augenfälligeren Koalitionsbruch – verkündete die Regierung Sánchez de Lozada einen Kurswechsel in Hinblick auf Chile an: Sie hielt eine Revision des Kohlenwasserstoffgesetzes und die Durchführung eines Referendums zum Erdgasgeschäft für erforderlich (Wendepunkt β). Das Schema der Abbildung 3.06 stellt den Regierungsdiskurs mit einer Strichlinie am unteren Rand des Feldes „A“ dar, die Mitte August 2003 leicht bis zur Mitte des Feldes „A“ steigt und dann Anfang Oktober 2003 bis zum unteren Rand des Feldes „B“ sinkt. Die Vorgehensweise der Regierung

zeigt, dass der Diskurs der Opposition, der das Erdgasgeschäft durch chilenisches Territorium als „Landesverrat“ bezeichnete, innerhalb der Regierungskoalition an Bedeutung gewann.

Exkurs: Der Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada

Beim Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada spielten eine Reihe von Faktoren eine Rolle, deren individuelle Wirkung aufgrund ihrer unterschiedlichen Relevanz schwer zu bewerten und einzugrenzen ist. Natürlich handelte es sich bei den Ursachen des „Erdgaskrieges“ um Faktoren, die weit über die Frage eines Erdgasexportes durch einen chilenischen Hafen hinausgingen (Schroeder 2007, 108). Höchstwahrscheinlich hätten sich die erwähnten Ereignisse des sogenannten Gaskrieges, die zum Rücktritt von Sánchez de Lozada führten, anders entwickelt, wenn seine Regierung eine bessere Wirtschaftslage von der Vorgängerregierung geerbt hätte, statt einen entsprechend starken Unmut über das Wirtschaftsmodell.

Erstens konnte das Wirtschaftssystem der „Neuen Wirtschaftspolitik“ nicht mehr die Wachstumsraten früherer Jahre erbringen (Murillo de la Rocha 2004,159). Zweitens erwies sich zugleich das Parteiensystem der „Paktierten Demokratie“ unfähig, die vielfältigen Forderungen und Interessen von zahlreichen sozialen Bewegungen durch die formellen institutionellen Wege zu aggregieren und zu artikulieren. Dies generierte ein wachsendes Misstrauen zu den demokratischen Institutionen und sozialen Unruhen (Barr 2005, 70; Mainwaring 2006, 24).⁵²⁴ Dennoch gab es viele dieser Faktoren bereits Jahre vor dem „Erdgaskrieg“, sie wirkten aber nicht in diesem Ausmaß. Entscheidend war damals, ein dritter Faktor: Die sozialen Bewegungen und die ihnen nahestehenden politischen Parteien hatten bislang wenig Zusammenhalt erwiesen, so dass die vorherigen Regierungen im Amt den politischen Druck durch getrennte bilateralen Verhandlungen dämpfen konnten. Mit dem „Erdgaskrieg“ änderte sich dies. Im Vergleich zu den vorherigen Protesten war die landesweit koordinierte Führung der MAS-Partei durch den „*Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases*“ ein besonderes Merkmal des „Erdgaskrieges.“ Es ist unbestritten, dass die chilenischfeindlich nationalistische Rhetorik nicht der einzige auslösende Faktor für den Sturz von Sánchez de Lozada war. Ohne die Inkonformität breiterer Sektoren der Gesellschaft mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell hätte sich der „Erdgaskrieg“ sicherlich auf eine andere Weise entwickelt. Das Scheitern der zahlreichen Bemühungen der Regierung Sánchez de Lozada, eine klare Kommunikationsstrategie über die positiven Folgen eines durch Chile

führenden Erdgasexportes zu verfolgen, und die umstrittene polizeiliche Gewaltanwendung verschlechterten die Position der Regierung Sánchez de Lozada wesentlich (Dominguez 2005, 10; Mihaly 2006, 108). Das *strategische Framing* eines chilenischfeindlich patriotischen Bildes war jedoch relevant für die Mobilisierung zahlreicher gesellschaftlicher, korporativer und politischer Gruppen, die miteinander teilweise aus historischen Gründen oder wegen Personalquerelen ihrer Anführer verfeindet waren.

Allerdings war die chilenischfeindlich nationalistische Rhetorik ausschlaggebend, um jegliche sachliche Rechtfertigung der Regierung für die Wahl eines chilenischen Hafens zu entkräften, was zur Stagnation der bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile und der Erdgasverhandlungen führte. Wenn sogar die Koalitionsparteien – wenngleich nur rhetorisch – das *patriotische Frame* als eigenen politischen Diskurs adoptierten, verlor auch die Regierung die parlamentarische Unterstützung für eine Ratifizierung eines Erdgasabkommens mit Chile. Obwohl die Regierung Sánchez de Lozada kurz vor ihrem Ende eine – mit den Worten der MAS-Partei – „*parlamentarische Planierraupe*“ besaß, konnte sie nicht ausschließen, dass die aus verschiedenen Parteien stammenden Abgeordneten und Senatoren nach Abwägung ihrer eigenen Kosten-Nutzen-Kalkül die Ratifizierung verhindern konnten.⁵²⁵

3.5) Wahlloser Regierungswechsel: Die Regierung Mesa (Oktober 2003 - Juni 2005)

Nach dem vom nationalen Kongress akzeptierten Rücktritt von Sánchez de Lozada regierte der ehemalige Vizepräsident Carlos Mesa Gisbert⁵²⁶ als verfassungsgemäß eingesetzter Präsident (Draeger 2004b, 19).⁵²⁷ Innenpolitisch zog Mesa die Konsequenzen aus der institutionellen Krise, die politischen Parteien und sein Vorgänger seien hauptsächlich Schuld am Chaos im Land.⁵²⁸ Präsident Mesa verzichtete auf jegliche Strafverfahren gegen die Anführer der sozialen Bewegungen und entlastete die Oberkommandanten der Streitkräfte, die eventuell die Straftaten im „Erdgaskrieg“ hätte verantworten müssen (Laserna/Schwarzbauer 2005, 20).⁵²⁹ Im Gegensatz zur Vorgängerregierung erreichte Präsident Mesa in weiten Teilen seiner Amtszeit in unabhängigen Umfragen hohe Sympathiewerte. Sie lagen bei über 60%. Dennoch verfeindete sich die Regierung Mesa zugleich in der Amtszeit mit allen politischen Parteien, organisierten sozialen Bewegungen und regionalen Bürgerkomitees.⁵³⁰

Aus populistischen Gründen gab Präsident Mesa bekannt, eine Regierung ohne die aktive Beteiligung von politischen Parteien führen zu wollen (Arrarás/ Deheza 2005, 161; Assies 2004, 34; Ortiz 2007, 244).⁵³¹ Trotzdem verlangte er von den Parteien eine Unterstützung bei der Diskussion der Gesetzesentwürfe im Kongress (Quiroga 2004, 1; Mesa 2008, 119). Mesa behauptete von seinen Ministern, sie seien wegen ihrer Parteilosigkeit die besten Amtsträger, die das Volk für diese Funktion gewählt hätte.⁵³² Eben gehörten angesichts der Parteilosigkeit der Regierung alle politischen Parteien zur Opposition, sie spielten eine geringe Rolle im Kongress, das erschwerte die parlamentarische Arbeit (Quiroga 2006, 81; Cabezas 2007, 207; Hylton/Thomson 2007, 118; Muñoz-Pogossian 2008, 171).⁵³³ Mehrmals verzichtete Mesa auf einen politischen Kampf in einem ihm feindlich gesinnten Kongress und regierte per Dekret.

Die Regierung Mesa adoptierte als ihr wichtigstes politisches Ziel die Forderungen der Protestbewegungen des „Erdgaskrieges“ – nunmehr in „Oktober-Agenda“ umbenannt (Laserna/Schwarzbauer 2005, 20; Schwarzbauer 2005a, 84; Muñoz-Pogossian 2008, 169). Präsident Mesa nannte das Thema eines Meereszugangsanspruchs den gefährlichsten destabilisierenden Faktor der bolivianischen Demokratie im Oktober 2003 (Faundes 2004, 27).⁵³⁴ Der neue bolivianische Außenminister Luis Siles erklärte, dass die Erdgasverhandlung

mit Chile gezwungenermaßen mit einer Lösung des Meerzugangsanspruchs verbunden sei.⁵³⁵ Die chilenische Regierung antwortete: Für Chile seien sachliche Verhandlungen wie die über eine Erdgas-Pipeline keine Grenzdiskussion.⁵³⁶ Obwohl die Regierung Mesa den Erdgasexport als bedeutend für die geplante Wirtschaftspolitik betrachtete,⁵³⁷ bevorzugte sie die Suche neuer Abnehmer hauptsächlich in der Region. In der Frage der Kohlenwasserstoffpolitik verkündete die Regierung Mesa, sie werde eine Volksabstimmung verbindlicher Natur zur Änderung des Kohlenwasserstoffgesetzes durchführen (Assies 2004, 31),⁵³⁸ so dass die Gesetzesänderungen vor Ende des laufenden Jahres verwirklicht werden könnten.⁵³⁹

Bereits innerhalb der ersten Regierungsmonate erwies sich die Parteilosigkeit der Regierung Mesa als eine Fehlkalkulation, die sich in der Schwäche der Regierung bei der Führung der Innen- und Außenpolitik offenbarte. Ohne die aktive Beteiligung einer parlamentarischen Parteienkoalition hing die Regierung vom eventuellen Druck einer sozialen Bewegung sowie von der labilen und an Bedingungen geknüpften Unterstützung der Parteien ab (Assies 2004, 34; ICG 2004, 6; Laserna/Schwarzbauer 2005, 21).⁵⁴⁰

Außenpolitisch versuchte die Regierung Mesa, durch eine Kommunikationsoffensive einen Drittstaat oder eine internationale Organisation in die Diskussion mit Chile einzubinden (Villegas 2004, 223). Noch vor Ende Oktober 2003 erklärte der bolivianische Außenminister Luis Siles in den einheimischen Medien, Bolivien werde von Chile einen souveränen Zugang zum Pazifischen Ozean verlangen.⁵⁴¹ Auch zog er auf Druck des Gewerkschaftsdachverbands COB und der Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit Chile in Zweifel (Klein W. 2005, 219).⁵⁴² Ein weiteres Signal der Schwäche der Regierung in der Führung der Außenpolitik des Landes zeigte sich, als der Verteidigungsminister Mitte November 2003, den Oberkommandanten der Streitkräfte nach seiner Meinung über den Erdgasexport nach Mexiko befragte.⁵⁴³

Im Dezember 2003 und Januar 2004 erwies sich die bolivianische internationale Offensive anfänglich erfolgreich: Mehrere Regierungen der Region, sowie der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter⁵⁴⁴, der brasilianische Präsident Luiz Ignacio da Silva⁵⁴⁵ und der damalige Generalsekretär der UNO Kofi Annan⁵⁴⁶ boten sich als zwischenstaatliche Vermittler an (Faundes 2004, 24; Arrarás/ Deheza 2005, 162). Ein besonderes Kapitel dieser Offensive war die Aussage des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Er sprach sich im November

2003 abermals für den bolivianischen Meerzugangsanspruch aus (Faundes 2004, 25).⁵⁴⁷ Dies sorgte in Bolivien für nationalistische Reaktionen der politischen Akteure und für neue Spannungen in den Beziehungen zu Chile.⁵⁴⁸

Im Januar 2004, wenige Tage vor einem panamerikanischen Gipfeltreffen hielt Präsident Mesa eine Rede an die Nation (Villegas 2004, 223). Er bedankte sich bei den ausländischen Staatsmännern, die sich für einen bolivianischen Meerzugangsanspruch ausgesprochen oder ihre Dienste für eine zwischenstaatliche Vermittlung angeboten hatten, und bezeichnete sie als Signal der internationalen Solidarität zum bolivianischen Meerzugangsanspruch.⁵⁴⁹ Präsident Mesa bat insbesondere die peruanische Regierung darum, sich auf die bolivianische Seite zu stellen.⁵⁵⁰ Noch vor dem Gipfel verkündete Präsident Mesa, seine Regierung plane, einen breiten nationalen Konsens über die bolivianischen territorialen Ansprüche zu bilden.⁵⁵¹ Innenpolitisch bezog sich Präsident Mesa auf das geplante Referendum und auf den Gesetzentwurf seiner Regierung zur Novellierung des Kohlenwasserstoffgesetzes (Villegas 2004, 222).

Als Reaktion verstärkte die chilenische Regierung Lagos ihre diplomatischen Bemühungen, um den Umfang der angebotenen guten Dienste zu präzisieren bzw. zu begrenzen.⁵⁵² Die Regierung Lagos geriet unter Druck der sowohl einheimischen Oppositionsparteien als auch der eigenen Regierungskoalition, sie wollten eine energischere Reaktion von der chilenischen Regierung sehen.⁵⁵³ Präsident Lagos schlug der Regierung Mesa vor, ein Erdgasabkommen auf der Grundlage der bereits geführten bilateralen Verhandlungen zu unterzeichnen, das den bolivianischen Erdgasexport in Übersee und die sogenannte Maritimqualität – im Sinne der sogenannten *funktionellen Souveränität* - ermöglichen würde, sah aber keinen souveränen Meerzugang vor. Gleichzeitig plädierte Chile dafür, die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen fortzusetzen.⁵⁵⁴ Evo Morales bezeichnete das Angebot von Lagos als inakzeptabel: Keinen souveränen Meereszugang zu haben, sei so, als ob man kein Meer hätte („*mar sin soberanía es como no tener mar*“).⁵⁵⁵ Der bolivianische Generalkonsul in Santiago erklärte in diesem Zusammenhang, Bolivien habe kein Interesse an dem während der Regierung Sánchez de Lozada ausgehandelten Freihandelsabkommen mit Chile mehr, dies sei eine Folge der chilenischen Absage, mit Bolivien über einen Meerzugang zu reden.⁵⁵⁶ Präsident Mesa fügte in Anspielung an das Friedens- und Freundschaftsabkommen von 1904 hinzu, zwischen Bolivien und Chile gäbe es zwar Frieden aber keine Freundschaft (Faundes 2004, 27).⁵⁵⁷ Die chilenische Außenministerin konterte, dass die Regierung Mesa durch eine

aggressive Rhetorik gegen Chile von der eigenen innenpolitischen Instabilität und Schwäche ablenke.⁵⁵⁸

Nach dem „Erdgaskrieg“ entschied sich Sempra Energy für einen Erdgasimport aus Indonesien (*Tangguh Liquefied Natural Gas* Projekt), in Zusammenarbeit mit British Petroleum (Zuleta 2004, 47).⁵⁵⁹ Während sich Bolivien mit Chile auseinandersetzte und Pläne für eine umfangreiche Reform im Bereich der Kohlenwasserstoffpolitik vorbereitete, schwanden die noch geringen Chancen für das Pacific LNG-Projekt vollständig.⁵⁶⁰ Die bolivianische Regierung verkündete trotzdem, sie werde das Erdgas-Referendum durchführen.⁵⁶¹ Der Minister für Kohlenwasserstoff erklärte, es gäbe für das bolivianische Erdgas weitere interessante Märkte.⁵⁶²

Am 12. und 13. Januar 2004 beteiligten sich beide Länder an einem panamerikanischen Gipfeltreffen.⁵⁶³ Trotz mehrerer bolivianischer Anträge für einen bilateralen Gipfel, lehnte Chile diesen Wunsch ab: Chile treffe sich nur mit seinen Freunden, erklärte Präsident Lagos, der sich durch die bolivianischen Nachrichten in den Medien irritiert fühlte (Faundes 2004, 27).⁵⁶⁴ Nach der Eröffnungszeremonie des Gipfeltreffens versuchte Präsident Mesa, trotz aller Querelen mit dem chilenischen Präsidenten ein kollegiales Gespräch zu führen. Präsident Mesa zufolge, antwortete ihm Präsident Lagos damals, die Erdgasverhandlungen seien aus chilenischer Perspektive bereits gescheitert (Mesa 2008, 252).⁵⁶⁵ Präsident Mesa nutzte die Diskussionsrunde des Gipfeltreffens, um vor allem vor den Regierungen des Kontinents, von Chile einen Zugang zum Ozean zu verlangen (Torres 2004a, 193; Faundes 2004, 27; Mesa 2008, 253). Präsident Lagos lehnte dies ab und kritisierte, dass Bolivien ein multilaterales Forum dafür nutzte und bot als Antwort die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen an. Nach dem Gipfeltreffen folgten noch monatelange gegenseitige Vorwürfe (Torres 2004a, 193).⁵⁶⁶ Die chilenische Regierung verkündete, für Chile gebe es bezüglich der Grenze keine offene Rechnung, sie sei durch das gültige Grenzabkommen geregelt.⁵⁶⁷

Zuerst verlangte Evo Morales von der Regierung den Handel mit Chile einzustellen und sprach sich für einen Boykott der chilenischen Importwaren aus. Politiker der NFR-Partei und anderer Parteien unterstützten die Forderungen von Morales.⁵⁶⁸ Tage später meldeten bolivianische Medien, dass bei einer Demonstration in der bolivianischen Stadt *El Alto* chilenische Waren verbrannt wurden (Wittelsbürger/ Ernst / Melis 2004). Die Regierung Mesa schlug in den Medien vor, den Handel aus dem chilenischen Hafen von *Iquique*

gänzlich einzustellen und das Zollpersonal an der Grenze mit Chile durch Militär zu verstärken. Als Grund gab der Minister den wachsenden Schmuggelverkehr aus Chile an.⁵⁶⁹ Etwas später verlangten mehrere bolivianische Unternehmerverbände, u.a. die bolivianische Handelskammer (CNC) und das Bündnis privater Unternehmer, den Handel mit Chile nicht abubrechen. Die Regierungsmaßnahmen begrenzten sich am Ende lediglich auf die Verbesserung der Zollkontrolle.⁵⁷⁰ Auf diese Debatte antwortete die chilenische Regierung Lagos, für Chile sei die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen eine Voraussetzung weiterer bilateraler Gespräche.⁵⁷¹

Auch im Januar 2004 bot eine Delegation von EU-Abgeordneten, ihre Dienste für einen diplomatischen Dialog zwischen Bolivien und Chile an.⁵⁷² Der stellvertretende Generaldirektor der EU-Kommission für Lateinamerika präzisierte später, die Diskussion eines Meereszugangs sei für die EU eine rein bilaterale Angelegenheit.⁵⁷³ Der bolivianische Außenminister spekulierte dennoch, er habe die Unterstützung weiterer Regierungen bekommen.⁵⁷⁴ Der bolivianische Botschafter in Brüssel verkündete, die bolivianische Regierung werde die Vermittlung der EU beantragen. Chile lehnte das bolivianische Vermittlungsangebot erneut ab.⁵⁷⁵

Präsident Mesa befahl den bolivianischen diplomatischen Missionen im Ausland, die Position des Landes zum Meereszugang aktiv darzustellen, um ein stärkere internationale Unterstützung zu erlangen. Außerdem benannte er einen Gesandten, Carlos Iturralde, für die Vertretung des Meerzugangsanspruchs in den Ländern der Karibik.⁵⁷⁶ Die chilenische Regierung initiierte ihre eigene diplomatische Offensive und sandte eine Reihe von Regierungs- und Oppositionsparlamentariern ins Ausland, um die Wirkungen der bolivianischen Diplomatie abzdämpfen.⁵⁷⁷

Ende Januar 2004 verkündete die Regierung Mesa, sie verhandle mit der argentinischen Regierung über ein Exportabkommen von zehn Millionen Kubikmeter Erdgas (Faundes 2004, 20; Husar/Maihold 2005, 137).⁵⁷⁸ Innenpolitisch plädierte Präsident Mesa für eine Reform der Kohlenwasserpolitik: Es handelte sich um eine Steuererhöhung für die Erdgas- und Erdölkonzerne.⁵⁷⁹

Knapp einen Monat nach dem panamerikanischen Gipfeltreffen trafen sich die Vertreter beider Länder Mitte Februar 2004 erneut. Es handelte sich um ein Treffen zwischen den

Vizeaußenministern beider Länder, in dem nach Presseangaben die Staatsbeamten nicht über den Meerzugangsanspruch diskutierten, sondern sich mit der Privatisierung des chilenischen Hafens *Arica* befassten.⁵⁸⁰ Die Abwesenheit des Meeresanspruchs-Themas wurde von Evo Morales heftig kritisiert.⁵⁸¹ Als Reaktion kündigte die Regierung Mesa an, Bolivien bereite wegen der Privatisierung des Hafens *Arica* eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vor.⁵⁸²

Anfang März 2004 verkündeten die Außenministerien beider Länder, sie hätten sich entschieden, das begrenzt vorhandene bilaterale Handelsregime zu vertiefen, statt dass in der Amtszeit von Sánchez de Lozada ausgehandelte Freihandelsabkommen zu unterzeichnen.⁵⁸³ Zugleich fand der wichtigste Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der MAS- Partei und der Regierung Mesa statt. Die MAS-Partei distanzierte sich von der Regierung Mesa. Evo Morales erklärte, Mesa gebe mit den Forderungen der transnationalen Unternehmen nach und verhandle mit den Erdgaskonzernen hinter dem Rücken der Öffentlichkeit.⁵⁸⁴ Die MAS-Partei bezeichnete die Steuererhöhung für die Erdgas- und Erdölkonzerne als nicht ausreichend, forcierte den Rücktritt des Ministers für Kohlenwasserstoff Alvaro Ríos und verlangte den Rücktritt anderer regionaler Autoritäten.⁵⁸⁵ Ein unter Druck geratener Präsident Mesa suchte Hilfe bei den anderen politischen Parteien, fand jedoch wenig Verständnis. Mit einem Appell an das Gemeinwohl verlangte Präsident Mesa die Unterstützung aller Parteien bei der Steuererhöhung der Erdgaskonzerne.⁵⁸⁶

Am 23. März 2004 fand anlässlich des Gedenktages zum Verlust der Pazifischen Küste in der Stadt *El Alto* eine chilenischfeindliche Veranstaltung statt, in der Bürgermeister José Luis Paredes (MIR-Partei) sich für eine Handelsblockade gegen Chile aussprach.⁵⁸⁷ Am selben Tag bezeichnete Präsident Mesa den Meerzugangsanspruch als einen kategorischen Imperativ der bolivianischen Gesellschaft und eine Lektion aus den dramatischen Ereignissen des „Erdgaskrieges.“⁵⁸⁸ Der Präsident der Abgeordnetenkammer Hormando Vaca Díez (MIR-Partei) sprach sich bei der Gelegenheit für die Nutzung des bolivianischen Erdgaspotentials als Druckmittel gegenüber Chile aus.⁵⁸⁹

In der zweiten Aprilwoche wiederholte der bolivianische Außenminister Juan Ignacio Siles dass jegliche Erdgasverhandlung mit Chile an eine Lösung des Meerzugangsanspruchs gekoppelt sei. Siles betonte, die Politik der Regierung Mesa sei, einen Erdgasverkauf mit Chile nur unter der Bedingung zu vereinbaren, dass Chile Bolivien einen souveränen Zugang

zum Pazifischen Ozean gewähre. Diese Strategie wurde in den bolivianischen Medien und Regierungsmeldungen als Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“ („*Política de Gas por Mar*“) bezeichnet.⁵⁹⁰

Am 13. April 2004 entschied sich der Präsident nach monatelangen fruchtlosen Diskussionen mit dem Parlament, das Erdgas-Referendum per Dekret statt per Gesetz einzuberufen und startete eine zweimonatige Erdgasaufklärungskampagne (Cordero 2004, 69; Gov.Bol. 2004b, 80; Sauer 2004; Arrarás/ Deheza 2005, 163). Zugleich wechselte Präsident Mesa vier Minister aus, Xavier Nogales wurde der neue Minister für Kohlenwasserstoff.⁵⁹¹ Mesa erklärte, der Kongress sei der Lage nicht gewachsen und wiederholte, Bolivien werde trotz allem Erdgas nach Mexiko exportieren und den Rohstoff dazu durch Peru leiten lassen (Mesa 2008, 154).⁵⁹² Einen Monat später unterzeichnete Präsident Mesa mit der mexikanischen Regierung eine unverbindliche Absichtserklärung zum Erdgasexport.⁵⁹³

Der bolivianische Minister für Kohlenwasserstoff, Xavier Nogales, verkündete einen Tag nach seiner Amtsübernahme, die Regierung werde das Erdgas nicht durch Chile exportieren, solange das Nachbarland nicht bereit sei, mit Bolivien über Grenzveränderungen zu sprechen.⁵⁹⁴ Zugleich wies der bolivianische Außenminister darauf hin, Chile gefährde den freien Durchgangsverkehr aus dem Grenzabkommen von 1904 mit der Privatisierung des Hafens *Arica*.⁵⁹⁵ Einen Monat später verlangte der Ausschuss für Meeresangelegenheiten des bolivianischen Kongresses, die Exekutive solle die Beziehungen mit Chile mit dem Parlament abstimmen.⁵⁹⁶ Mitte April verkündete die Regierung Mesa dazu, Bolivien werde Erdgas nach Argentinien exportieren, unter der Bedingung, dass Argentinien nicht ein Molekül bolivianischen Erdgases an Chile weiterverkaufe (Faundes 2004, 20; Husar/Maihold 2005, 137).⁵⁹⁷ Die chilenische Regierung reichte eine offizielle Beschwerde ein und bezeichnete die Handelsgespräche mit Bolivien als beendet (Faundes 2004, 29).⁵⁹⁸ Innenpolitisch scheiterte Präsident Mesa am Unverständnis der MAS-Partei. Evo Morales kritisierte die Regierung Mesa, sie habe den Erdgasexport nach Argentinien ohne Beteiligung der Öffentlichkeit getroffen (Arrarás/ Deheza 2005, 163). Der MAS-Partei wäre eine stärkere Steuererhöhung lieber.⁵⁹⁹

Ab Mai 2004 verschlechterte sich das politische Zusammenleben in Bolivien deutlich. Es kam erneut zu Protesten, Märschen und Landstraßenblockaden. Der Gewerkschaftsdachverband COB, die Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB und die MIP-Partei lehnten das Referendum ab,

plädierten für eine Beschleunigung der Reformen und riefen zu massiven Protesten gegen das geplante Referendum auf (Zegada 2004, 30-31; Stock 2004, 21). Insbesondere wurde die Verstaatlichung bzw. Nationalisierung der Erdgas- und Erdölkonzerne zur innenpolitisch umstrittensten Frage (Ruzicka 2004, 50). Während sich die Regierung Mesa für eine eher symbolische staatliche Wiedererlangung des Eigentums aller Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort oder Bohrloch (Gov.Bol. 2004b, 48) aussprach (sogenannte „*recuperación de la propiedad en boca de pozo*“) und eine Mischung aus Lizenzabgaben und einer progressiven ergänzenden Steuer mit einer Höchstgrenze von 50% auf den Gewinn der Erdöl- und Erdgaskonzerne sowie das Erdgas-Referendum als erste Schritte für eine künftig tiefere Reform der Kohlenwasserstoffpolitik in Erwägung zog, sprachen sich die anderen linken Gruppierungen für eine Nationalisierung des gesamten Erdgas- und Erdölwirtschaftssektors aus.⁶⁰⁰ Darüber hinaus plädierte die NFR-Partei für die Nationalisierung aller Bodenschätze, dies sei eine Lehre aus dem „Erdgaskrieg“, hieß es dort.

Der Minister für Kohlenwasserstoff Xavier Nogales betonte, die Regierung Mesa plane keine Nationalisierung der Erdgaskonzerne, dies sei angesichts der eventuellen Entschädigungen oder gerichtlichen Verfahren nicht ratsam. Stattdessen verteidigte Nogales die von der Regierung geforderte Steuererhöhung für die gesamte Kohlenwasserstoffindustrie. Präsident Mesa initiierte zusammen mit dem Minister für Kohlenwasserstoff eine Reihe von Sitzungen mit den politischen Parteien und sozialen Bewegungen, um einen Kompromiss für den Gesetzesentwurf abzustimmen (Villegas 2004, 224). Die Unterstützung der MAS-Partei erwies sich erneut als wesentlich für die Regierung Mesa im Streit mit der Linken, sie legte dennoch die Schwäche der Regierung offen (Draeger 2004c, 8). Morales wagte sich, die Regierung als „Waisenkind“ zu bezeichnen, das angesichts ihrer Parteilosigkeit dringend die Mithilfe der MAS-Partei im Parlament benötige. Der Gewerkschaftsdachverband COB, die Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB, die MIP-Partei und die NFR-Partei gaben nicht auf und in den nächsten Wochen wiederholten sie ihre Forderungen hinsichtlich der Nationalisierung und einem vorzeitigen Regierungswechsel.⁶⁰¹

Präsident Mesa verkündete nach den Gesprächen mit den Parteispitzen, seine Regierung sei bereit, die Verträge mit den transnationalen Konzernen überprüfen zu lassen, um eventuelle Gesetzeswidrigkeiten bei der Privatisierung zu beheben, jedoch wollte er sie nicht aufkündigen (Villegas 2004, 227). Er betonte, seine Regierung sei nicht bereit, die Erdgaskonzerne zu verstaatlichen (sogenannte „*Nacionalización*“). Präsident Mesa verteidigte

seinen Referendumsplan, den damals das Parlament diskutierte, und verlangte von den politischen Parteien, ihr Verhalten der „Oktober-Agenda“ konsequent anzupassen.⁶⁰² Die Fragen des Referendums, die Präsident Mesa persönlich mit Evo Morales beschlossen hatte (Mesa 2008, 183), sollten das ganze Design der Regierung Mesa für die neue Kohlenwasserstoffpolitik umfassen: u.a. die Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“, die Annullierung des vorhandenen Kohlenwasserstoffgesetzes, eine Reform des staatlichen Erdöl- und Erdgaskonzerns YPFB, eine Steuererhöhung für den Erdgas- und Ölsektor auf bis zu bis 50% sowie die bevorzugte Investition der Einnahmen aus dem Erdgasprojekt im Sozialbereich.

Anfang Juni 2004 stagnierten die Beziehungen zwischen Bolivien und Chile erneut. Präsident Lagos erklärte, die Erdgasverhandlungen seien für ihn ein persönlicher Misserfolg. Die chilenische Regierung wiederholte, Chile sei bereit, umgehend einen verbesserten, nicht souveränen Zugang für Waren und Erdgas zum Pazifischen Ozean zu gewährleisten. Bolivien bezeichnete das chilenische Angebot für unzureichend.⁶⁰³ Bei dem Gipfeltreffen der OAS/OEA verteilte der bolivianische Außenminister das Aufklärungsbuch „Blaues Buch über das bolivianische Maritimproblem“ („*El Libro Azul. El problema marítimo boliviano*“), das sich mit den bolivianischen Meereszugangsanspruch befasste, und das in mehreren Sprachen übersetzt worden war (Faundes 2004, 33).⁶⁰⁴ Die bolivianische Strategie erwies sich jedoch als fruchtlos, die meisten Außenminister befassten sich gar nicht mit dem Thema und diejenigen, die sich zu Wort meldeten, betrachteten es als eine bilaterale Angelegenheit.⁶⁰⁵

Präsident Mesa verkündete Mitte Mai 2004 die Fragen des Erdgas-Referendums in einer Fernseh- und Radiosendung.⁶⁰⁶ Trotz der anfänglichen Opposition fast aller politischen Parteien gelang es Präsident Mesa ein Referendumsrahmengesetz im Parlament verabschieden zu lassen (Sauer 2004; Draeger 2004c, 18).⁶⁰⁷ Präsident Mesa betonte, die Bejahung der Fragen des Referendums impliziere keinen Schritt in Richtung einer Verstaatlichung der Erdgas- und Erdölindustrie. Mesa erklärte dazu, das Erdgas-Referendum besitze keine Rückwirkung, so dass Bolivien die gültigen Verträge zu respektieren habe. Bolivien habe nicht die finanziellen Ressourcen für die Entschädigungen, die eine Enteignung mit sich brächten (Draeger 2004c, 8).⁶⁰⁸ Obwohl Bolivien kurz vor dem Referendum eine Reihe von angekündigten Protesten, Putschgerüchten und den Rücktritt des Ministers für Kohlenwasserstoffe⁶⁰⁹ erlebte, setzte sich die Regierung Mesa politisch durch.⁶¹⁰

Am 18. Juli 2004 fand das Erdgas-Referendum statt, die von Präsident Mesa gestellten Fragen wurden affirmativ beantwortet. Da die Fragen des Referendums getrennt zu beantworten waren, ergaben sich unterschiedliche Prozentsätze (Schwarzbauer 2004). Die ersten drei Fragen des Referendums, die sich mit der Novellierung des Kohlenwasserstoffgesetzes, einer Reform des staatlichen Konzerns YPFB und dem Eigentum der Kohlenwasserstoffe beschäftigten, wurden mit über 90 Prozent vom Volke bejaht.⁶¹¹ Die restlichen Fragen wurden zwar mit weniger Prozenten gebilligt, jedoch lagen sie in beiden Fällen großzügig über der Grenze der absoluten Mehrheit. Die Frage bezüglich der Tausch-Politik „*Erdgas gegen einen Meereszugang*“ erhielt 56 Prozent.⁶¹² Die letzte Frage, die sich mit der Steuererhöhung von bis zu fünfzig Prozent auf die Gewinne für Erdöl- und Erdgaskonzerne befasste sowie mit der bevorzugten Investition der Einnahmen aus dem Erdgasprojekt im Sozialbereich, bekam mehr als 60 Prozent.⁶¹³

Präsident Mesa hätte mehrere Erfolge auf einmal feiern sollen. Angesichts einer sehr guten Stimmbeteiligung (mehr als 60 Prozent)⁶¹⁴ bewertete die bolivianische Regierung das Referendum, das von Präsident Mesa als eine Art Plebiszit seiner Amtsführung und des Kräftemessens mit der Opposition gewertet worden war, als eine deutliche Anerkennung ihres politischen Führungsanspruches⁶¹⁵ gewertet worden war (St. John 2004, 2; Pérez Yoma, 2004, 149; Laserna/Schwarzbauer 2005, 21; Arrarás/Deheza 2005, 170; Breuer 2009, 47; Wittelsbürger/ Möller 2005, 15; Goedeking/Suazo 2006, 9).⁶¹⁶ Bereits Stunden nach der Abstimmung erklärte sich dennoch die MAS-Partei, die eine eigene differenzierte Wahlkampagne durchführte hatte, zum klaren Sieger des Referendums (Hoffmann 2004; Hylton/Thomson 2007, 199; Arrarás/Deheza 2005, 170).⁶¹⁷

Die Parteien der „Paktierten Demokratie“, die MIP-Partei und der Gewerkschaftsdachverband COB waren die Verlierer des Referendums, sie hatten sich aus unterschiedlichen Gründen während der parlamentarischen Diskussion und während der Kommunikationskampagne der Regierung sich entweder ambivalent verhalten oder sich offen gegen das Referendum ausgesprochen (Zegada 2004, 30; Hoffmann 2004). Die NFR-, die MIP-Partei und der Gewerkschaftsdachverband COB riefen zu einem Wahlboykott auf, während die MNR-Partei eine Verfassungsbeschwerde (Draeger 2004c, 15; Zegada 2004, 29; Cordero 2004, 72; Hoffmann 2004; Quiroga 2004, 3; Schwarzbauer 2005a, 88).

Obleich die Bejahung der Fragen offensichtlich war, erwies sich das Referendum angesichts der Ungenauigkeit seiner Fragen zur Steuerung der Reformen als untauglich. Auch enthielt es keinen eindeutigen Auftrag für das Parlament (Quiroga 2004, 4; Sauer 2004; Husar/Maihold 2005, 135; Mähler 2007, 133;).⁶¹⁸ Präsident Mesa plädierte für eine treue parlamentarische Umsetzung des Referendums. Der Volksentscheid enthielt jedoch nur vage Formulierungen und bezog sich nicht auf einen Gesetzesentwurfsähnlichen Text, der nach dem Referendum direkt hätte umgesetzt werden können.⁶¹⁹ Somit besaß das Erdgas-Referendum *ipso iure* keine Wirkung. Besonders problematisch wurde die Auslegung der *Wiedererlangung des staatlichen Eigentums aller Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort*. Einen Tag nach dem Referendum verlangte die MAS-Partei die Verstaatlichung der gesamten Erdgasindustrie (McNeish 2006, 222).⁶²⁰

In Bezug auf die Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“ erklärte der chilenische Präsident Lagos Mitte Juli 2004, er verstehe nicht was damit gemeint sei und wiederholte erneut das alte chilenische Angebot.⁶²¹ Präsident Mesa verkündete, er werde einen Vertrag mit Peru für den Erdgasexport nach Mexiko abschließen, da eine Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet zahlreiche Proteste auslösen würde.⁶²² Darüber hinaus kündigte Präsident Mesa eine deutliche Steigerung des Erdgasexports nach Argentinien an.⁶²³ Die MAS- und die NFR-Partei bestritten die Exportankündigung angesichts eines mangelhaften Kohlenwasserstoffgesetzes und plädierten für eine sofortige Verstaatlichung.⁶²⁴

Ende Juli 2004 verkündete Morales, seine Partei sei gegen das von der Regierung Mesa entworfene Kohlenwasserstoffgesetz (Faundes 2004, 40; Arraráz/Deheza 2005, 171). Die MAS-Partei wollte damit, ihre Spitzenposition unter den sozialen Bewegungen nicht an andere soziale Akteure verlieren.⁶²⁵ Der bolivianische Kongress entschied sich gegen den Wunsch des Präsidenten, die legislative Diskussion über den Gesetzentwurf der Regierung Mesa umgehend zu beginnen. Es sei eine Aufarbeitung des Entwurfes in den entsprechenden Ausschüssen des Parlaments notwendig, hieß es aus dem Kongress (Arraráz/Deheza 2005, 171).⁶²⁶

Die Regierung Mesa erklärte der chilenischen Regierung erneut, dass Bolivien eine Privatisierung des chilenischen Hafens *Arica* als einen Verstoß gegen das Friedens- und Freundschaftsabkommen von 1904 betrachte.⁶²⁷ Außerdem unterschrieben Bolivien und Peru eine Absichtserklärung zu einer ehrgeizigen bilateralen Zusammenarbeit, die den Export von

bolivianischem und peruanischem Erdgas nach Nordamerika durch das peruanische Gebiet ermöglichen sollte (Faundes 2004, 41).⁶²⁸ Die Vereinbarung zwischen Peru und Bolivien wurde jedoch nie umgesetzt,⁶²⁹ auch wenn die bolivianische Regierung wiederholt darauf drängte. Peru fand immer wieder Ausreden, dies zu verzögern (Mesa 2008, 260).

Während der letzten Monate des Jahres 2004 stagnierte im bolivianischen Kongress die Diskussion über das Gesetz zur Erfüllung des Referendums (*Ley de Ejecución y Cumplimiento del Referéndum*). Präsident Mesa wies darauf hin, dass das Erdgasreferendum verbindlich sei und verlangte von den Parlamentariern mehrmals dessen gesetzliche Umsetzung.⁶³⁰ Präsident Mesa drohte, die restlichen verabschiedeten Gesetze nicht zu erlassen. Der Kongress weigerte sich weiterhin, dass von der Regierung Mesa vorgeschlagene Kohlenwasserstoffgesetz wegen angeblicher Mängel zu diskutieren und vereinbarte stattdessen, einen eigenen Gesetzestext zu entwerfen (Hoffman 2004). Im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Exekutiven und den politischen Parteien standen die Höhe der Lizenzabgabe (*Royalty*) sowie die Verstaatlichung privater Konzerne.⁶³¹

Das Steuermodell der Regierung, das auf eine Mischung aus Lizenzabgaben und einer progressiv ergänzenden Steuer mit einer Höchstgrenze von 50% basierte (Villegas 2004, 247), wurde besonders von der NFR- und der MAS-Partei kritisiert. Beide Parteien plädierten für eine feste allgemeine Lizenzabgabe von 50%.⁶³² Die MAS-Partei organisierte Straßenproteste und verlangte von Präsident Mesa, er solle mit den sozialen Bewegungen verhandeln (Arraráz/Deheza 2005, 171).⁶³³ Schließlich einigten sich die Exekutive und Legislative auf einen Kompromiss: Präsident Mesa sollte dem Parlament einen neuen Text des Kohlenwasserstoffgesetzentwurfes vorlegen, der die Indikationen der politischen Parteien enthielt.⁶³⁴

Die legislative Diskussion wurde durch die bevorstehende Kommunalwahl im Dezember 2004 erschwert. Trotz des Kompromisses zwischen Präsident Mesa und den Parteien gaben die Abgeordneten ihren eigenen Entwurf, der mittlerweile als Gesetzentwurf der MAS- und NFR-Partei galt, nicht auf (Husar/Maihold 2005, 135). Somit gab es zwei konkurrierende Projekte im Parlament. Präsident Mesa verlangte vom Kongress, indem er an den Todesopfern des „Erdgaskrieges“ erinnerte, seinen Entwurf zu erlassen.⁶³⁵

Evo Morales organisierte anschließend zum Jubiläum des „Erdgaskrieges“ landesweite Märsche zur Verstaatlichung der Kohlenwasserstoffe („*Por la Nacionalización, Justicia y Soberanía Nacional*“),⁶³⁶ auch bezichtigte er die Regierung Mesa, die Interessen der transnationalen Konzerne zu vertreten.⁶³⁷ Angesichts der Entwicklung im Parlament verzichtete die Regierung Mesa auf ihren ursprünglichen Entwurf und sprach sich für eine Zusammenlegung beider Gesetzentwürfe aus.⁶³⁸ Letztendlich gelang es der Regierung Mesa, das Gesetz innerhalb des Jahres verabschieden zu lassen. Die Parlamentarier verschoben im Dezember 2004 die legislative Diskussion des Kohlenwasserstoffgesetzes auf das Jahr 2005.⁶³⁹

Die Erdgas- und Erdölkonzerne beschwerten sich daraufhin, dass die zu diskutierenden Entwürfe unilaterale Veränderungen der Vertragsverhältnisse (sogenannte „*migración obligatoria de contratos*“) beinhalteten und drohten mit gerichtlichen Klagen.⁶⁴⁰ Wegen der gesetzlichen Unsicherheit sanken schlagend die Investitionen ausländischer Konzerne insbesondere bei der Erschließung neuer Felder im Erdgas- und Ölsektor (Fritis-Cibils et al. 2006, 169; López 2008a, 120).⁶⁴¹ Auch sprachen sich die Bürgerkomitees der erdgasreichen Regionen des Landes, *Tarija* und *Santa Cruz*, gegen die Gesetzentwürfe aus, sie befürchteten regionale Einnahmen zu verlieren.⁶⁴² Die Regierung Mesa versprach, ein Autonomie-Referendum vor der angekündigten Verfassungsreform einzuberufen.⁶⁴³

Ende September 2004 und parallel zur innenpolitischen Diskussion über die Kohlenwasserstoffe sprach sich unerwartet der chilenische Generalkonsul in *La Paz* Emilio Ruiz-Tagle für mögliche zwischenstaatliche Gespräche über Grenzveränderungen aus.⁶⁴⁴ Seine Aussage wurde umgehend vom chilenischen Außenministerium dementiert und Ruiz-Tagle seines Amtes enthoben (Wittelsbürger/ Möller 2005, 17).⁶⁴⁵ Die bolivianische Regierung bedauerte seine Entlassung öffentlich, da dies eine Folge der Intoleranz der chilenischen Regierung angesichts der bolivianischen historischen Ansprüche sei (Bol.Gov. 2004c).⁶⁴⁶ Zudem sprach sich Präsident Mesa vor der Generalversammlung der UNO für einen bolivianischen Meereszugang aus. Chile antwortete schriftlich, es gebe ein gültiges Grenzabkommen, das den gesamten Grenzverlauf festlege (Faundes 2004, 44).⁶⁴⁷

Im September 2004 gab es zudem in Chile einen Ministerwechsel: Ignacio Walker wurde zum Außenminister ernannt. Genau wie seine Vorgängerin sprach sich Walker gegen Grenzverhandlungen mit Bolivien aus.⁶⁴⁸ Eine kleine semantische Nuance im chilenischen

Diskurs ergab sich trotzdem mit Walker, er bezeichnete die bolivianische Präsentation über den Meereszugangsanspruch vor internationalen Foren als Wahrnehmung der bolivianischen Rechte. Dennoch betonte er, Chile werde diese Diskussion weiterhin nur bilateral behandeln.⁶⁴⁹

In den folgenden Monaten diskutierten die Außenministerien beider Länder die Nutzung des Wassers des bolivianischen Silala-Flusses und des privatisierten chilenischen Hafens *Arica*. Beide Punkte wurden in der bolivianischen Innenpolitik insbesondere wegen des Drucks mehrerer Unternehmerverbände zu heiklen Themen.⁶⁵⁰ Wenngleich die Regierung Mesa die neue Bereitschaft vom Außenminister Walker begrüßte (Siles 2004, 262), verkündete sie, sie studiere als Vergeltungsmaßnahme die Erhebung einer Gebühr auf chilenische Transitwaren. Man wollte damit die Nutzung peruanischer Verkehrs- bzw. Transportrouten begünstigen.⁶⁵¹ Chile bot Bolivien die zusätzliche Nutzung des Hafens *Iquique* an und akzeptierte, für die Nutzung des Silala-Flusses eine Gebühr zu zahlen.⁶⁵² Der chilenische Innenminister José Miguel Insulza verkündete, die Regierung Lagos sei zu innovativen Maßnahmen eines verbesserten Meereszugangs für Bolivien offen, solange diese Lösungen keine Souveränitätsförderung beinhalteten, die von der Mehrheit der Chilenen nicht akzeptiert würde.⁶⁵³ Solche Alternativen wurden im November 2004 von den Außenministern beider Länder beim einem Gipfeltreffen in Brasilien diskutiert, ohne das sich die Nationaldelegationen auf eine Vereinbarung einigen konnten (Wittelsbürger/ Möller 2005, 18).

Ende 2004 weigerte sich Bolivien, die Kandidatur des ehemaligen chilenischen Innenministers José Miguel Insulza für das Amt des Generalsekretärs der OAS/OEA zu unterstützen: Es gebe dafür historische Gründe, teilte der bolivianische Außenminister Siles mit.⁶⁵⁴ Er bezeichnete zugleich das Jahr 2004 als einen Erfolg für die Außenpolitik des Landes, Bolivien habe den Meereszugang weltweit zur Sprache gebracht.⁶⁵⁵ Fast zeitgleich erhielten die politischen Parteien der „Paktierten Demokratie“ – in der Kommunalwahl 2004 – die schlechtesten Wahlergebnisse auf Gemeindeebene seit Beginn der bolivianischen Transition (Wittelsbürger/ Möller 2005, 18; Romero 2005, 43).⁶⁵⁶

Am 30. Dezember ereignete sich zudem ein entscheidender Wendepunkt in der Innenpolitik. Die Regierung Mesa verkündete, sie wolle den Preis für die stark subventionierten fossilen Brennstoffe erhöhen (sogenannte „*Dieselazo*“), um das Steuerdefizit zu reduzieren. Damit trat

eine bislang versteckt schwelende Konfliktlinie zu Tage, die ihren Höhepunkt im Jahr 2005 erreichte: Der Kampf der bolivianischen Provinzen des Tieflands für eine deutlichere Dezentralisierung nach dem Modell einer finanziell und politisch regionalen Autonomie nach katalanischer Art (Mesa 2008,217; Laserna/Schwarzbauer 2005, 48; Goedeking/Suazo 2006, 14).⁶⁵⁷ Die Provinzen wurden bei ihrer Forderung von den traditionellen Parteien der „Paktierten Demokratie“ unterstützt.

Anfang 2005 ergab sich ein Paradox: Während die Sympathiewerte von Präsident Mesa mit knapp 60 Prozent nach wie vor hoch waren,⁶⁵⁸ breitete sich zugleich eine wachsende soziale Unruhe aus (Muñoz-Pogossian 2008, 172). Diese Situation ähnelte der Lage der letzten Monate der Regierung Sánchez de Lozada. Wiederholt fanden während des ersten Trimesters Landstraßenblockaden, Demonstrationen und Märsche statt.⁶⁵⁹ Mitte Januar 2005 verlangte Evo Morales überraschend eine vorzeitige Präsidentschaftswahl. Er erklärte, Präsident Mesa sei der Hauptfeind des Landes und der Grund für die politischen Unruhen.⁶⁶⁰

Nach einer Erklärung von peruanischen, bolivianischen und chilenischen Unternehmerverbänden, die von ihren jeweiligen nationalen Regierungen die Liberalisierung der Märkte verlangten,⁶⁶¹ einigten sich die bolivianische und die chilenische Regierung erneut darauf, umstrittene Themen zu vermeiden.⁶⁶² Der verhandlungsfreundliche Geist der Gespräche schwand jedoch schnell, als Außenminister Siles in Anspielung auf frühere Aussagen seines chilenischen Amtskollegen Walker verkündete, dass das Vertrauen zwischen beiden Ländern nur erreicht werden könne, wenn Chile eine Lösung für den Meereszugangsanspruch anbiete.⁶⁶³ Mitte März 2005 – anlässlich des Gedenktags zum Verlust der Pazifischen Küste – verschärfte die Regierung Mesa ihren nationalistischen Diskurs, sie erntete jedoch erste Kritik für die mageren Ergebnisse ihrer Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“.⁶⁶⁴ Außenminister Siles verteidigte sich gegen die Kritik der Opposition und erklärte, die Strategie der Regierung Mesa sei längst nicht gescheitert, sie brauche jedoch Zeit.⁶⁶⁵ Die Unfähigkeit des bolivianischen Außenministeriums eine Lösung für den Streit um die Nutzung des Silala-Flusses zu finden, führte zum Misstrauensvotum der Abgeordnetenversammlung gegen Außenminister Siles, der jedoch von Präsident Mesa nicht entlassen wurde.⁶⁶⁶

Trotz der bolivianischen Einwände wurde José Miguel Insulza Anfang Mai 2005 als Generalsekretär der OAS/OEA gewählt (Detsch 2005, 4).⁶⁶⁷ Bolivien zeigte sich besorgt über

die Wahl des Chilenen.⁶⁶⁸ Sie sei eine Bedrohung für die künftige Wahrnehmung des Meereszugangsanspruchs durch die Generalversammlung der panamerikanischen Organisation, hieß es bei den bolivianischen Politikern.⁶⁶⁹

Die Bürgerkomitees und andere regionale Organisationen des bolivianischen Tieflands organisierten zu diesem Zeitpunkt zahlreiche Demonstrationen für mehr Autonomie. Die Unternehmerverbände kritisierten die geringe Rechtssicherheit und die wirtschaftliche Planlosigkeit der Regierung Mesa.⁶⁷⁰ Die parlamentarische Opposition erhöhte den Druck auf Präsident Mesa: Die Opposition warf Präsident Mesa vor, er habe sich unzureichend mit den Forderungen der sozialen Bewegungen und regionalen Organisationen beschäftigt und stimmte in der Abgeordnetenkammer für ein Misstrauensvotum gegen mehrere Minister.⁶⁷¹ Präsident Mesa gab dem Druck der Autonomieanhänger nach und verpflichtete sich, ein Referendum für eine Strukturreform auszurufen, das die Direktwahl der Präfekten in jeder Provinz ermöglichen sollte. Die Bürgerkomitees des Tieflands verzichteten dennoch nicht auf ihre Demonstrationen und Märsche, sie stellten weitere Forderungen an die Regierung.⁶⁷² Die Verhandlungen um das Gesetz zu einem Autonomie-Referendum der Regierung stagnierten monatelang im Parlament, denn die MAS-Partei stand den Autonomieanhängern ablehnend gegenüber und die anderen Parteien zögerten, einen Konsens zum Thema Autonomie herbeizuführen.⁶⁷³

Unter dem Druck der protestierenden sozialen Bewegungen und Autonomieanhänger als auch unter dem Druck der Stagnation im Parlament, verkündete Präsident Mesa am 6. März 2005 erstmals seinen Rücktritt und verlangte vom Kongress eine vorzeitige Präsidentschaftswahl. Das bolivianische Parlament lehnte beide Anträge jedoch ab (Laserna/Schwarzbauer 2005, 22; Ortiz 2007, 283).⁶⁷⁴ Evo Morales, der selbst zwei Monate zuvor eine vorzeitige Präsidentschaftswahl verlangt hatte, kritisierte das Anliegen der Regierung: Es gebe dafür keine Verfassungsregelung, die so etwas ermögliche, meinte Morales nun.⁶⁷⁵

Die Diskussion um das Kohlenwasserstoffgesetz verzögerte sich weiterhin, insbesondere kamen die Parlamentarier zu keiner Einigung in der Frage der Lizenzabgabe (*Royalty*).⁶⁷⁶ Die gegensätzlichen Positionen der politischen Parteien vertieften sich, als ein Teil der Parlamentarier den Forderungen der Autonomieanhänger, eine regionale Verteilung der Einnahmen im Kohlenwasserstoffgesetz zu verankern, nachgaben.⁶⁷⁷ Ein weiterer Streitpunkt im Parlament war die Verfassungsmäßigkeit der vorhandenen Verträge zwischen den Erdgas-

und Erdölkonzernen und mehreren früheren bolivianischen Regierungen.⁶⁷⁸ Bis zur Verabschiedung des Gesetzes blieb die Verbindlichkeit der unilateralen Veränderung von Vertragsverhältnissen zwischen dem bolivianischen Staat und den Konzernen ein umstrittener Paragraph.⁶⁷⁹ Ende April 2005 billigte der bolivianische Senat einen Gesetzentwurf,⁶⁸⁰ der jedoch erst in der zweiten Maiwoche 2005 nach hitzigen Diskussionen in der Abgeordnetenversammlung und nach den Einwänden der MAS-Partei, die sich für höhere *Royalties* aussprach, verabschiedet wurde (Mesa 2008, 164).⁶⁸¹ Während der letzten Etappe der legislativen Diskussion zum Kohlenwasserstoffgesetz kam es zu heftigen Straßenunruhen, angestiftet von der MAS-Partei und den Autonomieanhängern des Tieflands. Die MAS-Partei, die das Kohlenwasserstoffgesetz als unvereinbar mit dem Erdgas-Referendum bezeichnete, stellte Präsident Mesa ein Ultimatum: Er solle sein Veto einlegen oder die MAS-Partei werde landesweite Demonstrationen veranstalten.⁶⁸²

Präsident Mesa zögerte eine Entscheidung hinaus und ließ sich von seinem Kabinett beraten. Er verkündete fünf Tage nach der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes, er werde ein Veto einlegen, um der Zerrissenheit des Landes vorzubeugen. Präsident Mesa vermied dennoch, sich zu den umstrittenen Fragen des Gesetztextes zu äußern. Darüber hinaus lud er die politischen Parteienführer zu einem Gespräch ein. Sein Angebot wurde jedoch von allen Parteien umgehend abgelehnt. Präsident Mesa versuche, seine Hände in Unschuld zu waschen, hieß es.⁶⁸³ An den darauffolgenden Tagen fanden in Bolivien landesweit Straßenproteste und Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Staatsgewalt statt.⁶⁸⁴

Der bolivianische Kongress erließ am 17. Mai 2005 das Kohlenwasserstoffgesetz.⁶⁸⁵ Damit besaß Bolivien mit einer Besteuerung von über 50% die höchste Abgabe im für ausländische Unternehmen im Kohlenwasserstoff-Bereich in Lateinamerika (Fretes-Cibils et al. 2006, 168; López 2008a, 111).⁶⁸⁶ Im Anschluss verkündete Präsident Mesa sein wirtschaftliches und soziales Vorhaben („*Bolivia Productiva y Solidaria*“), einen Großteil der Einnahmen aus der Kohlenwasserstoff-Industrie für soziale Projekte auszugeben.⁶⁸⁷ Die politische Lage ähnelte nach der Verabschiedung des Gesetzes Mitte Mai 2005 den letzten zwei Monaten der Vorgängerregierung in vielerlei Hinsicht: Die Radikalität und Vielfältigkeit der teilweise gegensätzlichen Forderungen⁶⁸⁸ der an den Protesten beteiligten sozialen Bewegungen;⁶⁸⁹ die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Staatsgewalt;⁶⁹⁰ die Kritik der Unternehmerverbände an der Unfähigkeit der Regierung die öffentliche Ordnung

zu garantieren und der Rücktritt eines Ministers.⁶⁹¹ Die Regierung Mesa versuchte als Rettungsmanöver Ende Mai 2005, die Forderungen der Autonomieanhänger zu erfüllen.⁶⁹² Dies half ihr jedoch wenig, um die gesamte Situation zu verbessern. Am 23. Mai sprach sich Evo Morales auf einer Demonstration in La Paz für die Verstaatlichung der Kohlenwasserstoff-Industrie aus (Laserna/Schwarzbauer 2005, 49).

Das Zusammenleben der politischen Parteien in Bolivien verschlechterte sich in der ersten Juniwoche 2005 erheblich.⁶⁹³ Ausländische Regierungen warnten, angesichts der sozialen Unruhen, Bolivien als Reiseziel vorerst zu meiden.⁶⁹⁴ Am 6. Juni 2005 erklärte Präsident Mesa, er könne nicht weiter regieren und trat endgültig zurück. Die bereits dritte Rücktrittserklärung wurde diesmal vom Kongress akzeptiert (Marmon 2005, 140).⁶⁹⁵ Der Rücktritt von Präsident Mesa wurde von der Mehrheit der politischen Parteien als negativ bewertet. Mesa gehe, das Chaos bleibe, hieß es (Mesa 2008, 296).⁶⁹⁶ Zugleich bewirkte der Rücktritt kein Ende der landesweiten Straßenproteste, Landstraßenblockaden und Terroranschläge. Einige Tage fiel das Land in eine Art politische Ohnmacht: Ein zurückgetretener Präsident Mesa, der eine vorzeitige Präsidentschaftswahl als politische Lösung bevorzugte und dennoch weiterhin das Präsidentschaftsamt besetzte, bis der Kongress entschieden habe, wer die Macht übernehmen solle (Mesa 2008, 298).⁶⁹⁷

Analyse des Zeitabschnitts (Regierung Mesa Oktober 2003 – Juni 2005)

Der „Erdgaskrieg“ beendete die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile für den Bau einer Erdgasleitung – vom bolivianischen Hochtal bis zur chilenischen Küste am Pazifischen Ozean – und der entsprechenden Verflüssigungsanlage, die Bolivien dringend für den Erdgasexport in die USA und nach Mexiko hätte. Während der Amtszeit von Präsident Mesa bot lediglich die bolivianische Regierung der chilenischen Regierung einen Tauschhandel – Erdgas versus souveränen Meereszugang – an.

Eine schematische Darstellung der Variation des Diskurses bezüglich der Erdgasverhandlungen – wie in den vorherigen Zeitabschnitten – erwies sich bei der Analyse der Amtszeit von Mesa wegen wesentlicher Veränderungen der Rahmenbedingungen als praktisch unanwendbar. Die erwähnte Veränderung betrifft sowohl den Inhalt der zwischenstaatlichen Gespräche als auch die Konstellation der relevanten innenpolitischen Akteure und dementsprechend die Konstellation der zu vertretenen Präferenzen, so dass es

keine vergleichbare Erdgasverhandlung zwischen Bolivien und Chile im hier angewandten Sinne mehr gibt.

Innenpolitisch etablierte sich die MAS-Partei nach dem „Erdgaskrieg“ als Spitzenpartei und behauptete sich als einflussreichster Akteur. Sie bestimmte zum großen Teil die innen- und außenpolitische Agenda der Regierung Mesa, zugleich nahm die Relevanz der restlichen politischen Parteien deutlich ab (Hylton/Thomson 2007, 118). Zwischen der Regierung Mesa und der MAS-Partei gab es lediglich eine Übereinstimmung politischer Ziele („*coincidencias programática*“),⁶⁹⁸ auch wollte die Partei von Evo Morales, eine unabhängige politische Rolle in der Opposition spielen, eine Allianz mit der Regierung lehnte sie ab. Die MAS-Partei, die damals knapp 20% der Sitze im Parlament besaß, forderte von der Regierung kaum realisierbare Aufgaben. Dazu gehörten bessere Beziehungen zu Chile⁶⁹⁹ und gleichzeitig eine Diskussion mit dem Nachbarland über die Revision des Grenzabkommens („*siempre y cuando se resuelva la cuestión de la salida al mar*“).⁷⁰⁰

Die Forderungen der Sieger des „Erdgaskrieges“, die nunmehr als „*Oktober-Agenda*“ bezeichnet wurde (Laserna/Schwarzbauer 2005, 20; Schwarzbauer 2005a, 84), zum wichtigsten politischen Ziel der Regierung Mesa zu erklären, war eine Folge von übertriebenen Ansprüchen der politischen Parteien und sozialen Bewegungen, die sich für radikalere Reformen im Erdgasbereich aussprachen. Dies führte zu sozialen Unruhen und endgültig zu einer politischen Pattsituation, die nicht einmal durch den Rücktritt von Präsident Mesa gelöst werden konnte, sondern letztendlich erst im Dezember 2005 durch die Wahl von Evo Morales.

Während der Amtszeit von Mesa wurden die bilateralen Beziehungen mit Chile deutlich verschlechtert, die harte Linie, die man gegen die chilenische Regierung fuhr, wirkte sich innenpolitisch jedoch positiv auf die Popularität des parteilosen Präsidenten Mesa aus.⁷⁰¹ Die Regierung Mesa bewertete die mögliche Wahl eines chilenischen Hafens in der Amtszeit von Sánchez de Lozada als eines der Hauptmotive für die damaligen Krawalle.⁷⁰² Daher stand in der Regierungszeit von Mesa die Diskussion über eine eventuelle Erdgasleitung im Schatten der Debatte um die historischen territorialen Ansprüche zwischen Bolivien und Chile.⁷⁰³ Chile lehnte die bolivianischen territorialen Ansprüche umgehend ab und bezeichnete das Verhandlungsverfahren als gescheitert (Mesa 2008, 252). Die Verhandlungen zwischen den Ländern stagnierten daraufhin. Mit einer von der „*Oktober-Agenda*“ gestalteten Außenpolitik

der Regierung Mesa schwand das zwischenstaatliche Winset für ein Einverständnis mit Chile, indem eine territoriale Verhandlung von Bolivien als „*conditio sine qua non*“ für jede bilateralen Gespräche verlangt wurde. Was eine Regierung der anderen anbot, wollte oder konnte diese nicht annehmen, so dass es beim *Status quo* blieb.

Präsident Mesa, der den Forderungen der MAS-Partei, eher wegen des Drucks als aus eigener Überzeugung folgte, führte die Tausch-Politik „*Erdgas gegen einen Meereszugang*“ („*Política Gas por Mar*“) ein. Zugleich wurde das Projekt Pacific LNG begraben, als sich die US-Firma Sempra Energy wegen der bolivianischen Unschlüssigkeit für ausländische Konkurrenten entschied. Die Regierung Mesa entschloss sich anschließend, Erdgas nach Argentinien zu exportieren, unter der Bedingung, dass kein Tropfen bolivianischen Erdgases an Chile weiterverkauft werden dürfte. Dies war laut Präsident Mesa eine logische Folge aus dem Nationalgefühl, das die Bolivianer mit dem Meereszugangsanspruch verbanden (Faundes 2004, 19; St. John 2004, 1; Lizón 2006, 233).⁷⁰⁴ Ein weiteres Erdgasprojekt mit Mexiko, das eine Zusammenarbeit mit Peru voraussetzte, blieb ein leeres Versprechen. Peru setzte lieber auf das eigene *Camisea*-Projekt.

Der Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada und der Einsatz der sogenannten „Oktober-Agenda“ hatten die innenpolitische Diskussion über eine rein wirtschaftliche Verhandlung für eine Erdgasleitung durch Chile zu einem Tabu-Thema gemacht.⁷⁰⁵ Die politischen Parteien zeigten wegen der offensichtlichen Reputationskosten kaum Interesse an einem Erdgas- und Handelsabkommen ohne Territorialverhandlungen. In diesem Zusammenhang ist es möglich, die Außenpolitik der Regierung Mesa, die sich fast ausschließlich mit dem Meereszugangsanspruch und dem Erdgasexport beschäftigte, als eine Projektion der innenpolitischen „Oktober-Agenda“ auf zwischenstaatlicher Ebene zu betrachten. Dies leitet sich aus der von der Regierung Mesa durchgeführten Kommunikationsoffensive ab, die andere Länder für die Forderung nach einem Meereszugangsanspruch sensibilisieren sollte, und die sich sowohl in den einheimischen Medien als auch vor internationalen Foren entfaltete. Als treuer Wächter der „Oktober-Agenda“ überstand Präsident Mesa monatelang die innenpolitischen Schwankungen einer schwachen parteilosen Regierung, die sich unfähig erwies, die Wirtschaft in Gang zu setzen und die öffentliche Ordnung zu wahren. Somit verhinderte Präsident Mesa einen eventuellen Erdgasexport in Richtung Übersee.

Scheitern der Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“

Aus den Beobachtungen der Ereignisse der Regierungszeit von Mesa ergibt sich, dass es in dieser Zeit keine echten Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile gab. Nach der Einführung der „Oktober-Agenda“ änderten sich die bolivianischen Präferenzen dermaßen, dass dies zu einer *Deadlock* Situation führte: Es blieb während der gesamten Amtszeit von Mesa bei einem bolivianischen Angebot und einer chilenischen Ablehnung.

Der von der Regierung Mesa angebotene Verhandlungsrahmen unterschied sich deutlich von den früheren Erdgasverhandlungen der Präsidenten Banzer, Quiroga sowie Sánchez de Lozada. Die für Pacific LNG benötigte Erdgasleitung verschwand umgehend aus dem Verhandlungsangebot, stattdessen konzentrierte sich Bolivien auf den chilenischen Erdgasbedarf. Die Regierung Mesa versuchte mit ihrem Verhandlungsangebot, Bewegung in die festgefahrenen Diskussionen über einen Meereszugang mit Chile zu bringen.⁷⁰⁶ Dafür nutzten Präsident Mesa und Außenminister Siles zugleich zwei unterschiedliche diplomatische Strategien: Erstens, eine multilaterale Strategie, die auf ethischen Argumenten beruhte, und zweitens eine eher pragmatischere, bilaterale Strategie. Wegen der unterschiedlichen Umfänge und Objekte der Verhandlungen mit Chile während der Regierungszeit von Mesa und dessen Vorgängerregierungen unterscheiden sich auch die Erklärungen ihres Scheiterns. Folglich wird ein Erklärungsmuster dargestellt.

Einerseits führte die Regierung Mesa eine intensive und ressourcenaufwendige diplomatische Kommunikationsoffensive durch, durch die sie den bolivianischen Meereszugangsanspruch vor der internationalen Gemeinschaft als einen legitimen und schutzwürdigen Anspruch anmelden wollte. Der fehlende Meereszugang sei Ursache der Unterentwicklung und Folge einer Ungerechtigkeit, hieß es in den offiziellen bolivianischen Stellungnahmen. Aus den Aussagen von Präsident Mesa und von Außenminister Siles ist zu schließen, dass die bolivianische Regierung hoffte, andere Länder von der Gerechtigkeit des bolivianischen Anspruchs zu überzeugen und mittels ihrer solidarischen Unterstützung, Chiles Ansehen vor der internationalen Gemeinschaft zu beeinträchtigen, so dass diese *Shaming*-Wirkung das Nachbarland bewegen sollte, sich den Forderungen Boliviens zu öffnen.

Diese Strategie scheiterte aus mehreren Gründen. Zuerst gab es eine irreführende Reaktion der Regierung Mesa in Bezug auf die Aussagen mehrerer Regierungen und ausländischen

Politiker im Rahmen der bolivianischen Kommunikationsoffensive. Die Regierung Mesa beeilte sich, die Statements der Länder und Politiker als unwiderlegbare Beispiele für die Solidarität und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu interpretieren, die den bolivianischen Anspruch legitimierten.⁷⁰⁷ Diese Politiker hätten Bolivien in der Vergangenheit unterstützt und unterstützen das Land weiter („*apoyaron y apoyan hoy a Bolivia*“), hieß es. In Wirklichkeit sprach sich während der Mesa-Amtszeit außer der venezolanischen Regierung Chávez keine weitere Regierung, auch kein Politiker eines Drittlandes oder ein hochrangiger Beamter einer internationalen Organisation für einen bolivianischen Zugang zum Pazifischen Ozean aus. Stattdessen handelte es sich lediglich um Angebote für gute Dienste, falls es zu einer zwischenstaatlichen Vermittlung zwischen den beiden Ländern käme. Dies führte dazu, dass die chilenische Regierung Lagos innerhalb eines kurzen Zeitraums durch Klarstellungen die bolivianische Strategie widerlegen konnte.

Ein weiterer Grund für das Scheitern der multilateralen Strategie der Regierung Mesa ist in der bolivianischen Sozialisation zu finden, einen fehlenden Zugang zum Meer als Ursache für die Unterentwicklung des Landes zu deuten. Wie erwähnt ist diese intersubjektive Bewertung in Bolivien durchaus verbreitet und hat sich politisch bereits verselbständigt. Dessen ungeachtet ist diese Wahrnehmung durch andere Länder widerlegt worden. Es gibt hingegen ausreichende Beispiele, wo sich Länder auch ohne einen Meereszugang entwickelt haben. Der Populismus und die politische Instabilität Boliviens sind die weitaus wahrscheinlicheren wesentlicheren Ursachen für die Unterentwicklung des Landes. Der österreichische Botschafter Walter Howadt kommentierte die diplomatische Kommunikationsoffensive der bolivianischen Regierung folgendermaßen: Österreich besitze auch keinen Zugang zum Meer, komme damit jedoch klar.⁷⁰⁸

Darüber hinaus basierte die multilaterale Strategie Boliviens auf dem empfindlichen Thema einer Grenzstabilität in der Region. Die Regierung Mesa bezog sich bei ihrer Beschreibung des Meereszugangsanspruchs nicht nur auf die Nachteile der geographischen Isolation, sondern auch auf die historische Entstehung des Landes Bolivien sei als Land mit einem Zugang zum Ozean entstanden, den Chile durch ein unfaires Abkommen erhalten habe und dessen Wiedererlangung gerecht sei, hieß es. Damit sprach Bolivien seine zweite grundlegende Wahrnehmung des Meereszugangsanspruchs an: Die Schuld, dass es ihn nicht mehr gebe, trage Chile. Bolivien stellte damit indirekt alle gültigen Grenzabkommen zwischen den südamerikanischen Ländern in Frage, die nach den nachkolonialen Kriegen

geschlossen worden waren. Chile verteidigte sich gegen diese Anspielung: Alle südamerikanischen Nachbarländer hätten mehr oder weniger ihre eigenen nationalen Grenzen auf Kosten anderer Nachbarländer verändert. Chile warnte damit die Länder in der Region vor einer ungewollten Öffnung der Büchse der Pandora: Würde der Meereszugangsanspruch als Präzedenzfall umgesetzt, hätte dies für die Nachbarländer Folgen.

Andererseits entfaltete Bolivien zugleich eine bilaterale und pragmatische Strategie, die auf der Überzeugung basierte, dass Chile wegen Erdgasimportschwierigkeiten mit Argentinien dringend eine preisgünstige und kontinuierliche Energieversorgung benötige, so dass die chilenische Regierung Lagos unmöglich eine Verhandlung über einen Austausch von „Erdgas gegen einen Meereszugang“ verweigern könne (Villegas 2004, 223; Canedo et al. 2009, 12).⁷⁰⁹ Dieser Strategie ist auch der Erdgasexport nach Argentinien, unter der Bedingung, kein Molekül bolivianischen Erdgases an Chile weiterzuverkaufen, zuzuordnen (Lizón 2006, 233).

Für die Austausch-Politik der Regierung Mesa fehlte dennoch eine wesentliche Voraussetzung: Weder in der Regierungszeit von Mesa, noch in der seiner Vorgänger oder Nachfolger gab es einen chilenischen Antrag auf Erdgasimport.⁷¹⁰ Selbst wenn Chile höchstwahrscheinlich Interesse am bolivianischen Erdgas wegen der sogenannten „Erdgas- oder energetischen Krise“ gehabt hatte, irrte sich die Regierung Mesa in ihrer Prognose über die chilenische Abwägung der Kosten und Nutzen. Der territoriale *Status quo* fällt seit dem Grenzabkommen von 1904 zugunsten Chiles aus, so dass Bolivien deutlich mehr Ressourcen hätte entfalten müssen, um die chilenische Regierung zu bewegen, vom *Status quo* abzuweichen. Doch mangelte Bolivien an solchen Ressourcen. Für die Regierung Lagos wäre es äußerst schwer gewesen, ein territoriales Zugeständnis an Bolivien als vorteilhaft für die nationalen oder die eigenen Interessen zu werten, und es wäre vermutlich noch schwerer gewesen, dies innenpolitisch durchzusetzen.

Präsident Mesa sprach nicht von einem territorialen Austausch, sondern bot der chilenischen Regierung einen Austausch von „Erdgas gegen Meer“ an. Es besteht gleichwohl ein bedeutendes Ungleichgewicht zwischen der Rechtsnatur einer territorialen Übergabe und der Rechtsnatur eines Erdgas-Versorgungsvertrages. Während eine territoriale Übergabe dauerhaft und unwiderruflich wirkt, ist ein Erdgas-Versorgungsvertrag hingegen ein Dauerliefervertrag, dessen Leistungspflichten kontinuierlich erfüllt werden müssen. Der Unterschied der Leistungspflichten beider Vertragsparteien in solch einer Situation kann wohl

nur durch gegenseitiges Vertrauen ersetzt werden. Hätte die Regierung Lagos das Angebot der Regierung Mesa angenommen, hätte sie in Kauf nehmen müssen, dass Bolivien wegen seiner endemischen politischen Instabilität keine sichere Erdgasversorgung hätte gewährleisten können oder, dass eine künftige bolivianische Regierung weitere territoriale Ansprüche stellen würde. Die Regierung Lagos hatte bereits diese Probleme durch die argentinische Erdgasversorgung erlebt. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung war es kaum denkbar, dass die chilenischen Politiker, die dominanten einheimischen Gesellschaftsgruppen oder die Bevölkerung für ein solches Abkommen mit Bolivien gewinnen konnten. Dem bolivianischen Angebot mangelte es an *Side-Payments*, die die Unsicherheit, das Misstrauen und die höheren politischen Kosten für die Regierung Lagos hätten kompensieren können.

Innenpolitisch war die Tausch-Politik „*Erdgas gegen einen Meereszugang*“ nur teilweise erfolgreich. Obwohl sie sich beim Referendum als populär bewies, mangelte es ihr an der Unterstützung durch die MAS-Partei. Evo Morales distanzierte sich aus pragmatischen Gründen von der Tausch-Politik der Regierung Mesa – obwohl sie eigentlich den Geist der sogenannten „*Oktober-Agenda*“ und dementsprechend das *strategische Framing* der MAS-Partei widerspiegelte – und bezeichnete sie sogar als eine Art Erpressung.⁷¹¹ Dies passte hinzu kaum zu der auf ethischen Argumenten aufgebauten multilateralen Strategie. Sowohl die Regierung Rodríguez Veltzé als auch sein Nachfolger Morales lehnten ein Abkommen mit Chile, das den Bau einer Erdgasleitung oder den Erdgasexport nach Chile betraf, weiterhin ab. Beide Regierungen teilten sogar die Meinung, dass ein Meereszugang ein Abkommen dieser Art ermöglicht hätte. Jedoch bestanden weder Rodríguez Veltzé noch Morales auf eine Tausch-Politik nach dem Modell Mesa.

3.8) Kurzer Epilog: Nachfolger der Regierung Mesa: Rodríguez (Interim) und Morales

Der Präsident des bolivianischen Senats Hormando Vaca Díez (MIR-Partei), der laut Verfassung als unmittelbarer Nachfolger im Falle eines Rücktritts von Präsident Mesa galt und der von der US-Regierung unterstützt wurde (Mesa 2008, 76, 297), entschied sich nach tagelanger Überlegung, auf sein Recht einer Machtübernahme zu verzichten, nicht ohne zugleich Präsident Mesa und Evo Morales für die politische Lage verantwortlich zu machen (Schwarzbauer 2005b; Marmon 2005, 140; Salman 2006, 163).⁷¹² Gegen eine Machtübernahme von Vaca Díez sprach sich die Mehrheit der politischen Parteien aus, dies konnte von den Protestlern als Bürgerkriegserklärung gewertet werden (Hylton/Thomson 2007, 125).⁷¹³ Zuvor gab es heftige Proteste und die Drohung von Morales, die Sturheit des bolivianischen Senatspräsidenten setze Bolivien in Brand.⁷¹⁴ Der Präsident der Abgeordneten-Kammer, Mario Cossio (MNR-Partei), verzichtete aus ähnlichen Gründen wie Vaca Díez auf das Präsidentenamt (Quiroga 2006, 8; Goedeking/Suazo 2006, 10; Schwarzbauer 2005b). Somit ging das Amt an den bisherigen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Eduardo Rodríguez Veltzé. Mit diesem Schritt konnte eine neue Präsidentschaftswahl verfassungsmäßig frühzeitig ausgerufen werden (Schwarzbauer 2005b).

Am 9. Juni 2005 wurde Eduardo Rodríguez Veltzé vom Kongress zum Interimspräsidenten Boliviens ernannt (Mesa 2008, 309; Laserna/Schwarzbauer 2005, 47).⁷¹⁵ Präsident Rodríguez sprach sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit für eine Übergangsregierung aus. Er erklärte, er werde die Präsidentschaftswahl innerhalb der Verfassungsfristen einberufen (Goedeking/Suazo 2006, 10).⁷¹⁶ Zu seinen Herausforderungen gehörte zudem die Durchführung der Präfektenwahl in einem immer noch unruhigen politischen Umfeld.

Präsident Rodríguez legte keinen Wert auf eine politische Entscheidung in Bezug auf den Erdgasexport nach Nordamerika. Das von Pacific LNG geplante Erdgasgeschäft existierte in jenen Tagen nicht mehr. Damit ersparte sich die Übergangsregierung einen weiteren politischen Konflikt, für dessen Lösung sie keinesfalls genügend politischen Spielraum gehabt hätte. Obwohl Präsident Rodríguez und sein Außenminister Armando Loayza am traditionellen Meereszugangsanspruch festhielten,⁷¹⁷ verbesserten sich die bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile in seiner kurzen Übergangsregierungszeit deutlich. Präsident Rodríguez sprach sich für eine neue pragmatischere Annäherung an Chile aus und

lehnte die Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“ seines Vorgängers ab (Salazar 2006, 125). Präsident Rodríguez erklärte, seine Regierung könne keinesfalls eine Verhandlung zum Erdgasverkauf führen, da die chilenische Regierung nie einen solchen Kauf beantragt hätte (Bustos 2007, 225).⁷¹⁸

In der Amtszeit der Übergangsregierung von Rodríguez verhandelten die bolivianische und die chilenische Regierung ein zusätzliches Protokoll des vorhanden bilateralen Regimes aus, in dem Chile umfassendere Zollpräferenzen für bolivianische Waren akzeptierte. Dieses Protokoll wurde jedoch erst nach der Amtsübergabe an Evo Morales unterzeichnet.⁷¹⁹ Beide Regierungen unterzeichneten zugleich Absichtserklärungen zur Vertiefung des bilateralen Handels, zur Nutzung des *Silala*-Flusses und zur Erleichterung von Reiseformalitäten.⁷²⁰

Tabelle 3.4 Ergebnisse der Präsidentschaftswahl am 18. Dezember 2005 (Direktwahl).

	Kandidat	Partei	Stimmzahl	Stimmen in Prozent	Prozentuelle Variation zur Wahl von 1997
1	Evo Morales Ayma	MAS	1.544.374	53,7 %	+ 32,8 %
2	Jorge Quiroga	PODEMOS	821.745	28,5 %	n. a.
3	Samuel Doria Medina	UN	224.090	7,7 %	n. a.
4	Michiaki Nagatani	MNR	185.859	6,4 %	- 16,4 %
5	Felipe Quispe Huanca	MIP	61.984	2,1 %	- 4 %
6	Guido Angulo	NFR	19.667	0,6 %	- 20,3 %
7	Eliseo Rodríguez	FREPAB	8.737	3,4 %	erste Wahl
8	Nestor García Rojas	USTB	7.381	0,2 %	erste Wahl

Stimmhaltung	568.735	15,4 %
Gültige Stimme	2.873.801	
Leerstimme	124.046	4,3 %
Ungültige Stimme	104.570	4,5 %

Quelle: Corte Nacional Electoral.

Die Präsidentschaftswahl 2005 besiegelte den Untergang der traditionellen politischen Parteien der „Paktierten Demokratie“ (siehe Tabelle 3.4), dies war bereits zu Beginn der Wahlkampagne offensichtlich (Behrens 2005, 3). Die langwierige Stichwahl im Kongress fand im Jahr 2005 nicht mehr statt, stattdessen ergab sich in der Direktwahl ein Sieger mit absoluter Mehrheit: Evo Morales von der MAS-Partei.⁷²¹

Die politischen Parteien der „Paktierten Demokratie“ mussten bei ihren Kandidaten erhebliche Stimmverluste hinnehmen, die NFR-Partei verlor ca. 20 Prozent, die MNR-Partei ca. 16 Prozent (Toranzo 2006, 54). Ein anderen Weg verfolgten die MIR- und die ADN-Partei. Der ehemalige Präsident Quiroga kandidierte als Bewerber einer neuen und heterogenen politischen Plattform namens PODEMOS („*Poder Democrático Social*“),

demokratische und soziale Macht), die sich als neue Koalition von Bürgerorganisationen präsentierte. Sie stellte jedoch mehrere frühere Politiker der traditionellen Parteien der „Paktierten Demokratie“ als Kandidaten für das Parlament auf, und übernahm mit ca. 29 Prozent den zweiten Platz (Behrens 2005, 2; Torranzo 2006, 55, 59). Als weniger erfolgreich erwies sich die neu gegründete UN-Partei („*Frente de unidad nacional*“, „*Front der nationalen Einheit*“), für die der ehemalige MIR-Partei-Politiker Samuel Doria kandidierte (Jost 2010, 206), der sich für eine gemäßigte Fortsetzung der Tausch-Politik „*Erdgas gegen einen Meereszugang*“ der Regierung Mesa einsetzte (Doria 2004, 33). Doria kam auf den dritten Platz, er erhielt deutlich weniger Stimmen als die beiden Erstplatzierten (Goedeking/Suazo 2006,22; Quiroga 2006, 85).

Im Gegensatz zu seiner radikalen Nationalisierungs-Rhetorik unter der Regierung Mesa und in der Zeit der Wahlkampagne, trat sich Präsident Morales nach seinem Amtstritt relativ gemäßigt gegenüber den ausländischen Erdgas- und Erdölkonzernen auf.

Die Regierung Morales verkündete am 1. Mai 2006 mit viel Lärm und Pomp die Erlassung des Dekrets zur Verstaatlichung der Kohlenwasserstoffe („*Decreto Supremo 28701*“). Zur Sicherung der Nationalisierung der Bodenschätze wurden die bolivianischen Streitkräfte auf mehreren Erdgasfeldern und in Förderanlagen eingesetzt, sie sollten das staatliche Eigentum schützen (Hofmeister 2006, 2; Mähler 2007, 127).⁷²² Präsident Morales berief sich auf die im Erdgas-Referendum bewilligte Wiedererlangung des staatlichen Eigentums aller Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort, auf die umstrittene Gültigkeit der Verträge mit den Konzernen, die nicht vom Kongress genehmigt worden waren und auf die Vorwürfe, ausländische Konzerne hätten Steuer hinterzogen (Quiroga 2006, 95; Hofmeister 2006, 8).

Bezüglich der Verstaatlichung aller Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort verzichtete die Regierung auf eine massive Beschlagnahmung und forcierte stattdessen die Unterzeichnung neuer Verträge mit den Konzernen, die eine Enteignung ohne Entschädigung befürchteten und eine Erhöhung der Steuer als das kleinere Übel betrachteten (Quiroga 2006, 96; Zaratti 2006, 43; Mähler 2007, 127).⁷²³ Statt eine Enteignung der ausländischen Konzerne durchzuführen, beließ es der bolivianische Staat bei der Verwaltung der Aktienbeteiligung in den Erdgaskonzernen, die bereits in staatlichen Händen war (Zaratti 2006, 40).⁷²⁴ Obgleich die mexikanische Regierung Anfang 2006 die Möglichkeiten eines Erdgasexportes weiter

untersuchte,⁷²⁵ scheiterten diese Gespräche im selben Jahr nach der Verstaatlichung des Erdgases. Mexiko entschied sich für den Import von Erdgas aus Peru.⁷²⁶

In der Amtszeit von Präsident Morales wurde der Erdgasexport in die Nachbarländer stetig gesteigert, nur Chile war davon ausgeschlossen. Zugleich verringerten sich deutlich die bolivianischen Erdgasreserven deutlich. Begründet wurde das mit fehlenden Investitionen bei der Prospektion und bei Bohrungen neuer Felder (López 2008b, 38). Die Investition im Erdgas- und Ölbereich sank während der Regierung Morales aufgrund der begrenzten Wettbewerbsfähigkeit Boliviens, die insbesondere durch die hohe Besteuerung, die Rechtsunsicherheit und die politische Instabilität des Landes verursacht worden war, weit unter das Niveau der Ära der „Paktierten Demokratie“ (López 2008a, 121; Zaratti 2006, 40).

Die Regierung Morales führte eine ähnliche Politik hinsichtlich der Beziehungen zu Chile wie die Vorgängerregierung Rodríguez. Präsident Morales verzichtete sowohl darauf, das Erdgasexportgeschäft von Pacific LNG und die geplante Erdgasleitung wiederzubeleben als auch ausdrücklich auf die Tausch-Politik von „Erdgas gegen einen Meereszugang“ (Mähler 2007, 141; Maira 2007b, 88). Er bezeichnete letztere als einen Fehler und als Erpressung der Regierung Mesa.⁷²⁷ Zugleich lehnte er eine Fortsetzung der Erdgasverhandlungen der Regierungen Banzer, Quiroga und Sánchez de Lozada ab und konzentrierte sich vor allem auf eine geringfügige Vertiefung des bereits vorhandenen Handelsregimes und die Wiederbelebung der sogenannten „Agenda ohne Ausnahmen“ (Salazar 2006, 125).⁷²⁸ Da der Bedarf einer Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet und die Nutzung eines chilenischen Hafens von der innenpolitischen Agenda Boliviens verschwand – da das Projekt Pacific LNG nicht mehr existierte – eröffneten sich neue Möglichkeiten für die bilateralen Beziehungen, die seit Jahren von der Frage des Meereszugangs als *conditio sine qua non* eines Erdgasabkommens konditioniert waren.⁷²⁹

Somit verzichtete Präsident Morales nicht auf die Rhetorik des Meereszugangsanspruchs in Bezug auf Chile: Seine Regierung sei deutlich daran interessiert, einen Meereszugang mit Chile zu vereinbaren. Dies sei die Grundlage für die zukünftigen bilateralen Beziehungen, hieß es.⁷³⁰ Präsident Morales zufolge soll dies jedoch nicht durch Konfrontation, sondern durch einen offenen Dialog erfolgen.⁷³¹ Bolivien bezog dementsprechend unter der Regierung Morales eine pragmatischere Stellung zu Chile, die die Opposition als naive Außenpolitik kritisierte.⁷³²

4) Entwicklung des innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Winset

4.1) Warum strebte Bolivien eine Zusammenarbeit mit Chile im Erdgasbereich an?

Investitionen in Millionenhöhe für die Erdgasverarbeitung und -export nach Übersee gelten auf der bolivianischen Seite als deklariertes Hauptgrund für die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile. Da Bolivien ein eigener territorialer Zugang zum Pazifischen Ozean fehlt, waren die Verhandlungen mit einem der Nachbarländer nötig, um den Bau einer kilometerlangen Erdgasleitung auf fremdem Hoheitsgebiet, sowie den Bau eines Hafens und entsprechender Verflüssigungsanlagen an der Küste des Pazifischen Ozeans zu ermöglichen. Alle bolivianischen Regierungen des Untersuchungszeitraums waren sich ausnahmslos der hohen Einnahmen durch den Erdgasexport bewusst – es war das einzige Mittel, um das seit Jahren andauernde Wirtschaftstief des Landes zu überwinden.⁷³³ Die untersuchten Regierungen unterschieden sich jedoch in ihren Strategien, um das Potential der Erdgasreserven zu nutzen.

Die Entwicklung des innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Winset Boliviens lässt sich durch die vorgelegte *kausale Narrative* des Untersuchungszeitraums festlegen. Dafür war es angebracht, sowohl den Regierungsdiskurs als auch die politischen Diskurse relevanter innerstaatlicher Akteure des Untersuchungszeitraums zu rekonstruieren. Die letzten Seiten dieses Kapitels fassen kurz zentrale Elemente der vorliegenden Dissertation zusammen und legen ihre empirische Befunde dar, von denen neue theoretische Erkenntnisse in der Schlussfolgerung abgeleitet werden.

4.2) Politische und institutionelle Konstellationen

a) *Konstellation der Akteure*. Wie im zweiten Kapitel erwähnt, zeichneten sich während des Untersuchungszeitraums zwei Konstellationen innerstaatlicher Akteure ab: Erstens die einflussreichen einheimischen und ausländischen Wirtschaftsakteure, die für ein auf der Grundlage der Wirtschaftlichkeit gerichtetes sachliches Erdgasabkommen mit Chile plädierten, und zweitens die linkspolitischen Gesellschaftsakteure, die sich gegen ein Erdgasabkommen mit Chile durch ein *strategisches Framing* der Erdgasverhandlungen

ausgesprachen. Sie bedienten sich dafür dem in Bolivien weit verbreitetem Feindbild Chiles, so dass sie ein Abkommen mit Chile ohne Meereszugang als „Landesverrat“ bezeichneten.

b) *Anwendbare formelle Institutionen.* Wie bei den meisten südamerikanischen Ländern blieb in Bolivien laut der damals rechtskräftigen Verfassung die Verhandlung internationaler Abkommen mit anderen Ländern ausschließlich dem Präsidenten überlassen (Art. 96. Nr. 2.). Die Ratifizierung von internationalen Abkommen stand hingegen unter der Obhut der Legislative (Art. 59. Nr. 12.). Laut Verfassung war für die parlamentarische Ratifizierung eine einfache Mehrheit des gesamten nationalen Zweikammerkongresses nötig (Alcantara et al. 2005, 265). Dementsprechend unternahmen die Investoren Lobbyarbeit bei den politischen Parteien, die diese repräsentativen staatlichen Institutionen beherrschten, damit die Exekutive ein für das Erdgasgeschäft geeignetes Abkommen verhandelte und die Legislative es ratifizierte.

Tabelle 3.4
Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung („Cámara de Diputados“) und regierende Koalitionen

	1997-2002	1997-2002 %	2002-2005	2002-2005 %
ADN	32	24,62 %	4	3,08 %
MNR	26	20,00 %	36	27,69 %
UCS	21	16,15 %	5	3,85 %
CONDEPA	19	14,62 %		
MIR	23	17,69 %	26	20,00 %
IU	4	3,08 %		
MBL	5	3,84 %		
NFR			25	19,23 %
MAS			27	20,77 %
MIP			6	4,62 %
PS			1	0,77 %
Total	130	100%	130	100 %

Quelle: Corte Nacional Electoral Boliviana

c) *Die vorhandenen Mehrheiten im Parlament.* Während der zwei ersten Regierungsperioden des Untersuchungszeitraums sind sowohl Variationen als auch Konstanten bei den politischen Konstellationen im Parlament zu beobachten. Die gesammelte Empirie umfasst einen Gesamtuntersuchungszeitraum von sechs Jahren (2000-2005) und deckt damit die Regierungskoalition der ADN/MIR-Partei (Präsidenten Banzer und Quiroga, 2000-2002), die Regierungskoalition der MNR/MIR-Partei (Präsident Sánchez de Lozada, 2002-2003) und die parteilose Regierung Mesa (Präsident Mesa, 2003-2005) ab. Die bolivianischen Regierungen der zwei ersten Untersuchungszeiträume (Banzer/Quiroga und Sánchez de Lozada) teilten sowohl ähnliche institutionelle Arrangements, die hier unter dem Oberbegriff „Paktierte Demokratie“ zusammengefasst wurden, als auch Konzepte zu den wirtschaftlichen und

sozialen Herausforderungen (sog. „Neue Wirtschaftspolitik“). Während der Amtszeit von Mesa sind hingegen wesentliche Änderungen der Kontextbedingungen zu beobachten, insbesondere der Verzicht des Präsidenten, mit einer Parteienkoalition zu regieren.

Hinsichtlich der reinen Zahl an Parlamentariern der Koalitionsparteien standen den jeweiligen bolivianischen Regierungen ausreichend koalitionseigene Parlamentarier sowie Koalitionsmöglichkeiten zur Verfügung. Theoretisch gesprochen wäre der Ratifizierungsprozess im bolivianischen Kongress in Gang gekommen, hätten sich alle untersuchten Regierungen mit ihrer jeweiligen parlamentarischen Mehrheit durchsetzen können. Da die Regierungen besonders unternehmer- bzw. investorenfreundlich waren und ohnehin wegen fehlender staatlicher Finanzressourcen auf ausländische Direktinvestitionen für das Wirtschaftswachstum angewiesen waren, hätten die am Erdgasgeschäft beteiligten ausländischen Konzerne ihre Interessen bei den jeweiligen Parteienkoalitionen eigentlich ohne große Hindernisse durchsetzen können. Trotzdem konnten sich die damaligen Regierungen bei einer eventuellen Ratifizierung auf ihre partei- bzw. koalitionseigenen Parlamentarier nicht verlassen. Sie fürchteten zu Recht, dass ein Ratifizierungsprozess im Kongress scheitern würde.

Tabelle 3.5

Zusammensetzung des Senats („Cámara de Senadores“) und regierende Koalitionen

	1997-2002	1997-2002 %	2002-2005	2002-2005 %
ADN	11	40,74%	1	3,70 %
MNR	4	14,81%	11	40,74 %
UCS	2	7,41%		
CONDEPA	3	11,11%		
MIR	7	25,93%	5	18,52%
NFR			2	7,41%
MAS			8	29,63%
Total	27	100%	27	100 %

Quelle: Corte Nacional Electoral Boliviana

Die Regierungen von Banzer und Quiroga (1997-2002) hätten allein mit der Zustimmung der Abgeordneten und Senatoren ihrer eigenen Regierungskoalition das Erdgasabkommen ratifizieren können.⁷³⁴ Die in den Tabellen 3.4 und 3.5 dargestellte Zusammensetzung des bolivianischen Parlaments zeigt, dass die Regierungen von Banzer und Quiroga im Zeitraum 1997-2002 über eine ausreichende absolute Mehrheit in beiden Parlamentskammern verfügten, die sich auch nicht dramatisch veränderte, als im Jahr 1998 die CONDEPA und im Jahr 2000 die NFR-Partei die regierende Koalition verließen.

Die Regierung Sánchez de Lozada verfügte mit den Senatoren und Abgeordneten der MNR-, MIR- und UCS-Partei nur über eine knappe absolute Mehrheit im Parlament, die jedoch für die Ratifizierung eines Erdgasabkommens mit Chile hätte ausreichen müssen.⁷³⁵ Der Regierung Sánchez de Lozada standen für die Ratifizierung des Erdgasabkommens zudem eine weitere Koalitions- bzw. Paktbildungsmöglichkeit mit der NFR-Partei zur Verfügung, die sie tatsächlich im August 2003 nutzte, als die NFR-Partei erneut einer Regierungskoalition beitrug.

Bei der Regierung Mesa ist von Beginn an klar, dass sie wegen ihrer Parteilosigkeit und ihrer Feindschaft zu den politischen Parteien auf ihre Handlungsmöglichkeiten im bolivianischen Kongress zum großen Teil verzichtete. Zudem löste sich während der Amtszeit Mesa der zwischenstaatliche Konsens auf, den die Vorgängerregierungen Boliviens mit Chile erreicht hatten. Präsident Mesa stand stattdessen für die Koppelung eines souveränen und territorialen Meereszugangs an jegliche Erdgasvereinbarungen mit Chile, was die chilenische Regierung als inakzeptabel betrachtete.

Fazit

Mehrere ausländische Investoren und Unternehmerverbände prägten die außenpolitischen Präferenzen der Koalitionsregierungen der Ära der „Paktierten Demokratie“ in Bezug auf die Erdgasverhandlungen mit Chile entscheidend mit. Die Gegner der Erdgasverhandlungen – insbesondere die MAS-Partei – entfalteten mittels eines emotionalen *Bildes des Patrioten* ein *strategisches Framing* der Erdgasverhandlungen. Sie bezeichneten ein Abkommen mit Chile ohne Meereszugang als „Landesverrat“.

Den bolivianischen investorenfreundlichen Regierungen der zwei ersten Amtszeiten des Untersuchungsraums (Banzer/Quiroga und Sánchez de Lozada) standen ausreichend koalitionseigene Parlamentarier sowie Koalitionsmöglichkeiten zur Verfügung, um ein Erdgasabkommen mit Chile mit einer verfassungsgemäßen parlamentarischen Mehrheit zu ratifizieren. Trotzdem fürchteten die damaligen Regierungen zu Recht, dass ein Scheitern des Ratifizierungsprozesses im Kongress. Erst mit der parteilosen Regierung Mesa löste sich die potentielle parlamentarische Mehrheit zur Ratifizierung eines Abkommens mit Chile auf.

4.3) Die Unstimmigkeit der Kausalerwartungen

Trotz eines vorhandenen anfänglichen zwischenstaatlichen Winset, das sich aus bolivianischen und chilenischen harmonischen Präferenzen ergab und das aus der Perspektive der gegenseitigen Verflechtung, sog. „*Policy Interdependence*“ (Moravcsik 1997, 520) zu einem Abkommen hätte führen sollen, schwand später jede Möglichkeit einer Übereinstimmung zwischen beiden Ländern. Die deklarierten bolivianischen Präferenzen änderten sich derart, dass dies zu einer *Deadlock*-Situation führte.

Die Verhandlungen zwischen Bolivien und Chile scheiterten wegen des Positionswandels der bolivianischen Regierungen, obgleich sie die meiste Zeit im Untersuchungszeitraum ihre Präferenzen in deutlichen Einklang mit den Interessen der transnationalen und innerstaatlichen relevanten Wirtschaftsakteure bringen wollte. Diese Wirtschaftsakteure konnten trotz ihrer einflussreichen Handlungsmöglichkeiten ihre Interessen letztlich nicht politisch umsetzen lassen.

Die reine Beobachtung der Interessen und Handlungsmöglichkeiten der innerstaatlichen privaten Gesellschaftsgruppen sowie des Verfassungsrahmens erklären nur unzureichend, warum die ersten beiden Regierungen des Untersuchungszeitraums auf ein gewünschtes Abkommen mit Chile verzichteten. Bei der parteilosen Regierung Mesa war von Beginn an klar, dass die Präferenzen der bolivianischen Regierung nicht mehr mit denen Chiles harmonisierten, und dass die Wirtschaftsakteure wegen der Ohnmacht der wirtschaftlich neoliberal geprägten politischen Parteien kaum noch einen Einfluss auf die bolivianische Regierung besaßen. Somit ist die Beobachtung der politischen Konstellationen im Kongress nach dem „Erdgaskrieg“ für die Erklärung des Scheiterns der Erdgasverhandlungen von geringer Bedeutung. Unter der Regierung Mesa kam es eher zu einer Auflösung des vorherigen zwischenstaatlichen Winset.

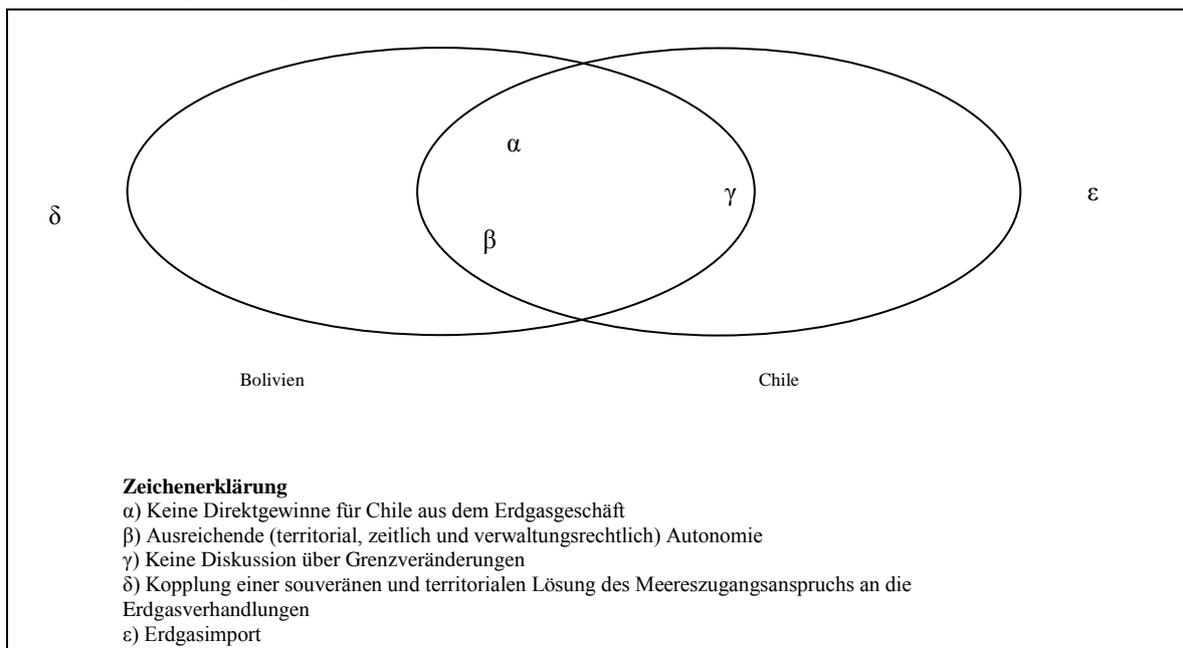
4.4) Grundlegende Voraussetzungen des beginnenden Winset

Bereits während der Amtszeit von Banzer war die erste und wichtigste Forderung der bolivianischen Regierung, dass lediglich Bolivien durch das Millioneninvestitionsprojekt Direktgewinne erzielen sollte (Punkt α) (Siehe Abbildung 3.07). Insbesondere sollte Chile auf jegliche Steuereinnahmen, Zollgebühren oder Sonstiges aus dem Erdgasgeschäft verzichten.

Diese staatliche Präferenz, die von den jeweiligen Regierungen wiederholt deklariert wurde, stimmte auch mit den Interessen der Investoren überein, sie wollten eine eventuelle Doppelbesteuerung vermeiden und allgemeine Kosten verringern. Die chilenische Regierung begrüßte diese Forderungen bereits zu Beginn ausdrücklich und behielt diese Position bis zum Ende der Erdgasverhandlungen bei.

Sowohl die bolivianische Regierung und die Opposition als auch die ausländischen Investoren sprachen sich für eine ausreichende Autonomie für das Erdgasgeschäft auf chilenischem Gebiet aus (Punkt β).⁷³⁶ Die Autonomie für das Erdgasgeschäft beinhaltete territoriale, zeitliche und verwaltungsrechtliche Dimensionen: Erstens sollte Bolivien die Nutzung eines möglichst umfangreichen Gebietsstreifens für den Bau der Verflüssigungsanlagen in Chile gewährt werden, zweitens sollte Chile den Zugang zu einem Hafen am Pazifischen Ozean bereitstellen geben, drittens sollte die Frist für die Nutzung des Gebietsstreifens ausreichend lang und erneuerbar sein und viertens sollten die bolivianischen Behörden weitreichende Verwaltungsrechte (Anwendung des bolivianischen Steuer- und Arbeitsrechts, Befreiung von chilenischen Steuern bzw. Gebühren usw.) erhalten. Alle diese Autonomie-Forderungen wurden zwischen den Regierungen beider Länder in früheren Stadien der Erdgasverhandlungen vereinbart.

Abbildung 3.07 beginnendes Winset



Die chilenische Regierung Lagos verlangte lediglich, dass Bolivien keine Diskussion über Grenzveränderungen parallel zu den Erdgasverhandlungen führte (Punkt γ). Obwohl Chile damals eine schwere Energiekrise erlebte, gab es keinen offiziellen Antrag für einen Erdgasimport, es wurde dennoch, insbesondere in der chilenischen Presse spekuliert, dass Bolivien künftig das Land mit Erdgas versorgen könnte (Punkt ϵ).

4.5) Umstrittene Elemente außer dem Winset

Die Kopplung einer Grenzverhandlung an die Erdgasverhandlungen lag außerhalb eines realistisch erwarteten zwischenstaatlichen Konsenses (Punkt δ). Chile weigerte sich ausdrücklich, Grenzdiskussionen mit Bolivien parallel zu den Erdgasverhandlungen zu führen. Darüber hinaus gehörte eine territorial souveräne Lösung des Meereszugangsanspruchs, die immerhin eine Modifikation der vorhandenen chilenisch-bolivianischen Grenze bedeutet hätte, nicht zu den Forderungen der Investoren. Sie war für die Verwirklichung des Erdgasgeschäftes auch nicht erforderlich, zumindest nicht in der Form, wie der Konzern Pacific LNG das Projekt durchführen wollte. Die präzise Rechtslage, unter der das chilenische Gebiet von Pacific LNG leihweise genutzt worden wäre, war anfänglich eine offene Frage, die jedoch die bolivianische und die chilenische Regierung bereits während der Amtszeit von Quiroga klärten.

4.6) Manipulation des Winset: *Strategisches Framing* der Erdgasverhandlungen

Die MAS-Partei, deren Interessen bei der Bildung der staatlichen außenpolitischen Präferenzen bezüglich der Erdgasverhandlungen zunächst nicht berücksichtigt worden waren, entfaltete ihr *strategisches Framing* der Erdgasverhandlungen. Für die MAS-Partei entpuppten sich die Verhandlungen mit Chile als politische Chance, sie stützte sich auf die Mobilisierung eines in Bolivien breit akzeptierten und vorhandenen Identitätskonstruktes, um die Erdgasverhandlungen als einen kulturellen Widerspruch in der bolivianischen Öffentlichkeit zu lozieren und der bolivianischen Regierung „Landesverrat“ vorzuwerfen. Damit verfolgte sie zielgerichtet, ihre Einflussmöglichkeiten auf das politische Geschehen durch die Führung der vorhandenen sozialen Bewegungen zu verstärken.

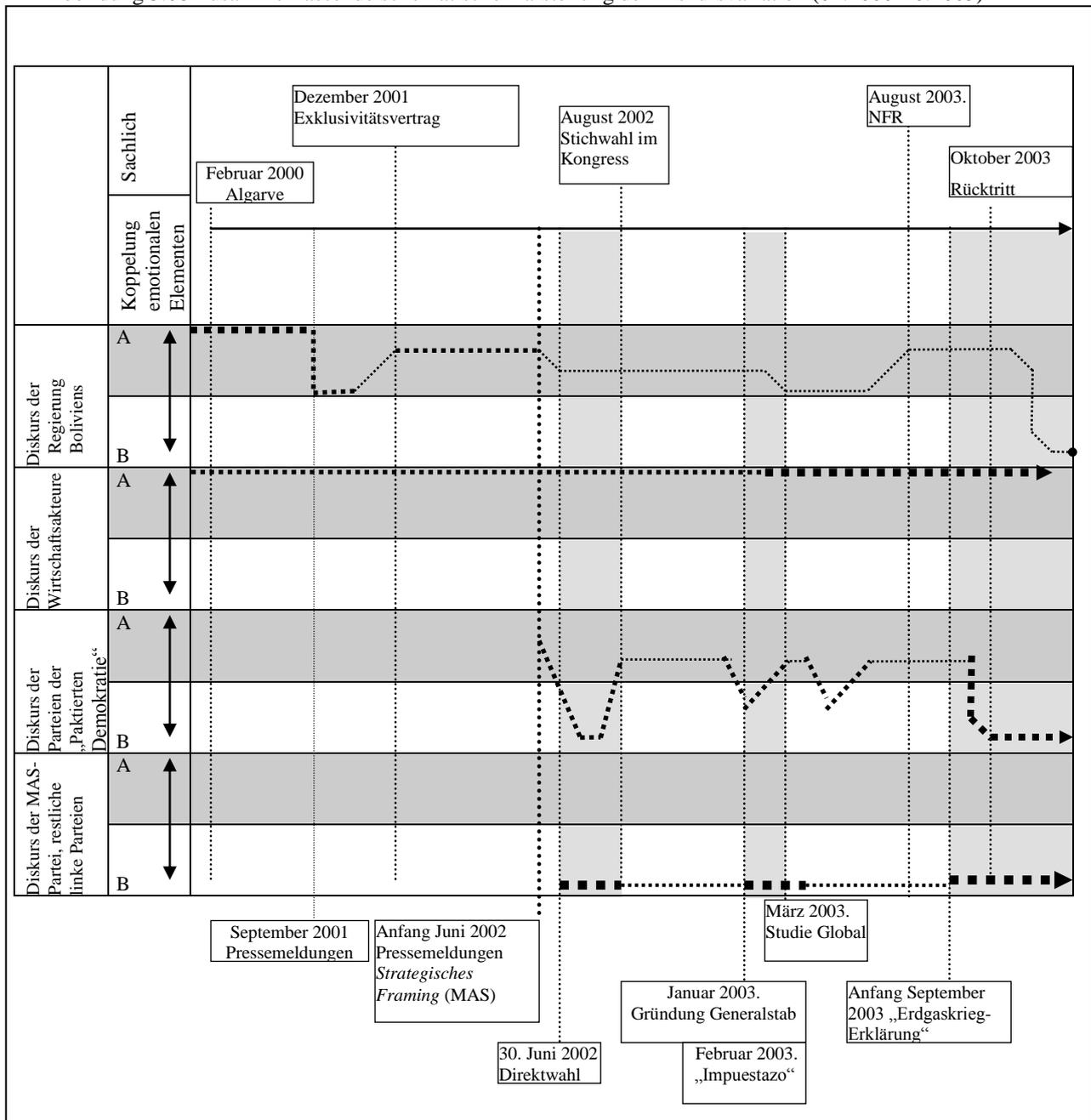
Es handelte sich um den hier sogenannten *Diskurs des bolivianischen Meereszugangsanspruchs*, der vom größten Teil der Einwohner Boliviens als geltender Komplex aus Werten, Wahrnehmungen und Eigendefinition bewertet wurde und der zusammenfassend auf folgende Wahrnehmung beruht: Der fehlende bolivianische Zugang zum Meer sei die Ursache der Unterentwicklung. Daran sei lediglich Chile Schuld. Der sogenannte *bolivianische Meereszugangsanspruch* zeichnet damit ein genaueres und unverzichtbares Bild des „patriotischen“ Verhaltens in Angelegenheiten, die die bilateralen Beziehungen mit Chile betreffen.

Das *strategische Framing* der MAS-Partei beeinflusste ausschlaggebend auf die Interessen der Regierung, die im Amt bleiben und wiedergewählt werden wollte, ausdrücklich. Die Reputationskosten für die Unterzeichnung und die parlamentarische Ratifizierung eines Erdgasabkommen mit Chile steigerten für die Regierungskoalition. Obwohl die einheimischen und ausländischen Wirtschaftsakteure nach wie vor für die Entstehung eines Erdgasregimes mit Chile plädierten, passten die amtierenden bolivianischen Regierungen gezwungenermaßen aus strategischen Gründen – d.h. wegen der Varianz ihres Kosten-Nutzen-Kalküls – ihr Verhalten den normativen Ansprüchen an, die einer gemeinsamen Identität entsprachen.⁷³⁷

Während der Wahlkampagne für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 griff die MAS-Partei zum *Frame des Patrioten* gegen die Erdgasverhandlungen, indem sie die Bevölkerung direkt zur politischen Unterstützung aufforderte (siehe Abbildung 2.2). Diese Strategie war für die MAS-Partei, wie bereits erwähnt, von Erfolg geprägt: Sie steuerte damit die Wahldebatte und drängte andere Präsidentschaftskandidaten zu einer Modifizierung ihres Diskurses bezüglich des Erdgasgeschäftes, so dass kurz vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen alle Präsidentschaftskandidaten bzw. Parteiführungen ein Erdgasabkommen, das keine Kopplung an eine souveräne und territoriale Lösung des Meereszugangsanspruchs mit Chile enthielt, entweder völlig ablehnten oder in Zweifel zogen (siehe Abbildung 3.09). Dies engte den Spielraum der Regierung für eine parlamentarische Ratifizierung eines Erdgasabkommen deutlich ein, denn die politischen Parteien der ausgehenden Regierungskoalition hatten wenig Interesse daran, die Wahlchancen ihrer Parlamentskandidaten wegen der Ratifizierung eines unpopulären Abkommens zu schmälern. Ergebnis war, dass die Regierung Quiroga die Auswahl des Transitlandes verzögerte, sie

wartete umsonst auf eine günstigere politische Ausgangslage und gab letztlich die Entscheidung an ihren Nachfolger weiter.

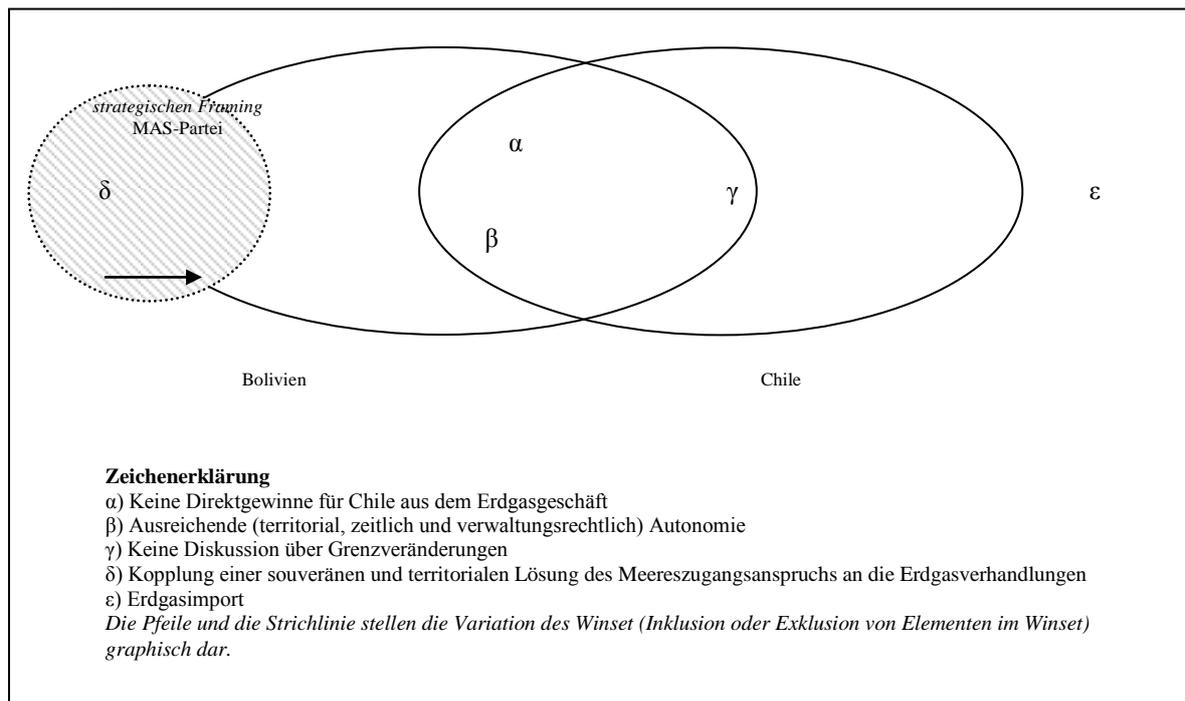
Abbildung 3.08 Zusammenfassende schematische Darstellung der Diskursvariation (02.2000-10.2003)



Mit dem Amtsantritt von Präsident Sánchez de Lozada hätten sich für das Erdgasprojekt Pacific LNG neue Möglichkeiten eröffnen können, da eine neue und unternehmerfreundlichere Regierungskoalition mit einer deutlichen parlamentarischen Mehrheit entstanden war. Diese Erwartungen erwiesen sich schnell als Trugschluss. Bedrängt vom nationalistischen Diskurs der regierenden MNR- und MIR-Partei während der vergangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 zeigte sich Präsident Sánchez de

Lozada unentschlossen und widersprüchlich in der Frage der Entscheidungsfaktoren für die Wahl des Hafens. Obwohl bereits damals eine Machbarkeitsstudie die Frage des Transitlandes hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit gelöst hatte, verlangte die Regierung Sánchez de Lozada eine neue Durchführbarkeitsstudie und verzögerte die Entscheidung. Nach einer kurzen taktischen Pause, in der der Parteiführer der MAS-Partei, Evo Morales, hauptsächlich andere Forderungen thematisierte, intensivierte die MAS-Partei ab Januar 2003 ihre Kritik durch Aufruf zu Protesten gegen das Erdgasabkommen, durch Sabotage-Drohungen und mit dem *Frame des Patrioten*. Eine neu gegründete politische Plattform (sog. „*Generalstab des bolivianischen Volkes*“) ermöglichte es der MAS-Partei, eine breitere Basis von Anhängern von vielfältigen Bewegungen für Proteste zu mobilisieren, deren deklarierte Hauptforderung der Stillstand der Erdgasverhandlungen mit Chile war und die Monate später im sogenannten „Erdgaskrieg“ gipfelten.

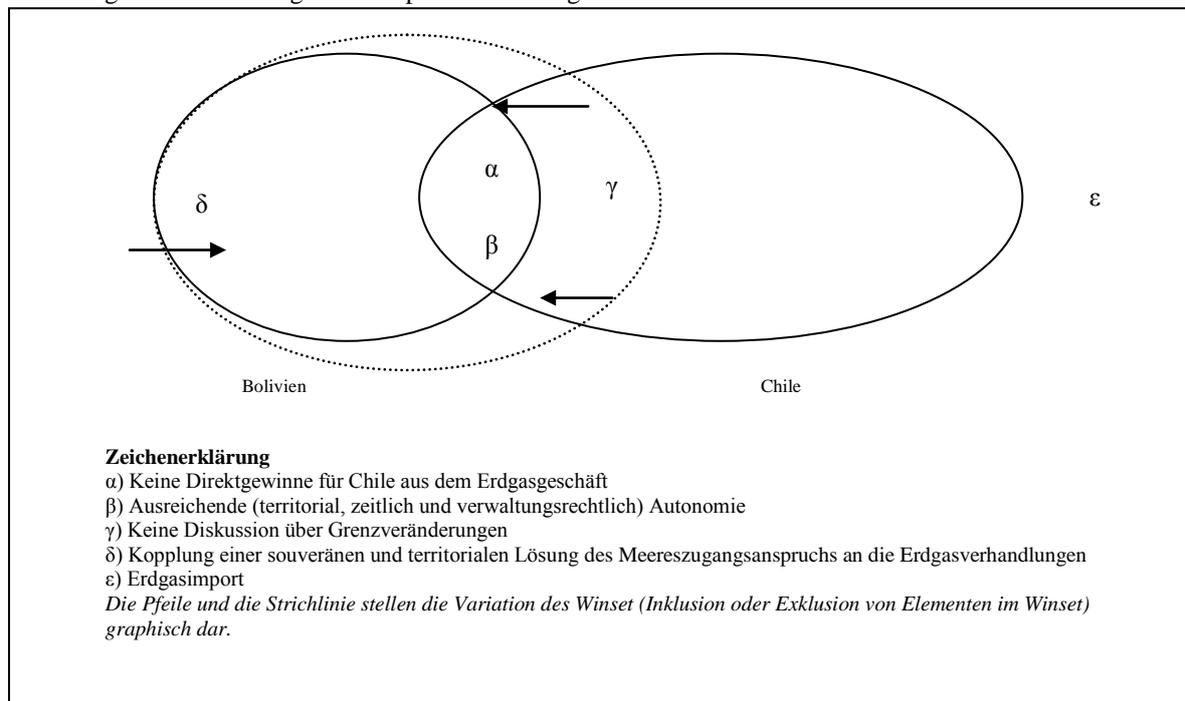
Abbildung 3.09 Einfluss des *strategischen Framing* des Bildes des Patrioten



Die Gesellschaftsakteure unter der Leitung des Parteiführers der MAS-Partei, die für eine Kopplung der Erdgasverhandlungen an eine souveräne und territoriale Lösung des Meereszugangsanspruchs plädierten, grenzten sich damit von den Regierungsparteien ab, die lediglich für eine Auswahl des Transitlandes nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit standen. Die Regierungsparteien wurden wegen der unbeliebten Erdgasverhandlungen mit Chile durch die bolivianische Öffentlichkeit immer mehr in die politische Isolierung gedrängt, so dass eine

nach der anderen ihre Unterstützung für ein Abkommen mit Chile entzog und damit ein neues manipuliertes verengtes Winset entstand (siehe Abbildung 3.10).

Abbildung 3.10 Darstellung des manipulierten verengten Winset



4.7) Das *Frame des Patrioten* als Regierungsdiskurses

Die Regierung Mesa (2003-2005) verzichtete auf den Erdgasexport in die USA und nach Mexiko und beendete die Erdgasverhandlungen mit Chile zum Bau einer Erdgasleitung und Verflüssigungsanlage. Präsident Mesa adoptierte zu Beginn seiner Amtszeit unter dem politischen Slogan „Oktober-Agenda“ das *Frame des Patrioten*. Die parteilose Regierung Mesa führte die bereits erwähnte Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“.

Das bolivianische Angebot wurde in Chile umgehend abgelehnt. Die Bemühungen der Regierung Mesa, die Position Chiles hinsichtlich des bolivianischen Meereszugangsanspruches durch Überzeugung oder internationalen Druck zu verändern, blieben jedoch erfolglos.⁷³⁸ Wegen der Inkompatibilität der bolivianischen und chilenischen Präferenzen konnte sich kaum ein zwischenstaatlicher Konsens aus dem Angebot Boliviens ergeben, was zu einer *Deadlock*-Situation führte

4.8) Befunde

Bei den untersuchten Ereignissen verzichteten die innenpolitischen Akteure (Aktivisten) auf eine für die Mehrheit der Bevölkerung schwer nachvollziehbare Diskussion über den sozialen Nutzen eines Erdgasabkommens mit Chile oder über die Wirtschaftlichkeit des von der Regierung bevorzugten Erdgasgeschäft-Modells. Stattdessen lozierten sie aus strategischen Gründen ein *Frame* der Erdgasverhandlungen mit Chile aus, das als „unpatriotisch“ bezeichnet wurde, es sei denn das Erdgasabkommen wäre parallel mit einem Meereszugang verhandelt worden.

Als Ergebnis der Ausbreitung des *Frame des Patrioten* der Erdgasverhandlungen wurden diese in der Bevölkerung immer unbeliebter. Für die Regierung und ihre Parteienkoalition entstand *Reputationsverlust*, da sie sich für die Fortsetzung der unpatriotisch unpopulären zwischenstaatlichen Verhandlung entschieden. Sie wurden von der Öffentlichkeit als „Vaterlandsverräter“ und als „Kollaborateure“ eines rivalisierenden Landes wahrgenommen. Da die verhandelnde Regierung und ihre Parteienkoalition im Amt bleiben und wiedergewählt werden wollten, mussten sie ihre anfängliche Position hinsichtlich des unbeliebt gewordenen Abkommens mit Chile dem neuen Kosten-Nutzen-Kalkül und der entstandenen Machtkonstellation anpassen. Da die Kosten eines Abkommens letztendlich den Nutzen überschritten, die die Unterstützer des Erdgasabkommens zu Beginn anvisiert hatten, wurde der Abbruch der Verhandlungen angesichts der Verengung des Winset immer wahrscheinlicher.

Die Befunde der vorliegenden Dissertation bestätigen einerseits, dass ein innerstaatlicher Akteur (Aktivist), der bei der Bildung der staatlichen außenpolitischen Präferenzen bezüglich der Erdgasverhandlungen nicht ausreichend berücksichtigt worden war, durch ein *strategisches Framing* einer bilateralen Verhandlung, die außenpolitischen Präferenzen eines Landes veränderte. Dafür eignet sich ein auf ein breit akzeptiertes und vorhandenes Identitätskonstrukt basierendes negatives *Frame* eines bestimmten außenpolitischen Objektes, das der Aktivist widerlegen will. Die innerstaatliche Manipulation des einheimischen Winset kann dazu führen, dass sich die durch das *strategische Framing* modifizierten außenpolitischen Präferenzen eines Landes außerhalb eines realistisch zu erwartbaren zwischenstaatlichen Konsenses bewegen.

Andererseits ist es durch die vorliegende Dissertation nicht gelungen, die Rolle einer eventuellen kognitiven Dissonanz zu bestätigen oder zu widerlegen. Die Variation des Diskurses der regierenden Akteure, die vom *strategischen Framing* betroffen waren, scheint aus der Analyse der Aussagen der Akteure eher von einer Anpassung an ein neues Kosten-Nutzen-Kalkül als von einer normativen Spannung zwischen dem gewollten und angemessenen Verhalten inspiriert gewesen zu sein. Die mangelhafte Quellenlage, die eine tiefere Rekonstruktion des Prozesses, bei dem die Akteure ihre deklarierte Meinung über die Erdgasverhandlungen mit Chile änderten, lässt offen, ob nicht auch eine kognitive Dissonanz bei der Diskurs-Variation mitwirkte.

Endnoten

- ¹¹⁶ Die jungen Nationen wollten die Gebiete der jeweiligen ehemaligen Kolonialverwaltungsbezirke nach dem Prinzip des *uti possidetis* erhalten. Dennoch wurden die territorialen Ansprüche jenseits der eigenen Grenzen so extensiv, dass am Ende des 20. Jahrhunderts praktisch kein Land des Subkontinents seine Grenzen zumindest gegenüber einem seiner Nachbarn behalten hatte. Eine Ursache dieses Expansionismus ist die Existenz von kolonialen widersprüchlich überlappenden Verwaltungsbezirken, die nach der Unabhängigkeit nicht mehr durch die überregionale Macht eines Königs entschärft werden konnte (Escudé 1988, 147; Brading 1995, 95; St. John 1997, 2).
- ¹¹⁷ Der Salpeterkrieg (1879 – 1883), auch „*Guerra del Pacífico*“ genannt, war ein Konflikt zwischen Chile und dem Militärbund aus Bolivien und Peru. Die Ursache der Auseinandersetzung war die unterschiedliche Auslegung der kolonialen Grenzen durch Bolivien und Chiles (St. John 1994,12).
- ¹¹⁸ „*Strategic rivalries might be thought of as the reverse image of the cooperative special relationships*“ und „*Three selection criteria appear to be most important. The actors in question must regard each other as (a) competitors, (b) the source of the actual or latent threats that pose some possibility of becoming militarized, and (c) enemies.*“ (Thompson 2001, 560).
- ¹¹⁹ Siehe Gov.Bol. 2004a, 22-28; Milet 2004, 45; Murillo de la Rocha 2004, 162; Hirst 2004, 177; Manrique 2004; St. John 2005, 1.
- ¹²⁰ Im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 bestätigte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) die verbindliche Natur des Diskurses des Meereszugangsanspruches für die bolivianischen Regierungen. Der ehemalige hochrangige Beamte des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) wörtlich: „*Y eso difícil para cualquier gobierno desconocerlo, y además que no ha habido ningún gobierno que manifiestamente haya proclamado algo que va en contra de un sentimiento de tipo históricamente del sentimiento nacional de Bolivia*“.
- ¹²¹ Im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 erläuterte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) seine Auffassung des Diskurses des Meereszugangsanspruches. Der ehemalige hochrangige Beamte des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) wörtlich: „*La interpretación histórica, que es la que más se ha arraigado en el sentimiento boliviano, es que nosotros ejercimos soberanía marítima durante 54 años, vale decir, desde 1825 a 1879 y que por lo tanto, al habérsenos privado de un acceso soberano a las rutas marítimas hemos perdido la cualidad de país marítimo y por lo tanto, solo se puede reponer ese bien perdido con otro de igual equivalencia en valor político y económico, ese es el sentimiento históricamente arraigado que existe en Bolivia.*“ Die restlichen Interviewten benutzten ähnliche Ausdrücke, um den Diskurs des Meereszugangsanspruches zu definieren und ergänzten auch seine Charakterisierung. Prof.1 bezeichnete das Fehlen eines Hafens und eines souveränen Meereszugangs als eines der wichtigsten Problemen des Landes („*El no tener un puerto ni un acceso libre a uno, es uno de los problemas radicales del país*“). Prof.2 betonte die Rolle des Schulsystems bei der Sozialisierung des Diskurses („*Yo creo que es mas un factor o aspecto cultural, que se ha ido heredando de generación y generación, lo has visto desde pequeño en el colegio y te lo han ido metiendo desde un aspecto cultural y por tradición se ha ido heredando a cada generación*“) und seine historische instrumentelle politische Anwendung („*Como yo lo veo es simplemente una bandera política, siempre se ha utilizado como una bandera política. Siempre ha sido un icono, para proponer para generar electores a favor*“). Auch Beamtin1 hob den Einfluss des Schulsystems bei der Sozialisierung des Diskurses hervor („*Ahora es cierto, que en la escuela hay una suerte de adoctrinamiento, te enseñan o te hacen nacer un sentimiento, que tienen que devolverte el mar, una necesidad de reclamo de una salida al mar. Desde la escuela te enseñan que el mar le pertenece a Bolivia y que recuperarlo es un deber*“). Prof.3 hob die Rolle des Diskurses des Meereszugangsanspruches und das Feindbild Chiles für den Bau der nationalen Identität hervor („*Durante el siglo 20. se va tejiendo cada vez más esta ausencia y va constituyendo*

Bolivia su identidad a partir de la construcción de un enemigo externo, que sería Chile, tal vez sin mucha reflexión al respecto“), das politische Akteure als eine populistische Ressource zur Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten nutzen („La identidad boliviana construida sobre el enemigo común genera un recurso político, pues la búsqueda de la salida al mar aparece en determinados momentos políticos, en que se precisa un apoyo populista. Históricamente la salida al mar es usada como un recurso político populista“).

¹²² Präsident Mesa über den Meereszugangsanspruch als bindender Faktor Boliviens: *„Bolivia tiene en el mar, el espíritu quebrado y solamente va a recomponerlo, cuando acceda plenamente, libremente y soberanamente al mar, porque le perteneció, porque en el alma le pertenece y porque en el futuro, estamos absolutamente ciertos, de que nos pertenecerá. Esta es una convicción que ha generado el elemento más importante de cohesión que tenemos todos y cada uno de los bolivianos. En cualquiera de nuestras diferencias de criterio, de opinión, de convicción o de visión sobre Bolivia, ninguno de nosotros tiene duda de que aquello que nos une, es la reivindicación de ese espacio que es geografía y que es alma de Bolivia.“* (Rede des Präsidenten Mesa vor dem Kongress beim Gedenktag, La Paz, 23 de März de 2004. <http://abi.bo> zuletzt besucht am 01.04.2009). Der chilenische Generalkonsul in La Paz, Edmundo Pérez Yoma, über die chilenischfeindliche Rhetorik als Konsensfaktor in der heterogenen Gesellschaft Boliviens wörtlich: *„Ser antichileno es lo único que produce consenso entre todos los bolivianos, por lo tanto, se recurre a este sentimiento con mucha facilidad si quieres producir efectos inmediatos“* in *„Pérez Yoma cree que el gas fue excusa para la revuelta“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.10.2003. ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 wörtlich: *„La viabilidad técnica tropezó con la inviabilidad política y la verdad es que el Movimiento al Socialismo, que ahora es gobierno, utilizó un poco la bandera para aglutinar la protesta popular en contra del Presidente Sánchez de Lozada en este tema de gran sensibilidad, que son las percepciones respecto de Chile.“*

¹²³ Der bolivianische Präsident Jaime Paz Zamora (1989-1993) prägte den diffusen Begriff „Maritimqualität“. Er meinte damit ein bilaterales Regime, das Bolivien sogar ohne Souveränität einen nützlichen Zugang zum Pazifischen Ozean ermöglichte. Es gibt keine präzise Grenze dieses Neologismus. Dennoch: Eine von Bolivien verwaltete Sonderverwaltungszone einer Enklave an der Küste des Pazifischen Ozeans könnte die Ansprüche der „Maritimqualität“ erfüllen, wenngleich Bolivien keine Hoheitsrechte zuerkannt würden, so aber doch die Anwendung bolivianisches Rechts auf die Enklave zugelassen würde (Torres 2002, 138). Über die ungenaue Anwendung des zweideutigen Begriffes „Maritimqualität“ in der bolivianischen Innenpolitik – manchmal im Sinne Paz Zamoras und manchmal als Synonym eines souveränen Meereszugangs – siehe Salazar 2006, 127.

¹²⁴ Die traditionelle Position Chiles bezüglich des bolivianischen Meeresanspruchs kann in folgenden Punkten zusammengefasst werden: a) Die gesamte Grenze mit Bolivien ist bereits durch ein gültiges Abkommen festgelegt, so dass es keine offene territoriale Frage mit Bolivien gibt; b) Die Klauseln des Abkommens gewährleisten dieselben Bedingungen für einen Zugang zum Meer sowohl für Bolivien als auch für Chile, so dass der Anspruch auf einen eigenen Hafen an der Küste des Pazifischen Ozeans nicht zu rechtfertigen sei; c) Chile betrachtet den bolivianischen Meeresanspruch als eine reine bilaterale Angelegenheit und lehnt die Einmischung von Drittländern oder die Diskussion bei internationalen Foren ab (De la Puente 1989, 41).

¹²⁵ Cajías de la Vega et al. berichtete 1999, wie sich bolivianische Lehrer einem geplanten Schulbuch innerhalb der Bildungsreform widersetzen, in dem zwar der traditionelle bolivianische Meeresanspruch erwähnt wurde, jedoch entgegen den traditionellen bolivianischen Unterrichtstexten auch die Freundschaft zwischen Bolivien und Chile. Der Text war laut Lehrern nicht überzeugend, da er das vorhandene bolivianische Ressentiment und den noch schwelenden Konflikt mit Chile versteckte. Der vorgeschlagene Unterrichtstext stammte von einer seit 1998 durchgeführten zwischenstaatlichen

Initiative südamerikanischer Länder, die für eine Verbesserung des Geschichtsunterrichtes in den Mitgliedsländern des „Andrés-Bello-Abkommens“ (*Convenio Andrés Bello*) zuständig war (siehe Cajías de la Vega et al. 1999, 42). Siehe auch die Aussage von Gegnern der bolivianischen Bildungsreform, dass der Geschichtsunterricht nicht ausreichend Hass auf die Chile lehre, in „*Profesores y padres de familia reclaman que la Reforma Educativa no refuerce en los alumnos el espíritu patriótico. Técnicos del proceso sostienen que el estudiante es ahora más crítico y reflexivo sobre ese acontecimiento*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.03.2003. Darüber hinaus sind in den bolivianischen Geschichtsbüchern häufig Hinweise auf die expansionistische Natur Chiles als Hauptursache des Salpeterkrieges und des territorialen Verlustes zu finden (siehe Montero 1979, 21; Querejazu 1996, 13; Mesa 2001, 49; Querejazu/Thórrez 2007, 1; Fernández 2007a, 41). Über die chilenischfeindlichen Inhalte im bolivianischen Schulunterricht berichtete die spanische Zeitung El País, wie Schüler nach Aufforderung von Lehrern in den Schulen von La Paz, beim Hissen der Fahne und nach dem Singen der Nationalhymne „*Es lebe Bolivien, es sterbe Chile!*“ („*¡Viva Bolivia, Muera Chile!*“) rufen sollten, siehe „*La exportación de gas divide a los bolivianos*“ in der Zeitung El País, Madrid – 28.10.2003. Einer bolivianischen Zeitung zufolge wird Schülern in der Stadt La Paz von den Lehrern beigebracht, sie sollten fleißig und nicht faul sein oder stehlen, denn letztgenannte seien typische chilenische Eigenschaften. Siehe „*Algunas escuelas todavía fomentan el odio a Chile*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.03.2004. Im Telefoninterview betonte Prof.3 die Rolle der sogenannten „Staatsbürgerkunde-Stunde“ („*horas cívicas*“) bei der Sozialisierung des Diskurses des Meereszugangsanspruches. Besonders am 23. März jeden Jahres (sogenannte „*Día del Mar*“) werde wird in der Regel diese Stunde mit den Ruf „*sterbe Chile*“ beendet.

¹²⁶ Der Vorsitzende der bolivianischen MIP-Partei, Felipe Quispe, bezeichnete den Ruf „*Es lebe Bolivien, es sterbe Chile!*“ als einen Diskurs der bolivianischen weißen kolonialen Oligarchie zur Unterdrückung der indianischen Mehrheit Boliviens. Siehe „*La elite (boliviana) nos ha enseñado a gritar: Muera Chile*“ in der Zeitung La Nación, Santiago de Chile – 20.10.2003 und El País, Madrid – 28.10.2003. Zur Anwendung des Begriffes „*Kain Amerikas*“ siehe die Zeitungen La Razón, La Paz – 14.02.2008 und El Mercurio, Santiago de Chile – 16.03.2008 und Ticona 2005, 193. Siehe auch Aussage einer Aktivistin der Protest-Bewegungen gegen die Erdgasverhandlungen mit Chile: „*hemos crecido con la idea del rencor hacia Chile por el robo de nuestro territorio, y educamos así a nuestros hijos*“ (Crabtree 2005, 83).

¹²⁷ Der Völkerbund hatte bereits im Jahr 1921 den bolivianischen Antrag zur Änderung des Grenzabkommens von 1904 zurückgewiesen. Seit dem Jahr 1945 trug Bolivien vor der Generalversammlung der UNO mehrmals das Thema vor, ohne dass die Organisation eine entsprechende Maßnahme traf (Gumucio 2004, 113; 118; 121).

¹²⁸ Die Resolution 426 von OAS/OEA aus dem Jahr 1979 erkannte den Anspruch Boliviens auf einen Zugang zum Meer an und bezeichnete es als eine ständig bestehende Frage von hemisphärischem Interesse. In Wirklichkeit half die Anerkennung jedoch wenig. Bolivien setzte in den anschließenden Jahren neue Resolutionen bei der Generalversammlung von OAS/OEA durch, doch auch sie veränderten den Status Quo nur wenig. Im Jahr 1993 entschloss sich Bolivien, der Versammlung nur noch über den Zustand der Beziehungen mit Chile zu berichten, statt neue Resolutionen zu fordern, so dass das Risiko einer Niederlage bei der Versammlung vermieden werden konnte (Torres 2004a, 144; Gumucio 2004, 122).

¹²⁹ Beide Länder unterhielten erneut zwischen 1975 und 1978 diplomatische Beziehungen, während der gescheiterten „*Charaña*“-Grenz-Verhandlungen. Da Chile die peruanischen Bedingungen ablehnte, scheiterten die Verhandlungen. Peru sollte nach einem Protokoll des Lima-Abkommens von 1929 solchen Vereinbarungen einwilligen. (Murillo de la Rocha 2004, 133).

¹³⁰ Die ALADI ist eine regionale zwischenstaatliche Kooperationsinstitution, die im Jahr 1980 durch die Novellierung und als Rechtsnachfolgerin der in den 60er Jahren gegründeten ALALC (Lateinamerikanische Freihandelszone) entstand. Im Rahmen der ALADI werden die meisten

wirtschaftlichen Abkommen der Region unterschrieben. Siehe Mattli 1999; Axline 1997, 113; Guerra-Borges 2001, 70-73; Wuthenau 1993, 98 und Hurrell 1998, 228.

- ¹³¹ Zu den wichtigsten institutionellen Reformen Boliviens gehören: die Schaffung eines Ombudsmanns und eines Verfassungsgerichts, positive Diskriminierung für Frauen in parteipolitischen Positionen, die Finanzierung der politischen Parteien, das Volkspartizipationsgesetz („*Ley de Participación Popular*“) und zahlreiche Dezentralisierungsreformen sowie die Erhöhung der Gesamtzahl der gewählten Ämter (Maihold 1998, 117; Nohlen 2001, 30; Martinez 2003, 79; Domingo 2005, 1733; Larrain L. 2006; Mesa 2008, 36). Das Volkspartizipationsgesetz führte auch zur finanziellen Dezentralisierung des Staates: Es sah vor, ca. 20 Prozent der Steuereinnahmen an die Gemeindeverwaltungen abzuführen (Mercado et al. 2005, 4). Außerdem wurde die verschiedenen Ethnien und die Multikulturalität des Landes konstitutionell anerkannt (Birle 1997; Albro 2005, 435; Stefanoni 2007, 47).
- ¹³² Die von Jeffrey Sachs empfohlene „Neue Wirtschaftspolitik“ (sogenannte „*Nuevo Plan Económico*“, auch „*terapia de shock*“ genannt) war eine Antwort auf die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes in der jungen Demokratiephase, als die Inflation eine Rate von ca. 22.000% erreichte (Toranzo 2002, 15; Farthing/Kohl 2006, 66; Lehoucq 2008, 112; Muñoz-Pogossian 2008, 41). Die Wirtschaftspolitik kam durch den Druck des internationalen Finanzsystems und als Ausdruck des sogenannten Washington-Konsenses zustande (Domingo 2005, 1735; Salman 2006, 164). Sie führte zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, zu einer Liberalisierung der Preise, der Löhne und des Wechselkurses und zur Einführung einer allgemeinen Steuerreform (Muñoz-Pogossian 2008, 42).
- ¹³³ Erhielt kein Präsidentschaftskandidat bei der Präsidentschaftswahl die absolute Stimmenmehrheit, musste laut damaliger bolivianischer Verfassung eine parlamentarische Stichwahl folgen. Zwischen 1985 und 2002 erhielt kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, so dass die Bildung von Regierungskoalitionen somit erst nach der Direktwahl und vor der parlamentarischen Stichwahl stattfand (Jost 2008, 91).
- ¹³⁴ Bolivien erlebte erstmals in seiner Geschichte zwischen der demokratischen Wiederkehr (1982) und der Wahl von Sánchez de Lozada fünf aufeinanderfolgende demokratische Regierungswechsel (Bertelsmann 2003, 3).
- ¹³⁵ Ab 1999 reduzierte sich das Wirtschaftswachstum zunächst wegen regionaler und globaler Wirtschaftskrisen. Hier sind die mexikanische Krise von 1994, die Asienkrise von 1997 und die argentinische Krise von 2001 gemeint (Tanaka 2003, 95 und OAS/OEA 2003).
- ¹³⁶ Während die Sozialausgaben im Jahr 1985 3,2% des Bruttoinlandsproduktes betragen, stiegen sie im Jahr 2000 auf 20,3% an (Laserna 2004, 43).
- ¹³⁷ Die unnachgiebige Umsetzung der neoliberalen Reformen, insbesondere die Deregulierung des bolivianischen Arbeitsmarktes, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Abschaffung ineffizienter Bergbaubetriebe führten zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit (Salman 2006, 164).
- ¹³⁸ Von ca. 63,9 Prozent der verarmten Bevölkerung lebte im Jahr 2003 ca. die Hälfte noch unter der Grenze der extremen Bedürftigkeit („*indigencia*“). Extrem bedürftig sind Personen, die zu einem Haushalt gehören, bei dem die gesamte Summe der Einkommen aller Mitglieder, den nach technischen Maßstäben geeigneten Nahrungsbedarf nicht decken kann (Weltbank 2002, 8). Die Armutquote fällt in den ländlichen Regionen noch höher aus: ca. 90% der ländlichen Bevölkerung, meistens Angehörige der indianischen Ethnien, ist arm (Larrain L. 2006, 103; Thorp et al. 2006, 458).
- ¹³⁹ Siehe Gutachten in Polity IV Country Report 2003: Bolivia. Center for International Development and Conflict Management der Universität Maryland and vom *Freedomhouse* in <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.954.0.html> Besuch im September 2007.
- ¹⁴⁰ Zum Klientelismus siehe Caciagli 1997.

-
- ¹⁴¹ Da die öffentlichen Ressourcen, Vergünstigungen oder materiellen Vorteile durch die Einführung der Strukturreformen der „Paktierten Demokratie“ geringer ausfielen, konnten die Parteien ihren traditionellen klientelistischen Leistungen immer weniger nachkommen (Barr 2005; Horst 2005, 80).
- ¹⁴² Für eine feine Beschreibung der Merkmale und Besonderheiten des Populismus in Lateinamerika siehe Walker 2008. In Anlehnung an Walker gibt es zusammenfassend folgende Merkmale bei den traditionellen populistischen Parteien des 20. Jahrhunderts: eine deutliche Abhängigkeit der Partei von der Person des Begründers oder eines charismatischen Führers; der Anspruch der Partei, das Volk unmittelbar zu vertreten; die Schaffung einer nationalen Industrie als bevorzugte Entwicklungsstrategie des Landes; die Auffassung des Staates als Beschützer der armen Schichten; die Bevorzugung plebiszitärer Prozesse und daher eine angespannte Beziehung zu formell liberaldemokratischen Institutionen. Walker zufolge tauchten in den 90er Jahren neoliberale und linke neopopulistischen Parteien auf, die nur teilweise mit den Merkmalen der alten populistischen Parteien übereinstimmten (Walker 2008). Im bolivianischen Fall standen die politischen und sozialen Bewegungen für eine populistische Rhetorik und die Missachtung von formell liberaldemokratischen Institutionen (Laserna/Schwarzbauer 2005, 5).
- ¹⁴³ ADN stand für *Acción democrática nacionalista* (Nationale Demokratische Aktion), MNR für *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (Nationalistische Revolutionäre Bewegung) und MIR für *Movimiento de Izquierda Revolucionario* (Partei der Linksrevolutionären Bewegung).
- ¹⁴⁴ Die im Jahr 1979 entstandene ADN-Partei bekannte sich zu einer dirigistischen Wirtschaftspolitik. Dennoch machte sie sich in den darauffolgenden nächsten Jahren die Prämissen des wirtschaftlichen Neoliberalismus zu eigen. Die im Jahr 1942 gegründete MNR-Partei war historisch an die Gewerkschaftsbewegung gekoppelt, sie verwandelte sich dennoch in den Hauptvertreter der neoliberalen Reformen. Die ursprünglich linksorientierte MIR-Partei wurde im Jahr 1971 gegründet. Sie erwies sich während des Untersuchungszeitraumes als ausreichend pragmatisch, um Koalitionen zuerst mit der ADN-Partei und später mit der MNR-Partei einzugehen.
- ¹⁴⁵ Die populistischen UCS-Partei („*Unión Cívica Solidaridad*“, Zivilunion Solidarität) und CONDEPA-Partei („*Conciencia de Patria*“, Bewusstsein des Vaterlandes) wurden Ende der 80er Jahre gegründet und beteiligten sich in zahlreichen Koalitionen. Sie verloren bereits in den 90er Jahren größtenteils jegliche Relevanz (Romero 2002, 205; Goedeking 2001b, 25; Muñoz-Pogossian 2008, 21; Horst 2009, 155; Jost 2010, 199).
- ¹⁴⁶ NFR stand für „*Nueva Fuerza Republicana*“, (Neue Republikanische Kraft).
- ¹⁴⁷ Besondere Relevanz in der Tradition der indigenen Parteien in Bolivien besitzt die in den 70er Jahren gegründete „*Tupaj Katari*“-Bewegung, die sich als eine politische Vertretung ausschließlich indigener Ethnien behauptete und die den bolivianischen Staat als Gegner betrachteten (Romero 1998, 7; Van Cott 2000, 167; Salazar 2004, 47; Quiroga 2006, 90). Die Philosophie des „*Katarismo*“ inspirierte eine Reihe von Parteien, darunter die MIP-Partei (Draeger et al. 2001, 11; Romero 2002, 168; Quiroga 2006, 84; Albó 2007, 89; Madrid 2008, 486).
- ¹⁴⁸ Die linken bolivianischen Parteien sahen im wirtschaftlichen Neoliberalismus und in der Globalisierung die Hauptursachen der sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes. Dementsprechend waren die ausländischen Investoren feindlich gestimmt und misstrauten den von der US-amerikanischen Regierung geforderten Innen-, Sicherheits- bzw. Wirtschaftsmaßnahmen (Lehoucq 2008, 114; Fundemos 2002, 65; Schwarzbauer 2005a, 88). Siehe Wahlprogramm 2002 der MAS-Partei: „*Los partidos neoliberales... ...se caracterizan por la sumisión y traición a la patria, por la entrega casi gratuita del patrimonio nacional a la voracidad del capital internacional y sus directrices, quienes imponen condiciones de empobrecimiento para los legítimos propietarios de los recursos naturales*“ (Fundemos 2002,65). Die MIP-Partei kritisierte die Globalisierung und plädierte für den Ausstieg aus der kapitalistischen Volkswirtschaft und die Adoption eines utopischen, in den traditionellen indigenen Gemeinden inspirierten geldlosen Wirtschaftssystems (Arocena 2006, 370).

-
- ¹⁴⁹ Die Cocalero-Bewegung ging aus den Kokastrauch-Anbau-Gewerkschaften, die wegen der Drogenbekämpfungs-Politik bedroht waren. Sie kämpften gegen die von der Regierung geregelten Beschränkungen der gesamten Oberfläche für Cocabewirtschaftung, die die Kleinbauern verarmen ließen (Stefanoni 2003, 58; Conzelman 2006,62).
- ¹⁵⁰ Entscheidend für diese Entwicklung waren insbesondere das Volkspartizipationsgesetz (*Ley de Participación Popular*) und die Rolle der MAS-Partei (*Movimiento al Socialismo*, Bewegung zum Sozialismus) beim sogenannten „Wasserkrieg“ („*Guerra del Agua*“). Das Volkspartizipationsgesetz vergrößerte die Zahl der Gemeinden und verlieh mancher indianischen Organisation einen legalen Status. Dies ermöglichte der MAS-Partei erste Schritte in die Kommunalpolitik (Merz 2001; Stefanoni 2003, 60; Assies 2003; Romero Ballivián 2003, 146; Larraín L. 2006, 98; Mihaly 2006, 97). Außerdem ermöglichte die Novellierung des Wahlrechts die Wahl von Abgeordneten wie der MAS- und MIP-Partei, die nur Relevanz in einem spezifischen Gebiet des Landes hatten (Tanaka 2003, 58; Mihaly 2007, 99; Muñoz-Pogossian 2008, 206; Wolff 2010, 214). Der sogenannte „Wasserkrieg“ fand im April 2000 in der bolivianischen Stadt *Cochabamba* statt. Es handelte sich dabei um den Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in der bolivianischen Stadt *Cochabamba*. Er wurde, teils durch gewalttätige Demonstrationen und Landstraßenblockaden ausgetragen (Crabtree 2005).
- ¹⁵¹ Felipe Quispe, selbsternannter „*Mallku*“ („Leiter“ in Aymara-Sprache), der sowohl als Vorsitzender der MIP-Partei (*Movimiento Indígena Pachakutec*), eine im Jahr 2000 zur Vertretung indigener Kleinbauern gegründete Partei, als auch als Chef der CSUTCB (Kleinbauerngewerkschaft, „*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*“) agierte, wurde Anfang der 90er Jahre wegen Terrorismus-Verdacht festgenommen und zu einer Haftstrafe verurteilt (Draeger et al. 2001, 126; Whitehead 2001, 13; Tanaka 2003, 57; Horst 2005, 70; Canessa 2006, 250; Hylton/Thomson 2007, 104; Jost 2010, 205).
- ¹⁵² Die Konkurrenz zwischen Morales und Quispe über die Führung der Oppositionsbewegung war von Personalquerelen gekennzeichnet (Goedeking 2001a, 126; Salman 2006, 178; Canessa 2006, 250; Hylton/Thomson 2007, 106).
- ¹⁵³ Die Oppositionsbewegungen artikulierten sich in den erwähnten Parteien, aber auch in verschiedenen Protestorganisationen und instrumentellen Plattformen. Sie wurde häufig in der bolivianischen Presse als „Soziale Sektoren“ bezeichnet.
- ¹⁵⁴ Morales über den Neoliberalismus wörtlich: „*El neoliberalismo es la reproducción del capitalismo salvaje e inhumano...*“, „...no da solución a las mayorías en todo el mundo, por eso la lucha es contra la globalización en todo el mundo. En el caso boliviano, después del fracaso del capitalismo de Estado y del actual fracaso del neoliberalismo, le toca el turno a los pueblos, a las empresas autogestionarias, colectivas“ (Stefanoni 2002).
- ¹⁵⁵ Die Blockade in der Region *Chapare*, der Landstraßen zwischen den Städten *Cochabamba* - *Santa Cruz*, oder die Blockaden in der Region *Yungas* sowie die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt zeigten, wie mächtig die Opposition war. Dies forderte die staatliche Autorität heraus (Stefanoni 2003, 58).
- ¹⁵⁶ Der unternehmerische Sektor gewann erst mit der Einführung der „Neuen Wirtschaftspolitik“ an Einfluss und veränderte die Beziehungen der traditionellen politischen Parteien zum Unternehmenssektor, so dass die Unternehmerverbände die relevanteste Interessengruppe wurde (Hofmeister 1996, 120).
- ¹⁵⁷ Die bolivianischen Bürgerkomitees (*Comités Cívicos*) sind Organisationen zur Artikulation regionaler Interessen, die im Verlauf der agitierten 50er Jahre im südöstlichen Bezirk (*Prefectura*) Santa Cruz als überparteiliche Organisationen gegen die Zentralisierung des Landes entstanden waren (Jost 2003; UNDP 1999). Diese Form von regionalen Interessenvertretungen vermehrten und verstärkten sich in den nächsten Jahren (Jost 2008, 105).
- ¹⁵⁸ Das Ansehen der Streitkräfte als politische Kraft litt unter den Misserfolgen der in den 70er und 80er Jahren herrschenden Diktaturen sowie unter dem Vorwurf, damals korrupt gewesen zu sein. Den Streitkräften

wurden damals auch Verbindung mit den Drogenhändlern vorgeworfen (Whitehead 2001, 9). Trotzdem mischten sie sich, historisch gesehen, in Bolivien oft in aktuelle politische Debatten ein, und dies, obwohl die Verfassung (Art. 209 und 215) den Streitkräften und der Polizei in der Regel jegliche politische Handlung verbietet. Zwischen 1982 und 2003 fanden mehr als 30 von Polizisten organisierte Demonstrationen und mehrere Verhandlungen zwischen den bolivianischen Regierungen und der Polizei statt, zumeist ging es dabei um die Arbeitsbedingungen (Tellería 2003, 99; Quintana 2003, 173). In den ländlichen Gebieten ist das Ansehen der Polizei schwer wegen Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen und unnötiger Gewaltanwendung im Kampf gegen die Coca-Wirtschaft beschädigt (besonders betroffen waren die Elite-Einheiten UMOPAR, *Unidad Móvil de Patrullaje Rural*- Mobile Einheit zum ländlichen Patrouillieren, und FELCN, *Fuerza Especial de Lucha contra el Narcotráfico* – Sondereinheit zur Bekämpfung des Drogenhandels) (Draeger et al. 2001, 25; Condori 2002, 589; Ledebur 2005, 154; Bergfeld 2009, 90).

- ¹⁵⁹ Siehe Aussage des bolivianischen Generalkonsuls in Santiago de Chile, Mariano Baptista, zur Notwendigkeit, die Handelsbilanz auszugleichen in „*Pese a no contar con relaciones diplomáticas: Chile y Bolivia interesados en acuerdo minero*“ in der korporativen Zeitschrift der Boletín Minero Nr. 1126, Oktober 1999, Santiago de Chile.
- ¹⁶⁰ Zu ihnen gehörte die Nutzung des internationalen Flusses *Silala*, die Einführung einer Reihe protektionistischer Maßnahmen, Nichterfüllung des Regimes zum Zugang zur Küste und die Räumung der Antipersonenminen an der Grenze. In den 70er Jahren hatte die Diktatur Pinochets mehr als 500.000 Antipersonenminen an der Grenze zu Bolivien verlegt. Erst im Jahr 2002 verpflichtete sich Chile, in Anlehnung an das Ottawa-Abkommen zum Verbot von Antipersonenminen, die Minenfelder zu räumen (Correa et al. 2004, 30; Landmine Monitor Report 2004, 81). Die Diskussion um die Nutzung des Flusses *Silala* ähnelte der des *Lauca*-Flusses in den 60er Jahren. Damals verlangte Bolivien direkte Verhandlungen über den allgemeinen Zustand der bilateralen Beziehungen – in Wirklichkeit aber suchte Bolivien eine Strategie zur Revision des Grenzabkommens. Stattdessen kündigte Chile an, wegen der Streitigkeiten vor ein internationales Schiedsgericht ziehen zu wollen (Tomasek 1967; Martínez Sotomayor 1963, 18). Bis heute zeigt die Diskussion über den Fluss *Silala* kaum Fortschritte.
- ¹⁶¹ Hugo Banzer Suárez regierte zweimal in Bolivien. Das erste Mal übernahm er im Jahr 1971 das Präsidialamt und regierte als Militärdiktator bis 1978. Nach mehreren erfolglosen Kandidaturen wurde er im Jahr 1997 durch eine demokratische Wahl und mit der Unterstützung einer Koalition zwischen der von ihm gegründeten ADN- und der MIR-Partei zum Präsidenten gewählt.
- ¹⁶² Laut ECLAC-Bericht war das bolivianische Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 das niedrigste aller südamerikanischen Länder (CEPALSTAT, <http://www.eclac.org/badestat/> zuletzt besucht am 27.01.2009).
- ¹⁶³ Großen Einfluss auf die bolivianische Wirtschaft hatte die Entwertung der brasilianischen Währung („*Real*“). 1999 entwertete die brasilianische Regierung mehrmals den „*Real*“ und verursachte eine Wirtschaftskrise für die Länder des *Mercosurs* und beeinträchtigte in indirekter Weise auch die Kaufkraft der anderen Länder in der Region. Es entstanden negative Rückkoppelungen zum bolivianischen Export-Sektor und demzufolge zur Leistung der gesamten bolivianischen Wirtschaft (Mercado et al. 2005, 4).
- ¹⁶⁴ Dank der Privatisierung der Industrie, die Öl, Gas und andere Kohlenwasserstoffe verarbeitet (bolivianisches Gesetz Nr. 1689 vom 30.04.1996, „*Ley de Hidrocarburos*“, <http://www.congreso.gov.bo/leyes/1689.htm>), die in der ersten Amtszeit von Sánchez de Lozada (1993-1997) vollzogen wurde, stiegen in den Folgejahren die ausländischen Investitionen im Land erheblich an (López 2008a, 121). Somit wurden neue Erdgasreserven entdeckt, die die Erdgaskapazitäten um das Achtfache vergrößerten (López 2008a, 113; McGuigan 2007, 31). Erst Jahre später wurden wegen neuer Kalkulationen das Ausmaß der Erdgasreserven nach unten korrigiert, dennoch blieben sie die zweitgrößten auf dem südamerikanischen Subkontinent (Husar/Mayhold 2005, 129; Mähler 2007, 128).

-
- ¹⁶⁵ Telefonisches Interview vom 09. Dezember 2009 mit einem ehemaligen hochrangigen Beamten des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter).
- ¹⁶⁶ In seinen ersten Amtsjahren hatte Banzer eine traditionelle bolivianische Politik gegenüber Chile verfolgt, d.h. eine vom Meereszugangsanspruch geprägte Politik (Murillo de la Rocha 2004, 148). Im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 erklärte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter), dass die Regierung Banzer die Erdgasverhandlungen mit Chile als sehr relevant betrachtete. Der ehemalige hochrangige Beamte des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) wörtlich: *„Se le asignaba una gran prioridad, una primera importancia, porque en primer lugar permitía iniciar un proceso de integración energética de intercambio con Chile, se iniciaba la posibilidad de un proceso de industrialización del gas y se iniciaba la posibilidad de diversificar el mercado de exportación para el gas de Bolivia. Entonces eran tres elementos de enorme importancia para los dos países, pero obviamente el interés de Bolivia era muy marcado en que pudiese haberse concretado este gran proyecto“*. Im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 bestätigte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums, dass auch die Regierung Quiroga die Verhandlungen mit Chile aus ähnlichen Gründen als vorrangig betrachtete (Hochbeamter1).
- ¹⁶⁷ Der ehemalige Vizeminister für Energie Carlos López in der Regierungszeit von Präsident Quiroga wörtlich: *„No se puede apuntar exclusivamente a Brasil, se debe diversificar lo más posible... ..en algún momento, si las cosas van bien, Bolivia podría estar exportando tanto gas a Estados Unidos como a Brasil, Argentina y Chile juntos“* in *„El acuerdo para exportar gas por Chile está listo“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 19.07.2002.
- ¹⁶⁸ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 (Hochbeamter1).
- ¹⁶⁹ Gleichzeitig wies Banzer das Außenministerium Boliviens an, die gesamte Außenpolitik auf das Wirtschaftspotential des Landes auszurichten, um ausländische Investoren anzulocken. Siehe Aussage des damaligen Außenministers Boliviens, Javier Murillo de la Rocha, in der Zeitung La Razón de La Paz - 27.04.2000.
- ¹⁷⁰ Siehe Aussage des bolivianischen Präsidenten Banzer in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.06.2000. In diesem Zusammenhang gibt es einen Bericht des Außenministeriums Boliviens, das dem Präsidenten die Durchführung direkter Verhandlungen mit Chile empfahl, um das Meereszugangproblem zu lösen. Siehe *„El informe de los ministerios“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 07. 08. 2000.
- ¹⁷¹ Gipfeltreffen in Algarve (Portugal) zwischen den Außenministern der Rio-Gruppe und der Europäischen Union.
- ¹⁷² Siehe *„Cita Valdés-Murillo mañana en Portugal: Mejorar lazos con Bolivia es un objetivo prioritario“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 21.02.2000.
- ¹⁷³ Das bolivianische Außenministerium verlangte angesichts des für die Öffentlichkeit sensiblen Themas, dass die Gespräche vertraulich durchgeführt werden (Pérez Yoma 2004, 29).
- ¹⁷⁴ Über den chilenischen Anspruch bezüglich der Unantastbarkeit des Grenzabkommens siehe bspw. *„Las posiciones todavía son irreductibles“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.02.2000, *„El cónsul chileno destituido por Soledad Alvear“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 03.10.2004.
- ¹⁷⁵ Zu diesen Agenda-Themen gehörten die Verbesserung des Zugangs zum Meer, die Abschaffung von Handelshindernissen, die Nutzung des grenzüberschreitenden Flusswassers und der Ausgleich der Handelsbilanz sowie die Schaffung einer dreinationalen Entwicklungszone im Norden Chiles (Murillo de la Rocha 2004, 153; ICG 2004, 1).
- ¹⁷⁶ Der chilenische Präsident Eduardo Frei Ruiz-Tagle wörtlich: *„Esperamos que, a partir de la reunión de Portugal, podamos comenzar un diálogo en el nuevo milenio con Bolivia“*. Siehe *„Cita Valdés-Murillo*

mañana en Portugal: mejorar lazos con Bolivia es un objetivo prioritario“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 21.02.2000. Der bolivianische Vizeminister Fernando Messmer betonte damals den Willen Boliviens und Chiles, einen offenen Dialog zu führen („... *confiamos en la voluntad de tratar en el marco de un diálogo abierto todos los temas de la agenda bilateral, obviamente entraña el tratamiento del tema marítimo que es fundamental para nosotros.*“) in „*La cita es hoy, en Algarve, Portugal. El mar, las minas antipersonales y el Silala en el diálogo Bolivia-Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.02.2000. Chile hatte bereits die bilateralen Beziehungen mit Argentinien und Peru mittels einer Politik zur Überwindung unerledigter Grenzangelegenheiten verbessert („*superación de antiguas cuestiones limítrofes pendientes*“, Correa et al. 2004, 36). Einen ähnlichen Ausbau der Beziehungen mit dem Nachbarland Bolivien gab es hingegen nicht.

- ¹⁷⁷ Banzer offerierte der Regierung Lagos das Erdgasprojekt, um auch auf chilenischem Gebiet eine Erdgasleitung auszubauen (Pérez Yoma 2004, 47). Kurze Zeit später behauptete der ehemalige Präsident Chiles, Ricardo Lagos, in einem Interview, dass Banzer ihn erstmals im November 2000 über das Erdgasgeschäft und die wahrscheinliche Auswahl chilenischer Gebiete für die Erdgasstrasse unterrichtet habe. Hugo Banzer wörtlich „*Yo se que ese gas va a tener que salir por Chile y pienso que lo mejor es que discutamos una agenda de futuro*“ (Faundes 2004, 17).
- ¹⁷⁸ Der chilenische Vizeaußenminister, Heraldo Muñoz, wörtlich: „*Los presidentes hablaron de las posibilidades que hay en materias de conexiones gasíferas, recursos hídricos, mineros y de proyectos de ecoturismo*“ in „*La Misma Chola con Distinta Pollera. Lagos tras los Pasos de Pinochet, Aylwin y Frei en Bolivia...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 10.09.2000.
- ¹⁷⁹ Siehe Pressemitteilung der Außenminister Chiles und Boliviens in „*Encuentro de Presidentes Lagos y Banzer en Brasil: Chile y Bolivia Establecen Vía de Diálogo Permanente*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 02.09.2000. „*Estamos conscientes que (la demanda marítima) tiene que abordarse en un momento dado*“, „*pero estas conversaciones y trabajo conjunto en beneficio de ambos países apuntan precisamente a „mejorar el clima“, para - más adelante- tocar otros puntos de interés para el país vecino.*“ Siehe Aussage des chilenischen Präsidenten Lagos in „*Reunion Banzer-Lagos: Bolivia pidió el uso de Tocopilla para sacar minerales*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 18.11.2000.
- ¹⁸⁰ Siehe die Aussage des damaligen Außenministers Boliviens Javier Murillo de la Rocha: „*es necesario para poder ir alentando un proceso de acercamiento bilateral, que servirá para avanzar en el proceso de integración*“ in „*Asamblea de la OEA en Canada: Chile y Bolivia vieron sus asuntos bilaterales*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 06.06.2000.
- ¹⁸¹ Siehe auch durch die Aussage des ehemaligen Mitglieds der Militär-Junta und Senators Jorge Martínez Busch, das der bolivianische Meereszugangsanspruch illegitim sei. Siehe „*La Misma Chola con Distinta Pollera...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 10.09.2000.
- ¹⁸² Zum Verhalten Venezuelas in der Frage des bolivianischen Meeresanspruches siehe das erste Kapitel dieser Dissertation.
- ¹⁸³ Es handelt sich hier um die Ministerien für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Energie. Gemeinsame Presseerklärungen der Außenminister Boliviens und Chiles in „*Encuentro de presidentes Lagos y Banzer en Brasil: Chile y Bolivia ...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 02.09.2000.
- ¹⁸⁴ Im November 2000 trafen sich Banzer und Lagos erneut, diesmal in Panama im Rahmen eines iberamerikanischen Gipfels. Die chilenische Regierung bot Bolivien Steuerfreiheit für bolivianische Waren durch den chilenischen Hafen *Tocopilla* an. Dies sollte einem künftigen großangelegten Projekt im Südwesten Boliviens dienen. Siehe „*El presidente de Chile, Ricardo Lagos, prefirió no hablar del mar. Banzer: La agenda comercial se sobrepuso al tema marítimo*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 20.11.2000 und „*Bolivia Pidió el Uso de Tocopilla para Sacar Minerales*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 18.11.2000. Siehe auch „*Chile abrirá todos sus puertos para el desplazamiento de*

los productos bolivianos“ in Dokumentenarchiv der Stiftung *Democracia y Desarrollo* (www.fundaciondemocraciaydesarrollo.cl zuletzt besucht am Juni 2010).

- ¹⁸⁵ Siehe die Begründung dieser Maßnahme in den Aussagen des bolivianischen Präsidenten Banzer in „*En relaciones con Chile: Banzer dice que no se ha afectado el diálogo*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 29.01.2001.
- ¹⁸⁶ Hier ist das ergänzende Protokoll Nr. 12 vom Februar 2001 des wirtschaftlichen Komplementärabkommens Nr. 22 (sog. ACE 22) (sogenannte „ACE“, „*Acuerdo de complementación económica*“) gemeint. So führten die Länder unilaterale Handelspräferenzen ein, die bestimmte bolivianische Waren (Sonnenblumen- und Soja-Derivate) für den chilenischen Markt vorsahen. Es handelte sich um zwei wirtschaftliche Ergänzungsprotokolle eines bilateralen Abkommens zur wirtschaftlichen Ergänzung (*Acuerdos de Complementación Económico*): Ergänzungsprotokoll Nr. 13 zur Verlängerung der Präferenzen für bolivianische Waren für den chilenischen Markt und Ergänzungsprotokoll Nr. 14 zur Verbesserung des Informationsaustausches beider Zollämter. Beide Ergänzungsprotokolle vervollkommeten ein Anfang der 90er Jahre zwischen Bolivien und Chile vereinbartes begrenztes Freihandelsabkommen, das einen teilweise zollsteuerbefreiten Warenhandel vorsah (Abkommen zur wirtschaftlichen Ergänzung Nr. 22 im Rahmen der ALADI im Jahr 1993).
- ¹⁸⁷ Wenig später initiierte Brasilien ein Projekt zum Ausbau eines regionalen Landstraßenverkehrsnetzes (IIRSA, *Iniciativa para la Infraestructura Regional de Sur América*). Die drei Länder gründeten ein Fachkomitee zur Verbesserung der Grenzübergänge und für ein entsprechendes Verkehrsnetz. Siehe Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 29.01.2001. Die Länder setzten sich auch für ein Programm ein, das eine Kooperation zwischen dem nördlichen Teil Chiles und dem südöstlichen Teil Boliviens ermöglichen sollte. Siehe Pressemitteilung des chilenischen Außenministeriums in „*Concluyo cita ministerial: Chile y Bolivia preparan planes de cooperación*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 31.01.2001.
- ¹⁸⁸ Laut dem bolivianischen Außenminister Javier Murillo sollte zuerst ein bilaterales Vertrauen zwischen den Ländern erreicht werden, damit die Länder künftig auch über den Meeresanspruch verhandeln könnten („*Estamos trabajando para crear una atmósfera de entendimiento y para despejar cualquier tipo de celos, suspicacia y desconfianza*“). Siehe „*Los mandatarios de Bolivia y Chile analizarán el plan fronterizo*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 03.04.2001. Siehe auch „*Cita de cancilleres: Chile y Bolivia profundizan pacto comercial*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 07.04.2001. Siehe auch „*Presidente Lagos se reunió con mandatarios de Bolivia y Brasil*“ in Dokumentenarchiv der Stiftung *Democracia y Desarrollo* (www.fundaciondemocraciaydesarrollo.cl zuletzt besucht am Juni 2010).
- ¹⁸⁹ Die bolivianische Provinz *Tarija* besaß ca. 85,5% der gesamten Erdgasreserven Boliviens. Mit ca. ca. 10,05% der Erdgasreserven des Landes befindet sich die Provinz Santa Cruz, die auch im Südwesten Boliviens liegt, auf Platz zwei (Faundes 2004, 20; Mähler 2007,129).
- ¹⁹⁰ Banzer äußerte Tage später, Chile ins Erdgasgeschäft einzubeziehen. Siehe Aussage des Präsidenten Banzer in „*Bolivia Plantea Construir Gran Gasoducto en Chile*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 21.04.2001. Siehe auch Pérez Yoma 2004, 29.
- ¹⁹¹ Im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 bestätigte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums, dass die Regierung Banzer überzeugt war, dass die neue ankündigten Erdgasreserven ausreichend waren, sowohl den einheimischen Markt und den traditionellen brasilianischen Exportmarkt, als auch neue Märkte in Übersee zu versorgen (Hochbeamter1).
- ¹⁹² Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Gas Escape*“, in „*Business Latin America*“, 3.09.2001.

-
- ¹⁹³ Angesichts fehlender diplomatischer Beziehungen und einer Botschaftsvertretung sind die konsularischen Missionen in La Paz und in Santiago jeweils die ranghöchsten Vertreter bei den bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile.
- ¹⁹⁴ Die Presse bezeichnete die Ernennung von Pérez Yoma zum Generalkonsul als Zeichen einer neuen chilenischen Flexibilität und des guten Willens. Siehe „*Santiago ofrece restablecer relaciones diplomáticas en cualquier momento...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 30.05.2001.
- ¹⁹⁵ Pérez Yoma war der erste chilenische Konsul, der zu einer Machtübergabe in Bolivien eingeladen war. Siehe „*Cónsul General en transmisión del mando...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 01.08.2001. Wenige Monate später starb Banzer an Leber- und Lungenkrebs.
- ¹⁹⁶ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 über die Strategie-Änderung Boliviens unter der Regierung Quiroga wörtlich (Hochbeamter1): „*La nueva administración considera el valor geopolítico del Gas Natural y une las dos vertientes: la empresarial la empresarial de exportación y la de política exterior, que significaba para la presencia boliviana en el pacífico y sus relaciones con Chile y Perú. En ese momento cambia la calidad del proyecto, deja de ser meramente un proyecto de exportación de gas, para ser un proyecto de exportación de gas con un contenido de política exterior importante. Siendo un punto central la proyección boliviana en el pacífico.*“
- ¹⁹⁷ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 über die sogenannte „*funktionelle Souveränität*“ wörtlich (Hochbeamter1): „*Es evidente que nuestra aproximación era por etapas, es decir, buscar la soberanía funcional, a través de un gran proyecto económico que permitiese cambiar la naturaleza de la relación posterior y de la interpretación para unos y otros, de lo que significaba la presencia boliviana en el pacífico. Para Bolivia llegar al mar con ese proyecto y esa soberanía funcional era un paso adelante hacia la soberanía plena que podía negociarse después.*“ und „*las condiciones que se habían negociado en Patillos implicaban la concesión de una soberanía funcional a Bolivia, ya que por esa concesión – al Estado boliviano y no a la empresa gasífera – se aplicaría, en esa zona económica, la ley comercial y laboral boliviana a una empresa boliviana, que construyera un puerto boliviano y que operara con barcos de bandera boliviana.*“ Ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 08. März 2010 über die Erdgasverhandlungen während der Regierung Quiroga wörtlich: „*Las negociaciones básicamente apuntaban a establecer una suerte de concesión territorial a Bolivia, sin soberanía, de una extensión de territorio suficiente para instalar las plantas de LNG, donde pudiera construirse el puerto correspondiente y desarrollarse el tipo de actividades industriales. Era una suerte de zona económica especial. Bolivia ejercía soberanía en varios temas, en lo tributario por ejemplo, y nombraba una alta autoridad boliviana, se trataba de una soberanía funcional. Chile seguía ejerciendo soberanía*“ (Hochbeamter2).
- ¹⁹⁸ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 (Hochbeamter2).
- ¹⁹⁹ Es handelt sich hier um das 15. Gipfeltreffen der Gruppe von Rio, in Santiago de Chile.
- ²⁰⁰ Siehe Leitartikel der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 09.09.2001 und Pérez Yoma 2004, 69. Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Gas Escape*“, in „*Business Latin America*“, 03.09.2001.
- ²⁰¹ Der 82 Kilometer lange Gebietstreifen sollte am Breitenkreis 23° Süd angesiedelt werden. Der Gebietsstreifen sollte auf der chilenischen Seite zwischen den Städten *Mejillones* und *Cobija* beginnen und auf der bolivianischen Seite im Hochtal enden. Jedoch sollte Bolivien keine Hoheitsrechte dafür erhalten.
- ²⁰² Siehe „*Los presidentes de Bolivia, Jorge Quiroga, y de Chile, Ricardo Lagos...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 11.09.2001.
- ²⁰³ Der Vizeaußenministers Boliviens Alberto Zelada wörtlich: „*No existe ninguna confirmación oficial de que la fórmula a la que hace referencia el diario La Tercera de Santiago de Chile sea una propuesta del*

-
- gobierno de ese país*“ in „*Los presidentes de Bolivia, Jorge Quiroga, y de Chile, Ricardo Lagos...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 11.09.2001. Der Regierungssprecher Mauro Bertero Gutiérrez (ADN) dementierte, dass das bolivianische Außenministerium Interesse hätte, den Gebietstreifen zu mieten. Siehe „*Los presidentes de Bolivia, Jorge Quiroga, y de Chile, Ricardo Lagos, discutirán el tema en noviembre en Lima, anunció la Cancillería. En Chile, militares rechazan idea del arrendamiento*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 11.09.2001 und „*Las conversaciones sobre los cuatro pilares continuarán en noviembre en Lima, Perú. Bolivia y Chile deciden dialogar en reserva la oferta del arriendo*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 12.09.2001.
- ²⁰⁴ Siehe Aussage des bolivianischen Vizeaußenministers in: „*Los presidentes de Bolivia, Jorge Quiroga, y de Chile, Ricardo Lagos...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 11.09.2001.
- ²⁰⁵ Pacific LNG war ein Konzern der Firmen British Gas (37,5%), Pan American Energy LLC (25%) und Repsol YPF (37,5%). Die geplante Investition betrug ca. fünf Milliarden US-Dollar (ECLAC 2003, 71; Torres 2004a, 147).
- ²⁰⁶ Von diesen Gruppierungen waren lediglich die MAS- und die MIP-Partei im Parlament vertreten. Über die außer- und innenparlamentarischen Strategien der MAS-Partei siehe Lehoucq 2008, 116.
- ²⁰⁷ Siehe „*Gobierno ofrece compensación indefinida*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 27.11.2001.
- ²⁰⁸ Der Gewerkschaftsdachverband COB (*Central Obrera Boliviana*) stammt aus den 50er Jahren, spielte in den folgenden Jahren eine wichtige politische Rolle und war jahrelang der MNR-Partei verbunden. Im untersuchten Zeitraum hatte der Gewerkschaftsdachverband COB größtenteils seine Relevanz wegen der Liberalisierung der Wirtschaft verloren (Jost 2003, 300; Goedeking/Suazo 2006, 23; Salman 2006, 167; Farthing/Kohl 2006, 76).
- ²⁰⁹ Eine Zeitung berichtete, der Regierungssprecher Boliviens (*Ministro de Información Gubernamental*) habe, Chile vorgeschlagen, dass es Bolivien einen Zugang zum Meer anbieten solle, um die chilenische Position bei den Verhandlungen zu verbessern. Siehe „*Un abogado dice que la Constitución chilena no establece esa figura...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.11.2001.
- ²¹⁰ Siehe „*La Paz quiere cerrar trato a cambio de acceso al mar...*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 09.11.2001.
- ²¹¹ Presseangaben zufolge interessierten sich damals zwei Firmengruppen für das Erdgasgeschäft: eine erste Gruppe aus British Gas, British Petroleum und Repsol YPF sowie eine zweite von TotalFinaElf und Exxon (Pérez Yoma 2004, 53). Während Exxon und TotalFinaElf damals zusammen ca. 20% der vorhandenen gesamten Erdgasgeschäfte Boliviens besaßen, erreichten British Gas und Repsol YPF zusammen mehr als 40% (Husar/Maihold 2005).
- ²¹² Siehe die kritisierte Aussage des Ministers in „*Udapex sugiere al gobierno boliviano plantear a Chile un nuevo Tratado*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.11.2001 und Pérez Yoma 2004, 76.
- ²¹³ „*Aquí, Bolivia reafirma su inconvencible voluntad de recobrar su cualidad marítima, con la que nació a su vida independiente.*“ (Aussage des Präsidenten Quiroga vor der 56. UNO-Generalversammlung. Siehe <http://www.un.org/webcast/ga/56/statements/011110boliviaS.htm>, zum letzten Mal besucht am 26. Oktober 2009). Siehe „*Presidente Quiroga: Bolivia liga el gas al tema marítimo*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 12.11.2001. Zu jener Zeit gab es einen gewissen Unmut bei der chilenischen Regierung über die Veröffentlichung eines Buches einer Abteilung des bolivianischen Außenministeriums. („*Bolivia, país de contactos: un análisis de política vecinal contemporánea*“), in dem die Autoren der bolivianischen Regierung rieten, die Vergabe von drei souveränen Häfen an der Küste von Chile zu verhandeln.
- ²¹⁴ Der chilenische Präsident Lagos über die Schwerfälligkeit der bolivianischen Behörde wörtlich: „*No me gustaría vincular lo que es una operación básicamente comercial con este otro elemento (la mediterraneidad boliviana). Creo que son cosas distintas.*“ Aussage des damaligen chilenischen Präsidenten Ricardo Lagos in „*Lagos no acepta que Bolivia vincule el tema del gas con la salida al*

-
- mar“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 14.11.2001 und „*Salida al Mar y Gasoducto son Temas Distintos*“ in der Online-Fachzeitschrift Area Minera, Santiago de Chile - 16.11.2001, (<http://www.areaminera.com/Contenidos/Noticias/2001/1533.act>, zum letzten Mal besucht am 26. Oktober 2009). Laut chilenischer Außenministerin hatte Bolivien angesichts fehlender Machbarkeitsstudien vorübergehend kein offizielles Angebot unterbreitet. Siehe „*La agenda con Bolivia no incluye arriendo*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 20.11.2001 und „*Bolivia pone a Chile y Perú en competencia*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 25.11.2001.
- ²¹⁵ Der chilenische Konsul über das peruanische Angebot wörtlich: „...*lo cierto es que la alternativa peruana jamás fue una opción real. Y si es que se llegó a estudiar esa posibilidad por las empresas, sólo fue porque el propio gobierno boliviano se lo pidió...*“ Aussage von Pérez Yoma in „*Bolivia y su falta de mar: ser mediterráneo no es un problema*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 11.08.2002.
- ²¹⁶ Carlos Mesa schrieb in seinem Memoiren über seine Regierung, dass sich im September 2002 der ehemalige Präsident Quiroga und sein politisches Team mit dem damaligen Präsidenten Sánchez de Lozada und seinem Vizepräsident Mesa trafen, um sie über die Gespräche mit Chile zu unterrichten. Quiroga habe seinen Nachfolger erzählt, dass seine damalige Regierung habe nur aus strategischen Gründen mit Peru verhandelt habe, sie sei sich jedoch bewusst gewesen, dass wegen der Mehrkosten und der politischen Stabilität Chile die einzige ernstzunehmende Möglichkeit war (Mesa 2008, 247).
- ²¹⁷ Siehe „*Bolivia pone a Chile...*“ in der Zeitung El Mercurio - 25.11.2001.
- ²¹⁸ Präsident Quiroga wörtlich: „*ése es un objetivo que todos los bolivianos han tenido, tenemos y vamos a seguir teniendo*“ und „*en la medida que madure el proyecto vamos a tener que encarar esa clase de discusión*“ in „*Bolivia pone a Chile ...*“ in der Zeitung El Mercurio - 25.11.2001.
- ²¹⁹ Siehe „*Bolivia. LNG export plan takes shape*“ in der Online-Zeitschrift Petroleum Economist, 14. Januar 2002.
- ²²⁰ Quiroga lehnte eine sofortige Erklärung über die Wahl des Hafens und des Landes zum Bau der Erdgasleitung ab. Präsident Quiroga wörtlich: „*pensar en el puerto, en este momento, era como buscarle el nombre a un hijo cuando aún no había matrimonio*“. Siehe „*Bolivia tiene cinco meses más para cerrar la venta de gas a California*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 05.12.2001.
- ²²¹ Da Bolivien großen Wert auf die Vertraulichkeit der Erdgasgespräche legte, fanden die Verhandlungen zu Beginn größtenteils heimlich statt. Daher ist es schwierig, ihren genauen Beginn festzulegen. Andererseits lässt sich dennoch aus der diplomatischen Annäherung der bolivianischen Regierung Banzer an Chile schließen, dass diese von einer gewünschten Rohstoffgewinnung und von einem entsprechenden Export der damals neu entdeckten Erdgas-Reserven begründet war. So äußerte sich auch der ehemalige bolivianische Außenminister, Antonio Aranibar, zitiert in Milet 2004, 43. Mangels eines präziseren Datums wird das Gipfeltreffen von Algarve (Portugal) zwischen dem bolivianischen und dem chilenischen Außenminister im Februar 2000 als Beginn des Untersuchungszeitraumes festgelegt. Damals vereinbarten die Regierungen die sogenannte „*Agenda ohne Ausnahmen*“. Im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 bestätigte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter), dass die Erdgasverhandlungen zu diesem Zeitpunkt begannen.
- ²²² Angesichts der Irrelevanz der Beteiligung anderer innerstaatlicher Akteure, bezieht sich die Abbildung 3.2 lediglich auf die Variation des Diskurses der Wirtschaftsakteure (Investoren und Unternehmerverbände) und der bolivianischen Regierung (Banzer und Quiroga werden einzeln genommen).
- ²²³ Folgende Informationen waren von der Regierung bereits durch die Presse bekannt gegeben worden: 1) Der Konzern Pacific LNG plädierte für Chile als Transitland; 2) Die bolivianische Regierung führte Verhandlungsrunden über eine Erdgasleitung und über das vorhandene Handelsregime mit Chile; 3) Die Lösung des traditionellen bolivianischen Meereszugangsanspruchs war kein Bestandteil der Gespräche mit Chile über das Erdgasgeschäft (Kempf 2002, 15). Bis August 2001 waren die Erdgasverhandlungen

in der innenpolitischen Debatte nur zweitrangig, vielmehr war die politische Tagesordnung von einer Reihe vielfältiger Sozialproteste gekennzeichnet, die andere Themen – wie die Situation der Landlosen und die Kokastrauchausrottungsprogramme – thematisierten (Perez Yoma 2004, 94).

- ²²⁴ Zur Verhandlungsdelegation Boliviens während der Regierung Quiroga gehörte Alberto Zelada und Édgar Camacho. Alberto Zelada wurde in der Nachfolgerregierung durch Fernando Illianes ersetzt. Der chilenischen Seite gehörten Edmundo Pérez Yoma und Enrique Correa. So ein ehemaliger Hochbeamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 08. März 2010 (Hochbeamter2). Siehe dazu *„Acuerdo de Arica es la base de negociación con Chile“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 24.07.2002.
- ²²⁵ Am 21. Dezember 2001 musste der damalige Präsident von Argentinien, Fernando de la Rúa, wegen starker sozialer Unruhen und Krawalle zurücktreten. Die wirtschaftliche Krise Argentiniens wirkte sich negativ auf den Handel mit den Nachbarländern aus.
- ²²⁶ Im Februar 2002 empfahl der Ausschuss für Außenbeziehungen des bolivianischen Abgeordnetenhauses der Regierung, den Wasser-Zulauf aus dem *Silala*-Fluss nach Chile einzustellen. Siehe *„El Gobierno está en aprietos por el problema del Silala“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 27.02.2002.
- ²²⁷ Siehe Parlamentsbeschluss (*„Resolución Camaral“*) Nr. 108/2001-2002 - 24.01.2002. Das bolivianische Verfassungsgericht erklärte jedoch wenige Monate später den Parlamentsbeschluss wegen eines Verfahrensfehler als nichtig (Verfassungsurteil N° 62/2002). Siehe institutionelle Website <http://www.tribunalconstitucional.gov.bo/resolucion5192.html>, zum letzten Mal besucht im Dezember 2008. Siehe dazu Broschüre *„El caso Evo Morales: fue legal su expulsión del parlamento? ¿Quiénes votaron por su expulsión? ¿Cuáles son las consecuencias sociales? Breve biografía del dirigente cocalero“*. Die Broschüre liegt dem Autor vor. Siehe dazu *„Morales no es más diputado y el Gobierno ya piensa en detenerlo“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.01.2002 und *„Las acusaciones que pesan sobre el máximo líder de los cocaleros“* in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 24.01.2002.
- ²²⁸ Siehe Umfrage der Firma Mori in *„MNR, MIR, UCS y ADN perdieron simpatía“* in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 25.03.2002.
- ²²⁹ Siehe *„Gas por mar: Toledo no descarta negociar con Bolivia salida soberana“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 27.01.2002.
- ²³⁰ Siehe *„Toledo retrocede: Perú no dará salida soberana al mar“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 22.01.2002, *„A propósito de und traspie“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 29.01.2002, *„Quiroga espera definir con Lagos los temas gas y mar en Lima el 23“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.11.2001, *„Energía: Bolivia inicia contactos por gasoducto“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 03.05.2002 und *„La jugada clave de Lagos en Bolivia“* in der Zeitschrift Qué Pasa, Santiago de Chile - 10.05.2002.
- ²³¹ Siehe *„Preocupa a Lagos el impacto de la crisis argentina en Chile“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 22.03.2002.
- ²³² Es handelte sich um den 16. Gipfel der Rio-Gruppe in San José, Costa Rica.
- ²³³ Siehe *„Los presidentes Quiroga y Lagos resolvieron examinar las medidas necesarias para otorgar las mayores facilidades que posibiliten la exportación de gas boliviano y sus derivados hacia terceros países, por un puerto en la costa de Chile“* in: *„Declaración conjunta tras encuentro presidencial“* in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 13.04.02, siehe auch *„Bolivia elige a nuestro país para hacer su gasoducto“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 13.04.2002. Die Presse spekulierte über die Rolle der chilenischen Opposition bei der Ratifizierung des Abkommens im chilenischen Parlament. Siehe *„Se apura el tranco en las tratativas con La Paz por el millonario negocio gasífero. Derecha será clave para acuerdo con Bolivia“* in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.04.2002, *„En Chile se allana el camino para un acuerdo sobre LNG“* in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.04.2002 und *„Gas: Negociación con Chile buscará ‘cualidad’ marítima“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 14.04.2002. Siehe auch *„Bolivia desea exportar su gas por un puerto chileno“* in

Dokumentenarchiv der Stiftung *Democracia y Desarrollo* (www.fundaciondemocraciaydesarrollo.cl zuletzt besucht am Juni 2010).

- ²³⁴ Siehe die Aussage des bolivianischen Vizeaußenministers Alberto Zelada und des Regierungssprechers Hernán Terrazas in „*Las ventajas técnicas definirán la elección del puerto para el gas*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 18.04.2002.
- ²³⁵ Siehe „*Bolivia y Chile oficializan negociaciones para el gas*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 13.04.2002 und „*Lagos: Bolivia no condicionó el gas a una salida marítimo*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 18.04.2002.
- ²³⁶ Präsident Quiroga wörtlich: „*el proyecto se encuentra atado al tema del mar porque los puertos están en el mar y el gas tiene que salir por un puerto que está en el mar (...). El gas es determinante para nuestro futuro; por lo tanto, tenemos que llevarlo a que gravite sobre el Pacífico y llegar a los mercados. No se puede quedar enclaustrado*“ in „*Gas boliviano: Chile...*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 21.04.2002.
- ²³⁷ Siehe „*Gas negociación con Chile para puerto ingresa en la etapa final*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 09.05.2002.
- ²³⁸ Aussage des Managers von British Gas in Bolivien, Edward Miller: „*No se necesita estudiar muy profundamente para ver que la longitud de los caños, el rating bancario chileno, la membresía del Nafta, no es muy difícil llegar a la conclusión de que Chile es el mejor candidato*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 13.04.2002. Siehe dazu Kritik von Edward Miller zur Unentschlossenheit der bolivianischen Regierung: „*La lógica y la política no van por el mismo camino*“ in „*La Paz-Lima-Santiago. Carrera de negociaciones. Gas boliviano: Chile desplaza a Perú*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 21.04.2002. Siehe auch Ortiz/ Núñez 2002.
- ²³⁹ Siehe Pressemitteilung in „*Gas boliviano: Chile desplaza a Perú*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 21.04.2002 und die Aussagen des peruanischen Energieministers Jaime Quijandría in „*Bolivia inicia contactos por gasoducto*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 03.05.2002 und in „*La jugada clave de Lagos en Bolivia*“ der politischen Zeitschrift *Qué Pasa*, Santiago de Chile - 10.05.2002. Siehe dazu „*LNG: Bolivia inicia una negociación clave con Chile*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 02.05.2002, „*Chile ya hizo su propuesta, Perú insiste en Ilo*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 03.05.2002.
- ²⁴⁰ Siehe „*Bolivia inicia contactos por gasoducto*“ in der Zeitung *El Mercurio*, Santiago de Chile - 03.05.2002.
- ²⁴¹ Siehe die Aussage des Präsidenten der CNI (Nationale Industriekammer, *Cámara Nacional de Industrias*), Roberto Mustafa, in „*Los empresarios piden no politizar temas vitales para el futuro del país*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 21.05.2002, des Präsidenten von AmCham Bolivien (US-amerikanische Kommerzammer), Carlos Alberto López, „*Pacific LNG estudia el tendido del ducto por cordillera de Los Andes*“ in der Zeitung *Los Tiempos*, Cochabamba 19.06.2002, vom Manager der Firma British Gas, Teil des Konzerns Pacific LNG, Edward Miller, in „*La población pide una consulta nacional para elegir el puerto*“ in der Zeitung *Los Tiempos*, Cochabamba - 26.06.2002 und in „*El Gobierno esperará a la nueva alianza para avanzar con el gas*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 04.07.2002.
- ²⁴² Der Präsident der Nationalen Industriekammer Roberto Mustafa plädierte dafür, dass Bolivien unbedingt die wirtschaftlichen Gewinne des Erdgasgeschäftes einstreichen und die Gelegenheit nutzen sollte. Mustafa wörtlich: „*no deben quedar dudas de que al Presidente se lo elige por un tiempo determinado (en este caso un año) ni un día más, pero tampoco días menos...*“ und „*El Gobierno tiene que gobernar con todas sus facultades hasta el último día de su mandato*“ in „*Los empresarios piden no politizar temas vitales...*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 21.05.2002. Siehe dazu „*Partidos no quieren que Tuto elija el puerto para gas*“ in der Zeitung *El Deber*, Santa Cruz - 24.06.2002.

-
- ²⁴³ Der Präsident der Kohlenwasserstoffkammer Boliviens, Raúl Kieffer, wörtlich: „*Sería una pena que el país pierda una oportunidad tan grande como ésta*“, „*Este Gobierno debería tomar la decisión del puerto*“ in „*Los empresarios piden no politizar temas vitales...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.05.2002.
- ²⁴⁴ Siehe „*La muerte se produce en momentos en que Chile y Bolivia están próximos a firmar histórico acuerdo*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile, „*El mundo político del país despidió a Hugo Banzer Suárez*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.05.2002 und „*El Mandatario fue el único Jefe de Estado que viajó al funeral de Hugo Banzer en Santa Cruz...*“ La Tercera, Santiago de Chile - 07.05.2002.
- ²⁴⁵ Deswegen wurde Lagos von der bolivianischen Regierung gelobt. Er wurde aber von der regierenden Sozialistischen Partei Chiles wegen Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur Banzer in den 70er Jahren kritisiert. Die Regierungen unterhielten sich bei dieser Gelegenheit nicht über die Erdgasleitung. Siehe „*El Mandatario fue el único Jefe de Estado...*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 07.05.2002. Siehe auch „*Con Presidente Banzer tuvimos un dialogo abierto en función del futuro*“ in Dokumentenarchiv der Stiftung *Democracia y Desarrollo* (www.fundaciondemocraciaydesarrollo.cl zuletzt besucht am Juni 2010).
- ²⁴⁶ Die Positionen der Kandidaten zu Beginn der Wahlkampagne waren hinsichtlich eines Erdgasabkommens mit Chile meistens ablehnend oder zweideutig. Nur die ADN-Partei stand für die Fortsetzung der Politik der Regierung Banzer, d.h. die totale Trennung zwischen Meereszugangsanspruch und Erdgasabkommen. Ein weiterer Akteur, der sich während dieser Zeit für eine schnelle Auswahl eines chilenischen Hafens aussprach, war das Bürgerkomitee von Tarija. Siehe Aussage des Präsidenten des Bürgerkomitees von Tarija, Elton Lens, in „*Santiago estudia dar al gas boliviano ventajas inéditas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.06.2002.
- ²⁴⁷ Als erste Kandidaten stellten Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR) und Alberto Costa (von der kleinen Partei LyJ, *Libertad y Justicia*) die Legitimierung der Regierung für solch eine Entscheidung am Ende der Amtsperiode in Frage. Ihre Parteien warfen der Regierung Quiroga vor, sie habe mit Chile bereits ein heimliches Abkommen unterzeichnet. Siehe „*Los empresarios piden no politizar...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.05.2002 und „*MNR y LyJ: Tuto eligió el puerto en secreto*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.05.2002.
- ²⁴⁸ Siehe „*Partidos no quieren que Tuto elija el puerto para gas*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 24.06.2002.
- ²⁴⁹ Ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums interpretierte – im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 – die ablehnende Haltung der Kandidaten der traditionellen Parteien als Zeichen, dass das Abkommen in ihrer Regierungszeit abschließen wollten, um dies als eigenen politischen Erfolg zu feiern (Hochbeamter 2).
- ²⁵⁰ Präsident Quiroga wörtlich: „*Si hubiera sido meramente hacer acuerdos comerciales, seguramente ya lo habríamos hecho*“ in „*Asfixiado por el gas*“ in der Politik-Zeitschrift Qué Pasa, Santiago de Chile - 31.05.2002.
- ²⁵¹ Aus einer Pressemitteilung der bolivianischen Regierung: „*El Gobierno realizará las consultas que correspondan al sistema político y a las principales instituciones nacionales en el tiempo oportuno*“ in „*Los empresarios piden no politizar...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.05.2002.
- ²⁵² Siehe „*La Tercera: Bolivia pidió a Chile puerto sin soberanía*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 10.06.2002 und „*Gas: negociación con Chile para puerto ingresa en la etapa final*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 10.06.2002.
- ²⁵³ Siehe Aussage des Ministers vom Präsidentsamt, Alberto Leytón, und des Regierungssprechers Hernán Terrazas in „*Otra vez la elección de puerto para el gas levanta controversia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.06.2002.
- ²⁵⁴ Dies ist durch die Memoiren des damaligen chilenischen Generalkonsuls Perez Yoma erst im Jahr 2004 bekannt worden (Perez Yoma 2004, 94).

-
- ²⁵⁵ Siehe „*Gasoducto. En espera de un acuerdo*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 16.06.2002.
- ²⁵⁶ Morales wörtlich: „*Prácticamente el gas ya está entregado a Chile. Tuto ha consumado su traición, ya no lo puede negar ni esconder más. Todos lo sabemos y por eso ya hemos empezado la organización de la resistencia*“ (Draeger et al. 2002a, 32).
- ²⁵⁷ Sie erklärte in einer Pressemitteilung, eine Verhandlung mit Chile habe nur Sinn, wenn die Chilenen der historischen Forderung Boliviens nach einem Zugang zum Meer nachkommen würden. Siehe „*Pacific LNG estudia...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 19.06.2002, „*Bolivia. el dolor de elegir a Chile*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.06.2002 und „*La población pide una consulta nacional para elegir el puerto*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 26.06.2002.
- ²⁵⁸ Es handelte sich hier um ein „Komitee für die Verteidigung des nationalen Vermögens“ („*Comité de Defensa del Patrimonio Nacional*“), einem Gewerkschaftsverein gegen die Privatisierung staatlicher Unternehmen. Siehe „*Bolivia. El dolor de elegir a Chile*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.06.2002 und „*Rechazo unánime a la exportación del gas natural por puerto chileno*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 26.06.2002.
- ²⁵⁹ Die Demonstranten wörtlich in einer Zeitung zitiert: „*una nueva traición a la Patria.*“ Siehe „*La población pide una consulta nacional...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 26.06.2002.
- ²⁶⁰ Knapp eine Woche später überraschte der Regierungssprecher Hernán Terrazas mit der Aussage, die Regierung Mesa könne noch innerhalb der letzten 30 Tage eine Entscheidung über den Hafen fallen lassen. Siehe „*Próximo gobierno elegirá puerto para exportar gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 29.06.2002 und „*Gobierno aún confía en que puede elegir el puerto hasta el 30 de Julio*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 08.07.2002.
- ²⁶¹ Der Verteidigungsrat beantwortete somit die Anfrage von Parlamentariern. Siehe „*Consejo de Defensa no aprueba puerto chileno*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.07.2002.
- ²⁶² Der Verein zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases, der nach dem Vorbild des Vereins zur Koordinierung der Verteidigung des Wassers und des Lebens ins Leben gerufen wurde („*Coordinadora de Defensa del Agua y la Vida*“), spielte im Jahr 2001 eine Hauptrolle bei der Protestbewegung gegen die Privatisierung der Wasserversorgung der Stadt Cochabamba (sogenannter „Wasserkrieg“). Leiter beider Vereine war der Gewerkschaftler Oscar Olivera, der ein offener Sympathisant der MAS-Partei war.
- ²⁶³ Siehe „*Nace la Coordinadora de Defensa del Gas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 08.07.2002 und „*Coordinadora del gas alarma en Chile y alegre en Perú*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.07.2002.
- ²⁶⁴ Siehe „*Pacific quiere sacar el gas por el puerto chileno Patillos*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 27.07.2002.
- ²⁶⁵ Der Präsident von British Gas Boliviens Edward Miller wörtlich „*Hablando de la parte económica, claramente es Chile (el puerto de salida) y obviamente como un técnico me preocupan los costos. Si los costos son muy altos, no tengo negocio porque no puedo vender gas por menos del costo de extracción*“ in „*El Gobierno esperará a la nueva alianza para avanzar con el gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002 und „*Todo el riesgo del proyecto está en manos privadas y para nuestro dinero, Perú no es una opción*“ in „*Transnacionales presionan para exportar gas por Chile*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 09.07.2002. Siehe dazu „*Pacific LNG estudia el tendido del ducto por cordillera de Los Andes*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 19.06.2002, „*La población pide una consulta nacional para elegir el puerto*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 26.06.2002. Siehe auch die Aussage des Präsidenten der bolivianischen AmCham (Amerikanische Handelskammer Boliviens), Carlos Alberto López, in „*Pacific LNG estudia el tendido del ducto por cordillera de Los Andes*“, in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 19.06.2002.

-
- ²⁶⁶ Siehe „*La exportación de gas a EEUU está a punto de frustrarse*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.07.2002, „*Pacific LNG dice que el Mejor puerto es Iquique*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba –27.07.2002 und „*Bolivia: gobierno niega acuerdo para sacar gas por Chile*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 29.07.2002.
- ²⁶⁷ Siehe Aussage des Wirtschaftsentwicklungsministers Carlos Kempff in „*El Gobierno esperará a la nueva alianza...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002.
- ²⁶⁸ Er bestand trotzdem noch einen Tag vor der Machtübergabe bei einem Treffen der Amerikanischen Handelskammer Boliviens (*AmCham Bolivia*) darauf, dass Bolivien das Erdgas exportieren sollte, und dass das Erdgasgeschäft eine strategische Bedeutung für die Armutsbekämpfung und die Wiederbeschaffung der Maritimqualität besäße. Siehe die Aussage des damaligen Präsidenten Quiroga beim Treffen der AmCham Boliviens: „*No tengo ningún problema en decir, sostener y defender todo lo que hemos hecho en el tema*“ in: „*Bolivia busca recuperar cualidad marítima con gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 02.08.2002. Siehe dazu „*Tuto dice que dejar el gas bajo tierra es enclaustrar el desarrollo del país*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.08.2002 und „*Gas: Tuto elegirá el puerto sólo si recupera la cualidad marítima*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 24.05.2002. Im Telefoninterview vom 18. Februar 2010 erklärte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums, dass die Regierung Quiroga bereits drei Monate vor dem Ende ihrer Amtszeit die Hoffnung einer politischen Einigung mit den Koalitionsparteien und der Opposition für eine parlamentarische Ratifizierung eines Abkommens mit Chile verloren habe.
- ²⁶⁹ Diese Darstellung berücksichtigt lediglich die Diskursveränderungen der vier meistgewählten Parteien in der Präsidentschaftswahl 2002. Ausnahmsweise wird auch die knapp über drei Prozent liegende ADN-Partei einbezogen. Erwähnenswert ist auch die kleine LyJ-Partei, die in den Umfragen zu Beginn der Wahlkampagne hohe Sympathiewerte verzeichnete und die MIP-Partei, die zweite indigene Partei im Rennen. Der Präsidentschaftskandidat der kurzlebigen LyJ-Partei (Freiheit und Gerechtigkeit „*Libertad y Justicia*“), der ehemalige Richter Costa Obregón, deren Hauptthema im Wahlkampf der Ruf einer Verfassungsversammlung war, verzeichnete zu Beginn der Wahlkampagne Sympathiewerte von um die 20 Prozent (Schwarzbauer 2002b, 25; Molina 2006, 28-33; Paz 2002, 146; Romero 2002, 180; Muñoz-Pogossian 2008, 147). Er verlor dennoch in den folgenden Monaten jegliche Relevanz zugunsten des Kandidaten der NFR-Partei, Manfred Reyes Villa (Romero 2002, Schwarzbauer 2002a). Die MIP-Partei thematisierte vor allem die ethnische Problematik, ihr mangelte es an sozialen politischen Vorschlägen und sie konzentrierte ihre Aktionen (Wahlkampagne, Demonstrationen und Landstraßenblockade) auf das bolivianische Hochtal (Romero 2002, 201) und versprach in ihrem Wahlprogramm alle Konzessionen für die Gewinnung von fossilen Rohstoffen zu überprüfen, insbesondere die Projekte zur Gas- und Ölförderung (Fundemos 2003, 123). Die MIP-Partei, die bei den Umfragen bei ca. 4% lag, erhielt bei der Direktwahl lediglich 6% der Stimmen.
- ²⁷⁰ Sánchez de Lozada ist der ersten Familienname des ehemaligen bolivianischen Präsidenten und Politiker der MNR-Partei, sein gesamter Name lautet: Gonzalo Daniel Sánchez de Lozada y Sánchez Bustamante.
- ²⁷¹ Siehe „*Falta de tiempo y un complejo escenario interno en Bolivia*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 09.06.2002.
- ²⁷² Siehe in „*Los empresarios piden no politizar...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.05.2002.
- ²⁷³ Siehe Aussage des Abgeordneten Guillermo Bedregal (MNR-Partei), Vizepräsident des Ausschusses des bolivianischen Parlaments für internationale Politik, in „*Bolivia. El dolor de...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.06.2002.
- ²⁷⁴ Gonzalo Sánchez de Lozada leugnete im Juli 2002, wenige Tage vor der Stichwahl im Kongress, dass er und seine Partei eine starre Haltung zum Erdgasgeschäft eingekommen hätten. Siehe Aussage von Carlos Sánchez (MNR-Partei), in „*El Gobierno esperará a la nueva alianza...*“ in der Zeitung La Razón, La

-
- Paz - 04.07.2002 und „*Trabajadores y políticos marcharon por el gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 26.07.2002.
- ²⁷⁵ Siehe Aussage von Jorge Torres (MIR-Partei) in „*El Gobierno esperará a la nueva alianza...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002. Siehe „*Falta de tiempo y un complejo escenario interno en Bolivia*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 09.06.2002.
- ²⁷⁶ Im Jahr 1989 kandidierte Gustavo Fernández Saavedra für das Amt des Vizepräsidenten. Jaime Paz Zamora war auch zu damaligen Zeitpunkt der Präsidentschaftskandidat der MIR-Partei (Quelle: *Corte Nacional Electoral*).
- ²⁷⁷ Jaime Paz Zamora wörtlich: „*la soberanía me importa un corcho*“ in „*Gas: Jaime apoya salida marítima sin soberanía*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 02.08.2002 und „*Jaime dice que no le vale un „corcho“ el mar*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 03.08.2002. Siehe auch „*Criticán con dureza a Paz Zamora*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.08.2002.
- ²⁷⁸ Siehe „*Udapex sugiere al gobierno boliviano plantear a Chile un nuevo Tratado*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.11.2001.
- ²⁷⁹ Die geringe Zahl der Wahlstimmen für den Kandidaten der regierenden ADN-Partei (ca. 3%), Ronald MacLean, muss in diesem Kontext jedoch sorgfältig interpretiert und nicht unmittelbar nur als Folge der wirtschaftlichen Lage des Landes verstanden werden. Der regierende Präsident Quiroga entfremdete sich allmählich mehr und mehr von seiner eigenen Partei und beteiligte sich nicht mehr an der Wahlkampagne von MacLean (Romero 2002, 208), so dass Manfred Reyes von der NFR in Wirklichkeit bei der Wahl 2002 als heimlicher Favorit der Exekutive agierte (Pérez Yoma 2004, 102). Ein weiterer Grund für die nicht zufriedenstellende Wahlergebnisse der ADN-Partei könnte in der personellen Abhängigkeit der politischen Parteien von ihren Parteivorsitzenden zu suchen sein. Nach dem Tod von Präsident Banzer verlor seine Partei enorm an Ansehen (Naegeli/Weber 2005, 4).
- ²⁸⁰ Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Bolivia's Populist wave*“, in „*Business Latin America*“, 01.07.2002.
- ²⁸¹ Siehe „*El paraíso Moon está en el Pantanal boliviano*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 24.06.2002 und „*La Secta Moon quiere bendecir trabajo de Manfred Reyes Villa*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 21.06.02.
- ²⁸² Siehe „*Falta de tiempo y un complejo escenario interno en Bolivia*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 09.06.2002.
- ²⁸³ Siehe „*Los cívicos tarijeños quieren que el gas salga por Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.06.2002.
- ²⁸⁴ Siehe „*Entre populistas, tradicionales y coccaleros anda el juego*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 30.06.02.
- ²⁸⁵ Víctor Gutiérrez (NFR-Partei) wörtlich: „*El Gobierno esperará a la nueva alianza...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002. Nach der Präsidentschaftswahl koppelte der Sprecher der NFR-Partei, Jorge Richter, die Wahl eines chilenischen Hafens an die Lösung eines Meerzugangsanspruchs. Siehe „*Crece la preocupación en Chile por posible pérdida del negocio*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 23.07.02.
- ²⁸⁶ „*Por el derecho de soberanía que le asiste a Bolivia, no renunciaremos a plantear la revisión de los Tratados y Convenios que por su naturaleza tengan aspectos que no convengan y que hieran el interés nacional.*“ (Fundemos 2002, 85).
- ²⁸⁷ Morales bewertete damals die Einmischung des US-Botschafters ironisch und bedankte sich, dass sie seine Wahlchancen verbesserte. Die bolivianische Wahlbehörde (*Corte Nacional Electoral de Bolivia*) beschwerte sich über die unangemessenen Aussagen des Botschafters. Der bolivianische Außenminister verlangte eine Rektifikation der Aussage des US-Botschafters. Morales wörtlich: „*No compañeros, no*

silbemos al embajador, él es nuestro mejor jefe de campaña. Le debemos mucho a él. Por favor, compañeros, pido un fuerte voto de aplausos para el embajador“ in *„Entre populistas, tradicionales y cocaleros anda el juego“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 30.06.2002, *„Evo cierra y hace bandera con el Embajador Rocha“* in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 28.06.2002, *„CNE fustiga a Rocha; Gobierno hace poco“* in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.08.2002 und *„Embajador de EEUU compareció ante la Cancillería“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 29.06.2002.

²⁸⁸ Der damalige Abgeordnete und Präsidentschaftskandidat Evo Morales (MAS-Partei) über die Aktionen gegen eine eventuelle auf chilenischem Gebiet gebaute Erdgasleitung wörtlich: *„Si deciden que el gas salga por Chile, seremos nosotros los que nos encargaremos de sabotear la construcción de la red. No le quepa duda que haremos todo para que una decisión así no se cumpla“* in *„Bolivia. El dolor de...“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.06.2002.

²⁸⁹ Evo Morales (MAS-Partei) über die chilenischen Bedingungen für eine bolivianische Erdgasleitung durch Chile wörtlich: *„El gas debe ser para los bolivianos. Mientras sea gobierno, el gas no saldrá por Chile“* und *„Chile nos impone condiciones, cuando no son ni la única ni la mejor opción“* und *„es ridículo pensar que nos alquilemos Mejillones, cuando ese puerto es nuestro“* in *„Es ridículo arrendar un puerto que es nuestro“* der Zeitungen La Tercera, Santiago de Chile - 08.07.2002 und *„El Gobierno esperará a la nueva alianza...“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002. Die Miete für die Nutzung des Hafens und des Gebietes für die Erdgasleitung bezeichnete Evo Morales als absurd, da dieses Territorium in Wirklichkeit Bolivien gehöre.

²⁹⁰ Siehe *„Tuto resigna el mar y opta por un enclave“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.07.2002.

²⁹¹ Siehe *„Acuerdo de Arica es la base de negociación con Chile“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 24.07.2002.

²⁹² Hernán Terrazas über ein heimliches Abkommen wörtlich: *„De manera contundente, clara y firme, afirmo que no existe ningún tipo de pacto secreto y menos aún definiciones respecto al puerto de salida del gas boliviano hacia el mercado de los EEUU“* in *„Bolivia afirma que no hay ‘pacto secreto’ con Chile“* in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 22.07.2002. Siehe weitere Aussage des Außenministers Gustavo Fernández und des Regierungssprechers Hernán Terrazas in *„Un enclave para el gas despierta interés y se sugiere una consulta“* in Zeitung La Razón, La Paz - 22.07.2002 und *„Tuto resigna el mar y opta por un enclave“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.07.2002.

²⁹³ Siehe *„Trabajadores y políticos marcharon por el gas“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 26.07.2002 (siehe auch Amnesty 2004, 15).

²⁹⁴ Aussage des MIP-Parteivorsitzenden Felipe Quispe: *„ni muertos aceptarán la salida del gas por Chile, nuestra posición es clara se debe vender por Perú“* in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba, - 20.07.2002.

²⁹⁵ Siehe *„Tuto dice que el gas irá por Chile“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.08.2002.

²⁹⁶ Siehe Aussage des Kandidaten Evo Morales zu einer Ablehnung einer Koalition mit der MNR-Partei : *„No negociar la voluntad del pueblo“* in Draeger et al. 2002b, 7.

²⁹⁷ In der bolivianischen Verfassung von 1967 wurde folgende Regelung festgelegt: Sollte kein Präsidentschaftskandidat bei der Wahl die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten, erfolgte eine Stichwahl im Parlament unter den drei bestplatzierten Kandidaten. Nach der Verfassungsnovellierung von 1994 wurde die Zahl der wählbaren Präsidentschaftskandidaten auf die zwei Bestplatzierten begrenzt, so dass die Situation aus dem Jahr 1989 vermieden werden konnte, als Jaime Paz Zamora (MIR-Partei) den dritten Platz bei der direkten Präsidentschaftswahl erhielt und trotzdem durch eine Allianz mit der ADN-Partei bei der Stichwahl im Kongress zum Präsidenten gewählt wurde.

²⁹⁸ (n.a. steht für nicht anwendbar) Die Präsidentschaftswahl 2002 war die erste Wahl für die MAS-Partei. Die Abgeordneten der MAS-Partei waren im Jahr 1997 auf der Wahlliste der IU-Partei (*„Vereinte Linke-Partei“*, *„Izquierda Unida“*) eingetragen.

-
- ²⁹⁹ Die ADN- und die NFR-Partei gingen bei der Direktwahl für das Präsidentenamt im Jahr 1997 einen Wahlpakt ein. Zusammen erhielten sie 22,26% der Stimmen, d.h. ca. 10% weniger als die ADN-Partei im Jahr 1985.
- ³⁰⁰ Siehe *„Acta de computo nacional. Elecciones generales 2002“*, Corte Nacional Electoral, Bolivia. Siehe dazu Draeger et al. 2002E.
- ³⁰¹ Sánchez de Lozada gewann mit Unterstützung des Paktes „Regierung nationaler Verantwortlichkeit“ (*„Gobierno de Responsabilidad Nacional“*) aus MNR-Partei, MIR-Partei, UCS-Partei, MNR-MBL (eine Spaltung der MNR-Partei „Bewegung Freie Bolivien“ *„Movimiento Bolivia Libre“*) das Präsidentenamt. Die NFR-Partei wurde erst am 05. August 2003 in der Regierungskoalition aufgenommen. Siehe *„La crisis argentina abre otra escalada del dólar“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.06.2002 und Martínez 2003, 46; Alenda 2004, 7. Bei der Stichwahl im Kongress von Sánchez de Lozada erhielt der gewählte Präsident 84 Stimmen, während Morales 43 Stimmen bekam. Es gab mehrere ungültige Stimmen für den dritten Kandidaten Reyes Villa (NFR-Partei), die als Zeichen von Unzufriedenheit von seinen Anhängern bewertet wurden (Martínez 2003, 84).
- ³⁰² Siehe *„Goni creará un ministerio para el gas“* in der Zeitung La Prensa, La Paz – 05.08.2002.
- ³⁰³ Siehe *„Lagos debió explicarle ayer a su par boliviano que inasistencia a la ceremonia de cambio de mando no fue un gesto de malestar“* in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 27.07.2002.
- ³⁰⁴ Der chilenische Generalkonsul in La Paz Edmundo Perez Yoma wörtlich: *„Chile no está negociando ningún tipo de soberanía con Bolivia. La política permanente de Chile es que no vamos a negociar soberanía... ..la soberanía no es un tema que esté sobre el tapete para Chile. Para nosotros la soberanía no está ahora en discusión y probablemente no esté nunca en discusión“* in *„Pérez: Chile no negociará soberanía por gas boliviano“* in der Zeitung El Diario - 12.08.2002.
- ³⁰⁵ Die Wirtschaftspolitik wurde zu einem Schwerpunkt im politischen Diskurs der Präsidentschaftskandidaten, deren Sympathiewerte bei Umfragen stets schwankten. Die Amtsbewerber teilten ihre Kritik an der Regierung Quiroga, die einen aber blieben den grundlegenden Prämissen der „Neuen Wirtschaftspolitik“ treu (MNR-, MIR-, ADN- und sogar NFR-Partei), während die anderen eine radikal neue Wirtschaftstrategie forderten (MAS- und MIP-Partei). Zur ersten Gruppe gehörte der gewählte Präsident Sánchez de Lozada und zur zweiten Morales. In Bezug auf den Diskurs der politischen Parteien zur „Neuen Wirtschaftspolitik“ gab es keine entscheidende Wandlung, sie blieben bei ihren ursprünglichen Positionen.
- ³⁰⁶ Präsident Quiroga und sein Amtskollege Lagos trafen sich außerhalb der Verhandlungsrunden zwischen den Landesvertretern zwischen Dezember 2002 und August 2003 insgesamt vier Mal (21.03.2002, Monterrey – Mexiko; 12.04.2002, San José – Costa Rica; 06.05.2002, Santa Cruz – Bolivien; 28.07.2002 Guayaquil – Ecuador).
- ³⁰⁷ Die Abbildung 3.4 bezieht sich synchron auf den Diskurs mehrerer Akteure angesichts ihrer Beteiligung an der innerstaatlichen Diskussion über die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile. Es handelt sich hier um den Diskurs der bolivianischen Regierung (Quiroga), der Investoren, der Parteien der „Paktierten Demokratie“ und der MAS-Partei.
- ³⁰⁸ Siehe *„Es ridículo arrendar un puerto que es nuestro“* der Zeitungen La Tercera, Santiago de Chile - 08.07.2002 und *„El Gobierno esperará a la nueva alianza...“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002.
- ³⁰⁹ Präsidentschaftskandidat Evo Morales sagte vor der Stichwahl im Kongress über die Wahl eines peruanischen Hafens wörtlich: *„Para todo el pueblo boliviano lo mejor es que salga por el Perú que por Chile. Ojo que lo primero que vamos a hacer es tratar de recuperar nuestros recursos, pero para todos nosotros el Perú es la mejor opción“* in *„Evo Morales Ayma, candidato presidencial en segundo puesto: Negociar con Chile es una traición para Bolivia“* in der Zeitung La República, Lima - 09.07.2003. René Mayorga über die von Morales geführte politische Instrumentalisierung des Erdgasgeschäftes wörtlich: *„Toda la*

política, en los últimos meses, se ha polarizado en torno al gas. Y en esto yo creo que la percepción política de Evo Morales ha sido bastante correcta. Él se ha cerrado al tema porque vio que ése era „el tema sensible“. Porque además, la exportación de gas por Chile reaviva toda una serie de traumas y complejos que tiene el país en torno a la explotación de recursos naturales“ in „La renuncia de Sánchez de Lozada no es improbable“ in der Online-Zeitschrift Americaeconomica - 15.10.2003.

- ³¹⁰ Für den Fall, dass eine Erdgasleitung auf chilenischem Souveränitätsgebiet gebaut werde, drohte Morales sogar mit einer Sabotage der Baustelle der Erdgasleitung. Der damalige Abgeordnete und Präsidentschaftskandidat Evo Morales (MAS-Partei): „*Si deciden que el gas salga por Chile, seremos nosotros los que nos encargaremos de sabotear la construcción de la red. No le quepa duda que haremos todo para que una decisión así no se cumpla*“ in „*Bolivia. el dolor de elegir a Chile*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.06.2002.
- ³¹¹ So beschuldigten die Kandidaten die Regierung Quiroga, sie habe mit Chile bereits ein heimliches Abkommen beschlossen. Die MIR-Partei brachte geopolitische Gründe gegen ein Abkommen mit Chile vor (Perez Yoma 2004, 103), die MNR-Partei versprach auf demagogische Weise einen Alternativplan zum Erdgas-Projekt irrealer Dimension (Perez Yoma 2004, 103), die NFR-Partei wollte die Wahl von Chile als Transitland nur unter der Bedingung der Vergabe eines souveränen Hafens befürworten. Die NFR-Partei verlangte später ganz und gar ein Referendum über diese Entscheidung (Perez Yoma 2004, 104; Garcia G. 2002, 2). Zwischen der Direktwahl und der Stichwahl im Kongress forderten fast alle Kandidaten die Regierung Quiroga auf, in der verbleibenden kurzen Amtszeit keine Erdgasverhandlung abzuschließen – weder mit Chile noch mit Peru. Damit sank die Möglichkeit einer parlamentarischen Ratifizierung eines Erdgasabkommens mit Chile drastisch.
- ³¹² Ein weiterer Indikator zur Feststellung der Ausbreitung des *strategischen Framing* des „*Bildes des Patrioten*“ ist die Erklärung des nationalen Verteidigungsrates (COSDNA) im Juli 2002, der sich gegen einen chilenischen Hafen aussprach, da dies wegen geopolitischer Belange nicht empfehlenswert sei.
- ³¹³ Da die Stichwahl vom Parlament ausgetragen wurde, standen die politischen Parteien nicht mehr unter dem Druck der Stimmung in der Bevölkerung.
- ³¹⁴ Nur die NFR-Partei wich vor der Stichwahl leicht vom Muster der anderen Parteien der „*Paktierten Demokratie*“ ab. Reyes Villa, der bereits von der Stichwahl im Kongress ausgeschlossen war, sprach sich zuerst für ein Abkommen mit Peru und später für die Einberufung eines Referendums zur Frage des Hafens aus.
- ³¹⁵ Siehe „*Bolivia afirma que no hay ‘pacto secreto’ con Chile*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 22.07.2002, „*Un enclave para el gas despierta interés y se sugiere una consulta*“ in Zeitung La Razón, La Paz - 22.07.2002 und „*Tuto resigna el mar y opta por un enclave*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.07.2002.
- ³¹⁶ Siehe Aussage des Kandidaten Reyes Villa in „*Tuto dice que el gas irá por Chile*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.08.2002.
- ³¹⁷ So bestätigte ein ehemaliger hochrangigen Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 08. März 2010, dass sich die bilateralen Verhandlungen zu Ende der Regierung Quiroga in einem sehr fortgeschrittenem Zustand befanden (Hochbeamter2). Siehe dazu „*Acuerdo de Arica es la base de negociación con Chile*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 24.07.2002.
- ³¹⁸ Siehe „*Declaración conjunta tras encuentro presidencial*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 13.04.02, „*Bolivia elige a nuestro país para hacer su gasoducto*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 13.04.2002, „*Se apura el tranco en las tratativas con La Paz por el millonario negocio gasífero. Derecha será clave para acuerdo con Bolivia*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.04.2002, „*Gas: Negociación con Chile buscará ‘cualidad’ marítima*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 14.04.2002, „*En Chile se allana el camino para un acuerdo sobre LNG*“ in der Zeitung El Deber,

Santa Cruz - 17.04.2002 , „*Las ventajas técnicas definirán la elección del puerto para el gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.04.2002, „*Las ventajas técnicas definirán la elección del puerto para el gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.04.2002, „*Bolivia inicia contactos por gasoducto*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 03.05.2002, „*Tuto resigna el mar y opta por un enclave*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.07.2002, „*Bolivia afirma que no hay 'pacto secreto' con Chile*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 22.07.2002 und „*Un enclave para el gas despierta interés y se sugiere una consulta*“ in Zeitung La Razón, La Paz - 22.07.2002.

- ³¹⁹ Der Manager von Sempra Energy Darcel Hulze hatte Mitte Juli 2002 angekündigt, Sempra könne nicht länger auf eine bolivianische Entscheidung warten, so dass keine Verlängerung in Sicht sei. Siehe „*El plazo para el gas acaba el 5 de agosto*“ in der Zeitung La Razón, La Paz, - 17.07.2002. Siehe auch „*Pacific gana más tiempo para que se elija el puerto*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 26.07.2002. Siehe dazu „*Tuto dice que el gas irá por Chile*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.08.2002, „*Sempra acepta ampliar el plazo para elegir un puerto*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 08.08.2002, „*Bolivia está por perder la venta de gas a EEUU*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 13.08.2002, „*Gas: Goni no hará ninguna consulta al país*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 14.08.2002 und „*Pacific presiona, cree que el plazo que se dio Goni es muy largo*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.08.2002. Mit einem eventuellen Ende des Projektes von Pacific LNG wäre die Suche nach anderen Abnehmern für den Konzern und für die Regierung angesichts der Erschöpfung der regionalen Märkte besonders schwierig gewesen (Zuleta 2003, 34).
- ³²⁰ Auch betonte die Regierung Perus Ende August 2002, dass das peruanische Angebot immer noch bestünde. Siehe „*Bolivia estudia imponer medidas de salvaguarda a Chile*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 28.08.2002.
- ³²¹ Der bolivianische Wirtschaftsminister Oscar Farfán wörtlich: „*El Gobierno no tiene por qué definir puertos, sino más bien los agentes económicos, las empresas. Lo que tiene que garantizar el Estado es que los empresarios tengan todas las opciones posibles para salir al mar*“. „*Si los peruanos pueden atraer a su puerto, bienvenidos sean, pero si Chile atrae a la empresa para que el negocio se realice por sus puertos, nosotros no podemos pedir a una empresa que tome un camino u otro*“ in „*El Gobierno dejará que Pacific elija el puerto*“ in der Zeitung La Razón, La Paz, - 11.08.2002.
- ³²² Siehe „*El gobierno pedirá a Pacific que explique la licitación del...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 02.09.2002.
- ³²³ Der Minister für nachhaltige Entwicklung und Planung, José Guillermo Justiniano, wörtlich: „*Consenso político nunca habrá en este tema, porque es lo suficientemente grande como para que se lo utilice políticamente en su momento, pero cualquier decisión implica una ley de la república y requiere la mayoría del Congreso para ese efecto. Si se toma la decisión en su momento, el gobierno tiene que aplicar su mayoría parlamentaria, que para eso la ha creado, para poder gobernar con las leyes y con los decretos que considere necesarios*“ in „*Gas: Goni no hará ninguna consulta al país*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 14.08.2002.
- ³²⁴ Siehe „*Gas: Goni no hará ninguna consulta al país*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 14.08.2002.
- ³²⁵ Siehe „*Pacific presiona, cree que el plazo que se dio Goni es muy largo*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.08.2002.
- ³²⁶ Siehe Aussage des chilenischen Generalkonsuls Pérez Yoma in „*Pérez. Chile no negociará soberanía por gas boliviano*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 12.08.2002, und der chilenischen Verteidigungsministerin Michelle Bachelet in „*Chile: no se pondrá en juego soberanía por el tema del gas*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre 27.08.2002 und der chilenischen Außenministerin Soledad Alvear in „*Chile no modificará propuesta sobre gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz – 30.08.2002. Zu jener Zeit veröffentlichte die bolivianische Presse die Ergebnisse einer Umfrage in Chile, die zeigte, dass 67 Prozent der Chilenen mit einer Nutzung eines nationalen Hafens für den bolivianischen Erdgasexport

-
- einverstanden wären, und dass sich 63 Prozent gegen jeglichen souveränen territorialen Verlust aussprachen. Siehe „*Chilenos se oponen a soberanía de Bolivia*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 03.09.2002.
- ³²⁷ Siehe „*Perú hace una nueva apuesta para ganar el negocio del gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 27.08.2002.
- ³²⁸ Siehe „*Goni: El informe de Tuto sobre la venta de gas es insuficiente*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 22.08.2002 und „*Pacific LNG no sabe aún cuánto cuesta el proyecto del gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 26.08.2002.
- ³²⁹ Siehe „*Bolivia se acerca más a Chile para el gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 09.09.2002.
- ³³⁰ Siehe „*Bolivia seeks a „new approach“ to natural gas export to U.S.*“ im Online-Dienst der Nachrichtenagentur EFE News Service – 20.09.2002. Für die Durchführbarkeitsstudie spendete die US-Behörde *Trade Development Agency* tatsächlich der bolivianischen Regierung ca. 380.000 US\$ (Draeger et al. 2002d, 17). Siehe dazu „*EEUU financiará estudio sobre el gas boliviano*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 24.08.2002 und „*El gobierno pedirá a Pacific que explique la licitación del...*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 02.09.2002. Eine Delegation des Vereinigten Königreichs, die aus dem britischen Industrie-Minister Brian Wilson und dem Sonderbotschafter Brian Gallagher bestand, offerierte bei einem amtlichen Besuch, die nötige Durchführbarkeitsstudie zu finanzieren. Siehe „*Llegó misión de Gran Bretaña para tratar exportación de gas*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 05.09.2002, „*Bolivia se acerca más a Chile para el gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 09.09.2002 und „*Global Energy entregará en enero el estudio sobre el LNG*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 22.10.2002.
- ³³¹ Siehe „*Manfred exige la verdad a Goni*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.09.2002.
- ³³² Siehe „*Global Energy Consultants evalúa a puerto de Ilo, y pide información*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 06.11.2002.
- ³³³ Siehe „*Gas: Bolivia pide a Perú el acceso a un puerto soberano*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 17.10.2002.
- ³³⁴ Der Minister Quijandría wörtlich: „*Si yo tuviera que adoptar una decisión, tomaría muy en cuenta el sentir de la población por el simple hecho de que nosotros ya hemos tenido desencuentros en procesos similares y sabemos que las experiencias son muy desagradables*“ in „*Ministro peruano: El puerto debe ser decisión del pueblo*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 05.11.2002.
- ³³⁵ Siehe „*Gas: Bolivia pide que Perú aclare supuesta intromisión*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 06.11.2002, „*Gas: Perú aclara que no se inmiscuye en asuntos internos de Bolivia*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 07.11.2002 und „*Perú ratifica respeto a decisiones soberanas de Bolivia*“ in der Zeitung El Comercio, Lima - 07.11.2002.
- ³³⁶ Siehe Aussage des bolivianischen Präsidenten Sánchez de Lozada zur Erdgasleitung in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 16.11.2002 und Aussage des Präsidenten Ricardo Lagos über die Erdgasleitung in „*Bolivia mantiene el suspenso sobre gasoducto*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 16.11.2002.
- ³³⁷ Siehe „*Bolivia y Chile abren diálogo para buscar acuerdo de libre comercio*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 16.11.2002 und „*Goni y Pacific pactan cierre del negocio del gas para el 1 de abril*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 16.11.2002.
- ³³⁸ Siehe „*La mayor complicación en términos comunicacionales es decirle al pueblo boliviano que siempre hubo solamente una alternativa, la costa chilena, y que la posibilidad de exportar el gas por un terminal peruano nunca estuvo en juego*“ in „*Gas: Diario afirma que Goni y Pacific impulsan campaña*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 19.11.2002.

-
- ³³⁹ Siehe „Gas: Diario afirma que Goni y Pacific impulsan campaña“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 19.11.2002.
- ³⁴⁰ Siehe „Global Energy entrega hoy primer informe sobre LNG“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 25.11.2002 und „Illanes: el Ministro escuchará hoy la exposición de Global“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 25.11.2002.
- ³⁴¹ Der Vizepräsident des Bürgerkomitees der Provinz Tarija Elton Lenz über den Vorbericht von *Global Energy* wörtlich: „Goni no anuncia todavía el puerto por temor al Mallku y al Evo, es por esto que dilata y dilata el anuncio, mientras tanto perjudica el proyecto porque Perú nos lleva ventaja“ in „Gas: Informe de Global sugiere un puerto chileno, dice cívico“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 05.12.2002.
- ³⁴² Zu den sozialen Forderungen zählten die Einwände der Opposition zu Verhandlungen mit den USA über eine gesamtamerikanische Freihandelszone, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die Forderungen für Agrargrundstücke für Kleinbauer, die Ausrottungspolitik des Coca-Anbaus, usw. Präsident Sánchez de Lozada erklärte angesichts der zahlreichen Forderungen der Protestler, es sei nicht möglich, ihre Forderungen zu erfüllen. Sánchez de Lozada wörtlich: „No creo que en 48 horas se solucionen los problemas, no soy Papá Noel ni Cristo para hacerlo en ese tiempo“. Siehe „Evo da un ultimátum y Goni no descarta el estado de sitio“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 20.01.2003 und „Goni y Evo se dan tregua en busca de un desarme“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 25.01.2003.
- ³⁴³ Morales wörtlich: „La exigencia principal del pliego petitorio es que el Gobierno se comprometa a no exportar el gas de Tarija por un puerto chileno“ in „Puerto para el gas se conocerá en marzo“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 14.01.2003.
- ³⁴⁴ Siehe „Cocaleros bloquean y apedrean buses; las tropas los reprimen“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 13.01.2003, „Chapare fue el escenario de los primeros bloqueos“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 13.01.2003, „Bloqueo y violencia causan tres muertes“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 15.01.2003 und „Matan a soldado en Chapare y jubilados firman acuerdo“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 03.04.2003.
- ³⁴⁵ Die Regierung Sánchez de Lozada wörtlich: „La línea clara: los que quieran bloquear, con Evo; los que quieran hablar, dialogar y encontrar soluciones con nosotros“. Siehe „Goni y Morales endurecen posiciones por el bloqueo“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.01.2003.
- ³⁴⁶ Siehe „Antidemocrático, desestabilizador e ilegal“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.01.2003.
- ³⁴⁷ Der Vizeminister für Kohlenwasserstoff, der Johnny Nogales (MNR-Partei), der zuvor als Unternehmer agierte, wörtlich: „No permito que esta gente venga a enseñarnos a gobernar“ in „Pacific LNG se puede disolver, según los cívicos“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 09.01.2002.
- ³⁴⁸ Der Manager von Pacific LNG, Paul Jordan, über die alternativen Erdgastrassen wörtlich: „Hemos investigado 12 diferentes rutas para el ducto, llegando a 12 diferentes puertos en la costa y al final... se plantearon tres posibilidades desde el punto de vista técnico, pero desde un punto de vista netamente comercial habían sólo dos opciones: Patillos o Mejillones, ambos en Chile“ in „Chile es la única salida viable para nuestro gas“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.01.2003.
- ³⁴⁹ Präsident Sánchez de Lozada über die Verzögerung des Erdgasgeschäftes als Verantwortlichkeit des Konzerns Pacific LNG „Queremos ver un contrato con Semptra, que sigue negociando, pero un contrato inequívoco, irrenunciable“ in „2003: Goni está resuelto a „desbloquear“ el país“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 02.01.2003.
- ³⁵⁰ Siehe „Víctor Rico, nuevo Cónsul de Bolivia en Santiago de Chile“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.01.2003.
- ³⁵¹ Siehe „Jaime Paz: Venta del gas a EEUU no beneficia al país“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 04.01.2003.

-
- ³⁵² Damit versuchte Felipe Quispe (MIP-Partei) eine instrumentelle Koalition mit Morales trotz persönlichen Querelen zu bilden (OSAL 2003a, 147).
- ³⁵³ Aus dem Manifest des Generalstabs wörtlich: „*Cansados de tolerar una política de traición a la Patria que pretende enajenar nuestro Gas por Chile para los EE.UU.*“ (EMPB 2003).
- ³⁵⁴ Spätere Regierungsmeldungen dementierten die Existenz solcher Organisationen und wiesen darauf hin, es handle sich lediglich um eine politische Inszenierung (Condori L. 2004, 53). Siehe dazu „*Gobierno niega guerrilla; Evo y Mallku se unen*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 23.01.2003.
- ³⁵⁵ Siehe Aussage von Evo Morales in „*Amenazan paralizar Bolivia si Chile es elegido como socio*“ in der Zeitung La República, Lima - 01.02.2003.
- ³⁵⁶ Das Ultimatum von Evo Morales lautete: „*no va a durar más de 24 horas porque el pueblo se va a levanta*“ in „*Amenazan paralizar Bolivia si Chile es elegido como socio*“ in der Zeitung La República, Lima - 01.02.2003.
- ³⁵⁷ Siehe „*Chile está dispuesto a pagar a Bolivia por aguas del Silala*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 28.01.2003.
- ³⁵⁸ Siehe „*Bloqueos se levantan; el diálogo se impone*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 28.01.2003.
- ³⁵⁹ Siehe „*Las mesas de trabajo sólo son de debate y no anularán otros procesos de diálogo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.01.2003.
- ³⁶⁰ Siehe „*El Gobierno reveló el acta cuyo tenor era un secreto*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 27.01.2003.
- ³⁶¹ Siehe „*Las sombras del TLC con Bolivia*“ in der politischen Zeitschrift Qué Pasa, Santiago de Chile - 07.02.2003.
- ³⁶² Von den verschiedenen Maßnahmen war einen Großteil der Arbeitnehmer nicht direkt betroffen, da die niedrigen Löhne von der Steuer befreit werden sollten (Laserna 2003, 11; Condori L. 2004, 48). Die Steuerreform sollte einerseits die Steuerflucht reicher Bolivianer vermeiden (Mihaly 2006, 104) und andererseits keine Auswirkungen auf die bolivianischen Armen haben (Laserna 2003, 11). Nur 20% der Steuerzahler sollten vom „*Impuestazo*“ betroffen sein (Draeger 2003a, 16). Der Finanzminister über die Steuerbefreiung für Geringverdiener wörtlich: „*De esa manera los que cobran 880 bolivianos no pagan nada: Los que cobran más de dos salarios mínimos ya no se descargan con facturas sino que pagan directamente el mismo impuesto de forma progresiva, lo que grava sobre todo a los que ganan más de 5.000 bolivianos*“ (Condori L. 2004, 47). Evo Morales über das „*Impuestazo*“ wörtlich: „*No es posible que la crisis se descargue mediante un impuestazo al pueblo boliviano. Los compañeros van a estar permanentemente acá para poder de manera conjunta movilizarnos contra este impuestazo*“ in „*Goni oficializa 'impuestazo' y genera lluvia de críticas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 10.02.2003.
- ³⁶³ Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Bolivia on the brink*“, in „*Business Latin America*“, 24.02.2003.
- ³⁶⁴ Bereits in Oktober 2002 spekulierte die Presse mit solch einer Steuerreform, die dennoch von der Regierung Sánchez de Lozada zurückgestellt wurde. Siehe „*Reacción obliga a Goni a postergar el 'impuestazo'*“, in der Zeitung, El Deber, Santa Cruz - 03.04.2003.
- ³⁶⁵ Bereits im Januar 2000 war während des sogenannten „*Wasserkrieges*“ trotz Ausrufung des Ausnahmezustandes die schnelle Rückkehr zur öffentlichen Ruhe gescheitert, weil damals auch die Polizisten streikten. Sowohl während des „*Wasserkrieges*“ als auch für den „*Impuestazo*“ hatte derselbe Offizier das Kommando über die streikenden polizeilichen Einheiten (Romero 2003a, 148; Mesa 2008, 56; Condori L. 2004, 57). Die Polizeibeamten, die bereits wegen unerfüllter Wahlversprechen über die Regierungsarbeit frustriert waren, reagierten besonders intensiv auf das „*impuestazo*“ und nahmen massiv am Streik teil (Klein W. 2003a,30; Mihaly 2006, 104).
- ³⁶⁶ Die Sondereinheit GES beschäftigte sich hauptsächlich mit der Sicherheit hochrangiger Personen und war direkt dem Oberkommandanten der nationalen Polizei untergeordnet (Schmid 2007, 163).
- ³⁶⁷ Zwei Soldaten wurden am 12.02.2003 angeblich von unbekanntem Heckenschützen getötet (OAS/OEA 2003).

-
- ³⁶⁸ Laut OAS-Bericht konzentrierten sich die Schüsse auf das Präsidentenbüro, den Besprechungsraum des Präsidenten und einen Raum neben dem Schlafzimmer des Präsidenten (OAS/OEA 2003; Klein W. 2003a,30; Goedeking 2003, 41; Pérez Yoma 2004; Goedeking/Suazo 2006, 9).
- ³⁶⁹ Aus einer rein juristischen Perspektive war der Einsatz der Streitkräfte für die Verteidigung der öffentlichen Ordnung durch Artikel 8° Litera B im bolivianischen Streitkräftegesetz durch einen Befehl der Exekutive (der Präsident galt laut der damaligen Verfassung als Oberbefehlshaber der Streitkräfte) und ohne Konsultation einer anderen Staatsgewalt möglich. Im Hinblick auf die bolivianische Geschichte ist die Beziehung zwischen Polizei und Streitkräfte als gespannt zu bezeichnen. Grund dafür ist die Rivalität zwischen den beiden Institutionen seit der nationalen Revolution von 1952 wegen vielfältiger Faktoren: u.a. die Reduzierung der Mannschaftsstärke des Militärs als Strafe für ihre Nähe zur alten Oligarchie vor der nationalen Revolution; die politische Instrumentalisierung der Polizei nach der nationalen Revolution; die Privilegien des Militärs während der Diktaturzeit und die Einmischung der Streitkräfte in polizeiliche Aktionen im Rahmen der Drogenbekämpfung (Prado 2003, 60; Quintana 2003, 135; Schmid 2007, 156,160).
- ³⁷⁰ Siehe „*La oposición tiene más de una vía para alejar a Sánchez de Lozada*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.02.2003.
- ³⁷¹ Aussage des Abgeordneten der MAS-Partei Antonio Peredo in „*El MNR habla de sus culpas y el MIR se lava las manos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 27.02.2003.
- ³⁷² Wie die Presse Wochen später berichtete, waren unter den mehr als 200 Verwundeten 143 Zivilisten, unter den 31 Toten waren 17 Zivilisten. Siehe „*Global ratifica a Patillos, pero el Gobierno pide más datos de Ilo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz, 20.03.2003. Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Bolivia on the brink*“, in „*Business Latin America*“, 24.02.2003.
- ³⁷³ Siehe „*NFR y MAS quieren fuera a Carlos Sánchez Berzaín*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.02.2003 und „*Ocho sectores pidieron la cabeza de Sánchez Berzaín. El Presidente tardó en decidirse*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.02.2003. Es ist erwähnenswert, dass die OAS in ihrem Bericht über die Unruhen im Februar 2003 die Vorgehensweise des Militärs im Allgemeinen als gemäßigt und verhältnismäßig bezeichnete (OAS 2003). Weitaus kritischer betrachtete dies Amnesty International (Amnesty 2004).
- ³⁷⁴ Zu den Vorwürfen der Unternehmer äußerte der Außenminister, dass die Wahl eines Hafens zum Erdgasexport nicht hinter dem Rücken der Bevölkerung getroffen werde. Die Regierung beschuldigte die Unternehmen, nicht die entsprechenden Bürgschaften gewährt zu haben. Siehe „*El proyecto de exportación de gas a EEUU se estanca y ya está en duda*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 25.02.2003. Siehe Aussage von Pedro Vaticón, Manager von Pacific LNG, der nur wenige Tage später drohte, die Firma zu verlassen, wenn sich die Regierung für eine Erdgasleitung durch Peru entscheide. Siehe „*YPFB descarta la venta de gas a EEUU*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.04.2003.
- ³⁷⁵ Die verschiedenen Lager sollten sich durch den von der Bischofskonferenz vermittelten Dialog auf eine gemeinsame Initiative einigen. Sie sollte als Grundlage für ein friedliches Miteinander zwischen den Bolivianern dienen. Der Dialog endete erst Anfang September 2003 mit einer gemeinsamen Erklärung, die dennoch von der MAS-Partei abgelehnt wurde.
- ³⁷⁶ Siehe die Aussage des MAS-Abgeordneten Antonio Peredo in „*El Gobierno quería consolidar la exportación de gas por Chile*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 27.02.2003.
- ³⁷⁷ Siehe „*Advierten que si Goni decide el gas por Chile será derrocado*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 17.03.2003.
- ³⁷⁸ Der Minister für Kohlenwasserstoff Jorge Berindoague, über die institutionelle Unmöglichkeit eines verbindlichen Referendums wörtlich: „*Entiendo que un referéndum no se puede hacer por las limitaciones de la Constitución, entonces habrá un mecanismo para consultar a todas las entidades del*

-
- país relacionadas con todo esto para llegar a un consenso.*“ Siehe auch *„El Canciller dice que habrá una consulta sobre el gas“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 17.03.2003.
- ³⁷⁹ Im Juli 2002 hatte bereits eine Studie der Firma Bechtel die Variante einer Erdgasleitung auf peruanischem Gebiet für unwirtschaftlich erklärt. Siehe *„Pacific quiere sacar el gas por el puerto chileno Patillos“* in der Zeitung La Prensa, La Paz - 27.07.2002. Siehe dazu Pressemitteilung von Pacific LNG in *„Global ratifica a Patillos, pero el Gobierno pide más datos de Ilo“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.03.2003.
- ³⁸⁰ Siehe *„Estudio ratifica factibilidad de exportación por puerto chileno“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.03.2003 und *„Energía: Se congela proyecto de gasoducto boliviano“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 22.04.2003.
- ³⁸¹ Siehe *„Militares bolivianos se oponen...“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 16.03.2003. Die Konzerne verheimlichten ihre Präferenzen für den chilenischen Hafen nicht. Es handelte sich jetzt um eine unabhängige Durchführbarkeitsstudie, die die peruanische Variante eines Erdgasexportes durch den peruanischen Hafen Ilo ausdrücklich als nicht wirtschaftlich bezeichnete (Pérez Yoma 2004, 55).
- ³⁸² Siehe Aussagen des Ministers für Kohlenwasserstoff, Fernando Illanes, in *„Global ratifica a Patillos...“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.03.2003.
- ³⁸³ Siehe *„Más allá de la elección de un puerto“* in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 21.03.2003.
- ³⁸⁴ Ein Beispiel von chilenischfeindlichen Statements und Pressemeldungen findet sich im Leitartikel der Zeitung La Razón am 23. März 2003. Darin bedauert der Autor, dass den Schulkindern nach der Bildungsreform das Thema des Meerverlustes fremd geworden sei, und dass ihnen wie im früheren Bildungssystem nicht mehr der Hass auf die Chilenen gelehrt werde. Siehe *„Profesores y padres de familia reclaman que la Reforma Educativa no refuerce en los alumnos el espíritu patriótico. Técnicos del proceso sostienen que el estudiante es ahora más crítico y reflexivo sobre ese acontecimiento. A los niños el tema del mar les es ajeno, ya no les enseñan a odiar“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.03.2003.
- ³⁸⁵ Die Zeitung Los Tiempos veröffentlichte ihrerseits die Meinung von einem nicht namentlich genannten Heeresgeneral und Mitglied des bolivianischen Generalstabes: *„Es el momento oportuno de darle un golpe a Chile, ya que durante muchos años nos lo dieron a nosotros (los bolivianos)“*. Die Zeitung schrieb zugleich, sein Beitrag stünde für die allgemeine Frustration der Streitkräfte über die Verhandlungen mit Chile. Siehe *„Militares se oponen a venta de gas vía Chile“* in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 12.03.2003, *„Militares bolivianos se oponen a salida de gas por Chile“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 16.03.2003 und *„Goni aclara a las FFAA que nada está definido sobre el gas“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.03.2003.
- ³⁸⁶ Siehe Aussage des Regierungssprechers Mauricio Antezana (MNR-Partei), in *„Goni aclara a las FFAA...“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.03.2003.
- ³⁸⁷ Aus dem Brief des bolivianischen Präsidenten: *„mi Gobierno no ha tomado ni tomará definición alguna sobre el puerto del Pacífico por el que eventualmente saldría el gas, porque al no existir proyecto para la venta de gas, mal se puede elegir un puerto“*. Siehe *„Goni aclara a las FFAA...“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.03.2003.
- ³⁸⁸ Aus der Rede des Präsidenten Sánchez de Lozada: *„Abaroa simboliza nuestra lucha irrenunciable por el mar“, „Ese tributo es el costo del enclaustramiento forzado en que vivimos desde hace más de un siglo. Esto es inaceptable e injustificable“* in *„Presidente Sánchez de Lozada vuelve a hacer oferta a Chile y Perú“* in der chilenischen Online-Zeitung El Mostrador, Santiago de Chile - 23.03.2003.
- ³⁸⁹ Präsident Sánchez de Lozada über seine Abwägung zwischen einem chilenischen und einem peruanischen Hafen angesichts wirtschaftlicher Belange wörtlich: *„Ahora estamos estudiando si lo podemos sacar por Perú o por Chile. Preferimos el Perú, por razones obvias. Ningún boliviano quiere que salga por Chile, pero el gran problema es que puede ser que tenga que salir por Chile, para que pueda ser viable*

-
- económicamente*“ in „*Goni ve más viable sacar gas por Chile*“ in der Zeitung El Diario, La Paz – 31.03.2003. Siehe dazu „*A Goni le gustaría sacar gas por Perú*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 31.03.2003.
- ³⁹⁰ Siehe „*YPFB descarta la venta de gas a EEUU*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.04.2003.
- ³⁹¹ Siehe „*Goni y Pacific pactan cierre del negocio del gas para el 1 de abril*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 16.11.2002.
- ³⁹² Der Minister für Kohlenwasserstoff Fernando Illanes hatte bereits Anfang Februar erklärt, der Konzern Pacific LNG sei mit der Beteiligung von YPFB im Erdgasgeschäft einverstanden. Der Minister wörtlich: „*Eso ya ha sido hablado con los ejecutivos locales, quienes nos han dado una señal afirmativa de que ellos verían bien la participación de Yacimientos*“ in „*YPFB será socia de Pacific LNG*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.02.2002. Siehe „*Gas: Pacific acepta a YPFB como su socia estratégica*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 09.06.2003.
- ³⁹³ Siehe „*Goni busca salvar proyecto para exportar gas a EEUU*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 15.04.2003 und „*Con Pacific LNG concretan exportación de gas a EEUU*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 17.04.2003.
- ³⁹⁴ Siehe „*Goni busca salvar...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 15.04.2003.
- ³⁹⁵ Siehe „*Pacific pospone perforación de pozos para producción LNG*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.04.2003 und „*Energía: Se congela proyecto...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 22.04.2003.
- ³⁹⁶ Der Abgeordnete der Provinz *Chuquisaca*, Morgan López Baspineiro (MIR-Partei), über den Bedarf eine Novellierung des Kohlenwasserstoffgesetzes wörtlich: „*El país tiene que definir primero qué es lo que se va hacer con los recursos naturales y esto parte de la elaboración de una estrategia nacional del gas, luego establecer un acuerdo con un socio capitalizador y juntos emprender el proyecto de exportación*“ in „*La Pacific LNG es una repetición de la Enron*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 12.04.2003.
- ³⁹⁷ Siehe die Aussage des Vorstandssekretärs der NFR-Partei, Eric Reyes Villa, in „*Gobierno debe modificar la Ley de Hidrocarburos*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 26.04.2003.
- ³⁹⁸ Siehe „*Repsol YPF pide a Goni garantías para avanzar con el proyecto LNG*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 16.04.2003.
- ³⁹⁹ Siehe „*La venta de gas no maduró todavía*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz – 05.04.2003 und „*Incertidumbre provoca repliegue de Pacific LNG*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 03.04.2003.
- ⁴⁰⁰ Siehe Aussagen des Ministers für Kohlenwasserstoff Jorge Berindoague (MNR-Partei) in „*YPFB descarta la venta...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 03.04.2003.
- ⁴⁰¹ Siehe „*Carne y azúcar frenan el avance en acuerdo comercial con Chile*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 03.04.2003. Einen Monat später berichtete die Presse, dass den Ländern ein Kompromiss in Bezug auf die bolivianischen Fleischexporte nach Chile gelungen war. Siehe Aussage des bolivianischen Vizeministers für wirtschaftliche Beziehungen, Alfredo Seoane, in „*Chile abre mercado para la exportación de carne boliviana*“ der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 05.05.2003.
- ⁴⁰² Siehe „*Perú vuelve a reiterar ofrecimiento para que el gas boliviano salga por Ilo*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 03.04.2003.
- ⁴⁰³ Der Manager von Pacific LNG wörtlich: „*nunca se tomó en cuenta a Perú porque económicamente Chile es más conveniente, es más, si no es por este país (Chile) no hay proyecto, a no ser que haya un replanteamiento profundo del tema, cosa que lo veo muy difícil. Así como están las cosas, sacar el gas por Perú no es viable*“ in „*Se destraba la venta de gas a EE.UU.*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz – 12.05.2003.

-
- ⁴⁰⁴ Siehe „*la alternativa de un puerto peruano para sacar el gas hacia el Pacífico, fue simplemente un invento del anterior gobierno que fue utilizado como estrategia con el fin de obtener mayor ventaja en las negociaciones con Chile*“ in „*Se destraba la venta de gas a EE.UU.*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz – 12.05.2003.
- ⁴⁰⁵ Siehe Aussage des Managers von Repsol YPF, José María Moreno, in „*Pacific invertirá \$us. 100 millones para reactivar el proyecto LNG*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 14.05.2003.
- ⁴⁰⁶ Der bolivianische Außenminister, Carlos Saavedra Bruno, wörtlich: „... *se va a dar toda la información sobre ventajas, desventajas del proyecto, ventajas y desventajas del puerto*“ in „*Venta de gas: Gobierno prepara campaña*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 05.06.2003.
- ⁴⁰⁷ Aussage des Managers von Pacific LNG im Rahmen der 12. Lateinamerikanischen Energiekonferenz in Kalifornien. Die Firma war der Meinung, dass der Hafen von *Patillos* die beste Option sei. Siehe „*Venta de gas...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 05.06.2003.
- ⁴⁰⁸ Siehe „*Gas: Pacific acepta a YPFB...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 09.06.2003.
- ⁴⁰⁹ Der Minister für Kohlenwasserstoff, Jorge Berindoague, wörtlich: „*Si, yo creo que debería estar hasta fin de año. No digo que recién se iniciaría a fin de año, sino que deberíamos terminar el proceso*“ in „*El gobierno quiere que el plan LNG esté a fin de año*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 06.06.2003.
- ⁴¹⁰ Siehe „*El Presidente preferiría caer solo que empujado por Paz Zamora*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 05.06.2003.
- ⁴¹¹ Der Manager von BG Group, Paul Jordan, über eine eventuelle Auswahl eines peruanischen Hafens wörtlich: „*Si salimos por Perú el retorno para Bolivia no es sostenible. Si el gas sale por ese país, Perú tendría que compartir los volúmenes del mercado de California, y, si esto ocurre, Bolivia estaría exportando la mitad de los volúmenes y Camisea la otra mitad, lo que no sería un buen negocio*“ in „*Pacific oficializó en EE.UU. elección de Patillos para la exportación del gas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 04.06.2003. Jordan wies darauf hin, dass Pacific LNG weitere Gespräche mit Sempra Energy, jedoch auch mit Marathon Oil und einem dritten Käufer führte. Siehe amtliche Publikation *InfOsinerg* (Jahr 5, Nr. 5, 2003) der peruanischen Aufsichtsbehörde für Investitionen im Energiebereich (*Organismo Supervisor de la Inversión en Energía*), Lima, S.13.
- ⁴¹² Siehe „*Repsol YPF ve viable que el gas salga por Perú*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 05.06.2003.
- ⁴¹³ Siehe „*Bolivia reitera derecho a costa marítima en Chile*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 10.06.2003.
- ⁴¹⁴ Darüber hinaus erklärte die chilenische Regierung, dass ein multilaterales Forum sich nicht zur Diskussion dieser Art Angelegenheiten eigne. Chile leiste mehr als die international verbindlichen Pflichten für die Nachbarländer von Binnenländern. Siehe „*Bolivia pide mar, Chile dice no y la OEA ni analiza la demanda*“ und „*La Asamblea de la OEA aconseja cuidar la gobernabilidad*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 11.06.2003.
- ⁴¹⁵ So hatte Chile nach bolivianischen Presseangaben die Einbeziehung von Sojaöl, Fleisch, Zucker und Holz ins steuerbefreite Warensortiment akzeptiert. Siehe Aussage des bolivianischen Außenministers in „*Chile acepta abrir todo su mercado; Bolivia lo hará luego de cinco años*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.06.2003. Das Abkommen sah vor, dass das Land seinen gesamten Handel für bolivianische Waren öffne, während Bolivien eine Frist von fünf Jahren durch das Abkommen erhalten sollte.
- ⁴¹⁶ Siehe Aussage des chilenischen Präsidenten Ricardo Lagos Escobar in „*Chile acepta abrir todo su mercado...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.06.2003. Die Präsidenten beschlossen zudem einen Austausch von Zollbeamten - eine Maßnahme gegen Schmuggel von Waren an der Grenze. Siehe „*Bolivia y Chile inician juntos el control del contrabando*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.07.2003. Siehe auch „*Este año se firmará tratado de libre comercio con Bolivia*“ in Dokumentenarchiv der Stiftung *Democracia y Desarrollo* (www.fundaciondemocraciaydesarrollo.cl zuletzt besucht am Juni 2010).

-
- ⁴¹⁷ Siehe Aussage des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung, Jorge Torres (MIR-Partei) in „*Crecen las exportaciones de Bolivia a Chile*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 29.07.2003 und der bolivianische Außenminister, Carlos Saavedra in „*La brecha comercial entre Chile y Bolivia se acorta*“ und „*Bolivia no podrá exportar a Chile más de una veintena de productos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.08.2003.
- ⁴¹⁸ Der erwähnten Studie zufolge hielt die Mehrheit der Befragten es für sicher, dass die Regierung Sánchez de Lozada einen chilenischen Hafen für den Erdgasexport wählen würde. Dieselbe Studie zeigte auch, dass die Mehrheit gegen die Wahl eines chilenischen Hafens sei, aber nicht gegen den Erdgasexport selbst. Siehe „*Gas: en ciudades del eje no quieren und puerto chileno*“ in der Zeitung El Deber, La Paz - 07.07.2003.
- ⁴¹⁹ Der Minister für Kohlenwasserstoff, Jorge Berindoangue (MNR-Partei), sprach sich für Konsultationen der schwer definierbaren „*repräsentativsten Sektoren der Gesellschaft*“ („*sectores representativos de la sociedad*“) und gegen ein Referendum aus, siehe „*Tres Proyectos de LNG están más avanzados que Pacific*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.08.2003.
- ⁴²⁰ Der Minister für Kohlenwasserstoff über die von der Regierung geplante politische Konsultation wörtlich: „*El gobierno encarará, en breve, un proceso de consenso nacional, que no es de consulta a la gente*“ in „*Gas: en ciudades del eje no quieren und puerto chileno*“ in der Zeitung El Deber, La Paz - 07.07.2003.
- ⁴²¹ Der Manager Guillermo Muñoz wörtlich: „*El consorcio no ha emitido ningún tipo de ultimátum al gobierno. Hace más de un año les dimos toda la información técnica e indicaba que la decisión era salir a través de un puerto en Chile*“ in „*Gas: Pacific LNG se reactiva y acelera el negocio con EEUU*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 14.07.2003.
- ⁴²² Das sogenannte industrielle Verfahren „*Gas to Liquids*“ (GTL) oder „*liquefied natural gas*“ (LNG) war für den Export von Erdgas unerlässlich. Siehe Aussage des Managers von Ivanhoe Energy, David Martin, in „*El primer negocio de industrialización del gas está en marcha*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.07.2003.
- ⁴²³ Siehe „*Pacific negocia con Sempra y en octubre saldría otro acuerdo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.08.2003.
- ⁴²⁴ Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Better time for Goni*“, in „*Business Latin America*“, 18.2003.
- ⁴²⁵ Die Hauptgeschäftsführungen der am Erdgas-Projekt beteiligten Konzerne übten nicht nur über die Presse Druck auf die Regierung Sánchez de Lozada aus: Die Manager der Konzerne trafen Präsident Sánchez de Lozada in seinem ersten Amtsjahr auch mehrmals im Ausland.
- ⁴²⁶ Pacific LNG behauptete, dass der peruanische Hafen *Ilo* zu keinem Zeitpunkt eine reale Alternative zum chilenischen Hafen *Patillos* gewesen sei. Dies sei lediglich Teil einer Verhandlungsstrategie der Regierung Quiroga mit Chile gewesen.
- ⁴²⁷ Sie trafen sich im November 2002 in der Dominikanischen Republik und im Juni 2003 in Paraguay.
- ⁴²⁸ Die Abbildung 3.5 zeigt den Diskurs der bolivianischen Regierung (Sánchez de Lozada), der Investoren, der MAS-Partei, der Parteien der „*Paktierten Demokratie*“ in der innerstaatlichen Diskussion bezüglich der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile.
- ⁴²⁹ Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 war die ADN-Partei völlig irrelevant geworden.
- ⁴³⁰ Ausnahme war die NFR-Partei, die der Regierung Sánchez de Lozada einen vorzeitigen Ausschluss der peruanischen Alternative vorwarf.
- ⁴³¹ Der amtierende Außenminister und Leiter der Erdgasverhandlungen mit Chile, Carlos Saavedra Bruno, gehörte zur MIR-Partei.
- ⁴³² Wie gezeigt, verteidigte sich die Regierung Sánchez de Lozada mehrfach. Sie habe sich zwischen einem peruanischen und einem chilenischen Angebot noch nicht entschieden, da die bislang gesammelten Informationen nicht ausreichend seien. Die bolivianische Regierung erklärte zugleich, dass so lange die

Konzerne Pacific LNG und Sempra Energy noch keinen Kaufvertrag unterzeichneten hätten, man sich bei der Wahl eines Hafens nicht verspäten könne.

⁴³³ So ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums bezeichnete im Telefoninterview vom 08. März 2010 eine Ratifizierung eines Erdgasabkommens mit Chile unter solchen Bedingungen als politischer Selbstmord und bestätigte, dass dementsprechend die Regierung Sánchez de Lozada keine parlamentarische Mehrheit für die Ratifizierung aus Grund der Ausbreitung der Gegenkampagne erwartete (Hochbeamter2).

⁴³⁴ Angesichts eines fehlenden institutionellen Rahmens im bolivianischen Verfassungsrecht konzentrierte sich die Regierung auf eine Art unverbindliche Volksbefragung, statt auf einen Volksentscheid im eigentlichen Sinne.

⁴³⁵ Die Machtsituation der Regierung verschlechterte sich auch durch die Äußerungen der Streitkräfte, dass ein Abkommen mit Chile den traditionellen Meereszugangsanspruch beeinträchtigte.

⁴³⁶ Zudem versäumte die bolivianische Regierung die Gelegenheit, eine rasche Entscheidung zu treffen, die die Durchführbarkeitsstudie der Firma *Global Energy* ermöglicht hatte. Die Studie bewertete den chilenischen Hafen *Patillos* als einzig tauglich für den Erdgasexport, die anderen Optionen würden erhebliche Mehrkosten verursachen. Präsident Sánchez de Lozada hatte bislang behauptet, erst mit der auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Durchführbarkeitsstudie könne er die Entscheidung für das Transitland treffen. Der damalige Minister für Kohlenwasserstoffe zog stattdessen das unabhängige Gutachten in Zweifel und engte damit den Spielraum der Regierung ein, die Studie als Grundlage für eine sachliche Regierungsentscheidung zu nutzen. Präsident Sánchez de Lozada entließ den Minister für Kohlenwasserstoffe seines Amtes und erklärte Tage später, auch wenn ihm die Wahl eines peruanischen Hafens leichter fallen würde, sprächen die wirtschaftlichen Gründe für einen chilenischen Hafen.

⁴³⁷ Damit erfüllte sich tatsächlich, aber anders als erwartet, die Mahnung von Präsident Sánchez de Lozada im Januar 2003, dass sich das politische Parteiensystem Boliviens zwischen den Parteien, die für die Fortsetzung der „Neuen Wirtschaftspolitik“ der „Paktierten Demokratie“ plädierten (MNR-, MIR-, NFR- Partei und Kleinparteien) und den Parteien, die sich als Globalisierungs- und Neoliberalismusgegner bekannten (MAS- und MIP-Partei), polarisierte. Siehe Aussage des Präsidenten Sánchez de Lozada in „*Goni y Morales endurecen posiciones por el bloqueo*“ in der Zeitung *La Razón*, La Paz - 07.01.2003.

⁴³⁸ Es gab keine erkennbare Änderung des chilenischen Angebotes während dieses Zeitraums.

⁴³⁹ Siehe „*Existen dudas, L.G. no cree que Global emita un informe diferente del de Bechtel*“ in der Zeitung *La Prensa*, La Paz - 22.10.2002.

⁴⁴⁰ Dazu wertete die Opposition die Reise des Präsidenten Sánchez de Lozada nach Mexiko am 13. September 2003 als Signal, dass die Verhandlungen mit Chile kurz vor einem Abschluss stünden (Husar/Maihold 2005,134).

⁴⁴¹ Der Erdgaskrieg („*Guerra del Gas*“) war kein Krieg oder Bürgerkrieg im eigentlichen Sinne. Der Begriff bezeichnet stattdessen eine Reihe von Protesten, politischen Unruhen und polizeilichen Repressionen, die in Bolivien zwischen August und Oktober 2003 stattfanden und die Stilllegung des Erdgasexportprojektes von Pacific LNG zum Ziel hatten. Die Bezeichnung dieser Ereignisse als Krieg stammt aus dem politischen Diskurs von Evo Morales und der Cocalero-Bewegung, die im April 2000 bereits eine koordinierte Protestwelle (sogenannter „Wasserkrieg“) gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in der bolivianischen Stadt *Cochabamba* durchgeführt hatten. Zur Anwendung des Begriffes „*Guerra del Gas*“ vor 2003 siehe dazu Orgáz 2002.

⁴⁴² Formell gesehen, setzte die bolivianische Regierung Mesa die Erdgasverhandlungen mit Chile fort, dennoch bestand Mesa durch seine sogenannte „*Gas por Mar*“-Politik darauf, das Erdgas als Tauschobjekt für

eine Grenzverhandlung einzusetzen, so dass die Chancen für eine Verständigung mit Chile für den Bau der Erdgasleitung gänzlich schwanden.

⁴⁴³ Siehe „*EEUU comprará gas de un solo proyecto y Bolivia está rezagada*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.08.2003, „*Goni pide eficiencia a Pacific y dice que la ‘ pondrá en su lugar ’*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 15.08.2003.

⁴⁴⁴ Es handelte sich um die Initiative der Regierung Sánchez de Lozada „*Reencuentro entre Bolivianos*“. Zu den Diskussionsthemen zählten u.a. die Erdgaspolitik, die Verhandlungen mit den USA über eine gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA/ALCA) und die Anti-Drogenpolitik sowie soziale und institutionelle Reformen. Bezüglich der Kohlenwasserstoff-Politik sah die Erklärung des „Wiedertreffens zwischen Bolivianern“ eine Frist von 90 Tagen vor, damit die Regierung einen Gesetzentwurf zur Steuererhöhung der Öl- und Erdgasindustrie erarbeiten konnte. Siehe „*Reencuentro: La Iglesia se hace a un lado, peligra la paz social*“ in El Nuevo Día, Santa Cruz - 03.09.2003 und „*El Gobierno acepta la revisión de la Ley de Hidrocarburos*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 06.09.2003.

⁴⁴⁵ Die katholische Kirche weigerte sich, die Erklärung zu unterschreiben, als die MAS-Partei das Dialogtreffen verlassen hatte. Siehe „*Reencuentro: La Iglesia se hace a un lado, peligra la paz social*“ in El Nuevo Día, Santa Cruz - 03.09.2003.

⁴⁴⁶ Zur ablehnenden Haltung der MAS zu diesem Prozess siehe Aussage von Evo Morales, „*Ha fracasado el reencuentro, no por el MAS, sino por el Gobierno*“ und des MAS-Abgeordneten Jorge Alvarado „*Hay que discutir si es conveniente la venta del gas a Chile. Si no estaríamos poniendo en riesgo la integridad de Bolivia como país al vender ese energético*“ in „*Iglesia no convence al MAS: el reencuentro a punto de fracasar*“ in „*Iglesia no convence al MAS...*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 02.09.2003. Siehe auch „*El MAS y el MIP se alistan para la ‘ guerra por el gas ’*“, in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.09.2003, „*El MAS condena el Reencuentro al fracaso y radicaliza su agenda*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 03.09.2003 und „*La coalición firma el documento del Reencuentro sin el aval de la Iglesia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.09.2003.

⁴⁴⁷ Die MIP-Partei kündigte Landstraßenblockaden an und beschuldigte die Kirche, sie versuche die Volksbewegung zu bremsen („*La Iglesia quería frenar las movilizaciones porque pensaron que (seguiríamos) viviendo con hambre y miseria*“, Aussage von Felipe Quispe in „*El MAS y el MIP se alistan...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.09.2003.

⁴⁴⁸ Siehe „*Reencuentro Nacional se firmará sin el MAS*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 01.9.2003.

⁴⁴⁹ „*Hay que discutir si es conveniente la venta del gas a Chile.*“ Siehe Aussage des MAS-Abgeordneten Jorge Alvarado in „*Iglesia no convence al MAS...*“ der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 02.09.2003.

⁴⁵⁰ Siehe „*El MAS y el MIP se alistan...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.09.2003.

⁴⁵¹ Bereits Ende 2002 war die Rede von einem „Erdgaskrieg“ innerhalb der sozialen Bewegungen. Siehe „*Crece una peligrosa brecha entre las dos Bolivias*“ in der Zeitschrift „*América Latina en Movimiento*“, Nr. 362, Quito - 02.12.2002.

⁴⁵² Siehe „*El MAS y el MIP se alistan...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.09.2003. Während der ersten beiden Septemberwochen organisierte die MIP-Partei einen Marsch u.a. gegen die Erdgasverhandlungen mit Chile und die Steuerreform, siehe „*Marcha contra venta del gas paralizó el centro de La Paz*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 09.09.2003.

⁴⁵³ Der MAS-Parteiabgeordnete Ivan Morales wörtlich: „*El gas para los bolivianos o para Chile*“ in „*El MAS y el MIP se alistan...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.09.2003.

⁴⁵⁴ Über die Schwierigkeiten für koordinierte Demonstrationen zwischen der MAS- und der MIP-Partei gegen das Erdgasgeschäft siehe „*Trabajadores, cocaleros y campesinos están listos para...*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.09.2003 und „*El MAS y al menos diez sectores marcharán contra la venta de...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.09.2003. Über die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten

-
- bei Aufmärschen siehe „*Sólo falta definir el cupo del azúcar para el TLC con Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 26.09.2003 und die Anerkennung interner Spaltungen innerhalb des Gewerkschaftsverbandes COB in „*Bolivia podrá vender a Chile 82 productos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 30.09.2003.
- ⁴⁵⁵ In wenigen Tagen besuchte der Verteidigungsminister, Carlos Sánchez Berzaín, mehr als 60 Prozent der Militärkasernen des Landes. Siehe „*Gobierno evitará bloqueos con apoyo de las FF.AA.*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 11.09.2003.
- ⁴⁵⁶ Siehe „*Policías y militares se adelantan al bloqueo y toman los caminos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.09.2003.
- ⁴⁵⁷ Von der Verfolgung der Steuerhinterziehung waren alle Geringverdiener nicht betroffen. Die Gesetzesnovellierung sah außerdem die Vergabe von Zinsen und die Verhängung von Bußgeldern für Steuerzahler in Verzug vor, die sich beim Finanzamt selbst anzeigen würden. Siehe „*Goni quiere los impuestos para ejecuta su plan económico*“ in El Nuevo Día, Santa Cruz - 01.09.2003.
- ⁴⁵⁸ Siehe „*El MAS recurre al Tribunal Constitucional*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.09.2003.
- ⁴⁵⁹ Siehe „*El Presidente y Evo Morales inician la ‘guerra por el gas’*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 17.09.2003 und „*Las Fuerzas Armadas serán informadas sobre el gas*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 30.09.2003.
- ⁴⁶⁰ Siehe die Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 17.09.2003. Ähnlich äußerte sich der bolivianische Regierungssprecher Mauricio Antezana (MNR-Partei) in „*La posición del Gobierno es que, previa una consulta, se debe definir si el gas se exporta o no, esa es la primera pregunta que hay que responder*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.09.2003.
- ⁴⁶¹ Der Präsident Sánchez de Lozada über den bolivianischen Meereszugangsanspruch und das Erdgas wörtlich: „*La reivindicación marítima es parte de la política exterior de Bolivia, es una esencia, y la seguimos buscando y discutiendo en diferentes ámbitos internacionales y vamos a seguir así*“ und „*En ningún momento se piensa de que se va a poner en juego esa reivindicación, por ninguna consideración, porque es algo que existe y que tiene que seguir siendo una política básica de nuestro gobierno*“ in „*El Presidente y Evo Morales inician la ‘guerra por el gas’*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 17.09.2003.
- ⁴⁶² Sánchez de Lozada über einen eventuellen bolivianischen Erdgasexport in Chile wörtlich: „*yo digo bueno, no vamos a exportar para que se quede en Chile, vamos a exportar para ponerlo en barcos y que se vaya a otro lugar*“ in „*El Presidente asegura que no se venderá gas a Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.09.2003.
- ⁴⁶³ Siehe „*La campaña para vender gas a EEUU comenzó en Tarija*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 16.09.2003.
- ⁴⁶⁴ Siehe „*La campaña sobre el gas no llegará a las zonas conflictiva*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 11.10.2002.
- ⁴⁶⁵ Evo Morales wörtlich: „*El pueblo boliviano se levantará para revertir toda medida que atente a sus intereses (...)* Si el Gobierno decide gas para Chile o por Chile, tiene sus horas contadas“ in „*Evo: Si el gas sale por Chile, Goni caerá*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 17.09.2003. Dazu Morales: „*Si el gobierno decide sacar el gas para Chile o por Chile empieza la huelga indefinida y el bloqueo de caminos*“ in „*Manifestaciones marcan el inicio de ‘guerra por el gas’*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 20.09.2003.
- ⁴⁶⁶ Evo Morales wörtlich: „*El pueblo boliviano expresará en las calles del país su rechazo por la exportación del gas por un puerto chileno. No puede ser que el Gobierno no tome en cuenta la opinión de los verdaderos dueños de esos recursos*“ in „*Trabajadores, cocaleros y campesinos están listos para...*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.09.2003.

-
- ⁴⁶⁷ Morales wörtlich: „*Al gobierno no le interesa la democracia, al gobierno lo que le interesa es como el gas se vaya por Chile y para Chile. No le interesa el Congreso Nacional, no le interesa la democracia, lo que le interesa es gas para Chile*“ in „*Evo denuncia autogolpe; Jaime Paz quiere mar por gas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz -18.09.2003.
- ⁴⁶⁸ Siehe „*El MAS y al menos diez sectores marcharán contra la venta...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.09.2003.
- ⁴⁶⁹ Siehe „*Chile ofrece un pedazo de territorio libre de impuestos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.09.2003.
- ⁴⁷⁰ Jaime Paz Zamora über seinen Vorschlag, einen Meereszugang für die Versorgung von Erdgas mit Chile zu verhandeln, wörtlich: „*Si Chile quiere lo nuestro (gas) tiene que generar un cambio radical hacia Bolivia sobre nuestra presencia en el Pacífico y sobre la recuperación de nuestra cualidad marítima perdida y que además sea soberana*“ in „*Evo denuncia autogolpe; Jaime Paz quiere mar por gas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz -18.09.2003. Siehe auch „*El Presidente asegura que no se venderá gas a Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.09.2003, „*MIR propone gas por mar y divide más a coalición*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 18.09.2003, „*Para exportar por Chile puerto soberano es vital*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.09.2003 und „*Jaime Paz pide a Chile un cambio de actitud si quiere gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.09.2003.
- ⁴⁷¹ Angeblich war einer der US-amerikanischen Bürger ein Militärattaché der US-amerikanischen Botschaft in Bolivien (Ramos 2005, 96).
- ⁴⁷² Die Literatur ist sich uneins, ob das Festhalten der Touristen als Entführung oder als ungewollte Folge der Landstraßenblockade zu bezeichnen ist (vgl. Muñoz-Pogossian 2008, 165; Assies 2009, 171). Tatsache ist, dass die Bewegungsfreiheit einer Gruppe von ausländischen Touristen aufgrund der Handlungen von Protestlern äußerst eingeschränkt war. Diese Aktion war die Antwort der MIP-Partei auf die Festnahme des eigenen lokalen Anführers, Edwin Huampo. Huampo, der seine Schuld bei der Straftat bestritt, war zuvor festgenommen worden, weil er offenbar zwei Personen wegen des Verdachts von Viehdiebstahl und nach dem Urteil eines nicht-staatlichen ad hoc eingerichteten Volkgerichts hinrichten ließ (Faundes 2004, 7; Assies 2004, 30; Ramos 2005, 73 und Farthing/Kohl 2006). Ende Oktober 2003 wurde Huampo auf Druck der Protestler befreit (Ramos 2005, 103).
- ⁴⁷³ Obwohl Morales und Quispe bereits Anfang 2003 Rücktrittsforderungen an den Präsidenten erhoben hatten, setzten sie sich nach den Toten von *Warisata* entschiedener für den Rücktritt von Sánchez de Lozada ein, statt nur eine Änderung der Erdgaspolitik zu fordern. Die MAS- und MIP-Partei erklärten, dass die Todesopfer eine konkrete Rechtfertigung für die Rücktrittsforderung seien (Mihaly 2006, 11).
- ⁴⁷⁴ Siehe „*El MAS y la COB preparan movilizaciones de apoyo*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 22.09.2003.
- ⁴⁷⁵ Siehe „*COB quiere la cabeza de Goni y el Gobierno crea junta para dialogar*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 26.09.2003.
- ⁴⁷⁶ Siehe „*COB quiere la cabeza de Goni y el Gobierno crea junta para dialogar*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 26.09.2003.
- ⁴⁷⁷ Siehe „*Recelo de la autoridad amenaza la democracia*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 25.09.2003.
- ⁴⁷⁸ Dennoch waren die Todesopfer von *Warisata* (6 Todesopfer) nicht die ersten Opfer polizeilicher Repression während der Regierung von Sánchez de Lozada. Bereits im Januar und Februar 2003 starben mehr als 50 Menschen durch Staatsgewalt. Durch die polizeilichen Aktionen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung während der vorherigen Regierungskoalition ADN/MIR-Partei gab es erneut Todesopfer.
- ⁴⁷⁹ Siehe „*COB quiere la cabeza de Goni y el Gobierno crea junta para dialogar*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 26.09.2003.

-
- ⁴⁸⁰ Siehe „*Gremiales salvan huelga de COB y NFR habla de dejar el Gobierno*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 30.09.2003.
- ⁴⁸¹ Clay Harris, Vorstand und Chef von Tractebel LNG, wörtlich: „*We are pleased to have signed this agreement with Peru LNG. Peru has considerable gas reserves and its proximity to Mexico makes it an attractive source of LNG for Tractebel's proposed Lazaro Cardenas project...*“ (Tractebel 2003, 1). Über den Vertrag für das Projekt *Camisea* zwischen dem Konzern Perú LNG (Hunt Oil –USA- und SK. Corporation –Korea-) und Tractebel zum Erdgasexport von 2,7 Millionen Tonnen Erdgas nach Mexiko siehe „*Camisea gana a Pacific, Tractebel transa con Perú*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 30.09.2003 und „*Perú se adelanta y concreta exportación de gas a México*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 30.09.2003. Im September 2003 flog Präsident Sánchez de Lozada trotz der innerstaatlichen Unruhen nach Mexiko, um sich mit Präsident Fox über den Erdgasexport zu unterhalten (Husar/Maihold 2005, 134; Ramos 2005, 75).
- ⁴⁸² Vor diesem Hintergrund beschuldigte der Anführer des Gewerkschaftsdachverbands COB Jaime Solares die Regierung Sánchez de Lozada, sie setze die Streitkräfte ein, um Arbeiteranführer zu ermorden und rief die Demonstranten auf, sich zu bewaffnen und einen bürgerkriegsähnlichen Kampf zu führen. Siehe „*El dialogo en punto cero, más tensión*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.10.2003.
- ⁴⁸³ Siehe „*Más sectores se suman a las marchas de protesta*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 01.10.2003.
- ⁴⁸⁴ Siehe „*Los productores agrícolas llegan a La Paz eludiendo los bloqueos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 01.10.2003.
- ⁴⁸⁵ Siehe Aussage des bolivianischen Präsidialsamtsministers, José Guillermo Justiniano (MNR-Partei), in „*El Gobierno retoma el Reencuentro y cuestiona el liderato de...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 01.10.2003 und „*Goni anuncia consultas sobre reactivación y gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.10.2003.
- ⁴⁸⁶ Siehe „*Presidente reiteró su disposición al dialogo*“ in der Zeitung El Diario - 06.10.2003 und „*El Presidente vuelve a hablar pero no anuncia soluciones*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.10.2003.
- ⁴⁸⁷ Siehe „*El Alto sufrió ola de violencia y saqueos*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 03.10.2003, „*Asoma la sombra del estadio de sitio*“ in der Zeitung la Prensa, La Paz - 04.10.2003, „*Tres semanas y el Gobierno no soluciona los conflictos*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 07.10.2003, „*La Región Yungueña intransitable*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 07.10.2003, „*El diálogo en Yungas está roto, el bloqueo caminero recrudece*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.10.2003, „*Con dos muertos más en el Alto asoma el diálogo*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.10.2003, „*Hubo bloqueos y cobros ilegales en San Julián*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 10.10.2002, „*Violenta jornada en Cochabamba*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.10.2003, „*Cercado: casco viejo paralizado por marchas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 30.09.2003 und „*La violencia se impuso en primer día de paro*“ in der Zeitung El Diario - 09.10.2003, „*Los viajes por avión y bus están suspendidos indefinidamente*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 15.10.2003.
- ⁴⁸⁸ Siehe „*Asoma la sombra del estadio de sitio*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 04.10.2003 und „*La COB prohíbe que sus afiliados realicen negociaciones sectoriales*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 04.10.2003.
- ⁴⁸⁹ Siehe „*Evo ya habla de diálogo, pero bajos sus condiciones*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 07.10.2003.
- ⁴⁹⁰ Siehe „*Negociaciones sobre gas están avanzadas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 08.10.2003.
- ⁴⁹¹ Siehe „*Negociaciones sobre gas están avanzadas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 08.10.2003 und „*Revelan que el gobierno acordó con FMI ejecutar LNG en 2004*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 16.11.2002. Die Aussagen der Regierung Sánchez de Lozada unterschieden sich in diesem Dokument tatsächlich kaum von früheren „*Letters of Intent*“ der bolivianischen Regierung an den IWF. Der

erwähnte Brief des Finanzministers führte Chile auch nicht als Markt für bolivianisches Erdgas an, so dass die Interpretation des Senators Escóbar nicht der Wirklichkeit entsprach.

⁴⁹² „Hoy, a raíz del tema del GAS, el pueblo se ha rebelado, está indignado por el manejo absolutamente antipatriótico y antidemocrático de primero haberse enterado que a través de la ley de hidrocarburos y el decreto 27. 408, Sánchez de Lozada **ha entregado nuestros hidrocarburos y recursos naturales y propiedad a las empresas transnacionales, y segundo, en contubernios con la oligarquía chilena, pretende regalar nuestro GAS, para el potenciamiento económico y militar de ese país.**“ (CNRDG 2003).

⁴⁹³ Siehe „*Asamblea Constituyente en vez de Reencuentro*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 09.10.2003.

⁴⁹⁴ Präsident Sánchez de Lozada über eine Verfassungsversammlung wörtlich: „*Las voces que piden Constituyente, ¿no saben que el Congreso de Bolivia es una constituyente?, ¿no saben que por dos tercios, pueden cambiar, pero no tienen que esperar el próximo período para ratificarlo?, ¿no saben esa realidad?, ¿o que quieren dividir Bolivia?...*“ (Condori L. 2004, 131). Siehe dazu „*Goni a los cívicos: nada de autonomía, eso destruye*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 10.10.2002 und „*El Presidente vuelve a hablar pero no anuncia soluciones*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.10.2003.

⁴⁹⁵ Einen winzigen Erfolg erlebte die Regierung Sánchez de Lozada am 08. Oktober 2003, als sie das Ende der Streiks mit der Vertretung von Rentnern vereinbarte. Siehe „*El Gobierno convence a los jubilados y la huelga termina*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 08.10.2003.

⁴⁹⁶ Die Teilnahme an den Landstraßenblockaden war nur teilweise freiwillig, da diese von organisierenden Minderheiten hatten sie mit Gewalt und Drohungen durchgesetzt (Goedeking/Suazo 2006, 9).

⁴⁹⁷ Siehe „*Bolivia: siguen las protestas y ya hay desabastecimiento de combustibles en La Paz*“ in der Zeitung Clarín, Buenos Aires – 10.10.2003.

⁴⁹⁸ Die Stadt El Alto liegt auf einer höheren Ebene und westlich von La Paz. Laut bolivianischem Statistikinstitut INE („*Instituto Nacional de Estadísticas*“) lag die Armutquote von El Alto im Jahr 2001 bei rund 66%, d.h. fast doppelt hoch wie in der Nachbarstadt La Paz (34%). El Alto dient als Hauptzugang zur Stadt La Paz, so dass eine Landstraßenblockade die Versorgung von La Paz nahezu unmöglich machen kann.

⁴⁹⁹ Siehe „*Gases y balas abrieron paso a la gasolina que ayer llegó a La Paz*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.10.2003, „*La Toma militar deja la jornada más sangrienta para los alteños*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 13.10.2003.

⁵⁰⁰ Siehe Aussage des Abgeordneten der MAS-Partei, Antonio Paredo, in „*Gobierno no defiende la democracia, sino a las transnacionales*“ in der in der Zeitung El Diario, La Paz - 15.10.2003.

⁵⁰¹ Das erwähnte Dekret wörtlich: „*Artículo único: El gobierno Nacional determina: no se exportará gas natural a nuevos mercados mientras no se realicen consultas ni debates sobre este recurso, debiendo implementarse para el efecto de forma inmediata un proceso de diálogo entre los bolivianos y con las organizaciones de la sociedad civil, consultas y debates que deberán concluir hasta el 31 de diciembre de 2003*“ (Condori L. 2004, 137).

⁵⁰² Siehe „*Gobierno ofrece no exportar gas hasta culminar con las consultas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 04.10.2003.

⁵⁰³ Siehe Aussage von Evo Morales in „*Jaime Paz ofrece su respaldo y NFR aún ni decide que hacer*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.10.2003.

⁵⁰⁴ Siehe Aussage des damaligen Vizepräsidenten Carlos Mesa Gisbert in „*Gremiales salvan huelga de COB y NFR habla de dejar el Gobierno*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 30.09.2003. Carlos Mesa hatte im Januar 2003, als sich Präsident Sánchez de Lozada im Ausland (Ecuador) befand, eine polizeiliche Aktion gegen protestierende Rentner in der Kleinstadt Calamarca angeordnet, die aufgrund eines Verkehrsunfalls mit mehr als 20 Todesopfer endete. Dies führte damals zu weiteren Protestwellen. Die Regierung gab dem Druck der Demonstranten nach und verpflichtete sich, die Renten zu erhöhen

-
- (Mesa 2008, 55). Siehe auch „*En la encrucijada. Fuerzas populares bloquean carreteras y piden renuncia de presidente*“ in der zweimal monatlich erscheinenden Zeitschrift „Noticias Aliadas“, Lima - 29.01.2003.
- ⁵⁰⁵ Mesa erzählte Jahre später, er habe Sánchez de Lozada Tage vor seinem Ausstieg aus der Regierungskoalition gebeten, die Erdgasverhandlungen mit Chile an den Meereszugangsanspruch zu koppeln, da er sicher wäre, dass das Volk ein Abkommen mit Chile nur unter solchen Bedingungen akzeptiere. Mesa wörtlich: „*No insistas en algo que no podrás conseguir. Arriégate, convoca a una consulta popular sobre el gas, pero plantéale a los bolivianos que sólo lo exportarás si es con soberanía. Puedes hacerlo, porque sabes que la gente incendiará el país antes que permitirte que saques el gas por Chile.*“ (Mesa 2008, 66).
- ⁵⁰⁶ Carlos Mesa wörtlich: „*Me mantengo firme como Vicepresidente de la República, en mi responsabilidad frente al país*“ in „*Carlos Mesa marca distancia de la protesta; el oficialismo lo aísla*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 17.10.2003. Siehe dazu Ramos 2005, 146.
- ⁵⁰⁷ Siehe „*Descontento popular debilita al Gobierno*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.10.2003.
- ⁵⁰⁸ Siehe „*Jaime Paz ofrece su respaldo y NFR aún ni decide que hacer*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.10.2003, „*Reyes Villa aún no decide, pero apoya la democracia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 15.10.2003 und „*Los aliados se quiebran, diferencias repercutirán en mayoría*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 15.10.2002.
- ⁵⁰⁹ Siehe „*El Presidente no renunciará a su cargo, pese a violencia*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 14.10.2003.
- ⁵¹⁰ Siehe „*Empresarios respaldan al Gobierno*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 14.10.2003, „*FFAA advierten con utilizar la fuerza, policías fieles al gobierno*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 14.10.2002 und „*Cercado: casco viejo paralizado por marchas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 15.10.2003.
- ⁵¹¹ Siehe „*El Gobierno recurre a los militares, acusa golpe y busca el diálogo*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 17.10.2003.
- ⁵¹² Siehe „*El pueblo no cede, exige renuncia del Presidente*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 17.10.2003 und „*El Gobierno recurre a los militares, acusa golpe y busca el diálogo*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 17.10.2003.
- ⁵¹³ Siehe „*Mesa gobernará sin políticos y hará referéndum y Constituyente*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.10.2003.
- ⁵¹⁴ Parlamentarier der NFR-Partei kritisierten bereits Ende September 2003 die Erdgaspolitik der Regierung. Sie beschuldigten Sánchez de Lozada, den Empfehlungen der NFR-Partei nicht gefolgt zu sein, und drohten mit dem Ausstieg aus der Koalition. „*Si somos parte del Gobierno y no merecemos ni siquiera una opinión nuestra, entonces para qué estamos.*“ Aussage des NFR-Parlamentariers, Eloy Luján Cruz (Rivero 2006, 193). Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Goni, Goni...gone*“, in „Business Latin America“, 20.10.2003.
- ⁵¹⁵ Reyes Villa (NFR-Partei) begründete bspw. den Ausstieg seiner Partei aus der Regierungskoalition mit der Tatsache, dass sich die NFR nicht an einem Massaker beteiligen werde (Condori L. 28).
- ⁵¹⁶ Nicht nur Präsident Sánchez de Lozada und seine Familie verließen das Land. Der bolivianische Verteidigungsminister Carlos Sánchez Berzaín (MNR-Partei), Gesundheitsminister Javier Torres Goitia (MNR-Partei), Regierungsminister Yerko Kukoc (MNR-Partei), der Minister des Präsidialamtes José Guillermo Justiniano (MIR-Partei) und der ehemalige Vizeregierungsminister José Luis Harb (MNR-Partei) flohen ins Ausland (Condori L. 2004, 29). Siehe „*El ex Presidente está en Miami*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.10.03 und „*El ex Presidente está en Miami*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 18.10.2003.

-
- ⁵¹⁷ Aus dem Rücktrittsbrief des Präsidenten Sánchez de Lozada: „...no se puede retirar a un presidente elegido democráticamente por mecanismos de presión y de violencia que están al margen de la Ley...“ 17.10.2003.
- ⁵¹⁸ Der frühere Präsident spielte dabei auf die enge Beziehung zwischen der MAS-Partei und der venezolanischen Regierung von Hugo Chávez an, der die MAS-Partei finanziell heimlich unterstützt habe (Urbaneja 2005, 2; ICG 2004, 1). Siehe „Crisis boliviana no cede y presidente acusa de narcosindicalistas a opositores“ in der Zeitung La Tercera 17.10.2003, „Un golpe bien planeado me tumbó“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 21.10.2003 und „Movilizaciones precedieron renuncia de Jefe de Estado“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.10.2003.
- ⁵¹⁹ Über die chilenischfeindliche Rhetorik als bindender und überparteilicher Faktor der Opposition während des Erdgaskrieges siehe Kurtenbach 2003, 303; Torres 2004a, 152; Murillo de la Rocha 2004, 139; Quiroga 2004; Laserna 2004, 77; Horst 2005, 88; Mihaly 2006, 111; Fuentes 2007, 30; Oporto 2009, 59.
- ⁵²⁰ Der bolivianische Außenminister Carlos Saavedra Bruno (MIR) wörtlich: „las negociaciones con Chile para exportar el gas de Bolivia por un puerto chileno estaban muy avanzadas“ in „Bolivia sin mar, Chile sin respaldo ante la OEA“ in der Online-Zeitschrift Americaeconomica - 25.02.2005.
- ⁵²¹ Die Parteispitzen der MAS- und der MIP-Partei, um nur die markanten politischen Parteien des Erdgaskrieges zu nennen, teilten außer den chilenischfeindlichen Einwänden noch andere, wie bspw. Einwände gegen die Rolle der USA als Erdgas-Käufer und die Gewinnung von Rohstoffquellen durch private Konzerne (Postero 2007, 206). Die letztgenannten Einwände, die hier unter der Bezeichnung „linker Diskurs“ zusammengefasst werden, waren zwar bei den erwähnten Parteien ein bekannter Bestandteil ihres politischen Grundsatzes, jedoch waren sie bei anderen Akteuren wenig verbreitet, besonders beim Mittelstand. Faktisch konzentrierten sich jedoch die Einwände des „Vereins zur Koordinierung der Verteidigung des Erdgases“ auf die nationalistischen Seite, d.h. auf die Tatsache, dass die Regierung plante, eine Erdgasleitung durch chilenisches Gebiet zu bauen, das vor dem Salpeterkrieg von Bolivien als eigen betrachtet wurde. Die Vorgehensweise der Regierung wurde von den Anführern der Oppositionsbewegungen als „Landesverrat“ bezeichnet. Der Dialog zwischen Regierung und Opposition konzentrierte sich hauptsächlich auf die Wahl eines chilenischen Hafens. Die Regierung und die Koalitionsparteien wehrten sich gegen die Anschuldigung, unpatriotisch zu sein, hielten aber weiter an der Vertiefung des neoliberalen Programms fest.
- ⁵²² Siehe „Trabajadores, cocaleros y campesinos están listos para...“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.09.2003.
- ⁵²³ Siehe „Gobierno no defiende la democracia, sino a las transnacionales“ in der in der Zeitung El Diario, La Paz - 15.10.2003.
- ⁵²⁴ Der wachsende Ansehensverlust der Parteien der „Paktierten Demokratie“ kam insbesondere durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Dezentralisation sowie durch die Tatsache, dass sie nach diesen Reformen ihre traditionell klientelistischen Leistungen aus der Staatskasse nicht mehr bezahlen konnten (Barr 2005, 71; Sabatini 2003, 140). Die Öffnung eines politischen Systems zu traditionell benachteiligten ethnischen und sozialen Gruppen, wie im bolivianischen Fall nach den Reformen der „Paktierten Demokratie“, führt nicht unbedingt zur Verbesserung der Legitimation der repräsentativen Institutionen, insbesondere wenn die wachsenden politischen Erwartungen dieser neuen Bürger einer Verteilung der öffentlichen Güter wegen materieller oder anderer Art von Beschränkungen durch die repräsentativen Institutionen nicht erfüllt werden können (Mainwaring 2006, 24). Der schwache institutionelle Rahmen, der der sozialen Forderung der neu ins politische System einbezogenen gesellschaftlichen Akteure nicht gewachsen ist, führte zur sozialen Frustration und politischer Instabilität (Fukuyama 2008, 72).
- ⁵²⁵ Ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums im Telefoninterview vom 08. März 2010 über die parlamentarische Mehrheit der Regierung Sánchez de Lozada wörtlich: „La

mayoría parlamentaria del Gobierno de Sánchez de Lozada existía, pero este era un tema muy complicado, la mayoría de la opinión pública boliviana estaba en contra de la salida del gas por Chile, no se debe olvidar que la consigna de los opositores era 'nada de gas por o para Chile'. Se trata de un tema central de la política exterior boliviana desde la pérdida territorial de 1904. Un acuerdo con Chile, en el que únicamente estuviese la concesión o comodato de una zona económica especial, hubiese sido difícil de aprobar en el parlamento, porque los propios parlamentarios no habrían asumido una solución suicida" (Hochbeamter2).

- ⁵²⁶ Carlos Mesa war vor seiner Kandidatur für die Vizepräsidentschaft als Journalist und Medienbesitzer aktiv und landesweit bekannt. Er besaß einen großen Teil des regionalen Fernsehsenders „Red de Television PAT“ („*Periodistas Asociados de Televisión*“). Siehe Schwarzbauer 2002a; Mesa 2008, 39.
- ⁵²⁷ Die Machtübergabe an Mesa wurde auch von den anderen Ländern des Kontinents schnell anerkannt. Die OAS/OEA verhielt sich bemerkenswert, sie unterstützte die Regierung Sánchez de Lozada zu Beginn des Gaskrieges vollständig, die Proteste wurden als Gewalttaten gewertet, die die Organisation ablehnte (Resolution 849, 1384/03). Ein paar Tage später gab die OAS/OEA ihre Zustimmung zur verfassungsmäßigen Machtübergabe an Carlos Mesa (Resolution 852, 1387/03) (Arceneaux / Pion-Berlin 2007, 18).
- ⁵²⁸ Carlos Mesa über die Rolle der politischen Parteien im Erdgaskrieg wörtlich: „*La decisión de realizar un gobierno sin partidos políticos, no pretende desconocer la importancia esencial en la democracia de las instituciones partidarias, pero sí es la respuesta evidente, absolutamente inescapable de que los partidos han entrado en una gravísima crisis en su relación, no solamente con el Estado, sino sobre todo con la sociedad*“ in „*Mesa gobierna sin partidos políticos*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.10.2003. Die öffentliche Meinung, die politischen Parteien seien für den Erdgaskrieg verantwortlich, schien eine Meinungsstudie knapp drei Wochen nach dem Erdgaskrieg zu bestätigen: Ca. 95 Prozent der Befragten meinten, sie hätte eine negative Wahrnehmung von den politischen Parteien. Siehe „*Encuesta revela una pésima opinión de partidos políticos*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 04.11.2003.
- ⁵²⁹ Mesa zufolge sind die Streitkräfte nur den Befehlen der politischen Macht gefolgt. Siehe „*Carlos Mesa y las FFAA responsabilizan al poder político por las muertes*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 20.10.2003.
- ⁵³⁰ Siehe Umfragewerte der Firma „*Apoyo, Opinión y Mercado*“ in „*Aprobación de Mesa cae ocho puntos. La gente pide otra agenda*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 30.08.2003.
- ⁵³¹ Über die Parteilosigkeit der Regierung Mesa siehe dazu, Muñoz-Pogossian 2008, 168 und Draeger 2004b, 21.
- ⁵³² Präsident Mesa über die Parteilosigkeit als ein geeignetes Merkmal für Minister wörtlich: „*Yo creo que los bolivianos que me ven hoy como Presidente de la República, quieren un gobierno con las mejores y los mejores bolivianos, y eso quiere decir, un gobierno que tenga un poder ejecutivo que no cuente con la participación activa de ningún partido político*“ (Antrittsrede des Präsidenten Mesa 17.10.2003, siehe <http://abi.bo> Besuch in April 2009). „*Mesa gobierna sin partidos políticos*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.10.2003 und „*Histórico: Bolivia tiene un gabinete sin políticos*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 20.10.2003.
- ⁵³³ Die MNR-Partei zeigte sich zu Beginn unwillig, die Regierung Mesa ausdrücklich zu unterstützen. Die MNR-Partei war in einer unbequemen Position. Während des Erdgaskrieges hatte sich die Partei im Streit zwischen Präsident Sánchez de Lozada und Vizepräsident Carlos Mesa auf die Seite des Präsidenten gestellt und hatte Mesa eine Art Verrat vorgeworfen. Ein weiterer Grund für die MNR-Partei, der neuen Regierung zu misstrauen, waren die Pläne, die politischen Verantwortlichen für die Todesopfer des Erdgaskrieges vor Gericht zu stellen. Die NFR- und die MIR-Partei versprachen der neuen Regierung ihre Unterstützung und entfernten sich von der Regierung Sánchez de Lozada. Über die Vorwürfe der MNR-Partei an Mesa und die Solidaritätserklärungen der Parteien an die neue Regierung siehe „*Mesa*

-
- perdió el apoyo oficialista en el Parlamento*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 15.10.2003; *„Carlos Mesa marca distancia de la protesta; el oficialismo lo aísla“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 17.10.2003; *„El MNR sustituirá a Goni y apoyará lo bueno del Gobierno“* in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 23.10.2003; *„El MIR se liberó con la caída Sánchez de Lozada“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 23.10.2003 und *„ADN apoya sin trabas al equipo ministerial“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.10.2003.
- ⁵³⁴ Präsident Mesa wörtlich: *„El problema marítimo boliviano se convirtió en octubre en un elemento potencial de desestabilización de la región, porque se puso en juego la democracia boliviana, porque se generó una situación de incertidumbre terrible y de gran peligro para la estabilidad global, y los países vecinos y los países de la región se preocuparon, porque el ejemplo boliviano podía haber cundido en otras naciones.“* (Faundes 2004, 27).
- ⁵³⁵ Der bolivianische Außenminister Luis Siles über die Beziehungen zu Chile wörtlich: *„Cualquier decisión que tenga que ver con el gas tiene que estar relacionada a la demanda marítima“* in *„Histórico: Bolivia tiene un gabinete sin políticos“* in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 20.10.2003.
- ⁵³⁶ Der chilenische Regierungssprecher Francisco Vidal wörtlich: *„las políticas comerciales no involucran ceder parte de la soberanía del país“* in *„El Gobierno de Chile no cambiará territorio por gas“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 22.10.2003.
- ⁵³⁷ Der Minister für Kohlenwasserstoff Álvaro Ríos über die Pläne der Regierung Mesa für das Projekt Pacific LNG knapp fünf Tage nach der Machtübergabe wörtlich: *„No sé si realmente este proyecto está en riesgo o sigue vigente después de lo acontecido la semana pasada, pero es algo de lo que me informaré y luego veremos qué es lo que puede pasar“* in *„El nuevo Gobierno fija posición: el gas se debe exportar“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.10.2003.
- ⁵³⁸ Die geplante Gesetzesnovellierung sah eine Änderung des Besitzrechtes an Kohlenwasserstoffen und eine deutliche Erhöhung der „Royalties“ vor. Siehe Economist Intelligence Unit: *„Gas Pockets“*, in *„Business Latin America“*, 3.11.2003.
- ⁵³⁹ Bis Januar 2004 verhandelte die Regierung Mesa mit den ausländischen Öl- und Gaskonzernen, die sich zu Beginn weigerten, Änderungen zu akzeptieren. Ende Januar 2004 verkündete der Minister für Nachhaltige Entwicklung, die Steuererhöhung werde nur die Zulassung neuer Projekte betreffen. Siehe *„Gobierno se acerca a petroleras para modificar la Ley de Hidrocarburos“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 04.11.2003; *„El Gobierno inicia consultas para cambiar la Ley de Hidrocarburos“* in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 14.11.2003 und *„Las petroleras pagarán más tributos sólo si se exporta el gas“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.01.2004.
- ⁵⁴⁰ So stoppten die Parteien eine Steuerreform sowie die Benennung von Beamten, die der Präsident nur nach Absprache mit dem Kongress auswählen konnte. Die politischen Parteien verweigerten mehrere von Präsident Mesa vorgeschlagene Kandidaten, so dass manche Behörde mehr als zwei Monate lang mit einer Interimslösung auskommen musste. Siehe *„Cambios en dos leyes desnudan la falta de gobernabilidad“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.11.2003; *„Empresarios a las calles en protesta contra el Código“* in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 25.11.2003; *„El Congreso fracasa y Mesa es invitado a rubricar decretos“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.12.2003.
- ⁵⁴¹ Siehe *„Bolivia pide acceso libre y útil al Océano Pacífico“* in der Zeitung El Diario, La Paz - 27.10.2003.
- ⁵⁴² Ungefähr eine Woche später erklärte die Regierung Mesa, sie überprüfe den Inhalt der Freihandelsverhandlungen der Vorgängerregierung. Siehe *„TLC entre Bolivia y Chile corre riesgo“* in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 31.10.2003, *„Chile respeta la postergación del TLC“* in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.11.2003 und *„Entrevista a Víctor Rico: ¿Es viable un TLC con Bolivia“* in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 21.11.2003. Siehe dazu Economist Intelligence Unit: *„Investors brace more tension“*, in *„Business Latin America“*, 19.07.2004.

-
- ⁵⁴³ Vor Monatsende traute sich der Oberkommandant der bolivianischen Streitkräfte, eine Stellungnahme der peruanischen Regierung in Bezug auf die Diskussion mit Chile zu verlangen. Zwei Tage später lehnte der bolivianische Botschafter in Peru die Forderung des Oberkommandanten der bolivianischen Streitkräfte ab. Siehe „*Defensa pide a militares que opinen sobre la venta del gas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 13.11.2003; „*Las FFAA piden a Perú pronunciarse sobre el mar*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 27.11.2003; „*Emplazamiento a Perú. Bolivia desautoriza a sus jefes militares*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 29.11.2003 und „*Esperan pronunciamiento de Perú sobre el tema marítimo*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 27.11.2003.
- ⁵⁴⁴ Der ehemalige Präsident Carter wörtlich: „*I expressed hope that Bolivia might gain access to the sea and our willingness to help when/if good faith negotiations are begun among Bolivia, Chile, and Peru.*“ Auf der Website von „Carter Center“ <http://www.cartercenter.org/news/documents/doc1571.html> zuletzt besucht am März 2009. Carter besuchte damals Bolivien als Vorsitzender des „Carter Center“. Siehe „*Carter llama a Chile y Perú a hablar para darle mar a Bolivia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.12.2003, „*En su visita a La Paz, Jimmy Carter dijo que tenía la esperanza de que el país altiplánico terminara con su mediterraneidad*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 19.12.2003 und „*Chile prepara estrategia para neutralizar apoyo a Bolivia*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 29.12.2003.
- ⁵⁴⁵ Monaten später lehnte der brasilianische Präsident da Silva die Haltung der Regierung Mesa in Bezug auf die Erdgasverhandlungen mit Chile ab. Mesa bestehe nur aus innenpolitischen Gründen auf eine internationale Kampagne für den Meereszugang. Siehe „*Lula habla de una salida al diferendo marítimo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.11.2003 und „*Lula critica a Mesa por el mar y le pide a Chávez no meterse*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.02.2003.
- ⁵⁴⁶ Der UNO- Generalsekretär äußerte sich auf dem 13. Iberoamerikanischen Gipfels in Bolivien. Siehe „*Annan ofrece mediar por el mar y supervisar la pesquisa de octubre*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.11.2003, und „*El diplomático ofreció sus „buenos oficios“ para alcanzar una solución*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.11.2003; „*Sorpresiva intervención de Kofi Annan en tema marítimo de Bolivia*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.11.2003 und „*Una cumbre de esperanzas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 17.11.2003.
- ⁵⁴⁷ Die chilenische Regierung zog daraufhin tagelang den chilenischen Botschafter aus der venezolanischen Hauptstadt Caracas ab. Die chilenische Außenministerin betonte, die Beziehungen zu Bolivien seien von bilateraler Natur. Einen Monat später entschied sich die chilenische Regierung, die Äußerungen von Chávez nicht weiter zu kommentieren. Siehe „*Chile formaliza su molestia con Venezuela por el apoyo a Bolivia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.11.2003; „*El presidente venezolano aseguró el sábado en Santa Cruz que soñaba con bañarse en una playa boliviana, lo que motivó la protesta del Gobierno*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 19.11.2003; „*Relaciones con Venezuela: Embajador Vío se queda en Chile indefinidamente*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 20.11.2003; „*Reivindicación marítima es históricamente justa*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.11.2003; „*Chile no descarta romper relaciones con Venezuela*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 25.11.2003; „*Chávez promete hablar del mar en todas las cumbres*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.12.2003 und „*Chile prefiere callar ante Chávez*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 09.12.2003.
- ⁵⁴⁸ Der Präsident des bolivianischen Senats, Hormando Vaca Díez forderte angesichts des chilenischen Erdgasbedarfs eine neue Einstellung der chilenischen Regierung bezüglich des bolivianischen Meereszugangsanspruchs. Siehe „*Chile debería modificar política en torno al mar*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 21.11.2003. Der Präsident Mesa bedankte sich mehrmals in den Medien bei seinem venezolanischen Amtskollegen für dessen Unterstützung. Siehe „*Relaciones con Venezuela...*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 20.11.2003 und „*Mesa agradece a Chávez, y Chile espera una señal de Venezuela*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.11.2003.

-
- ⁵⁴⁹ Der Präsident Mesa in seiner ersten Botschaft an die Nation („*Mensaje Presidencial del 4 de Enero de 2004*“) wörtlich: „*El gobierno y el pueblo de Bolivia agradecen al Presidente de Venezuela, Hugo Chávez; al Presidente de Cuba, Fidel Castro; al Presidente de Brasil, Luiz Inácio Lula Da Silva; al Presidente de Uruguay, Jorge Batlle; al ex Presidente de Estados Unidos, Jimmy Carter; al Secretario General de las Naciones Unidas, Kofi Annan; porque todos ellos a nombre de sus organizaciones, sus países o de sus convicciones, apoyaron y apoyan hoy a Bolivia. Esas voces de respaldo y solidaridad ratifican que el pedido de Bolivia es legítimo, justo, indispensable para su desarrollo y está vinculado con la estabilidad de la región.*“ Der bolivianische Kongress begrüßte ebenfalls jede dieser Äußerungen, siehe bspw. „*Hugo Chávez hizo que soñemos con retornar al mar*“, in der Zeitung El Diario, La Paz - 30.12.2003.
- ⁵⁵⁰ Siehe „*Mesa pide a Chile y Perú hablar del mar para Bolivia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 05.01.2004. Tage später antwortete der peruanische Präsident Toledo, der Meereszugang für Bolivien sei eine bilaterale Angelegenheit, dennoch sei Peru bereit, eine Einigung zwischen Bolivien und Chile zu unterstützen. Eine ähnliche Einstellung hatte die peruanische Delegation sechs Monate später auf der 34. Generalversammlung der OAS/OEA. Siehe „*Toledo deja conformes a Mesa y a Lagos cuando habla del mar*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.01.2004 und „*Perú se desmarca y dice que el tema es bilateral*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 09.06.2004.
- ⁵⁵¹ Der Präsident Mesa über den gewünschten nationalen Konsens wörtlich: „*alcanzar und compromiso de unidad nacional en torno a la justa demanda de una salida útil y soberana al mar*“ in „*Bolivia propondrá a Chile cambiar Tratado de 1904*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 07.01.2004.
- ⁵⁵² Kofi Annan präzisierte Tage später seine Aussage: Er unterstütze keine Partei im Streit zwischen Bolivien und Chile, er habe lediglich seine guten Dienste angeboten. Wenige Tage nach den Aussagen des ehemaligen Präsidenten Carter erklärte der US-Botschafter in Chile William Brownfield, sie seien für die US-Regierung nicht repräsentativ. Siehe „*Lagos obvia debate sobre el mar e insta a hablar de futuro*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 15.11.2003 und „*Para EEUU el tema marítimo no es estrictamente bilateral*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 27.12.2003.
- ⁵⁵³ Siehe „*Cancillería complicada / La bilateralidad entra en crisis: Errores en las relaciones entre Chile y Bolivia*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 06.01.2004.
- ⁵⁵⁴ Präsident Lagos über das chilenische Angebot wörtlich: „*Yo entiendo que el gas debería tratarse como mercadería en tránsito, libre de todo tipo de derechos por parte del pueblo chileno, y por tanto estamos dispuestos a dar todas las facilidades para que se procediera exactamente como si eso fuera en territorio boliviano, sujeto por supuesto a las normas de Chile. Pero como siempre dije, el por dónde sale el gas es un tema que compete a los bolivianos.*“ In „*Mercadería en tránsito: Lagos plantea fórmula para gas boliviano*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 14.12.2003. Der Präsident Lagos erklärte, Banzer habe ihm gesagt, Bolivien und Chile sollten zuerst über die Themen reden, die relevant für die Zukunft beider Länder seien und bei denen sie sich einigen könnten. Siehe auch „*El diplomático ofreció sus ‘buenos oficios’ para alcanzar una solución*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.11.2003; „*Lagos ofrece a Bolivia cualidad marítima y nada de soberanía*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 14.12.2004 und „*Acuerdo comercial: Chile exige a Bolivia clara señal política para negociar*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 07.01.2004.
- ⁵⁵⁵ Siehe „*Lagos muestra una estrategia marítima para bajar las críticas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 15.12.2004.
- ⁵⁵⁶ Siehe „*Negociación comercial con Chile: Bolivia admite que salida al mar fue clave para fracaso del TLC*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 08.01.2004.
- ⁵⁵⁷ Siehe „*Presidente Mesa: ‘Con Chile hay paz, pero no amistad’*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 08.01.2004.

-
- ⁵⁵⁸ Siehe „Mesa dispuesto a iniciar el diálogo directo con Chile“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.10.2004.
- ⁵⁵⁹ Siehe „Speed to Market“ in „Latin Trade“, 2004, Vol. 12, Nr. 3, S. 50, Miami und „BP To supply Sempra LNG Terminal“, Vol. 21, Nr. 2, Mexiko DF.
- ⁵⁶⁰ Siehe „Gas: sin el proyecto LNG, la consulta está hoy en duda“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 22.12.2003 und „BP signs LNG supply pact with Sempra Energy“ im Online-Dienst Interactive Investor, London - 19.12.2003.
- <http://www.iii.co.uk/investment/detail?code=cotn:BP-.L&display=news&it=le&period=2003> zuletzt besucht im 01.03.2009.
- ⁵⁶¹ Siehe „Hoy comienza el debate sobre el Referéndum“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 13.01.2004.
- ⁵⁶² Ein halbes Jahr später erklärte der Präsident des transnationalen Konzerns Repsol YPF in Bolivien Julio Gavito, der US-amerikanische Markt sei für Bolivien Geschichte. Siehe „El referendo preguntará sobre el puerto para el gas“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 06.01.2004 und „Repsol apuesta ahora por los mercados de la región“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.10.2004.
- ⁵⁶³ Es handelte sich um einen „Summits of the Americas“ in Monterrey, Mexiko.
- ⁵⁶⁴ Siehe „Bolivia sólo consigue el respaldo de Chávez“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 13.01.2004.
- ⁵⁶⁵ Lagos bedauerte beim Gespräch mit Mesa, dass Chile ein wertvolles Angebot gemacht habe. Er habe sich persönlich mehrmals mit vier verschiedenen bolivianischen Präsidenten über die Erdgasverhandlungen ausgetauscht. Bolivien sei schuld, eine historische Gelegenheit versäumt zu haben (Mesa 2008, 252).
- ⁵⁶⁶ Siehe „Lagos responde duramente a reclamo boliviano en cumbre“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.01.2004.
- ⁵⁶⁷ Die Rede des Präsidenten Lagos wurde innenpolitisch von Regierungs- und Oppositionsparteien gefeiert. Siehe „El presidente boliviano puso el tema en una sesión de trabajo ante los otros 33 jefes de gobierno y provocó una respuesta de media hora del Mandatario chileno“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 14.01.2004; „Repercusiones del debate en Monterrey: Lagos demanda cambio de actitud de Bolivia“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 15.01.2004; „En Palacio resaltaron la capacidad diplomática para bloquear apoyos regionales al tema del mar“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 15.01.2004; „Comercio con Chile: Bolivianos llaman a boicot“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 17.01.2004; „Frontera con Chile: La aduana de Bolivia endurece controles“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 18.01.2004; „La ministra de RR.EE., Soledad Alvear, desestimó ayer la oferta que hizo el Presidente de México para ayudar a solucionar el conflicto entre Chile y Bolivia“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 19.01.2004 und „Demanda por salida al mar: Lagos condiciona discusión con Bolivia a reanudar las relaciones“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.01.2004.
- ⁵⁶⁸ Siehe „Mar: apoyan a Mesa y plantean ‘guerra comercial’ contra Chile“ Los Tiempos, Cochabamba - 15.01.04, „Evo Morales llama a no consumir productos chilenos y a cerrar la frontera“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 16.01.2004; „Mesa dispuesto a iniciar el diálogo directo con Chile“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.01.2004.
- ⁵⁶⁹ Siehe „Bolivia quiere diálogo con Chile para pedirle un corredor al mar“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.01.2004.
- ⁵⁷⁰ Es handelte sich hier um eine eher unrealistische Maßnahme. Nach Angaben derselben bolivianischen Behörde stammte damals ca. die Hälfte der bolivianischen Importwaren aus chilenischen Häfen. Siehe „Más del 50% de la mercadería ingresa por puertos chilenos“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 22.12.2003. „Piden militarizar la frontera con Chile y evitar el uso de sus puertos“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 15.01.2004; „Exportadores no quieren saber de cerrar fronteras con

-
- Chile“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 16.01.2004 und „*Frontera con Chile: La aduana de Bolivia endurece controles Medida pretende „frenar el contrabando“ que viene desde nuestro país, se afirmó*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.01.2004.
- ⁵⁷¹ Siehe „*Demanda por salida al mar: Lagos condiciona discusión con Bolivia a reanudar las relaciones*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 23.01.2004.
- ⁵⁷² Die Delegation bestand aus dem deutschen Abgeordneten Rolf Linkohr (SPD) sowie den spanischen Abgeordneten Fernando Fernández Martín (PP) und Pedro Marset Campos (IU). Siehe „*Parlamentarios europeos apoyan demanda marítima*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.01.2004.
- ⁵⁷³ Der stellvertretende Generaldirektor der EU-Kommission für Lateinamerika, Hervé Jouanjean wörtlich: „*yo pienso que esas cosas se tienen que discutir entre Chile y Bolivia.*“ Siehe „*El mar no está en la agenda de europeos ni de andinos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.02.2004.
- ⁵⁷⁴ Siehe „*Chile está en alerta porque prevé más apoyo a Bolivia*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.01.2004.
- ⁵⁷⁵ Die bolivianische Offensive erfuhr wenige Tage später ein bitteres Ende. Chile erhielt eine Erklärung von elf Botschaftern der EU, in der sie das gültige Grenzabkommen und die Nichteinmischung in die bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile anerkannten. Siehe „*Bolivia pedirá mediación plena de la Unión Europea*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 30.01.2004 und „*Chile recibe el apoyo de la Unión Europea*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 06.02.2004.
- ⁵⁷⁶ Siehe „*Mar: la ofensiva de Mesa es a través de las embajadas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 09.02.2004; „*Mesa designa un embajador especial para hablar del mar*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 09.02.2004 und „*Embajador especial promoverá demanda marítima en el Caribe*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 09.02.2004.
- ⁵⁷⁷ Siehe „*Mediterraneidad. El plan del Gobierno para enfrentar el creciente lobby boliviano: Toda la carne al asador*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 01.02.2004. Außerdem wurde nach monatelanger Vakanz Emilio Ruiz-Tagle zum chilenischen Generalkonsul in La Paz ernannt. Siehe: „*Chile nombra nuevo cónsul en Bolivia*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 25.01.2004 und „*El Cónsul de Chile llegó para abrir canales de diálogo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.03.2004.
- ⁵⁷⁸ Siehe „*Argentina quiere gas boliviano y promete no vender a Chile*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 30.01.2004.
- ⁵⁷⁹ Das neue Steuersystem bestand aus einer Lizenzabgabe (sogenannte „*Regalías*“ oder „*Royalty*“) von 18% und einer progressiven ergänzenden Steuer („*Impuesto complementario a los Hidrocarburos*“) von ca. 32%. Dies geschah mit der Aufhebung eines Dekrets aus der ersten Amtszeit der Regierung Sánchez de Lozada (*Decreto Supremo 24806*), das die Unternehmer als Eigentümer der Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort anerkannte (sogenannte „*propiedad de hidrocarburos en boca de pozo*“) (Villegas 2005, 135; Gov.Bol. 2004b, 48). Siehe „*El vuelve al Estado y nace und nuevo tributo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.02.2004.
- ⁵⁸⁰ Siehe „*Cita de viceministros: Chile revitaliza diálogo a nivel diplomático con Bolivia*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 18.02.2004 und „*Bolivia y Chile allanan la vía para el diálogo del mar*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.02.2004.
- ⁵⁸¹ Siehe „*Segundo round*“ in der politischen Zeitschrift Qué Pasa, Santiago de Chile - 20.02.2004.
- ⁵⁸² Siehe „*Bolivia acudirá a la Haya si Chile viola Tratado de 1904*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 19.02.2004.
- ⁵⁸³ Siehe „*Bolivia y Chile definen fecha para negociaciones comerciales*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 01.03.2004.
- ⁵⁸⁴ Siehe „*El MAS se enfrente a Mesa y amenaza con quitarle el apoyo*“ in der Zeitung El Nuevo Dia, Santa Cruz - 05.03.2004.

-
- ⁵⁸⁵ Antonio Aranibar Quiroga, der zum Kabinett der ersten Amtszeit von Sánchez de Lozada gehörte, wurde von Präsident Mesa als Minister für Kohlenwasserstoff benannt. Die MAS-Partei und der Gewerkschaftsdachverband COB forderten daraufhin einen vorzeitigen Regierungswechsel. Siehe „*El Ministro del Gas se va y Mesa atraviesa un momento delicado*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 09.03.2004; „*Cocaleros de los Yungas y el MAS amenazan al Presidente*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.03.2004 und „*La COB y el MAS preparan la salida de Mesa*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 13.03.2004.
- ⁵⁸⁶ Siehe „*La crisis política acorrala a Mesa; el Legislativo le declara la guerra*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 12.03.2004 und „*No voy a poder gobernar sin apoyo del Parlamento*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 15.03.2004.
- ⁵⁸⁷ Der Bürgermeister José Luis Paredes (MIR-Partei) über eine Handelsblockade gegen Chile wörtlich: „*Hay que cerrar las fronteras hasta que los ladrones chilenos nos devuelvan lo que nos han robado*“ in „*La vía que va a Viacha se llama desde ayer Hacia el Mar*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.03.2004
- ⁵⁸⁸ Siehe Rede des Präsidenten Mesa am 23.04.2004 (<http://abi.bo> zuletzt besucht im 01.03.2009).
- ⁵⁸⁹ Siehe „*Bolivia quiere salida útil y soberana al Pacífico*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 24.03.2004.
- ⁵⁹⁰ Der bolivianische Außenminister Juan Ignacio Siles wörtlich: „*No vamos a pensar en ningún caso en una negociación para la venta del gas o para cualquier otra cosa, sino establecemos muy claramente que lo que Bolivia busca, en el caso con Chile, es un acceso soberano al Océano Pacífico.*“ Siehe „*Venta de gas depende de soberanía marítima*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 08.04.2004 und „*Tras el Referéndum, Bolivia le dirá a Chile gas por mar*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 08.04.2004.
- ⁵⁹¹ Damit setzte Präsident Mesa den Minister für Kohlenwasserstoff, Antonio Aranibar, nach knapp einem Monat ab. Xavier Nogales fungierte bislang als Minister für nachhaltige Entwicklung der Regierung Mesa.
- ⁵⁹² Siehe „*Presidente convoca a Referéndum sobre gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.04.2004; „*Mesa cambia gabinete y anuncia Referéndum del gas*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 14.04.2003; „*El Presidente arremete ahora con su propio plan para el gas*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 14.04.2004 und „*Aclaró que México y Estados Unidos son mercados en 'perspectiva'*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 16.04.2004. Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Nationalism and Gas*“, in „*Business Latin America*“, 19.07.2004.
- ⁵⁹³ Im November 2004 erklärte der mexikanische Botschafter in Bolivien José Zabalgoitia angesichts des Stillstandes des bolivianischen Erdgasexportes der Regierung Mesa, dass Mexiko auf ein Angebot lediglich bis Ende März 2005 warten könne. Siehe „*Bolivia y México abren la puerta para la futura exportación de gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.05.2004 und „*Presidente convoca a Referéndum sobre gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.04.2004.
- ⁵⁹⁴ Der Minister für Kohlenwasserstoff Xavier Nogales wörtlich: „*Bolivia no puede sacar su gas a través de Chile. Bolivia tiene que sacar su gas a través de Perú porque tenemos una restricción política con Chile muy grande; esperamos resolver esto, pero estamos hablando de un puerto con soberanía en el Pacífico.*“ Siehe „*El Gobierno veta a Chile y, si exporta gas, lo hará por Perú*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 15.04.2004.
- ⁵⁹⁵ Siehe „*Chile obstaculiza el libre tránsito de productos*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 17.04.2004.
- ⁵⁹⁶ Siehe „*Posición de Chile le aleja de Bolivia*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 05.05.2004.
- ⁵⁹⁷ Das Weiterverkaufsverbot an Chile stand wörtlich im Art. 7 des Dekrets zur Ermächtigung des Ministers für Kohlenwasserstoff zur Unterzeichnung eines Abkommens mit Argentinien (*Decreto Supremo 27448*).
- ⁵⁹⁸ Siehe „*Agenda política entre Bolivia y Chile pende de un hilo*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 17.04.2004; „*Mesa a Chile: Bolivia puede hacer lo que crea conveniente con sus recursos naturales.*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 24.04.2004 und „*Chile suspende reuniones comerciales con Bolivia*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 23.04.2004.

-
- ⁵⁹⁹ Siehe „*Mesa busca consenso con la COB y el MAS para la venta de gas*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 12.04.2004.
- ⁶⁰⁰ Evo Morales zeigte sich im Mai 2004 für die staatliche Wiedererlangung des Eigentums aller Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort aber nicht für eine Verstaatlichung der Erdgas- und Erdölkonzerne einverstanden. Später am selben Jahr änderte er seine Einstellung und plädierte zusammen mit dem Gewerkschaftsdachverband COB und anderen sozialen Bewegung für die Verstaatlichung (Mesa 2008, 183).
- ⁶⁰¹ Siehe „*Fracasa primer día del paro de la COB*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 04.05.2004; „*Quispe da cuatro días para el inicio del bloqueo de vías*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 05.05.2004; „*El Gobierno asegura que es inviable nacionalizar el gas*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 05.05.2004; „*Mesa busca soluciones políticas para el gas y para los conflictos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.05.2004; „*Evo da apoyo a Mesa y resigna nacionalización de hidrocarburos*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 07.05.2004; „*Solo NFR rechaza el proyecto de nueva ley petrolera del Gobierno*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 12.05.2004; „*NFR, COB y CSUTCB piden a Mesa adelantar elecciones*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 18.05.2004 und „*El Malku renunciará a su curul parlamentario*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre 19.05.2004.
- ⁶⁰² Siehe „*Empresas petroleras no serán nacionalizadas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 17.05.2004; „*El Presidente pide a la ciudadanía defender el referéndum*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 17.05.2004; „*Preguntas del Referéndum se basan en cuatro pilares*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.05.2004 und „*Referéndum plantea respaldo para estrategias ‘gas por mar’*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.05.2004.
- ⁶⁰³ Siehe „*Chile reclama a Argentina por su respaldo a Bolivia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.05.2004; „*Reunión Bolivia-Chile en la OEA sólo confirmó el distanciamiento*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.06.2004 und „*Soledad Alvear y Juan Ignacio Siles conversaron ayer por casi una hora*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 07.06.2004.
- ⁶⁰⁴ Siehe „*Bolivianos y chilenos dicen que en la OEA se consiguió avanzar*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.6.2004 und „*Chile prepara una respuesta fuerte y Bolivia, una propuesta de diálogo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 22. 09.2004.
- ⁶⁰⁵ Siehe „*Evaluación pos OEA. Las cuentas alegres de la canciller Alvear*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 13.06.2004.
- ⁶⁰⁶ Siehe „*Presidente Carlos Mesa respondió a los bolivianos sobre la ley de hidrocarburos y el referéndum*“ (in <http://abi.bo> zuletzt besucht am 01.03.2009).
- ⁶⁰⁷ Nach einer zweimonatigen intensiven Debatte im Parlament über die Rechtmäßigkeit der Berufung des Referendums und einer Reihe von Entscheidungen des Verfassungsgerichts, wurde das Gesetz letztlich am 6. Juli 2004, zwölf Tage vor dem Referendum, verabschiedet. Durch dieses Gesetz legitimierte der Kongress das Dekret zur Berufung des Erdgas-Referendums (*Decreto Supremo 27449*), dessen Rechtmäßigkeit umstritten war. Mehrere Politiker bestritten, dass der Präsident eine Befugnis zur Berufung eines Referendums ohne Bewilligung eines speziellen Gesetzes habe. Siehe „*Santa Cruz rechaza el referéndum sin una ley*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 26.05.2004; „*El Congreso se iniciará sin acuerdo para el referéndum*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 31.05.2004; „*Tribunal rechazó demanda de diputada contra Referéndum*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.05.2004; „*Senadores aprueban hoy ley marco del referéndum*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 23.06.2004; „*Un escándalo evitó legalizar la convocatoria de Mesa*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.06.2004; „*Elevan a rango de Ley Referéndum sobre gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 25.06.2004; „*Arranca la fase más crítica del referéndum*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.07.2004 und „*Listo el Referéndum, se viene la Constituyente*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 07.07.2004.

-
- ⁶⁰⁸ Siehe „Referéndum cerca de su final; Iglesia insta a gente a votar“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 12.07.2004 und „No aceptaré un debate sobre nacionalización“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 16.07.2004.
- ⁶⁰⁹ Der Minister für Kohlenwasserstoff Xavier Nogales trat zurück, weil er die Fragen des Referendums als unnötig, ungenau, vieldeutig und konfus („*innecesarias, imprecisas, ambiguas y confusas*“) bezeichnet hatte. Er kritisierte, dass das Referendum keinen klaren Auftrag gebe und dass die Fragen so formuliert seien, dass bei jeder Frage ein „Ja“ als Antwort induziert werde. Siehe „Mesa no teme a recurso legal de los cívicos“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 22.05.2004; „Xavier Nogales renunció al Ministerio de Hidrocarburos“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 25.05.2004; „El Referéndum tumba al „Ministro del gas“ de Mesa“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 25.05.2004 und „Renuncia el cuarto ministro de Hidrocarburos del Gobierno de Mesa“ in der elektronischen Zeitschrift *Americaeconomica* - 20.05.2004.
- ⁶¹⁰ Siehe „A cuatro días, dos conflictos amenazan éxito del proceso“ in der Zeitung El Deber, La Paz - 14.07.2004 und „El Gobierno torea conflictos y sofoca rumores de golpe“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 15.07.2004.
- ⁶¹¹ Erste Frage (91 Prozent der Stimmen) wörtlich: „¿Está usted de acuerdo con la abrogación de la Ley de Hidrocarburos 1689 promulgada por Gonzalo Sánchez de Lozada?“. Zweite Frage (95 Prozent der Stimmen) wörtlich: „¿Está usted de acuerdo con la recuperación de la propiedad de todos los hidrocarburos en boca de pozo para el Estado boliviano?“. Dritte Frage (92% der Stimme) wörtlich: „¿Está usted de acuerdo con refundar Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos, recuperando la propiedad estatal de las acciones de las bolivianas y los bolivianos en las empresas petroleras capitalizadas, de manera que pueda participar en toda la cadena productiva de los hidrocarburos?“
- ⁶¹² Vierte Frage (56 Prozent der Stimme) wörtlich: „¿Está usted de acuerdo con la política del presidente Carlos Mesa de utilizar -el gas como recurso estratégico para el logro de una salida útil y soberana al océano Pacífico?“
- ⁶¹³ Fünfte Frage (61 Prozent der Stimme). Die fünfte Frage wörtlich: „¿Está usted de acuerdo con que Bolivia exporte gas en el marco de una política nacional que: Cubra el consumo de gas de las bolivianas y los bolivianos, Fomente la industrialización del gas en territorio nacional, Cobre impuestos y/o regalías a las empresas petroleras llegando al 50 por ciento del valor de la producción del gas y el petróleo en favor del país; Destine los recursos de la exportación e industrialización del gas, principalmente para educación, salud, caminos y empleos?“
- ⁶¹⁴ Siehe „594 de cada 1.000 electores fueron a votar“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.07.2004.
- ⁶¹⁵ Präsident Mesa über die plebiszitäre Natur des Referendums wörtlich: „*todo referéndum tiene un sesgo plebiscitario, porque pone en consideración del pueblo una propuesta política*“ in „Mesa espera legitimarse, pero teme por la inviabilidad del país“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 17.06.2004. Siehe dazu „Mesa supedita el destino de su gobierno al referéndum“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 24.05.2004.
- ⁶¹⁶ Siehe „Mesa recibe espaldarazo a su política energética“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 19.07.2004; „Referéndum sobre gas obtiene respuesta favorable“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 19.07.2004; „Un absoluto sí a la unidad, dice Mesa“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 19.07.2004 und „Presidente limita exportación de gas a soberanía marítima“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 19.07.2004. Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „Mesa's Gambit pays off. A referendum has backed a stiffer official grip on oil and gas production, empowering the president“, in „Business Latin America“, 26.07.2004.
- ⁶¹⁷ Die MAS-Partei sprach sich für die Zustimmung der drei ersten Fragen und für die Ablehnung der zwei letzten Fragen aus (Mesa 2008, 183; Zegada 2004, 29). Die deutliche niedrigere Zustimmung der zwei letzten Fragen konnte daher die MAS-Partei als eigenen Erfolg werten (Pérez Yoma 2004, 150).

Währendessen lehnten die MIP-Partei und die Mehrheit der Parteien der „Paktierten Demokratie“ das Referendum völlig ab (Arrarás/Deheza 2005, 170).

- ⁶¹⁸ Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Mesa's Gambit pays off. A referendum has backed a stiffer official grip on oil and gas production, empowering the president*“, in „Business Latin America“, 26.07.2004.
- ⁶¹⁹ Siehe „*Mesa más fuerte y pide al Congreso respetar la voz del pueblo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.07.2004.
- ⁶²⁰ Siehe „*Mesa recibe espaldarazo a su política energética*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 19.07.2004.
- ⁶²¹ Siehe „*Lagos se resiste a tratar reivindicación marítima*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 20.07.2004.
- ⁶²² Präsident Mesa über die Wahl eines peruanischen Hafens wörtlich: „*Exportar por Chile hoy, en el contexto en que estamos, no es viable; si el Gobierno intentara exportar gas lo único que generaría es una explosión social y estaríamos dándole la espalda a un mandato; por tanto, hay que asumir que no hay otro camino que la opción Perú*“ in „*Mesa le puso una cruz a Chile y decidió exportar el gas por Perú*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.07.2004. Siehe dazu „*Mesa descarta a Chile para exportar gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 20.07.2004 und „*Gobierno elabora nueva política hidrocarbúrfera*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 21.07.2004.
- ⁶²³ Drei Monate später unterzeichneten beide Regierungen eine Absichtserklärung für eine Verdreifachung des Erdgasexportes. Argentinien und Bolivien unterzeichneten Ende November 2004 eine Verlängerung des Erdgasexport-Abkommens und eine zusätzliche Erhöhung der Erdgasabgabemenge von 2,5 Millionen Kubikmeter (ursprünglich waren 4 Millionen m³ vereinbart). Siehe „*Argentina y Bolivia amplían compraventa de gas natural*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 27.11.2004. Siehe „*Mesa y Kirchner prevén rubricar un preacuerdo*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 22.07.2004; „*Mesa y Kirchner apuntan al gas con valor agregado*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 22.07.2004 und „*Bolivia y Argentina acuerdan hoy compra-venta de más gas*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 14.10.2004.
- ⁶²⁴ Siehe „*Surge un frente opositor tras el anuncio de venta de gas por Perú*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 22.07.2004 und „*Carlos Mesa le recuerda a Evo la fuerza de los votos*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 24.07.2004.
- ⁶²⁵ Die NFR-Partei hatte bereits Monate zuvor ihren Widerstand gegen die Regierung Mesa deutlich gemacht und ihn durch populistische Parolen in Bezug auf die Erdgaspolitik politisch bekräftigt. Präsident Mesa verschlechterte zudem erheblich die Situation seiner Regierung, indem er ein paar Tage zuvor auf einer öffentlichen Veranstaltung gegen den Vorsitzenden der MIR-Partei, Jaime Paz Zamora, schwere Vorwürfe erhob. Die MIR-Partei näherte sich der MNR-Partei an und verstärkte ihre Oppositionsrolle gegenüber der Regierung Mesa. Siehe „*Mesa se quedó sin bancada oficialista ni respaldo político*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 30.07.2004 und „*MIR-MNR presidirán el Congreso con la pretensión de mejorarlo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.08.2004.
- ⁶²⁶ Siehe „*Congreso desoye a Mesa, no debatirá la ley del gas*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 02.08.2004.
- ⁶²⁷ Siehe „*Bolivia reclamó salida al mar en reunión de vicescancilleres*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.08.2004.
- ⁶²⁸ Siehe „*Perú dará a Bolivia 1.000 Ha para la venta del gas*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 04.08.2004 und „*El puerto del gas está en marcha la sociedad Bolivia-Perú*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 05.08.2004.
- ⁶²⁹ Ende August 2004 erklärte der Präsident des Konzerns PetroPerú Antonio Cueto, Peru solle das Projekt *Camisea* unabhängig von einer Zusammenarbeit mit Bolivien fortsetzen. Bolivien hätte sein eigenes Erdgasprojekt verzögert. Siehe „*Proyecto de exportación de gas continúa trabado*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 27.08.2004.

-
- ⁶³⁰ Siehe „*Presidente pide unidad para progreso del país*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 07.08.2004; „*Ministros admiten que su plan no es ley petrolera*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 20.08.2004; „*Presidente exige a Parlamento cumplimiento del Referéndum*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 21.08.2004 und „*Gobierno hará respetar mandato del Referéndum*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 13.09.2004.
- ⁶³¹ Siehe „*Diputados plantean elevar regalías petroleras al 50%*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 01.09.2004.
- ⁶³² Siehe „*Mesa no promulgará Leyes si el Congreso frena Ley Referéndum*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 17.04.2003; „*Ciudadanía exige respetar resultados del Referéndum*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 23.08.2004 und „*Parlamentarios definen el contenido de ley petrolera*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 30.08.2004.
- ⁶³³ Morales meinte, das Volk habe im Referendum die Verstaatlichung aller Kohlenwasserstoffe verlangt und bezeichnete den Gesetzentwurf der Regierung als eine Begünstigung der transnationalen Konzerne. Siehe „*El MAS vuelve a las calles para exigir nacionalización del gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 31.08.2004.
- ⁶³⁴ Siehe „*Presidente enviará Ley de Hidrocarburos al Congreso*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 06.09.2004.
- ⁶³⁵ Siehe „*Mesa pide aprobar ley del gas y promete autonomía racional*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.10.2004.
- ⁶³⁶ Siehe „*Se dificulta la aprobación de Ley de Mesa en el Congreso*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 04.10.2004; „*Mesa solicita a los políticos ablandar la norma petrolera*“ der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 04.10.2004; „*No hay acuerdo para ley del gas y ya se habla de postergación*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 06.10.2004; „*Abren opción de una Ley del gas híbrida*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 08.10.2004 und „*Vuelven presiones para que se apruebe Ley del Gas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.10.2004.
- ⁶³⁷ Siehe „*El Gobierno da paso atrás en ley del gas y deja solo a Torres*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 23.09.2004.
- ⁶³⁸ Siehe „*Congreso debate la ley del gas y se propone una tercera opción*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.10.2004.
- ⁶³⁹ Siehe „*Sin consenso para diferir la aprobación de ley petrolera*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 03.11.2004 und „*Aplazan tratamiento de Ley de Hidrocarburos*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 07.12.2004.
- ⁶⁴⁰ Siehe „*Petroleras rechazan proyecto de ley hidrocarburífera de Mesa*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 09.09.2004; „*Mesa hablará con petroleras por separado cuando tenga la ley*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 11.09.2004; „*Ley: NFR y el MAS interpretaron opinión como cambio de posición*“ in der Zeitung La Razón, Correo del Sur, Sucre - 23.09.2004 und „*Mesa admite que ley de gas causa incertidumbre fuera del país*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.09.2004.
- ⁶⁴¹ Siehe „*Millonaria inversión espera por la nueva Ley de Hidrocarburos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 20.09.2004.
- ⁶⁴² Siehe „*Mesa, 2 regiones, el MIR buscan frenar ley del gas de Comisión Mixta*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 05.10.2004 und „*Cívicos rompen diálogo con el Presidente Mesa*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 07.10.2004.
- ⁶⁴³ Siehe „*Gobierno acepta convocar al referéndum para las autonomías*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.11.2004.
- ⁶⁴⁴ Der chilenische Generalkonsul in La Paz Emilio Ruiz-Tagle wörtlich: „*Un tratado puede ser intangible para el derecho internacional, pero todo es tangible, de todo se puede conversar en la vida*“ in „*La demanda marítima provoca otro temblor político en Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.09.2004.

-
- ⁶⁴⁵ Siehe „*Crisis bilateral: Chile nombra nuevo cónsul en Bolivia*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 25.01.2004; „*El Cónsul de Chile llegó para abrir canales de diálogo*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.03.2004; „*La demanda marítima provoca otro temblor político en Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.09.2004; „*Chile destituye a cónsul Ruiz-Tagle*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 29.09.2004 und „*El Cónsul chileno destituido por Soledad Alvear*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 03.10.2004.
- ⁶⁴⁶ Die Pressemeldung wörtlich: „...*lamenta que el Gobierno de Chile haya tomado dicha determinación, ya que esta actitud -más allá de ser una decisión de política interna que el Gobierno de Bolivia respeta- refleja inflexibilidad e intolerancia hacia posiciones de apertura en el tratamiento de la demanda marítima boliviana...*“ (Bol.Gov. 2004c). Siehe dazu „*Cancillería lamenta decisión de la Moneda*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 29.09.2004.
- ⁶⁴⁷ Siehe „*ONU: Mesa pide salida al mar y Chile reitera negativa*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 23.09.2004 und „*Bolivia acude a ONU por un diálogo sin exclusiones con Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.10.2004.
- ⁶⁴⁸ Siehe „*Bolivia acude a la ONU por un diálogo sin exclusiones con Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 21.10.2004.
- ⁶⁴⁹ Zudem wurde Francisco Pérez Walker zum neuen chilenischen Generalkonsul in La Paz ernannt (Wittelsbürger/ Möller 2005, 17). Siehe „*Walker responde a Bolivia: Está 'en su derecho' de acudir a foros internacionales*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 21.10.2004; „*En el marco del Tratado de 1904: Chile emplaza a Bolivia a retomar el diálogo*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 22.10.2004; „*Mesa y Lagos dan un impulso al nuevo diálogo sin exclusiones*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 05.11.2004; „*Desde ayer, Bolivia y Chile dialogan sin exclusiones*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.11.2004 und „*Bolivia y Chile se acercan al Diálogo Sin Exclusiones*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 10.12.2004.
- ⁶⁵⁰ Siehe „*Bolivia protesta contra la Moneda y analiza repliegue*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 01.10.2004; „*Los privados piden arbitraje con Chile por privatización*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 01.10.2004 und „*Bolivia ratificó ante Chile su reivindicación marítima*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 03.12.2004.
- ⁶⁵¹ Siehe „*Bolivia aumentará tarifas a terceros para aislar a Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.10.2004.
- ⁶⁵² Siehe „*Chile abrirá el puerto de Iquique y pagará por las aguas del Silala*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.11.2004; „*Siles dice que Chile ofertó todo el puerto de Iquique*“ La Prensa, La Paz - 15.11.2004.
- ⁶⁵³ Siehe „*Mediterraneidad: Lo que Insulza dijo en Buenos Aires sobre Bolivia*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 14.11.2004.
- ⁶⁵⁴ Siehe „*Bolivia no respaldará candidatura de Insulza*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.12.2004; „*Chile pide voto de Bolivia en OEA a favor de Insulza*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 15.12.2004; „*Por razones históricas*“ in „*Bolivia no apoya candidatura de Insulza para la OEA*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 21.12.2004.
- ⁶⁵⁵ Siehe „*El mundo entero escuchó tema marítimo boliviano*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 22.12.2004.
- ⁶⁵⁶ Die MAS-Partei erreichte als Wahlsieger jedoch lediglich 17 Prozent (Mesa 2008, 162). Siehe „*Los partidos pierden fuerza en el actual sistema político*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 09.12.2004.
- ⁶⁵⁷ Die Landwirtschaftskammer des Ostens CAO („*Cámara Agropecuaria del Oriente*“) gab sich als Vertreter der nach Autonomie strebenden Provinzen aus.
- ⁶⁵⁸ Siehe Umfragewerten der Firma „*Apoyo, Opinión y Mercado*“ in „*Aumentó el nivel de aprobación al Presidente y a sus ministros*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.01.2005.

-
- ⁶⁵⁹ Der Gewerkschaftsdachverband COB und andere soziale Bewegungen verloren Anfang des Jahres 2005 die Geduld für die wirtschaftliche Leistung und die politische Schwäche der Regierung Mesa. Der Diskurs des Gewerkschaftsdachverbands COB und anderer Organisationen vereinte die Gewerkschafts- oder Regionalforderungen mit der Forderung nach einer Verstaatlichung der Kohlenwasserstoffe. Siehe „*Conflictos amenazan al país*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 03.01.2005; „*Una semana de protestas y de paros se inicia en el país*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 10.01.2005; „*Tensionamos al país para que el ciudadano decida*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 11.01.2005; „*El Gobierno ofrece diálogo, pero no logra convencer*“, in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.01.2005 und „*Pese al diálogo, Gobierno no aplaca bloqueos*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 04.03.2005.
- ⁶⁶⁰ Evo Morales beschuldigte Präsident Mesa wörtlich: „*favorecer los intereses de los saqueadores de nuestros recursos naturales y ayudar a los descapitalizadores.*“ Siehe „*El MAS y la CAO lideran el nuevo escenario de oposición a Mesa*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.01.2005.
- ⁶⁶¹ Siehe „*Bolivia y Chile preparan agenda*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 07.01.2005 und „*Integración económica entre Bolivia, Perú y Chile en marcha*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.01.2005.
- ⁶⁶² Siehe „*Bolivia y Chile hablarán sobre temas comerciales*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 29.01.2005, „*Chile y Bolivia buscarán eliminación de pasaportes*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 31.01.2005 und „*El acercamiento entre Chile y Bolivia quedó estancado*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.03.2005.
- ⁶⁶³ Siehe „*El acercamiento entre Chile y Bolivia quedó estancado*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.03.2005.
- ⁶⁶⁴ Siehe „*Gas por Mar hace perder mercados*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 23.03.2005; „*Mesa insistirá en una política que no hizo ceder a Chile*“, in der Zeitung La Razón, La Paz - 24.03.2005.
- ⁶⁶⁵ Siehe „*El Canciller insiste en pedir el mar multilateralmente*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 25.03.2005.
- ⁶⁶⁶ Siehe „*Piden renuncia del Canciller por no defender intereses nacionales*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.04.2005; „*Canciller recibió segunda censura en el Parlamento*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 21.04.2005; „*Canciller distancia más aún a poderes*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 22.04.2005 und „*Canciller censurado es ratificado al ser hombre de confianza*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 22.04.2005.
- ⁶⁶⁷ Außenminister Siles hatte erklärt, er erwarte von Insulza, dass er werde die Diskussionen über den Meereszugangsanspruch bei der OAS/OEA nicht verhindere. Siehe „*Bolivia expondrá con fuerza demanda marítima en OEA*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 05.06.2005.
- ⁶⁶⁸ Der Präsident des Ausschusses für Außenbeziehungen des bolivianischen Senats, José Justiniano Sandoval, über die bolivianischen Befürchtungen wörtlich: „*En términos históricos, la OEA ha sido el ámbito multilateral donde mayor llegada ha tenido la demanda boliviana... Por ello, hay una apreciación general de que la llegada de un ciudadano chileno, como es el señor Insulza, podría frenar el hecho de que el tema sea tratado por la organización*“ in „*Elección De José Miguel Insulza: Los costos que trajo la OEA*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 08.05.2005.
- ⁶⁶⁹ Siehe „*Elección De José Miguel Insulza: Los costos que trajo la OEA*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 08.05.2005.
- ⁶⁷⁰ Siehe „*El Gobierno ofrece el diálogo, pero no logra convencer*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 18.01.2005.
- ⁶⁷¹ Bereits im Januar 2005 stimmte die Abgeordnetenkammer in einem Misstrauensvotum gegen das gesamte Wirtschaftsminister-Team. Siehe „*Diputados censuraron al gabinete del Presidente Mesa*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 21.01.2005.
- ⁶⁷² Siehe „*Mesa acepta elección directa de prefectos*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 27.01.2005.

-
- ⁶⁷³ Siehe „*Cívicos piden que Mesa convoque a referéndum*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 16.02.2005; „*Dura crítica contra la comisión autonómica*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 17.02.2005 und „*Gobierno y parlamentarios acuerdan agenda conjunta*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.02.2005.
- ⁶⁷⁴ Siehe „*Congreso rechaza elecciones anticipadas*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.03.2005 und „*Mesa da media vuelta y decide no renunciar*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 18.03.2005.
- ⁶⁷⁵ Siehe „*Evo culpó a los políticos de la actual crisis nacional*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 18.03.2005.
- ⁶⁷⁶ Siehe „*Senado trata ley del gas presionado por el bloqueo yacuibeño*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 21.04.2005.
- ⁶⁷⁷ Siehe „*Diputados tratarán ‘Ley del Gas’ recién el martes*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 12.01.2005; „*Comisión especial definirá futuro de la ‘Ley del Gas’*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.01.2005 und „*Reparten YPF para frenar las presiones regionales*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 04.03.2005.
- ⁶⁷⁸ Der Verfassungsgerichtshof ordnete dem Kongress an, die Verfassungsmäßigkeit der Verträge mit den Erdöl-Erdgaskonzernen zu überprüfen. Die Parlamentarier weigerten sich wochenlang, ohne einen Gesetzentwurf der Regierung Mesa, über die Gültigkeit der Verträge zu entscheiden. Im Parlament gab es die Auffassung, die Verträge mit den Konzernen seien mangels einer verfrühten parlamentarischen Billigung gleich zu Beginn bereits ungültig gewesen. Die Unternehmerverbände beschwerten sich wegen der Rechtsunsicherheit. Siehe „*El Tribunal se lava las manos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.04.2005; „*Mesa envía al Congreso los contratos petroleros*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 14.04.2005; „*Rechazarán contratos firmados con petroleras*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 14.04.2005; „*Gas: Petrobras cree que su contrato es legal, dará pelea*“ der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 14.04.2005; „*Mesa deja en manos de Congreso 72 contratos*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 14.04.2005; „*Petroleras pretenden evitar aprobación de nueva ley*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 19.04.2005 und „*Mesa evita opinar sobre los contratos petroleros*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 21.04.2005.
- ⁶⁷⁹ Siehe „*Repondrán palabra ‘obligatorio’ en la nueva ley petrolera*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 11.04.2005 und „*Comisión pedirá aprobar ‘Ley del gas’ sin tocarla*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 12.04.2005.
- ⁶⁸⁰ Siehe „*Senadores aprueban la Ley del gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 27.04.2005 und „*Ley del Gas: Senado aprobó fórmula 18/32*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 29.04.2005.
- ⁶⁸¹ Siehe „*La ley petrolera enfrenta otra vez a los diputados*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 03.05.2005.
- ⁶⁸² Siehe „*Ley del gas aviva clima de tensión*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 07.05.2005; „*Conflictos se desbordan en Tarija y Santa Cruz*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 10.05.2005 und „*El MAS le da a Mesa hasta el lunes para cambiar la ley del gas*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 10.05.2005.
- ⁶⁸³ Siehe „*Mesa vacila con su Plan y Ley del Gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 09.05.2005; „*Mesa indeciso con ley del gas mientras las presiones crecen*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 09.05.2005; „*Mesa rechaza la ‘ley del gas’ y llama a encuentro*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 11.05.2005 und „*El Congreso esquiva a Mesa y teme que la ley del gas se trunque*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 12.05.2005.
- ⁶⁸⁴ Siehe „*Semana conflictiva para presidente Carlos Mesa*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 16.05.2005; „*Cocaleros exigen el 50% de regalías. La COB pide la nacional*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 17.05.2005; „*Masiva movilización exige nacionalizar hidrocarburo*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 17.05.2005 und „*Mesa, cercado, decide entre cuatro opciones*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 17.05.2005.

-
- ⁶⁸⁵ Laut der damaligen bolivianischen Verfassung musste der Präsident des Kongresses ein Gesetz, gegen das ein Veto eingelegt wurde, innerhalb von Tagen erlassen. Präsident Mesa bestritt, dass der Kongress verfassungsmäßig agiert habe (Mesa 2008, 287).
- ⁶⁸⁶ Bis zu diesem Zeitpunkt war die Situation ganz anders. Bolivien bot in der erwähnten Steuerreform den ausländischen Unternehmen die niedrigsten Steuer Lateinamerikas im Kohlenwasserstoff-Bereich an (Hylton/Thomson 2007, 102).
- ⁶⁸⁷ Siehe „*Plan de gobierno de Carlos mesa arranca con nueva ‘Ley del Gas’*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 18.05.2005.
- ⁶⁸⁸ Die Hauptforderungen waren u.a. die Verstaatlichung aller Kohlenwasserstoffe, eine sofortige Verfassungsversammlung, die Schließung des Parlaments, der Rücktritt des Präsidenten Mesa, die sofortige Präsidentschaftswahl und die Schaffung von Autonomie-Regierungen (Mesa 2008, 297).
- ⁶⁸⁹ U.a. die „Bewegung der Landlosen“, die Cocalero-Bewegung, der Gewerkschaftsdachverband COB, der Nachbarschaftsbund FEJUVE, die MAS-Partei und die Autonomieanhänger.
- ⁶⁹⁰ Präsident Mesa verkündete, er werde von der politischen Situation gezwungen, die Streitkräfte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung einzusetzen. Siehe „*Mesa advierte recurrir a FFAA si hay convulsión*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 31.05.2005.
- ⁶⁹¹ Siehe „*Sector social presiona; exige otra Ley del Gas*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 23.05.2005; „*Empresarios piden mano dura, apoyan a Mesa*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 23.05.2005 und „*Mesa recibe más presión y se le va una ministra*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 28.05.2005.
- ⁶⁹² Siehe „*El referéndum llega al Congreso sin consenso*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 31.05.2005 und „*Asamblea Constituyente antes que el referéndum autonómico*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 31.05.2005.
- ⁶⁹³ Siehe „*Vandalismo en La Paz*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 01.06.2005.
- ⁶⁹⁴ Siehe „*Afuera ven al país cerca de la guerra y toman recaudos*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 09.06.2005.
- ⁶⁹⁵ Innerhalb der ersten sechs Monate des Jahres 2005 stellte Präsident Mesa dem Kongress dreimal sein Amt als einen verzweifelten Ausweg des politischen Remis zur Verfügung.
- ⁶⁹⁶ Siehe „*Mesa se va, el caos se queda*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 07.06.2005; „*Mesa se va, Vaca Díez consulta, el diálogo sigue*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 07.06.2005; „*Los políticos aceptan que Mesa se vaya y piden salida constitucional*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 07.06.2005 und „*Mesa renuncia y allana el camino a la sucesión*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 07.06.2005.
- ⁶⁹⁷ Siehe „*Las FFAA están en alerta roja e inician el Plan Toledo*“ in der Zeitung La Prensa, La Paz - 07.06.2005; „*Mesa pide llamar a elecciones ¡ya!*“ in der Zeitung Los Tiempos, Cochabamba - 08.06.2005; „*Los mineros se armaron como para una guerra*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.06.2005; „*Peligrosa espiral de violencia en el país*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 08.06.2005 und „*A dinamitazos, los sediciosos siembran el terror en La Paz*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 08.06.2005.
- ⁶⁹⁸ Der Ausdruck stammt vom MAS-Parteiabgeordneten Gustavo Torrico. Siehe „*Gobierno acepta convocar al referéndum para las autonomías*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 13.11.2003.
- ⁶⁹⁹ Evo Morales über seine Haltung zu den Beziehungen zu Chile wörtlich: „*No podemos dos países vecinos vivir en permanente enemistad, tenemos que resolver los problemas históricos para vivir en hermandad*“ in „*Morales quiere a Bolivia en hermandad con Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 01.11.2003.
- ⁷⁰⁰ Siehe „*Morales quiere a Bolivia en hermandad con Chile*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 01.11.2003.

-
- ⁷⁰¹ Siehe Economist Intelligence Unit: „*Nationalism and Gas*“, in „Business Latin America“, 19.07.2004.
- ⁷⁰² Präsident Mesa über die Rolle des Meerzugangsanspruchs im Erdgaskrieg wörtlich: „*Los acontecimientos de octubre tuvieron la reivindicación marítima boliviana en el ojo de la tormenta. Una de las preguntas centrales, en ese momento, era si se vendía o no el gas natural por un puerto chileno. Gran parte de los bolivianos manifestó su oposición a esta alternativa porque había un problema pendiente con Chile.*“ (Murillo de la Rocha 2004, 160).
- ⁷⁰³ Die Regierung Mesa, die unter dem Druck der Opposition stand, entwickelte eine stark geprägte nationalistische Rhetorik in ihrer Außenpolitik zu Chile. Mesa stellte für jegliche Verhandlungsmöglichkeiten folgende Vorbedingungen: die Revision des Grenzabkommens, die Nutzung des Silala-Flusseswassers und die Verhandlungen eines Freihandelsabkommens.
- ⁷⁰⁴ Präsident Mesa wörtlich: „*La lógica es entender que la sensibilidad de Bolivia en torno a una cuestión histórica, económica y social tan profunda, como la pérdida del litoral marítimo, ha generado una ruptura en la relación normal que Bolivia tiene con Chile, y en el conjunto de las naciones que forman parte de la región, y por lo tanto la definición de Bolivia está planteando la necesidad de la recuperación del litoral marítimo.*“ (Faundes 2004, 20). Siehe dazu Economist Intelligence Unit: „*Nationalism and Gas*“, in „Business Latin America“, 19.07.2004.
- ⁷⁰⁵ Nur das Bürgerkomitee von Tarija vertrat weiter die Meinung, den chilenischen Hafen von Patillos für den Erdgasexport zu nutzen, ganz gleich ob Bolivien einen Meereszugang erhalte. Siehe Aussage des Präsidenten des Bürgerkomitees von Tarija, Roberto Ruiz, in „*Tarija amenaza con la autonomía si va el referéndum del gas*“ der Zeitung La Razón, La Paz - 22.10.2003 und „*Tarija amenaza con la autonomía plena*“ in der Zeitung El Nuevo Día, Santa Cruz - 22.10.2003.
- ⁷⁰⁶ Präsident Mesa über den Meereszugangsanspruch als Lektion des Erdgaskrieges wörtlich: „*Quiero dejar claramente establecido que coloqué el tema del mar en la consideración de la comunidad internacional, porque es un mandato de la historia y de la crisis de octubre, porque una lectura mínimamente sensata de lo que ocurrió me hizo ver con claridad que uno de los temas vitales que se retrató fue la decisión de exigir esa reivindicación antes de cualquier intercambio en un tema esencial vinculado a nuestra energía*“ (Rede des Präsidenten Mesa am 23.04.2004).
- ⁷⁰⁷ Aus der Botschaft an die Nation von Präsident Mesa („*Mensaje Presidencial del 4 de Enero de 2004*“): „*Esas voces de respaldo y solidaridad ratifican que el pedido de Bolivia es legítimo, justo, indispensable para su desarrollo y está vinculado con la estabilidad de la región.*“
- ⁷⁰⁸ Der Botschafter Walter Howadt über die österreichische Ermangelung eines Zugangs zum Meer in Anspielung an die Kommunikationsoffensive der Regierung Mesa: „*Austria tampoco tiene mar y vivimos muy bien con eso; nuestra receta en Europa es la integración*“ in „*Chile recibe el apoyo de la Unión Europea*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 06.02.2004.
- ⁷⁰⁹ Der bolivianische Außenminister Siles über die Wahrnehmung des chilenischen Energieengpasses durch die Regierung Mesa wörtlich: „*Bolivia tiene un recurso estratégico y fundamental que es el gas. A su vez, Chile es un país necesitado de ese hidrocarburo y está dispuestos a buscar entendimientos con Bolivia*“ (Siles 2004, 163), „*Muy probablemente, Chile, estaría de acuerdo en negociar el tema marítimo, si se le garantiza la salida del hidrocarburo por und puerto chileno*“ (Siles 2004, 279).
- ⁷¹⁰ So bestätigten die interviewten ehemaligen hochrangigen Beamten des bolivianischen Außenministeriums in Telefoninterviews, dass die bolivianische Regierung nie einen Erdgasexport nach Chile beabsichtigte (Hochbeamter1 und Hochbeamter2). Siehe dazu Pérez Yoma 2004.
- ⁷¹¹ „*Para Morales, fue un error la política de ‘gas por mar’*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.08.2006. Als reine politische strategische Anpassung bezeichnete ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (im Telefoninterview vom 18. Februar 2010) die Kritik der MAS-Partei an der Tausch-Politik der Regierung Mesa. Es handelte sich um den erforderlichen instrumentellen Diskurs für den Augenblick (Hochbeamter1).

-
- ⁷¹² Siehe „*Vaca Díez, pide tiempo, negocia y condiciona instalación*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 17.04.2005; „*Vaca Díez gesta un acuerdo para sucedes a Mesa en Sucre*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 08.06.2005; „*Sectores claman por el adelanto de elecciones*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 09.06.2005 und „*Sucesión presidencial pone en vilo a Bolivia*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 09.06.2005.
- ⁷¹³ Siehe Aussage des Abgeordneten Edgar Segarra (MNR-Partei) in „*Mesa se va, Vaca Díez consulta, el diálogo sigue*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 07.06.2005.
- ⁷¹⁴ Die Drohung von Evo Morales wörtlich: „*El mensaje del presidente Carlos Mesa responde al pedido del pueblo boliviano, pero Hormando Vaca Díez se puso terco y en su intento por ser presidente va a incendiar Bolivia*“ (Mesa 2008, 298). Siehe „*Los sectores se van a Sucre para evitar que Vaca Díez asuma la Presidencia*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 09.06.2005.
- ⁷¹⁵ Siehe „*Jura Eduardo Rodríguez en una jornada violenta*“ in der Zeitung Correo del Sur, Sucre - 10.06.2005 und „*Eduardo Rodríguez Veltzé es el nuevo Presidente Constitucional*“ in der Zeitung El Mundo, Santa Cruz - 10.06.2005.
- ⁷¹⁶ Siehe „*Rodríguez, Presidente*“ in der Zeitung El Deber, Santa Cruz - 10.06.2005.
- ⁷¹⁷ Präsident Rodríguez über den bolivianischen Meereszugangsanspruch in seiner Regierungszeit wörtlich „*No creo que el Poder Ejecutivo se haya, en ningún momento, separado de la aspiración de recuperar la cualidad marítima del país. Ahora, no creo que haya ninguna razón para pensar en que dejamos esa propuesta*“ in „*Demanda marítima es parte central de política exterior*“ in der Zeitung El Diario, La Paz - 06.08.2005.
- ⁷¹⁸ Aus der Pressemeldung der Regierung Rodríguez: „*El Gobierno de Chile en ningún momento realizó gestión ni ha mostrado disposición alguna para la compra de gas, de manera que el Ejecutivo no mantiene negociación alguna sobre este tema. Vale decir: el gas no está en negociación*“ in „*Gas por mar es una opción, siempre que Chile la acepte*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 19.08.2005. Ein weiteres Signal eines besseren Verständnisses zwischen den Regierungen beider Länder kam aus der OAS/OEA: Der bolivianische Generalkonsul in Santiago de Chile, Victor Rico, wurde von Generalsekretär José Miguel Insulza als neuer Direktor für politische Angelegenheiten der Organisation ernannt. Siehe „*Representante paceño en Chile, Víctor Rico, viajaría esta misma semana a Washington para asumir su cargo en el organismo*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 01.09.2005.
- ⁷¹⁹ Ein weiteres 14. zusätzliches Protokoll zum Zollinformationsaustausch wurde zu Beginn der Regierungszeit von Rodríguez am 14. Juni 2005 unterzeichnet. Am 15. März 2006 unterzeichnete Präsident Morales das 15. zusätzliche Protokoll für Zollpräferenzen.
- ⁷²⁰ Siehe „*Reunión de Presidentes Lagos y Rodríguez: Chile y Bolivia firman tres acuerdos*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 02.10.2005.
- ⁷²¹ Der MAS-Partei gelang es jedoch nicht, eine entsprechende Mehrheit bei der regionalen Präfektenwahl zu erreichen (Toranzo 2006, 56).
- ⁷²² Siehe dazu „*El Presidente nacionaliza el negocio del gas por decreto*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 02.05.2006.
- ⁷²³ Presseerklärung des Kohlenwasserstoff-Verbandes Boliviens über eine Verstaatlichung aller Kohlenwasserstoffe an ihrem Fundort ohne Beschlagnahme wörtlich: „*Existe expectativa entre las empresas afiliadas a la Cámara Boliviana de Hidrocarburos ante los anuncios del Gobierno Nacional, respecto a llevar adelante un proceso de nacionalización de los hidrocarburos. Esperamos que dicho proceso ocurra sin llegar a una expropiación que pudiera perturbar el desarrollo anticipado de la industria*“ in „*Petroleras aceptan la ‘nacionalización sin expropiación’*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 25.03.2006.

-
- ⁷²⁴ Diese Aktien wurden bislang von privaten Renteninstituten in einem Sonderverwaltungsregime zur Finanzierung eines staatlichen Sozial- und Rentensystems (sogenannte „*Bonosol*“) verwaltet (Lehoucq 2008, 113; Zaratti 2006, 40; Quiroga 2006, 95).
- ⁷²⁵ Siehe „*México reactiva el proyecto LNG y Bolivia analiza*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 03.03.2006.
- ⁷²⁶ Siehe „*Petrobras anuncia un juicio y frena inversiones*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.05.2006.
- ⁷²⁷ Präsident Morales wörtlich: „*No estoy de acuerdo en los chantajes. Pero también tiene que haber racionalidad. Hay un sentimiento del pueblo boliviano también, que dijo 'gas por mar' en un referéndum. No lo comparto. El presidente Mesa se equivocó. Yo nunca habría metido en una pregunta 'gas por mar'*“ in „*Para Morales, fue un error la política de 'gas por mar'*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 28.08.2006.
- ⁷²⁸ So entstanden während der Regierungszeit Morales zwei ergänzende Protokolle des wirtschaftlichen Komplementärabkommens Nr. 22 (sog. ACE 22).
- ⁷²⁹ ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) bezeichnete die Evolution des Regierungsdiskurses bezüglich Chile während der Amtszeit Morales – im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 – als „pragmatisch“ und verglich dies mit der nationalistischen Parole „nichts für oder durch Chile“ („*Nada por Chile ni para Chile*“) während der Proteste gegen Präsident Sánchez de Lozada.
- ⁷³⁰ Siehe „*Evo por dentro: Entrevista al Presidente de Bolivia Evo Morales*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 27.08.2006.
- ⁷³¹ Siehe „*Evo por dentro: Entrevista al Presidente de Bolivia Evo Morales*“ in der Zeitung El Mercurio, Santiago de Chile - 27.08.2006.
- ⁷³² Siehe Kritik des ehemaligen Präsidenten Mesa in „*Gobierno de Morales no avanzó en negociación de salida al mar, afirma ex presidente Mesa*“ in der Zeitung La República, Lima - 27.03.2009.
- ⁷³³ Der persönliche Einsatz der aller Präsidenten im Untersuchungszeitraum für die Erdgasverhandlungen kann als Zeichen ihrer Relevanz gewertet werden. Das bestätigten alle interviewten hochrangigen Beamte in den mit ihnen geführten telefonischen Interviews.
- ⁷³⁴ Banzer und Quiroga waren jeweils als Präsident und Vizepräsident durch eine parlamentarische Stichwahl durch die Koalition „Engagement für Bolivien“ („*Compromiso por Bolivia*“) und mit Unterstützung der MIR-, CONDEPA-, PDC-, NFR- und UCS-Partei gewählt worden (Alenda 2004, 7).
- ⁷³⁵ Die Regierung Sánchez de Lozada wurde durch eine Stichwahl im Kongress mit Unterstützung des Paktes „Regierung nationaler Verantwortlichkeit“ („*Gobierno de Responsabilidad Nacional*“) gewählt, der sich aus MNR-, MIR-, UCS- und MNR-MBL-Partei zusammensetzte. Die NFR-Partei wurde erst am 5. August 2003 in die Regierung von Sánchez de Lozada integriert (Alenda 2004, 7).
- ⁷³⁶ Im Telefoninterview vom 09. Dezember 2009 kritisierte ein ehemaliger hochrangiger Beamter des bolivianischen Außenministeriums (Hochbeamter) die Autonomie des damaligen chilenischen Angebotes. Chile habe Bolivien einen 400 Hektaren großen Gebietsstreifen für lediglich 55 Jahre (erneuerbar) angeboten. Dies sei für das Projekt zwar ausreichend gewesen, erschwerte aber die politische Diskussion, als Peru ähnliche Bedingungen angeboten hatte.
- ⁷³⁷ In der vorliegenden Dissertation wird argumentiert, dass die Anpassung einer Regierung zumindest in einem ersten Schritt jedoch nicht unbedingt auf einen Lernprozess zurückzuführen ist, sondern auch auf das strategische Kalkül, ihre Interessen zu maximieren, und zugleich das Verhalten den Normen anzupassen (Checkel 2005, 809), um gesellschaftliche Sanktionen („*social sanctioning*“) zu vermeiden (Checkel 2001, 557).
- ⁷³⁸ Als ebenso unwirksam erwiesen sich die Handlungen der Unternehmerverbände und der ausländischen Investoren, die Regierung zu einer sachlicheren Position in der Verwaltung der nationalen Bodenschätze zu mobilisieren.

Schlussfolgerung

Zunächst fasst diese Schlussfolgerung die empirischen Befunde sowie die empirischen und theoretischen Vorschläge der vorliegenden Dissertation zusammen, die aus der Bewertung meines entworfenen Modells abgeleitet werden können. Ich behaupte durch diese Forschung, dass die hier erlangten empirischen Befunde die Erklärkraft der dominanten Theorien der Internationalen Beziehungen, die sich mit dem Zustandekommen der Kooperation beschäftigen, teilweise herausfordern. Um mögliche theoretische „Lücken“ zu füllen, schlage ich eine Theorieergänzung durch Elemente des Sozialkonstruktivismus auf einem rationalistischen Zwei-Ebenen-Analyseraster vor.

Zudem zeige ich die Grenzen meines Erklärungsmodells auf und beschäftige mich mit einer möglichen Gegenargumentation. Gestützt auf die empirischen Befunde behaupte ich, dass sich mein theoretischer Rahmen im Hinblick auf die entsprechende Hypothesenbildung genügend verallgemeinern lässt, um eine Reihe von Fällen mit ähnlichen Merkmalen zu analysieren. Anschließend betrachte ich die Bedeutung meines theoretischen Rahmens und meiner empirischen Befunde. Letztlich unterbreite ich Vorschläge für künftige Forschungen, bei denen sich der hier angewandte theoretische Rahmen als erklärungs-fähig behaupten würde.

Die Antwort zum empirischen Puzzle: konkurrierende Identitätskonstruktionen als eventueller mitwirkender Faktor bilateraler Wirtschaftsverhandlungen

Der Ausgangspunkt dieser Dissertation war ein empirisches Rätsel: Warum verzichtete die Regierung Boliviens, auf ein Abkommen, das von den innerstaatlich wichtigsten Wirtschaftsakteuren begrüßt wurde und das in wirtschaftlicher Hinsicht für das Land äußerst vorteilhaft war? Ein weiterer Befund: Das Abkommen hätte einen Erdgasexport ermöglicht, der dem Land hohe Steuereinnahmen gebracht hätte, die es dringend für eine Verbesserung seiner enorm geschwächten Wirtschaftslage sowie für die Erfüllung seiner internationalen Finanzverträge gebraucht hätte.

Die vorliegende Dissertation behauptet, dass die empirischen Befunde im Fall der Erdgasverhandlungen zeigen, dass die Erklärkraft der gängigen interessen- bzw.

machtbasierten Ansätze herausgefordert wird, da sie den Ausgang des Falles nicht ausreichend deuten. Im Untersuchungsfall waren nach den Erwartungen der gängigen interessenbasierten Ansätze die Voraussetzungen für ein Zustandekommen der zwischenstaatlichen Kooperation (sogenannte *Policy-Interdependenz*) gegeben – pluralistische handlungsfähige Institutionen, Konsens zwischen den innerstaatlichen privaten Gesellschaftsgruppen und harmonische Staatenpräferenzen. Sie könnten dennoch das empirische Puzzle dieser Dissertation nur unzulänglich erklären. Welche Voraussetzungen waren gegeben?

- a) *Beidseitiger Kooperationsbedarf*: Bolivien benötigte für den Erdgas-Export in Übersee dringend die Einwilligung eines Nachbarlandes, entweder von Peru oder Chile, um einen Zugang zum Pazifischen Ozean zu erhalten. Für die Investoren kam jedoch aus wirtschaftlichen Gründen ausschließlich nur ein Abkommen mit Chile in Frage.⁷³⁹

Das bolivianische Erdgasgeschäft hätte positive Auswirkungen auf den wirtschaftlich schwach entwickelten Norden Chiles gehabt, doch ging es dem Nachbarland in erster Linie um etwas ganz Anderes. Seit Jahren arbeitete die chilenische Regierungskoalition an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarländern, um die traditionell von Chile wahrgenommene geographische „Verwundbarkeit“ zu reduzieren.⁷⁴⁰ Während mit Argentinien und Peru einige Fortschritte erreicht worden waren, stagnierten hingegen die bilateralen Beziehungen mit Bolivien.⁷⁴¹

- b) *Harmonische Staatenpräferenzen*: Beide Länder hatten sich in einem relativ frühen Stadium – bereits unter der Regierung Quiroga – auf die allgemeinen Bedingungen der Erdgasverhandlungen geeinigt.⁷⁴² Chile signalisierte gleich zu Beginn Bereitschaft, den bolivianischen Forderungen nach einer breiten territorialen, zeitlichen und verwaltungsrechtlichen Autonomie für das Erdgasgeschäft auf chilenischem Gebiet zuzustimmen und auf eigene mögliche Steuereinnahmen zu verzichten.⁷⁴³ Die chilenische Regierung verlangte jedoch im Gegenzug von Bolivien, dass keine Grenzänderungen an die Erdgasverhandlungen gekoppelt werden sollten.⁷⁴⁴ Auch war kein souveränes Territorium für die Verwirklichung des Erdgasvorhabens vorgesehen.⁷⁴⁵ Die Haltung der chilenischen Regierung blieb während der

Verhandlungsrunden relativ unverändert. Die bolivianische Regierung Banzer und die chilenische Regierung Lagos einigten sich auf den Kern des Abkommens und setzten Delegationen für die Verhandlung weiterer Bedingungen und des Entwurf-Textes ein.⁷⁴⁶

- c) *Pluralistische handlungsfähige Institutionen:* Den verschiedenen als investorenfreundlich geltenden bolivianischen Regierungen unter Präsident Quiroga und Sánchez de Lozada standen zum damaligen Zeitraum ausreichend Parlamentarier für eine eventuelle Ratifizierung eines Abkommens zur Verfügung.⁷⁴⁷ Erst unter der parteilosen Regierung Mesa, die die Verhandlungen mit Chile tatsächlich nur noch formell fortsetzte, reduzierten sich die Handlungsmöglichkeiten im bolivianischen Parlament deutlich.⁷⁴⁸
- d) *Nutzen der relevanten innerstaatlichen Akteure:* Die Wirtschaftsakteure Boliviens – ausländische Investoren und einheimische Unternehmerverbände – hatten sich als die einflussreichste innerstaatliche Gesellschaftsgruppe während der gesamten Ära der sogenannten „Paktierten Demokratie“⁷⁴⁹ bewiesen.⁷⁵⁰ Sie plädierten für einen schnellen Abschluss der Erdgasverhandlungen und für ein entsprechendes Abkommen mit Chile. Der beteiligte Konzern Pacific LNG entschied sich vor allem wegen der preisgünstigen Bau-, Transport und Betriebskosten frühzeitig dafür, den Erdgasexport ausschließlich über einen chilenischen Hafen zu betreiben und teilte den jeweiligen bolivianischen Regierungen des Untersuchungszeitraums unmissverständlich mit, dass der Konzern für andere Alternativen nicht zur Verfügung stehe.⁷⁵¹
- e) *Machtbasierte Erklärungen:* Auch die machtbasierten Ansätze erleuchteten den Untersuchungsfall nur bedingt. Zugleich erwies sich, der Einfluss von Drittländern als eher begrenzt, so dass dies das Kosten-Nutzen-Kalkül der verhandelnden Regierungen nicht wesentlich modifiziert werden konnte. Im Untersuchungsfall gab es einen hegemonialen Akteur, die USA, der sich sogar für die Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile einsetzte.⁷⁵² Dazu stimmen die kausalen Erwartungen eines hegemonial-gesteuerten Kooperationsansatzes, die ein Abkommen vorausahnen ließen, letztlich jedoch nicht mit dem empirischen Ausgang der Erdgasverhandlungen überein. Auch wurden in der vorliegenden Dissertation die Einflussmöglichkeiten von Chile,⁷⁵³ Mexiko,⁷⁵⁴ Peru⁷⁵⁵ und Venezuela,⁷⁵⁶ sowie des IWF auf die bolivianische

Regierung bewertet. Diese Länder und Institutionen waren jedoch nicht in der Lage, die bolivianische Regierung – durch *Side Payments*, *Package-Deal* oder *Bedrohungen* – ausschlaggebend zu beeinflussen. Es fehlten ihnen entweder die entsprechenden Wirtschafts- oder die Machtmittel dafür.⁷⁵⁷

Die langjährigen Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile scheiterten, trotz der zu erwartenden hohen Gewinne, trotz der Unterstützung relevanter Wirtschaftsakteure und trotz eines vielversprechenden Anfangs. Im Laufe der Verhandlungen veränderte Bolivien seine außenpolitischen Präferenzen, so dass sich diese über den anfänglichen zwischenstaatlichen Konsens hinaus bewegten. Auch wurde bei der Recherche für die vorliegende Arbeit schnell klar, dass eine Erklärung dieses empirischen Puzzles nur durch die Einbeziehung der innenpolitischen Entwicklungen erfolgen konnte.

Ich adoptierte für den Bau meines theoretischen Rahmens die Grundprämissen eines rationalistischen Zwei-Ebenen-Analyserasters in der Fassung des Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus. Da dieser Ansatz die Kooperation als eine – in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen inspirierte – reine zwischenstaatliche Zusammenarbeit versteht, die sowohl die systemische (*Bargaining*) als auch die subsystemische Ebene (*innerstaatliche Präferenzbildung*) einbezieht, eignet er sich im Prinzip für die Erklärung von zwischenstaatlichen Verhandlungen, bei denen wirtschaftliche Ziele die Hauptrolle spielen, wie es bei den Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile der Fall war. Allerdings beschäftigte sich die vorliegende Dissertation nicht mit der Überprüfung der erwähnten Theorie, sondern mit der Aufklärung des empirischen Erdgasverhandlungs-Rätsels und mit dem Bau eines ergänzenden theoretischen Rahmens, indem kollektiv Identitätskonstrukte eingebunden werden, ein Element, das traditionell dem Konstruktivismus zugewiesen wird. Diese Vorgehensweise ermöglicht die Erweiterung der Erklärungskraft des Liberalen Intergouvernementalismus für eine Reihe von Fällen, den dieser Ansatz bislang nicht abdecken konnte.

Die Recherchen im Untersuchungsfalle zeigen deutlich, dass innenpolitisch eine Manipulation des innerstaatlichen Winset stattgefunden hatte, bei der strategisch geführte kollektive Framing-Prozesse im Vordergrund standen.⁷⁵⁸ So instrumentalisierte die oppositionelle MAS-Partei⁷⁵⁹ ein kollektives und kulturell tiefverankertes⁷⁶⁰ Identitätskonstrukt⁷⁶¹ – der Diskurs des Meereszugangsanspruchs⁷⁶² – als *Frame*⁷⁶³ bilateraler Verhandlungen in der nationalen

Öffentlichkeit (sogenanntes *strategisches Framing*). Wie im empirischen Teil erklärt, versteht die vorliegende Dissertation den *Diskurs des bolivianischen Meereszugangsanspruchs* als einen für die Mehrheit der Bolivianer geltenden Komplex aus Werten, Wahrnehmungen und Selbstdefinition. Der *Diskurs des bolivianischen Meereszugangsanspruchs* beruht zusammenfassend auf folgender Wahrnehmung: Der fehlende bolivianische Zugang zum Meer sei die Ursache der Unterentwicklung. Daran sei Chile Schuld.⁷⁶⁴

Um die Auswirkung dieses *Frame des Patrioten* bewerten zu können, dokumentierte die vorliegende Dissertation chronologisch – während des gesamten Verlaufs der Erdgasverhandlungen – die Varianz sowohl bei der Entfaltung des *Frame des Patrioten* als auch bei der Relevanz, mit der jeder Akteur die Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes als Entscheidungsfaktor eines Abkommens mit Chile in der bolivianischen Öffentlichkeit einschätzte. Eine schematische Darstellung der erwähnten Entwicklungen zeigte, wie die Diskurse der jeweiligen bolivianischen Regierungen des Untersuchungszeitraums und der entsprechenden regierenden Parteien bezüglich eines Erdgasabkommens mit Chile sowohl in der Intensität als auch inhaltlich als Reaktion auf das *Frame des Patrioten* der Opposition variierten.⁷⁶⁵

Die dahinter liegenden Kausalmechanismen wurden durch die kausale Narrative des Verlaufs der Erdgasverhandlungen erläutert: Die Ausbreitung des *Frame des Patrioten* verzögerte die Fortsetzung der Erdgasverhandlungen mit Chile und verursachte einen erheblichen *Reputationsverlust* für die Regierungskoalition. Durch die Entfaltung des *Frame des Patrioten* gelang es der MAS-Partei im Wahldiskurs der Kandidaten und Parteiführungen in der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 die Erdgasverhandlungen immer mehr an eine Forderung auf eine souveräne und territoriale Lösung des Meereszugangsanspruchs mit Chile zu koppeln⁷⁶⁶ und positive Regierungsankündigungen im Rahmen der Erdgasverhandlungen zu hemmen.⁷⁶⁷ In der darauffolgenden Amtszeit konnte Präsident Sánchez de Lozada aufgrund des sich ausbreitenden *Frame des Patrioten* die Koalitionsparteien und sein eigenes Kabinett in der Frage der Wahl des Exporthafens nicht auf einen Nenner zu bringen.⁷⁶⁸ Auch blieb ihm eine Aufklärungskampagne über den Nutzen des Erdgasgeschäftes in der Öffentlichkeit verwehrt.⁷⁶⁹ Dadurch stagnierte wiederholt die Verhandlungen mit Chile.⁷⁷⁰ Die dritte Regierung des Untersuchungszeitraums, unter Präsident Mesa, adoptierte unter dem politischen Slogan „Oktober-Agenda“⁷⁷¹ das *Frame des Patrioten* als Regierungsdiskurs. Sie forderte parallel Grenzänderungen als „*conditio sine qua non*“ eines Erdgasabkommens in

Form einer Tausch-Politik „Erdgas gegen einen Meereszugang“.⁷⁷² Dies führte aufgrund der Inkompatibilität der Staatenpräferenzen zu einer *Deadlock*-Situation der Erdgasverhandlungen mit Chile.

Ich stelle in den folgenden Absätzen eine empirisch bezogene kurze Beschreibung der erwähnten Elemente des Kausalmechanismus (Entstehung der Reputationskosten und Verengung des einheimischen Winset) vor:

- a) *Frame des Patrioten der Erdgasverhandlungen*: Die Analyse der kausalen Narrative ergab, dass eine der Oppositionsparteien (die MAS-Partei) die Erdgasverhandlungen mit Chile als politische Chance betrachtete und als einen kulturellen Widerspruch zu einem breit akzeptierten und vorhandenen Identitätskonstrukt präsentierte. Das instrumentelle *Frame* der Opposition ging davon aus, dass die Fortsetzung einer nicht an eine Grenzänderung gekoppelte Erdgasverhandlung mit Chile ein „Vaterlandsverrat“ sei.⁷⁷³ Bei diesem *Frame des Patrioten* der MAS-Partei handelt es sich um eine instrumentelle oder strategische Anwendung des Diskurses des Meereszugangsanspruchs, mit der der *Aktivist* (MAS-Partei) im Hinblick auf seine eigene Machtposition darauf abzielte, eine vorhandene Situation (die Erdgasverhandlungen) in der Öffentlichkeit normativ neu zu definieren, so dass der politische Entscheidungsträger – unabhängig vom Ausmaß der tatsächlichen formellen Repräsentation des *Aktivisten* – gezwungen werden konnte, sich an das vom *Frame* zugewiesene Verhalten anzupassen oder die wachsenden *Reputationskosten* zu ertragen. Die kausale Narrative zeigte, dass die MAS-Partei bereits unter der Regierung Quiroga ihr *strategisches Framing* in Form von „Landesverrats-Vorwürfen“ – in Bezug auf einer hypothetischen geheimen Übereinkunft mit Chile hinter dem Rücken des Volkes– gezielt gegen die Regierung in ihrer Wahldiskurs, Pressemitteilungen und als Demonstrationssparole nutzte.⁷⁷⁴ In der Amtszeit von Sánchez de Lozada setzte die MAS-Partei diese Strategie fort und gründete dazu mit anderen Organisationen und sozialen Bewegungen instrumentelle ad-hoc-Protest-Plattformen,⁷⁷⁵ deren deklarierte Hauptforderung der Stillstand der Erdgasverhandlungen mit Chile war.⁷⁷⁶ Sie beteiligten sich zugleich intensiv am Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada.⁷⁷⁷

- b) *Entstehung der Reputationskosten*: Der Kausalmechanismus zur Erklärung der Varianz der Außenpolitik einer Regierung entfaltet sich auf der subsystemischen Ebene und konzentriert sich zunächst auf die Auswirkungen des instrumentellen *Framing-Prozesses* eines bilateralen Abkommens anhand von Identitätskonstrukten (sogenanntes *Frame des Patrioten*).⁷⁷⁸ Entscheidend sind auch die steigenden *Reputationskosten* für innerstaatliche politische Akteure, die sich für die Fortsetzung der „unpatriotisch“, unpopulären zwischenstaatlichen Verhandlung entschieden hätten. Das *strategische Framing* der MAS-Partei beeinflusste ausschlaggebend die Interessen der Regierungskoalitionen, die im Amt blieben und wiedergewählt werden wollten. Sowohl während der Amtszeit Banzer und Quiroga (ADN- und MIR-Partei Koalition) als auch während der Amtszeit Sánchez de Lozada (MNR- und MIR-Partei) entfremdeten sich die Koalitionsparteien von einer nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit getroffenen Entscheidung eines Export-Hafens, da die MAS-Partei ihr *Frame des Patrioten* intensivierte. Die jeweiligen Koalitionsparteien schwankten wegen der steigenden *Reputationskosten* zwischen der Fortsetzung und dem Abbruch weiterer Gespräche mit Chile. Dadurch verkleinert sich das einheimische Winset, da immer mehr Koalitionäre zur Ablehnung eines solchen Abkommens tendierten.⁷⁷⁹ Da sich das strategische *Frame des Patrioten* auf einer normativen Ebene bewegte, konnten pragmatische Rechtfertigungen wie die wirtschaftlichen Gewinne eines Abkommens mit Chile die *Reputationskosten* kaum vermindern. Die Wirtschaftlichkeit des Erdgasgeschäftes spielte im Diskurs der MAS-Partei keine Rolle, ein Abkommen mit Chile schloss sie aus „patriotischen Gründen“ aus.⁷⁸⁰
- c) *Verengung des einheimischen Winset*: Der Positionswandel der Regierungsparteien beeinflusste die Strategie der unter Druck stehenden Regierungen, denn sie befürchteten, dass ein Ratifizierungsprozess im Parlament scheitern würde. Sie hätten entweder versuchen können, diese Variation des einheimischen Winset auf die zwischenstaatliche Ebene zu übertragen. Konkret: die bolivianische Regierung hätte sich entweder mit der chilenischen auf einen neuen auf die innerstaatliche Situation angepassten Konsens abstimmen müssen, die bolivianische Regierung hätte aber auch den Ratifizierungsprozess im Kongress künstlich verzögern können, um auf eine günstigere politische Ausgangslage zu warten, oder die bolivianische Regierung hätte auf die bilaterale Kooperation verzichten müssen. Da Chile wiederholt deutlich erklärte, dass die Kopplung einer Grenzverhandlung an die Erdgasverhandlungen

eindeutig außerhalb der chilenischen Staatenpräferenzen lag, bestand keinerlei Möglichkeit, ein solch modifiziertes Winset zwischenstaatlich durchzusetzen. Obwohl den Präsidenten Quiroga und für Sánchez de Lozada ein von den nationalen Verhandlungsdelegationen bereits vereinbarter Abkommens-Entwurf und zwei eindeutige Machbarkeitsstudie (eine von *Bechtel* und eine andere von *Global Energy Consultants*) zur Verfügung standen, die aus wirtschaftlichen Gründen ausschließlich den Erdgas-Export durch einen chilenischen Hafen befürworteten, verzögerten sie ein Abkommen mit Chile und relativierten in der Öffentlichkeit die Fortschritte der Verhandlungsrunden. Dennoch sagten sie weder die Fortsetzung der Erdgasverhandlungen ab, noch verlangten sie parallele Grenzverhandlungen.

Die vorliegende Dissertation erzeugt durch eine ausführliche *kausale Narrative* ausreichend empirische Beweise für den Bau eines theoretischen Rahmens zur Erläuterung einer Reihe empirischer Fälle, bei denen die Kausalerwartungen mit den tatsächlichen empirischen Ausgängen – als Folge eines instrumentellen *Framing* der bilateralen Verhandlungen durch Elemente, die nicht ökonomischer Natur sind – nicht übereinstimmen, obwohl die theoretischen Voraussetzungen für das Zustandekommen der zwischenstaatlichen Kooperation erfüllt sind.

Die Einbeziehung von kollektiven Identitätskonstruktionen als theoretisches Bauelement eines rationalistischen Zwei-Ebenen-Analyserasters ermöglicht zunächst folgende Kausalaussage:

1) Durch kollektive Identitätskonstruktionen können innerstaatliche Akteure eine bestimmte außenpolitische Policy als ungerechte und beeinträchtigende „kulturelle Brüche bzw. Widersprüche“ oder „Bedrohungswahrnehmungen“ neu *framen*, um die Außenpolitik ihres Landes im Hinblick auf ihre eigenen Interessen funktionell zu manipulieren und infolgedessen zu verändern;

2) Sogar bilaterale Verhandlungen, die auf reine Wirtschafts- bzw. Handelsregime abzielen, können durch instrumentelle *Framing-Prozesse*, die sich auf verbreitete Identitätskonstrukte stützen, beeinflusst oder verhindert werden. Dies kann sogar geschehen, wenn die mikroökonomischen Interesse deutlich, bedeutend und stark vertreten sind.

Grenzen des Erklärungsmodells und mögliche Gegenargumentation

Um das Risiko von zu differenzierten, nicht abstrahierbaren induktiven Aussagen aus den erlangten Befunden der vorliegenden Einzelfallstudie zu reduzieren, folgt diese Dissertation einer *kausalen Narrative*, die den Untersuchungsgegenstand in aufeinanderfolgende Zeiträume teilt. Diese Zeiträume werden als eine Reihe verketteter Ereignisse wahrgenommen, verglichen und untersucht, um die Variation des Diskurses der Entscheidungsträger zu erklären und die abstrakte Kausalität der wiederholten Verhaltensmuster der relevanten Akteure zu erkennen.

Eine weitere Grenze dieser Forschung liegt in der Natur des Einzelfallstudien-Designs, sie beschäftigte sich mit einem einzigen Muster des instrumentellen *Framing-Prozesses* von bilateralen Verhandlungen anhand von Identitätskonstruktionen, bei dem die bilaterale Kooperation von einem Akteur absichtlich negativ beeinflusst wird. Es ist jedoch denkbar, dass derselbe Kausal-Mechanismus zum Vorteil der zwischenstaatlichen Kooperation von einem innenpolitischen Akteur durch ein positives Frame begünstigt wird.

Eine mögliche Gegenargumentation zu meinem theoretischen Rahmen ist die Frage der Gerechtigkeit bei der Anwendung des Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus hinsichtlich der Erfüllung der minimalen theoretischen Anforderungen dieses Ansatzes. Wenngleich die Existenz eines Konsenses zwischen den innerstaatlichen privaten Gesellschaftsgruppen und harmonischen Staatenpräferenzen im empirischen Teil ausreichend dargelegt wurde, kann das Vorhandensein pluralistischer handlungsfähiger Institutionen bestritten werden. Eine Reihe von Studien auch von unabhängigen Forschungsinstituten haben gewisse Defizite im Rahmen der Partizipation, Zivilgesellschaft und der Rechtstaatlichkeit in Bolivien festgestellt (Merkel et al. 2003, 133; Bertelsmann 2003, 5).

Hingegen bestätigen zahlreiche andere Studien eine allgemeine Verbesserung der Staatlichkeit, der politischen Partizipation und des Rechtsstaates in Bolivien in der Zeit der „*Paktierten Demokratien*“, besonders nach der Einführung des sogenannten Volkspartizipationsgesetzes („*Ley de Participación Popular*“) im Jahr 1994, das erstmals eine politische Teilnahme der traditionell benachteiligten bäuerlichen Gemeinschaften ermöglichte (Bertelsmann 2003, 15; Nohlen 2001, 31; Ortiz 2007, 149).⁷⁸¹ Die Demokratiemessung des Forschungsinstituts „*Polity Project*“, die sich an der Dahlschen Polyarchie orientiert, spiegelte

damals folgende Realität wieder: Bolivien erlangte während des Untersuchungszeitraumes im Index dieses Institutes sogar bessere Werte als der Durchschnitt der südamerikanischen Länder. Bolivien wurde von zahlreichen stabilen und vertretungsfähigen Regierungen regiert, die eine regierungsfähige parlamentarische Mehrheit besaßen, ohne dass ernste demokratische Einschränkungen im Sinne der Dahlschen Polyarchie festzustellen waren (Ortiz 2007, 167; Mayorga 2002, 220).

Angesichts der erwähnten Fakten und Auslegungen behaupte ich in der vorliegenden Dissertation, dass in Bolivien während des Untersuchungszeitraumes die Mindestanforderung an pluralistischen handlungsfähigen Institutionen bestanden hat, so dass der Erklärbedarf nicht aufgrund einer ungerechten Anwendung des von Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus postulierten Ansatzes entsteht.

Die Ziele dieser Forschung

Im Allgemeinen besteht in der empirischen Studie der Internationalen Beziehungen im lateinamerikanischen Kontext ein Forschungsbedarf (Augener 2008, 20). Wenngleich es wissenschaftliche Veröffentlichungen in der spanischsprachigen Literatur gibt, die sich mit der Aufklärung des Phänomens der zwischenstaatlichen Kooperation im lateinamerikanischen Kontext beschäftigen, liegt ihre Zahl deutlich unter dem europäischen Niveau. Zudem ist die vorhandene wissenschaftliche Literatur Lateinamerikas hauptsächlich von systemischen Ansätzen geprägt: Seit Jahren werden die Forschungen der Internationalen Beziehungen in Lateinamerika stark von der Perspektive des Neorealismus oder der *Dependencia*-Theorie geprägt (Muñoz / Tulchin 1996, 14; Barrios 1999, 29). Bei einer Reihe anderer Forschungen kommt die Modernisierungstheorie zur Anwendung (Muñoz / Tulchin 1996; 14, Barrios 1999, 29).

Wenngleich sich die spanischsprachige lateinamerikanische Literatur mit einer konkreten Periode dieses Untersuchungszeitraums – dem Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada – beschäftigt hat, befasst sich die empirische Forschung nur unzureichend mit einer Suche von theoriebezogenen Kausalerklärungen für die gesamte Entwicklung der Verhandlungen.

Die vorliegende Dissertation zielte zunächst auf Folgendes ab: Bisher hatte sich die Literatur zwar mit isolierten Ereignissen dieses Zeitraums beschäftigt, aber bislang gab es keine

theoriebezogene wissenschaftliche Forschung, die sich mit der kausalen Erläuterung des Scheiterns der Erdgasverhandlungen zwischen Bolivien und Chile beschäftigte, und die die ganze Kausalkette und dementsprechend den gesamten Prozess und Entwicklungsmuster der Erdgasverhandlungen umfasste, um alternative Erklärungen auszuschließen, das empirische Puzzle aufzuklären und die Befunde zu verallgemeinern.

Diese Forschung leistet durch die abstrakte Verallgemeinerung der empirischen Befunde einen konkreten Beitrag zu den Studien der Internationalen Beziehungen auch jenseits des lateinamerikanischen Kontextes, indem die wirkenden Kausalmechanismen und *kausalen Inferenzen*⁷⁸² dargelegt und im Moravcsikschen Liberalen Intergouvernementalismus integriert werden und der Umfang der wissenschaftlichen Erklärungskraft dieses Ansatzes für neue Fälle erweitert wird, die er ursprünglich nicht abdecken konnte.

Dadurch folgt diese Dissertation der aktuellen weltweiten Tendenz in den Studien der Internationalen Beziehungen, eine ergänzende theoretische Brücke zwischen Rationalismus und Konstruktivismus zu bauen und zu überprüfen,⁷⁸³ bei denen epistemologische oder ontologische Inkongruenzen vom Forscher ausführlich vermieden werden sollen (Checkel 2004, 242). Zudem verbreitet die vorliegende Forschung die erwähnte wissenschaftliche Tendenz im lateinamerikanischen Kontext, bei dem sie bislang nicht systematisch angewandt wird.

Die empirischen Befunde der vorliegenden Dissertation zeigen, dass umstrittene bilaterale Verhandlungen als Ergebnis der Ausbreitung des *Frame des Patrioten* in der Bevölkerung immer unbeliebter werden können. Für die Regierung und ihrer Parteienkoalition entsteht daher ein hoher *Reputationsverlust*, wenn sie sich für die Fortsetzung der „unpatriotisch“, unpopulären zwischenstaatlichen Verhandlung entscheiden. Da sowohl die verhandelnde Regierung als auch ihre Parteienkoalition im Amt bleiben und wiedergewählt werden wollen, werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit ihre anfängliche Position hinsichtlich des Abkommens dem neuen Kosten-Nutzen-Kalkül anpassen müssen. Da die Kosten eines Abkommens letztendlich den zu Beginn anvisierten Nutzen überschreiten, wird der Abbruch der Verhandlungen angesichts der Verengung des Winset immer wahrscheinlicher.

Gestützt auf diese Befunde behaupte ich, dass sich mein theoretischer Rahmen ausreichend verallgemeinern lässt, um mehrere Fälle durch ein rationalistisches Analyseraster zu erläutern,

bei denen die instrumentelle Mobilisierung von immateriellen kollektiven Identitätskonstrukten den Ausgang einer bilateralen Verhandlung beeinflusst. Zudem haben die Befunde der vorliegenden Dissertation folgende Hypothese bewiesen: *„Je mehr es der innenpolitischen Opposition gelingt, eine laufende bilaterale Verhandlung durch nationale Identitätskonstrukte negativ zu framen und dadurch die Reputationskosten zu erhöhen, desto wahrscheinlicher ist, dass sich das einheimische Winset verengt und die zwischenstaatliche Kooperation nicht zustande kommt.“*

Mehrere frühere diplomatische Annäherungsphasen zwischen Bolivien und Chile scheiterten oder blieben unter den damaligen Erwartungen. Diese Misserfolge werden von den Regierungen und politischen Analysten beider Länder oft als unmittelbare Folge des Salpeterkriegs bezeichnet, ohne dass die wissenschaftliche Literatur die wirkenden Kausalmechanismen bislang ausreichend aufgeklärt hat. Diese Dissertation hat auch den Anspruch, einen konkreten Beitrag zum besseren Verständnis der sozialen Mechanismen zu leisten, die bei den traditionell angespannten bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile wirken und die zu einer raren zwischenstaatlichen Zusammenarbeit führten. Die Erläuterung dieser sozialen Mechanismen und ihrer Funktionsweise kann durch ihre Einbeziehung in das Kosten-Nutzen-Kalkül der Regierungen beider Länder für künftige diplomatische Annäherungen wertvoll sein sowie als Grundlage für künftige Recherchen dienen.

Vorschläge für künftige Forschungen

Die hier erlangten Befunde der Einzelfallstudie können jedoch nicht völlig garantieren, dass der hier angewandte theoretische Rahmen tatsächlich mit derselben Erklärkraft bei anderen Untersuchungsfällen angewandt werden kann. Daher sollte er bei anderen Fällen falsifiziert werden, bei denen bilaterale Verhandlungen vor einem ähnlichen politischen Hintergrund – traumatische historische Beziehungen, rivalisierende Sozialisierung eines Feindbildes und offene territoriale Fragen – stattfinden.

Wegen der historischen und geographischen Kontext-Ähnlichkeiten schlage ich für künftige Forschungsprojekte vor, die Rolle des *Framing* von zwischenstaatlichen Verhandlungen, die zwischen postkolonialen Ländern geführt werden und bei denen wirtschaftliche Belange eine Hauptrolle spielen, durch kollektive Identitätskonstrukten zu überprüfen. So könnte auch

verifiziert werden, welche Rolle ein eventuelles positives *Framing* von bilateralen Verhandlungen durch kollektive Identitätskonstrukten spielen kann, um unter ähnlichen Konstellationen eine bilaterale Kooperation zu begünstigen.

Endnoten

⁷³⁹ Siehe Seiten 100, 104, 120, 121, 125, 126, 128 und 130.

⁷⁴⁰ Siehe Seite 17.

⁷⁴¹ Siehe Seite 14.

⁷⁴² Siehe Seiten 102 und 116. Siehe auch Draeger et al. 2002d, 17; Perez Yoma 2004, 94; Mesa 2007, 597.

⁷⁴³ Siehe Seiten 91 und 100. Siehe auch Pérez Yoma 2004,94-95.

⁷⁴⁴ Siehe Seiten 111, 118, 151 und 156.

⁷⁴⁵ Siehe den Erdgasexportprojekt nach Kalifornien und Mexiko durch die bolivianischen Regierung in Terrazas 2002, 196

⁷⁴⁶ Weitere verhandlungsfähigen Elemente waren die Oberfläche, Zeitbegrenzung und die Rechtsnatur der Sonderverwaltungszone mit einem Steuerbefreiten-, Zoll- und Freiverkehrsregime (Pérez Yoma 2004,94-95).

⁷⁴⁷ Siehe Seiten 182 und 183.

⁷⁴⁸ Siehe Seiten 151-154.

⁷⁴⁹ Über die „Paktierte Demokratie“ siehe Seiten 80, 81 und 82.

⁷⁵⁰ Für eine Erklärung der Rolle der Wirtschaftsakteure in der Ära der „Paktierten Demokratie“ siehe Seiten 61 und 62.

⁷⁵¹ Siehe Draeger et al. 2002d, 16 und Ramos 2005, 81.

⁷⁵² Siehe Seite 18.

⁷⁵³ Siehe Seiten 16 und 17.

⁷⁵⁴ Siehe Seite 19.

⁷⁵⁵ Siehe Seiten 20 und 21.

⁷⁵⁶ Siehe Seiten 22, 23 und 24.

⁷⁵⁷ Siehe Seite 24.

⁷⁵⁸ Für die Festlegung des *Frame des Patriot* siehe Seiten 111-114, 131-133 und 146-150.

⁷⁵⁹ Über die Entstehung der MAS-Partei und die Cocalero-Bewegung siehe Seiten 83, 84 und 85.

⁷⁶⁰ Die *kulturelle Anpassung* eines Frames bedingt zum großen Teil seine Erfolgswahrscheinlichkeit (Zald 1996, 266; Checkel 1999, 86; William Busby 2007, 251).

⁷⁶¹ Diese Dissertation versteht eine kollektive Identität als ein Komplex von vorhandenen intersubjektiv geteilten Werten und Wahrnehmungen, der die Zugehörigkeit der Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinschaft bzw. eines Landes definiert (Tietz 2002; Kantner 2004, 87; Risse 2003, 3; Risse 2002).

⁷⁶² Über den Inhalt des Diskurses des Meereszugangsanspruchs und seine historischen Auswirkungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Bolivien und Chile siehe Seiten 77, 78 und 79.

-
- ⁷⁶³ Unter *Frame* wird hier Folgendes verstanden: Symbolische Repräsentationen und kognitive Andeutungen, die kontextbedingt bestimmte Ereignisse und Verhalten erzeugen, gestalten und bewerten und die gleichzeitig alternative Aktionswege darstellen (Zald 1996, 265).
- ⁷⁶⁴ Siehe Seiten 77-78.
- ⁷⁶⁵ Siehe Seiten 63, 94, 131, 147 und 189.
- ⁷⁶⁶ Siehe Seiten 104-111.
- ⁷⁶⁷ Siehe Seite 115.
- ⁷⁶⁸ Siehe beispielweise die Unstimmigkeit zwischen dem Präsidenten Sánchez de Lozada und seinem Minister für Kohlenwasserstoff nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie von *Global Energy Consultants* auf Seite 125. Siehe auch Unstimmigkeit zwischen der Regierung und der Koalitionsparteien auf den Seiten 132 und 148.
- ⁷⁶⁹ Siehe Seiten 150.
- ⁷⁷⁰ Wie im theoretischen Teil erwähnt spielten die Erdgasverhandlungen mit Chile beim Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada eine wichtige Rolle.
- ⁷⁷¹ Über die sogenannte *Oktober-Agenda* siehe Seiten 153 und 171.
- ⁷⁷² Für eine Erklärung der Tausch-Politik „*Erdgas gegen einen Meereszugang*“ der Regierung Mesa siehe Seite 173-176.
- ⁷⁷³ Siehe Draeger et al. 2002a, 32; Kemlein 2009, 225.
- ⁷⁷⁴ Siehe Seiten 113 und 125. Siehe dazu Draeger et al. 2002a, 32; Draeger et al. 2002d, 17; CNRDG 2003, 69; Ramos 2005, 71; Mihaly 2006, 105.
- ⁷⁷⁵ Siehe Seiten 62, 121 und 149. Siehe auch OSAL 2003a, 142; Pérez Yoma 2004, 128; Mesa 2007, 601.
- ⁷⁷⁶ Siehe Seite 120 Siehe dazu OSAL 2003a, 137.
- ⁷⁷⁷ Siehe Seite 133.
- ⁷⁷⁸ Unter dem Begriff *Frame des Patrioten* wird in der vorliegenden Dissertation ein *Frame* verstanden, der auf kollektive Identitätskonstrukte basiert, die ein Bestandteil der gemeinsamen Kulturgüter eines Landes sind. Damit lässt sich ein genaueres und angemessenes Bild des patriotischen Verhaltens bezüglich eines bestimmten Ereignisses erklären. Der Verstoß gegen das umrahmte („*frame*“) „patriotische“ Verhalten wird von den *Aktivisten* in der Öffentlichkeit einen „*Vaterlandsverräter*“ gleichgesetzt. Mit anderen Worten: Wenn dieses Verhalten die Fortsetzung bilateraler Verhandlungen ist, tritt die verhandlungsfreundliche Regierung als „*Vaterlandsverräter*“ auf.
- ⁷⁷⁹ Siehe Seiten 111-116, 131-135, 146-151 und 187-191.
- ⁷⁸⁰ Siehe beispielweise Meinung von Evo Morales über ein Abkommen mit Chile auf Seite 108. Siehe auch „*Es ridículo arrendar un puerto que es nuestro*“ in der Zeitung La Tercera, Santiago de Chile - 08.07.2002 und „*El Gobierno esperará a la nueva alianza...*“ in der Zeitung La Razón, La Paz - 04.07.2002.
- ⁷⁸¹ Das Forschungsinstitut *Freedomhouse* bezeichnete Bolivien zwischen 1996 und 2003 ununterbrochen als freies Land in Bezug auf den Grad der Freiheit bei der tatsächlichen Ausübung der politische Rechte und Bürgerrechte.
- ⁷⁸² Ich benutze hier den Begriff *kausale Inferenz* im Sinne von King/Keohane/Verba 1994 (King/Keohane/Verba 1994, 15).
- ⁷⁸³ Der Ausdruck „*theoretische Brücke zwischen Rationalismus und Konstruktivismus*“ wird im Sinne von Jeffrey Checkel verstanden (Checkel 2004, 230). Siehe auch Risse 2003b.

Literatur- und Interviewverzeichnis

Literaturverzeichnis

- ADN, Acción Democrática Nacionalista (ADN 2002): „Sembrando para vivir mejor. Asamblea Nacional extraordinaria de formación y educación. Alfredo Arce Carpio“, La Paz.
- Albó, Xavier (Albó 2007): „Movimientos indígenas desde 1900 hasta la actualidad“, in Espasandín López, Jesús / Iglesias Turrión, Pablo (Hrsg): „Bolivia en Movimiento, Acción colectiva y poder político“, Mataró.
- Albro, Robert (Albro 2005): „The Indigenous in the Plural in Bolivian Oppositional Politics“, in: „Bulletin of Latin American Research“, Vol.24, Nr.4, S. 433-453.
- Alcántara Sáez, Manuel/ García Montero, Mercedes / Sánchez López, Francisco (Alcantara et al. 2005): „El Poder Legislativo en América Latina a través de sus normas“, Salamanca.
- Alenda, Stéphanie (Alenda 2004): „Bolivia: La erosión del pacto democrático“, in „Revista Fuerzas Armadas y Sociedad“, Nr.1-2, S.3-22, Santiago de Chile.
- von Alemann, Ulrich/ Forndran, Erhard (Alemann/Forndran 1995): „Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis“, Stuttgart.
- Amnesty International (Amnesty 2004): „Bolivia. Crisis and Justice – Days of violence in February and October 2003“, London.
- Ames, Barry/ Pérez-Li Liñán/ Seligson, Mitchell A./ Moreno, Daniel (Ames et al. 2004): „Elites, instituciones y el público: Una nueva mirada a la democracia boliviana“, Nashville.
- Anderson, Benedict (Anderson 2003): „Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism“, London.
- Annino, Antonio/Guerra, François-Xavier (Hrsg.) (Annino/Guerra 2003): „Inventando la Nación. Iberoamérica Siglo XIX“, Ciudad de México.
- Aranibar Quiroga, Antonio (Aranibar 2004): „Memoria corta de und antiguo diferendo“, in „Revista Nueva Sociedad. Democracia y política en America Latina“, Nr. 190. S. 4-13, Buenos Aires.
- Arceneaux, Craig/ Pion-Berlin, David (Arceneaux / Pion-Berlin 2007): „Issues, Threats, and Institutions: Explaining OAS Responses to Democratic Dilemmas in Latin America“, in: „Latin American Politics and Society“, Vol. 49, Nr.2, S. 1-31, Miami.
- Arocena, Felipe (Arocena 2006): „Multiculturalismo, mestizaje y nacionalidad. Un estudio comparado de Brasil, Bolivia y Perú“, in: Mazzei, Enrique: „El Uruguay desde la sociología IV. 4a Reunión Anual de Investigadores del Departamento de Sociología“, Montevideo.
- Arrarás, Astrid / Deheza, Grace (Arrarás/ Deheza 2005): „Un Referéndum del gas en Bolivia 2004: mucho más que und referéndum“, in „Revista de Ciencia Política“, V. 25, Nr. 2, S.161-172, Santiago de Chile.
- Assies, Willem (Assies 2003): „David versus Goliath in Cochabamba. Water Rights, Neoliberalism, and the Revival of Social Protest in Bolivia“, in „Latin American Perspectives“, Vol. 30, Nr. 3, S.14-36, Riverside.
- Assies, Willem (Assies 2004): „Bolivia: A Gasified Democracy“, in „European Review of Latin American and Caribbean Studies“, Vol.76, S. 25-43, Amsterdam.
- Assies, Willem (Assies 2009): „Book Review“ in: „Latin American Politics and Society“, Vol. 51, Nr. 1, S 168-171, Miami.

- Augener, Jan Eduard (Augener 2008): „Subregionale Integration und Außenpolitik in der neoliberalen Epoche in Lateinamerika. Bolivien, Brasilien, Chile und Costa Rica im Vergleich“, Münster.
- Auzá, Verónica (Hrsg.) (Auzá 2004): „Memoria Testimonial de la ‚Guerra del Gas‘“, La Paz.
- Axline, W. Andrew (Axline 1997): „Nafta, ALADI und the proliferation of bilateralism in the Americas“, in: „Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies“, Ottawa.
- Balibar, Etienne (Balibar 1990), „Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie“, Balibar, Etienne und Wallerstein, Immanuel, „Rasse, Klasse, Nation, ambivalente Identitäten“, 1990, Hamburg.
- Barrios, Harald (Barrios 1999): „Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika : Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay“, Opladen.
- Barrientos, Juan Carlos / Schug, Walter (Barrientos/Schug 2004): „Substitution der Kokawirtschaft durch alternative Agrarprodukte in Bolivien“, in: Institute of Technology in the Tropics (Hrsg.): „Technology Ressource Management & Development - 25 years of interdisciplinary research for the tropics and subtropics“, Vol. 3, Köln.
- Barr, Robert R. (Barr 2005): „Bolivia: Another Uncompleted Revolution“, in: „Latin American Politics & Society“ – Vol. 47, Nr. 3, Herbst, S. 69-90.
- Barrón, Manuel (zitiert in Thorp et al. 2006) (Barron 2005): „Horizontal Inequalities in Latin America: Bolivia, Guatemala and Peru“, Working Paper.
- Becker, Tanja (Becker 2000): „Leitbilder chilenischer Außenpolitik in den neunziger Jahren“, Köln.
- Behrens, Peter-Alberto (Behrens 2005): „Bolivien wählt: Der mißlungene Befreiungsschlag“ in „Konrad-Adenauer-Stiftung Politischer Kurzbericht“, La Paz.
- Bergfeld, Daniel (Bergfeld 2009): „US-amerikanische Interessen in Bolivien: Ziele, Instrumente, Implementierung“ in Jäger, Thomas (Hrsg.): „Bolivien Staatszerfall als Kollateralschaden“, S. 65-125, Wiesbaden.
- Bertelsmann Transformation Index 2003 (Bertelsmann 2003): „Ländergutachten: Bolivien“. <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/> besucht zuletzt am 05.03.2010.
- Birle, Peter (Birle 1997): „Verfassungsänderung, Reformpolitik und Konsolidierung der Demokratie in Bolivien“, in: Betz, Joachim (Hrsg.): „Verfassungsgebung in der Dritten Welt“, Hamburg.
- Boeckh, Andreas (Boeckh 2002): „Die Außenpolitik Venezuelas“, in: Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.): „Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas“, S. 212-225, Frankfurt.
- Bolivia, Presidencia (Gov.Bol. 2002): „Hugo Banzer Suárez. 1997-2001. Memoria“, La Paz.
- Bolivia, Ministerio de relaciones exteriores y culto (Gov.Bol. 2004a), „El Libro Azul. El problema marítimo boliviano“, La Paz.
- Bolivia, Ministerio de la Presidencia (Gov.Bol. 2004b), „Te toca a ti. El gas está en tus manos. Cuaderno Informativo. Campaña del gas“, La Paz.
- Bolivia, Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto (Gov.Bol. 2004c): „Comunicado con relación a la destitución de cónsul general de Chile en Bolivia“, La Paz – 28.09.2004.

- Börzel, Tanja A. (Börzel 2005): „Europäische Integrationstheorie – nicht obsolet, aber reformbedürftig“, in: „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“, Vol. 12, Nr.2, S. 345-351, München.
- Breuer, Anita (Breuer 2009): „The Use of Government-Initiated Referendums in Latin America. Towards a Theory of Referendum Causes“, in: „Revista de Ciencia Política“, V. 29, Nr. 1, S. 23 – 55, Santiago de Chile.
- Bustos, Carlos (Bustos 2007): „Dos Siglos de relaciones chileno-bolivianas“, in: Artaza, Mario / Milet, Pilar (Hrsg.) „Nuestros Vecinos“, Santiago de Chile.
- Cabezas, Marta (Cabezas 2007): „Caracterización del “ciclo rebelde” 2000-2005“, in Espasandín López, Jesús / Iglesias Turrión, Pablo (Hrsg): „Bolivia en Movimiento, Acción colectiva y poder político“, Mataró.
- Caciagli, Mario (Caciagli 1997): „Klientelismus“, in: Nohlen, D./Waldmann, P./ Ziemer, K. (Hrsg.): „Lexikon der Politik. Band 4. Die östlichen und südliche Länder“, S. 292-297, München.
- Cajías de la Vega, Fernando/ Cajías de la Vega, Beatriz/ Izurieata y Sea, Macarena/ Alarcón Lizón, Maria del Carmen (Cajías de la Vega et al.1999): „La enseñanza de la Historia. Bolivia“, Bogotá.
- Cajías de la Vega, Magdalena (Cajías 2006): „El Poder de la Memoria: los mineros en las jornadas de octubre 2003“, in: Nicholas A.Robins (Hrsg): „Conflictos políticos y movimientos sociales en Bolivia“, 2006, La Paz.
- Canedo Rosso, Jorge / Murillo Bernandis, Diego / Rodríguez Uriarte, Néstor (Hrsg.) (Canedo et al. 2009): „Bolivia en el contexto internacional: Posicionamiento regional, Comercio e Integración“, La Paz.
- Canessa, Andrew (Canessa 2006): „Todos somos indígenas: Towards a New Language of National Political Identity“ in: „Bolivia in Bulletin of Latin American Research“, Vol. 25, Nr. 2, S. 241–263, Oxford.
- Checkel T., Jeffrey (Checkel 1999): „Norms, Institutions, and National Identity in Contemporary Europe“, in „International Studies Quarterly“, Vol. 43, S. 83-114, Oxford.
- Checkel, Jeffrey (Checkel 2001): „Why Comply? Social Learning and European Identity Change“, in: „International Organization“, Nr. 55, Sommer 553-558.
- Checkel, Jeffrey (Checkel 2004): „Social constructivisms in global and European politics: a review essay“, in: „Review of International Studies“, Nr. 30, S. 229–244.
- Checkel, Jeffrey / Zürn, Michael (Checkel/Zürn 2005), „Getting Socialized to Build Bridges: Constructivism and Rationalism, Europe and the Nation-State“, in International Organization Nr. 59, Herbst, S. 1045-1079.
- Checkel, Jeffrey (Checkel 2005), „International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework“, in: „International Institutions and Socialization in Europe“, „International Organization“ Vol. 59, Herbst, S. 801-826.
- Checkel T., Jeffrey (Checkel 2008): „Process Tracing“, in: Klotz, Audie/ Prakash, Deepa (Hrsg.): „Qualitative Methods in International Relations. A pluralist Guide“, Hampshire.
- Child, John (Child 1979): „Geopolitical Thinking in Latin America“, in: „Latin American Research Review“, Vol. 14, Nr. 2, S. 89-111, Pittsburgh.
- CNEC, Comisión Nacional de Energía de Chile (CNEC 2004): „CNE en la noticia 2004“, Santiago de Chile.

http://www.cne.cl/noticias/pdf/CNE_EN_LA_NOTICIA_2004.pdf , besucht zuletzt am 10.11.2008.

- Condori Lisme, José Antonio (Condori L. 2004): „El último Gobierno de Sánchez de Lozada“, La Paz.
- Condori, William (Condori 2002): „Movimiento Cocalero Boliviano: Resistencia social frente al Plan Dignidad“, in Estrada Álvarez, Jairo: „El Plan Colombia y la intensificación de la guerra. Aspectos globales y locales“, S. 587-594, Bogotá.
- Conferencia Episcopal Boliviana (CEB 2003a): „Bolivia / Construyamos juntos una Bolivia mejor“, La Paz.
- Conferencia Episcopal Boliviana (CEB 2003b): „Por el Re-Encuentro entre Bolivianos. Documento Final“, La Paz.
- Contreras Baspineiro, Adalid (Contreras 2005) „De Enteros y Medios de Comunicación. Tendencias en la oferta y el consumo mediático en Bolivia“, La Paz.
- Conzelman, Caroline (Conzelman 2006): „El Movimiento Cocalero en los Yungas de Bolivia: Diferenciación Ideológica, Económica y Política“, in: N.A. Robins: „Conflictos Políticos y Movimientos Sociales en Bolivia“, La Paz.
- Coordinadora Nacional de Recuperación y Defensa del Gas (CNRDG 2003): „Manifiesto al pueblo boliviano“, Cochabamba, wiedergegeben in „Observatorio Social de América Latina. OSAL“, Nr. 12, S. 69-70, Buenos Aires.
- Cordero Carraffa, Carlos (Cordero 2004): „El camino del referéndum: de las primeras propuestas a su incorporación en la constitución política del estado“ in: „FUNDEMOS (Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación) / Fundación Hanns-Seidel: „Opiniones y Analisis; Nr. 68“, S. 33-90, La Paz.
- Correa, Loreto (Correa et al. 2004) „Cimentando la Integración. Pensamiento y cultura en el espacio subregional andino: El trabajo de Chile y Bolivia en la última década del siglo XX“, in Bernal, Henry Yesid; Kronfly, Eduardo; Leyton, José Maria; Moreno, Angel Eduardo; Palencia, Ivette, Valderrama, Daniel: „Siete Cátedras Cátedras para la integración“, Bogotá.
- Costa Benavides, Jimena /De la Riva Bozo, Arturo / Orozco Padilla, Franz / San Martín Arzabe, Hugo (Costa et al. 2003): „Informe de Milenio sobre el Acontecer Político en Bolivia. Agosto 2002 – Agosto 2003“, La Paz
- Crabtree, John (Crabtree 2005): „Perfiles de la protesta. Política y movimientos sociales en Bolivia“, La Paz.
- Cyr, Jennifer M. (Cyr 2005): „The Political Party System And Democratic Crisis In Bolivia“, Paper für „VII Congreso Español de Ciencia Política y de la Administración: Democracia y Buen Gobierno. Grupo de Trabajo 23. Partidos y sistemas de partidos en nuevas democracias“, Madrid.
- Dahl, Robert (Dahl 2005): „What Political Institutions Does Large-Scale Democracy Require?“ in: „Political Science Quartely“, 120/2, S. 187-197, New York.
- De la Puente, Radbill (De la Puente 1989): „La Mediterraneidad de Bolivia“, in Ferrero Costa, Eduardo (Hrsg.): „Relaciones del Peru con Chile y Bolivia“, Lima.
- Deustua C., Alejandro (Deustua 2004): „Perú, Bolivia y Chile: por una nueva relación trilateral“, in: „Revista De Ciencia Política“, Nr. 2, S. 212 – 227, Santiago.
- Detsch, Claudia (Detsch 2005): „Trendwende auf dem amerikanischen Kontinent? Die lateinamerikanische Linke setzt sich bei der Wahl des neuen Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten gegen die USA durch“, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: „Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit“, Bonn.
- DII, Departamento de Ingeniería Industrial (DII 2004), „DII, Economía & Gestión“, Santiago de Chile.

- Domingo, Pilar (Domingo 2005): „Democracy and New Social Forces in Bolivia”, in „Social Forces - International Journal of Social Research“, Vol. 83, Nr. 4, S.1727-1744, Chapel Hill.
- Dominguez, J. Carlos (Dominguez 2005): „Collective Action Frames and Policy Windows: The Case of the Project to Export Liquefied Natural Gas from Bolivia to California“, Queen Elizabeth House, University of Oxford, Working Paper Number 127, Oxford.
- Doria, Samuel (Doria 2004): „Sembrando el gas. Propuesta para una política nacional del gas“, La Paz.
- Draeger, Hartmut / Ade, Daniela / et al. (Draeger et al. 2001) (Hrsg.): „Ein sozialer Sturm rütteln an den Grundfesten des Landes“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 126, S. 4-37, Berlin.
- Draeger, Hartmut / Ade, Daniela / et al. (Draeger et al. 2002a) (Hrsg.): „El Gas boliviano, En contra de quién corre el tiempo a la hora de hablar de la Exportación de Gas?“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 131, S. 27-36, Berlin.
- Draeger, Hartmut / Ade, Daniela / (Draeger et al. 2002b) (Hrsg.): „Die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 131, S. 3 - 4, Berlin.
- Draeger, Hartmut / Ade, Daniela / (Draeger et al. 2002c) (Hrsg.): „Wahlen 2005 – Quo vadis Bolivia?“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 131, S. 5 - 18, Berlin.
- Draeger, Hartmut / Ade, Daniela / (Draeger et al. 2002d) (Hrsg.): „Noch keine Entscheidung über Erdgasexporte“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 132, S. 16 - 18, Berlin.
- Draeger, Hartmut (Draeger 2003a): „Die Februar-Revolution“, in „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 133, S. 15- 32, Berlin.
- Draeger, Hartmut (Draeger 2003b): „Putschgerüchte, Meutereien und andere Kurzschlüsse. Boliviens ‚Sicherheitslage‘ macht vielen zu schaffen“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 134, S. 3 - 134, Berlin.
- Draeger, Hartmut (Draeger 2004a): „Die A-Goni-e der Präsidentschaft Sánchez de Lozadas“, in: „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 136, S. 3 - 18, Berlin.
- Draeger, Hartmut (Draeger 2004b): „Mutiger Neuanfang mit Präsident Carlos Mesa“, Nr. 136, S. 19 - 37, Berlin.
- Draeger, Hartmut (Draeger 2004c): „Das Referendum über das Gas“, in „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 138, S. 4-20, Berlin.
- ECLAC, United Nations (Economic Commission for Latin America and the Caribbean, Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (ECLAC 2003): „Foreign investment in Latin America and the Caribbean“, Santiago de Chile.
- ECLAC, United Nations (Economic Commission for Latin America and the Caribbean, Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (ECLAC 2005): „La Inversión Extranjera: En América Latina y el Caribe, 2004“, Santiago de Chile.
- Estado Mayor del Pueblo Boliviano (EMPB 2003): „Manifiesto del Estado Mayor del Pueblo Boliviano“, Cochabamba, wiedergegeben in „Observatorio Social de América Latina. OSAL“, Nr. 10, S. 61-64, Buenos Aires.
- Eisenstadt, Shmuel N. (Eisenstadt 1998): „The construction of collective identities in Latin America. Beyond the european Nation State Model“, in Roniger, Luis/ Sznajder, Mario (Hrsg.), „Constructing collective identities and shaping public spheres“, Brighton.

- Ejdesgaard Jeppesen, Anne Marie (Ejdesgaard 2006): „Discursos de otredad, conflictos políticos y movimientos sociales en Bolivia“, in: Nicholas A. Robins (Hrsg): „Conflictos políticos y movimientos sociales en Bolivia, 2006, La Paz.
- Energy Information Administration, U.S. Department of Energy (EIA 2003): „International Energy Outlook 2003“, Washington.
- Escudé, Carlos (Escudé 1988): „Argentine Territorial Nationalism“, in Journal of Latin American Studies, Vol. 20, Nr. 1 (May, 1988), London.
- España, Sergio / Rothery, Charles (España/Rothery 2004): „Chile-Bolivia: la representación discursiva de un conflicto en la prensa chilena“, in „Revista Fuerzas Armadas y Sociedad“, Nr.1-2, S.75-92, Santiago de Chile.
- Esser, Hartmut (Esser 2002), „Soziologie. Spezielle Grundlagen, Band 3: Soziales Handeln“, Frankfurt a.M.
- Farthing, Linda / Kohl, Benjamin (Farthing/Kohl 2006): „Impasse in Bolivia. Neoliberal hegemony and popular resistance“, London.
- Farthing, Linda / Kohl, Benjamin (Farthing/Kohl 2009): „Less Than Fully Satisfactory Development Outcomes: International Financial Institutions and Social Unrest in Bolivia“, in: „Latin American Perspectives“ Issue. 166, Vol. 36, Nr. 3, Riverside.
- Faundes Sánchez, Cristián (Faundes 2004): „Las relaciones entre Chile y Bolivia después de la Guerra del Gas“, in „Cuadernos de Difusión“ Nr. 21, 2004, Academia de Guerra de Chile, Santiago de Chile.
- Fernández Saavedra, Gustavo (Fernández 2005): „Una mirada a las relaciones Bolivia-Chile-Perú“, in der Zeitung La Prensa 20.11.2005, La Paz.
- Fernández Saavedra, Gustavo (Fernández 2007): „Una mirada a las relaciones Bolivia – Chile – Perú“, in: Maira, Luis / Fuentes, Cristián / Escóbar Llanos, Flavio / Fernández Saavedra, Gustavo: „Bolivia Chile. Hacia la construcción de agendas conjuntas“, Friedrich-Ebert-Stiftung Chile, Santiago de Chile.
- Fernández Saavedra, Gustavo (Fernández 2007b): „Una mirada a las relaciones Bolivia – Chile – Perú“, in: Artaza, Mario / Milet, Pilar (Hrsg.) „Nuestros Vecinos“, Santiago de Chile.
- Fink, Gonthier-Louis (Fink 1991): „Das Bild des Nachbarvolkes im Spiegel der deutschen und der französischen Hochaufklärung“ in Giesen, Bernhard (Hrsg.), Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, Frankfurt am Main.
- Flandes, Daniel (Flandes 2003): „Entsteht im südlichen Lateinamerika eine Sicherheitsgemeinschaft? Ausgangslage, Stand und Perspektiven sicherheitspolitischer Kooperation“, Hamburg.
- Fretes-Cibils, Vicente / Giugale, Marcelo / Luff, Connie (Fretes-Cibils et al. 2006): „Bolivia. Public Policy Options for the Well-Being of all“, Washington.
- Fritz, Barbara / Nolte, Detlef (Fritz/Nolte 2003): „Ein südamerikanischer Gegenpol zu den USA unter brasilianischer Führung?“, in „Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004“, Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Politik, München.
- Fuentes, Claudio (Fuentes 1996): „Chile - Argentina: El Proceso de construir Confianza“, Santiago de Chile.
- Fuentes, Claudio / Milet, Paz (Fuentes/Milet 1997) : „Chile-Bolivia-Perú: los nuevos desafíos de la integración“, Santiago de Chile.
- Fuentes, Cristián (Fuentes 2007): „Entre la crisis y la esperanza: ¿estado fallido o refundación democrática en Bolivia?“, in: Maira, Luis / Fuentes, Cristián / Escóbar Llanos,

Flavio / Fernández Saavedra, Gustavo: „Bolivia Chile. Hacia la construcción de agendas conjuntas“, Friedrich-Ebert-Stiftung Chile, Santiago de Chile.

- Fukuyama, Francis (Fukuyama 2008): „Poverty, Inequality, and Democracy. The Latin American experience“, in: „Journal of Democracy“, Vol. 19.Nr.4, Baltimore.
- Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación und Hanns-Seidel-Stiftung (Fundemos 2002): „Elecciones generales 2002-2007, propuestas electorales.“, La Paz.
- Gálvez Vera, José Luis (Gálvez 2002): „Las encuestas en la campaña electoral: tendencias y resultados“ in: FUNDEMOS (Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación) / Fundación Hanns-Seidel: „Opiniones y Analisis; Nr. 57. Elecciones presidenciales 2002“, La Paz.
- García Garrido, Francisco (García G. 2002): „Bolivia: Atrae interés de Chile, Perú y Brasil“, in: „Economía Internacional al instante. Instituto Libertad y Desarrollo“, Nr. 47, Santiago de Chile.
- García Linera, Alvar; Orozco Ramírez, Shirley und Stefanoni, Pablo (García et al. 2006): „No somos juguete de nadie... Analisis de la relación de los movimientos sociales, recursos naturales, Estado y descentralización.“, La Paz.
- Goedeking, Ulrich (Goedeking 2001a): „Bolivien: Nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land“, in „Lateinamerika : Analysen, Daten, Dokumentation.“, Nr. 12, Hamburg, S.125-132.
- Goedeking, Ulrich (Goedeking 2001b): „CONDEPA und UCS: zwei Parteien und ihre Erbfolgeprobleme“, in „Lateinamerika : Analysen, Daten, Dokumentation.“, Nr. 45, Hamburg, S. 24-32.
- Goedeking, Ulrich (Goedeking 2002): „Wahlen in Bolivien: Zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada – Bauernvertreter dominieren die Opposition“, in Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 14, 2002, Hamburg.
- Goedeking, Ulrich (Goedeking 2003): „Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen“, in Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 05, 2003, Hamburg.
- Goedeking, Ulrich /Suazo, Moira im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (Goedeking/Suazo 2006): „Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien“, Reihe Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse, Berlin.
- Grebe López, Horst (Grebe 2007): „Las relaciones entre Bolivia y Chile. Situación y perspectivas“, in: Artaza, Mario / Milet, Pilar (Hrsg.) „Nuestros Vecinos“, Santiago de Chile.
- Grebe López, Horst (Grebe 2008): „Los Medios de Comunicación en Bolivia: Situación y Perspectiva“, in: Grebe López, Horst / Mosocos, Roberto / Laruta, Carlos / Costa / Jimena / Grebe, Ronald: (Hrsg.): „Los actores políticos en la transición boliviana“, S. 139-174, La Paz.
- Guerra-Borges, Alfredo (Guerra-Borges 2001): „Integración latinoamericana: dos épocas, dos estilos. Una reflexión comparativa“, in: „Iberoamericana. América Latina – España – Portugal. Ensayos sobre letras, historia y sociedad. Notas. Reseñas iberoamericanas“.
- Gumucio Granier, Jorge (Gumucio 2004): „La reintegración marítima de Bolivia en los foros internacionales“, in Fundemos, „A cien años del tratado de paz y amistad de 1904 entre Bolivia y Chile“, La Paz.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel (Gutiérrez 2003): „Bolivia: Recuperating Natural Resources, Rebuilding a Nation.“ In: „Interhemispheric Resource Center, IRC,“ November 2003.
- Gutiérrez Sanín, Francisco (Gutiérrez S. 2005): „Fragile Democracy and Schizophrenic Liberalism: Exit, Voice, and Loyalty in the Andes“ in: „International Political Science Review“ Vol. 26, Nr. 1, S. 125-139.

- Hanns-Seidel-Stiftung (Hanns-Seidel-Stiftung 2003): „Bericht Bolivien. Juni 2003“, La Paz. http://www.hss.de/downloads/monatsbericht_bolivien_juni_2003.pdf besucht zuletzt am 01.10.2008.
- Hartmann, Jürgen (Hartmann 2001) „Internationale Beziehungen“, Opladen.
- Hausberger, Bernd (Hausberger 2004): „Die Teile und das Ganze. Entwürfe kontinentaler Identität und transnationaler Integration in und für Lateinamerika von Simón Bolívar bis George W. Bush“, in: Martina Kaller-Dietrich/Barbara Potthast/Hans Werner Tobler (Hrsg.): „Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20 Jahrhundert“, S. 115-134, Wien.
- Hetzer, Andreas (Hetzer 2009): „Die Medienmacht der Oligarchie als Herausforderung für die Regierung Morales“, in: „Quetzal. Politik und Kultur in Lateinamerika (Online-Magazin)“
<http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-medienmacht-der-oligarchie-als-herausforderung-fur-die-regierung-morales.html>, zuletzt besucht am 01.11.2009.
- Hirst, Monica (Hirst 2005): „Consideraciones sobre el diferendo Chile-Bolivia: Una mirada desde cerca y desde afuera“, in Maira, Luis und Murillo de la Rocha, Javier „El largo conflicto entre Chile y Bolivia - Dos Visiones“, S.173-195, Santiago de Chile.
- Hoffmann, Dirk (Hoffmann 2004): „Nach dem Referendum: Nationalisiert Bolivien sein Erdgas? Neuer Gesetzentwurf des Präsidenten sorgt für Aufregung“, in „Lateinamerika Nachrichten“. Nr. 363/364, 2004, Hamburg.
- Hofmeister, Wilhelm (Hofmeister 1996): „Bolivien: Die Reform der Revolution.“ in Hofmeister, Wilhelm/ Thesing, Josef: „Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika“, Frankfurt.
- Hofmeister, Wilhelm (Hofmeister 2006): „Brasilien und die Nationalisierung des Energiesektors in Bolivien“ in „Konrad-Adenauer-Stiftung Brasilien“. Focus Brasilien. Nr. 5, Rio de Janeiro.
- Hormazábal Díaz, Fernando (Hormazábal 2005): „El Libro Blanco de Chile. El Problema Marítimo Boliviano“, Santiago.
- Horst, Rüdiger (Horst 2005): „Bolivien: Neoliberales Entwicklungsmodell und Krise der Demokratie“ in „Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik Nr.11 2005“, Köln.
- Horst, Rüdiger (Horst 2009): „Zielkonflikte zwischen Demokratie und ökonomischer Stabilität in Bolivien“, in Jäger, Thomas (Hrsg.): „Bolivien Staatszerfall als Kollateralschaden“, S. 127- 173, Wiesbaden.
- Hurrell, Andrew (Hurrell 1998): „An emerging security community in South America“, in: Adler, Emanuel/ Barnett, Michael, „Security Communities“, Cambridge.
- Husar, Jörg; Maihold, Günther (Husar/Maihold 2005): „Konfliktstoff Erdgas. Südamerika wird wieder Rohstofflieferant: Innen- und außenpolitische Implikationen der Ressourcenpolitik in Bolivien und Argentinien“, in Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 11, 2005, Hamburg.
- Hylton, Forrest, / Thomson, Sinclair (Hylton/Thomson 2007): „Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics“, New York.
- ICG, International Crisis Group (ICG 2004); „Bolivia's divisions: too deep to heal?“, in: „ICG Latin America Report N°7“, Washington.
- International Labour Office (ILO 2007): „The informal economy“, Genf.
- International Monetary Fund (IMF 1998): „Bolivia. Selected Issues“ (Prepared by R. Rennahck (Head-WHD), A. Cuevas (FAD), B. Lissovlik (PDR), G. Peraza, and D. Chua (all WHD)), Washington.

- International Monetary Fund (IMF 2003): „*IMF Concludes 2003 Article IV Consultation with Bolivia*“ in Website:
<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2003/pn03102.htm>, zuletzt besucht am 7. Februar 2009.
- Jost, Stefan (Jost 2003): „Bolivien: Politisches System und Reformprozess 1993-1997“, Opladen.
- Jost, Stefan (Jost 2008): „Das politische System Boliviens“ in Rinke, Stefan / Stüwe, Klaus: „Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika“, Wiesbaden.
- Jost, Stefan (Jost 2010): „Wahlen und Parteiensystem in Bolivien zwischen 1982 und 2005“, in: Peter Birle (Hrsg.), *Lateinamerika im Wandel* Baden-Baden, S. 189-209.
- Johnston, Alastair Iain; Abdelal, Rawi; Herrera M., Yoshiko; Martin, Terry (Johnston et al. 2001), „Treating Identity as a Variable: Measuring the content, intensity, and contestation of identity. Paper prepared for presentation at APSA“, San Francisco.
- Kantner, Cathleen (Kantner 2004): „Gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen und die Entstehung einer supranationalen europäischen Identität“, in *Berliner Debatte* Initial 15, Berlin.
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V (Hrsg.) (KAS 2006): „KAS-Democracy Report 2005: Media and Democracy“, Sankt Augustin.
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V (Hrsg.) (KAS 2008): „KAS Democracy Report 2008. Media and Democracy Vol.II“, Sankt Augustin.
- King, Gary/ Keohane, Robert O./ Verba, Sidney (King/Keohane/Verba 1994): „*Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*“, Princeton.
- Kemlein, Ana (Kemlein 2009): „Die indigene Bewegung – Konfliktfaktor oder Motor gesellschaftlicher Veränderung?“, in Jäger, Thomas (Hrsg.): „Bolivien Staatszerfall als Kollateralschaden“, S. 206-238, Wiesbaden.
- Kempf Bruno, Carlos E. (Kempf 2002): „Política de Estado sobre el uso del gas natural“, in: „Opinión y Análisis“, Nr. 61 „Gas Natural en Bolivia: Desafíos y Perspectivas“, La Paz.
- Klein, Herbert S. (Klein 2003): „*A concise History of Bolivia*“, Cambridge.
- Klein, Wolfram (Klein W. 2003a): „Bolivien – de Polizei(lose)-Staat“, in: „*Brennpunkt Lateinamerika*“, Nr. 12, 2003, Hamburg.
- Klein, Wolfram (Klein W. 2003b): „Bolivien – Ende eines Modells? Der Sturz der Regierung Sánchez de Lozada mehrt Zweifel an der Stabilität und am künftigen Entwicklungsweg des Landes“, in: „*Brennpunkt Lateinamerika*“, Nr. 21, S. 215-222, Hamburg.
- Kurtenbach, Sabine (Kurtenbach 2003): „Andenländer zwischen Polarisierung und fragiler Stabilisierung“, in „*Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004*“, Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Politik“, München.
- Landmine Monitor (Landmine Monitor 2004): „*Landmine Monitor 2004, Toward a Mine-Free World, Executive Summary*“, USA.
- Larraín, Jorge (Larraín 1996), „*Modernidad, Razón e Identidad en América Latina*“, Santiago de Chile.
- Larrain Landaeta, Max (Larrain L. 2006): „*El futuro democrático de Bolivia*“, Santiago de Chile.
- Laserna, Roberto (Laserna 2003): „Bolivia entre populismo y democracia“, in „*Revista Nueva Sociedad. Democracia y política en América Latina*“, Nr. 188, Buenos Aires.

- Laserna, Roberto/ Schwarzbauer, Annette (Laserna/Schwarzbauer 2005): „Bolivien: Soziale Bewegungen und Probleme der Regierbarkeit“ in: „Konrad Adenauer Stiftung – Europa América Latina. Analysen und Berichte Nr. 19“, Rio de Janeiro.
- Ledebur, Kathryn (Ledebur 2005): „Bolivia: Clear Consequences“, in: Youngers, Coletta A. / Rosin, Eileen: „Drugs and Democracy in Latin America“, S. 143-185, London.
- Lehoucq, Fabrice (Lehoucq 2008): „Bolivia’s constitutional breakdown“, in: "Journal of Democracy", Vol. 19.Nr.4, Baltimore.
- Lizón, Ramiro (Lizón 2006): „La cuestión marítima boliviana en la actualidad“, in: „Revista Universum“, V.21, Nr. 1. S. 231-239, Talca.
- López, Carlos Alberto (López 2008a): „Bolivia: de su «era del gas» a... qué?“, in: „Estudios Internacionales – Universidad de Chile“, Nr. 159, S. 111-128, Santiago de Chile.
- López, Carlos Alberto (López 2008b): „Hidrocarburos: ¿hasta aquí llegamos?“, La Paz.
- Madrid, Raúl (Madrid 2005): „Indigenous Parties and Democracy in Latin America“. In: „Latin American Politics & Society“, Vol. 47, Nr. 4, S. 161-179, Miami.
- Madrid, Raúl (Madrid 2008): „The Rise of the Ethnopolitism in Latin America“, in „World Politics“, Vol. 60, S. 475-508, Princeton.
- Mähler, Annegret (Mähler 2007): „Bolivianische Erdgaspolitik im Wandel“, in „Lateinamerika Analysen“, 16, 1/2007, S. 125-147, Hamburg.
- Maira, Luis (Maira 2007a): „Perspectivas de las Relaciones entre Chile y Bolivia“, in: Maira, Luis / Fuentes, Cristián / Escóbar Llanos, Flavio / Fernández Saavedra, Gustavo: „Bolivia Chile. Hacia la construcción de agendas conjuntas“, Friedrich-Ebert-Stiftung Chile, Santiago de Chile.
- Maira, Luis (Maira 2007b): „Bolivien: interne Zwänge und internationale Handlungsspielräume der Regierung Evo Morales“, in „Revista Nueva Sociedad. Democracia y política en America Latina“, Nr. 209, Buenos Aires.
- Maihold, Günther (Maihold 1998): „Demokratie als Prozeß: Die Suche nach Modellen demokratischer Regierbarkeit in Bolivien und Peru“, in: „Iberoamerikanisches Archiv“, 24.1/2, S. 103-137, Berlin.
- Mainwaring, Scott (Mainwaring 2006): „The Crisis of Representation in the Andes“, in: „Journal of Democracy“, Vol. 17, Nr. 3.
- Malamud, Carlos/ García Encina, Carlota (Malamud/ Garcia 2006): „¿Rearme o renovación del equipamiento militar en América Latina?“, in: „Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos, Working paper“, Madrid.
- Maldonado Prieto, Carlos (Maldonado 2005): „Chile versus Perú y Bolivia : Una Relación vecinal conflictiva“, Santiago de Chile, http://www.seguridadregional-fes.org/upload/3010-001_g.pdf , zuletzt besucht am 10.11.2008.
- Mamani Conde, Julio (Mamani 2006): „Octubre Memorias de dignidad y masacre“, El Alto.
- Mansilla, Hugo (Mansilla 2004): „Observaciones dispersas sobre actitudes, conductas y prácticas en el sistema de partidos“, in „Mansilla, Hugo / Olmedo Llanos, Oscar/ Carvajal Donoso, Hugo: „La política y los políticos en Bolivia ; actitudes, conductas y prácticas en el sistema de partidos“, in „Foro de Analisis Politico“ Nr. 2, La Paz.
- Marmon, Tangmar (Marmon 2005): „Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren“, in: Brennpunkt Lateinamerika“, Nr. 12, S. 140-151, Hamburg.
- Martinez, Rafael (Martinez 2003): „La Atípica elección presidencial boliviana“, in „Cuestiones Constitucionales“, Mexiko-Stadt.

- Martínez Sotomayor, Carlos (Martínez Sotomayor 1963): „Discursos y documentos. Relaciones entre Chile y Bolivia“, Santiago de Chile.
- Mayorga, Rene (Mayorga 2004): „La Crisis del Sistema de partidos políticos: causas y consecuencias. Caso Bolivia.“ Stockholm.
- Mayorga, Rene (Mayorga 2002): „Demokratie und politische Führung in Bolivien“ in Hofmeister, Wilhelm (Hrsg.): „Politische Führung in Lateinamerika“, Frankfurt am Main.
- McAdam, Doug/ McCarthy, John D./ Zald, Mayer N. (McAdam/ McCarthy/Zald 1996): „Introduction: Opportunities, mobilizing structures, and framing processes – toward a synthetic, comparative perspective on social movements.“, in: Doug McAdam John D. McCarthy and Mayer N. Zald: „Comparative Perspectives on Social Movements Political Opportunities Mobilizing Structures and Cultural Framings“, S. 261-274, Cambridge.
- McGuigan, Claire (McGuigan 2007): „Los beneficios de la inversión extranjera. ¿Cuáles fueron sus resultados en el sector de petróleo y gas en Bolivia?“, La Paz.
- Mcneish, John-Andrew (McNeish 2006): „Stones on the Road: The Politics of Participation and the Generation of Crisis“ in: „Bolivia in Bulletin of Latin American Research“, Vol. 25, Nr. 2, S. 220–240, Oxford.
- Mercado, Alejandro F.; Leitón, Jorge G.M.; Chacón, Marcelo F. (Mercado et al. 2005): „El crecimiento económico en Bolivia 1952-2003“, in: Documentos de CADAL (Centro para la Apertura y el desarrollo de América Latina) Año III Número 27, Buenos Aires.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eichel, Claudia und Thiery, Peter (Merkel et al. 2003): „Defekte Demokratien“, Opladen.
- Merz, Joachim (Merz 2001): „Participación Popular und Repolitisierung des Öffentlichen“, in: „Lateinamerika Analysen, Daten, Dokumentation“, Nr. 45, S.33-44, Hamburg.
- Mesa Gisbert, Carlos / im Auftrag des bolivianischen Nationalinstituts für Statistik (*Instituto Nacional de Estadística*) (Mesa 2001): „Historia De Bolivia (Época Republicana)“, in „Anuario Estadístico 2000“, La Paz.
- Mesa Gisbert, Carlos (Mesa 2007): „ La crisis del Estado. A la Sombra del Gas“, in: „Historia de Bolivia“, S. 588-617, La Paz.
- Mesa Gisbert, Carlos (Mesa 2008): „Presidencia Sitiada. Memorias de mi Gobierno“, La Paz.
- Mihaly, Aaron M. (Mihaly 2006): „Por qué se ha caído Goni? Explicando la renuncia forzada del Presidente Sánchez de Lozada en octubre de 2003.“, in: Nicholas A. Robins (Hrsg): „Conflictos políticos y movimientos sociales en Bolivia, 2006“, La Paz.
- Milet, Paz V. (Milet 2004): „Chile-Bolivia: Cien años despues“, in Revista Fuerzas Armadas y Sociedad, Jahr 18, S.1-2, Santiago de Chile.
- Molina, Fernando (Molina 2006): „Bajo el signo del cambio. Análisis de tres procesos electorales (2002, 2005 y 2006)“, La Paz.
- Montero Herrera, Osvaldo (Montero 1979): „El litoral boliviano: Resumen de la historia diplomática con la República de Chile. Bolivia 100 Años enclaustrada“, La Paz.
- Moravcsik, Andrew (Moravcsik 1993a): „Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining“ in Evans, Peter / Jacobson, Harold / und Putnam/ Robert „Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics“, S. 3-42, Berkeley.
- Moravcsik, Andrew (Moravcsik 1993): „Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach“, in: Journal of Common Market Studies (30th Anniversary Edition).

- Moravcsik, Andrew (Moravcsik 1995): „Liberal Intergovernmentalism and Integration: A Rejoinder“, in: *Journal of Common Market Studies* (December 1995).
- Moravcsik, Andrew (Moravcsik 1997): „Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics“, in: *International Organization*, Vol. 51, Nr. 4 Herbst., S. 513-553.
- Moravcsik, Andrew (Moravcsik 1998): „The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht“, Ithaca.
- Moravcsik, Andrew (Moravcsik 2003): „Liberal International Relations Theory: A Scientific Assessment“, in Colin Elman and Miriam Fendius Elman (Hrsg.) „Progress in International Relations Theory: Appraising the Field“, S. 159-204, Cambridge.
- Morrison, Kevin M./ Singer, Matthew M. (Morrison/ Singer 2004): „The 2002 presidential and parliamentary elections in Bolivia“, in „Notes on Recent Election/ Electoral Studies“, Nr. 23, S.143-182, Texas.
- Morrow, James (Morrow 1994): „Game Theory for Political Scientist“, Princeton.
- Muñoz-Pogossian, Betilde (Muñoz-Pogossian 2008): „Electoral rules and the transformation of bolivian politics“, New York.
- Muñoz Valenzuela, Heraldo/ Tulchin, Joseph S. (Muñoz/Tulchin 1996): „Latin American Nations in World Politics“, Oxford.
- Murillo de la Rocha, Javier (Murillo de la Rocha 2004): „Una vecindad fracturada“ in Maira, Luis und Murillo de la Rocha, Javier „El largo conflicto entre Chile y Bolivia - Dos Visiones“, Santiago de Chile.
- Naegeli, Friederike / Weber, Anja (Naegeli/Weber 2005): „Bolivien - Ein Land fuera de servicio? - Schlüsselfragen für die Zukunft des Andenstaates. Bericht einer Tagung.“ in *Bolivia Sago Informationsblatt* Nr. 144, S. 41-43, Berlin.
- Navia, Patricio / Velasco, Andrés (Navia / Velasco 2003): „Politics of Second-Generation Reforms“, in Kuczynski, Pedro-Pablo, Williamson, John (Hrsg.): „After the Washington Consensus. Restarting Growth and Reform in Latin America“, Washington.
- Nedelmann, Birgitta (Nedelmann 1987): „Individuals and parties – changes in process of political mobilization“, in: „European Sociological Review“, Vol. 3 Nr. 3, Oxford.
- Nohlen, Dieter/Mayorga, René Antonio (Nohlen/Mayorga 1995): „Bolivien“, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), „Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2: Südamerika“, S. 181-218, Bonn.
- Nohlen, Dieter (Nohlen 2001): „Die politische Entwicklung Boliviens in den letzten zwei Dekaden: eine Bilanz“, in Sevilla, Rafael und Benavides, Ariel: „Bolivien, Das verkannte Land?“, S.26-42, Bad Honnef.
- Nye, Joseph (Nye 1990): „Soft Power“, in: „Foreign Policy“ Nr. 80, V.3, S.153-171, Washington.
- Oporto, Henry (Oporto 2009): „Capitalización y nacionalización: reforma y contrarreforma en la política del gas“, in: Candia, Fernando und Pacheco, Napoleón (Hrsg.), „El péndulo del Gas. Estudios Comparativos de la política de hidrocarburos“, S. 41-66, La Paz.
- Orias Arredondo, Ramiro (Orias 2002): „La diplomacia del gas boliviano: integración energética y geopolítica en la región“, in: „Estudios Internacionales“, Nr. 138, S. 151-172, Santiago de Chile.
- Organization of American States - Organización de los Estados Americanos OAS/OEA (OAS 2003): „Informe de la Organización de los Estados Americanos (OEA) sobre los hechos

de febrero del 2003 en Bolivia“, Washington. Siehe <http://www.oas.org/OASpage/esp/Documentos/InfBO-051203.htm>.

- OLADE, Organización Latinoamericana de Energía, (OLADE 2004): „Informe Energético 2003“, Quito.
- Oppermann, Kai (Oppermann 2008): „Prinzipale und Agenten in Zwei-Ebenen-Spielen. Die innerstaatlichen Restriktionen der Europapolitik Großbritanniens unter Tony Blair“, Wiesbaden.
- Orgáz García, Mirko (Orgáz 2002): „La Guerra del gas; Nacion versus Estado transnacional“, La Paz.
- Ortiz, Román D. / Núñez, Rogelio (Ortiz/ Núñez 2002): „El “boom” del gas boliviano: algo más que un negocio“, Madrid. Real Instituto Elcano, ARI N° 12-2002, in: http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/Elcano_es/Zonas_es/America+Latina/ARI+12-2002 zuletzt besucht am 10.11.2008.
- Ortiz Ortiz, Richard (Ortiz 2007): „Demokratie in Gefahr: Institutionen und politische Entwicklung in der Andenregion“, Marburg.
- Observatorio Social de América Latina (OSAL 2003a): „Bolivia Cronología del conflicto social. Enero – Abril 2003“, in „Observatorio Social de América Latina. OSAL“, Nr. 10, S. 139-148, Buenos Aires.
- Observatorio Social de América Latina (OSAL 2003b): „Bolivia Cronología del conflicto social. Mayo – Agosto 2003“, in „Observatorio Social de América Latina. OSAL“, Nr. 10, S. 145-152, Buenos Aires.
- Observatorio Social de América Latina (OSAL 2003c): „Bolivia Cronología del conflicto social. Septiembre – Diciembre 2003“, in „Observatorio Social de América Latina. OSAL“, Nr. 10, S. 145-152, Buenos Aires.
- O’Toole, Gavin (O’Toole 2007): „Politics in Latin America“, Essex.
- Paz Ballivián, Ricardo (Paz 2002): „¿Fracasaron los nuevos partidos? (LyJ, MCC y PS)“ in: FUNDEMOS (Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación) / Fundación Hanns-Seidel: „Opiniones y Analisis; Nr. 57. Elecciones presidenciales 2002“, La Paz.
- Pérez Le-Fort, Martín Alonso / Chacón Morales, María Alejandra (Pérez/ Chacón 2006): „Seguridad energética: perspectivas de una visión nacional, regional y vecinal“, in Academia de Guerra del Ejército de Chile: „Documentos e Investigaciones Académicas“ N° 20. Junio, 2006.
- Pérez Yoma, Edmundo (Pérez Yoma 2004): „Una Misión. Las trampas de la relación chileno-boliviana“, Santiago de Chile.
- Putnam, Robert D. (Putnam 1988): „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games“, in International Organization. 42, Summer, S. 427-460.
- Prado Salmón, Gary (Prado 2003): „Los militares en la democracia boliviana (1982-2003)“, in: Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación und Hanns-Seidel-Stiftung: „Fuerzas Armadas y policía en la democracia boliviana“, La Paz.
- PRISA, Promotora de Informaciones, S.A. (Prisa 2008): „Consolidated Financial Statements and Consolidated Directors' Report for 2008, together with Auditors' Report“, in http://www.prisa.com/upload/ficheros/cuentas-anales/2008_consolidated_annual_accounts.pdf, zuletzt besucht am 28.11.2009.

- Quintana Taborga, Juan Ramón (Quintana 2003): „La impostura democrática: Gobierno Militares y Policía en Bolivia 1982-2003“, in: Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación und Hanns-Seidel-Stiftung: „Fuerzas Armadas y policía en la democracia boliviana“, La Paz.
- Querejazu Calvo, Roberto (Querejazu 1996): „Aclaraciones históricas sobre la guerra del pacífico“, La Paz.
- Querejazu Calvo, Jorge/ Thórrez López, Marcelo/ im Auftrag der „Fundación Cultural del Banco Central de Bolivia“ (Querejazu/ Thórrez 2007): „Guerra del Pacífico ¡Una historia que no se debe olvidar!“, Sucre.
- Quiroga, Yesko (Quiroga 2003): „Bolivien. Eine Demokratie vor dem Zerfall?“, in Friedrich-Ebert-Stiftung: „FES- Analyse“, Bonn.
- Quiroga, Yesko (Quiroga 2004): „Referendum in Bolivien: Mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie“, in Friedrich-Ebert-Stiftung: „Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit : Lateinamerika und Karibik“, Bonn.
- Quiroga, Yesko (Quiroga 2006): „Bolivien: Revolution in Demokratie.“, in „Lateinamerika Analysen“ Nr. 14, Vol. 2, S. 75-111, Hamburg.
- Radcliffe, Sarah /Westwood, Sallie (Radcliffe/Westwood 1999): „Rehaciendo la Nación: Lugar, identidad y política en América Latina“, Quito.
- Radseck, Michael (Radseck 2003): „Ein neuer Rüstungswettbewerb? Militär- und Rüstungstendenzen im Cono Sur“, in: „Brennpunkt Lateinamerika“, Nr. 20, S. 203-214, Hamburg.
- Ramos Andrade, Edgar (Ramos 2005): „Agonía y rebelión social. 543 Motivos de justicia urgente“, La Paz.
- Ribando, Clare/ Veillette, Connie (Ribando/ Veillette 2005): „Bolivia: Political and Economic Developments and Implications for U.S. Policy“, Washington. Visited in http://digital.library.unt.edu/govdocs/crs/data/2006/upl-meta-crs-8465/RL32580_2006Jan25.pdf zuletzt besucht in 01.10.2008.
- Risse, Thomas (Risse 1999), „Identität und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik. Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik“, in Medick-Krakau, Monika „Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland“, 1999, Baden-Baden.
- Risse, Thomas (Risse 2002): „How Do We Know a European Public Sphere When We See One? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators“, Prepared for the IDNET Workshop “Europeanization and the Public Sphere“, European University Institute, Florence“, Berlin.
- Risse, Thomas (Risse 2003): „Deutsche Identität und Außenpolitik“, Berlin.
- Risse, Thomas (Risse 2003b): „Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde“, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): „Die neuen Inter-nationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland“, Baden-Baden,.
- Rittberger, Berthold /Schimmelfennig, Frank (Rittberger/Schimmelfennig 2005): „The Constitutionalization of the European Union. Explaining the Parliamentarization and Institutionalization of Human Rights. Paper to be presented at the workshop ‘The State of the Union, Vol. 8’ at Princeton University, 16 September 2005“, Princeton.
- Rivero, María del Carmen (Rivero 2006): „El poder de las luchas sociales. 2003: quiebre del discurso neoliberal“, La Paz.

- Roniger, Luis/ Sznajder, Mario (Hrsg.) (Roniger/Sznajder 1998): „Constructing collective identities and shaping public spheres“, Brighton.
- Roberts, Geoffrey (Roberts 2006): „History, theory and the narrative turn in IR“, in: „Review of International Studies“, Vol. 32, Nr. 4, S. 703-714, Cambridge.
- Röder, Jörg / Rösch, Michael (Röder/Rösch 2001): „Neopopulismus in Venezuela – Aufbruch in die Dekade der Illusionen?“, in Brennpunkt Lateinamerika, Nummer 1, Hamburg.
- Rodríguez, Andrea (Rodríguez 2004): „Tratamiento de la prensa boliviana al conflicto Chileno-Boliviano“ in „Revista Fuerzas Armadas y Sociedad“, Jahrgang 18, Nr. 1-2, S. 93-106, Santiago de Chile.
- Rodríguez Elizondo, José (Rodríguez 2006): „Chile-Perú: crisis de la identidad tardía“, in „Revista Fuerzas Armadas y Sociedad“, Jahrgang 20, Nr.1, S. 17-29, Santiago de Chile.
- Rojas Aravena, Francisco (Rojas 1996): „Inserción Internacional de Chile y su Política de Defensa“, in FASOC (Fuerzas Armadas y Sociedad), Año 11, N°3, 1996, Santiago de Chile.
- Romero Ballivián, Salvador (Romero 1998): „Las tres generaciones de partidos en el siglo XX“, FUNDEMOS (Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación) / Fundación Hanns-Seidel: „Opinión y Análisis“, Nr. 30, La Paz.
- Romero Ballivián, Salvador (Romero 2002): „La elección presidencial de 2002: una visión de conjunto“ in FUNDEMOS (Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación) / Fundación Hanns-Seidel: „Opiniones y Analisis; Nr. 57. Elecciones presidenciales 2002“, La Paz.
- Romero Ballivián, Salvador (Romero 2003a): „La elección presidencial de 2002 en Bolivia.“ in Aleu, v.3 -n.6 - S. 144-186, Rio de Janeiro.
- Romero Ballivián, Salvador (Romero 2003b): „El periodo preelectoral 2002 como factor de participación y abstención“, in Lazarte, Jorge/ Romero Ballivián, Salvador/ Casanovas Saínz, Mauricio: „Participación y abstención electoral en Bolivia“, La Paz.
- Romero Ballivián, Salvador (Romero 2005): „En la Bifurcación del Camino: Análisis de Resultados de las Elecciones Municipales 2004“, La Paz.
- Roniger, Luis/ Sznajder, Mario (Hrsg.) (Roniger/Sznajder 1998): „Constructing collective identities and shaping public spheres“, Brighton.
- Rozas Balbontín, Patricio, im Auftrag der División de Recursos Naturales e Infraestructura. CEPAL. (Rozas 1999): „La crisis eléctrica en Chile: antecedentes para una evaluación de la institucionalidad regulatoria“, Santiago de Chile.
- Ruzicka, Raul (Ruzicka 2004): „Die geplante Volksabstimmung über das Gas“, in „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 136, S. 49-52, Berlin.
- Sabatini, Christopher (Sabatini 2003): „Decentralization and Political Parties“, in: „Journal of Democracy“, Vol. 14, Nr.2, Baltimore.
- Salazar Paredes, Fernando (Salazar 2006): „Bolivia y Chile, desatando nudos. Propuesta de salida al mar para Bolivia basada en el equilibrio de intereses y una nueva racionalidad política“, La Paz.
- Sánchez López, Francisco (Sánchez López 2001): „Drei Jahre ‘Bolivarianische Revolution’ in Venezuela: Trabajadores y empresarios unidos jamás serán vencidos“, in Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 24, Hamburg.
- Salazar Elena, Rodrigo (Salazar 2004): „Las elecciones bolivianas de 2002: los límites del reformismo institucional“, in: „Revista Mexicana de Sociología“, Jahrgang 66, Nr. 1, S. 23-56, México D.F.

- Salman, Ton (Salman 2006): „The Jammed Democracy. Bolivia’s Troubled Political Learning Process“, in „Bulletin of Latin American Research“, Vol. 25, Nr.2, S.162-182, Oxford und Malden.
- Sartori, Giovanni (Sartori 2000): „La Política. Lógica y método en las ciencias sociales“, Mexikostadt.
- Sauer, Julia (Sauer 2004): „Fünf Fragen zur Zukunft Boliviens. Das Referendum zur Energiepolitik“, „Konrad Adenauer Stiftung – Länderberichte“, Sankt Augustin.
- Schimmelfennig, Frank (Schimmelfennig 2005), „Strategic Calculation and International Socialization: Membership Incentives, Party Constellations, and Sustained Compliance in Central and Eastern Europe“, in: „International Organization“, Vol. 59, Nr. 4, S. 827-860.
- Schmid, Carola (Schmid 2007): „Korruption, Gewalt und die Welt der Polizisten: Deutschland, Chile, Bolivien und Venezuela im Vergleich“, Frankfurt am Main.
- Schorr, Bettina (Schorr 2009): „Von nützlichen Feinden und verfehlter Politik: Der Drogenkrieg der USA in Bolivien“, in Jäger, Thomas (Hrsg.): „Bolivien Staatszerfall als Kollateralschaden“, S. 175-204, Wiesbaden.
- Schroeder, Kathleen (Schroeder 2007): „Economic Globalization and Bolivia’s Regional Divide“, in: „Journal of Latin American Geography“, Vol. 6, Nr. 2, S. 99-120, Texas.
- Schwarzbauer, Annette (Schwarzbauer 2002a): „Viele Überraschungen und Überraschung für viele. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Bolivien“, in: „Konrad Adenauer Stiftung – Länderberichte“, Sankt Augustin.
- Schwarzbauer, Annette (Schwarzbauer 2003): „Meuterei der Polizei: Gewalt und Chaos nach Ankündigung von Steuererhöhung in Bolivien“, in: „Konrad Adenauer Stiftung – Länderberichte“, Sankt Augustin.
- Schwarzbauer, Annette (Schwarzbauer 2004): „100 Tage Carlos Mesa. Weichenstellung und Meeresrauschen“ in: „Konrad Adenauer Stiftung – Länderberichte“, Sankt Augustin.
- Schwarzbauer, Annette (Schwarzbauer 2004): „100 Tage Carlos Mesa. Weichenstellung und Meeresrauschen“ in: „Konrad Adenauer Stiftung – Länderberichte“, Sankt Augustin.
- Schwarzbauer, Annette (Schwarzbauer 2005a): „Indígena und Politik in Andenraum: Bolivien“, in: „Konrad Adenauer Stiftung – Auslandsinformationen“ Nr. 1/2005, S.79-94, Sankt Augustin.
- Schwarzbauer, Annette (Schwarzbauer 2005b): „Dritter Präsident der Regierungsperiode: Eduardo Rodríguez“, in: „Konrad Adenauer Stiftung – Länderberichte“, Sankt Augustin.
- Schweickert, Rainer; Thiele, Rainer (Schweickert/Thiele 2004): „From Washington to Post-Washington? Consensus Policies and Divergent Developments in Latin America and Asia“, in Kieler Diskussionsbeiträge Februar 2004, n° 408, Kiel.
- Seoane, José (Seoane 2006): „Movimientos sociales y recursos naturales en América Latina: resistencias al neoliberalismo, configuración de alternativas.“, Sociedade e Estado, V. 21, Nr. 1, S. 85-107, Brasilia.
- Seligson, Mitchell (Seligson 2003): „Auditoria de la Democracia. Bolivia 2002“, Pittsburgh.
- Shepsle, Kenneth A. /Weingast, Barry R. (Shepsle/Weingast 1987): „The Institutional Foundations of Committee Power“ in: „American Political Science Review“, Vol. 81, Nr. 1.
- Siles del Valle, Juan Ignacio (Siles 2004): „Perspectivas de la política exterior boliviana“ in: UDAPEX, Unidad de Análisis de Política Exterior / KAS, Konrad Adenauer Stiftung: „Diálogos sobre la política exterior boliviana. La complejidad de nuestras circunstancias“, La Paz.

- SOFOFA (SOFOFA 2003): „Memoria Anual 2002-2003“, Santiago de Chile.
- Sohr, Raúl (Sohr 2008): „Chile ante el desafío energético“ in Schütt, Kurt-Peter/ Carucci T., Flavio: „El factor energético y las perspectivas de integración en América del Sur“, Caracas.
- Soliz Rada, Andrés (Soliz 2003) „El Poder detrás del Gas“, in: „Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y social“, Jahr 7, Nr. 12, S. 87-91, Santa Cruz.
- St. John, Ronald Bruce (St. John 1994): „The Bolivia-Chile-Peru Dispute in the Atacama Desert“, Durham.
- St. John, Ronald Bruce (St. John 2004): „Bolivia’s Referendum about More than Gas“, Silver City, NM & Washington.
- St. John, Ronald Bruce (St. John 2005): „So What if Morales Wins in Bolivia“, Silver City, NM & Washington.
- Stefanoni, Pablo (Stefanoni 2002): „Bolivia: Entrevista con Evo Morales“, in Online-Zeitschrift „America Latina en Movimiento“.
- Stefanoni, Pablo (Stefanoni 2003): „MAS-IPSP: la emergencia del nacionalismo plebeyo“, in „Observatorio social de América latina“ Nr. 12, 2003, S. 57–68, Buenos Aires.
- Stefanoni, Pablo (Stefanoni 2007): „Siete preguntas y siete respuestas sobre la Bolivia de Evo Morales“, in „Revista Nueva Sociedad. Democracia y política en America Latina“, Nr. 209, Buenos Aires.
- Steinhilber, Andreas (Steinhilber 2002): „Eine Zwischenbilanz der Regierung Toledo“, in „Brennpunkt Lateinamerika“, Nummer 23. Hamburg.
- Stock, Robin (Stock 2004): „Proteste gegen das Referendum“, in „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 138, S. 20-21, Berlin.
- Suganami, Hidemi (Suganami 1999): „Agents, Structures, Narratives“, in: „European Journal of International Relations“, Vol. 5, Nr. 3, S. 365-386.
- Suganami, Hidemi (Suganami 2008): „Narrative Explanation and International Relations: Back to the Basics“, in: „Millennium – Journal of International Studies“, Vol. 37, Nr. 2, S. 327-356.
- Tanaka, Martín (Tanaka 2003): „La situación de la democracia en Bolivia, Chile y Ecuador a inicios de siglo“, Lima.
- Ticona Alejo, Esteban (Ticona 2005): „La rebelión aymara y popular de octubre de 2003. Una aproximación desde algunos barrios paceños de La Paz, Bolivia“, in Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO): „Pueblos indígenas, estado y democracia“, S. 185-196, Buenos Aires.
- Tietz, Udo (Tietz 2002): „Die Grenzen des Wir. Eine Theorie der Gemeinschaft“, Frankfurt am Main.
- Tellería Escobar, Loreta (Tellería 2003): „Policia y democracia: El desfase institucional“, in: Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática y la Investigación und Hanns-Seidel-Stiftung: „Fuerzas Armadas y policía en la democracia boliviana“, La Paz.
- Terrazas Ergueta, Hernán (Terrazas 2002): „De Banzer a Tuto. Crónica de dos gestiones (1997-2002)“, La Paz.
- Thompson, William R. (Thompson 2001): „Identifying Rivals and Rivalries in World Politics“, in: „International Studies Quarterly“, Vol. 45, Nr. 4, S. 557-586, Washington.
- Thorp, Rosemary / Caumartin, Corinne / Gray Molina, George (Thorp et al. 2006): „Inequality, Ethnicity, Political Mobilisation and Political Violence in Latin America: The

Cases of Bolivia, Guatemala and Peru“, in: „Bulletin of Latin American Research“, Vol. 25, Nr. 4, S. 453-480, Oxford und Malden.

- Tomasek, Robert D. (Tomasek 1967): „The Chilean-Bolivian Lauca River Dispute and the O.A.S.“, in: „Journal of Inter-American Studies“, Vol. 9, Nr. 3 (Jul., 1967), S. 351-366.
- Toranzo Roca, Carlos (Toranzo 2002): „Bolivia. Nuevo escenario político“, in Zeitschrift „Nueva Sociedad“, Nr. 182, Buenos Aires.
- Toranzo Roca, Carlos (Toranzo 2006): „Bolivien: Revolution in Demokratie“, in Zeitschrift „Nueva Sociedad“ Sonderheft: „Lateinamerika hat die Wahl“. Vom Neoliberalismus zur Neuen Linken, Buenos Aires.
- Torres Armas, William (Torres 2002): „Gas natural y política exterior: Entre la complejidad creciente y la cualidad marítima“, in: „Opinión y Análisis“, Nr. 61 „Gas Natural en Bolivia: Desafíos y Perspectivas“, La Paz.
- Torres Armas, William (Torres 2004a): „Las Relaciones chileno-bolivianas contemporáneas“, in „Opinión y Análisis“, Nr. 67, „A cien años del tratado de paz y amistad de 1904 entre Bolivia y Chile“, La Paz.
- Torres Armas, William (Torres 2004b): „La nueva política exterior boliviana“ in: UDAPEX, Unidad de Análisis de Política Exterior / KAS, Konrad Adenauer Stiftung: „Diálogos sobre la política exterior boliviana. La complejidad de nuestras circunstancias“, La Paz.
- Tractebel LNG (Tractebel 2003): „Press Release. Tractebel LNG signs MOU for long-term supply with Peru LNG. 29 September 2003“, Brüssel, in Website: http://www.suezenergyint.com/content/newsroom/pressreleases/pressarchives/030929_PeruLNGMoU.pdf, zuletzt besucht am 02.11.2009.
- Unidad de Análisis de Políticas Sociales (UDAPE 2005): „Situación del Empleo en Bolivia. 1999-2003 y Proyecciones“, La Paz.
- Van Cott, Donna (Van Cott 2005): „From movements to Parties in Latin America. The Evolution of Ethnic Politics“, Cambridge.
- Van Cott, Donna (Van Cott 2000): „Party System Development and Indigenous Populations in Latin America: The Bolivian Case“, in: „Party Politics“, Vol. 6, Nr. 2, S. 155-174.
- von Wuthenau, Celedonio (Wuthenau 1993): „MERCOSUR: Entstehung, Ziele und Perspektiven“, in: Lauth, Hans-Joachim/ Mols, Manfred, „Integration und Kooperation auf dem amerikanischen Kontinent. Lateinamerikanische Perspektiven in den neunziger Jahren“, Mainz.
- Villegas Quiroga, Carlos (Villegas 2004): „Privatización de la industria petrolera en Bolivia. Trayectoria y efectos tributarios“, La Paz.
- Villegas Quiroga, Carlos (Villegas 2005): „Explotación de los recursos hidrocarbúricos en Bolivia. Problemas y perspectivas“, in: Molina, Patricia (Hrsg.) „Geopolítica de los recursos naturales y acuerdos comerciales en Sudamérica“, La Paz.
- Walker, Ignacio (Walker 2008): „Democracy and Populism in Latin America“, Working Paper Nr. 347-April.2008, in: „Kellogg Institute for International Studies“.
- Wilke, Jürgen (Wilke 1996): „Massenmedien in Lateinamerika. Dritter Band: Bolivien, Nicaragua, Perú, Uruguay, Venezuela“, Frankfurt am Main.
- William Busby, Joshua (William Busby 2007): „Bono Made Jesse Helms Cry: Jubilee 2000, Debt Relief, and Moral Action in International Politics“, in „International Studies Quarterly“ Vol. 51, S. 247-275, Oxford.

- Wilhelmy, Manfred/ Durán, Roberto (Wilhelmy/Duran 2003): „Los principales rasgos de la política exterior chilena entre 1973 y el 2000“, in „Revista de Ciencia Política“, Vol. 23, Nr. 2, S. 273-286, Santiago de Chile.
- Williamson, John (Williamson 1990): „What Washington Means by Policy Reform“ in Williamson, John: „Latin American Adjustment: How much has happened?“, Washington.
- Williamson, John (Williamson 2002): „Did the Washington Consensus fail?“, Washington.
- Williamson, John (Williamson 2003): „An Agenda for Restarting Growth and Reform“, in Kuczynski, Pedro-Pablo, Williamson, John (Hrsg.): „After the Washington Consensus. Restarting Growth and Reform in Latin America“, Washington.
- Whitehead, Laurence (Whitehead 2001): „High Anxiety in the Andes. Bolivia and the viability of democracy“, in: „Journal of Democracy“, Vol. 12, Nr. 2, Baltimore.
- Wittelsbürger, Helmut (Wittelsbürger 2003): „Die Außenwirtschaftspolitik Chiles in den neunziger Jahren. Erfolgreiche Integration eines kleinen Landes in die Wirtschaft“, Sankt Augustin.
- Wittelsbürger, Helmut/ Ernst, Sonja/ Melis, Eva (Wittelsbürger/ Ernst / Melis 2004): „Chile, Bolivien, Peru und der Pazifik – ein ewiger Streit. Der Konflikt aus der Sicht Chiles“, in „Länderberichte“, Sankt Augustin (<http://www.kas.de/wf/de/33.4656/>, besucht zuletzt am 27.10.2008).
- Wittelsbürger, Helmut/ Möller, Stefanie (Wittelsbürger/ Möller 2005): „Die Beziehungen Chiles zu seinen Nachbarländern – ein Verhältnis zwischen Bewunderung und Mißgunst“, Santiago de Chile. In http://www.kas.de/wf/doc/kas_6262-544-1-30.pdf, zuletzt besucht am 10.11.2008.
- Wolff, Jonas (Wolff 2010): „Umbruch in Bolivien. Vom Zusammenbruch der „paktierten Demokratie“ zur Regierung Morales“, in: Peter Birle (Hrsg.), Lateinamerika im Wandel Baden-Baden, S. 211-228.
- Youngers, Coletta A. (Youngers 2005): „The Collateral Damage of the U.S. War on Drugs: Conclusions and Recommendations“, in: Youngers, Coletta A. / Rosin, Eileen: „Drugs and Democracy in Latin America“, S. 143-185, London.
- Zald, Mayer N. (Zald 1996): „Cultural, ideology and strategic framing“, in: Doug McAdam John D. McCarthy and Mayer N. Zald: „Comparative Perspectives on Social Movements Political Opportunities Mobilizing Structures and Cultural Framings“, S. 261-274, Cambridge.
- Zaratti, Francesco (Zaratti 2006): „Repercusiones de la nacionalización y el futuro de los hidrocarburos en Bolivia y la region, tras la firma de los contratos petroleros“, in: Palza, Javier (Hrsg.): „El nuevo ciclo de los hidrocarburos“, La Paz.
- Zegada, María Teresa (Zegada 2004): „Significado, implicaciones y alcances del Referéndum 2004“ in: Zegada, María Teresa/ Böhr, Carlos / Vargas del Carpio, Oscar „El Referéndum 2004 en Bolivia. Alcances e implicaciones“, La Paz.
- Zuleta, Claudia (Zuleta 2003): „Bolivianisches Erdgas findet keinen Absatz“, in „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 134, S. 29-35, Berlin.
- Zuleta, Claudia (Zuleta 2004): „Exportieren, industrialisieren, wieder verstaatlichen – was tun mit dem Erdgas?“, in „Bolivia SAGO Informationsblatt“, Nr. 136, S. 40-48, Berlin.
- Zürn, Michael (Zürn 1992): „Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendungen des situationsstrukturellen Ansatzes“, Opladen.

Interviewverzeichnis

- Ehemaliger Hochbeamter des bolivianischen Außenministeriums unter der Regierung Banzer und Quiroga, (Hochbeamter), telefonisches Interview vom 09. Dezember 2009.
- Ehemaliger Hochbeamter des bolivianischen Außenministeriums unter der Regierung Quiroga und ehemaliger bolivianischer Außenminister (Hochbeamter1), telefonisches Interview vom 18. Februar 2010.
- Ehemaliger Hochbeamter des bolivianischen Außenministeriums unter der Regierung Sánchez de Lozada und der Regierung Mesa (Hochbeamter2), telefonisches Interview vom 08. März 2010.
- Ehemalige bolivianische Beamtin des Verteidigungsministeriums (Beamtin1), 42 Jahre alt, telefonisches Interview vom 09. Dezember 2009.
- Bolivianischer Jura Professor (Prof.1), 47 Jahre alt, telefonisches Interview vom 14. Dezember 2009.
- Bolivianische Jura Professorin (Prof.2), 34 Jahre alt, telefonisches Interview vom 03. Dezember 2009.
- Bolivianischer Jura Professor (Prof.3), 33 Jahre alt, telefonisches Interview vom 09. Dezember 2009.

AUS DATENSCHUTZRECHTLICHEN GRÜNDEN WIRD DER
LEBENS LAUF DES AUTORS IN DER ELEKTRONISCHEN FASSUNG
DIESER DISSERTATION NICHT ANGEZEIGT.